

**Gewerkschaften und USPD von 1916 - 1922. Ein Beitrag zur
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter beson-
derer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-,
Textilarbeiter- und Schuhmacherverbandes.**

**vorgelegt von
Günther Högl
aus Dortmund**

München 1982

Gewerkschaften und USPD von 1916 - 1922. Ein
Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiter-
bewegung unter besonderer Berücksichtigung
des Deutschen Metallarbeiter-, Textilarbeiter-
und Schuhmacherverbandes

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde des Doktorgrades der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Günther Högl
aus Dortmund

Referent : Prof. Dr. Gerhard A. Ritter

Korreferent : Prof. Dr. Günter Hockerts

Tag der mündlichen Prüfung : 22. Februar 1982

MEINEN ELTERN

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde im Wintersemester 1981/82 von der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Die Anregung dazu gab mir Herr Professor Dr. Gerhard A. Ritter, dem mein ganz besonderer Dank für die Betreuung und stete Bereitschaft zur inhaltlichen Diskussion gilt.

Die Studie stützt sich im Rahmen der Gewerkschaftsgeschichte vorwiegend auf gedruckte Quellen und Sekundärliteratur. Die Quellen zur Geschichte der behandelten Einzelgewerkschaften (Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Schuhmacherverband) fand ich vor allem in dem reichhaltigen Archiv des FDGB in Ost-Berlin, im Archiv des DGB in Düsseldorf sowie den Archiven bzw. Bibliotheken bei den Hauptvorständen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung in Düsseldorf, der Gewerkschaft Leder in Stuttgart sowie der Industriegewerkschaft Metall in Frankfurt.

Was die Auswertung der Gewerkschaftspresse angeht, so ließen sich Überlieferungslücken in bundesdeutschen Archiven durch die Bestände der Deutschen Bücherei in Leipzig schließen. Der Nachlaß Carl Legiens im Zentralen Staatsarchiv Potsdam konnte leider nur auszugsweise benutzt werden, während der Einsichtnahme in den Nachlaß des führenden Berliner USPD-Gewerkschafters Max Urich (FDGB-Archiv) nicht stattgegeben wurde. Wichtige Aufschlüsse über die Gewerkschaftsarbeit von USPD-Mitgliedern ergaben u.a. Protokolle von Gewerkschaftsortsverbänden sowie als Manuskript vorliegende Erinnerungen von führenden Gewerkschaftern und Politikern der USPD.

Zur Geschichte der USPD und ihrer in der Gewerkschaftsbewegung agierenden Funktionäre habe ich neben der einschlägigen Parteipresse zahlreiche Nachlässe, Aktenbestände und sonstige Materialien im Zentralen Staatsarchiv Potsdam, Institut für Marxismus-Leninismus (Ost-Berlin), Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Generallandesarchiv Karlsruhe, Hauptstaatsarchiv

Düsseldorf, Bayerischen Hauptstaatsarchiv München sowie in den Staatsarchiven Hamburg, Nürnberg und Wolfenbüttel eingesehen. Informationen von zentraler Bedeutung ergaben sich aus den im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam liegenden Nachlässen, Erinnerungen, Fraktionsprotokollen der USPD sowie dem reichhaltigen Fundus des dort vorhandenen Broschürenmaterials zur Partei- und Gewerkschaftsgeschichte.

Die vorliegende Dissertation versucht auf dem Hintergrund der Verknüpfung von Partei- und Gewerkschaftsgeschichte einen Beitrag zur Erforschung der Sozialstruktur der Arbeiterbewegung "von unten" zu leisten, wobei neben gewerkschaftspolitischen Ereignissen auch die Veränderungen, denen der Arbeiter bzw. das Gewerkschaftsmitglied während der Zeitspanne von 1916 bis 1922 im Produktionsprozeß unterworfen war, miteinbezogen werden.

Die Untersuchung, die sich in erster Linie auf die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Schuhmacherverbandes bezieht, will aufzeigen, welche gewerkschaftlichen Kreise aus welcher Motivation heraus die USPD oder die von ihrem Kurs beeinflussten Einzelgewerkschaften unterstützt haben. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Erfahrungswelt der lohnabhängigen Arbeiter, deren Mitgliedschaft sich sowohl in der USPD als auch in den untersuchten Einzelgewerkschaften offenbarte, im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung und strukturellen Veränderung der Wirtschaft geprägt worden ist. In der Interdependenz zwischen den freien Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien spiegelt sich das Ausmaß des Eindringens revolutionärer Strömungen in die Einzelgewerkschaften wider, wobei die Tragfähigkeit der Einheitsgewerkschaft auf dem Hintergrund der gespaltenen politischen Arbeiterbewegung bis an die Grenzen der Belastbarkeit strapaziert worden ist.

Den Damen und Herren der von mir besuchten Archive und Bibliotheken, die mir bei dem oft mühsamen Zusammentragen von Archivalien, Periodika und Literatur behilflich waren, danke ich auf das herzlichste; für Hilfe und Entgegenkommen gilt mein Dank vielen alten Genossen der USPD und Gewerkschaftsbewegung, die mir in allen Fragen bereitwillig Auskunft erteilten. Bedanken möchte ich mich abschließend noch besonders für die kritischen Anregungen des leider viel zu früh verstorbenen Professors Robert F. Wheeler von der Stanford University sowie die hilfreiche Unterstützung durch Herrn Alfred Stähnisch von der Gewerkschaft Leder.

Dortmund, den 1. Juni 1982

Inhaltsverzeichnis

Seite

Abkürzungen

Forschungsproblem und Methode	I
1. Die Gewerkschaftsopposition in den Einzelgewerkschaften formiert sich	1
1.1. Die beginnende Opposition gegen die Kriegspolitik von SPD und Gewerkschaftsführung	1
1.2. Das Hilfsdienstgesetz von 1916 als Faktor der Polarisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung	11
1.3. Exemplifizierte obrigkeitsstaatliche Einschränkungen der USPD-nahen Opposition in den Gewerkschaften	20
2. Die Opposition in den Einzelgewerkschaften (1916 - 1918)	36
2.1. Der Deutsche Metallarbeiterverband als Zentrum der gewerkschaftlichen Opposition	36
2.1.1. Die Lage der Arbeiterschaft in der Metallindustrie	36
2.1.2. Mitgliederstruktur und -verhalten im Metallarbeiterverband	43
2.1.3. Arbeiterkategorien in der Metallindustrie: Ansatzpunkte für einen Einfluß der USPD am Beispiel Berlins	52
2.1.4. Rückwirkungen der Parteispaltung auf den Metallarbeiterverband	68
2.2. Der Schuhmacherverband	76
2.2.1. Zur Sozialstruktur des Schuhmacherverbandes während des Ersten Weltkrieges	76
2.2.2. Die beginnende Opposition im Schuhmacherverband	87

2.2.3.	Der Verbandstag der Schuhmacher im Jahre 1916	92
2.2.4.	Der Verbandstag im Juli 1918 als Ausdruck der Annäherung einer Einzelgewerkschaft an die USPD	101
2.3.	Der Deutsche Textilarbeiterverband	107
2.3.1.	Verbandsstruktur und sozioökonomische Lage der Textilarbeiterschaft	107
2.3.2.	Gewerkschaftliche Tradition und Opposition	113
2.3.3.	Annäherung an die Haltung der Parteiminderheit und USPD 1916 bis 1918	120
3.	Das Verhältnis der USPD zu den Gewerkschaften	132
3.1.	Die USPD-Zentralleitung und die Gewerkschaftsfrage	132
3.2.	Gewerkschaftskartelle der USPD	148
3.2.1.	Leipzig	148
3.2.2.	Braunschweig	157
4.	Das Jahr 1919 - Die Belastungsprobe für die deutsche Gewerkschaftsbewegung	163
4.1.	Der außerordentliche Parteitag der USPD im März 1919: Ungeklärtes Verhältnis zu den Gewerkschaften	166
4.2.	Der Metallarbeiterverband als Haupteinflussbereich der USPD	172
4.2.1.	Die Konferenz der Bevollmächtigten im DMV vom Juni 1919	179
4.2.2.	Der Metallarbeiterverband im Jahre 1919: Berufsspezifika - Altersstruktur - Mitgliederzuwachs	185
4.3.	Der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands vom 30. Juni bis 5. Juli 1919	194

4.3.1.	Die Selbstdarstellung der Opposition auf dem ADGB-Kongreß	197
4.3.2.	Die Kontroverse zwischen Carl Legien (Gewerkschaftsführung) und Robert Dißmann (Gewerkschaftsopposition)	212
4.3.3.	Verbands- und ortsspezifische Analyse der oppositionellen Delegierten auf dem ADGB- Kongreß von 1919	216
5.	Dominierender USPD-Einfluß in den Einzel- gewerkschaften 1919 / 20	229
5.1.	Der Metallarbeiterverband unter dem Einfluß der USPD	229
5.1.1.	Der Verbandstag des DMV vom Oktober 1919 im Zeichen der parteipolitischen und gewerk- schaftlichen Richtungskämpfe	231
5.1.2.	Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern und "Selbstbestimmungsrecht" der Ortsverwaltungen	242
5.1.3.	Bekenntnis zum Industrieverbandsprinzip	245
5.1.4.	Zusammensetzung der Delegierten auf dem Ver- bandstag nach Region und Beruf	250
5.2.	Der Zentralverband der Schuhmacher 1919/20	254
5.2.1.	Wirtschaftliche Lage der Schuhindustrie und Mitgliedschaft des Verbandes	254
5.2.2.	Übereinstimmung mit der USPD-Gewerkschafts- politik	259
5.3.	Der Deutsche Textilarbeiterverband 1919/20	270
5.3.1.	Die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie und ihre freigewerkschaftliche Mitgliedschaft	270
5.3.2.	Der USPD-Gewerkschaftsflügel bestimmt das Verbandsgeschehen	278

6.	Auseinandersetzungen in der USPD über das Verhältnis der Gewerkschaften zu den "Selbständigen Betriebsräten"(1919 - 1920)	291
6.1.	Die Reaktion des USPD-Gewerkschaftsflügels auf die Propaganda Richard Müllers für eine "Selbständige Betriebsrätezentrale"	296
6.2.	USPD-Gewerkschaftsflügel contra USPD-"Linke"	302
6.3.	Der 1. Reichsbetriebsrätekongreß als Vorstufe der Einigung von USPD und MSPD auf gewerkschaftlicher Ebene	310
6.4.	Die Schlüsselstellung Berlins: Selbständige oder freigewerkschaftlich organisierte Betriebsräte?	319
6.5.	Die Spaltung der USPD und der Vereinigungsparteitag der USPD-"Linken" mit der KPD unter gewerkschaftlichen Aspekten	327
6.6.	Die Diskussion um die 21 Bedingungen in den Gewerkschaften	341
7.	Die Annäherung zwischen USPD und MSPD in den Gewerkschaften bis zur Wiedervereinigung von 1922	358
7.1.	Der Verbandstag der Metallarbeiter vom September 1921 als wichtige Voraussetzung für die gewerkschaftliche und politische Wiedervereinigung von USPD und MSPD	364
7.2.	Der Deutsche Textilarbeiterverband als Vertreter eines gemäßigten USPD-Kurses 1920 - 1922	375
7.2.1.	Ablehnung der "Selbständigen Betriebsrätezentrale"	375
7.2.2.	Für eine Wiedervereinigung der Sozialdemokratie - Abgrenzung zur KPD	381

7.2.3.	Die Konsistenz der Verbandsführung im Textilarbeiterverband	391
7.3.	Der Zentralverband der Schuhmacher in seinem Verhältnis zum USPD-Gewerkschafts- flügel 1920 - 1922	394
7.3.1.	Das Eintreten für die USPD-Gewerkschafts- politik	394
7.3.2.	Der Verbandstag von 1922 im Zeichen der USPD	401
7.4.	Der ADGB-Kongreß im Juni 1922 und die Wiedervereinigung von USPD und MSPD	409
	Zusammenfassung	431
	Quellen- und Literaturverzeichnis	447
1.	Ungedrucktes Archivmaterial	447
2.	Protokolle, Berichte, Handbücher und Dokumentationen	452
2.1.	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	452
2.2.	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftskartelle, verschiedene Einzel- gewerkschaften	454
2.3.	Deutscher Metallarbeiterverband	457
2.4.	Zentralverband der Schuhmacher	459
2.5.	Deutscher Textilarbeiterverband	460
2.6.	Sonstiges	462

3.	Zeitungen und Zeitschriften	464
4.	Zeitgenössische Schriften, Erinnerungen, mündliche und schriftliche Berichte	466
5.	Darstellungen	474
Anhang		498

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn- Bad Godesberg
ASG	Archiv für Sozialgeschichte
ASS	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
BdBFS	Berichte des Bureaus für Sozialpolitik
BHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
BGL	Badisches Generalladnesarchiv Karlsruhe
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zk der SED Berlin (Ost)
CEH	Central European History
Corr.	Correspondenzblatt
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DTV	Deutscher Textilarbeiterverband
DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Gk	Generalkommission der Gewerkschaften
Gkdo	Generalkommando
GStA	Geheimes Staatsarchiv
GuG	Geschichte und Gesellschaft
GV	Generalversammlung
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HGZ	Handlungsgehilfenzeitung
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
IISG	International Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Jb	Jahresbericht
KAG	Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
KI	Kommunistische Internationale

KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MAZ	Metallarbeiterzeitung
MGM	Militätgeschichtliche Mitteilungen
MSPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Mehrheitspartei
NL	Nachlaß
NZ	Neue Zeit
OVZ	Oberfränkische Volkszeitung
Prot.	Protokoll
Pt.	Parteitag
PVS	Politische Vierteljahresschrift
SAG	Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft
SdVFS	Schriften des Vereins für Sozialpolitik
SFB	Schuhmacherfachblatt
SM	Sozialistische Monatshefte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAH	Staatsarchiv Hamburg
StAN	Staatsarchiv Nürnberg
StAWF	Staatsarchiv Wolfenbüttel
Stda	Stadtarchiv
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZg	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
VSPD	Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WZ	Wissenschaftliche Zeitschrift
ZAG	Zentrale Arbeitsgemeinschaft
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin Ost)
Zk	Zentralkomitee
ZStA	Zentrales Staatsarchiv Potsdam
ZvdA	Zentralverband der Angestellten
Zvds	Zentralverband der Schuhmacher

Forschungsproblem und Methode

Die Haltung der Gewerkschaften während des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik ist bezüglich der Integration gewerkschaftlicher Politik in einen gesellschaftsgeschichtlichen Gesamtzusammenhang noch weitgehend unerforscht.¹⁾ Darstellungen über den Einfluß politischer Parteien auf die Gewerkschaftsbewegung sind zwar vorhanden, aber ihnen liegt meist ein organisationsgeschichtlicher, nicht auf sozioökonomische Zusammen-

1) Vgl. a. Schneider Michael, Gewerkschaften und Emanzipation, Methodologische Probleme der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung über die Zeit bis 1917/18, in ASG XVII (1977), S. 430. Als richtungswesend für die gewerkschaftliche Politik in einer gesellschaftlichen Gesamtanalyse: Preller, Ludwig, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949 (Neuaufgabe 1978); Feldman, Gerald D., Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918, Princeton, New Jersey 1966; Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973 (Neuaufgabe 1978). Für die Einzelgewerkschaften in Ansätzen: Werner, Karl Gustav, Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Diss. Berlin 1968; Vring, Thomas von der, Der Verband der deutschen Buchdrucker im Ersten Weltkrieg, in der Revolution und in der Inflationszeit (1914-1924), Diss. Hannover 1966; dagegen weniger sozialgeschichtlich orientiert: Dörnemann, Manfred, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Strömungen und dem Sturz des Kaiserreiches, Diss. Würzburg 1966; Opel, Fritz, Der Deutsche Metallarbeiterverband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover/Frankfurt 1957, wobei aber zu bedenken ist, daß diese Arbeit vor 20 Jahren erschienen ist. Enttäuschend dagegen die von Deppe, Frank; Fülberth, Georg; Harrer, Jürgen herausgegebene Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, insbesondere was die Kapitel: Die freien Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg (Pohl/Werther), S. 94 ff. und Die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik (Seifert) S. 146 ff., anbetrifft, wobei bei einer Darstellung der gewerkschaftlichen Opposition sogar zentrale Verbandstage wie der des Metallarbeiterverbandes von 1919 einfach unberücksichtigt bleiben.

hänge eingehender methodischer Ansatz zugrunde. ²⁾ Dasselbe gilt für den gewerkschaftlich orientierten Flügel der USPD, einer Partei, über die in jüngerer Zeit einige Abhandlungen veröffentlicht worden sind. ³⁾

-
- 2) Vgl. dazu die frühere Arbeit von Raehl, Walter, Die Freien Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei, Diss. Erlangen 1924; Rettig, Rudolf, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918-1925, unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den Freien Gewerkschaften, Diss. Hamburg 1954; Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln/Frankfurt 1977. Dagegen wesentlich mehr an der Sozialgeschichte orientiert: Schöck, Cornelia, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-1928, Frankfurt/New York 1977.
- 3) Vgl. u.a. Wheeler, Robert F., USPD und Internationale, Frankfurt 1975; Wheeler, Robert F., The Independent Social Democratic Party and the Internationals: An Examination of Socialists Internationalis in Germany 1915 to 1923, Diss. Pittsburgh 1970; Morgan, David W., The socialists Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922, Ithaca and London, Cornell University Press 1975; Krause, Hartfrid, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt 1975; Knopp, Guido F., Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917-1920. Unter besonderer Berücksichtigung der "Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie", Diss. Würzburg 1976. Ausführliche Kapitel über die USPD auch bei: Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf, Bonn-Bad Godesberg 1974; dies., Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978; Ludwig, Hans Ulrich, Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920-1923, Husum 1978. Für die Geschichte der USPD, insbesondere von 1918/1919, immer noch unentbehrlich: Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962; Oertzen, Peter von, Betriebsräte in der Novemberrevolution, 2. erweiterte Auflage, Bonn-Bad Godesberg 1976.

In erster Linie soll die vorliegende Arbeit zur Beantwortung der Frage beitragen, auf welche Weise die gewerkschaftlich organisierten Massen auf politische und soziale Veränderungen reagierten. Dabei wurden Streikbewegungen sowie Massenaktionen unorganisierter Teile der Arbeiterschaft ausgeklammert. Es geht vordergründig um das Verhältnis von Mitgliedern der freien Gewerkschaften, dem zahlenmäßig bei weitem stärksten Sektor der deutschen Arbeiterbewegung, zur USPD, einer Partei, die sich während des Ersten Weltkrieges als radikale Alternative zur SPD herausgebildet hat. Die Einflüsse der Kriegsverhältnisse von 1914 bis 1918 auf verschiedene Industriebranchen und der damit verbundene ökonomische Strukturwandel finden in der historisch sozialwissenschaftlichen Forschung immer stärker Beachtung, zumindest was regionale Gesichtspunkte angeht.⁴⁾ Auf der anderen Seite sind die Wirkungen dieser ökonomischen Strukturveränderungen auf die Organisationen der Arbeiterbewegung, den entsprechenden Gewerkschaftsverbänden, bisher weitgehend außer acht gelassen worden.⁵⁾ Besonders in der anglo-

4) Vgl. u.a. Reulecke, Jürgen, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910 bis 1925, Neustadt a.d. Aisch 1973.

5) Vgl. dazu auch die Arbeiten von Hüllbusch, Ursula, Gewerkschaften und Staat. Ein Beitrag zu Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und zu Ende der Weimarer Republik, Phil. Diss. Heidelberg 1958 (Masch.); Varain, Heinz Josef, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956. Auch neuere Arbeiten behandeln eher die politische Geschichte der Gewerkschaften, so u.a. Potthoff, Heinrich, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979; Laubscher, Gerhard, Die Opposition im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) 1918-1923, Frankfurt/Main 1979.

amerikanischen Geschichtsforschung hat die politische Geschichte der USPD in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse hervorgerufen. Einen zentralen Platz nimmt dabei die Frage des Anschlusses der USPD an die Kommunistische Internationale ein.⁶⁾ Für die bundesrepublikanische Historiographie gilt generell, abgesehen von wenigen neueren Studien,⁷⁾ daß die USPD als Forschungsgegenstand hauptsächlich im Zusammenhang mit der Novemberrevolution und dem Rat der Volksbeauftragten Beachtung gefunden hat. Klar von diesen Forschungsinteressen hebt sich die Geschichtsschreibung der DDR ab; sie beschäftigt sich mit der USPD im wesentlichen nur bis zum Jahr 1920, dem Zeitpunkt der Vereinigung des linken USPD-Flügels mit der KPD. Danach existiert die USPD für diese Forschungsrichtung kaum mehr, denn die Unterordnung der Geschichtswissenschaft unter die Parteidisziplin läßt darüber hinaus kein historisches Interesse für diese Partei mehr aufkommen. Die USPD wird hier als Mittel angesehen, das der Arbeiterbewegung zu einer "echten" revolutionären Massenpartei - der KPD - verhelfen sollte. Somit wird in der DDR-Historiographie die Geschichte der USPD zur Entstehungsgeschichte der KPD pervertiert.⁸⁾

6) Vgl. dazu insbesondere die Arbeiten von Morgan, D., a.a.O. sowie Wheeler, R.F., a.a.O.

7) Vgl. dabei neben der eher organisationsgeschichtlichen Arbeit von Krause, H., USPD. Zur Geschichte der USPD (1975) und den in einen umfangreicheren Kontext gestellten Arbeiten von S. Miller über die MSPD und USPD auch die im Sinne einer sozialökonomischen Interpretation vorbildliche lokale Studie von Volker Ullrich, Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/1919. 2 Bde., Hamburg 1976. Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeitergewegung, Stuttgart 1971.

8) Vgl. u.a. Naumann, Horst, Der Kampf des revolutionären Flügels der USPD für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD (unter besonderer Berücksichtigung der Hilfe durch die Kommunistische Internationale), Diss. Berlin-Ost 1965; Dörrer, Horst,

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung wird im Rahmen der traditionellen politischen Geschichtsschreibung weitgehend unter politischen Aspekten betrachtet, wobei zwangsläufig die Entscheidungsträger der Gewerkschaftsführungen den Forschungsschwerpunkt ausmachen. Die Untersuchung eines Willensbildungsprozesses, der Emanzipation der Gewerkschaftsbasis im Rahmen der politischen und sozioökonomischen Gegebenheiten des Ersten Weltkrieges und der Zeit nach der Revolution von 1918/19, steht immer noch aus, was prinzipiell auch für eine Sozialgeschichte des Ersten Weltkrieges gilt.⁹⁾ Die Historiographie schildert vor allem die institutionalisierte Repräsentanz der Massen, die Haltung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, wobei vorwiegend die Ergebnisse langwieriger Auseinandersetzungen interpretiert werden, ohne dabei intensiver auf den Formierungsprozeß der entsprechenden Mitgliedschaften innerhalb der Arbeiterorganisationen einzugehen. Die Arbeiterbewegung wurde bisher nahezu ausschließlich von der Spitze her untersucht, was dazu führte, daß Programme, Theorien und Persönlichkeiten für den Meinungsbildungsprozeß der Basis im gewissen Sinne überbewertet worden sind. Untersuchungen über Partei- und Gewerkschaftsbasis liegen lediglich ansatzweise vor- es dominieren Biographien, Institutions- und Ideengeschichten, Quellenausgaben u.s.w. Das trifft prinzipiell auch auf Gesamtdarstellungen der Geschichte von Einzelgewerkschaften zu, die einen mehr oder

Die Herausbildung einer revolutionären Massenpartei in Ost-sachsen bei besonderer Berücksichtigung der Vereinigung des linken Flügels der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (1914 bis 1920), Habilitationsschrift Leipzig 1968; Rentsch, Helga, Der Kampf der revolutionären Kräfte in den freien Gewerkschaften um einheitliche Aktionen der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital seit dem Offenen Brief der VKPD bis zum 11. Gewerkschaftskongreß des ADGB im Juni 1922, Diss. Leipzig 1969, Schultz, Eberhard, Rolle und Anteil des linken Flügels der USPD im ehemaligen Regierungsbezirk Halle-Merseburg bei der Herausbildung und Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei (1917-1920), Diss. Halle 1969.

9) Vgl. dazu die Ausführungen von Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg 1914-1918, Göttingen 1973, der zu Beginn seiner Darstellung (S. 1ff.) auf dieses Problem eingeht.

weniger offiziösen Charakter haben.¹⁰⁾ Erschwerend für den Bereich der Gewerkschaftsgeschichte kommt hinzu, daß auch in der vorhandenen Memoirenliteratur von ehemaligen Gewerkschaftsführern bezeichnenderweise eindeutig das politische Geschehen dominiert, gewerkschaftliche Konzeptionen und Entscheidungsprozesse kaum schriftlich fixiert worden sind. Zu den Strukturanalysen von Einzelgewerkschaften in ihrem Verhältnis zu einer politischen Partei gehören mit Sicherheit auch Fragen nach der Zusammensetzung der Mitgliedschaften, nach Teilnehmern an Gewerkschaftskongressen und Ortsverbandssammlungen, sei es nun berufs- oder altersspezifischer Art, wie sie Robert F. Wheeler aufgeworfen hat.¹¹⁾ In diesem Zusammenhang soll durch eine möglichst geschlossene Auswertung von Partei- und Gewerkschaftsorganen der Willensbildungsprozeß der Gewerkschaftsbasis nachvollzogen und analysiert werden. Die Aufschlüsselung der Gewerkschaftsmitgliederstruktur, bisher in der Forschung auch aus Gründen der schwierigen Quellenlage weitgehend vernachlässigt,¹²⁾ bildet dafür eine wichtige Voraussetzung. Jedoch liegt es nicht nur im Interesse der Untersuchung, eine Art 'kollektive Biographie'

10) Vgl. dazu Schuster, Dieter, 1872-1972. Schritt für Schritt. Ein Jahrhundert Leder-Gewerkschaften, Stuttgart o.J.; 75 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild, hrsg. von der IG Metall, Text und Redaktion Fritz Opel, Dieter Schneider, Frankfurt a.M. 1966; Furtwängler, Josef, ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart 1955; Anders, Karl, Stein für Stein. Die Leute von Bau-Steine-Erden und ihre Gewerkschaften, 1869 bis 1969, Hannover 1969.

11) Vgl. Wheeler, Robert F., Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik. Einige methodologische Bemerkungen, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, 2. Aufl. Düsseldorf 1977, Bd. 1, S. 179 ff.

12) Wheeler, Robert F., Quantitative Methoden und die Geschichte der Arbeiterbewegung: Möglichkeiten und Grenzen, Referat auf der IX. Linzer Konferenz vom 11.-15. September 1973, S. 5.

und eine soziostrukturelle Entwicklung von Gewerkschaftsversammlungen und Verbandstagen der Opposition zu liefern, sondern diese Zusammenhänge mit den sozioökonomischen Bedingungen der Zeit zu konfrontieren. Wirtschaftliche Umstellungen auf die Kriegsproduktion, die damit einhergehende Ausweitung der Rüstungsindustrie, Stilllegungen von Bereichen der Friedensindustrie, die Entwicklung zu Großbetrieben hin, Probleme der Demobilisierung nach dem Krieg, Wiedereingliederung der zurückflutenden Arbeitskräfte in den industriellen Prozeß und deren Rückwirkungen auf die Arbeiterorganisationen spielen für die Erforschung der Herkunft des Radikalismus in Partei und Gewerkschaften eine bedeutende Rolle, wozu Jürgen Kocka in seiner Studie "Klassengesellschaft im Krieg 1914-1918" bemerkenswerte Anregungen gegeben hat. ¹⁴⁾

Zur Sozialstruktur der USPD existieren in der historischen Forschung lediglich geringfügige Ansätze, ¹⁵⁾ was in einem noch

14) Vgl. Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft, a.a.O., S. 34 f.

15) Vgl. Krause, Hartfried, Kontinuität und Wandel. Zur Sozialstruktur: Wer waren die USPD-Mitglieder? in: Krause, H. (Hrsg.), Protokolle der Parteitage der USPD, Bd. 5, Nachdruck Glasgütten/Ts. 1976. Krauses Ansätze zu einer Sozialstruktur der USPD-Mitgliedschaft laufen dabei im wesentlichen darauf hinaus, die USPD als organisierte Vertretung gelernter Arbeiter, insbesondere der qualifizierten Metallarbeiter, zu charakterisieren, was jedoch, wenn überhaupt, nur für die Frühphase der Partei, bis etwa 1918, gelten kann. Ab dem Jahr 1919, bedingt durch einen massenhaften Mitgliederzuwachs in Partei und Gewerkschaften, rekrutierte sich die USPD zunehmend aus Kreisen der Arbeiterschaft, die während des Ersten Weltkrieges ein Defizit an Ausbildung hinnehmen mußten. Dazu kamen vorwiegend jüngere Mitglieder in die Partei, die durch das Kriegsgeschehen sowohl parteipolitisch als auch beruflich entwurzelt waren. Ebenso ist zu konstatieren, daß nach der Revolution verstärkt Kategorien der Angestellten zur USPD stießen. Vgl. zur Sozialstruktur der USPD die Ausführungen Robert Wheelers im Zusammenhang mit der USPD-Urabstimmung über die 21 Bedingungen, in: Wheeler, R.F., USPD und Internationale, S. 232 ff. sowie ders., Die "21 Bedingungen" und die Spaltung der USPD im Herbst 1920 (Zur Meinungsbildung der Basis), in: VfZg(1975), S. 117 ff.

stärkeren Ausmaß für die Einzelgewerkschaften zur Zeit des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik gilt. Lediglich einige ältere Arbeiten, die zumeist aus der Weimarer Zeit stammen, beschäftigen sich mit dem Einfluß von sozioökonomischen sowie politischen Bedingungen auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft.¹⁶⁾ Prozesse der Willensbildung von Gewerkschaftsmitgliedern, Verbandstrukturen und deren Veränderung während des Krieges, Analysen von Verbandstagen und die im Hintergrund stehende Radikalisierung der Arbeiterschaft werden auch hier nur am Rande gestreift. Bisher erschienene Arbeiten, die Gewerkschaftsprobleme im Zusammenhang mit sozioökonomischen Entwicklungen berücksichtigen, befassen sich nahezu ausschließlich übergreifend mit dem Bereich der Sozialpolitik, wobei die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum in den Vordergrund rücken.¹⁷⁾ Neuere Untersuchungen, in die auch die

16) Vgl. u.a. Cassau, Theodor, Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf, in: Soziale Organisationen der Gegenwart, Halberstadt 1925; Brauer, Theodor, Krisis der Gewerkschaften, Jena 1924; Lederer, Emil, Die ökonomische Umschichtung im Kriege, in: ASS 45 (1918/19), S. 430 ff., sowie ASS 49 (1922), S. 3 ff. Vgl. dazu auch neuerdings: Lederer, Emil, Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940. Ausgewählte Aufsätze, hrsgg. von Jürgen Kocka, Göttingen 1979; Umbreit, Paul, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, S. 1 - 305, in: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges - Deutsche Serie, Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden, Abt. Volkswirtschaft und Geschichte, hrsgg. von James T. Shotwell, Berlin o.J.; Koller, Philipp Alexander, Das Massen- und Führer-Problem in den Freien Gewerkschaften, in: ASS, Ergänzungsband 17, Tübingen 1920. Zu Einzelgewerkschaften: Vgl. u.a. Gruschwitz, Kurt, Die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Textilarbeiterschaft, dargestellt an den Jahren vor, in und nach dem Kriege, Staatswiss. Diss. Tübingen 1922; Vring, Thomas von der, Der Verband der deutschen Buchdrucker im Ersten Weltkrieg, a.a.O.; Werner, Karl Gustav, Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, a.a.O.; mit Abstrichen auch Matthes, Anneliese/Matthes, Lothar, Die Entwicklung des "Deutschen Metallarbeiterverbandes" - Verwaltungsstelle Leipzig - und des "Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießereihilfen" in den Jahren 1914 bis 1920, 3 Bde, Phil. Diss. Leipzig 1966.

17) Vgl. u.a. Feldman, Gerald D., Army, Industry and Labor in

gewerkschaftliche Opposition miteinbezogen wird, behandeln meist einen umfangreichen historischen und thematischen Kontext ¹⁸⁾ oder verlegen den Forschungsschwerpunkt auf die politischen Interaktionen dieser Arbeiterorganisationen. ¹⁹⁾ Daneben unterliegen Versuche, die gesamte Opposition in den Gewerkschaften erfassen zu wollen, der Notwendigkeit, Analysen von Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen nur in Ergebnissen und handbuchartig darzustellen. Rückbeziehungen zur Mitgliedschaft der entsprechenden Einzelgewerkschaften oder politischen Opposition können in diesem Umfeld kaum mehr geleistet werden. ²⁰⁾

Von dieser Verfahrensweise will sich die vorliegende Arbeit methodisch dadurch abheben, daß sie die politische, organisatorische und ideologische Entwicklung der USPD - nahen Gewerkschaftsopposition innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, soweit möglich, auf die Basisstruktur der verschiedenen Mitgliedschaften bezieht. Es soll damit versucht werden, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsprozesse, lokale Besonderheiten der Parteispaltung oder Herausbildung gewerkschaftlicher Opposition, in den Kontext der sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzuordnen. Die Strukturveränderungen im Bereich der Industrie während der Ersten Weltkrieges und nach der Revolution von 1918/19 sollen dabei immer im Hintergrund der Untersuchung stehen. Damit will diese Arbeit nicht zuletzt

Germany 1914-1918, Princeton 1966; Hartwich, Hans-Hermann, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918-1933, Berlin 1967; Preller, Ludwig, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949; Schneider Michael, Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918-1933, Bonn 1975.

- 18) Vgl. Bieber, Hans-Joachim, Die deutschen Gewerkschaften 1914-1920. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution, Phil. Diss. Hamburg 1975.
- 19) Vgl. Potthoff, Heinrich, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979.
- 20) Vgl. Laubscher, Gerhard, Die Opposition im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) 1918-1923, Frankfurt/Main 1979.

einen Beitrag zur Erforschung der Rekrutierungsbasis und Sozialstruktur der USPD leisten und deren Anhängerschaft in der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufschlüsseln. Der Einfluß der USPD auf die verschiedenen Einzelgewerkschaften wird dabei als Interdependenz von politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen gesehen, wobei die sozioökonomischen Bedingungen der Arbeiterschaft als Radikalisierungselement miteinbezogen werden. Es handelt sich um eine Untersuchung der organisierten, vorwiegend in den gewerkschaftlichen Verbänden vertretenen Arbeiterschaft in ihrer Beziehung zur USPD. Sozialpolitik im Sinne einer Gesellschaftspolitik aus der Perspektive des Arbeitslebens steht im Hintergrund der Betrachtung, da die mit dem Ersten Weltkrieg verbundene Rationalisierung der Wirtschaft und Umstrukturierung der erwerbstätigen Bevölkerung direkt die Arbeits- und Lebensbedingungen betroffen haben. ²¹⁾

Für die Untersuchung wurden drei Arbeitergewerkschaften ausgewählt, die in ihrer Haltung sowohl gegenüber der Politik der Generalkommission eine ablehnende Haltung einnahmen als auch der USPD nahestanden. Die Radikalisierung der Gewerkschaftsbasis wird dabei jeweils im Zusammenhang mit der Betroffenheit der entsprechenden Industriezweige durch die wirtschaftlichen Strukturveränderungen von 1916 bis 1922 gesehen. Bei den Einzelgewerkschaften handelt es sich um den Zentralverband der Schuhmacher (ZVdS), den Deutschen Textilarbeiterverband (DTV) und den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), um Verbände also, die sowohl in ihrer Führungsspitze als auch in der Basis, zumindest vorübergehend, mit USPD-Gewerkschaftsfunktionären besetzt oder von einer starken USPD-Mitgliedschaft geprägt waren. Außerdem zählen diese drei Einzelgewerkschaften, die im

21) Vgl. hierzu die in diesem Sinne definierte Sozialpolitik bei Ludwig Preller.

Gegensatz zu vielen anderen Verbänden allesamt auch während des Krieges Verbandstage abhielten, ²²⁾ zu drei verschiedenen Industriebereichen, nimmt man die Kriegswichtigkeit als Maßstab für die Einstufung. ²³⁾ Demnach gilt die Zuordnung: Metallindustrie zur Kriegsindustrie, Textilindustrie zur Friedensindustrie, Lederindustrie zu einer Zwischengruppe. Natürlich ist diese Einteilung etwas schematisch und es lassen sich in den genannten Industriebereichen sicherlich fließende Grenzen feststellen. Selbstverständlich produzierten auch Textil- und Lederindustrie für den Kriegsbedarf, aber im Verhältnis zur Kriegswichtigkeit läßt sich diese Einstufung aufrechterhalten und ist relativ repräsentativ, um einen Maßstab für radikales Verhalten der Arbeiterschaft in verschiedenen Industriebereichen zu gewinnen. Die Wahl der genannten Verbände und Branchen bedeutet nicht, daß es überflüssig wäre, die Lage der Eisenbahner, Staats- und Gemeindearbeiter oder Angestellten zu untersuchen. Die in dieser Arbeit erfolgte Begrenzung war im Rahmen einer Dissertation notwendig, aber auch gerechtfertigt, weil damit entscheidende Schlüsselindustrien und Gewerkschaftsverbände Berücksichtigung fanden, die auch den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Produktivkräfte in Deutschland in der Zeit von 1914 bis 1922 aufzeigen.

Wollte die USPD als politischer Faktor im Spektrum der Parteien eine Rolle spielen, so mußte sie versuchen, sich auch Zugang zu den freien Gewerkschaften zu verschaffen, wo sich das Haupt-

22) Verbandstage des Metallarbeiterverbandes: 1915 und 1917, des Schuhmacherverbandes: 1916 und 1918, des Textilarbeiterverbandes: 1917.

23) Vgl. Hierzu Kocka, a.a.O., S. 13 sowie Bry, Gerhard, Wages in Germany 1871-1945. Princeton 1960, S. 193 f., der zur "war industries" die Metall-, Maschinen-, Chemische-, Petroleum- und Ölindustrie, zur "civilian industries" die Lebensmittel-, Bekleidungs-, Textil- und Druckindustrie, sowie unter "Intermediate" die Holz-, Papier-, Leder-, Stein- und Ton-, Bau-, Bergbauindustrie subsumiert. Dieser Unterteilung folgt auch Jürgen Kocka in seiner Darstellung.

potential der sozialistischen Arbeiterschaft befand, wenn auch während des Ersten Weltkrieges ein starker Mitglieder-rückgang eingetreten war, der unmittelbar vor der Gründung der USPD, zu Beginn des Jahres 1917, seinen Höhepunkt erreicht hatte. ²⁴⁾ Für ein Eindringen der USPD in die einzelnen Gewerkschaften spielten zahlreiche Faktoren eine Rolle. Neben der bereits erwähnten ökonomischen Situation einer Branche und deren spezifischen wirtschaftlichen Lage, müssen besonders während des Krieges der sich wandelnde Produktionsprozeß, technische Innovationen und die sich dadurch verändernden Ansprüche an die Qualifikation der Arbeiter in Betracht gezogen werden. ²⁵⁾ In diesen Zusammenhang gehören jedoch auch die politischen und organisatorischen Erfahrungen der Arbeiterschaft, die sich auf gewerkschaftlicher Ebene für die verschiedenen Verbände unterschiedlich darstellten, da sich auf dem gemeinsamen Hintergrund der Ernährungsschwierigkeiten die Lage für den Arbeiter in den einzelnen Industriebereichen genauso verschieden gestaltete. Sozioökonomische Erklärungen alleine reichen dabei nicht aus, um den Einfluß der USPD auf verschiedene Gewerkschaften zu belegen. Neben regionalen Schwerpunkten, dem Besitz von Presseorganen und anerkannten Führerpersönlichkeiten der Arbeiterbewegung, spielte dabei sowohl auf Partei- als auch auf Gewerkschaftsebene ein Mißtrauen der Basis gegenüber den leitenden Instanzen mit hinein; ein Mißtrauen, das sich mit zunehmender Kriegsdauer in ein Gefühl der Entrechtung verwandelte. ²⁶⁾

24) Vgl. Anhang I

25) Vgl. dazu Feldman, D./Kolb, E./Rürup, R., Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920), in: PVS 13 (1972).

26) Vgl. Koller, Ph. A., Das Massen- und Führerproblem, S. 105 f.

Was den Zeitraum von 1916 bis 1922 anbetrifft, so kann das Jahr 1916 als Ausgangspunkt dafür gesehen werden, daß die Unzufriedenheit der Massen über wirtschaftliche Mängel in der Kriegszeit sich erst zu diesem Zeitpunkt mit sozialen Ressentiments verband. Die Politisierung der Unzufriedenheit soll dabei mit dem für die Gewerkschaftsgeschichte wichtigen Ereignissen, beispielsweise dem Hilfsdienstgesetz von 1916 und der Gründung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAG) von 1918, im Zusammenhang gesehen werden, wobei die Entscheidungsprozesse nicht als solche, sondern als Hinweise auf Strukturen und Entwicklungen interessieren, die sich in ihnen konkretisieren. So werden Streiks und Revolutionsgeschehen von 1918/19 nicht als Ereignisgeschichte, sondern nur in ihren Auswirkungen auf die Mitgliedschaften der Gewerkschaften und der USPD abgehandelt, wobei die mit der Revolution von 1918/19 verbundene "Mitgliederschwemme" in den Einzelgewerkschaften einerseits, der USPD andererseits, im Vordergrund des Interesses stehen. Dabei werden Fragen nach Beziehungen zwischen Alter und politischer Orientierung, nach dem Verhältnis gewerkschaftlich organisierter Frauen zur Opposition, nach der Stellung der sogenannten "Arbeiteraristokratie" zum Radikalismus aufgeworfen; warum sich einerseits gerade den Umständen gemäß gut verdienende Arbeiter (z.B. Rüstungsfacharbeiter), andererseits aber auch sozial schlechter gestellte Arbeiter und Angestellte, vertreten durch ihre Gewerkschaftsvorstände, hinter die Richtlinien der Parteioption gestellt haben. Wenn auch auf verschiedene Bereiche dieser Fragestellungen aufgrund der schwierigen historischen Quellenlage keine oder teilweise nur unzureichende Antworten gefunden werden können, so soll doch offensichtlich werden, aus welcher Motivation heraus verschiedene Gewerkschaftsmitglieder die USPD im gewerkschaftlichen Bereich unterstützt haben. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Erfahrungswelt der lohnabhängigen Arbeiterschaft, deren Mitgliedschaft sowohl in den untersuchten Einzelgewerkschaften als auch in der USPD die große Mehrheit darstellte, im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung sowie strukturellen Veränderungen der Gesamtwirtschaft entscheidend mitgeprägt worden ist. Der Zeitraum von 1916

bis 1922 bildet in wirtschaftlicher Hinsicht insofern einen zusammenhängenden Abschnitt, als sich hier die vor- wie auch nachrevolutionäre Krisenzeit der deutschen Geschichte in Beziehung zu dem mitgliederstärksten Bereich der Arbeiterbewegung widerspiegelt. Diese extrem von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Strukturveränderungen geprägte Zeit, die mit dem Jahr 1923 in eine neue, nie gekannte Dimension der Inflation mündet, findet bezüglich der Veränderungen ihr Abbild auch in der politischen Geschichte. In derselben Zeitspanne liefen im Bereich der sozialistischen Arbeiterbewegung so wichtige Prozesse wie die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, die Gründung der USPD von 1917, sowie die Gründung der KPD um die Jahreswende 1918/19 ab. Diese Ereignisse beeinflussten auch recht nachhaltig die Gewerkschaftsgeschichte und führten nach der Spaltung der USPD von 1920 wieder zu einer allmählichen Zusammenarbeit von USPD - und MSPD-Gewerkschaftern in den Einzelgewerkschaften. Nach sechsjährigen Auseinandersetzungen in Partei und Gewerkschaft kam es schließlich 1922 zur Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien, nachdem dafür in den Gewerkschaften der Grundstein gelegt worden war. Andererseits wird im Verlauf dieser Zeit offenkundig, daß sich neben der Sozialdemokratie eine zweite sozialistische Kraft, die KPD herausbildet, die 1920 durch die USPD-Spaltung zu einer Massenpartei angewachsen, von 1923 an verstärkt dazu übergeht, in den Gewerkschaften eigene Zellen aufzubauen.

Ist von einem Einfluß der USPD auf verschiedene Einzelgewerkschaften die Rede, so kann dieser punktuell erst nach der USPD-Gründung vom April 1917 nachgewiesen werden. Zu diesem Zeitpunkt gehörten, rein organisatorisch gesehen, auch die Mitglieder des Spartakusbundes noch dieser Partei an, was die Einheitlichkeit eines Einflusses noch problematischer macht, da die USPD ohnehin eine heterogene Partei gewesen ist. Letztlich ist daher bei einer Untersuchung der USPD immer eine Differenzierung der Partei im Auge zu behalten, um ihr gerecht zu wer-

den. 27) Schließlich ist noch vor auszuschicken, daß unter dem Einfluß auf verschiedene Einzelgewerkschaften in erster Linie der verbandsinterne Einfluß zu verstehen ist, also vorwiegend die prinzipiell gewerkschaftsbejahende Richtung in der USPD zur Grundlage der Untersuchung gemacht worden ist, die in der Partei und darüberhinaus eine Bedeutung innehatte, die bisher in der historischen Forschung sehr stark vernachlässigt worden ist. Bedeutende Namen von der der USPD angehörenden Gewerkschaftsführern wie Robert Dißmann, Josef Simon, Hermann Jäckel, Alwin Brandes oder Siegfried Aufhäuser, sind bisher nur in einem zu geringen Umfang in die deutsche Gewerkschaftsgeschichte eingegangen, obwohl sie auch nach dem politischen Niedergang der USPD innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine primäre Rolle gespielt haben. Es wird versucht, den Standpunkt der gewerkschaftlichen Richtung in der USPD darzustellen, den Teil der gewerkschaftlichen Opposition also, der in jeder Phase die elementare Wichtigkeit der deutschen Einheitsgewerkschaftsbewegung für die Arbeiterschaft im Auge gehabt und parteiegoistische Motive in den Hintergrund gerückt hat. Die Konzeption der "Revolutionierung der Gewerkschaften von innen heraus" wurde, im Gegensatz zu anderen Parteiströmungen in der USPD, von dieser Seite immer eingehalten, gewerkschaftsspalterische Tendenzen rigoros abgelehnt und entschieden bekämpft. Bedingt durch den heterogenen Charakter der USPD kam es in der Gewerkschaftsfrage zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, die an der Parteispaltung von 1920 einen starken Anteil hatten und die in vorliegende Untersuchung eingegangen sind. Der gewerkschaftliche Flügel der USPD, mitunter von einflußreichen und traditionellen Führerpersönlichkeiten der Arbeiterbewegung repräsentiert, bot auch durchaus inhaltliche Alternativen zu

27) Vgl. Kolb, E., Die Arbeiterräte, S. 38.

der Programmatik der Gewerkschaftsführung unter Legien. Nicht zuletzt dadurch konnte sich die USPD-Opposition in den Reihen der Gewerkschaftsmitgliedschaft in den Jahren 1919/20 eine breite Zustimmungsbasis verschaffen. Bei allen Forderungen von dieser Seite, sei es nun die Aufkündigung der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern, die Entwicklung der berufsorientierten Einzelgewerkschaften zu Industrieverbänden hin oder die innergewerkschaftliche Demokratisierung bzw. Entbürokratisierung betreffend, stand immer das Primat der Einheitsgewerkschaft im Vordergrund jedes Denkens und Handelns. Dies zeigte sich deutlich, als von USPD-Kreisen in Verbindung mit der KPD ab 1920 verstärkt gewerkschaftsspalterische Aktionen unternommen wurden, indem man versuchte, eine von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsrätezentrale ins Leben zu rufen. Über den Weg der Gewerkschaften lief schließlich auch die Wiedervereinigung von USPD und MSPD im Jahr 1922, denn bereits ab 1920 fanden sich in verschiedenen Einzelgewerkschaften Gewerkschaftsfunktionäre von USPD und MSPD zum Abwehrkampf gegen USPD-"Linke" und KPD zusammen.

1. Die Gewerkschaftsopposition in den Einzelgewerkschaften formiert sich.

1.1. Die beginnende Opposition gegen die Kriegspolitik von SPD und Gewerkschaftsführung.

Mit dem Verlauf des Ersten Weltkrieges bildete sich innerhalb der Partei und gleichzeitig in verschiedenen Einzelgewerkschaften eine Opposition gegen die jeweiligen Führungskräfte heraus, die ihre Wurzeln in der Ablehnung der von diesen Institutionen tolerierten "Burgfriedenspolitik" hatte. Die Wortführer der Opposition standen zu diesem Zeitpunkt in den Reihen der Partei, während innerhalb der Gewerkschaften bisher kaum eine offizielle Kritik geäußert worden war. Das erste manifeste Auftreten einer sich organisierenden Opposition auf Reichsebene drückte sich in einem Protestschreiben an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie vom 9. Juni 1915 aus.¹⁾

Vorher war es bereits auf regionaler Ebene zu erregten Diskussionen über die Kriegskreditbewilligung gekommen, an denen spätere Führungspersönlichkeiten der USPD maßgeblich beteiligt waren.²⁾

1) Vgl. NL Paul Levi, 141/6, AsD. Abgedruckt auch in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin (Ost) 1958, S. 169 ff.

2) Bereits relativ frühzeitig engagierte sich Robert Dißmann, später die profilierteste Person im Spektrum des USPD-Gewerkschaftsflügels gegen die Kriegspolitik. Er hatte in seinem Wirkungsgebiet, dem Maingebiet um Frankfurt, bereits Kontakte zu Hugo Haase, dem Reichstagsfraktionsvorsitzenden der SPD aufgenommen, den er auch am 28. April 1915 zu einer Rede nach Frankfurt eingeladen hatte. Haase sprach sich dort gegen die Kriegspolitik der SPD aus und bezeichnete den Kampf gegen den Zarismus als "Köder für die Sozialdemokratie". Durch diesen Auftritt wurde die innerparteiliche Opposition in Frankfurt ungemein gestärkt. Vgl. Volksstimme vom 29. April 1915. Über das gute Verhältnis Robert Dißmanns zu Rosa Luxemburg berichtet u.a. seine Kollegin im gewerkschaftlichen Bereich: Toni Sender, The Autobiography of a German Rebel, New York 1939, S. 66.

In einem als Flugblatt verbreiteten "Offenen Brief" wurden gegen die Adressaten schwere Vorwürfe erhoben, wobei man insbesondere scharf gegen die Politik des Burgfriedens polemisierte. Man kreidete sowohl der Partei - als auch der Gewerkschaftsführung an, daß die Kriegspolitik der Regierung toleriert würde, anstatt energische Schritte zur Beendigung des Krieges zu unternehmen. "Die Reichstagsfraktion", so hieß es, "in der auch die meisten Mitglieder des Parteivorstandes sitzen, hat den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben". ³⁾ Die Unterzeichner des Protestschreibens warnten ausdrücklich vor einer Fortsetzung der Politik des 4. August. ⁴⁾ Dieser "Offene Brief" wurde in der Auflage von mehreren tausend Exemplaren den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland zugestellt, verbunden mit der Aufforderung, "möglichst viele Funktionäre von politischen Organisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. oder sonstige besonders tüchtige, tätige und einflußreiche Genossen zur Unterschrift zu gewinnen". ⁵⁾ Der "Offene Brief", in Sachsen auch als das "Zirkular Agnes-Albrecht" bezeichnet, ⁶⁾ wurde schließlich auch von 760 Personen namentlich unterzeichnet, ⁷⁾ wobei sich eine

3) Vgl. Dok. u. Mat. II/1, S. 168 f.

4) Ebd.

5) Ebd. Begleitbrief zum Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten vom 9. Juni 1915. Antworten sollten an die Adresse von Rechtsanwalt Herzfeld, Berlin, gerichtet werden. Der "Offene Brief" wurde auch in der "Leipziger Volkszeitung" (LVZ) Nr. 145 vom 3. Juli 1915 abgedruckt.

6) Agnes und Albrecht traten später der USPD bei. Vgl. Bericht des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Sachsens auf das Geschäftsjahr 1915/16, in: Sozialdemokratische Partei Sachsens, Protokoll über die Verhandlungen der Landesversammlung, abgeh. am 10. und 11. Juni 1918 in Dresden, Dresden 1918, S. 126.

7) Eigene Zählung nach der Namensliste im NL Paul Levi. Vgl. a. Reulecke, Jürgen, Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: ders. (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 223. Im SPD-Organ, dem "Vorwärts" vom 26. Juni 1915 sind ca. 700 Unterzeichner aufgeführt.

Gesamtzahl der Unterzeichner nicht exakt feststellen ließ, weil vielfach ganze Ortsverbände, Vorstände und Wahlvereine mitunterscriben hatten.⁸⁾ Zeigten die Unterschriften einerseits, daß das Schwergewicht der Opposition noch auf seiten der Partei lag, so offenbarte sich andererseits, daß sich Teile der Gewerkschaftsbewegung, bisher immer auf ihre parteipolitische Neutralität bedacht, erstmals für die Minderheit in der Partei einzusetzen bereit waren. Inwieweit die postulierte parteipolitische Neutralität bereits der Vergangenheit angehörte und der Parteistreit in die Gewerkschaften eingedrungen war, dokumentierte auch der von Carl Legien, dem Leiter der Generalkommission der freien Gewerkschaften, in einer Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung am 27. Januar 1915 gehaltene Vortrag "Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen"?, der vervielfältigt auch an alle Funktionäre aus Partei und Gewerkschaften weitergeleitet worden war.⁹⁾ Legien, der in seinem Vortrag einen Versuch der "Überwindung des Gegensatzes der Partei und Gewerkschaften" proklamierte, hatte hier scharfe Angriffe gegen die Parteiminderheit gerichtet.¹⁰⁾ Eine Analyse des Offenen Briefes, immerhin als erstes Dokument einer sich artikulierenden Gewerkschaftsopposition zu verstehen, ist sowohl in regionaler als auch verbandsspezifischer Hinsicht von Interesse, weil sich dadurch bestimmte Schwerpunktsgebiete der Opposition skizzieren lassen. Nach Aufzeichnungen Carl Giebels, der selbst in der Angestelltenbewegung auf gewerk-

8) Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, Wien 1924, S. 50, schreibt, daß über tausend Funktionäre der Arbeiterorganisationen den Brief unterzeichnet hätten, wobei er wahrscheinlich Ortsverbände, Vorstände usw. auf dem Hintergrund seiner genauen Kenntnis der Arbeiterbewegung hochrechnete. Die Zahl ist durchaus realistisch zu bewerten.

9) Legien, Carl, Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen? Ein Vortrag von C. Legien in der Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung am 27. Juni 1915, Berlin 1915.

10) Ebd.

schaftlichem Sektor tätig gewesen ist, ¹¹⁾ wurde dieser Offene Brief aber lediglich in 77 von 397 Wahlkreisen unterzeichnet, wobei der Großraum Berlin mit Abstand am stärksten vertreten war. Giebel, Vorsitzender des Verbandes der Büroangestellten und Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratie, schätzte den Offenen Brief selbst als wichtigstes Dokument für die Gewerkschaftsopposition ein und befaßte sich eingehend mit ihm. ¹²⁾

Über die Ausdehnung der Opposition eröffnet dieses Papier tatsächlich erste Aufschlüsse, wobei jedoch quantitative Rückschlüsse auf die Stärke der Opposition in Partei und Gewerkschaften nur sehr zurückhaltend gezogen werden dürfen. Was die Unterzeichner aus dem gewerkschaftlichen Lager anging, so lag regional gesehen, Berlin mit 42 Unterzeichnern klar vor Crimmitschau mit 18, Gotha mit 9, Braunschweig und Düsseldorf mit je 8, an der Spitze. ¹³⁾ Nach den Aufzeichnungen Giebels unterzeichneten 14 Kartellvorsitzende aus verschiedenen Einzelgewerkschaften diesen Offenen Brief, wobei er die Städte: Braunschweig, Crimmitschau, Düsseldorf, Gera, Gröba, Hunau, Heilbronn und Remscheid, namentlich aufführte. ¹⁴⁾ Aus der Liste der Unterzeichner geht dies nicht hervor, da verschiedentlich die gewerkschaftliche Funktion des Unterzeichners nicht

11) Carl Giebel gehörte bereits seit 1912 der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an, nach der Revolution der Nationalversammlung, und dann wieder dem Reichstag für die MSPD ab 1920. Außerdem bekleidete er in der freien Gewerkschaftsbewegung das Amt des Vorsitzenden im Verband der Büroangestellten Deutschlands. 1919, nach der Verschmelzung dieses Verbandes mit dem Zentralverband der Handelsgewerkschaften zum Zentralverband der Angestellten, wurde er neben Otto Urban gleichberechtigter Vorsitzender dieses Verbandes.

12) Vgl. NL Carl Giebel, AsD IX, 8, Die Unterzeichner der Eingabe an Partei- und Fraktionsvorstand, Bl. 35, mit einer genauen Aufschlüsselung der Unterschriftenliste.

13) Vgl. a. Bieber, H.-J., Die deutschen Gewerkschaften, S. 525 ff., der diese Zahlen noch genauer aufschlüsselt, wobei er jedoch zu den Gewerkschaftsfunktionären im weitesten Sinn die Angestellten der Konsumvereine nicht mitrechnet. Vgl. dagegen NL Giebel, Carl, IX, 8. Die Unterzeichner der Eingabe an Partei- und Fraktionsvorstand, AsD.

14) Vgl. NL Giebel, C., a.a.O. Daneben noch kleinere Orte wie Bundheim, Einbeck, Hilden, Strausberg, Lichterfelde, Waltershausen.

genannt worden ist. worin auch der Hauptgrund zu sehen ist. daß bezüglich der Unterschriften in der Forschung unterschiedliche Zahlen angegeben werden. Auffallend ist, daß regional gesehen, die Hafenstädte Hamburg und Bremen, Industriezentren wie Nürnberg und Augsburg, auf dieser Liste überhaupt nicht vertreten waren.¹⁵⁾ Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß in diesen Städten die Unternehmer eine noch zu starke Herrschaftsposition besaßen und es somit zu keinen oppositionellen Äußerungen gekommen sei, ist wohl etwas zu weitgehend interpretiert.¹⁶⁾ Gerade in den zuletzt genannten Städten hat der Metallarbeiterverband eine nicht zu unterschätzende Stellung eingenommen und sich die gewerkschaftliche Opposition in dieser Einzelgewerkschaft am intensivsten artikuliert. Dies bestätigt auch eine Aufschlüsselung der Unterschriften nach einzelnen Gewerkschaftsverbänden. Demgemäß stellte der Metallarbeiterverband mit 25 Unterzeichnern vor dem Textilarbeiterverband mit 18, dem kleinen Zentralverband der Handlungsgehilfen mit 17,¹⁷⁾ die meisten Vertreter, soweit sich dies aus den vorliegenden Angaben rekonstruieren läßt. Auch der Zentralverband der Schumacher,

15) Vgl. a. Bieber, H.-J., a.a.O., S. 526.

16) Ebd.

17) Zur Rubrik der Handlungsgehilfen sind dabei eventuell die 14 Unterzeichner im Zentralverband der Handlungsgehilfen (ZvdH) organisiert gewesen sind. Aus einem Schreiben von Rose Frölich, der Witwe von Paul Frölich, die als Rosi Wolfstein sowohl in der USPD (später KPD) als auch im ZvdH organisiert gewesen ist, an den Verfasser vom 8. August 1977, geht hervor, daß die Angestellten in den Konsumgenossenschaften gewerkschaftlich und politisch in der Sozialdemokratie organisiert sein mußten, zumindest, was die qualifizierten Stellungen anbetraf. Rosi Wolfstein (Frölich), geb. 1888, vertrat beim Gründungsparteitag der USPD in Gotha die Spartakusgruppe. In den Jahren 1921 bis 1924 vertrat sie die KPD als Abgeordnete des Preussischen Landtages. Anfang 1929 aus der KPD ausgeschlossen, war sie bis 1932 in der KPD, dann in der SAP politisch aktiv. Vgl. a. Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, Frankfurt 1969, S. 346 f.

später ein von der USPD majorisierter Gewerkschaftsverband, war mit 7 Unterzeichnern stark vertreten.¹⁸⁾ Insgesamt ist bei dieser Aufzählung festzustellen, daß die Definition, wer hier als Arbeitersekretär und Gewerkschaftsfunktionär gelten kann, relativ schwierig auszumachen ist. Meine Untersuchung der Unterzeichner, die man der Gewerkschaftsbewegung zurechnen darf, beläuft sich auf ungefähr 220 Personen aus dem gewerkschaftlichen Bereich, womit etwa 30 Prozent aller Unterzeichner erfaßt wären.¹⁹⁾ Die Unterschriftenliste kann jedoch nur dazu dienen, eine Tendenz anzudeuten, insofern die gewerkschaftlichen Vertreter gemeint sind, denn die Bezeichnung der Funktion in der Arbeiterbewegung bei der Unterschrift unter den Offenen Brief war jedem freigestellt. Weil das Schreiben an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der SPD gerichtet war, wählte man die Funktion, die die Adressaten am stärksten beeindrucken sollte.²⁰⁾ Auffallend ist, daß allein von den 25 DMV-Unterzeichnern mehr als die Hälfte, nämlich 14 aus Berlin, von den 18 Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes 13, also mehr als zwei Drittel aus Crimmitschau stammten.²¹⁾ Die breiteste geographische Streuung zeigte sich im Zentralverband der Handlungsgehilfen,²²⁾ wobei in Betracht kommt, daß hier das Publikationsorgan dieser Einzelgewerkschaft, die "Handlungsgehilfenzeitung", bereits sehr früh von einer Redaktion geführt wurde, die mit der Parteiminder-

18) Vgl. Dok. u. Mat. II/1, S. 172 ff.

19) Bieber, H.-J., a.a.O., S. 525, kommt zu einem Ergebnis von 156 Unterzeichnern gewerkschaftlicher Provenienz (=ca.20%), wobei er jedoch nur Unterschriften miteinbezieht, die eine gewerkschaftliche Funktion direkt bezeichnen. Auf eventuelle Doppelfunktionen und bloße Namensangaben geht er nicht ein. Carl Giebel beziffert die Unterzeichner aus dem Gewerkschaftssektor mit 158, was jedoch zu niedrig sein dürfte. Vgl. NL Giebel, Carl, AsD.

20) Schreiben von Rose Frölich a.d.Verf. vom 8. August 1977.

21) Carl Giebel zählt 19 Verbandsfunktionäre des Metallarbeiterverbandes, 18 des Textilarbeiterverbandes (davon allein 15 aus Crimmitschau), 15 des Handlungsgehilfenverbandes und 5 des Schuhmacherverbandes auf. Als stärkere Gruppierungen werden bei ihm noch der Holzarbeiterverband (8), Fabrik- und Bauarbeiterverband (je 8) aufgeführt. Vgl. NL Giebel, C., AsD, a.a.O.

heit sympathisierte. 23)

Eine allzu weitgehende Interpretation und Aufschlüsselung des überlieferten Zahlenmaterials, wie es teilweise in der neueren Forschung praktiziert wird, 24) scheint nicht so besonders ergiebig, weil zu viele Zufallsfaktoren in dieses Material hineinspielen, als daß es eine richtungsweisende Repräsentanz für die Gewerkschaftsopposition erhalten könnte. Von Bedeutung ist jedoch, daß zwei Redakteure von Branchenblättern gewerkschaftlicher Herkunft ihre Unterschrift für das Protestschreiben hergaben: A. Regge, der Redakteur des kleinen Kürschnerverbandes und Paul Lange vom Handlungsgehilfenverband. Beide Einzelgewerkschaften sind später in die Reihe der Gewerkschaftsopposition abgedriftet und tendierten politisch zur USPD, wobei die erwähnten Redakteure selbst mit dem Spartakusbund und in der Anfangsphase der KPD mit dieser Partei sympathisierten und sich ihr anschlossen. 25) Auch einige in der Folgezeit

23) Vgl. die zunehmende Kritik in der "Handlungsgehilfenzeitung" z.B. in Nr. 14 v. 7. Juli 1915, wo bezüglich des "Offenen Briefes" festgestellt wird, daß die GK für die Parteimehrheit Stellung bezieht und somit der Vorwurf, daß andere "den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen" tragen würden, ungerechtfertigt sei. Vgl. a. HGZ Nr. 2 v. 19. Jan. 1916, wo andere Gewerkschaftsblätter kritisiert werden, weil sie "versuchen ihre Mitglieder gegen die Opposition in der Partei" zu mobilisieren.

24) Vgl. Bieber, H.-J., a.a.O., S. 527, wo er zusätzlich nach den Funktionen im Gewerkschaftsapparat usw. aufschlüsselt.

25) A. Regge, der Redakteur der Gewerkschaftszeitung "Der Kürschner", wurde für seine Stellungnahmen zugunsten der Parteiminderheit und für die Mitunterzeichnung des Offenen Briefes kritisiert. Die Unterzeichnung spielte in seinem Fall eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Tatsache, daß er 1916 in sogenannte "militärische Schutzhaft" genommen wurde. Vgl. hierzu auch Reichskonferenz vom 21. bis 23. September 1916 in Berlin, in: Bericht über die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie 1916, Berlin o.J., S. 5 (Haase): "Es ist zum Beispiel dem Genossen Regge aus Neuköln, dem Redakteur des "Kürschner" so ergangen, der jetzt noch in militärischer Sicherheitshaft sitzt und der als einer der wenigen es durchgesetzt hat, daß ihm wenigstens die Gründe dieser Maßregel mitgeteilt wurden. Dabei wurde gesagt, daß u.a. auch dazu geführt habe die Tatsache, daß er im Juli vorigen Jahres eine Unterschrift gegeben hat

führende Mitglieder der USPD unterzeichneten den Offenen Brief, darunter : Agnes, Bernhard, Brass, Crispian, Däumig, Dißmann, Fleißner, Henke, Herzfeld, Hoffmann A., Horn, Kürbs, Laukant, Ledebour, Müller R., Prager, Rödel, Stolle, Tost und R. Wolfstein. Prinzipiell läßt sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, auf dem Hintergrund einer gewerkschaftlich orientierten Differenzierung eine Überdeckung mit der politischen Opposition aufzeigen, was die regionalen Schwerpunkte betrifft. Besonders augenfällig wird dies für Berlin, Düsseldorf, ²⁶⁾ Gotha ²⁷⁾ und das kleine Crimmitschau, woraus auf der anderen Seite abzulesen ist, daß die politische Opposition in der Sozialdemokratie auch noch weitgehend die gewerkschaftliche Opposition mitrepräsentierte. Eine eigenständige gewerkschaftliche Opposition bestand zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Daß die Ausbreitung der Opposition in vielen Fällen vom persönlichen Einfluß der Funktionäre abhängig war, ist bei der damaligen Struktur der Arbeiterbewegung verständlich und läßt sich für Berlin, Crimmitschau (Stolle, Jäckel), Gotha (Bock) leicht belegen, wobei im Falle von Berlin verschiedene Identifikationspersonen in Frage kamen, da von hier aus die Partei-

zu der Petition, die eine Menge Parteigenossen an den Parteivorstand gegen die Mehrheit gerichtet hat". Bei Paul Lange, dem Redakteur der "Handlungsgehilfenzeitung", vgl. dessen Auftreten auf dem Gründungsparteitag der KPD, in: Weber, Hermann, Gründungsparteitag der KPD, Frankfurt 1969, S. 138 ff. (Referat Langes über "Wirtschaftliche Kämpfe").

- 26) Nach einer Berechnung von Susanne Miller lag Düsseldorf mit insgesamt 35 Unterschriften hinter Berlin (248) an zweiter Stelle. Vgl. Miller Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf, Düsseldorf 1974, S. 108. Daß dies keine Zufallserscheinung gewesen ist, zeigt die spätere USPD-Gründung, wo bei einer Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei am 1. April 1917 von 600 Mitgliedern nur 39 gegen eine Beschickung des Gothaer USPD-Parteitages votierten. Vgl. a. Josczo, Detlef, Die sozialistische Arbeiterbewegung in Düsseldorf 1914-1918. Ein Beitrag zur Entwicklung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung und Ausformung der linken Opposition, (Staats-examensarbeit) Düsseldorf 1979, S. 57.

- 27) In Gotha befand sich die sozialdemokratische Fraktion des Landtages, der auch Wilhelm Bock, Herausgeber des "Schuhmacherfachblattes", angehörte, auf der Seite 138.

opposition ihren Ausgang nahm und bereits zu Beginn heterogen war. Neben Däumig, Ledebour und A. Hoffmann waren es auf gewerkschaftlicher Ebene insbesondere Richard Müller, Otto Tost und für den Kreis der Angestellten bereits Siegfried Aufhäuser, während für den Bereich Halle-Merseburg Kürbs, erster Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbandes, als einflußreich galt.²⁸⁾ Durch die Unterzeichnung des Offenen Briefes aus dem gewerkschaftlichen Lager war der Parteistreit, der unerschwellig in der Gewerkschaftsbewegung bereits Eingang gefunden hatte, - einfach deshalb, weil prinzipiell eine Doppelmitgliedschaft in Partei und Gewerkschaft bei den Mitgliedern vorherrschte, - endgültig auch zu einem Gewerkschaftsstreit geworden. Die Generalkommission der Gewerkschaften griff auch sofort am nächsten Tag mit einer Erklärung "Gegen die Sonderbündelei" in ihrem Organ, dem "Correspondenzblatt" die Unterzeichner scharf an, wobei sie sich besonders auf die Personen konzentrierte, die in ihrer Funktion als Gewerkschaftsangeestellte unterschrieben hatten.²⁹⁾ Die Gewerkschaftsführung, u.a. repräsentiert durch Carl Legien, den Vorsitzenden der Generalkommission, August Winnig, den Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes sowie durch Otto Hue, den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, zählte in diesen Tagen wohl zu den eifrigsten Parteigängern der Burgfriedenspolitik, wobei diese Haltung durch die faktische Anerkennung der Gewerkschaften durch die Regierung bei Kriegsbeginn stark gefördert worden war.

Für eine mangelnde Repräsentanz der Unterzeichner des Offenen Briefes von seiten der Opposition mag stellvertretend Leipzig

28) Vgl. a. NL Giebel, C., AsD, der die Unterschrift von Kürbs, dem 1. Bevollmächtigten des Fabrikarbeiterverbandes und 1. Vorsitzender des Bezirksvorstandes des Regierungsbezirks Halle-Merseburg, besonders hervorhebt.

29) Vgl. Corr. Nr. 25 v. 26. Juni 1915, S. 293 f.

angeführt werden, woher nur 2 Unterschriften kamen, obwohl diese Stadt bereits zu diesem Zeitpunkt politisch zu den Kernpunkten der Opposition zählte und das dortige sozialdemokratische Presseorgan, die "Leipziger Volkszeitung", schon von Kriegsbeginn an mit der Parteiminderheit konform gegangen war. Führende Vertreter der Partei, später meist in den Reihen der USPD tätig, setzten sich im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung damals mit Kartellvertretern über das Verhältnis Partei- Gewerkschaft auseinander, wobei sie den Führungsanspruch der Partei formulierten und sich beispielsweise in einen zu bildenden Kriegsfürsorgeausschuß durch einen Gewerkschafter alleine nicht ausreichend repräsentiert fühlten. Richard Lipinski, später führendes Parteimitglied der USPD, hatte sich nicht dazu in der Lage gesehen, den Vorsitzenden des Leipziger Gewerkschaftskartells, Lüttich, als Vertreter der gesamten Leipziger Arbeitschaft in diesem Ausschuß anzuerkennen, womit er damals auf der Gewerkschaftskartellkonferenz keinen Anklang fand. ³⁰⁾ Dem Standpunkt der Parteiopposition, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen vor den Behörden der Partei obliegen sollte und daß ein Leiter eines Gewerkschaftskartells dazu nicht befugt sei, wurde auf der Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsens im Januar 1915 heftig widersprochen. ³¹⁾ Das Primat der Partei gegenüber den Gewerkschaften wurde später auch von der USPD vertreten, wobei es jedoch bezüglich der Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu verschiedenen Auffassungen kam.

30) Vgl. Kriegsfürsorge. Merkblatt für die Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften nebst Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsens am 16. und 17. Januar 1915 in Dresden, Dresden o.J.

31) Ebd. Dazu auch der Beitrag von Räder (Bautzen) auf dieser Konferenz, der stellvertretend für zahlreiche Meinungsäußerungen gelten kann: "Ein Gewerkschafter wird in der Regel doch auch Parteimitglied sein und ein Parteigenosse, der sich hauptsächlich in der politischen Bewegung der Arbeiter-schaft betätigt, wird auch seiner Gewerkschaft angehören. Es ist aber nebensächlich, ob jemand als Parteigenosse oder als Gewerkschafter in irgendwelche Kriegsfürsorgeeinrichtungen einberufen wird".

1.2. Das Hilfsdienstgesetz als Faktor der Polarisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung

Das "Vaterländische Hilfsdienstgesetz" wurde am 5. Dezember 1916 gegen die Stimmen der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" (SAG), der Gruppierung oppositioneller Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratie, verabschiedet.

Es soll hier nicht näher auf das Zustandekommen des Gesetzes, sondern lediglich auf dessen innenpolitische und soziale Nachwirkungen eingegangen werden, da diese Nachwirkungen eine wesentliche Komponente für die fortschreitende Radikalisierung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften bildeten.³²⁾ Dem Hilfsdienstgesetz kam bei der Herausbildung der gewerkschaftlichen Opposition neben der Bewilligung der Kriegskredite durch die Parteiführung eine Schlüsselrolle zu. Das in weiten Partei- und Gewerkschaftskreisen heftig umstrittene Gesetz schränkte in bestimmten Bereichen zweifellos die Freizügigkeit der Arbeiterschaft ein, und mit seiner Verabschiedung ließ sich bei verschiedenen Einzelgewerkschaften eine beginnende Kursänderung feststellen, die sich nun bereits politisch von der Parteiminderheit vertreten sahen. Die Opposition richtete sich in diesem Fall gegen die von Gewerkschafts- und Parteiführung tolerierte staatliche Ordnungspolitik, die sich mit zunehmender Dauer gegen die oppositionellen Kräfte in Partei und Gewerkschaften wandte. Trotz des großen sozialpolitischen Erfolges dieses Gesetzes und der damit verbundenen faktischen Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmer darf nicht übersehen werden, daß Zugeständnisse von dieser Seite lediglich der Sicherstellung der Rüstungswirtschaft dienten und

32) Zum Hilfsdienstgesetz vgl. u.a. Feldman, G.D., *Army, Industry and Labor*, aber auch die ältere Darstellung von Dierkopf, Herbert, *Vorgeschichte, Entstehung und Auswirkungen des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916*, Diss. Halle 1937.

in Friedenszeiten wieder revidiert werden sollten. Die Anerkennung der freien Gewerkschaften durch die Unternehmerseite entsprach somit nicht allein sozialpolitischer Überzeugung, sondern eher taktischen Überlegungen.³³⁾ Auch ökonomisch gesehen hat das Hilfsdienstgesetz starke nachteilige Wirkungen in Gang gesetzt. Durch den Beschlag der Arbeitskräfte, wobei die private Industrie rationalisiert oder eingeschränkt wurde, um wieder Produktionskräfte für die Rüstungsindustrie freizustellen, bekam die gesamte Volkswirtschaft einen grundsätzlich anderen Charakter; nicht die Ausdehnung, sondern die Einschränkung der Produktion wurde ihr "Entwicklungs"-prinzip.³⁴⁾

33) Vgl. Schneider Michael, Unternehmer und Demokratie. Die Freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918-1933, Bonn/Bad Godesberg 1975, S. 35. Das Hilfsdienstgesetz wird von vielen Historikern und Sozialwissenschaftlern als Faktum der ersten echten gewerkschaftlichen Anerkennung und als Positivum für die Regelung des Arbeitsmarktes eingeschätzt, was unter diesem Aspekt betrachtet, auch richtig ist. Somit dürfte die von Ludwig Preller bereits 1949 in seiner heute noch hoch einzustufenden Darstellung (Preller, Ludwig, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 42) geäußerte Einschätzung des Hilfsdienstgesetzes noch immer zutreffend sein, wo er folgendermaßen argumentierte: "So umstritten der kriegswirtschaftliche Erfolg des Gesetzes, insbesondere sein Einfluß auf die Lohn- und Preisentwicklung ist, so wenig kann seine bahnbrechende Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterausschüsse, des Schlichtungswesens und der gesetzlichen Mitwirkung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, d.h. für die Entwicklung zur Sozialpolitik der Nachkriegszeit verleugnet werden". Dagegen geht John A. Moses m.E. aber wohl etwas zu weit, wenn er im Zusammenhang mit dem Zustandekommen dieses Gesetzes "ein neues Stadium in der Emanzipierung der Arbeiterklasse" erblickt. Vgl. Moses, John, A., Carl Legiens Interpretation des demokratischen Sozialismus, Diss. Erlangen 1966, S. 142. Vgl. die wohl bisher eindrucksvollste Darstellung über das Hilfsdienstgesetz, wobei auch kritische Bemerkungen über das Gesetz formuliert werden, bei Feldman, Gerald D., Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918, Princeton, New Jersey 1966, S. 301 ff.

34) Vgl. Lederer, Emil, Die ökonomische Umschichtung im Kriege, in: ASS 45 (1918/19), S. 10 f.

Diese Entwicklung führte zudem zu einer Entwertung des Geldes, weil die Gütermenge kleiner wurde, um den Bedarf an sogenannten Friedensprodukten decken zu können. Die Anforderungen des wirtschaftlichen Heeresmechanismus hatten bald eine solche Ausdehnung erreicht, daß elementare Bedürfnisse innerhalb der Marktwirtschaft ökonomisch nicht mehr befriedigt werden konnten. Da der Arbeitsmarkt der Rüstungsindustrie im Vordergrund dieses Gesetzes stand, wurde bei den Neueinziehungen von Industriearbeitern durch den im Gesetz vorgesehenen Ausbau des Reklamationsverfahrens nicht nur den einseitigen Forderungen des Feldheeres, sondern auch den Bedürfnissen der Kriegsindustrie Rechnung getragen, da mit zunehmender Kriegsdauer nicht mehr allein eine zahlenmäßige Überlegenheit der Armeen, sondern in hohem Maße die Kriegsrüstung für den Ausgang der Materialschlachten in den Blickpunkt trat.³⁵⁾ Das Gesetz, wie es auf dem Papier stand, bewirkte zwar einerseits einen gewaltigen Einbruch in das freie Verfügungsrecht des Unternehmers über seinen Betrieb,³⁶⁾ aber andererseits einen noch stärkeren Einbruch in das freie Verfügungsrecht über die Arbeitskraft des Industriearbeiters. Zur Zeit des Inkrafttretens des Hilfsdienstgesetzes, im Dezember 1916, bewegte sich die Mitgliederbewegung innerhalb der Gewerkschaften auf einem nie gekannten

35) Vgl. Sogemeier, Martin, Die Entstehung und Regelung des Arbeitsmarktes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Kriege und in der Nachkriegszeit, Jena 1922, S. 38.

36) Vgl. § 10 des Gesetzes, wo es u.a. heißt: "...Für die Berufung der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in die Ausschüsse durch das Kriegsamt sind Vorschlagslisten wirtschaftlicher Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer einzuholen". Zit.n. Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916, Reichsgesetzblatt, S. 1333 f. Vgl. a. Dierkopf, H., a.a.O., S. 57. Somit wurden die Gewerkschaften in ihrer Geschichte zum ersten Male offiziell als rechtmäßige Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt. Vgl. a. Mai, Günther, Burgfrieden und Sozialpolitik in Deutschland in der Anfangsphase des Ersten Weltkrieges (1914/15), in: MGM 20 (1976), S. 21.

Tiefpunkt. In den freien Gewerkschaften waren zu diesem Zeitpunkt insgesamt nurmehr 966.000 Mitglieder registriert, wogegen es 1913 noch über 2,5 Millionen gewesen waren. Dasselbe traf in etwa auf die christlichen, weniger auf die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zu.³⁷⁾

Ausgangspunkt für das Gesetz war die unbedingte Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft des einzelnen und die damit einhergehende Aufhebung der Freizügigkeit, insbesondere auf dem Sektor der Kriegsproduktion. Das Gesetz, das unter der Mitwirkung der Generalkommission der Gewerkschaften im Reichstag ausgearbeitet worden war, betraf alle Männer vom 17. bis 60. Lebensjahr. In einem Aufruf hatte die Generalkommission zu der Verabschiedung des Gesetzes Stellung bezogen, wobei "die Organisation der Arbeit im Dienste der Nation" betont und für die Arbeiterschaft auch ein "Verzicht auf wichtige Rechte" in Kauf genommen worden war.³⁸⁾ Die Wahl der Beschäftigungsart wurde den unter das Gesetz fallenden Arbeitern entzogen. Ein Stellungswechsel ohne einen Abkehrschein, also ohne eine behördliche Genehmigung, war nicht mehr möglich. Auf Initiative der Gewerkschaftsführung wurde das Gesetz jedoch insoweit verbessert, als einem Wechsel des Arbeitsplatzes zugestimmt und der Abkehrschein erteilt werden mußte, wenn damit angemessene Vorteile für den jeweiligen Antragsteller verbunden waren.³⁹⁾

37) Die christlichen Gewerkschaften hatten in derselben Zeit, von 1913 bis 1916, von 343.000 auf 174.000, die Hirsch-Dunckerschen dagegen lediglich von 148.000 auf 133.000 Mitglieder abgenommen. Vermutlich waren bei letzteren, die sich zumeist in ausgesprochenen Fachverbänden organisierten, meist gelernte Arbeiter vertreten, die häufig vom Heeresdienst reklamiert worden sind. Vgl. a. Furtwängler, Franz Josef, ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart 1955, S. 256.

38) Corr., Nr. 51/1916, S. 523 ff.

39) Vgl. a. Breunig, Willi, Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistische Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869-1919, Ludwigshafen a.Rh. 1976, S. 540.

Daß Regelungen dieser Art oftmals nicht eingehalten wurden, zeigt das Verhalten der Berliner Metallindustriellen, die zwar übereingekommen waren, einen Entlassungsschein einzuführen, sich aber gleichzeitig gegenseitig verpflichteten, prinzipiell "keinen Arbeiter aus einem anderen Betrieb ohne einen Entlassungsschein einzustellen".⁴⁰⁾ Allein für die Stadt Düsseldorf gingen nach Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes in kürzester Zeit über 3.700 Beschwerden von Arbeitern wegen Verweigerung des Abkehrscheins ein.⁴¹⁾ Schließlich war dieses Gesetz gerade deshalb verabschiedet worden, um dem freien Wechsel des Arbeitsplatzes Abhilfe zu schaffen, denn der rasch steigende Arbeiterbedarf in der Rüstungsindustrie hatte die Löhne schnell in die Höhe getrieben. Um den steigenden Heeresaufträgen nachzukommen, hatten die industriellen Arbeitgeber sich bisher gegenseitig die entsprechenden Facharbeiter durch höhere Lohnversprechungen abspenstig gemacht, womit ein stetiger Wechsel des Arbeitsplatzes verbunden war, da viele Arbeiter ihre schlechter bezahlten Stellungen aufgaben und den Vorteil der Freizügigkeit weitgehend ausnutzten.⁴²⁾ Dadurch ergab sich auch eine Gefahr für den landwirtschaftlichen Produktionsbereich, da hier auf Grund des Lohngefälles zwischen Landwirtschaft und Rüstungsindustrie Abwanderungen erfolgten, die sich zu der Gefahr einer Landflucht hätten steigern können. Diese Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt und Unsicherheiten in der Kriegswirtschaft bildeten den Hintergrund bei der Verabschiedung des Gesetzes. Trotz der im Paragraph 11 des Gesetzes berücksichtigten Einführung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit über 50 Beschäftigten wurde das Gesetz von der Opposition als "Zwangsgesetz" eingestuft. Es wäre jedoch falsch, die Initiative für diese Ablehnung

40) Vgl. Umbreit, Paul, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, in: Shotwell (Hrsg.), a.a.O., S. 117 und Feldman, Gerald D., The Political and Social Foundations of Germany's Economic Mobilization, 1914-1916, in: Armed Forces and Society, vol. 3/1 (1976), S. 127.

41) Vgl. Oehler, Alfred, Düsseldorf im Weltkrieg. Schicksal und Arbeit einer deutschen Großstadt, in: Düsseldorf Jahrbuch 1927, S. 252.

42) Vgl. Dierkopf, H., a.a.O., S. 21.

auf parlamentarischer Ebene zu suchen und die "Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" dafür verantwortlich zu machen, denn bereits vor dessen Verabschiedung billigten etwa 2000 Delegierte einer Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter Großberlins eine Resolution gegen die Verabschiedung des Gesetzes.⁴³⁾ Von der Partei- und Gewerkschaftsopposition wurde das Hilfsdienstgesetz als innenpolitische Repressionsinstrument ersten Ranges eingestuft, das sich verbunden mit der Aufkündigung des Streikrechtes während der Kriegszeit durch die Gewerkschaftsführung gegen die Interessen der Arbeiterschaft richtete. Die Kritik nahm zu, als die Durchsetzung der in Paragraph 11 des Gesetzes zugestandenen Arbeiterausschüsse immer schwieriger und deren Einrichtung in vielen Betrieben verschleppt wurde. Aus dem Zentralverband der Schuhmacher wurde bekannt, daß sich hier starke Mitgliederkreise gegen das Gesetz wandten, weil die Einrichtung von Arbeiterausschüssen anscheinend auf diesem industriellen Sektor kaum oder nur vereinzelt möglich war, da die Unternehmer sich einfach weigerten, Ausschüsse einzurichten. Generell erlangten die Arbeiterausschüsse für die Schuhindustrie erst nach dem Kriegsende eine Bedeutung, was auch für die meisten anderen Industriebereiche gelten darf.⁴⁴⁾ Das mangelnde Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Unternehmertum lag natürlich auch an der Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation während des

43) Vgl. Sten.Ber. Verh. des Reichstages, Bd.308, Sp. 2292. Wortlaut der Resolution: "Die Generalversammlung erblickt in diesem Gesetz ein Ausnahmegesetz für die Arbeiter, das auch durch keine Schutzbestimmungen seines Charakters entkleidet werden kann. Die von den Gewerkschaftsvertretern des Reichstages übermittelten Vorschläge geben keine Gewähr für die Wahrung der Arbeiterinteressen. Die Generalversammlung ersucht beide sozialdemokratische Fraktionen, das Gesetz abzulehnen".

44) Vgl. Feldmüller, Jean, Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie, Artikelserie in "Bei uns daheim". Aus Vergangenheit und Gegenwart der Pfalz. Heimatbeilage der "Pfälzischen Post", 6. Jg./1930.

Krieges, wo ein Großteil der Beschäftigten aus älteren Arbeitern, Frauen und Jugendlichen bestand und zahlreiche organisierte Arbeiter sowie Gewerkschaftsfunktionäre im Heer standen. Die Illusion von einer Mitbestimmung der Arbeiterschaft und von einer veränderten Stellung des Arbeiters im Staat erhielt in der Folgezeit auch dadurch einen starken Rückschlag, weil die Ausschüsse, falls sie sich konstituiert hatten, vielfach nur als Mittel eingesetzt wurden, durch schiedliche Ausräumung von Konfliktstoffen das ungehemmte Laufen der Kriegsproduktion zu sichern.⁴⁵⁾ So empfahlen institutionalisierte Arbeiterausschüsse oftmals die Annahme eines Kompromisses mit den Unternehmern und waren zumeist "wirtschaftsfriedlich" orientiert.⁴⁶⁾

Für die Gewerkschaftsführung und insbesondere für den Vorsitzenden der Generalkommission, Legien, bedeutete die Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes eine Verwirklichung jahrzehntelanger Bestrebungen. Abgesehen davon, daß im Falle einer Ablehnung durch die Gewerkschaftsführung mit Sicherheit eine Militarisierung der Rüstungsbetriebe eingetreten wäre, manifestierte sich für ihn in diesem Gesetz ein bestimmtes Maß an Mitbestimmung, hatten ja die Unternehmer mit der Anerkennung von Einigungsausschüssen gleichzeitig die Gewerkschaften als Verhandlungspartner akzeptiert, worin er den "Herr-im-Hause-Standpunkt"

45) Vgl. Diehl/Hoffmann/Tabrizian, Ein Krieg wird ausgestellt. Die Weltkriegssammlung des Historischen Museums (1914-1918), Frankfurt 1976, S. 34.

46) Vgl. hierzu auch die Beispiele aus Gewerkschaftsversammlungen von Bergarbeitern in Dortmund: a) Belegschaftsvers. der Zechen Kaiserstuhl I u. II, StaDortmund, 5/177 vom 3. März 1918: "...wenn wir Verhandlungen führen und sehen ein Ziel vor Augen, das wir erreichen können, dann ist es selbstverständlich, daß wir zugreifen müssen"! b) Ebd. Belegschaftsversammlung der Zeche Hansa: "...Die Organisation ist nicht zum Streiken da. Die Ziele der Organisation sind in erster Linie Verbesserung der sozialen Gesetzgebung, Gleichberechtigung bei der Festsetzung von Löhnen und Arbeitsbedingungen".

der Arbeitgeber stark unterminiert sah.⁴⁷⁾ Außerdem waren Arbeitervertreter in Regierungsämter berufen worden wie beispielsweise der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlicke, in das Kriegsamt, der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, in das Kriegs-ernährungsamt. Für einen großen Teil der Gewerkschaftsbasis dagegen wurde dieses, aus kriegswirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten zustandegekommene Gesetz, zum roten Tuch, zum Auslöser für ein Votum zugunsten der Parteiposition.

Mit der unbefriedigenden Verwirklichung der Arbeiterausschüsse in der Praxis, die man von der Gewerkschaftsbasis der Gewerkschaftsleitung anlastete, trat eine tiefe Entfremdung zwischen den Massen der Arbeiterschaft und den gewerkschaftlichen Leitungen ein, was nicht zuletzt die Gewerkschaftsmitglieder betraf, die in den Betrieben versuchten, die Arbeiterausschüsse einzurichten. Bereits der Verzicht auf das Streikrecht im Rahmen des "Burgfriedens" hatte viele Gewerkschafter an der Richtigkeit der Politik der Generalkommission zweifeln lassen, besonders, weil der Streik auch als Abwehr für Lohnabzüge nicht mehr anerkannt wurde. In Betrieben, wo die Arbeiter trotzdem in der Abwehr von Lohneinbußen die Arbeit niederlegten, wurden diese Streiks von den Zentralvorständen verboten, und man weigerte sich, Streikunterstützung zu gewähren.⁴⁸⁾ Viele Arbeiter, die gewohnt waren, in den Gewerkschaften energische Vertreter ihrer Interessen zu finden, für die es selbstverständlich war, daß die Gewerkschaften bei Lohnabzügen und beim Kampf um Lohnzulagen gemeinsam handelten, sahen sich jetzt ohne Stütze. In einer Zeit der Entbehrungen mit dem Hintergrund sozialer Entwurzelung bekam das Solidaritätsgefühl einen Bruch, was zweifellos zu einer Verwirrung der gewerkschaftlichen Grundsätze in der Arbeiterschaft führen mußte. Die Ein-

47) Vgl. Moses, J.A., Carl Legien, a.a.O., S. 143 f.

48) Vgl. a. Liebmann, Hermann, Die Politik der Generalkommission. Ein Sündenregister der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft, o.O. (1919), S. 57.

schüchterung der Arbeiterschaft setzte sich auch im politischen Bereich der Arbeiterorganisationen fort, so daß auch viele Anhänger der Sozialdemokratie sich politisch nicht mehr betätigten, um ihren Arbeitsplatz im Betrieb nicht zu gefährden oder ihre Reklamierung zu verlieren. ⁴⁹⁾

49) Vgl. Sozialdemokratische Partei Sachsens, Protokoll über die Verhandlungen der Landesversammlung, abgeh. am 10. und 11. Juni 1918 in Dresden, Dresden 1918, S. 11 f. Vgl. a. StdaDortmund, 5/177, S. 56 ff., betr. Belegschaftsversammlung der Zeche Tremonia vom 8. Sept. 1918, aufgezeichnet von einem Polizeibeamten. In diesem Polizeibericht heißt es u.a.: "Dann kritisierte er (gemeint ist das Arbeiterausschußmitglied Chr. Bär, G.H.), daß eine ganze Anzahl Arbeiter am Arbeiterausschuß nörgeln, aber nicht den Mut fänden, in öffentlicher Belegschaftsversammlung ihre Wünsche vorzubringen. Er gesteht dann ein, daß es bei den meisten Kameraden die Furcht sei, wieder in den Schützengraben zu wandern, wenn sie ihre Wünsche gegen die Zechenverwaltung zum Ausdruck brächten".

1.3. Exemplifizierte obrigkeitsstaatliche Einschränkungen der USPD-nahen Opposition in den Gewerkschaften.

Mit dem Ausbruch des Krieges und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Rückgang in export- und importorientierten Gewerbezweigen kam es in verschiedenen Branchen sehr schnell zu einem Überangebot von Arbeitskräften.⁵⁰⁾ Zu diesen Industriezweigen zählten insbesondere auch die Textil- und Lederindustrie, beides vom Ausland rohstoffabhängige Gewerbezweige. Um eine effektive Verteilung der Arbeitskräfte bewerkstelligen und den Mangel an Arbeiterpotential in der Metallindustrie und dem landwirtschaftlichen Bereich eindämmen zu können, wurde in Berlin die Reichszentrale der Arbeitsnachweise begründet, die sowohl die Arbeit der öffentlichen als auch der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise koordinieren sollte.⁵¹⁾ Einige von den Auswirkungen des Kriegsausbruches stark betroffene Betriebe gingen dazu über, den Lohn und das Gehalt ihrer Arbeitskräfte zu reduzieren. Besonders im Textilgewerbe, wo die Löhne ohnehin am niedrigsten lagen, häuften sich die Lohn-drückereien.⁵²⁾ Konjunkturrell betrachtet, zeigte sich im Bereich der Kriegsindustrie nach vorübergehender Arbeitslosigkeit, die meist auch durch chaotische Einziehungsmaßnahmen von Facharbeitern zum Heer bedingt war,⁵³⁾ nach kurzer Zeit ein wirtschaftlicher Aufwärtstrend, der bald dazu führte, daß sich in der Kriegsproduktion ein steigender Arbeitskräftemangel offenbarte. Durch die höheren Löhne in der Rüstungsindustrie wurden im größeren Ausmaß Arbeiter aus anderen Gewerbe-

50) Vgl. Umbreit, Paul, Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, Berlin 1917, S. 21.

51) Vgl. Mai, G., a.a.O., S. 25.

52) Ebd., S. 29.

53) Erst im Frühjahr 1915 wurde beim Kriegsministerium in Berlin die Zentrale Abteilung für Zurückstellungswesen (AZS) gegründet, die Facharbeiter der kriegswichtigen Gewerbe bevorzugt vom Kriegsdienst befreite. Vorher war es durch Einziehungen, die sich nur am Tauglichkeitsgrad des einzelnen orientierten, wiederholt dazu gekommen, daß unentbehrliche Facharbeiter dem Produktionsprozeß entzogen wurden und somit die Produktion vorübergehend eingestellt werden mußte.

zweigen angezogen. Dazu kam, daß in nicht kriegswichtigen Gewerben mit Kriegsbeginn ein verstärkter konjunktureller Rückgang eingetreten war, der in diesen Industriezweigen eine enorme Arbeitslosigkeit hervorrief. Die Arbeitslosenzahl wurde einerseits durch eine erhöhte Einberufungsquote kaschiert, andererseits durch eine Abwanderung von Arbeitskräften in die sich immer weiter entfaltenden Bereiche der Kriegsindustrie aufgefangen. Ein entscheidendes Kriterium, das auch eine Rolle für die spätere Radikalisierung von Arbeiterschichten aus gewissen, nicht kriegswichtigen Industriebereichen spielte, dürfte dabei die "industrielle Binnenwanderung" gewesen sein. Ein Wechsel von nicht kriegswichtigen Gewerbebranchen in die Rüstungsindustrie war in der Regel mit einem Berufs- und Ortswechsel verbunden, also mit der Herauslösung aus dem sozialen, traditionell gewohnten Gefüge, was seine psychischen und sozio-ökonomischen Auswirkungen mit sich bringen mußte. Hatten doch bereits früher Umstellungen von Industriezweigen, die sich auf große Tradition und fachliche Qualifikation gründeten, allein durch technisch Innovationen bedingt, dazu geführt, daß sich bestimmte Arbeiterkategorien radikal gebärdeten.⁵⁴⁾ Diese

54) Vgl. Dittmann, Wilhelm, Erinnerungen, IISG Amsterdam, S.353, berichtet über Gewerkschaftsdifferenzen in Solingen, wobei sich die Solinger Metallarbeiter nicht vom Metallarbeiterverband vertreten sahen: "In Solingen hatten die jahrelangen Gewerkschaftsdifferenzen zwischen dem Industrieverband, in dem die lokalen Spezialberufe der Solinger Industrie zusammengefaßt waren und dem Deutschen Metallarbeiterverband allmählich auch wieder auf die Partei übergriffen. Ich war gezwungen, in der "Bergischen Arbeiterstimme gegen das Verhalten des Industriearbeiterverbandes in einer Reihe von Fällen Stellung zu nehmen, in denen es sich um die Wahrung allgemeiner Grundsätze der modernen Arbeiterbewegung handelte...Ich habe stets den Standpunkt der gewerkschaftlichen Zentralisation vertreten und deshalb auch im allgemeinen die vom Metallarbeiterverband eingenommene Haltung gebilligt. Aber mir sind doch Gedanken aufgestiegen, ob es nicht möglich gewesen wäre, den Solinger Spezialberufen, die es sonst nirgends in Deutschland gab, im Rahmen des Metallarbeiterverbandes gewisse Zugeständnisse zu machen...Die technische Entwicklung in der Solinger Industrie, besonders die Einführung einer neuen Tafelmesserschleifmaschine, brachte allmählich eine

größtenteils "entwurzelten" Arbeiterkategorien konnten in einer wirtschaftlichen Krisensituation ein Potential für eine radikale Oppositionspolitik darstellen, insbesondere, wenn diese Opposition sich als Interessenvertretung der Arbeiterschaft verstand. Somit riefen auch bereits Forderungen der Parteiopposition, bestimmte Lebensmittelsteuern aufzuheben oder herabzusetzen, bei den Behörden beträchtliche Unruhe hervor, wobei es von Interesse ist, daß man sich inoffiziell sehr intensiv mit den Vorschlägen der Opposition, in diesem Fall wohl gleichbedeutend mit der SAG und mit ihr sympathisierenden Arbeiterkreisen, unter dem Gesichtspunkt der eventuell zu erwarteten Radikalisierungstendenzen auseinandersetzte.⁵⁵⁾ In zahlreichen geheimen Berichten des Preussischen Kriegsministeriums an die verschiedenen Regierungsbehörden kam immer wieder zum Ausdruck, daß man gerade in den großstädtischen Ballungszentren der Rüstungsindustrie ein "Mitläufertum" mit den Radikalen befürchtete, wobei neben der Härte der Pressezensur und den rigorosen Versammlungsverboten auch auf die negative Wirkung der Lebensmittelknappheit und -verteuerung hingewiesen

solche Umwälzung in die Produktionsverhältnisse, daß die alten Produktionsprivilegien, auf welche sich der Industrie-
arbeiterverband vormehmlich stützte, immer mehr verschwanden. Gleichartige Arbeitsverhältnisse mußten mit der Zeit zu gleichartigen Organisationsverhältnissen führen, wie sie im Metallarbeiterverband vorhanden waren".

- 55) BHStA, MK 19 291, Berichte des Bureaus für Sozialpolitik, München, den 1. Februar 1916: "...Nicht uninteressant erscheint ein von der erwähnten sozialdemokratischen Seite (Parteiminderheit, G.H.) gemachter Vorschlag, die Zucker- und Salzsteuer aufzuheben. Der Zuckerpreis könne um 2 bis 5 Pfennige auf das Pfund, der Salzpreis um seine Hälfte herabgesetzt werden. So unbedeutend diese Beträge auch seien, so dankbar werde doch der kleine Mann auch diese geringfügige Entlastung begrüßen. Auch sei die psychologische Wirkung der bloßen Tatsache zu bedenken, daß inmitten des allgemeinen Steigens der Preise auch einmal irgend etwas billiger werde als bisher..."

wurde. 56)

In der Rüstungsindustrie sowie anderen Industriebereichen wurde wiederholt versucht, die Löhne zu drücken, indem man sich der Alternative bediente, entweder "Schützengraben" oder Arbeit nach unseren Bedingungen. Neben dieser Erpressungsstrategie fertigte man in Unternehmerkreisen auch "schwarze Listen" an, die "Aufwiegler" und der Parteiopposition angehörende Arbeiter vom Betrieb fernhalten oder entfernen sollten. 57) Nur in den wenigsten Fällen kam es bei Entlassungen aus diesen Gründen zu Protestaktionen der Arbeiterschaft. Viele Arbeiter waren verunsichert, da sie bei den gewerkschaftlich gerechtfertigten Protestaktionen erwarten mußten, ihre eigene Reklamierung zu verlieren. Die Drohung mit dem "Schützengraben", in fast allen Jahresberichten von Gewerkschaftskartellen existent und auch verurteilt, führte einerseits zu einem Indifferentismus der Arbeiterbewegung, andererseits zu einem radikaleren Gewerkschaftskurs dem Unternehmertum gegenüber, worin die Kritik an den Regierungsbehörden eingeschlossen war. 58) Das Preussische

56) Ebd., S.4, "...Die Teuerung hält nach wie vor die Arbeiterschaft in großer Spannung...Man kann sich die ungünstige Wirkung der hohen Lebensmittelpreise auf die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter und Kriegerfrauen, die darüber natürlich auch viel an die Front schreiben, kaum gefährlich genug vorstellen". Ähnlich auch ein Bericht des Bureaus für Sozialpolitik vom 20. Januar 1916, a.a.O., "...Die Preiserhöhung für Kartoffeln wird von den Massen geradezu als Faustschlag empfunden werden und die Stellung der heutigen Mehrheit in der Sozialdemokratie aufs neue erschweren".

57) Vgl. hierzu auch Protokoll ADGB-Kongreß 1919, a.a.O., S. 130. (Rechenschaftsbericht der GK): "Im Unternehmertum gab es Betriebleiter, die diese üble Lage der Reklamierten weidlich ausnützten, um ihnen niedrigere Löhne als den übrigen Arbeitern zu zahlen und ihnen bei der geringsten Widerständigkeit oder bei Teilnahme an gewerkschaftlichen Bestrebungen mit der Wiedereinziehung zum Heeresdienst zu drohen".

58) Vgl. u.a., Jahresbericht für das Jahr 1919 des Gewerkschaftskartells Mannheim und des Arbeitersekretariats der freien Gewerkschaften Mannheim, Mannheim o.J., S. 3.

Kriegsministerium machte im Juni 1915 noch die einzelnen Stellvertretenden Generalkommandos darauf aufmerksam, daß "der militärische Eingriff der Einziehung immer nur aus militärischen Gründen erfolgen, niemals aber als Disziplinarmaßregel im Interesse einer Firma" erfolgen dürfe. 59)

Umso unverständlicher war daher die Haltung des Stellvertretenden Generalkommandos von Altona im Falle des gewerkschaftsoppositionellen Metallarbeiters und später führenden USPD-Mitgliedes, Paul Dittmann, wo die Heeresbehörden gegen den ausgesprochenen Willen der Unternehmenseite, aus eindeutig nicht militärischen Gründen heraus, einen Facharbeiter zum Heeresdienst einberiefen.

Paul Dittmann, Funktionär im DMV und politisch auf der Seite der Parteiminderheit engagiert, bietet ein Beispiel dafür, daß Oppositionelle, die innerhalb des Produktionsprozesses eine wichtige Position einnahmen, trotz Reklamierung durch das Unternehmen von den Militärbehörden ohne weiteres eingezogen wurden, um Radikalisierungstendenzen im Landesinneren vorzubeugen. Der Fall Dittmann verkörperte dabei keineswegs eine Ausnahme. Paul Dittmann, der jüngere Bruder des Reichstagsabgeordneten und späteren USPD-Führers Wilhelm Dittmann, war in Hamburg sowohl als Vertreter der Parteioption, aber noch entschiedener als Wortführer der Gewerkschaftsopposition im Metallarbeiterverband, gegen die Haltung der Gewerkschaftsführung im Bereich der Kriegspolitik aufgetreten. Der 1916 Neununddreißigjährige hatte in Hamburg die Führung innerhalb der oppositionellen Gewerkschaftsorganisierten der Metall- und Werftbetriebe inne. Unter seiner Regie wurde versucht, permanente organisatorische Verbindungen zur gewerkschaftlichen Opposition in den Großbetrieben sowie ein Netz

59) Hierzu auch Mai, G., a.a.O., S. 29.

von oppositionellen Vertrauensleuten herzustellen. ⁶⁰⁾ Als Maschinenbauarbeiter bei der Firma Maihack in Hamburg beschäftigt, einer Firma, die Armaturen für U-Boote und Apparate baute, die in Torpedos installiert wurden, ⁶¹⁾ erhielt er am 25. Februar 1917, obwohl vom Unternehmer reklamiert, seinen Einberufungsbefehl. Wie aus einem Schreiben seines Bruders hervorgeht, der sich sofort dieses Falles annahm, hatte Paul Dittmann keinerlei Differenzen innerhalb der Firma gehabt: Im Gegenteil, die Unternehmensleitung legte großen Wert darauf, ihn, der eine Gruppe von 4 bis 6 Arbeitern leitete, zu behalten. ⁶²⁾ Gerade im Hinblick auf diesen Produktionsbereich, wo es sich um eine hochqualifizierte und schwer ersetzbare Tätigkeit handelte, die im Rahmen der Kriegsführung als eine der wichtigsten angesehen wurde, mußte die Einberufung Erstaunen hervorrufen. Wie sich aus Recherchen von Wilhelm Dittmann, der sich mit dem Kriegsamt direkt in Verbindung gesetzt hatte, ergab, waren politische Gründe für die Einberufung ausschlaggebend gewesen, war der Gestellungsbefehl auf Betreiben der politischen Polizei erfolgt. ⁶³⁾ Wilhelm Dittmann hatte in diesem Bereich eigene Erfahrungen aufzuweisen, wie er in seinen Erinnerungen berichtet. Demgemäß war er selbst gegen Ende 1915, als Redakteur der "Bergischen Volksstimme", vom Geschäftsführer der Zeitung, angeblich einem

60) Vgl. Ullrich, V., Die Hamburger Arbeiterbewegung, S. 460. Am 29. Januar 1917 war Paul Dittmann in einer Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes in die Leitung des 6. Bezirkes/Hamburg, in der bisher nur Anhänger der Generalkommission saßen, hineingewählt worden.

61) NL Dittmann, W., AsD, Kasette I/18.

62) Ebd.

63) Ebd., (Schreiben von Wilhelm Dittmann): "...Dittmann selbst führt seine Einziehung darauf zurück, daß er innerhalb der sozialdemokratischen Partei auf dem Standpunkt der Opposition steht und das in einer Versammlung durch einen Zwischenruf bekundete, worauf der betreffende Redner - Arbeitersekretär Grosse - ihn namentlich apostrophierte und dadurch die Polizei auf ihn aufmerksam machte".

Anhänger Philipp Scheidemanns, dem Gegenkandidaten Dittmanns in diesem Wahlkreis, beim Stellvertretenden Generalkommando nicht mehr reklamiert, sondern für abkömmlich erklärt und somit selbst bis Anfang 1917 zum Militär eingezogen worden.⁶⁴⁾ Die Einberufung seines Bruders, vom Stellvertretenden Generalkommando in Altona initiiert und auf Rückfragen hin vom Kriegsamts bestätigt, wurde damit begründet, daß Paul Dittmann "zum Munitionsarbeiterstreik gehetzt" habe und daß die Militärbehörde deshalb keineswegs willens sei, "einen Mann in der Rüstungsindustrie zu belassen", der "in solcher Weise gegen die vaterländische Arbeit" Stellung beziehe.⁶⁵⁾ Daß, wie in diesem Fall, das Hilfsdienstgesetz aus politischen Motiven, gegen die gewerkschaftliche Opposition, eingesetzt wurde, kam häufiger vor und zeigt die gewerkschaftspolitische Stoßrichtung dieses Gesetzes.⁶⁶⁾ Paul Dittmann gab seinem Bruder die Direktive, seinen Fall wenigstens politisch "rücksichtslos auszunutzen und endlich mit der Legende aufzuräumen", daß aus politischen Gründen niemand eingezogen würde.⁶⁷⁾

64) Vgl. Dittmann, W., Erinnerungen, IISG, S. 639 f.

65) Vgl. NL Dittmann, W., AsD, Kass. I/20.

66) Vor der Revolution von 1918 waren Repressionen bzw. Einziehung von unliebsamen Oppositionsmitgliedern zum Heer an der Tagesordnung, wobei man sich fast immer auf das Hilfsdienstgesetz bezog. So auch im Falle eines USPD-Agitators in Nürnberg, der dem damals noch zur USPD zählenden Brandler über die Fortschritte der USPD in Nürnberg berichtet hatte. Daraufhin wurde vom Stadtmagistrat an übergeordnete Stellen der Wunsch des Geschäftsinhabers weitergeleitet, diesen Reklamierten einzuziehen. Vgl. STAN II/215, Nürnberg, den 3. April 1918, Stadtmagistrat Nürnberg an das Präsidium der Kgl. Reg. von Mittelfranken betr. USP "...Der Geschäftsführer bezeichnete Werber (USPD) als Faulenzer und als Menschen, der seine Mitarbeiter stets zur Unzufriedenheit aufreizt. Es wäre der Firma recht angenehm, wenn sie den Werber wieder los hätte". Die USPD-Aktivitäten wurden laufend überwacht und genau registriert, u.a. auch die Tätigkeit der Tochter des prominenten USPD-Gewerkschafters Simon. Elisabeth Simon, die 21-jährige Tochter des Vorsitzenden des Zvds, war in Nürnberg 2. Vorsitzende der USPD-Jugendsektion. Vgl. STAN II/215.

67) NL Dittmann, W., AsD, Kass. I/21, Paul Dittmann an Wilhelm Dittmann (Feldpostkarte, o.O. u.D.).

Durch den Einfluß von Wilhelm Dittmann, der seine Reichstagsfunktion voll dafür einsetzte, wurde die Einberufung rückgängig gemacht und Paul Dittmann konnte am Anfang April 1917, unmittelbar nach der Gründung der USPD, wieder an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren.⁶⁸⁾ Damit war die Angelegenheit jedoch keineswegs abgeschlossen, sondern erhielt im Gegenteil noch schärfere Konturen, was das Unterlaufen von Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes anbetraf. P. Dittmann, inzwischen Mitglied des aufgrund des Gesetzes eingerichteten Arbeiterausschusses in seinem Betrieb, wurde am 1. August 1917 erneut zum Militär einberufen. Während nach den Verordnungen des Gesetzes Mitglieder der Arbeiterausschüsse nur im Falle dringender militärischer Gründe einberufen werden durften, lagen hier zweifellos politische Gründe vor. Er bekam seinen Gestellungsbefehl in einer Situation, in der er in seinem Betrieb unabkömmlich gewesen wäre, wie er in einem Schreiben an seinen Bruder dokumentierte.⁶⁹⁾ Es liegt auf der Hand, daß die oppositionelle Haltung Paul Dittmanns auf der vom 27. bis 30. Juni 1917 stattgefundenen Generalversammlung des DMV in Köln oder seine Äußerungen auf lokalen Versammlungen des Metallarbeiterverbandes den Ausschlag zu dieser neuerlichen Einberufung gege-

68) Ebd. Kass. I/23 (Feldpostkarte, Hamburg, den 31. März 1917).

69) Ebd., Kass. I/26, Brief von P. Dittmann an seinen Bruder Wilhelm vom 31. Juli 1917 (Auszug), zit.n. einem Schreiben von W. Dittmann an das Kriegsamt z.H.d. Oberst Marquardt, Berlin, den 9. August 1917: "...Erst kürzlich ist die Firma vom Reichsmarineamt aufgefordert worden, mehr Apparate für U-Boote-Torpedos zu liefern, als vertraglich festgesetzt ist, da die U-Boote mehr Torpedos verbrauchen, als ursprünglich angenommen worden ist...Das bedeutet für mich, daß ich wieder eine ganze Anzahl Spezialwerkzeuge anzufertigen hätte, um zu ermöglichen, daß die genügende Zahl von Drehbänken zur Fertigstellung dieser Apparate herangezogen werden kann... Hinzu kommt noch, dass ich Arbeiterausschussmitglied bin und als solches...nicht ohne zwingende militärische Gründe eingezogen werden dürfte".

ben hatten. ⁷⁰⁾ Aus der erwähnten Generalversammlung hatte Dittmann als einer der führenden Oppositionellen im Gewerkschaftsverband den Antrag eingebracht, den Verlauf des Verbandstages anders zu gliedern als vorgesehen, wobei er eine von den Berliner Delegierten eingebrachte Resolution unterstützte und um eine unbeschränkte Redezeit eines Vertreters der Berliner Verbandsoppositionellen bat. ⁷¹⁾ Diese Berliner Resolution, die sich gegen die Repressionen des Hilfsdienstgesetzes wandte, beinhaltete auch einen Absatz, der sich gegen die Richtlinienkompetenz der Gewerkschaftsführung wandte:

"Die Demokratie ist die Grundlage der Organisation. Der Wille der Mitglieder das oberste Gesetz. Die Funktionäre können nur das Werkzeug des Willens der Mitglieder sein".

Die Resolution gipfelte in der Forderung, "daß der Metallarbeiterverband keine Beiträge mehr an die Generalkommission" abführen sollte. ⁷²⁾ Paul Dittmann und Alexander Schlicke, der Vorsitzende des DMV, lieferten sich zu Beginn der Generalversammlung einige Rededuelle. Dies ist insofern von Bedeutung, weil Wilhelm Dittmann sich später, im Falle der Einberufung seines Bruders, gerade an Schlicke, den Vertreter der Arbeiterschaft beim Kriegsamt, gewandt hatte, ⁷³⁾ wobei man berechnete Zweifel anbringen muß, ob sich Schlicke gerade sonderlich für eine Entlassung Dittmanns vom Heer eingesetzt haben wird. Daß dieser Fall für die sich gerade im April 1917 organisierende USPD im Bereich des Metallarbeiterverbandes zu einer

70) Vgl. Protokoll der 13. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Köln a.Rh., abgeh. vom 27. bis 30. Juni 1917, Stuttgart o.J. In seinen Memoiren schreibt Wilhelm Dittmann, daß Wilhelm Koch, der I. Bevollmächtigte der Ortsverwaltung des DMV-Hamburg, seinen Bruder denunziert habe. Vgl. Dittmann, W., Erinnerungen, S. 859.

71) Vgl. Prot. DMV-1917, S. 10 f. (Antrag 25).

72) Ebd., S. 11.

73) Vgl. NL Dittmann, W., AsD, Kass. I/26.

großen Kampagne ausgenutzt wurde, zeigte die weitere Entwicklung dieser Einzelgewerkschaft.

Konnte die USPD kurze Zeit nach ihrer Gründung in den Gewerkschaften noch sehr schwer Fuß fassen, so sollte sich dies mit zunehmender Kriegsdauer im fortschreitenden Maße ändern. Schrieb das "Hamburger Echo" noch im Juli 1917 über eine Delegiertenversammlung der Hamburger Werftarbeiter:

"Einer der Versammlungsteilnehmer, der versuchte Propaganda für die "Unabhängigen" zu machen, mußte unter Schluß- und Protestrufen der Versammlung abtreten", (74)

so kamen die USPD-Gewerkschaftsvertreter durch ihr Konzept, die Politik der Gewerkschaftsführung mit den Repräsentanten der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik zu verknüpfen, immer besser zur Geltung, was sich am Beispiel Hamburgs verdeutlichen läßt. Bereits drei Monate später auf der allgemeinen Mitgliederversammlung der Werftarbeiter vom 15. Oktober 1917.⁷⁵⁾ hatte die USPD durch geschicktes Taktieren und mehr auf die sozialen Interessen der Arbeiter abgestelltes Verhalten große Sympathien erhalten. Ein Vertreter der Gewerkschaftsführung, Wilhelm Koch, 1. Vorsitzender des DMV in Hamburg, versuchte den Werftarbeitern die Erhöhung des Einstellungslohnes pro Stunde von 40 auf 60 Pfennige plausibel zu machen, während die Vertreter der USPD im Rahmen dieser Gewerkschaftsorganisation sich energisch gegen eine solche geringe Aufstockung wandten, die mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten in überhaupt keinem Einklang stand. Ohne es explizit auszuführen, behauptete Koch, daß die Löhne der Rüstungsarbeiter nicht mit denen der Werftarbeiter in Einklang gebracht werden könnten, da die ersteren bereits vor dem Krieg höher gewesen seien. Die

74) StAH, Polit.Pol. V 406 a, Bd.5, Bericht PP Abt. IV, Hamburg, den 15. August 1917. Dazu auch Hamburger Echo, Nr. 166 vom 19. Juni 1917.

75) Ebd.

Einstellungslöhne in der Rüstungsindustrie waren damals viermal so hoch wie bei den Werftarbeitern. Für die USPD, vertreten durch den Metallarbeiter Lindau, war es ein leichtes, hier einen Antrag einzubringen, der darauf hinauslief, die Erhöhungen des Arbeitslohnes den Teuerungsverhältnissen anzupassen und somit erneut an das Kriegsamt heranzutreten, weil eine Einigung mit den Werftbesitzern ohnehin nicht zu erwarten war.⁷⁶⁾ Durch diese in der Arbeiterschaft populäre und wohl der Sachlage auch eher entsprechende Gewerkschaftsarbeit konnte die Opposition im Metallarbeiterverband weiteren Boden gewinnen. Das Beispiel Hamburg zeigte, daß die Gewerkschaftsvertreter, die sich mit der Führung identifizierten, das Engagement für die Burgfriedenspolitik manchmal etwas zu weit trieben. Beim einfachen Arbeiter, aber auch bei den Facharbeitern, rief dies wiederholt Zweifel an der Interessenvertretung der Gewerkschaftsbasis hervor. Ein in einem Polizeibericht wörtlich wiedergegebenes Zitat eines Versammlungsteilnehmers skizziert einerseits die Logik des einfachen Arbeiters, andererseits die Schwerfälligkeit von Funktionären, die im Sinne der Gewerkschaftstradition damit zufrieden waren, überhaupt als Verhandlungspartner der Unternehmer anerkannt zu werden. Dieser Arbeiter äußerte sich wie folgt:

"Wenn wir nun den Rüstungsarbeitern einigermaßen gleichgestellt sind, daß die Staatsaufträge so bezahlt werden wie in der Rüstungsindustrie, dann müßten sie unsere Forderungen als Rüstungsarbeiter auch bewilligen. Oder gehören die U-Boote und Minenboote nicht zur Rüstungsindustrie? Daß da noch ein Unterschied gemacht wird, habe ich nicht verstanden".⁷⁷⁾

Diesen Unterschied vermochten zumindest auch die Vertreter der

76) Ebd., Antrag Lindau (USPD): "Da die Zugeständnisse den heutigen Teuerungsverhältnissen gegenüber ungenügend und noch nicht alle Mittel erschöpft sind, so entschließt sich die Versammlung, den Vorstand erneut zu beauftragen, an das Kriegsamt heranzutreten, da eine Einigung mit den Werftbesitzern nicht anders zu erreichen ist".

77) Ebd.

Gewerkschaftsleitung nicht zu erklären, was auch reichlich schwierig geworden wäre. Die in der Versammlung vertretenen Standpunkte ließen, in einem groben Raster natürlich, die grundsätzlich verschiedenen Ansatzpunkte der Gewerkschaftspolitik erkennen, wie sie von MSPD- bzw. USPD-Gewerkschaftern gehandhabt wurden. Dabei gründete sich der Standpunkt der traditionellen Gewerkschaftsführung unter Legien darauf, auf dem evolutionären Wege mit der Politik der kleinen Schritte für den Arbeiter Verbesserungen zu erwirken. Eine Zusammenarbeit mit den Unternehmern wurde von dieser Seite, zumindest unter den Kriegsbedingungen, prinzipiell befürwortet. Dagegen war die Gewerkschaftspolitik der Parteiopposition rein auf die subjektive Interessenlage der Arbeiterschaft gerichtet und hatte einen antiunternehmerischen Charakter, wobei man sich redlich bemühte, diese Haltung dem Arbeiter auch plausibel zu machen.⁷⁸⁾ Das Ergebnis dieser Gewerkschaftspolitik auf kleiner Ebene: Wurde vor drei Monaten noch ein USPD-Vertreter auf einer Versammlung ausgebuht, so erhielt ein Antrag, der von derselben Richtung eingebracht worden war, zu diesem Zeitpunkt eine klare Mehrheit. Die Annahme des Antrages hatte unmittelbar mit der USPD als politischer Partei zwar nichts zu tun, jedoch ging es in das Bewußtsein der Arbeiter ein, von welcher Seite dieser Antrag gestellt worden war. Um diesen Bewußtseinsgang nicht nur bei den unmittelbar angesprochenen Arbeiterkreisen in Bewegung zu setzen, benötigte die USPD Medien und Artikulationsebenen, womit sie auch die breiten Massen erreichen konnte.

78) Ebl. So argumentierte der USPD-Anhänger Lindau weiter, daß eine Lohnsteigerung von 30 Prozent praktisch keinerlei Erhöhung sei, wenn man einbeziehe, daß ein Teil der Ernährungsmittel um 500 Prozent gestiegen sei.

An diesem Punkt setzt eine entscheidende Frage ein, was das Durchsetzungsvermögen einer sich neu konstituierenden Partei innerhalb der Arbeiterschaft betrifft. Inwieweit lag es an der Presse, daß sich die USPD und die ihr nahestehenden Gewerkschaftsverbände in manchen Bezirken stärker, in einigen fast überhaupt nicht profilieren konnte? Bis zur Revolution von 1918 verfügte die USPD nur über geringe Medienressourcen und hatte auch innerhalb der Gewerkschaften kaum Möglichkeiten, ihre Haltung öffentlich wiederzugeben. Für die Entwicklung der Opposition waren Presseorgane von unschätzbbarer Bedeutung, was den Einfluß auf das Bewußtsein der Arbeiterschaft anging. So hatte es beispielsweise in Hamburg bereits vor der USPD-Gründung eine linksorientierte Arbeiterzeitung, "Die Arbeiterpolitik", gegeben, die, wenn auch später keineswegs mit der USPD identisch, doch eine Alternative zur reinen MSPD-Presse darstellte und bereits eigene Vorstellungen zur Gewerkschaftspolitik entwickelt hatte.⁷⁹⁾ In Städten, wo sich die USPD stärker profilieren konnte, wie beispielsweise Berlin, Leipzig, Gotha oder Halle war dies in vergleichbarer Weise der Fall. Um das Durchsetzungsvermögen einer sich neu konstituierenden Partei und deren Einfluß auf den Gewerkschaftssektor richtig einschätzen zu können, müssen auch die Führeigenschaften von USPD-Gewerkschaftsanhängern und der Besitz von Presseorganen in ihrer zentralen Rolle gesehen werden. Während des Krieges kam es durch die staatliche Ordnungspolitik zu einer verstärkten Benachteiligung der Opposition. Von der Pressezensur, Beschränkungen der Rede- und Versammlungsfreiheit sowie Einziehungsbefehlen an unliebsame Oppositionelle wurde rege Ge-

79) In der "Arbeiterpolitik" wurden bereits 1917 die Idee einer Einheitsorganisation propagiert, so beispielsweise in einem Artikel vom 2. Juni 1917, worin es u.a. hieß: "... Unser Ziel ist die Einheitsorganisation, die sowohl die gewerkschaftlich wie politisch organisierte Arbeiterschaft umfaßt.", Arbeiterpolitik, 2.Jg.Nr.22 vom 2. Juni 1917. Vgl. a. Ullrich, V., a.a.O., S. 424, der zur "Arbeiterpolitik" bemerkt, daß hier auch eingehend das Modell der Industrieverbände diskutiert worden ist, wobei jedoch an dieser Stelle nicht auf die unterschiedliche Akzentuierung im Verhältnis zum USPD-Gewerkschaftsflügel eingegangen werden kann.

brauch gemacht. Zu Beginn des Jahres 1916 befand sich die regionale Presse der Partei sowie die überregional ausgerichtete Gewerkschaftspresse überwiegend in der Hand der Parteimehrheitsanhänger, wodurch sich auch teilweise der verzögerte Einfluß der Opposition auf die Gewerkschaftsverbände erklären läßt. Dazu kommt, daß die USPD in der offiziellen Gewerkschaftspresse bis 1918 nahezu vollständig ignoriert wurde, was ihrer Popularität in den Reihen der Arbeiterschaft nicht gerade förderlich sein konnte.

Als Beispiel für die mangelnde Selbstdarstellung der USPD und der gewerkschaftlichen Opposition kann dabei die Stadt Dortmund dienen, wo die USPD über kein eigenes Presseorgan verfügte und die gewerkschaftliche Führung des vorherrschenden Industriezweiges, der Bergarbeiter, in den Händen der traditionellen Gewerkschaftsführung lag. Im Gegensatz zu Hamburg, Berlin oder Leipzig kamen hier fast alle Negativfaktoren zum Tragen, was die Verbreitung von USPD-Ideengut anbetraf. In Dortmund bildete sich die USPD-Ortsgruppe erst zu Beginn des September 1917, also mit fünfmonatiger Verspätung heraus,⁸⁰⁾ obwohl der Reichstagsabgeordnete für den Bezirk Dortmund-Hörde, Erdmann, sich bereits früh der SAG sowie auch der USPD angeschlossen und aus diesem Grunde auch Redeverbot in Dortmund und Umgebung erhalten hatte.⁸¹⁾ Vor der Revolution von 1918 wurden viele USPD-Funktionäre und sogar deren Reichstagsabgeordnete mit Redeverböten belegt, was sich nachhaltig in den Akten der regionalen Polizeibehörden niedergeschlagen hat. Vor

80) Vgl. Stda Dortmund, 5/13, Bl. 371 ff. und 5/177, Bl. 320.

81) Ebd., 5/13, Bl. 383. Vgl. auch die Berichte über Versammlungs- und Redeverbote in zahlreichen anderen Stadt- oder Staatsarchiven, u.a. StAH, Politische Polizei, BHStA, StAN usw.

der Revolution konnte hier innerhalb der Gewerkschaften von einer Oppositionstätigkeit kaum die Rede sein, obwohl gerade die Bergarbeiterschaft nicht zu den Arbeiterkategorien zählte, der es sozioökonomisch gesehen gut ging. Die Vertretung der Gewerkschaftsführung traf hier noch auf keine organisierte Opposition; wohl nicht zuletzt deshalb, weil die USPD hier keine eigenen Artikulationsmöglichkeiten besaß. Die ökonomische Unzufriedenheit der Arbeiter, die sich die USPD bei ihrem Einfluß auf die Gewerkschaften vielerorts zunutze machen konnte, muß in Dortmund jedenfalls ähnlich gewesen sein, worüber auch eine Versammlung von Bergarbeitern Aufschluß gab, auf der Hue, der Vorsitzende des Gesamtverbandes, gegen die von der bürgerlichen Presse verbreiteten Klischees zu Felde zog, die hohen Löhne der Rüstungsarbeiter seien an den hohen Preisen schuld.⁸²⁾ Ähnlich der erwähnten Versammlung der Metallarbeiter in Hamburg wurde auf dieser Versammlung am 23. Dezember 1917 das Mißverhältnis von Lohnerhöhung und Lebenshaltungsteuerung zum Ausdruck gebracht. Hue stellte fest, daß die Löhne der höchstbezahlten Bergarbeiter, der Hauer, zwar um 70, die Lebensmittelpreise jedoch um 300 bis 400 Prozent gestiegen seien. Weniger qualifizierte Arbeiter hätten ohnehin nur Lohnerhöhungen von 50 bis 60 Prozent erhalten. Er solidarisierte sich mit der Verbitterung der Arbeiter und kritisierte in diesem Zusammenhang die steigenden Gewinne der Großindustrie.⁸³⁾ Im Gegensatz zur Metallindustrie und dem DMV, wo sich eine dem Unternehmertum entgegengesetzte Gewerkschaftsrichtung zu etablieren begann, die sich vorwiegend auch gegen die Burgfriedenspolitik in ihrer Gesamtheit wandte, traf dies für den im Bereich des Bergbaus organisierte freigewerkschaftliche Arbeiterschaft nicht zu, wenn der Streikverzicht während des Krieges auch hier den Keim der Entfremdung zwischen Belegschaften und Verbandsführung in

82) Ebd., 5/176, Bl. 176 ff.

83) Ebd. Die Gewinne von Hoesch stiegen im Zeitraum 1913/14 bis 1917 um das Dreifache.

sich trug ⁸⁴⁾ und sich nach 1918 in diesem Bereich ein stark syndikalistisch orientierter Zweig herauskristallisierte. ⁸⁵⁾

84) Vgl. Tenfelde, Klaus, Probleme der Organisation von Arbeitern und Unternehmern im Ruhrbergbau 1890-1918, in: Mommsen, H. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Wuppertal 1980, S. 57.

85) Josef Smektala aus Dortmund (Beruf Dreher, Mitglied der KPD seit 1918) bestätigte in einem Gespräch mit dem Verf. vom 12. Okt. 1978 den syndikalistischen Einfluß auf die Bergarbeiter und bezeichnete Kater und Rocker als ideologische Führer dieser Bewegung.

2. Die Opposition in den Einzelgewerkschaften (1916-1918)

2.1. Der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV) als Zentrum der gewerkschaftlichen Opposition

2.1.1. Die Lage der Arbeiterschaft in der Metallindustrie

Als in den ersten Wochen des Krieges die Umstellung der Friedensindustrie auf die Kriegsproduktion die Arbeitslosigkeit vorübergehend emporschnellen ließ, breitete sich diese in vielen Bereichen des Arbeitsmarktes unterschiedlich aus, was mit den ursprünglichen Produktionsschwerpunkten der jeweiligen metallverarbeitenden Industrie zusammenhing. ¹⁾ Gleich zu Kriegsbeginn waren die Gewerkschaftsverbände dadurch gezwungen, auf ihre Rücklagen zurückzugreifen und hohe Arbeitslosenbeiträge auszuzahlen, denn Staat und Gemeinden unternahmen zu diesem Zeitpunkt zur Unterstützung der Arbeitslosen kaum etwas. ²⁾ Die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern des DMV betrug im August 1914 durchschnittlich 19,5 Prozent, sank aber

1) Vgl. Cohen, Adolf, Die Situation in der Metallindustrie während des Krieges, in: NZ, Jg.32 (1915), Nr. 21, S. 660: "So hatte zum Beispiel der 6. Agitationsbezirk des Deutschen Metallarbeiterverbandes, das ist der Bezirk, in dem die Werftorte Wilhelmshaven, Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Flensburg, Kiel und Lübeck liegen, in der 3. Kriegswoche nur 8,1 % Arbeitslose, gegenüber 31,2 % im 10. Bezirk, das ist Bayern mit seiner großen Spielwarenindustrie, 27,9 % im 8. Bezirk, das ist Hessen und das südliche Rheinland ... Auch in der späteren Zeit, als die Arbeitslosenzahl zurückging, sind diese Unterschiede in den Bezirken noch deutlich erkennbar. So hatte der 6. Bezirk in der 13. Kriegswoche 2,7 % Arbeitslose, der 10. Bezirk 19,9 %, der 8. Bezirk 11,5 %..."

2) Umbreit, P., Die Gewerkschaften, in: Shotwell (Hrsg.), a.a.O., S. 55 f., weist darauf hin, daß die Reichsregierung noch 1913 gegen eine Arbeitslosenversicherung war. Was die Gemeinden betrifft, wo wurde nur von einigen eine Arbeitslosenunterstützung gewährt. Dazu zählten u.a. der Berliner Magistrat und ab 21. August 1914 auch Frankfurt a. M.

bis zum Ende des Jahres auf 4 Prozent. Mit der sich steigernden Kriegsproduktion sanken die Arbeitslosenzahlen auf diesem Industriesektor weiter ab.³⁾ Während des Kriegsverlaufes wurde ein Vollbeschäftigungsgrad erreicht, mit dem eine ansteigende Nachfrage nach gelernten und qualifizierten Arbeitskräften wie Drehern, Mechanikern, Werkzeugmachern, Schmieden, Formern, Elektrikern und selbst Schlossern jeglicher Art verbunden war.⁴⁾ Die Arbeitslosigkeit war also einerseits durch hohe Einziehungsraten zum Heeresdienst und andererseits durch die verstärkte Intensivierung der Kriegsproduktion gesenkt worden, wobei die riesigen Bestellungen der Heeresverwaltung die entscheidende Rolle spielten. Besonders gut war naturgemäß die Rüstungsindustrie mit Aufträgen eingedeckt, da ein verstärkter Bedarf nach Waffen, Automobilen, Flugzeugen und Schiffsfahrzeugen bestand. Nach den Produktionsarten orientierten sich auch zu Beginn des Krieges die Arbeitslosenzahlen: Betrugten sie in Werftorten wie Bremen, Kiel und Bremerhaven kaum 5 Prozent, so erreichten sie in Bayern mit seiner großen Spielwarenindustrie über 30 Prozent.⁵⁾ Es gab daher auch Zweige innerhalb der Metallindus-

-
- 3) Vgl. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1914. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsg.v.Vorst. des DMV, Stuttgart 1915, S. 3: "Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie ist vor allem die Folge des überaus starken Heeresbedarfes aller Art, Geschützen, Handfeuerwaffen, Munition, Automobilen, Feldflaschen und an Bedarf von Kriegsschiffen. Eine große Anzahl der Betriebe der Metallindustrie, die zur Anfertigung des Heeresbedarfes nicht eingerichtet war, aber dazu mangels anderer Aufträge übergehen mußte, war zur Anschaffung von Drehbänken, Stanzen und Fräsmaschinen genötigt, was zur Hebung des schwer darniederliegenden Werkzeugbaus führte. Hinzu kam die Vergebung zahlreicher öffentlicher Arbeiten durch die Staats- und Gemeindeverwaltungen, wodurch auch diejenigen Gewerbezweige einigermaßen Beschäftigung fanden, die für die Lieferung des Heeresbedarfes nicht in Frage kamen...Die deutsche Industrie erwies sich den aus dem Kriege sich ergebenden Schwierigkeiten vollkommen gewachsen".
- 4) Vgl. Veitinger, Fritz, Der deutsche Metallarbeiterverband. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Diss. Würzburg 1924, S. 193.
- 5) Cohen, A., a.a.O., S. 661, weist darauf hin, daß in Nürnberg die Arbeitslosenzahl besonders hoch gewesen ist, weil hier

trie, die ihre Fabrikation vollkommen einstellen mußten und die an der Kriegskonjunktur keinerlei Anteil hatten. Neben der Spielzeugwarenindustrie waren davon auch die Edelmetall- und Elektroindustrie betroffen, beide sehr auf Export orientiert, der während des Krieges nahezu völlig zum Erliegen kam.⁶⁾ Im Gegensatz zur Friedensindustrie (z.B. Textilbranche) oder Zwischenindustrie (Schuh- und Lederbranche), zeichneten sich in der metallverarbeitenden Industrie insgesamt aufgrund des großen Heeresbedarfes gute Beschäftigungsmöglichkeiten ab, wenn auch die Ausfuhr, die in diesem Bereich eine beherrschenden Rolle gespielt hatte, im Rahmen der Kriegseignisse rapide sank. Während für die Kleineisenindustrie keinerlei Bedarf mehr vorhanden war, kamen auch zahlreiche Betriebe mit der raschen Umstellung auf die Rüstungsbedürfnisse nicht zu recht, sodaß vorläufig lediglich Betriebe, die auch schon vorher mittelbar oder unmittelbar für das Heer gearbeitet hatten, eine gute Beschäftigungslage aufweisen und ihre Preise den Kosten anpassen konnten. Erlangte die Waffenfabrikation unter diesen Umständen eine Art Hochkonjunktur, die zur vollen Kapazitätsausnutzung führte, so erging es den sogenannten "Friedenswerken" wesentlich schlechter.⁷⁾

Nach einer vorübergehenden allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit, dem Ausbleiben neuer Aufträge in einzelnen Bereichen, was teilweise zu überstürzten Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen geführt hatte, stabilisierte sich die Situation auf dem Sektor der Metallindustrie ab Oktober/November 1914 wieder. Neben den erwähnten Faktoren hatten auch die umfangreichen Einberufungen, anfangs ohne jegliche Systematik gehandhabt, bei vielen Betrieben zur Ein-

das Zentrum der spielzeugherstellenden Metallindustrie lag. Vgl. hierzu auch Jahr- und Handbuch des DMV 1914, a.a.O., S.5, wo eine starke Arbeitslosenquote in der Messer- und Schneidwarenindustrie Solingens erwähnt wird.

6) Ebd.

7) Vgl. Hesse, Friedrich, Die deutsche Wirtschaftslage von 1914 bis 1923. Krieg, Geldblähe und Wechsellagen, Jena 1938, S.37, der dazu u.a. Röhrenwerke, Draht- und Drahtstiftwerke sowie die Spielzeugwarenindustrie rechnet.

schränkung der Produktion geführt, ebenso wie auf gewerkschaftlicher Seite dadurch das Verbandsgeschehen völlig zerrüttet worden war. So waren in den ersten Kriegswochen 110.000 Mitglieder und kurze Zeit darauf nochmals 22.000 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes zum Militär einberufen worden, wobei man keine Rücksicht darauf genommen hatte, ob diese wichtige Funktionärsposten oder Facharbeiterstellen bekleideten.⁸⁾ Insgesamt waren damit ungefähr 25 Prozent des Mitgliederpotentials im DMV bereits 1914/15 zum Heeresdienst einberufen worden. Durch die zu Beginn des Krieges nicht auf Berufsspezifität abgestellte Einberufungspraxis und die zunehmende Kriegsproduktion zeigte sich stellenweise schon früh ein Mangel an gelernten Arbeitskräften, der nicht gedeckt werden konnte. Vor allem wurde die Herstellung von Granaten und Zubehörteilen (Zünder usw.) forciert, womit sich die Produktionskapazitäten auf diesem Arbeitsgebiet erhöhten. Mit der fortschreitenden Anpassung der Betriebe an die Kriegsproduktion gelang es dann auch, zahlreiche ungelernte Arbeitskräfte und Frauen in den Produktionsprozeß zu integrieren.⁹⁾ Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten die großen Metallwerke alle für den Kriegsbedarf, die meisten kleineren auch, während die Maschinenindustrie anfangs nur eingeschränkt produzieren konnte, da sie einerseits sehr exportorientiert, andererseits auf den gewöhnlichen Inlandsmarkt ausgerichtet war.¹⁰⁾ Dagegen verbesserte sich die Ertrags-

8) Vgl. MAZ v.19.Sept.1914, s.a. Jahr- und Handbuch des DMV 1914, a.a.O., S. 2. So waren beispielsweise in Pforzheim, einem Hauptproduktionsort für Edelmetalle, in der 13. Kriegswoche (25.-31. Okt. 1914) von den noch vorhandenen 4.039 Mitgliedern des DMV 3.630 (= 90 %) arbeitslos. Ähnliche Verhältnisse zeichneten sich auch in Hanau ab.

9) Vgl. Bericht der Agitationskommission der Eisen-, Metall- und Revolverdreher der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes für das Geschäftsjahr 1914-1915, Vortrag, geh. i.d. Branchenversammlung am 23. April 1915 von Richard Müller, Berlin o.J., S. 7.

10) Z.B. der Herstellung von Textilmaschinen und landwirtschaftlichen Maschinen.

lage für die Werkzeugmaschinenindustrie zusehends, da sich diese wesentlich schneller auf den Heeresbedarf umstellen konnte. Um die Jahreswende 1914/15 standen somit fast alle Arbeiter in der Metallindustrie in Vollbeschäftigung, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Zahl der eingestellten Arbeiter gegenüber der Beschäftigtenzahl in der Friedenszeit nur 60 bis 70 Prozent betrug. Mit der Fortdauer des Krieges stieg die Nachfrage nach Industriegütern durch die Heeresaufträge kontinuierlich an und dehnte sich auch auf Betriebe aus, die bisher weniger in diesen Prozeß einbezogen waren, wie z.B. auf Drahtwerke zur Herstellung von Stacheldraht, da dieser ab Ende 1915 für den Stellungskrieg in größerem Umfang benötigt wurde. Auch der Eisenbahn- und Geschützbedarf stieg weiter an.¹¹⁾ Gegen Ende 1915 traten in den Sparten der Metallindustrie Engpässe bezüglich des Arbeitskräftepotentials auf. Betriebe, die durch die Heeresaufträge voll ausgelastet waren, zogen Arbeiter durch ihr höheres Lohnangebot aus anderen Industrien, insbesondere auch der Textilindustrie ab.¹²⁾

Mit der Einrichtung des sogenannten "Hindenburgprogramms", was den bisher umfassendsten Plan zur Steigerung der Rüstungsindustrie bedeutete, wurde die Stahlerzeugung nunmehr fast ausschließlich für Kriegszwecke eingesetzt. Bedingt durch die fortschreitende Rohstoffknappheit, gründeten im November 1916 der Deutsche Stahlbund und das Kriegsministerium eine Organisation, die Eisen und Stahl nur mehr nach Kriegsbedürfnissen zugeordnet verteilte.¹³⁾ Das Kernstück des Hindenburgprogramms

11) Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 176 bzw. 181 (1915). Vgl. a. Hesse, Fr., a.a.O., S. 70.

12) Vgl. Hesse, Fr., a.a.O., S. 72.

13) Ebd., S. 114. Der Stahlwerksverband lieferte nur an Betriebe, die sich eidesstattlich als Verbraucher für "kriegswirtschaftliche Zwecke" deklarierten.

bildete das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst, welches die letzten Arbeitskraftreserven mobilisieren sollte. Dieses von der Gewerkschaftsführung tolerierte Gesetz zur Umstrukturierung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Kriegsrüstungsproduktion zog auch gravierende Umschichtungen in der Arbeiterschaft der Metallindustrie nach sich, da die Kriegsindustrie bei der extremen Ausweitung der Produktion nicht über genügend gelernte Arbeitskräfte sowie Facharbeiter verfügte. Der Anteil der ungelernten Arbeiter stieg verstärkt an, was sich auch in den Mitgliederlisten des Metallarbeiterverbandes bemerkbar machte. Bei einem Anstieg der Mitgliedschaft von 1915 276.000 auf 1919 1,3 Millionen, also um ca. 500 Prozent, tauchten unermeßliche organisatorische Probleme der Integration auf. Nur allzu oft wurde in verschiedenen Berichten von Gewerkschaftsfunktionären darüber Klage geführt, daß die Neumitglieder zu wenig Ahnung vom Gewerkschaftskampf hätten und zu ungeduldig wären, um bestimmte sozialpolitische Forderungen durchzusetzen, worin auch ein wichtiges Radikalisierungselement enthalten war, das sich politisch agierende Gewerkschafter zunutze machen konnten. Dazu kam, daß die Freizügigkeit der Arbeiterschaft in der Metallindustrie bereits im Jahre 1915, insbesondere im Zentrum der Rüstungsindustrie, in Berlin, wesentlich eingeschränkt worden war. Wie andererseits später unter dem Hilfsdienstgesetz, geschah dies durch den Abkehrschein, der vom Arbeitgeber ausgefüllt werden mußte, wenn ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz wechseln wollte. Dieser Erlaß war von der Feldzeugmeisterei für die Arbeiter der Rüstungsindustrie bereits 1915 ergangen. Mit der Einführung des Hilfsdienstgesetzes Ende 1916 änderte sich wenig an der Unternehmerwillkür, außer vielleicht, daß die Mobilität des einzelnen Arbeiters jetzt auch noch durch Richtlinien des Kriegsamtes zusätzlich reglementiert wurde. Zwar gestaltete sich die Zusammenarbeit der Militärbehörden mit den Gewerkschaften besser als deren Verhältnis zu den Unternehmern, weil man sich von seiten der Regierung über den mäßigenden Einfluß der Gewerkschaftsführung auf die Arbeiter durchaus bewußt war, was

aber nicht verhinderte, daß man politisch aktive Gewerkschafter, trotz ihrer Wichtigkeit im Produktionsprozeß, bevorzugt zum Heeresdienst einberief. Die Unterdrückung der politischen Opposition rief bei den Metallarbeitern verstärkt Proteste hervor, in deren Gefolge auch bestimmte Verbesserungen eintraten. So kam es bei der Heeresverwaltung zur Einrichtung eines "Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins", dem Vertreter des Verbandes der Berliner Metallindustriellen und des Metallarbeiterverbandes angehörten und dessen Sitzungen unter dem Vorsitz eines Vertreters der Feldzeugmeisterei stattfanden. Diese paritätisch besetzte Schlichtungskommission trug zumindest viel dazu bei, daß die Arbeitsverhältnisse im Bereich der Metallindustrie verbessert wurden - der Entlassungsschein aber blieb erhalten.¹⁴⁾ Mit der Institution des Hilfsdienstgesetzes trat innerhalb der Arbeitskräfteverteilung im Deutschen Reich geradezu eine "Binnenwanderung" ein, die sich sowohl zwischenberuflich als auch zwischengebietlich ausdrückte.¹⁵⁾ Ein großes Arbeiterpotential aus anderen Industriebereichen, das von Betriebsstillegungen stark betroffen war, drängte in die Metallindustrie. Die damit verbundene Konzentration von Arbeitskräften in der Rüstungs- und Munitionsindustrie ließ in diesem Zeitraum neue Formen von Großbetrieben mit vielen Tausenden von Beschäftigten entstehen, was dazu führte, daß sich die Arbeiterschaft in diesen Betrieben geschlossener formierten konnte und dies dem Metallarbeiterverband mehr Zulauf verschaffte. Somit nahm die stärkste Einzelgewerkschaft des Deutschen Reiches während des Krieges immer stärker zu, um dann 1919, zu Beginn der Nachkriegszeit, zur mitgliederstärksten Einzelgewerkschaft der Welt zu werden.

14) Vgl. Umbreit, P., Die Gewerkschaften, in: Shotwell (Hrsg.) a.a.O., S. 117.

15) Vgl. Sogemeier, M., Die Entwicklung, S. 7.

2.1.2. Mitgliederstruktur und -verhalten im Deutschen Metallarbeiterverband

Aufgrund der bereits 1913 in verschiedenen Gewerbebezügen aufgetretenen Teilkrise in der metallverarbeitenden Industrie verschärfte sich der Mitgliederrückgang in den Gewerkschaften mit dem Kriegsausbruch noch um ein Vielfaches, da zusätzlich durch die mannigfachen Heereseinziehungen viele Gewerkschafter ihre Mitgliedschaft aufkündigten. Infolge der Mobilmachung, der Umstrukturierung der Metallindustrie und des damit verbundenen Berufs- und Stellungswechsels der Arbeiter, gingen die Mitgliederzahlen des Metallarbeiterverbandes 1914 in kürzester Zeitspanne von 544.941 auf 322.917 zurück, wobei die Heereseinziehungen den größten Anteil ausmachten.¹⁶⁾ Dabei zeigten sich in den 11 Bezirksorganisationen der DMV-Mitgliedschaft im Hinblick auf die zum Kriegsdienst eingezogenen Gewerkschafter erhebliche regionale Unterschiede.

Im 9. Bezirk, Stuttgart, wurde im Verhältnis mehr als die doppelte Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle des 11. Bezirkes, Berlin, eingezogen. Neben Berlin, dem Zentrum der Maschinen- und Waffenindustrie, kam es auch in Hamburg, wo der Kriegsschiffbau dominierte, zu relativ geringen Einberufungsquoten von DMV-Mitgliedern zum Heeresdienst. Für Hamburg und Berlin ließ sich, abgesehen von den Einberufungen, bereits eine Zuwachsrate an neuen, besonders jungen Mitgliedern im Gewerkschaftsverband registrieren, wie sie nach dem Kriege für das gesamte Reichsgebiet charakteristisch werden sollte.¹⁷⁾ Die Ursache dafür lag mit Sicherheit in dem hohen Stellenwert dieser beiden Städte im Spektrum der Kriegsrüstung, wodurch auch wesentlich mehr Beurlaubungen militärdienstpflichtiger DMV-Mitglieder als im übrigen Verbandsgebiet erfolgten.¹⁸⁾ Die

16) Vgl. Hand- und Jahrbuch 1914, S. 23. Bei einem Rückgang von 209.074 Mitgliedern machten die Heereseinziehungen 185.081 (= 88,5%), nach der MAZ sogar 192.643 (= 92,1%) aus.

17) Ebd.

18) Ebd.

Reklamierung Militärdienstpflichtiger für den Produktionsprozeß erschwerte die politische und gewerkschaftliche Agitation für diese Mitglieder, insofern Beschwerden über unzureichende Arbeitsbedingungen vielfach von den Unternehmern mit der Drohung abgewiesen wurden, daß renitente Arbeiter sofort an die Front geschickt würden, wenn sie sich nicht konform verhielten. 19) Diese Einschüchterungsstrategie der Unternehmer diente auf der anderen Seite der USPD als Rekrutierungsbasis für eine politische Anhängerschaft, weil sich engagierte Gewerkschafter diese erpresserische Haltung nicht gefallen lassen wollten. Eine große Anzahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute, durch krasse Verstöße gegen die gewerkschaftlichen Grundprinzipien brüskiert, identifizierte sich zunehmend mit den Zielen der USPD. Auch jüngere Arbeiter, die sich durch diese Repressionen in ihrem unmittelbaren Lebensbereich bedroht fühlten, wechselten verstärkt in das Lager der Opposition, zudem der nationale Patriotismus mit der Verlängerung des Krieges ohnehin an Anziehungskraft verlor. Als symptomatisch für die repressive Situation auf dem Arbeitsmarkt muß auch der Rückgang der Tarifverträge angesehen werden, der sich nach dem Kriegsausbruch abzeichnete. Nach sechs Jahren mit ansteigender Tendenz im Tarifvertragswesen betrug der Rückgang der Verträge im Jahr 1914 7,4 Prozent, was die Verträge mit einer Beteiligung der Arbeiterschaft anbetraf, sogar 35,1 Prozent. Hätten die Militärbehörden die Unternehmer teilweise nicht zur Einhaltung der tarifmäßigen Arbeitsbedingungen gezwungen, wäre dieses Verhältnis zweifellos noch negativer ausgefallen. 20) Auch Versuche der Unternehmerschaft, Arbeiter auf nichtsozialistische Arbeitervereine festzulegen, wie das 1914 in Schlesien vor-

19) Ebd. Aus dem Jahrbuch des DMV von 1914 geht hervor, daß nahezu aus allen Teilen Deutschlands Beschwerden der Arbeiter über die Unternehmerwillkür vorgebracht wurden. Vielfach wurde von dieser Seite gegenüber den Arbeitern gesagt: "Wenn es Ihnen nicht paßt, dann melde ich Sie ab und dann kommen sie sofort in den Schützengraben".

20) Ebd., S. 113.

kam, ²¹⁾ fanden nicht die Unterstützung der Militärbehörden und scheiterten schließlich, nicht zuletzt deshalb, weil man den freien Gewerkschaften einen hohen Stellenwert für die Stabilität des Wirtschaftsfriedens im Inneren des Landes zu rechnete.

Besonders intensiv wurde 1915 der Schiffsbau angekurbelt, der bereits 1914 zu den Konjunkturproduktionszweigen der Metallindustrie gezählt hatte. ²²⁾ Der Schwereisenindustrie fehlten schon zu diesem frühen Zeitpunkt die Arbeitskräfte, weil hier vielfach Facharbeiter benötigt wurden und somit vorhandene Arbeitslose aus anderen Bereichen der Metallindustrie nur in geringem Ausmaß eingesetzt werden konnten, da diese Beschäftigung neben fachlicher Ausbildung auch große körperliche Anstrengungen erforderte. ²³⁾ Politische und gewerkschaftliche Führungspositionen wurden in vielen Fällen von Facharbeitern bekleidet, die im Produktionsgeschehen eine hervorragende Stellung innehatten, so daß sie im Betrieb ein Ansehen genossen, das ihnen oft Raum für gewerkschaftliche Agitationsarbeit ermöglichte, dies jedoch nur, solange die Betriebsleitung darin keine Einschränkung der Arbeitskapazitäten erblickte und Zu-

21) Ebd., S. 18 f. So wurde in einer Breslauer Eisenbahnwagenbau-firma von der Unternehmensleitung verlangt, schriftlich zu erklären, daß man nur den "Werkvereinen", dem vaterländischen Arbeiterverein oder dem Katholischen Arbeiterverein angehöre: Ultimativ wurde verlangt, einen entsprechenden Schein innerhalb von einer halben Stunde zu unterzeichnen, anderenfalls man sich als entlassen betrachten könne.

22) Vgl. der DMV im Jahre 1915. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsg. v. Vorst. des DMV, Stuttgart 1916, S. 4.
Produktionszahlen: Dez. 1914 - 854.186 Tonnen
Dez. 1915 - 1.029.144 Tonnen
Gesamtproduktion 1914: 14.389.852
" " 1915: 11.790.199.

23) Ebd.

widerhandlungen an die Militärbehörden weiterleitete, wie das zuweilen mit Vertrauensleuten der USPD geschehen war. 24)

Die Bedeutung der vorherrschenden Position von Drehern, Formern und Schlossern in den führenden Stellungen der deutschen Arbeiterbewegung mag auch in der relativ frühen Organisation und einem damit traditionell stärker herausgebildeten Arbeiterbewußtsein im Zusammenhang stehen, das sich noch auf handwerkliche Tradition gründete. Im Bereich der vorwiegend während des Ersten Weltkrieges entstehenden Großbetriebe der Metallindustrie kam ein weiteres Element hinzu: Der räumlich und damit organisatorisch engere Zusammenhang zwischen den einzelnen Arbeitern, wobei es die gemeinsame Interessenslage erleichterte, zu einem solidarischen Verhalten zu gelangen. 25) Die Konzentration der Industriearbeiterschaft in den Ballungszentren erleichterte vielfach die gewerkschaftliche und politische Agitation, weil diese sowohl am Arbeitsplatz als auch, nach Feierabend, in den "Arbeitervierteln" durchgeführt werden konnte. 26) In diesen Arbeitervierteln, teilweise nur Barackenstädte, waren zahlreiche, durch das Hilfsdienstgesetz zwangsverpflichtete Arbeitskräfte untergebracht, die für die gewerkschaftliche Opposition ein zahlenmäßig starkes Potential bedeuteten, da diese Arbeitskräfte, was die Verpflegung und

24) Vgl. einschlägige Polizeiberichte, z.B. StAH, Politische Polizei Nr. 20 709, Bericht vom 22. Oktober 1918, betr. den Dreher Heinrich Keese, geb. 3. Febr. 1889 in Hannover: ;Als Vertrauensmann und besonders wichtiges Mitglied der USPD auf der Vulkanwerft...Er hat die Nr. 14.286 auf der Werft...".

25) Vgl. a. Vetterli, Rudolf, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation, Göttingen 1978, S. 43, der ähnliche Formen für die schweizerische Organisation der Metallarbeiter feststellt.

26) Vgl. Soziale Praxis Nr. 41 v. 12. Juli 1917, Sp. 890.

gesundheitliche Betreuung anging, stark vernachlässigt wurden. 27)

Der große Zustrom an Arbeitskräften hatte die Rüstungsfabriken vor ein bisher nicht gekanntes Problem der sozialen Fürsorge gestellt, das sie bei weitem nicht zu lösen imstande waren. Stark betroffen von dieser Entwicklung waren die in den Produktionsprozeß integrierten Jugendlichen, für die die höheren Löhne in der Rüstungsindustrie eine erhebliche Anziehungskraft ausübten. Die schlechte Unterbringung in den Barackensiedlungen brachte dabei eine moralische und politische Radikalisierung mit sich, zumal diese Jugendlichen nicht selten in Nachtschichten arbeiteten und Überstunden leisteten. Eine geordnete Lehrlingsausbildung fand während des Krieges auch nicht mehr statt, sodaß die meisten Jugendlichen, von denen im Jahr 1918 bereits 140.000 in der Metallindustrie tätig waren, 28) nach dem Krieg nur mehr als ungelernte Arbeiter eingestellt wurden, was ihre gesellschaftliche Integrationsfähigkeit nicht gerade erhöhte. Viele dieser Jugendlichen, die auf gewerkschaftlicher Ebene dem DMV beitraten, neigten politisch eher zu radikalen Parteien, weil sie nicht so stark in den Traditionen der Arbeiterbewegung verhaftet waren 29) und

27) Vgl. Henning, Heinz, Die Situation der deutschen Kriegswirtschaft im Sommer 1918 und ihre Beurteilung durch Heeresleitung, Reichsführung und Bevölkerung, Diss. Hamburg 1957, S. 37.

28) Ebd., S. 57.

29) Daß die Jugendlichen der sozialdemokratischen Partei oftmals sehr stark zur Opposition neigten, dafür gibt es einige Anhaltspunkte. So heißtes u.a. im Geschäftsbericht des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Sachsens vom 1. April 1917 bis 31.3.1918 (vgl. Geschäftsbericht..., in: SPD Sachsen, Prot. 1918, a.a.O., S. 166 f.), "daß das jugendliche Ungestüm eher der revolutionären Romantik" zuneige und daß bereits einige Jugendgruppen in verschiedenen Orten des Reiches geschlossen zur USPD übergetreten seien, wobei namentlich Freiberg und Dresden genannt wurden, wo die Jugendzeitungen der USPD sehr populär und wirkungsvoll gewesen sein sollen.

auf gewerkschaftlicher Ebene enorme Schwierigkeiten hatten, sich in diesem Organismus zurechtzufinden, nachdem sie abrupt in den Produktionsprozeß eingegliedert worden waren. Sie waren auch nicht in diese Sparte der Arbeiterbewegung "hineingewachsen" wie die älteren Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre, die diesem Generationsproblem innerhalb des Verbandes ziemlich ratlos gegenüberstanden.³⁰⁾ Zudem kamen viele dieser Jugendlichen aus der Friedensindustrie in die Metallbetriebe, wo sie nicht berufsmäßig ausgebildet wurden und teilweise sogar nicht dem DMV beitreten durften, weil die Vorständekonferenzen der Gewerkschaften, gegen das Votum des DMV, ein Übertrittsverbot für Angehörige anderer Industriezweige verhängt hatten.³¹⁾ Mit der Unterbrechung ihrer Berufsausbildung war auch weitgehend eine Unterbrechung der sozialen Anpassung verknüpft, was Untersuchungen über die Verhältnisse in Berlin bestätigt haben. Wie in anderen Großstädten des Reiches stieg hier die Jugendkriminalität während des Krieges stark an, wofür insbesondere das Fehlen der Väter, die meist an der Front standen, oder die Erwerbslosigkeit der Mütter, sowie der Lehrermangel bei gleichzeitiger militärischer Beanspruchung der Schulen, die Schuld trugen.³²⁾

30) Vgl. Lederer, E., Gewerkschaftsbewegung, in: ASS 42 (1919), S. 845. S.a. Käsler, Erich, Die "Gewerkschaftskrise" im DMV. Auszug aus einer Dissertation, Greifswald 1921 (1922), S. 15.

31) Vgl. Dissinger, Arthur, Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem, Jena 1929, S. 149.

32) Vgl. a. Jugendfürsorgekonferenz der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Abt. Großberlin, am 4. Febr. 1916. Auf dieser Konferenz wurden für die Verwahrlosung noch angeführt: Die hohen Löhne in der Rüstungsindustrie, die von den Jugendlichen meist selbst verbraucht wurden und die verrohenden Kriegseinflüsse, sei es nun durch Erzählungen oder durch "Schundliteratur". Nach Gerth, Franz Jakob, Bahnbrechendes Modell einer neuen Gesellschaft. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost 1911-1940, Hamburg 1975, S. 37 ff.

Die schwierige Versorgungslage förderte die Verwahrlosung der Jugendlichen, die ohnehin weitgehend der Kontrollmöglichkeit der Eltern entzogen waren, und steigerte ihren Unmut gegen das bestehende System. Daß sich diese Erscheinungen auch auf Jugendliche des gewerkschaftlichen und parteipolitischen Spektrums, gepaart mit "revolutionärer Romantik", ³³⁾ in abgeschwächter Weise übertrugen, kann für Großstädte sowie Ballungszentren der Rüstungsindustrie angenommen und für Städte wie Berlin, Halle usw. bestätigt werden.

Neben der Mitgliedschaft von Jugendlichen im DMV wuchs auch der Frauenanteil in dieser Gewerkschaft sehr stark an, denn gegenüber 1914 mit 5,7 stieg er im Jahre 1918 auf 20,8 Prozent. ³⁴⁾ Jedoch spielten die Frauen in Bezug auf einen radikaleren Einfluß innerhalb des Verbandes oder im Hinblick auf eine Affinität zur USPD hin eine untergeordnete Rolle. ³⁵⁾ Es kam aber gelegentlich vor, daß Frauen, die unter schweren Bedingungen in der Fabrik arbeiteten und dort laufend mit den täglichen Vermißten-, Verwundeten und Gefallenenmeldungen konfrontiert wurden, für die USPD gewonnen werden konnten, weil diese Partei wegen ihrer konsequenten Antikriegshaltung geschätzt wurde. ³⁶⁾

33) Vgl. Prot. Soz. Pt. Sachsen 1918, S. 166.

34) Vgl. Anhang I.

35) Daß Frauen sich dem Radikalismus gegenüber zurückhaltend verhielten, zeigen auch Wahlanalysen. So stellt Gerhard A. Ritter fest, daß vom Frauenstimmrecht vor allem das Zentrum und die DNVP profitierten, "deren Wählerschaft sich zu 59 bzw. 56 Prozent aus Frauen rekrutierte", während sich bei der SPD deren Anteil auf 43, der USPD auf 41 und bei der KPD auf 37 Prozent erstreckt habe. Vgl. Ritter, Gerhard, A., Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920, in: Kolb E., (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 265 f.

36) Vgl. Koller, Das Massen- u. Führerproblem, S. 109, der hier über Arbeitseinstellungen in einer Mannheimer Fabrik berichtet, in der vorwiegend Frauen beschäftigt waren, wobei diese zumeist infolge "erregender Nachrichten über Angehörige aus dem Felde, Schwierigkeiten in der Lebensmittellversorgung" durchgeführt wurden.

Für eine gewerkschaftliche Mitgliedschaft auf seiten der USPD-nahen Opposition im Metallarbeiterverband waren aber eher politische Gründe ausschlaggebend, wobei die Rolle von bedeutenden Frauen in der Arbeiterbewegung, wie beispielsweise Rosa Luxemburg und Clara Zetkin und Toni Sender (DMV) nicht außer Acht gelassen werden soll, zumal von der USPD, eben unter Leitung dieser Frauen, auch sehr populäre Frauenzeitungen und -schriften herausgegeben worden sind.³⁷⁾

War die Mitgliederentwicklung innerhalb des DMV bis Mitte 1917 eine rückläufige gewesen, so trat gegen Jahresende eine merkliche Besserung ein, die wohl auch in einem Zusammenhang mit den im Hilfsdienstgesetz verankerten Arbeiterausschüssen stand, von denen man in der Gewerkschaftsbewegung Verbesserungen erwartete. Jedoch können diesbezüglich auch die Streikerfolge des Jahres 1917 für den verstärkten Eintritt der Arbeiter in den DMV miteinbezogen werden.³⁸⁾ Aus den gewerkschaftsinternen Berichten dieser Zeit läßt sich ablesen, daß eine beträchtliche Anzahl der neuen Mitglieder politisch zur USPD neigte, womit auch die These, daß jüngere Arbeiter eher zum Radikalismus neigen, in gewisser Form ihre Bestätigung findet. Mit Sicherheit traf diese Tatsache für die Berliner Facharbeiter zu, von denen vor dem Krieg bereits 87 Prozent aller gelernten Metallarbeiter jünger als 30 Jahre alt waren. Kaum irgendwo spielte das Alter als Auslesefaktor im industriellen Prozeß eine solche Rolle wie in der Metallbranche, was sich schließlich

37) Clara Zetkin gab die "Gleichheit" heraus, eine bis 1917 von der Gewerkschaftsführung empfohlene Gewerkschaftszeitung, die später wegen ihres radikalen Kurses jedoch von dieser stark angegriffen wurde. Vgl. a. Zietz, Luise, Zur Frage der Frauenarbeit während des Krieges 1916, S. 19, wo sie feststellt, daß viele Frauen unmittelbar mit der Herstellung von Sprengkörpern beschäftigt waren.

38) Vgl. Huster, Hedwig, Ein Leben voller Kampf für die Verbesserung der sozialen Interessen der Werktätigen in: Gewerkschaftsveteranen berichten aus ihrem Leben, hrsg. v. Zentralverband der Gewerkschaften im FDGB, o.O., 1971, S. 21 f.

auch auf die Mitgliedschaft in der entsprechenden Gewerkschaft auswirken mußte. So galt für die in 8 Berliner Großbetrieben beschäftigten 13.800 Arbeiter im Jahre 1912, daß 44,2 Prozent zwischen 20 und 30 Jahren alt gewesen waren.³⁹⁾ Durch das Einziehungswesen zum Heeresdienst und die verstärkte Integration von Jugendlichen in den Produktionsprozeß während des Krieges wurde diese Tendenz noch eher verstärkt. Ortsverbände der Metallarbeiter, die gewerkschaftlich eher der radikaleren USPD zuneigten, verfügten neben einer jüngeren Altersstruktur zumeist auch über einen relativ hohen Anteil an männlichen Gewerkschaftsmitgliedern, wie dies besonders in Halle oder Stuttgart der Fall war, wo der Anteil der männlichen Gewerkschaftsmitglieder 1915/1916 im DMV über 90 Prozent betrug.⁴⁰⁾

39) Vgl. Bernays, Marie, Berufswahl und Berufsschicksal des modernen Industriearbeiters, in: ASS 35 (1912), S. 127 f.

40) In Halle, wo sich die Mitgliedschaft des DMV politisch sehr stark an die USPD anlehnte, waren Ende 1916 97,6 % der Mitgliedschaft männlich. Vgl. Die Gewerkschaftsbewegung in Halle im Jahre 1916, o.O. u.J., S. 11; Das Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften in Halle a.S. im Jahre 1919, Halle 1920, woraus hervorgeht, daß sich dieses Verhältnis Ende 1918 etwas verschob, aber immer noch waren hier 88,7 % der Mitglieder Männer (Gesamtmitglieder: 4.605). Dasselbe trifft in etwa für Stuttgart zu, wo die männliche Mitgliedschaft einen Grad von 94,5 % erreichte. Vgl. Arbeitersekretariat Stuttgart 19. Jahresbericht, o.J., S. 11 sowie Arbeitersekretariat Stuttgart, 22. Jb. über das Geschäftsjahr 1918 nebst Bericht des Vereinigten Gewerkschaftskartelles, Stuttgart o. J., S. 13.

2.1.3. Arbeiterkategorien in der Metallindustrie: Ansatzpunkte für einen Einfluß der USPD am Beispiel Berlins

Eine besondere Bedeutung für die politische und gewerkschaftliche Opposition kam Berlin zu. Der Industriebezirk Berlin stand 1922 mit etwa 600.000 gewerblichen Arbeitern an dritter Stelle des Reiches.⁴¹⁾ Die in der Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter bildeten dabei sowohl das Gros der Metallarbeiterschaft als auch das der gesamten Arbeiterschaft Berlins, wobei das Spektrum der Metallarbeiterschaft in sich wiederum sehr differenziert war. Mehr als in anderen Industriesparten spielten in der Metallindustrie die Arbeiterkategorien eine Rolle, auch was ihr Verhältnis zum Radikalismus betrifft. Bestimmte Facharbeiterkreise, insbesondere aus der Dreherbranche, konnten sich politisch einigermaßen unbekümmerter artikulieren, weil sie sich ihrer hervorragenden Stellung im Produktionsprozeß bewußt waren. Prinzipiell traf das Phänomen einer gewissen Privilegierung auf den gesamten Bereich der gelernten Arbeiter in der Metallindustrie zu, weil die Nachfrage nach diesen Arbeitskräften bei weitem das Angebot übertraf. Daß verschiedene Facharbeiter, die sich politisch stark für die USPD engagierten, schließlich doch zum Militärdienst einberufen wurden, lag meist daran, daß sie innerhalb des Betriebes Agitation betrieben hatten, oder, daß sie als innenpolitische Gefahr angesehen, von den Militärbehörden nicht mehr "reklamiert" wurden. Der Bereich der gelernten Arbeiter in der Metallindustrie hatte, rein auf das Einkommen bezogen, sicherlich durch die Einführung des Hilfsdienstgesetzes auch ökonomische Vorteile zu verbuchen. Im Rahmen der "Umsiedlung" in kriegswichtige Betriebe partizipierte diese Arbeiterkategorie an den

41) Kurt Doogs, Die Berliner Maschinenindustrie und ihre Produktionsbedingungen seit ihrer Entstehung, Diss., Berlin 1928, S.2, gibt für Berlin diese Zahl an. An erster Stelle stand demgemäß das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet, Hauptstandort des Steinkohlebergbaus und der Eisenerzeugungsindustrie, mit 1,3 Millionen gewerblicher Arbeiter; an zweiter Stelle das industriereiche Sachsen mit 1,1 Millionen.

dortigen höheren Löhnen. Doch daraus den Schluß zu ziehen, daß das Hilfsdienstgesetz in seinen Auswirkungen die Rüstungs- und Munitionsarbeiter in ihrem "Opportunismus" gestärkt haben könnte, ist abwegig und rein spekulativ formuliert.⁴²⁾ Ein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an ökonomischem Wohlergehen und dem Ausmaß an Anpassung oder Nicht- Protestbereitschaft kann nicht so monokausal hergestellt werden, weil dadurch die historische Wirklichkeit verzerrt wird. Demgemäß müßten auch die Dreher, aus deren Reihen sich später die "Revolutionären Obleute" rekrutierten, aufgrund ihrer ökonomischen Stellung zu dieser Kategorie gerechnet werden; sie passen als gut bezahlte Facharbeiter aber keinesfalls in dieses Opportunismus-Schema.

Die Löhne der Metallarbeiter erreichten zwar im Jahre 1918 im Spektrum der deutschen Industriearbeiterschaft eine unangefochtene Spitzenstellung und gestalteten sich durchschnittlich mindestens doppelt so hoch wie die der Textilarbeiter,⁴³⁾ aber die Differenzierung im Lohngefälle der Metallarbeiterschaft selbst war wiederum sehr groß. Das Gesamtbild der Lohnsteigerungen in der Metallindustrie unterschied sich nicht nur regional nach Betrieben und sektoral nach Branchen, sondern auch strukturell nach Betrieben öffentlicher und privater Herkunft. Dazu kam die ungleiche Bezahlung von Facharbeitern, wobei die

42) Vgl. Richter Werner, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914-1918), Berlin(O)1959, S. 80 f. Dagegen zeigt gerade eine Analyse der Mitgliedschaft der USPD in Berlin, daß es gutverdienende Rüstungsarbeiter waren, die die Streiks organisierten. Vgl. a. Kocka, J., Klassengesellschaft, S. 51 f.

43) Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus I.5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland, 1917/18 - 1932/33, Berlin 1966, S. 163 f. Im Jahr 1919 betrug jedoch der Unterschied zu den Löhnen in der Textilindustrie nur noch 20 %.

Arbeiter in der Rüstungsindustrie im Vorteil waren. Einzelne Gruppen konnten dabei ihre Verdienste bis zum Ende des Krieges verdreifachen, andere nur knapp verdoppeln, wobei jedoch immer die laufende Steigerung der Lebenshaltungskosten einkalkuliert werden muß, die die Entwicklung der Löhne zuweilen überholte. ⁴⁴⁾ Eine Untersuchung der Berliner Metallarbeiterschaft ergab, daß bis Ende 1917 die Geschirrschmiede (2,32 RM pro Stunde) und die Werkzeugmacher (2,31 RM pro Stunde) den höchsten Stundenlohn erhielten, bis letztere ab 1918 endgültig die absolute Spitze der Lohnskalen behaupten konnten, ⁴⁵⁾ was nicht zuletzt an ihrer starken gewerkschaftlichen Geschlossenheit lag. Der durchschnittliche Männerlohn betrug zu diesem Zeitpunkt in der Berliner Metallindustrie 2 Mark, bei Jugendlichen 90 Pfennig und bei Frauen ungefähr eine Mark. ⁴⁶⁾ Im Zeitraum von 1914 bis 1918 waren die Arbeiterlöhne in der Rüstungsindustrie wohl ansehnlich gestiegen, doch hatten sie durchschnittlich bei weitem nicht mit den gesteigerten Lebenshaltungskosten gleichgezogen, die in diesem Zeitraum bis über 100 Prozent angestiegen waren. ⁴⁷⁾ Dennoch verdienten, auf die Industriearbeiterschaft im Reich bezogen, die Rüstungsarbeiter meist zwischen 50 und 100 Prozent mehr als andere Branchenmitglieder. Auch gestaltete sich ihre Lebenslage etwas günstiger,

44) Vgl. Zimmermann, Waldemar, Die Veränderungen der Einkommens- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter durch den Krieg, in: Meerwarth, R./Günther, A./ Zimmermann, W., Die Einwirkungen des Krieges auf die Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932, S. 388.

45) So betrugen im September 1918 die Löhne der Werkzeugdreher 2,63 RM; vgl. Zimmermann, a.a.O., S. 374.

46) Ebd., Tabelle S. 376.

47) Vgl. Corr. Nr. 32 v. 10. Aug. 1918: "Nach R. Calwers monatlicher Übersicht über die Lebensmittelpreise stellte sich der Lebensmittelaufwand für eine Familie, der im Juli 1914 erst 25,12 Mk. kostete, im April 1918 auf Grund der öffentlichen Preisnotierungen schon auf 57,13 Mk. Das ergibt eine Verteuerung von 127 %...".

da sie als Schwer- und Schwerstarbeiter besondere Lebensmittelzulagen und erhöhte Rationen erhielten. Im Bereich der Metallindustrie verdienten die Berliner Arbeiter besonders gut. Der durchschnittliche Wochenverdienst der männlichen Metallarbeiter, im August 1916 noch bei 54 Mark, erreichte im März 1918 die Höhe von 92 Mark. Die Spitzenlöhne, teilweise bis zu 6 oder 7 Mark in der Stunde, erzielten dabei Schlosser, Werkzeugmacher und Dreher, ⁴⁸⁾ also gerade Industriearbeitersparten, bei denen die radikalere USPD am meisten Anklang fand. Dabei ist jedoch nicht außer Acht zu lassen, daß sich diese relativen Spitzenverdiener fast ausschließlich in Berlin selbst befanden und daß dieses Lohnniveau nicht schematisch auf andere Regionen übertragbar ist. Eine Übersicht des Metallarbeiterverbandes vom August 1918 zeigt, daß es nur etwa 21.000 Arbeiter von insgesamt 769.000 (davon 509.945 männlich) waren, die 1,75 Mark und darüber in der Stunde verdienten. ⁴⁹⁾ Die bedeutsame Steigerung der Nominallohne, verbunden mit der ansteigenden Inflation, läßt sich nur schwer mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit in eine Korrelation bringen, da der damals vorherrschende geringere Wochenlohn eine größere Kaufkraft beinhaltete. ⁵⁰⁾ Aufschlüsse über das Lohnverhältnis der gelernten zu den ungelernten Metallarbeitern ergibt eine Untersuchung über die Stundenlöhne deutscher Metallarbeiter in 222

48) Vgl. Henning, H., a.a.O., S. 97 f. Vgl. a. Zimmermann, a.a.O., S. 373 f.

49) Vgl. ZStAP, Reichslandbund/Pressearchiv - Haltung der USPD zu den Arbeitern 1919-1921, Nr. 4141.

50) Vgl. Braun, Adolf, Zum Preis-, Lohn und Arbeitsleistungsproblem in der Übergangswirtschaft, in: ASS 45 (1918/19), S. 304: "Wenn sich ein Arbeiter vor dem Kriege mit einem halben Wochenlohn zwei paar eigene Schuhe, die Schuhe seiner Frau und seiner drei Kinder besohlen lassen konnte, so vermag er das heute, ganz abgesehen von der Verschlechterung des Leders und der sonstigen Materialien, bzw. von der Notwendigkeit abgesehen, Lederersatz statt des Leders zu verwenden, mit einem halben Wochenlohn trotz der Beschäftigung in der Munitionsindustrie nicht mehr".

Städten mit insgesamt 20 Millionen Einwohnern, die zu Beginn des Jahres 1922 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht wurde. Demnach waren es die Kategorien der ungelernten Metallarbeiter, die mit der allgemeinen Teuerung Schritt gehalten hatten. Der Vorsprung der gelernten vor den ungelernten Arbeitern wäre somit von 45 Prozent im Jahre 1913 auf nur noch 19 Prozent im Jahr 1921 gefallen.

Tabelle 1: Stundenlohn in Pfennig (Grundlage 222 Städte)

a) Gelernte Metallarbeiter über 25 Jahre

Durchschnitt	Ende 1913	Ende 1919	Ende 1920	Ende 1921
222 Städte	58	269	544	971
Frankfurt	67	287	660	1230

b) Ungelernte über 25 Jahre

Durchschnitt	Ende 1913	Ende 1919	Ende 1920	Ende 1921
222 Städte	40	216	476	816
Frankfurt	48	230	590	1115

2) Löhne von gelernten und ungelernten Metallarbeitern
(verhältnismäßiger Anstieg)

	Ende 1913	Ende 1919	Ende 1920	Ende 1921
Lohn von Gelernten	100	464	940	1674
Lohn von Ungelernten	100	540	1190	2040 (51)

Aus dem Bereich der gelernten Metallarbeiter, teilweise in der historischen Forschung mit dem Begriff "Arbeiteraristokratie" apostrophiert, rekrutierte sich auch ein Großteil der

51) Frankfurter Allg. Ztg., v. 27. Jan. 1922.

Opposition gegen die Kriegspolitik der Generalkommission. Hier kamen ihre Anschauungen mit den Vorstellungen der USPD im gewerkschaftlichen Bereich zu einer partiellen Übereinstimmung. Es ist kein Zufall, daß gerade Berlin, ein Hauptzentrum der Metallindustrie und Rüstungsfabrikation, eine Schlüsselstellung sowohl für die Gewerkschaftsopposition als auch für die Parteiopposition darstellte. Für Berlin galt zudem, daß hier zuerst das Vertrauensmännersystem innerhalb der Betriebe im Deutschen Reich eingeführt worden war.⁵²⁾ Dieses Vertrauensmännersystem wurde zum wichtigsten Bindeglied zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern untereinander. Den jeweiligen Ortsverwaltungen der Gewerkschaften wurde dadurch jede geringfügige Veränderung im Betrieb mitgeteilt, so daß ein Überblick über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer gewährleistet war. Für die Agitation, sowohl auf gewerkschaftlicher als auch auf politischer Ebene, wurde das Vertrauensmännersystem zu einer wichtigen Schaltstelle, was den Einfluß auf Gewerkschaftsmitglieder in den jeweiligen Betrieben anging.⁵³⁾ Dazu kam, daß die Vertrauensleute meist auch innerhalb des Produktionsprozesses über eine Schlüsselstellung verfügten und sie somit, insgesamt gesehen, gegenüber disziplinarischen Maßnahmen einen etwas größeren Spielraum besaßen als andere Arbeiter. Auch spielten die

52) Die Anfänge des Vertrauensmännersystems für den DMV insgesamt fallen in das Jahr 1897, wo durch den Übertritt des Lokalvereins der Berliner Metallarbeiter, der damals schon ein gut durchgebildetes Vertrauensmännersystem besaß, dieses System in vielen Orten eingeführt wurde. Rein formal gesehen, besagte jedoch bereits ein Beschluß auf dem Verbandstag zu Weimar 1888, Vertrauensleute einzusetzen. Vgl. Hommer, Otto, Entwicklung und Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Diss. Berlin 1912, S. 129.

53) Vgl. hierzu auch Schramm, Gottfried, der dieser Frage am Beispiel Großbritanniens und seines Empires nachgegangen ist und u.a. zu dem Ergebnis gelangte, daß insbesondere Arbeiterkategorien aus Rüstungszentren stärker nach "links" tendierten, und der in seiner Abhandlung ebenfalls die auf gewerkschaftlichem Sektor einflußreiche Rolle der Obleute betont. Vgl. Schramm, Gottfried, Minderheiten gegen den Krieg. Motive und Kampfformen 1914 bis 1918 am Beispiel Großbritanniens und seines Empires, in: GuG 2 (1980), S.185 f.

Vertrauensleute im Rahmen der Anpassung der Wirtschaft im Verlauf der sich rasch wandelnden industriellen Verhältnisse während des Krieges eine wichtige Rolle, da sie es waren, die auch am entschiedensten für die Verbesserungen der vorherrschenden Arbeitsbedingungen eintraten. 54)

Für die USPD-Gewerkschaftsopposition war ein Einfluß auf die Vertrauensleutebewegung von entscheidender Bedeutung, da sie vor der Revolution von 1918/19 kaum offen für ihre Ideen Propaganda machen konnte und sich mehr oder weniger in der "Illegalität" befand. Zu Vertrauensleuten wurden innerhalb des Betriebes nur die "intelligentesten, gescheitesten, erfahrensten und schlagfertigsten Mitglieder gewählt", 55) und es war gerade der große Teil der Arbeiterintelligenz, der bald nach dem anfänglichen Kriegsenthusiasmus gegen den russischen Zarismus als Bastion des Feudalismus aus dem Kreise der Kriegsbefürworter ausschernte und sich der gewerkschaftlichen Opposition anschloß. Das System der Betriebsvertrauensleute wurde dementsprechend auch von der USPD-Zentralleitung als wichtiges Instrument angesehen, Einfluß auf die Einzelgewerkschaften zu gewinnen. Von der Zentralleitung ergingen wiederholt Schreiben an die Organisationsleitungen der Partei, dafür zu sorgen, daß USPD-Anhänger in solche Funktionen gewählt werden sollten. Bis Mitte 1918 war dies anscheinend noch keineswegs zur Zufriedenheit der Parteiführung gewährleistet. 56) Erste Erfolge

54) Vgl. Corr. 1908, S. 583 f.

55) Bereits in der Dissertation von Kurt Doogs aus dem Jahre 1928 wird diese Korrelation zwischen Intelligenz der Arbeiter der Berliner Maschinenindustrie und ihrer führenden Stellung im Kampf um die gewerkschaftliche Organisation des DMV für den Industrieverband hergestellt. Vgl. Doogs, Kurt, Die Berliner Maschinen-Industrie, S. 73. S.a. Mergner, Gottfried, Arbeiterbewegung und Intelligenz, Starnberg 1973.

56) StAWF, 133 Neu, 2277 betr. Ortsverein Braunschweig der USPD 1915-1918, Bl. 28: "USPD an die Organisationsleitungen"! ...im Interesse einer intensiven Werbe- und Aufklärungsarbeit für unsere Partei enge Fühlung mit den in den Betrieben tätigen Arbeitern genommen werden müssen...Zu diesem Zwecke sollten an allen Orten Betriebsvertrauensleute aus

konnten von der USPD im DMV erzielt werden, wo der hohe Grad an Arbeiterbewußtsein auch durch den immensen Organisationsgrad widerspiegelt wurde, der sich beispielsweise bei den Drehern in Berlin bereits um 1915 auf fast 90 Prozent belief.⁵⁷⁾ In einem von Richard Müller gehaltenen Vortrag, einem Bericht der "Agitationskommission der Eisen-, Metall- und Revolverdreher" aus Berlin, hieß es dabei über die Stellung des Drehers im Produktionsprozeß:

"Günstige Arbeitsbedingungen und höhere Verdienste schaffen dem Arbeiter ein erhöhtes Selbstbewußtsein, er fühlt sich freier in seinem Tun und Denken, denn der Wert seiner Arbeit ist ihm bewußt, und um diesen Wert zu steigern, sucht er die Vereinigung der Kräfte". (58)

Daß dieses Bewußtsein in Facharbeiterkreisen auch zu direkten Aktionen führen konnte, beweist ein Beispiel aus Düsseldorf,

Kreisen unserer Genossen gesucht werden...Das Wachstum und die Aufgaben unserer Partei erfordern aber dringend die Schaffung solcher Betriebs-Vertrauensleute. Wir müssen alles versuchen, durch die Betriebs-Vertrauensleute ein festes Band zwischen den breiten Massen der Arbeiterschaft und unserer Partei zu schaffen".

57) Die Dreher standen außerdem "immer an der Spitze der Metallindustrie", was die Löhne anbetraf. Vgl. Agitationsbericht, S. 24. Vgl. a. Barth, Emil, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin 1919, S. 11. Dazu auch Homburg, Anfänge des Taylorsystems in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Problemskizze unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitskämpfe bei Bosch 1913, in: GuG 1978/2, S. 185, wo u.a. festgestellt wird, daß die Metallarbeiterbetriebe in Stuttgart hervorragend gewerkschaftlich organisiert waren; teilweise bis zu 85 u. 90 %. Offensichtlich ist, daß die USPD gerade in Orten mit hohem Metallarbeiteranteil starke Einbrüche in die Gewerkschaftsbewegung erzielen konnte. Vgl. dazu auch Domansky-Davidson, Elisabeth, Der Großbetrieb als Organisationsproblem des Deutschen Metallarbeiterverbandes vor dem Ersten Weltkrieg, in: Mommsen, H. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Wuppertal 1980, S. 97, die bereits vor 1914 in Berlin einen besonders hohen Organisationsgrad innerhalb des DMV konstatiert. Vgl. dazu auch bereits Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin 1959, S. 210, der die Gebiete, in denen die USPD stark gewesen ist, zugleich als Zentren der Metallindustrie und einer radikalen gewerkschaftlichen Richtung kennzeichnet und dabei Berlin, Mitteldeutschland, Hamburg/Bremen, Braunschweig, Niederrhein, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart/Eßlingen nennt.

58) Vgl. Agitationsbericht, S. 45.

wo über 50 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder im DMV organisiert waren. Dort hatten bereits kurz nach Kriegsausbruch, nach Nichterfüllung bestimmter betriebsinterner Forderungen für alle im Betrieb Beschäftigten, Facharbeitergruppen ihre Arbeitsplätze verlassen, um dadurch die Unternehmer zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Sie mußten als im Produktionsprozeß unersetzliche Arbeitskräfte nicht um ihre Stellung oder um ein Abkommandieren an die Front bangen, ⁵⁹⁾ denn die Präzisionsarbeiten, zu denen auch das Drehen von Granaten und Revolverläufen zählte, verlangten ein großes Maß an Geschicklichkeit, ja geradezu Scharfsinn und Intelligenz, ⁶⁰⁾ so daß die Unternehmer selten dazu bereit waren, diesen Fachkräften zu kündigen. Aufgrund dieser Schlüsselstellung im Betrieb, wie sie beispielsweise die Dreher und Werkzeugmacher in der Kriegsproduktion einnahmen, schreckte man von Unternehmerseite nicht davor zurück, sich diese qualifizierten Facharbeiter gegenseitig abzuwerben. ⁶¹⁾ Viele Dreher gelangten durch ihre höhere Qualifikation im Produktionsgeschehen in die Positionen von Betriebsvertrauensleuten, wo sie starken Einfluß auf die Lohnbewegungen nehmen konnten. Die Unternehmer wußten, daß eine Stillegung der Dreherei auch die Stillegung der ganzen Produktion unmittelbar zur Folge gehabt hätte. ⁶²⁾ Teilweise kamen bei dieser hochqualifizierten Kategorie von Facharbeitern traditionelle gewerkschaftliche Artikulationsformen zum Vorschein, wie etwa die absolute Weigerung, Frauen in den Produktionsprozeß des Drehens eindringen zu lassen. Durch einen

59) Vgl. Der DMV im Jahre 1917, Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart 1918, S. 67.

60) S.a. Landè, Dora, Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhundert, in: SdVfS Bd. 134/5, S. 304 ff.

61) Vgl. LVZ v. 31. Juli 1917.

62) Agitationsbericht, a.a.O., S. 61. Vgl. a. Winkler, Erwin. Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im ersten Weltkrieg - Entstehung und Entwicklung bis 1917. Diss. Berlin (O) 1964, S. 110.

Zustrom von Frauen sahen die Dreher ihre Position im Betrieb gefährdet, weil sie darin ein Mittel der Unternehmer zu erkennen glaubten, die niedrigen Frauenlöhne als Druckmittel gegen das Lohnniveau der Dreher zu benutzen. Dieser gewerkschaftliche Solidaritätsgeist fand insbesondere im Großbetrieb der technisch hoch entwickelten Metallindustrie seinen Rückhalt, wo sich auch die langsam vor sich gehende Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung vollzog. Dies traf besonders für die neu gebildeten großen Ballungszentren der Rüstungsindustrie zu.⁶³⁾ Zweifellos stellte der Großbetrieb einen geeigneteren Rahmen für die gewerkschaftliche Agitation dar, weil sich hier das Verhältnis Arbeiterschaft - Unternehmer kontrastreicher offenbarte als bei der patriarchalischen Einbindung des Arbeiters im Kleinbetrieb. Daß durch die vorübergehend starken Veränderungen in der Zusammensetzung der Belegschaften innerhalb der Großbetriebe die gewerkschaftsoppositionell ausgerichteten Betriebsorganisationen geschwächt wurden, weil die neu in den Betrieb gelangten Arbeiter, Frauen und Jugendlichen erst integriert werden mußten, ist dabei zu berücksichtigen.⁶⁴⁾ Damit erhöhte sich auch die Schwierigkeit der Dreher, die grundsätzlich für das Streikrecht, auch während des Krieges eingetreten waren,⁶⁵⁾ Streikbewegungen einzuleiten. In Berlin hatte sich eine Elite der Arbeiterschaft, vorwiegend aus Drehern, Formern und Schlossern bestehend, bereits vor der Jahrhundertwende herausgebildet, was mit der

63) Vgl. Feldmann/Kolb/Rürup, Massenbewegungen, S. 87, wo u.a. festgestellt wird, daß bei Krupp die Zahl der Arbeiter von 34.000 im Jahr 1914 auf 100.000 im Jahr 1918 angestiegen war.

64) Vgl. Winkler, E., a.a.O., S. 104.

65) Vgl. hierzu auch Geary, Dick, Radicalism and the Worker: Metallworkers and Revolution, in: Evans, Richard J. (Hrsg.) Society and Politics in Wilhelmine Germany, Germany-Politics and Government, 1888-1919, London 1978, S. 281.

Betriebsstruktur in der Metallindustrie zusammenhing, denn bereits 1890 beschäftigten die Großbetriebe der Berliner Maschinenindustrie ungefähr 95 Prozent der gesamten Metallarbeiter. ⁶⁶⁾ Dabei mag zusätzlich ins Gewicht gefallen sein, daß Dreher, Former und Schlosser meist sogenannte Städter und "Großstädter" waren, Arbeiterkategorien, die verhältnismäßig wenig körperliche Kraft in ihrem Beruf benötigten und unter relativ günstigen Bedingungen arbeiteten, während Arbeiter ländlicher Herkunft eher einförmige oder "schmutzige" Arbeitsvorgänge zu verrichten hatten. Hilfsarbeiter und ungelernte Arbeiter kamen zumeist aus ländlichen Gegenden, ⁶⁷⁾ sieht man einmal von den zahlreichen Jugendlichen ab, die während des Krieges in die Metallindustrie integriert wurden. Vor 1919 scheint die USPD vorwiegend Facharbeiterkreise aus dem städtischen Milieu beeinflußt zu haben, während nach 1919 eine berufsspezifische USPD-Orientierung schwieriger wird, wenn auch in den Gremien des DMV nach 1919 die USPD-Nähe von Drehern, Schlossern und Formern noch augenfällig bleibt. Der Anteil der Metallverbandsmitglieder im Hinblick auf die gesamte Berliner Gewerkschaftsorganisation betrug Ende 1916 ungefähr 40 Prozent, wobei man einbeziehen muß, daß dieser Anteil mit Sicherheit 50 Prozent überstiegen hätte, falls die Aufnahme Beschäftigter, die formal anderen Gewerkschaftsverbänden angehörten, berücksichtigt worden wäre. Die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Mitglieder anderer Gewerkschaftsverbände ging allein in Berlin in die Tausende, so daß es nicht verwunderlich war, daß von daher radikales Gedankengut von den Metallarbeitern auf andere Verbände übertragen

66) Vgl. Landè, Dora, Arbeits- und Lohnverhältnisse, S. 321.

67) Vgl. Bernays, M., Berufswahl, S. 135 f.

wurde. ⁶⁸⁾ Bis Ende 1917 war der Anteil der im DMV Organisierten in Berlin jedoch auf über 50 Prozent der Gewerkschaftsmitgliedschaft angestiegen, ⁶⁹⁾ womit die Bedeutung des Einflusses des Metallarbeiterverbandes auf die gewerkschaftliche und auch politische Meinungsbildung unterstrichen wurde.

Gerade aus den Kategorien der Facharbeiter organisierte sich die Protestbewegung gegen die sozialen und ökonomisch schlechten Bedingungen des Krieges, und vorwiegend in diesen Arbeiterkategorien gelang es der USPD zuerst, Fuß zu fassen. Die Unzufriedenheit der Metallarbeiter über die Fortsetzung des Krieges hatte sich nach dem sogenannten "Steckrübenwinter" von 1916/17 noch gesteigert, als die Ernährung der in der Metallindustrie beschäftigten Rüstungsarbeiter nicht mehr gewährleistet werden konnte. Diese Unzufriedenheit knüpfte auch an eine immer stärker forcierte Disziplinierung. Dazu kam, daß verschiedentlich bei offenen Protestaktionen der Arbeiter über Lohndrückerei der Unternehmer letztere mit der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte drohten, ⁷⁰⁾ die

68) Nach dem Metallarbeiterverband mit 54.974 Mitgliedern in Berlin (Ende 1916 = 39,8 % der Berliner Gewerkschaftsbewegung) war der Transportarbeiterverband mit 15.100 (=10,9%) der zweitstärkste Gewerkschaftsverband in Berlin. Vgl. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung und Bericht des Arbeitersekretariats Berlins für das Jahr 1917, Berlin 1917, S. 24, S. 64.

69) Vgl. 28. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung und Bericht des Arbeitersekretariats Berlins für das Jahr 1917, Berlin 1918, S. 73 f. Von den insgesamt 340.000 Beschäftigten in der Metallindustrie Berlins waren 1917 73.558 im DMV organisiert.

70) Vgl. a. Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Solingen, Geschäftsbericht über das Jahr 1917, Solingen o.J., S. 53: "In einigen Solinger Firmen, die stark mit Heereslieferungen beschäftigt sind, drohte man männlichen Arbeitern, die sich in dieser Zeit Lohnabzüge nicht gefallen lassen wollten, mit der Einstellung von weiblichen Arbeitskräften".

ohnehin im Jahre 1917 in Berlin bereits die Hälfte aller beschäftigten Metallarbeiter ausmachten, gewerkschaftlich aber nur etwa zu einem Viertel organisiert waren.⁷¹⁾ Von USPD-Seite wurde die zunehmende Frauenarbeit in der Rüstungsindustrie angeprangert, weil die Unternehmer dies als Mittel zur prinzipiellen Lohnsenkung benutzten und von behördlicher Seite nichts dagegen unternommen wurde.⁷²⁾ Die im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes institutionalisierten Arbeiterausschüsse konnten diese Entwicklung nicht verhindern, da sich ihre Tätigkeit in der Praxis ohnehin nur auf die Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Betriebsbelegschaften beschränkte. Auf gewerkschaftlichen Funktionärskonferenzen der Großbetriebe in der Rüstungsindustrie wurde die Frage der Unterernährung, die zunehmende Verelendung der Arbeiterschaft 1917 schon mit politischen Forderungen verknüpft.⁷³⁾ Es zeigten sich bereits Tendenzen, durch direkte Aktionen die Beendigung des Krieges zu erzwingen. So wurde am 16. April 1917, also unmittelbar nach der Gründung der USPD, der erste große Streik während der Kriegszeit in Berlin organisiert. Von 272.000 Arbeitern und Arbeiterinnen aus 320 Betrieben der Berliner Rüstungsindus-

71) DMV. Verwaltungsstelle Berlin, Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin 1914-1922, Berlin o.J., S. 80. Metallindustrie Großberlin: Beschäftigte

1914	133.482 Arbeiter	40.275 Arbeiterinnen
1917	163.013 "	167.846 "

Das ausgeglichene Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften in der Berliner Metallindustrie war im Verhältnis zum Reich doch relativ ungewöhnlich, weil der Frauenanteil in anderen Städten eher noch beträchtlicher gewesen ist. Der relativ hohe Männeranteil in der Metallindustrie Berlins mag daher auch in Verbindung mit den hohen Facharbeiterkapazitäten der Berliner Maschinenindustrie gestanden haben.

72) Vgl. Lange, Paul, Lohnarbeit und Kapital während des Krieges, Sozialdemokratische Gewerkschaftsbücherei Heft 2, Leipzig 1917, S. 15.

73) Vgl. Erinnerungsschrift der Verwaltungsstelle Berlin des DMV für die Zeit ihres fünfundzwanzigjährigen Bestehens (1. Juni 1897-1. Juni 1922), hrsg. v.d. Ortsverwaltung, Berlin 1922, S. 27 f.

trie, ⁷⁴⁾ traten 217.000 in den Ausstand. Als Auslöser für diesen Streik, der immerhin von 80 Prozent der Belegschaften getragen wurde, war das Unterbleiben der zu Beginn des Jahres 1917 zugesagten Zufuhr von Kartoffeln nach Großberlin verantwortlich gemacht worden, was unter den Arbeitern der Rüstungsindustrie starke Empörung hervorgerufen hatte. ⁷⁵⁾ Der Ausgang dieses sogenannten "Brotstreiks" konnte die Gemüter der Arbeiterschaft nicht beruhigen, da weitergehende Zugeständnisse nicht erreicht wurden. Durch drückende Militärmaßnahmen einerseits und durch den auf Ausbeutung orientierten Unternehmergewinn andererseits verschlechterte sich die soziale Lage in Berlin zusehends. In fast sämtlichen Gewerkschaftsversammlungen, die 1917 in Berlin stattfanden, wurde von seiten politisch stark engagierter Mitglieder das Hilfsdienstgesetz stark kritisiert. Referenten, die für dieses Gesetz eintraten, wurden teilweise an ihren Ausführungen gehindert. Aus dem Bericht der Gewerkschaftskommission Berlins für das Jahr 1917 ging hervor, daß beispielsweise am 27. November 1917 in Berlin 7 Großversammlungen veranstaltet wurden, auf denen die Erhöhung der Lebensmittelrationen an erster Stelle der Tagesordnung stand. Dem Bericht zufolge wurden diese Versammlungen "durch planmäßige Störung einer Anzahl in jeder Versammlung verteilter Gewerkschaftsmitglieder, die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" waren, hintertrieben. ⁷⁶⁾ Die USPD-Anhängerschaft forderte dabei grundsätzlich eine eigenständige, nicht auf den Ausgleich mit dem Unternehmertum gerichtete Gewerkschaftspolitik und gab sich mit sachlichen Forderungen der Gewerkschaftsleitung, wie der Erhöhung der Lebensmittelrationen

74) Andere Angaben sprechen von insgesamt 340.000 Beschäftigten in der Berliner Metallindustrie, womit der Anteil der Streikenden sich lediglich auf über 63 Prozent belaufen hätte.

75) DMV. Verwaltungsstelle Berlin. 1914-1922, S. 80 f.

76) Vgl. 28. J. u. K. Ber. Berlin, S. 17.

nicht mehr zufrieden. 77)

Auffallend für Berlin im Jahr 1917 war die bereits zu diesem Zeitpunkt sehr stark ansteigende Mitgliedschaft in der Gewerkschaftsbewegung und die dort eingetretene Fluktuation, die scheinbar mit der extrem zunehmenden Frauenarbeit in Verbindung stand. 78) 1917 war die prozentuale Zuwachsrate innerhalb der Einzelgewerkschaften bei den Handlungsgehilfen und Textilarbeitern mit jeweils 41 Prozent am höchsten; 79) bei den Verbänden, die in ihrer Mitgliedschaft weitgehend zur gewerkschaftlichen Opposition hin tendierten und sich in Berlin am Metallarbeiterverband orientierten. Mitentscheidend für den verstärkten Eintritt dieser Sparten in die Gewerkschaftsbewegung und deren Neigung zur radikaleren Gewerkschaftsopposition dürfte auch die wirtschaftliche Situation gewesen sein. So erfuhren die Handlungsgehilfen im Jahr 1917 eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, so daß es nur noch für einige qualifizierte Arbeitskräfte in diesem Bereich möglich war, das Einkommen zu halten oder nur geringe finanzielle Einbußen hinzunehmen. Die Arbeitszeit, ohnehin in diesem Berufszweig eine der längsten, wurde während der Kriegszeit eher ausgedehnt. Die Unternehmer nutzten offenbar die Situation aus, daß der Funktionärskörper des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen (ZvdH) zu 3/4 zum Heer einberufen war und somit keine fruchtbare Gewerkschaftspolitik betrieben werden konnte. 80) Die vakanten Arbeitsplätze wurden

77) Hier die Erhöhung der Kartoffelrationen von 7 auf 10 Pfund.

78) Vgl. 28.J.u.K.Ber.Berlin 1914-1922, S. 33. Bei 167.702 Mitgliedern in den Berliner freien Gewerkschaften waren nicht weniger als 105.564 Neuaufnahmen, also 63 Prozent. Die Fluktuationsquote bei der männlichen Mitgliedschaft betrug insgesamt lediglich 36 Prozent.

79) Ebd. Das entsprach einer Zunahme von absolut 1.648 Mitgliedern (ZvdH) bzw. 908 (DTV).

80) Ebd., S. 70. 72 Prozent der Funktionäre des ZdvH waren im Jahr 1917 zum Heeresdienst einberufen, eine Gewerkschaftsarbeit somit völlig unterbunden.

durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt, worin man eine Möglichkeit sah, die Löhne insgesamt zu senken.

Mit dem Jahr 1918 verschlechterten sich die Verhältnisse der Arbeiterschaft noch mehr. Insbesondere ging man nun gegen streikende Arbeiter rigoros vor. Funktionäre, die sich im Rahmen der Streiks für die Belange ihrer Mitglieder eingesetzt hatten, wurden jetzt oftmals vom Oberkommando zum Militär verpflichtet.⁸¹⁾ Auf dieselbe Weise wurden viele führende Vertreter den Streikleitungen entzogen und die Arbeiterschaft ihrer oppositionellen Elite teilweise und vorübergehend beraubt. Die Verwaltungsinstanzen des DMV und dessen Führung standen diesem Geschehen mehr oder weniger neutral gegenüber, da man sich noch zu diesem Zeitpunkt genauso wie die Gewerkschaftsführung an der Politik der sozialdemokratischen Mehrheit orientierte. Um das Risiko der Entlassung von Arbeitern bei einem Streik zu mindern, gab der USPD-Vorstand Berlins im Oktober 1918 die Devise aus, daß sich die Arbeiter der Rüstungsindustrie "grippekrank" melden sollten, um auf jeden Fall den Erfolg eines Streiks zu erzielen.⁸²⁾ Jede Anwendung von Gewalt lehnten die in der USPD organisierten Gewerkschaftsführer rigoros ab. Hier distanzierte man sich vom Spartakusbund und trat auch für eine "schärfere Grenzlinie nach links" ein.⁸³⁾

81) Vgl. Erinnerungsschrift, S. 30.

82) Vgl. StAH, Pol. Pol. V 1066, Kreisverein Hamburg-Altona der unabh. Soziald. Partei Deutschlands 1918, Schreiben des stellvertr. GkdO, Berlin, den 19. Oktober 1918.

83) Vgl. Buchsbaum, Ewald, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920. (Unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920), Phil. Diss. Halle-Wittenberg 1965 (Masch.), S. 124, der Wilhelm Bock zitiert, der auf dem Bezirksparteitag auf dem USPD-Bezirksparteitag am 19. Dez. 1918 in Erfurt ausführte: "Wir müssen eine scharfe Grenzlinie nach links ziehen. Mit einigen mit Maschinengewehren beladenen Autos mache man keine Politik. So hoch der Idealismus der führenden Spartakusleute bewertet werden müsse, so entschieden müßten wir ihre Politik ablehnen". (zit.n. Gothaer Volksblatt, 23. Dez. 1918).

2.1.4. Rückwirkungen der Parteispaltung auf den Metallarbeiterverband.

Am deutlichsten offenbarten sich die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie, die im April 1917 mit der Konstituierung der USPD einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatten, auf dem Verbandstag des DMV vom 27. bis 30. Juni in Köln, wo eine gewerkschaftliche Opposition erstmals geschlossen gegen die Gewerkschaftsführung auftrat.⁸⁴⁾ Auf einen zu Beginn der Verhandlungen vom Vorsitzenden Schlicke an die Delegierten gerichteten Appell, die Einigkeit der Arbeiterbewegung auf jeden Fall zu bewahren und die Spaltung nicht auf die Gewerkschaften übergreifen zu lassen, hatte der Wortführer der Opposition Paul Dittmann aus Hamburg geantwortet, daß die Spaltung der Partei nicht ohne Rückwirkung auf den DMV geblieben sei und aus diesen Gründen Konsequenzen erfolgen müßten, denen man bereits auf dem Verbandstag durch einen Korreferenten zu den Ausführungen der Gewerkschaftsleitung gerecht werden müsse.⁸⁵⁾ Ein dahingehender Antrag, von der Verwaltungsstelle Berlin eingebracht und von Robert Dißmann, einer weiteren Führungsperson der Opposition, energisch unterstützt,⁸⁶⁾ stellte ein Novum in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte dar. Bereits zu Anfang des Verbandstages kam es zu Wortgefechten zwischen dem Vorsitzenden Schlicke und Paul Dittmann sowie Robert Dißmann von der Opposition.⁸⁷⁾ Deutlich sprach sich Schlicke in seiner Eigenschaft als Verbandsvorsitzender des DMV gegen die USPD aus, die er dafür verantwortlich machte, die Massen

84) Vgl. DMV. Die 13. ordentliche General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Köln a.Rh., abgeh. v. 27. bis 30. Juni 1917, Stuttgart, o.J.

85) Ebd., S. 36 f.

86) Ebd., S. 39.

87) Ebd.

der Gewerkschaftsmitglieder ihrer Führung entfremden zu wollen:

"Planmäßig wird Mißtrauen gegen die Leitungen der Gewerkschaften in die Kreise der Gewerkschaftsgenossen getragen, um nachher diese Massen politischen Zwecken, Demonstrationszwecken dienstbar zu machen, um ihnen das Gefühl beizubringen, sie könnten zu den Führern kein Vertrauen mehr haben. Wenn ich vorher sagte, daß diese Bewegung auf demselben Boden gewachsen wäre, wo die unabhängige sozialdemokratische Partei entstanden ist, so komme ich zu dieser Auffassung durch die Verhandlungen, die in Gotha zu Ostern stattgefunden haben". (88)

Er ging im folgenden auf den Gründungsparteitag der USPD ein und zitierte Georg Ledebour zur Gewerkschaftsfrage, indem er ihm antigewerkschaftliche Grundsätze vorwarf.⁸⁹⁾ Neben Georg Ledebour wurde auch Hugo Haase direkt angegriffen, der auf dem USPD-Parteitag den konservativen Geist der Gewerkschaftsführung und in diesem Zusammenhang das Stillhalten der Führung bei der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes kritisiert hatte.⁹⁰⁾ Schlicke versuchte den 118 versammelten Delegierten seine Grundkonzeption: Politik gehört in die Partei - Sozialpolitik ist die Sache der Gewerkschaften - näherzubringen, wobei er insbesondere in der Verknüpfung von gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung einen Mißbrauch der USPD-Parteileitung sah. Als Zentren der Anhängerschaft dieser Auffassung gab er neben Leipzig⁹¹⁾ und Berlin auch Braunschweig an. Immer wieder

88) Ebd.

89) Vgl. Prot.USPD-Pt.1917, S. 78 ff. (Ledebour): "...wir müssen in Zukunft darauf hinarbeiten, daß bei den Aktionen der Masse, wie sie uns für die Zukunft vorschweben, die politisch organisierten mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Schulter an Schulter vorgehen, im Notfall ohne die Gewerkschaftsführer und über die Gewerkschaftsführer hinweg".

90) Ebd., S. 12.

91) Vgl. Prot. DMV-1917, a.a.O., S. 41 f., 44, (Schlicke): "Die Leipziger stehen ja schon lange auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften einen...politischen Einschlag haben sollen".

beschwor er, das Hineintragen von politischer Aktivität in die Gewerkschaften zu vermeiden und das Demokratieverständnis der USPD zu überprüfen, ⁹²⁾ wobei jedoch sein eigenes Demokratieverständnis in Bezug auf das Verhältnis: Führer-Mitgliedschaft, vielen Delegierten zu denken geben mußte:

"Die Stellung, die unserer leitenden Person, unserem Bevollmächtigten in Leipzig zugewiesen ist, ist geradezu lächerlich und entspricht der "lauteren Demokratie", die auch in Gotha verkündet worden ist in der Verfassungsurkunde der neuen Partei, wonach nur die Mitglieder zu bestimmen haben, während die Vorstandsvertreter nur ausführende Organe sind". (93)

Die Kritik an dem Vorschlag der Opposition, den innergewerkschaftlichen Organisationsapparat enger an den Willen der Mitgliedschaft zu binden, zeigte, daß Schlicke noch von dem traditionell hierarchisch aufgebauten Verhältnis: Arbeiterführer - Arbeiterbasis, geprägt war.

Generell läßt sich feststellen, daß die gewerkschaftliche Kriegspolitik, die Tolerierung des Streikverzichtes und des Hilfsdienstgesetzes, vorwiegend von den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären getragen wurde, während die Opposition versuchte,

92) Ebd., S. 44 (Schlicke): "Für die Beschäftigung mit politischen Dingen habt ihr die politische Organisation".

93) Ebd., S. 45. Schlicke bezog sich hier auf den USPD-Parteitag von 1917, wo es im Protokoll (S. 19 f.,) hieß: "Um das Schwergewicht der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, eine Urabstimmung herbeizuführen..." (s.a. USPD-Pt. 1917, S. 48, Grundlinien der Partei). Vgl. hierzu auch Prot.DMV-1917, S. 48, wo Schlicke einen Antrag (Nr. 25) aus Berlin kritisierte, in dem es u.a. hieß: "...Die Demokratie ist die Grundlage der Organisation. Der Wille der Mitglieder das oberste Gesetz. Die Funktionäre können nur das Werkzeug des Willens der Mitglieder sein". Zur Urabstimmung in der USPD s.a. Lucas, Erhard, Märzrevolution im Ruhrgebiet, Frankfurt 1970, S. 33 und Bock, Manfred, Sydkalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Diss. Meisenheim am Glan 1969, S. 60 f. Beide sehen in dem Passus der Urabstimmung den Einfluß der "Linksradi kalen" manifestiert.

die Gewerkschaftsbasis für ihr Ziele zu gewinnen, wobei die lokale Parteipresse eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte, was sich im Falle des DMV mit seinen Oppositionszentren Leipzig, Berlin, Halle und Braunschweig bestätigte.⁹⁴⁾ Dies war insofern von Wichtigkeit, als die überregionalen Gewerkschaftsorgane, das "Correspondenzblatt" und die "Metallarbeiterzeitung", intensiv gegen die USPD vorgingen. Sowohl in Leipzig, mit der "Leipziger Volkszeitung", in Berlin, wo ursprünglich der "Vorwärts" und später das "Mitteilungsblatt" den Standpunkt der Minderheit vertraten, als auch in Braunschweig mit dem "Volksfreund", verfügte die USPD über eine starke Parteipresse, die auch der gewerkschaftlichen Opposition gebührenden Platz für Veröffentlichungen gewährte. Bei der Abstimmung über eine Resolution auf dem Verbandstag, die sich in ihrem Inhalt gegen die Opposition im DMV richtete, kam es bereits zu einem überraschenden Ergebnis, denn diese Resolution wurde nur knapp mit 64 gegen 53 Stimmen angenommen.⁹⁵⁾ Dabei befanden sich auf der Seite der Befürworter insgesamt 40 Gewerkschaftsfunktionäre, während die Gegenseite lediglich 3 Gewerkschaftsangestellte in ihren Reihen zählen konnte.⁹⁶⁾ Dazu zählten der Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Hermann Liebmann, sowie der Parteisekretär der USPD in Frankfurt, Robert Dißmann. Dißmann, zusammen mit Paul Dittmann der profilierteste

94) Vgl. a. Soziale Praxis Nr. 41 v. 12. Juli 1917. Dazu auch Braun, Adolf, Gewerkschaftsstreit und Gewerkschaftskampf. Ein ernstes Wort in harter Zeit, Nürnberg 1917, S. 17, der an dieser Stelle als von einer inneren Zersetzung im DMV stark betroffene Städte noch zusätzlich Dresden und Chemnitz aufführt.

95) Vgl. Opel, Fritz, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover/Frankfurt 1957, S. 64.

96) Vgl. a. Bieber, H.-J., Die deutschen Gewerkschaften, S.1253. Die Resolution Dittmann der Opposition die mit 73 gegen 44 Stimmen abgelehnt worden war, wurde dagegen von 5 Funktionären unterstützt, darunter Dißmann, Liebmann, Brandes (DMV-Sekretär aus Magdeburg) sowie Schäfer (DMV-Sekretär aus Leipzig).

Oppositionsvertreter, brachte klar zum Ausdruck, daß seiner Auffassung nach die USPD auf politischer Ebene die Interessen der Gewerkschafter vertrete.⁹⁷⁾ Genauso wie innerhalb anderer oppositioneller Gewerkschaftsverbände, dem Verband der Schuhmacher, der Fleischer oder der Textilarbeiter und Handlungsgehilfen, wollte man von seiten der gewerkschaftlichen Opposition im DMV eine Aufkündigung des Mannheimer Abkommens von 1906 erwirken, wonach nur die sozialdemokratische Partei als gleichberechtigter Verhandlungspartner der Gewerkschaften in Frage kam. Nach Vorstellung der Opposition sollte nun auch die USPD neben der MSPD als gleichberechtigt von der Gewerkschaftsleitung anerkannt werden.⁹⁸⁾ Eine Spaltung des Metallarbeiterverbandes lag der Opposition zu diesem Zeitpunkt jedoch völlig fern, wie das auch für den Gewerkschaftsflügel der USPD in der Zukunft behauptet werden darf.⁹⁹⁾ Einige Äußerungen von USPD-Mitgliedern, die kaum eine Rolle in der Gewerkschaftsbewegung spielten, sollten nicht pauschal als USPD-Ideengut eingestuft werden, denn bei einer gerechten Be-

97) Vgl. Prot. DMV-1917, S. 68.

98) Vgl. Opel, F., a.a.O., S. 67.

99) Die Haltung der Opposition auf dem Verbandstag ist von einer bestimmten ideologie-historischen Betrachtungsweise kritisiert worden, weil sie bei den Vorstandswahlen keine Alternativkandidaten aufgestellt und lediglich weiße Stimmzettel abgegeben hätte. Feststellungen, daß "die ideologische Entwicklung mit der quantitativen" nicht Schritt gehalten habe, sind hier wohl fehl am Platze, denn für jeden engagierten Gewerkschafter mußte eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung die Konsequenz einer ungemeinen Schwächung der Gewerkschaften gegenüber dem Unternehmertum einerseits und der Regierung andererseits beinhalten. Das gewerkschaftliche Denken hatte sich mehr mit den realen, sozioökonomischen Begebenheiten auseinanderzusetzen, um ideologische Kriterien dominieren zu lassen. Die Auffassung von der mangelnden ideologischen Entwicklung, vertreten neuerdings, sich stark an die DDR-Historiographie anlehnd, Pohl K./Frauke, W., Die freien Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg, in: Deppe/Fülberth/Harrer, (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 140. Vgl. hierzu auch, Winkler, Erwin, Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute, S. 140.

trachtung der USPD ist immer eine Differenzierung zugrunde zu legen. ¹⁰⁰⁾ Ein erster Überblick über das Reservoir der gewerkschaftlichen Opposition, die politisch mit der USPD sympathisierte, weist u.a. die Orte Halle, Leipzig, Berlin, Erfurt, Essen und Magdeburg auf, ¹⁰¹⁾ mit Abstrichen auch Stuttgart, Dresden, Nürnberg und Chemnitz, was kennzeichnete, daß die Opposition innerhalb dieses Verbandes schon relativ angewachsen war. Ausgangspunkt der gewerkschaftlichen Kritik bildete dabei durchgehend die Erfolglosigkeit der Gewerkschaften auf ihrem eigentlichen Tätigkeitsfeld, der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft. ¹⁰²⁾ Auffallend für die gewerkschaftliche Opposition im Verhältnis zu anderen Verbandstagen war, daß hier mit besonders heftiger Kritik der Streikverzicht der Gewerkschaftsführung zu Kriegsbeginn behandelt wurde, weil man durch diesen Verzicht überhaupt keine Waffe mehr gegen die Unternehmerwillkür zu haben glaubte. Alle Proteste gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, Organisation der Lebensmittelverteilung und eingeschränkte Freizügigkeit durch das Hilfsdienstgesetz seien ohne den Streik sinnlos geworden. Dieser Standpunkt kam auch in einer von der Opposition getragenen Resolution zum Ausdruck. ¹⁰³⁾ Mit dem Verzicht auf dieses Grundrecht der Arbeiterbewegung konnten sich auch traditionelle Gewerkschafter nicht abfinden, insbesondere die hochgradig organisierten Facharbeiterkreise im Bereich der Metallindustrie, die das Streikrecht als ein unveräusserliches Recht der Arbeiter betrachteten und sich dieses

100) Vgl. Alwin Brandes in der MAZ 1917, Nr. 27, der hier als USPD-Mitglied und Sekretär des DMV in Magdeburg auf das unterschiedliche Spektrum in der USPD hinwies, doch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung davon nicht tangiert sehen wollte: "Wir brauchen die Einigkeit so notwendig wie das liebe Brot. Wir dürfen nicht zulassen, daß auch nur ein kleiner Teil absplittert und müssen alle Teile zusammenhalten".

101) Vgl. Opel, F., a.a.O., S. 68.

102) Vgl. Bieber, H.-J., a.a.O., S. 1246.

103) Vgl. Prot. DMV-1917, S. 98.

von der Gewerkschaftsführung unter keinen Umständen vorenthalten lassen wollten.

Es wurden zwar Versuche innerhalb der USPD unternommen, eine Zentrale der Opposition einzurichten, die unter den Einzelgewerkschaften Propaganda treiben sollte, jedoch scheiterten solche Konzeptionen immer wieder am Einspruch der Zentralleitung der USPD oder am Einfluß der in dieser Partei vertretenen Gewerkschaftsführer.¹⁰⁴⁾ Ebenso schlugen alle Versuche fehl, neue Formen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu initiieren. So versagte sich die USPD-Führung dem in Düsseldorf von Metallarbeitern ins Leben gerufenen "Allgemeinen Arbeiterverband", der von dortigen USPD-Mitgliedern unterstützt wurde, als dieser an die Parteiführung mit der Offerte herantrat, eine "USPD-Gewerkschaft" zu gründen.¹⁰⁵⁾ Die Mahnungen

104) U.a. versuchte der Berliner USPD-Funktionär Kürbs, eine Zellenbildung in den Gewerkschaften zu erreichen. Vgl. Corr. Nr. 17 v. 28. April 1917 wo ein dementsprechender Rundbrief von Kürbs abgedruckt ist. Kürbs war zuvor (ab 1910) Gewerkschaftssekretär des Fabrikarbeiterverbandes in Halle gewesen. Zusammen mit Wilhelm Koenen trat er gegen die Neutralität der Gewerkschaften auf und forderte das Streikrecht der Arbeiter im Krieg. Vgl. hierzu auch Schultz, Eberhard, Rolle und Anteil des linken Flügels der USPD im ehemaligen Regierungsbezirk Halle-Merseburg, S. 282.

105) Vgl. GStA München, MA 92 745, Schreiben des Allgemeinen Arbeiterverbandes, Düsseldorf, den 18. Juli 1917, an Wilhelm Dittmann "...Die Mehrheitssozialisten rekrutieren sich fast nur aus Gewerkschaftsbeamten, dies tritt auch sehr deutlich hier in Düsseldorf in die Erscheinung. Denselben die Zügel aus der Hand zu nehmen und innerhalb der Verbände zu reformieren, halten wir für vergebliche Spekulation. Beweis Generalversammlung der Metallarbeiter. Jeder, der in diese Versicherungskassen noch weiter seine Beiträge beisteuert, bekämpft sich und damit die Unabhängige Sozialdemokratie...Türen und Tore sollen durch eine Gewerkschaftsbewegung, welche mit den Prinzipien der Unabhängigen Sozialdemokratie in Einklang zu bringen sind, geöffnet sein... Wir bitten darum dringend bald um eine gefällige Rückäußerung der Zentralleitung und bitten gleichzeitig um Verbindungen herzustellen, zwecks einer Konferenz oppositioneller Gewerkschaftler..." (Unterstreichungen im Text). S.a. Anhang III.

des weithin in der Arbeiterbewegung bekannten Adolf Braun, der sowohl innerhalb der Sozialdemokratie als auch der Gewerkschaften einen vermittelnden Standpunkt einnahm, gingen auch nicht spurlos an den maßgebenden Vertretern der USPD vorbei. Für Braun bedeutete die Einheit der Gewerkschaft alles; in der Spaltung sah er die große Gefahr, daß man einerseits nicht mehr gegen die zu erwartende Konzentration des Unternehmertums antreten könnte, andererseits durch gewerkschaftlichen Streit das Ansehen bei den noch nicht Organisierten und Indifferenten so negativ zu Buche schlagen könnte, daß diese ihr Handeln nicht mehr durch die Gewerkschaften bestimmen lassen und zu eigenen kurzsichtigen Aktionen schreiten würden. ¹⁰⁶⁾ Diesem Standpunkt kam die Haltung von vielen in der Gewerkschaftsbewegung stehenden USPD-Anhängern sehr nahe.

¹⁰⁶⁾ Vgl. Braun, A., Gewerkschaftsstreit, S. 22.

2.2. Der Schuhmacherverband

2.2.1. Zur Sozialstruktur des Schuhmacherverbandes während des ersten Weltkrieges

Mit dem Ausbruch des Krieges war ein starkes Anwachsen der Arbeitslosenzahl im Bereich der Schuhindustrie verbunden, da ein großer Teil der Betriebe sofort geschlossen worden war. Betrug die Arbeitslosenquote im Juli 1914 in diesem Bereich noch 1,6, so stieg sie im August auf 27,6 Prozent an. ¹⁰⁷⁾

Mit der Beschlagnahme der noch vorhandenen Lederbestände durch die Heeresverwaltung und die Steuerung des Arbeitskräftepotentials, teilweise auch durch Abzweigen von Schuharbeitern in branchenfremde Industrien, sank diese Ziffer im Verlauf der Zeit wieder ab. ¹⁰⁸⁾ Wie in anderen Industriezweigen auch, wurde die Arbeitslosenzahl dadurch gemindert, daß viele in der Schuhindustrie Beschäftigte zum Heeresdienst eingezogen wurden.

Auf die Mitgliederzahlen des Schuhmacherverbandes wirkte sich der Krieg ganz verheerend aus: Über 50 Prozent der Mitglieder wurden während des Krieges zum Heeresdienst einberufen. ¹⁰⁹⁾ Eine große Anzahl der Mitglieder wechselte den Beruf und wanderte in die Rüstungsindustrie ab. ¹¹⁰⁾ Beliefen sich die Mit-

107) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des 16. ordentlichen Verbandstages des ZvdS, abgeh. zu Stuttgart vom 19.-22. Juni 1916, Nürnberg o.J., S. 41.

108) Ebd., S. 42. Arbeitslose in Prozent innerhalb des ZvdS:
Dezember 1914 - 3,4 %
Juli 1915 - 4,3 %
Dezember 1915 - 1,9 %.

109) Vgl. Schuster, Dieter, 1872-1972. Schritt für Schritt, S.111.

110) Waren es 1913 lediglich 4.400 Schuhmacher, die in die Rüstungsindustrie abgewandert waren, so steigerte sich die Zahl 1918 auf 22.500.

gliederzahlen des Verbandes im ersten Quartal 1914 noch auf insgesamt 44.366, so waren sie bis zum ersten Quartal 1915 bereits auf 25.480 und schließlich zu Beginn des Jahres 1916 auf 19.403 Mitglieder gesunken.¹¹¹⁾ Neben dem Hauptgrund für den hohen Mitgliederschwind, der extrem hohen Einziehungsquote zum Heeresdienst,¹¹²⁾ wuchs aber auch der davon unabhängige Mitgliederverlust stark an, weil viele Mitglieder nicht mehr bereit waren, ihre Beiträge zu entrichten, da ihre ökonomische Situation dies kaum mehr zuließ. Somit stieg der Mitgliederverlust im Verband um die Jahreswende 1915/16 auf 21,2 Prozent an, womit er etwa 10 Prozent über dem Durchschnitt bei den in den freien Gewerkschaften organisierten Verbänden lag.¹¹³⁾ Die Gründe, die für diese Austritte in Betracht gezogen wurden, waren in dem Situationsbericht zum Protokoll des Verbandstages von 1916 dargelegt, in dem es mit der Einschränkung, daß viele Mitglieder infolge sehr geringen Verdienstes nicht mehr imstande wären, ihren Beitragsverpflichtungen nachzukommen, folgendermaßen hieß:

"Viele glaubten, daß nun alles verloren, die Gewerkschaften vernichtet würden. Sehr häufig wurde berichtet, daß viele Mitglieder erklärten, so lange der Krieg dauere, bezahlten sie keine Beiträge...Ein anderer Teil war erzürnt über die Kriegsmaßnahmen des Vorstandes und trat aus diesem Grunde aus. Wieder ein anderer Teil bezog lange Zeit Arbeitslosenunterstützung und so bald sie wieder Arbeit erhielten, bezahlten sie keine Beiträge mehr und mußten wegen Rückständen gestrichen werden, und eine weitere große Anzahl von Mitgliedern wechselten den Beruf, gingen in die Rüstungsindustrie und vergaßen ebenfalls ihren Verband".(114)

Dieselbe Haltung kam auch in der Gewerkschaftszeitung der Schuh-

111) Vgl. Prot. ZvdS-1916, S. 28. Vgl. a. Feldmüller, Jean. Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie, Artikelserie "Bei uns daheim". Heimatbeilage der "Pfälzischen Post", Bl. 29 vom 12. November 1930, wo festgestellt wird, daß der Mitgliederbestand des Pirmasenser ZvdS von 4.415 am 1. Januar 1914 auf 2.482 am 31. Dezember 1914 gefallen war.

112) Über das Jahr 1914 hinweg betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl innerhalb des ZvdS insgesamt 44.830, sodaß der tatsächliche Mitgliederverlust 10,1 Prozent betrug. Vgl. Prot. ZvdS-1916, S. 28.

113) Ebd.

114) Ebd., S. 29.

macher, dem "Schuhmacherfachblatt", zum Ausdruck, wo die mangelnde Solidarität und die Kopflosigkeit bezüglich der Meinung daß die Organisation verloren und vernichtet sei, beklagt wurde; ¹¹⁵⁾ für den Redakteur der Zeitung, Wilhelm Bock, einem Begründer der Gewerkschaftsbewegung, eine vollkommen unverständliche Ansicht. Im Jahre 1915 begannen Unternehmer in zahlreichen Fabriken der Schuhindustrie männliche Arbeitskräfte, die ohne Einberufungsbescheid waren, durch die wesentlich billigeren weiblichen Arbeitskräfte zu ersetzen. Die zuständigen Militärbehörden versuchten, diesem vom Verband der Schuhmacher kritisierten Notstand, der dazu führte, daß zahlreiche Schuhfabrikarbeiter arbeitslos wurden, dadurch abzuwenden, daß sie an die Unternehmer appellierten, nur garnisonsdienstfähige Arbeiter zu "beurlauben". ¹¹⁶⁾ Jedoch scheiterte die Verwendung von weiblichen Arbeitskräften an den bisher von Männern bedienten Maschinen in einigen Betrieben auch am Widerstand der männlichen Kollegen, die auf Entlassungsdrohungen hin die Arbeit niederlegten. ¹¹⁷⁾ Wie in zahlreichen anderen Branchen waren es auch hier die Facharbeiter, die eine wichtige Funktion im Produktionsprozeß innehatten, von denen Solidaritätsaktionen ihren Ausgang nahmen. Neben ihrer hervorragenden Bedeutung im Produktionsgeschehen, die sich beispielsweise dadurch ausdrückte, daß "ein einziger flinker Maschinenzwicker allein Beschäftigung für 20 bis 25 weibliche Arbeitskräfte schaffen konnte", ¹¹⁸⁾ war es auch dieser Kreis, der hauptsächlich in den Gewerkschaftsversammlungen die Kriegspolitik der Gewerkschaftsführung anprangerte. Daß diese Kategorie von Facharbeitern betriebsintern wenig an Repressalien zu erwarten hatte, zeigte die Haltung verschiedener Unternehmen, die sogar

115) Schuhmacherfachblatt (SFB) Nr. 31 vom 31. Juli 1916.

116) Vgl. SFB Nr. 7 v. 13. Febr. 1916.

117) Vgl. SFB Nr. 31 v. 31. Juli 1916.

118) Vgl. SFB Nr. 7 v. 13. Febr. 1916.

gegenseitig versuchten, sich diese Fachkräfte durch höhere Löhne"abzuspannen". 119)

Zu unterscheiden ist bei dem Begriff "Facharbeiter" in der Schuhindustrie zwischen dem Facharbeiter im Schuhfabrikbetrieb und dem "Schuster" der herkömmlichen Art, der sich zur Aufrechterhaltung seines Einmannbetriebes der Existenzgrundlage beraubt sah, weil er während der Kriegszeit kaum Möglichkeiten besaß, an die staatlich kontingentierte Rohstoffbestände heranzukommen. Dieser "Schuster", der gelernte Schuhmacher, war laut Organ der Werkmeister in den Schuhfabriken, der "Schuhpost", für den Fabrikbetrieb durchaus entbehrlich, da er sich nur schwerlich in die Fabrikarbeit integrieren ließ. 120) Dasselbe traf auf die Facharbeiterelite in der Schuhmacherbranche, für die Maßschuhmacher, zu, die bereits vor 1914 energisch Tarifverträge sowie höhere Löhne gefordert hatten, wobei sie gewerkschaftlich bereits so straff organisiert waren, daß sie beispielsweise in Berlin einen dreimonatigen Streik durchführen konnten. 121) Begünstigt wurde das solidarische Verhalten dadurch, daß die Maßschuhmacher, ähnlich wie auch Arbeiter in kleineren Schuhmacherbetrieben, gemeinsam in einem Raum arbeiteten, der teilweise noch dazu von der Gewerkschaft angemietet worden war. Aufgrund ihrer perfekten Handarbeit konnten sie dort die Aufträge entgegennehmen, die meist von zahlungs-

119) Ebd. Insbesondere in den Zentren der Schuhindustrie, so z.B. in Pirmasens, kam es zu solchen Erscheinungen: "Das Arbeiterabspannen, ein altes Erbübel in Pirmasens, wo neben 60 Verbandsfabriken, noch ca. 100 kleine "Auchfabriken" vorhanden sind, stand im verflossenen Jahre in besonders hoher Blüte". Mit dem Terminus "Verbandsfabriken" sind Fabriken gemeint, in denen die Arbeiter überwiegend im Schuhmacherverband organisiert waren.

120) Vgl. SFB Nr. 50 v. 10. Dezember 1916, wo aus der "Schuhpost" zitiert wird: "Es lehrt sogar die Erfahrung, daß sich solche Leute viel schwerer in einen Fabrikbetrieb hineinfinden, weil ihnen der "Schuster" zu sehr anhängt. Sind doch dessen Arbeiten mit dem mechanischen Betrieb kaum noch verwandt".

121) Vgl. Buslau, Dieter, Carl Vollmerhaus. Ein Leben für die Arbeitnehmer, Koblenz 1973, S. 16.

kräftigen Personen herrührten. ¹²²⁾ Aus den Kreisen der Maßschuhmacher stammten auch verschiedene Führungskräfte der Gewerkschaftsbewegung, was sich in erster Linie dadurch erklären läßt, daß bedingt durch die Arbeitssituation, sich meist zehn bis zwanzig Leute während des Arbeitsvorganges über politische und gewerkschaftliche Fragen unterhalten konnten. Dazu kam die im Vergleich zu anderen Bereichen der Schuhindustrie bessere ökonomische Situation, die es ermöglichte, sich weiterzubilden. ¹²³⁾ Die gewerkschaftliche Stütze des Verbandes machte ursprünglich die Kategorie der sogenannten "Schoßarbeiter", Arbeiter mit einem handwerklichen Ausbildungsgang, aus. Sie waren es, die im vorigen Jahrhundert aus ihrer Zunftüberlieferung heraus Verständnis und Neigung für beruflichen Zusammenschluß und berufliche Interessensvertretung aufgebracht hatten. ¹²⁴⁾ Josef Simon, Vorsitzender des Schuhmacherverbandes und gleichzeitig Parteigänger der politischen Minderheit in der Sozialdemokratie, stufte in seinen Memoiren seine Berufskollegen, die Schuharbeiter, als "nachdenklicher als den durchschnittlichen Arbeiter, zugleich aber allezeit revolutionärer gestimmt" ein. ¹²⁵⁾ Eine Erklärung dafür lieferte er, indem er belegte, daß bei den Schuharbeitern schon relativ früh "die typischen Verhältnisse des kapitalistischen Betriebes" dominierend gewesen seien, ¹²⁶⁾ und diese somit schon seit

122) Ebd., S. 23.

123) Vgl. dazu die Lebensbeschreibung des späteren USPD-Gewerkschaftsführers und im ZvdS Berlin tätigen Carl Vollmershaus, der neben seiner Arbeit als Maßschuhmacher auch Schulungskurse an der Berliner Universität besuchte, wo prominente SPD-Mitglieder als Referenten auftraten. Vgl. a. Buslau, D., a.a.O., S. 20.

124) Vgl. Simon, Josef, Erinnerungen (Manuskript 1947), DGB-Archiv Düsseldorf, S. 91: "Erst um das Jahr 1885 fingen auch die Schuhfabrikarbeiter an, sich für die Organisation zu interessieren".

125) Ebd.

126) Ebd.

jeher eine ausgeprägte Haltung gegen das Unternehmertum eingenommen hätten.

Das Ansehen des Verbandsvorsitzenden, die noch wesentlich engere Bindung an die Arbeiter auf dem gewerkschaftlichen Sektor, schafften im Verhältnis: Gewerkschaftsführer - Gewerkschaftsbasis eine weit engere Vertrauensebene, insbesondere bei kleineren Gewerkschaftsverbänden wie dem Schuhmacherverband. So mußte sich auch ein politisches Votum des Vorsitzenden im Bewußtsein der in dem Gewerkschaftsverband organisierten Arbeiter anders auswirken als auf Parteiebene. Schließlich war es vor 1918 im wesentlichen der Vorsitzende selbst, der Streiks mitorganisierte oder Verhandlungen mit dem Unternehmertum in Bewegung setzte.¹²⁷⁾ Ähnlich wie die Textilarbeiter und andere Industriearbeiter, hatten die organisierten Schuharbeiter vor 1918 mit den Unternehmern in Bezug auf sozialpolitisch orientierte Verhandlungen schlechte Erfahrungen gemacht. Erst durch eine straffere Organisation, durch intensive Mitgliederwerbung und somit durch einen größeren Geltungsbereich des Verbandes war es überhaupt zu solchen Verhandlungen gekommen. Für die in der Gewerkschaft organisierten Arbeiter darf wohl angenommen werden, daß sie sich mit der Haltung der gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre eher identifizierten als mit der von Parteifunktionären oder Parteitheoretikern. Charakteristisch dafür erscheint eine Stelle aus den Erinnerungen Simons zu sein, wo es hieß:

"Ich habe die Erfahrung gemacht, daß zwar bei den Arbeitern der Führtypus des Volksredners, der aus ihren Reihen kam, den meisten Anklang fand, daß sie aber andererseits ein sehr feines Gefühl für echtes Format hatten und sich Blender und Demagogen nie lange halten konnten. Wenn

127) Ebd., S. 94.

man einmal das Vertrauen seiner Kollegen gewonnen hatte, dann blieb es einem auch". (128)

Dieser Sachverhalt des Vertrauens in eine Person, die selbst im Produktionsprozeß gestanden hatte und die Sprache der Arbeiter gebrauchte, beinhaltete in der Gewerkschaftsbewegung ein weit größeres Identifikationsmoment als dies für die Arbeiterparteien in Betracht kam, auch wenn hier traditionelle Stränge eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Anhängerschaft spielten.

Die zentrale Bedeutung von Führungspersönlichkeiten in der Gewerkschaftsbewegung, für die Simon nur stellvertretend zu nennen ist, nahm umso mehr zu, als durch die hohen Einziehungsquoten im Bereich der Schuharbeiterschaft der Vertrauensmännerapparat nahezu aufgelöst, der lokale Versammlungsbesuch bei Gewerkschaftsveranstaltungen dadurch stark eingeschränkt wurde und überregionale Kriterien wie Verlautbarungen der Gewerkschaftsleitung des jeweiligen Verbandes sowie der jeweiligen Gewerkschaftspresse einen höheren Stellenwert erhielten.¹²⁹⁾ Neben soziostrukturellen Ursachen, kriegsbedingten Veränderungen im Produktionsprozeß, sozialen Verschlechterungen im Lebensstandard und Friedenssehnsucht, scheinen Führungspersonen als Indikatoren für die Opposition einen wesentlichen Anteil an der Radikalisierung der Arbeiterschaft zugunsten der USPD bewirkt zu haben, denn gemeinsam mit ihren Führern sahen die Arbeiter ihre Interessen, auch die politischen, wohl noch am erfolgreichsten vertreten. Dafür, daß jüngere Arbeiter sich radikaler verhielten und politisch eher zur USPD tendierten, bietet der Schuh-

128) Ebd. Simon selbst ist ein gutes Beispiel dafür. Er wurde mit "unerschütterlicher Regelmäßigkeit" (Erinnerungen, S. 94) immer wieder zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt, obwohl jeder im Verband wußte, daß er politisch zur Parteiopposition und später zur USPD zählte.

129) Für die Auflösungstendenzen von Gewerkschaftsverbänden sprechen die Mitgliederzahlen während des Krieges eine deutliche Sprache. So waren beispielsweise in Pirmasens vor Kriegsausbruch noch 13.500 männliche gewerkschaftlich organisierte in der Schuhindustrie beschäftigt, 1915 aber lediglich noch ca. 800. Bei den weiblichen Arbeitskräften blieb das Verhältnis dagegen ziemlich gleich (1914: 7.633; 1915: 7.883). Vgl. SFB v. 5. März 1916.

macherverband ein gutes Beispiel, denn genauso wie im Metallarbeiterverband galt für die Mehrheit der in der Schuhindustrie Beschäftigten, daß hier der Alterungsprozeß im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit bereits ab dem 35. Lebensjahr einsetzte, also auf Grund der ökonomisch-technischen Struktur vorwiegend jüngere Arbeiter in diesem Gewerbe beschäftigt waren.¹³⁰⁾ Mit der Konzentration der Produktion auf Großbetriebe steigerte sich diese Entwicklung während des Weltkrieges noch, was für den Verband insofern Rückwirkungen mit sich brachte, als sich die Altersstruktur veränderte und den älteren Arbeitern nun prinzipiell die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Arbeitskampf fehlten, womit die Interessen der älteren Arbeiter vom Verband nur mehr unzureichend vertreten werden konnten und diese sich wiederum nicht mehr so stark im Verbandsgeschehen artikulierten.¹³¹⁾

Die Produktionseinschränkung in der Schuhindustrie führte in der Folgezeit zu zahllosen Stillegungen von Betrieben. Waren im Dezember 1913 in Deutschland noch 1.446 Schuhfabrikbetriebe mit insgesamt 104.182 Arbeitskräften vorhanden, so fanden zu Beginn des Jahres 1916 nur noch 65.928 Arbeiter in dieser Industriesparte Beschäftigung.¹³²⁾ Gegen die Konzeption der

130) Verglichen mit dem allgemeinen Anteil der Arbeiter über 40 Jahre aus dem Bereich der männlichen Industriearbeiterschaft blieb diese Altersgruppe in der Gewerkschaft deutlich unterrepräsentiert. Vgl. a. Schröder, Wilhelm Heinz, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main, New York 1978, S. 230.

131) Ebd.

132) Es wurden insgesamt 881 Betriebe mit 13.391 Arbeitern stillgelegt, während in den verbleibenden 565 Betrieben noch 52.537 Arbeitskräfte weiterbeschäftigt worden sind. 92 dieser Betriebe arbeiteten ausschließlich für den Heeresbedarf. Vgl. a. Prot. ZvdS-1918, S. 44.

Regierung, lediglich etwa 50 bis 60 Betriebe im gesamten Reich zu erhalten, gelang es Josef Simon durchzusetzen, daß an jedem Ort ein solches Maß an Betriebskapazitäten aufrechterhalten werden sollte, daß alle Arbeiter aus dem am selben Ort stillgelegten Betrieben oder in Ortsnähe untergebracht werden konnten. Der gewerkschaftliche Einsatz von Simon dürfte sich politisch auch für die USPD ausgewirkt haben, was den Einfluß auf die Gewerkschaftsmitglieder anging. Schließlich wirkten Maßnahmen, unmittelbar auf das Arbeitsleben bezogen, am nachhaltigsten auf das Bewußtsein der Arbeiterschaft ein. Durch Vertreter, die sich nicht nur im Wortradikalismus hervortaten, sondern mit echtem Engagement versuchten, für die Arbeiter etwas durchzusetzen, gewann die USPD unter den Gewerkschaftsmitgliedern eine Vertrauensbasis. Die Übereinstimmung der Verbandspolitik mit der Haltung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG), der Vorläuferorganisation der USPD in der Ablehnung des Hilfsdienstgesetzes, bestärkte dies noch. Im Schuhmacherverband wurde dieses 1916 verabschiedete Gesetz heftig angefeindet, weil damit dem Krigsamt die Möglichkeit gegeben war, Betriebe stillzulegen oder mit andersartiger Produktion zu versehen. Dadurch konnten Arbeiter, die nicht in einem Betrieb beschäftigt waren, der unmittel- oder mittelbar für den Krieg oder den notwendigen täglichen Bedarf produzierte, verpflichtet werden, ihre bisherige Tätigkeit zu verlassen und eine solche auszuüben, die den Kriegsbedürfnissen entsprach. Infolge mangelnder Rohmaterialien waren davon besonders die Schuh-, aber auch die Textilindustrie betroffen. ¹³³⁾ Mit dem Rückgang der Beschäftigten verringerte sich auch die Mitgliederzahl im Verband rapide. Betrug diese Zahl am 31. Dezember 1915 noch 19.403 Mitglieder (davon 5.884 weibl.), so sank sie bis zum 31. Dezember 1917 auf 17.608 (davon 7.738 weibl.). ¹³⁴⁾ Die

133) Vgl. SFB Nr. 6 v. 11. Februar 1917.

134) Vgl. Prot. ZvdS-1918, S. 25.

Anzahl der insgesamt gegen Ende 1917 in der Schuhindustrie Beschäftigten nahm bis auf 45.865 Personen ab. Seit Kriegsbeginn waren somit sowohl die in der Schuhindustrie Beschäftigten als auch die Zahl der Mitglieder im Schuhmacherverband um etwa 60 Prozent (!) zurückgegangen, wobei sich der Frauenanteil verhältnismäßig steigerte. Dieser Sachverhalt ist bei einer Betrachtung über den Einfluß der USPD auf die Gewerkschaften immer als Hintergrund miteinzubeziehen, da während der Kriegszeit die Mitgliederstruktur arg zerklüftet war. Besonders betroffen von der Umstrukturierung der Wirtschaft zeigte sich das Zentrum der Rüstungsindustrie, Berlin, wo von 90 Schuhfabriken lediglich mehr 16 bestehen blieben. Infolgedessen fand eine starke Abwanderung von Schuharbeitern in die Rüstungsindustrie statt.¹³⁵⁾ Ebenso wie für die Arbeiterkreise der Textilindustrie ist anzunehmen, daß die in die Rüstungsindustrie abgewanderten Arbeiter, vor allem in den Großbetrieben, politisiert und radikalisiert worden sind. Für Berlin, das neben Pirmasens, der Offenbacher und Frankfurter Maingegend sowie Dresden zu den industriellen Zentren der Schuhindustrie zählte, galt, daß hier ein besonders hoher Anteil männlicher Schuharbeiter tätig war, was sich in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft widerspiegelte, die im Schuhmacherverband Berlin vor dem Krieg zu 80 Prozent aus männlichen Mitgliedern bestand.¹³⁶⁾ Ein weiteres Radikalisierungselement für die Gewerkschaftsmitglieder des Verbandes war darin zu sehen, daß der im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes eingeführte Überwachungsausschuß der Schuhindustrie, der die weiter-

135) Ebd., S. 138. Mitgliederrückgang des ZvdS in Berlin:
Ende 1915: 2.270 Mitglieder
Ende 1917: 1.714 " .

136) Vgl. dazu Siegel, Günther, Die Entwicklung der deutschen Schuhindustrie während der letzten zwei Jahrzehnte, Diss. Berlin 1927, S. 31 und 80 Jahre Gewerkschaft in den Betrieben der Lederwirtschaft, hrsg. v. Hauptvorst. d. Gewerkschaft Leder, Stuttgart 1953, S. 66.

produzierenden Betriebe dazu verpflichten sollte, Entlassene aus stillgelegten Betrieben aufzunehmen, nicht funktionierte. So wurden insbesondere in Berlin zahlreiche Schuhmacher arbeitslos oder erlebten einen sozialen Abstieg, indem sie in neu eingerichteten kommunalen Instandsetzungswerkstätten für den Heeresbedarf eingesetzt und somit zu Reparaturarbeitern degradiert wurden. ¹³⁷⁾

¹³⁷⁾ Vgl. ZvdS, 28. J. u. K. Ber. Berlin 1918, S. 33.

2.2.2. Die beginnende gewerkschaftliche Opposition im Schuhmacherverband

Daß die Frage der Kriegskreditbewilligung in den Gewerkschaften diskutiert wurde, ergab sich mitunter daher, daß führende Gewerkschaftsvertreter in der SPD-Fraktion saßen und sich in ihren Wahlkreisen vor den Mitgliedern über ihre Haltung zur Kreditbewilligungsfrage rechtfertigen mußten. In den meisten Fällen vertraten die Gewerkschaftsfunktionäre auch Parteiinteressen, was bezüglich der von der Gewerkschaftsführung propagierten parteipolitischen Neutralität zu Konflikten führen mußte, insbesondere als sich innerhalb der Sozialdemokratie eine zweite Fraktion im Reichstag, die "Sozialistische Arbeitsgemeinschaft" (SAG), herausgebildet hatte. Kritik an der "Mehrheitssozialdemokratie" und der Gewerkschaftsführung gingen fortan konform. Berlin, seit jeher die Hochburg der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung, bildete auf gewerkschaftlicher parteipolitischer, parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene den regionalen Schwerpunkt der Kriegskreditgegner. Im Laufe des Jahres 1916 gewann der Standpunkt der Parteiminderheit immer mehr Befürworter. Wie aus Situationsberichten der Regierungsbehörden hervorgeht, wurde es mit Beginn des Jahres 1916 in der deutschen Arbeiterbewegung offensichtlich, daß zahlreiche prominente Partei- und Gewerkschaftsführer immense Schwierigkeiten hatten, sich gegen die Vertreter der Parteiminderheit zu behaupten.¹³⁸⁾ Was die offizielle Gewerkschafts-

138) Vgl. dazu BHStA, MK 19291, Berichte des Bureaus für Sozialpolitik, den 8. April 1916. So zum Beispiel im 5. Berliner Wahlkreis, wo am 5. März 1916 der Abgeordnete des Kreises und Gewerkschaftsführer Robert Schmidt und der Vertreter der Parteiminderheit, Georg Ledebour, vor der Parteiversammlung ihre Ansichten vertraten, "mit dem Ergebnis, daß die 20 Kreditverweigerer mit 45 gegen 30 Stimmen Billigung fanden und an Schmidt unter Tadelung der Generalkommission der Gewerkschaften die Erwartung ausgesprochen wurde, ihn künftig unter den Verweigerern zu sehen".

presse betraf, so setzte sich zuerst im Zentralorgan der Schuhmacher der Standpunkt der Parteiopposition durch, wobei die radikale Tendenz in diesem Fall nicht von der Basis, sondern eher von "oben", von der Redaktion des "Schuhmacherfachblattes", herrührte. Chefredakteur und quasi Eigentümer des Fachblattes, das in Gotha erschien,¹³⁹⁾ war der angesehene Partei- und Gewerkschaftsveteran Wilhelm Bock,¹⁴⁰⁾ der genauso zu den 20 Kriegskreditgegnern in der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zählte¹⁴¹⁾ wie der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes

139) Erscheinungsort bis Oktober 1920 in Gotha, dann in Nürnberg. In der Bundesrepublik sind die Ausgaben des Schuhmacherfachblattes nur noch in einzelnen Nummern beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Leder vorhanden (vollständig dagegen in der Deutschen Bücherei Leipzig). In Gotha wurde auch die Parteibasis (1.110 Mitglieder) durch das unter Otto Geithners (später USPD) Leitung stehende Gothaer Volksblatt gegen den Burgfrieden beeinflusst. Vgl. a. Seeber, Gustav, Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg 1914-1918, in: WZ Jena Jg. 7 (1957/58), S. 322.

140) Wilhelm Bock, geb. am 28. April 1846 in Großbreitenbach/Schwarzburg-Sondershausen. Besuch der Volksschule und Erlernung des Schuhmacherhandwerks in Arnstadt in Thüringen. Nach vierjähriger Lehrzeit auf Wanderschaft, u.a. nach Magdeburg und Hamburg, wo er sich 1867 dem ADAV anschloß. Nach 5-jährigem Aufenthalt in Hamburg ließ sich W. Bock in Gotha nieder und beteiligte sich an der Gewerkschaftsarbeit. 1874 war er maßgeblich an der Organisation der Vorkonferenz zur Vereinigung der Sozialdemokratie (Bebel, Liebknecht, Hasenclever, Toelcke, Fritzsche, Vahlteich, Hasselmann) beteiligt, ebenso wie an der Vereinigung von 1875 selbst. 1875 gründete er das Schuhmacherfachblatt, "Der Wecker", und erwarb dann 1877 die Druckerei, in der neben dem "Wecker" auch das Organ der Sozialdemokratie, der "Gothaer Volksfreund", gedruckt wurde. 1878 gab er nach dem Verbot des "Wecker" unter dem Sozialistengesetz den "Schuhmacher" heraus. 1883 gründete er den Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher. Seit 1884 war W. Bock Reichstagsabgeordneter für Gotha (1890 in der Nachwahl für Vollmar in Magedburg), seit 1892 Abgeordneter des Landtages (Herzogtum Gotha), 1906 Landtagsvizepräsident. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gehörte er seit 1900 dem "Rat der Ältesten" sowie der Kontrollkommission an, deren Vorsitzender er seit 1913 war. Im Kreis der Fabrik-schuhmacher hatte W.B. zahlreiche Freunde und besaß große Vertrauen - er wurde mit dem Beinamen "Vetter Wilhelm" bedacht. Vgl. SFB Nr. 17 v. 23. April 1916 "Zum 70. Geburtstag von Wilhelm Bock, s.a. Bock, Wilhelm, Im Dienste der Freiheit, Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927.

141) Bereits am 30. Juli 1914, also noch einige Tage vor dem

und Bayerische Landtagsabgeordnete Josef Simon. Der gewerkschaftliche Standpunkt dieser Anhänger der Parteiminderheit darf keinesfalls mit dem radikaleren Liebknecht'schen Standpunkt in Einklang gebracht werden, wie das verschiedene zeitgenössische Darstellungen oder Berichte überliefern.¹⁴²⁾ Wilhelm Bock, neben seiner Tätigkeit im Schuhmacherverband einer der populärsten Vertreter dieser Parteiminderheit, war seit jeher der Auffassung gewesen, daß, solange die versprochene Gleichberechtigung der Wahlreformen und andere Demokratisierungsprozesse in diesem Staat nicht verwirklicht seien, die Sozialdemokratie immer gegen einen "Klassenetat" stimmen müßte, womit für ihn ein Votum für die Kriegskredite völlig ausgeschlossen war.¹⁴³⁾ Außer Zweifel steht, daß Bock und andere Mitglieder der Parteiminderheit, vorwiegend aus dem gewerkschaftlichen Bereich, versuchten, den Parteikonflikt so weit wie möglich aus der Einzelgewerkschaft herauszuhalten, weil man sich immer noch als parteipolitisch neutral auffaßte. Diese Haltung trat deutlich auf einer Konferenz der Gauleiter und Ortsvereinsbeamten des Schuhmacherverbandes in Frankfurt a.M. zutage, die am 19./20. Juli 1915 stattfand, wobei der Vorsitzende Simon ausführte, daß man auf jeden Fall verhindern müsse, daß der Parteikonflikt auf die Gewerkschaften übergreife und auch in

offiziellen Kriegausbruch, sprach Wilhelm Bock in Gotha vor 4.000 Versammelten gegen den Krieg, vgl. Seeber, G., a.a.O., S. 318.

142) Vgl. BHStA, MK 1929 BdBFS vom 8. April 1916: "...Im wachsendem Maße wird das "Schuhmacherfachblatt" zur Tribüne derer, die den Liebknechtschen Standpunkt im Rahmen der Gewerkschaften zu einer größeren Anhängerschaft verhelfen wollen".

143) Diese Haltung vertrat er wie im Reichstag, so auch in der 1. Sitzung des gemeinsamen Landtages der Herzogtümer Coburg und Gotha seit Kriegsbeginn, im März 1915, wo der Haushaltsplan der beidern Kleinstaaten für das Jahr 1916 zur Debatte stand. Im Auftrag der SPD-Fraktion wandte sich Bock gegen die Zustimmung zum Etat, indem er sagte: "Es mag im Hinblick auf den Burgfrieden vielleicht unangenehm empfunden werden, wenn ich auch heute, unseren Grundsätzen getreu, erkläre, daß wir gegen den Etat stimmen", zit. n. Verh. des gemeinsch. Landtages der Herzogtümer Coburg und Gotha 1913/16, Nr. 3, S. 101 ff.

diesem Sinne eine Resolution verabschiedet wurde. In einem Kommentar des Schuhmacherfachblattes sah sich Wilhelm Bock einig mit dem Parteivorstand, indem er schrieb: "Was auf Spaltung hinzielt, ist ein Verbrechen".¹⁴⁴⁾ Um die Jahreswende 1915/16 bildete sich jedoch bei Bock und dessen Anhängerschaft die Ansicht heraus, daß die Spaltung der Sozialdemokratie von der Partei- und insbesondere von der Gewerkschaftsführung forciert würde. Dieser Meinung wurde dann auch immer deutlicher im Fachblatt der Schuhmacher Ausdruck verliehen, indem man die Haltung der 20 Kriegskreditgegner verteidigte.¹⁴⁵⁾ Die Einmischung der Gewerkschaftsführung und deren "Herrenstandpunkt" in der Sozialdemokratischen Partei wurde zunehmend mit schärferer Kritik bedacht, wobei man die von der Generalkommission herausgegebene Devise: Die Politik der Fraktionsmehrheit ist gleich "Gewerkschaftspolitik" - heftig attackierte. Sich auf das Gewerkschaftsblatt des kleinen Kürschnerverbandes,¹⁴⁶⁾ den "Kürschner", berufend, der die Generalkommission laufend mit Kritik überschüttete,¹⁴⁷⁾ sah man innerhalb der Gewerkschafts-

144) Vgl. SFB Nr. 31 v. 1. August 1915. In der Resolution hieß es u.a.: "Ohne sich irgendwie in den Konflikt einzumischen, spricht die Konferenz die Erwartung aus, ..daß die Einsicht Oberhand gewinnt, daß es ein Unglück für die Arbeiterklasse wäre, wenn eine Spaltung oder Zersplitterung der Partei die Folge des Konflikts würde...vor allem haben wir als Gewerkschafter die Gefahr abzuwehren, daß der Parteistreit auf die Gewerkschaften übergreift".

145) Z.B. in einem mit "Disziplin und Spaltung" überschriebenen Artikel des Schuhmacherfachblattes vom 30. Januar 1916 (Nr. 5), in dem den übrigen Einzelgewerkschaften ein Mangel an der "nötigen Unparteilichkeit und Unbefangenheit" vorgeworfen wurde. Zum Disziplinbruch hieß es dabei: "Aber der Disziplinbruch!" Niemand in der Arbeiterschaft wird den Wert und die Notwendigkeit der Disziplin bestreiten. In dem Vorgehen der Zwanzig liegt kein die Arbeiterinteressen schädigender Disziplinbruch...".

146) Mitgliederzahl des Kürschnerverbandes: 1914: 3.652; 1915: 2.500; 1916: 1.842; 1917: 1.459; 1918: 1.739; 1919: 5.972.

147) Der Kürschner Nr. 3/1916 (ebenfalls in allen Exemplaren nur in der DDR erhältlich - einzelne Nummern: DBG-Hauptvorstand Düsseldorf): "Wer sind die Treiber, die hinter der Mehrheit stehen? Es sind vier Männer der Gk, ferner Winnig vom Bauarbeiterverband, dann die Genossen Kolbe vom "Karlsruher Volksfreund", Dr. David und W. Heine!".

bewegung eine sich ständig vermehrende Opposition aufziehen:

"Täglich zeigt sich mehr, daß weder die Generalkommission, noch andere ihrer Wortführer...im Namen der Gewerkschaften überhaupt sprechen dürfen. Immer lauter wird in Gewerkschaftskreisen und Gewerkschaftsblättern verlangt, die sozialdemokratischen Grundsätze nicht als Schaustücke zu betrachten...Was heute noch als "Gewerkschaftspolitik" etikettiert werden darf, ist die Politik einzelner weniger Führer". (148)

148) Vgl. SFB Nr. 8 v. 20. Februar 1916 ("Gewerkschafts-Trutz").

2.2.3. Der Verbandstag der Schuhmacher im Jahre 1916

Auf dem Verbandstag, der vom 19. bis 22. Juni 1916 in Stuttgart stattfand, waren aufgrund der Kriegswirren nur 27 Delegierte, 8 Bezirksleiter, der Vorstand, bestehend aus Simon (Nürnberg), Lex (Stuttgart), Vollmershaus (Berlin), sowie ein Vertreter der Redaktion (Bock) und der Angehörige der Generalkommission (Silberschmidt) anwesend. Insgesamt nahmen also nur 43 Personen an dieser Versammlung teil.¹⁴⁹⁾ Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes für die Jahre 1914/15 ging hervor, daß der Schuhmacherverband einerseits bedingt durch extrem hohe Arbeitslosigkeit,¹⁵⁰⁾ andererseits durch hohe Einziehungsquoten zum Heer, sehr starke Mitgliedereinbußen zu erleiden gehabt hatte.¹⁵¹⁾ Die Kritik an der Gewerkschaftsführung kam unter Punkt 4 der Tagesordnung zur Geltung, als Josef Simon über "Den Krieg und die Gewerkschaften" referierte. Er beantragte in diesem Zusammenhang eine Resolution, die eine strikte Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Partei zum Inhalt haben und sich gegen die Generalkommission wenden sollte, weil letztere diese Neutralität gegenüber den verschiedenen Richtungen in der Sozialdemokratie nicht einhalten würde.¹⁵²⁾

149) Vgl. Prot. ZvdS-1916, S. 42.

150) Entwicklung der Arbeitslosenquote für den Schuhmacherverband:

Juli 1914:	1,6 %	Januar 1915:	2,7 %
August	: 27,6 %	Februar	: 2,2 %
Sept.	: 12,4 %	März	: 3,4 %
Okt.	: 6,8 %	Juli	: 4,3 %
Nov.	: 4,1 %	Dez.	: 1,9 %
Dez.	: 3,4 %		

151) Vgl. Prot. ZvdS-1916, S. 174. Mitgliederverluste:

Textilarbeiter	: 23 %
Kürschner	: 10,5 %
Metallarbeiter	: 3,2 %
Handlungsgehilfen	: 2 %

152) Ebd., S. 217. Resolution (Simon): "Der Verbandstag verhehlt sich nicht, daß die tiefen Meinungsverschiedenheiten in der politischen Arbeiterbewegung auch auf die Mitglieder unserer und der anderen Gewerkschaftsorganisationen,

Zusätzlich wurde eine Anfrage an die Generalkommission weitergeleitet, möglichst bald eine Vorständekonferenz der verschiedenen Gewerkschaftsleitungen einzuberufen, in der dann beraten werden sollte, wie man vermeiden könnte, daß der Parteistreit auf die Gewerkschaften übergreife. Diese Frage wurde auch am 20. November 1916 in einer Konferenz der Gewerkschaftsvorstände erörtert. Nachdem Simon und Bock ihren Standpunkt dargelegt hatten, war eine Erklärung angenommen worden, woraus hervorging, "daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage allein den Interessen der Gewerkschaften entsprochen hat und noch entspricht".¹⁵³⁾ Das hieß mit anderen Worten, daß man von der Parteiminderheit, inzwischen als SAG organisiert, keine Notiz nehmen wollte. Im weiteren Verlauf des Verbandstages der Schuhmacher sprach der Vorsitzende Simon über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften und vertrat dabei die Auffassung, daß der politische Streit in die Partei, nicht aber in die Gewerkschaften gehöre, weil sonst die Gefahr bestünde, daß auch die Gewerkschaften "zerrissen" werden könnten.¹⁵⁴⁾ Er berief sich sogar auf die bekannten Worte Bömel-

wie auch auf ihre leitenden Männer einwirken mußten. Aber diese Kämpfe sollen auf dem Boden der politischen Organisation ausgefochten werden...Im Sinne der von den Führern der Gewerkschaftsbewegung früher mit aller Entschiedenheit betonten Neutralität, bedauert der Verbandstag die politische Stellungnahme der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und ihres Korrespondenzblattes, die auch im Widerspruch stehen mit der vom Genossen Legien erst anläßlich der Verhandlungen über das Vereinsgesetz als notwendig und für die Gewerkschaften förderlich betonten Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften".

153) Vgl. Rechenschaftsbericht der Generalkommission vom 1. Juni 1914 bis zum 31. Mai 1919, in: Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgeh. zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919, Berlin 1919, S. 207.

154) Vgl. Prot. ZvdS-1916, S. 222: "Wir können nicht der Partei die Richtung vorschreiben. Wie kommen wir dazu, wo wir doch wissen, daß ein großer Teil von unseren Mitgliedern gar nicht sozialdemokratisch fühlt und denkt, unserer Mitglieder sowohl als auch führende Personen in den Gewerkschaften? Ich stehe also auf dem Standpunkt, daß wir keinen

burgs: "Partei und Gewerkschaften sind eins!", die ausdrücken sollten, daß man zwar eine Gemeinschaft miteinander habe, jeder Teil der Arbeiterbewegung aber seine Angelegenheiten autonom regeln sollte. ¹⁵⁵⁾ Simon pochte in seiner Rede immer wieder darauf, daß politische Anschauungen in den Gewerkschaften keinen Platz hätten und wandte sich ganz energisch gegen eine Spaltung der Gewerkschaften. Eine Zersplitterungsstrategie bedeutete für ihn "ein Verbrechen an der Arbeiterklasse"; ¹⁵⁶⁾ ein Standpunkt, dem er in seiner gesamten Laufbahn als Gewerkschaftsführer treu geblieben ist. Wilhelm Bock stand in seiner Eigenschaft als Redakteur des Schuhmacherfachblattes im Gegensatz zu Simon auf dem Verbandstag sehr stark im Kreuzfeuer der Kritik, da er in einigen Artikeln für die Parteiminderheit Stellung bezogen hatte. ¹⁵⁷⁾ In seinen Rechtfertigungen wies er darauf hin, daß das Correspondenzblatt der Generalkommission "in unausgesetzter und teilweise in scharfer Kritik gegen die Minorität der Partei" vorgehe. Er habe in seinen Artikeln im Schuhmacherfachblatt, überschrieben mit "Zur Besonnenheit", die Kollegen lediglich darauf aufmerksam machen wollen, "daß, wenn der Streit so weitergeht, diejenigen Gewerkschafter, die Anhänger der Minorität sind, sich das nicht gefallen lassen, sondern auch ihre Ansichten vertreten würden". ¹⁵⁸⁾ Er habe den Eindruck gewonnen, daß das Correspondenzblatt kein Gewerkschaftsblatt, sondern nur mehr das Zentralorgan der Fraktionsmehrheit geworden sei. ¹⁵⁹⁾ Dabei erwähnte er einen Artikel im Correspondenzblatt vom Juni 1915, wo man unter dem Schlagwort: "Gegen die Sonderbündelei", Front gegen die Parteiminderheit gemacht habe. In dem Artikel, der sich mit dem Offenen

Einfluß zu nehmen haben auf die Partei, und daß ebenso die Partei keinen Einfluß auf unsere gewerkschaftlichen Fragen besitzen darf."

155) Ebd.

156) Ebd., S. 223.

157) Ebd., S. 225.

158) Ebd.

159) Ebd., S. 226.

Brief der oppositionellen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder an den Parteivorstand befaßte, hieß es u.a.:

"Es handelt sich bei diesem Rundschreiben nicht mehr um eine spontane Kundgebung, sondern um einen organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisation. Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will". (160)

Er wandte sich heftig dagegen, von der Generalkommission als "Spalter" bezeichnet zu werden, weil er dieses Zirkular, genauso wie viele andere Gewerkschaftsvertreter, unterschrieben habe, ohne auch nur einen Augenblick an eine Spaltung gedacht zu haben. ¹⁶¹⁾

Nachdem Bock für die "Mitgliederflucht" im ZvdS neben den bekannten Ursachen die mangelnde sozialistische Erziehung verantwortlich gemacht hatte, die sich immer in Krisenzeiten offenbarte, ließ er sich es doch nicht nehmen, eine Lanze für die Parteiminderheit zu brechen. Gerade in der Glaubwürdigkeit einzelner, altverdienter Parteifunktionäre dürfte eine verstärkte Anziehungskraft für die Ziele der Opposition enthalten gewesen sein, von deren Seite man hervorhob, daß die Grundsätze der Partei über deren Einheit zu stellen wären. ¹⁶²⁾

160) Vgl. Corr. Nr. 26 v. 26. Juni 1915, S. 293.

161) In der dem Offenen Brief anhängigen Unterschriftenliste ist Bock nicht namentlich aufgeführt, jedoch die "Sozialdemokratische Fraktion des Gotha'schen Landtages", der er seit 1914 angehörte, vgl. NL Paul Levi, 141/6, AsD.

162) Prot. ZvdS-1916, S. 230: "Ich gehöre 50 Jahre der Partei an, ich habe an ihrer Wiege gestanden, ich habe eine Spaltung mitgemacht...Wenn ich mich abgesplittert habe von der Mehrheit der Fraktion, so aus innerer Überzeugung... Mir ist nichts heiliger als die Einheit der Arbeiterbewegung, aber noch heiliger sind mir die Grundsätze. Über der Einheit der Partei stehen die Grundsätze."

Die These von den "Parteizerstörern", von Parteivorstand und Gewerkschaftsführung propagiert, verlor durch solche, sowohl in der Partei prominente als auch in der Gewerkschaftsbewegung verdiente Persönlichkeiten stark an Durchschlagskraft, denn wer konnte solchen Personen schon die Integrität absprechen. Der Vertreter der Generalkommission, Silberschmidt, bestritt, daß die Generalkommission in den Parteistreit in irgendeiner Form eingegriffen und eine Resolution gegen die Parteiminderheit angenommen habe, was Simon Anlaß zu heftigen Protesten gab.¹⁶³⁾ In seinen Ausführungen versuchte Silberschmidt lediglich gegen Simon und Bock vorzugehen, in denen er die Hauptpersonen der Opposition innerhalb des Verbandes erblickte. Gleichzeitig verurteilte er den Offenen Brief vom Juni 1915, den seiner Auffassung gemäß Gewerkschaftsangehörige niemals in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsfunktionäre hätten unterschreiben dürfen. Wären die Unterschriften ohne Beifügung des gewerkschaftlichen Titels vollzogen worden, wäre ihm diese Angelegenheit gleichgültig gewesen.¹⁶⁴⁾ Im Hinblick auf die Sozialdemokratische Partei verwies er auf das "Gegenseitigkeitsverhältnis", wie es seit dem Mannheimer Abkommen von 1906 zwischen Gewerkschaften und Partei bestünde.¹⁶⁵⁾ Sich auf

163) Simons Proteste (vgl. Prot. ZvdS-1916, S. 233) waren offensichtlich gerechtfertigt, da es in dieser Resolution, verabschiedet auf einer Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände (5. bis 7. Juli 1915) u.a. hieß: "...Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben", zit. n. Corr. Nr. 29 v. 17. Juli 1915, S. 330 ff.

164) Prot. ZvdS-1916, S. 237: "Hätten die Kollegen als Personen, als Parteigenossen, unter Weglassung ihrer Titel, das Flugblatt unterschreiben, so hätte ihnen niemand einen Vorwurf daraus gemacht, aber ihre Titel hinzufügen, dazu hatten sie kein Recht, sie waren nicht ermächtigt von denen, die ihnen das Mandat übertragen hatten".

165) Ebd., S. 242.

Friedrich Ebert berufend, gab Simon zu verstehen, daß man das Mannheimer Abkommen keineswegs in Zweifel ziehen wolle, sondern daß sich die Vertreter der Minderheit lediglich dagegen wenden würden, daß "die Gewerkschaften versuchen, der Partei die Richtlinien vorzuschreiben".¹⁶⁶⁾ Die Beschuldigung, daß Generalkommission und Correspondenzblatt die Gewerkschaften sprengen könnten, wurde dabei aufrechterhalten. Bezeichnenderweise kam es, nachdem Wilhelm Bock wiederholt die Verantwortung für eine Spaltung der Parteimehrheit und der Generalkommission zuschob, zu einer Kontroverse mit Josef Simon, dem die Diskussion um die Schuldfrage der Spaltung im Rahmen des Verbandstages nicht fruchtbar erschien. Die radikalere Haltung Bocks stieß auch innerhalb des Verbandes auf stärkeren Widerspruch, wobei sich sogar die Berliner Bezirksleitung hervortat.¹⁶⁷⁾ Nach deren Vorstellung hätte Simon als Verbandsvorsitzender von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen müssen, um Bock zur Raison zu rufen. Im Gegensatz zu Bock kam es Simon darauf an, den Streit in der Partei zu belassen und ihn nicht auf die Gewerkschaften zu übertragen, was aber zu diesem Zeitpunkt bereits zu spät war, wie der Tagesordnungspunkt "Krieg und Gewerkschaften" belegte. Die Diskussion auf dem Verbandstage erbrachte den Nachweis, daß sich bereits zwei Lager innerhalb des Verbandes gebildet hatten, wobei die Gegner der Generalkommission vorwiegend aus Berlin und dem Stuttgarter Raum stammten, Zentren also, in denen auch eine starke Gefolgschaft

166) Ebd., S. 243(Simon): "Es ist Silberschmidt doch bekannt, daß sich Ebert vor dem Kriege wiederholt dagegen gewendet hat, daß die Vorstandskonferenz in der und der Frage der Partei zu beeinflussen sucht und daß er erklärt hat, das ist eine Sache, die die Partei angeht und in die die Gewerkschaften nicht hineinzureden haben".

167) Ebd., S. 253 (Hamacher-Bezirksleitung des ZvdS-Berlin): "...da zeigt sich wieder einmal, wie Personen, die durch die Ereignisse scharf in die politischen Verhältnisse hineingezogen sind, wie z.B. Bock, gar nicht mehr in der Lage sind, strikte Neutralität zu üben, wenn sie nebenher noch ein anderes Amt haben. Bock mag glauben, daß das Fachblatt neutral ist, aber in Wirklichkeit ist das nicht der Fall."

der Parteiminderheit zu registrieren war. 168) Bemerkenswert war dabei, daß man auf seiten der Opposition immer danach strebte, sich auf die mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht verknüpfte Traditionslinie als Legitimationsstütze für das eigene Verhalten zu berufen, wovon die Parteimehrheit natürlich auch Gebrauch machte. 169)

Zum Abschluß des Verbandstages ging Bock nochmals auf die Äußerung des Vertreters der Generalkommission, Silberschmidt, ein, daß sich diese niemals auf den Standpunkt der Minderheit stellen würde, was die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen beträfe. Geschickt stellte er damit einen theoretischen Disziplinbruch dar, indem er argumentierte:

"Das "nie" ist ein sehr bedenkliches nie. Stellen sie sich vor, daß nach dem Kriege aus der Minderheit der Fraktion die Mehrheit der Parteigenossen wird! Würden auch dann die Generalkommission und die Gewerkschaften diese Politik nicht anerkennen wollen? Dann würde ja die Generalkommission genau den gleichen Disziplinbruch begehen, dessen sie heute die Minderheit anklagt". (170)

Mit Genugtuung konnte er abschließend feststellen, daß außer dem Schuhmacherverband auch bereits die Kürschner und Handlungsgehilfen auf dem Standpunkt der Minderheit stünden und daß die Haltung der "Metallarbeiterzeitung", die sich auf dem Kurs der Gewerkschaftsführung befand, bereits von sehr starken Mitgliederkreisen gerügt werde, 171) worauf Simon nochmals schlichtend eingriff, indem er zwar den politischen Standort der Minderheit verteidigte, aber gleichzeitig davor warnte, den politischen

168) Gegen die Generalkommission traten u.a. auf: Vollmershaus-Berlin, Droschky-Stuttgart, Lex-Stuttgart, Haupt-Magdeburg, sämtlich führende Funktionäre des Verbandes.

169) Prot. ZvdS-1916, S. 260.

170) Ebd., S. 277 f.

171) Ebd., S. 279.

Streit in die Gewerkschaftszeitung der Schuhmacher einzubringen. In diesem Sinne kam auch eine Resolution zur Verabschiedung, die u.a. mit dem Auftrag versehen war, die Frage der "Fernhaltung des Parteistreits von den Zentralverbänden" auf die Tagesordnung der nächsten Vorständekonferenz zu setzen. ¹⁷²⁾

Simon selbst trat erst im Oktober 1917 mit seinem Reichstagswahlkreis Hof-Münchberg-Naila-Rehau zur USPD über und verlor dadurch seine Parteizugehörigkeit zur Bayerischen Landtagsfraktion, der er seit 1912 als Nürnberger Abgeordneter sowie als Fraktionsvorstandsmitglied angehört hatte. ¹⁷³⁾ Die Behauptung, daß er zum Übertritt in die USPD gezwungen worden sei, die auch in neueren Darstellungen noch aufgegriffen wird, kann nicht aufrechterhalten werden. ¹⁷⁴⁾ Der Übertritt Simons erfolgte auf eigenen Entschluß, nachdem sich die überwiegende Mehrheit einer Delegiertenkonferenz in Hof zum Übertritt entschlossen hatte. Zutreffend ist dagegen, daß er eine abweichende Haltung zur Mehrheit der Delegierten eingenommen hatte, sich aber dem demokratisch zustandegekommenen Votum unterordnete. ¹⁷⁵⁾

172) Ebd., S. 288 f. (Resolution).

173) Vgl. Simon Josef, Erinnerungen (Manuskript), DGB-Archiv Düsseldorf, gab den 6. Okt. 1917 als Übertrittstermin an, während das Hamburger Echo vom 3. Okt. 1917 (Nr. 231) bereits seinen Übertritt in die USPD gemeldet hatte.

174) Bemerkenswert ist, daß Schwarz in seiner sonst hervorragenden Studie über die Nürnberger Arbeiterbewegung, das Manuskript Simons nicht als Quelle angegeben hat. Bei der Priorität der Parteigeschichte im Verhältnis zur Gewerkschaftsgeschichte wurde die Funktion Simons als überregionaler Gewerkschaftsführer überhaupt nicht berücksichtigt, obwohl diese Position auch politische Zielvorstellungen eher erklären ließe. Vgl. Schwarz Klaus-Dieter, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, S. 230, der der Darstellung von Gärtner, Georg, Mit uns zieht die neue Zeit. Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1923, Nürnberg 1928, S. 203, folgt, während Albrecht, Willy, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918, Berlin 1968, S. 284, diesen Sachverhalt bereits modifiziert hat.

175) Simon selbst bezeichnete "die politischen Möglichkeiten für die USPD" in seinem Reichstagswahlkreis, dem ober-

Simon, der die Auffassung vertrat, daß sich die Differenzen innerhalb der Partei nicht um die Kriegskreditbewilligung, sondern um die Grundsätze sozialistischer Politik, die die Mehrheit verlassen hätte, drehen würden, lehnte ein politisches Mandat der Gewerkschaften rundheraus ab.¹⁷⁶⁾ Er vertrat somit einen Standpunkt, der nicht für alle späteren USPD-Gewerkschaftsführer akzeptabel gewesen ist, zumindest nicht in dieser puristischen Weise.

fränkischen Industriegebiet, als "sehr günstig". (Erinnerungen, S. 12). Er selbst wollte ursprünglich den Würzburger Parteitag der SPD von 1917 abwarten und eine Spaltung der Sozialdemokratie vermeiden. Auf der Parteikonferenz wurde er jedoch von den Delegierten gedrängt, da diese sich sofort der USPD anschließen wollten. Schließlich trat S. auch mit zur USPD über. Seine abweichende Haltung begründete er wie folgt: "Ich begründete meinen Standpunkt damit, daß ich zwar die bisherige Mehrheitspolitik der Partei ablehne, daß ich aber von dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, der am folgenden Sonntag in Würzburg stattfinden sollte, eine Änderung der Kriegspolitik erwarte. (Er., S. 12/13)". Über den historischen Quellenwert der Erinnerungen Simons, läßt sich prinzipiell feststellen, daß er, wie viele seiner Zeitgenossen, in seinen Memoiren dazu neigte, eine allgemeine Geschichte der Weimarer Republik zu schreiben. Über seine Tätigkeit im ZvdS und in der USPD schrieb er relativ wenig. Zu bedenken ist außerdem, daß er die Erinnerungen erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im hohen Alter von 83 Jahren niedergeschrieben hat. Eine ähnliche Problematik zeigt sich bei den Erinnerungen seiner USPD-Kollegen Wilhelm Dittmann (Manuskript IISG, Amsterdam) und Curt Geyer (Neuerdings gedruckt, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Curt Geyer, Stuttgart 1976), wobei, was Geyer betrifft, festzustellen ist, daß dessen Erinnerungen stark egozentrische und damit seine politische Rolle überbewertende Züge tragen. Für alle erwähnten Memoiren gilt, daß sie nach 1945 vollendet worden sind.

176) Prot. ZvdS-1916, S. 282, (Simon): "Was wir wollen, ist, daß die Gewerkschaften keinen Einfluß auf die politische Haltung der Partei nehmen, daß jeder, der politisch an Einfluß gewinnen will, sich politisch organisieren und in die Parteiversammlungen hineingehen muß".

2.2.4. Der Verbandstag im Juli 1918 als Ausdruck der Annäherung einer Einzelgewerkschaft an die USPD

Der letzte Verbandstag einer Einzelgewerkschaft vor dem Ausbruch der Revolution wurde vom ZvdS im Juli 1918 veranstaltet;¹⁷⁷⁾ einem Verband, der in seiner Mitgliederentwicklung durch den Kriegsverlauf mit am meisten dezimiert worden war.¹⁷⁸⁾ Daß einige Bezirke des Verbandes politisch mit der USPD sympathisierten und die Kriegspolitik der Generalkommission verurteilten, stellte das USPD-Mitteilungsblatt für Berlin befriedigt fest, indem es in einer Vorschau auf diesen Verbandstag hinwies. In diesem Artikel wurden die für den Verbandstag eingebrachten Anträge aus Leipzig, Berlin und Nürnberg hervorgehoben, weil man von hier aus die Beiträge für die Generalkommission nicht mehr entrichten wollte.¹⁷⁹⁾ In den aufgeführten Bezirken sah man sich auf gewerkschaftlicher Ebene nicht mehr durch die Generalkommission vertreten. Das USPD-Organ richtete sich in seiner Kritik pointiert gegen die Führungsgremien der Gewerkschaften und gegen deren "mangelndes Demokratiebewußtsein".¹⁸⁰⁾ Aus dem den Verbandsdelegierten vorliegenden Geschäftsbericht für die Jahre 1916/17 ging hervor, daß die Zahl der in der Schuhindustrie Beschäftigten genauso wie die Anzahl der Mitglieder des Verbandes um etwa 60 Prozent zurückgegangen und zusätzlich eine starke Fluktuation der Arbeiter in den Schuhfabriken eingetreten war, weil deren Tätigkeit wieder nur eine Durchgangsstation auf der Suche nach einer noch besser

177) Vgl. Protokoll des 17. ordentlichen Verbandstages des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, abgeh. zu Würzburg vom 8. bis 12. Juli 1918, Nürnberg o.J.

178) Ebd., S. 25. Mitgliederstand am 31. Dez. 1917: 17.608 insgesamt, davon 9.870 männliche Mitglieder.

179) Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 11 v. 16. Juni 1918.

180) Ebd.: "Sehr oft hört man die Bemerkung: wir können ja in den Gewerkschaften nichts mehr machen. Die Leitungen haben die Macht, sie verfügen über unser Geld und sie haben eine Stütze in der indifferenten Masse. Demokratie gibt es in den Gewerkschaften nicht mehr".

entlohnnten Beschäftigung gewesen war.¹⁸¹⁾ Viele der Betroffenen, insbesondere in Berlin, hatten in der Rüstungsindustrie Arbeit gefunden, wo das Lohnniveau wesentlich höher lag als in anderen Industriebereichen. Dies galt besonders für Berlin, da hier der Arbeitskräftemangel in den Rüstungsbetrieben so groß war, daß sich andere Industriezweige vor Arbeiterabwanderungen auch nur dadurch schützen konnten, indem sie die Löhne aufbesserten.¹⁸²⁾ Mit der Abwanderung von Arbeitern in andere Industriebereiche war im Falle der Metallindustrie meist eine zunehmende gewerkschaftliche Radikalisierung der "Neulinge" verbunden.

Zum ersten Mal in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte waren auf diesem Verbandstag Anträge eingegangen, deren Inhalt sich mit der neu entstandenen Partei der sozialistischen Arbeiterbewegung, der USPD, identifizierten und in denen man für die Vertreter der USPD innerhalb der Gewerkschaften dasselbe Recht verlangte wie für die Vertreter der MSPD.¹⁸³⁾ Hieß es in dem

181) Vgl. Prot. ZvdS-1918, S. 113. Beschäftigte in der Schuhindustrie insgesamt: Dez. 1913: 104.182; Dez. 1916: 65.928; Dez. 1917: 45.865. Die Mitgliederbewegung im ZvdS gestaltete sich erst wieder positiv, als nach der Revolution 1918/19 der Gedanke des Tarifvertrages bei der Mitgliedschaft als populär durchgesetzt werden konnte, wobei als ausschlaggebend für den Beitritt in die Gewerkschaft aber vorwiegend die Revolution als Faktor genannt wurde. Durch das gesteigerte Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft sei oftmals die "Organisationsscheu" überwunden worden, schrieb der Gewerkschaftsfunktionär Jean Feldmüller 1930/31 in seiner Geschichte der Pirmasenser Arbeiterbewegung (vgl. Feldmüller, Jean, a.a.O.).

182) Prot. ZvdS-1918, S. 201, (Hamacher-Bezirksleiter/Berlin): "Die Orte mit hervorragender Rüstungsindustrie haben die Möglichkeit gehabt, ihre Löhne zu verbessern, weil der örtliche Arbeitsmarkt so sehr nach Arbeitskräften hungerte daß auch die Löhne in den Industrien aufgebessert werden konnten, die nicht Rüstungsindustrie sind".

183) Ebd., S. 9, vgl. die Anträge in diesem Sinne, Nr. 5 (Leipzig), Nr. 6 (Nürnberg), Nr. 7 (Erfurt), Nr. 8 (Berlin) und Nr. 4 (Groitsch).

Antrag der Berliner Ortsverwaltung kategorisch: "Der Generalkommission sind die Beiträge zu sperren", ¹⁸⁴⁾ so wurde diese Haltung im Antrag des 8. Bezirkes (Erfurt) modifiziert:

"Der Verbandstag wolle beschließen, daß, solange die Vorstandskonferenzen der Gewerkschaften den Beschluß vom Juli 1917, welcher besagt, daß Abgeordnete der USPD zu wichtigen Arbeiterfragen nicht zugelassen werden sollen, nicht aufhebt, beantragen wir, die Beiträge für die Generalkommission zu sperren". (185)

War mit diesen Anträgen bereits politischer Zündstoff in den Verbandstag hineingetragen und die Gefahr heraufbeschworen worden, durch eine Beitragssperre die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu sprengen, so kam es bei der im Mittelpunkt des Verbandstages stehenden Diskussion um das Verhältnis des Schuhmacherverbandes zur Generalkommission zu heftigen Auseinandersetzungen, nachdem zuvor bereits das Verbandsorgan das "Schuhmacherfachblatt", wegen seiner positiven Einstellung zur USPD angegriffen worden war. ¹⁸⁶⁾ Simon, Verbandsvorsitzender und USPD-Mitglied, betonte, daß die Einheit der Gewerkschaften auf jeden Fall erhalten bleiben mußte - der Parteistreit dürfe sich auch jetzt nicht auf die Einzelgewerkschaften ausdehnen. ¹⁸⁷⁾ Von verschiedenen Seiten wurde jedoch gleich darauf die Bevormundung des Verbandes durch die Generalkommission kritisiert, so beispielsweise in der Frage der sogenannten Ludendorff-Spende, der sich die Gk angeschlossen hatte, ohne die einzelnen Gewerkschaften vorher zu informieren. Simon hatte Schwierigkeiten, innerhalb des Schuhmacherverbandes die Kritik an der Generalkommission in Grenzen zu halten, die auch aus seiner früheren Wirkungsstätte, aus Nürnberg, massiv geäußert wurde. Man versuchte, sich mit der Opposition im Metallarbeiterverband

184) Ebd.

185) Ebd.

186) Ebd., S. 209.

187) Ebd., S. 220 f.

zu solidarisieren und erklärte sich mit der Haltung des Schuhmacherfachblattes vollkommen einverstanden, wofür die Worte des Delegierten Erler stellvertretend genannt werden können:

"Der demokratische Grundsatz ist nicht überall so ausgebaut wie in unserem Verband. Wie kann man z.B. im Metallarbeiterverband heute noch von weitgehender Demokratie sprechen? Ich glaube, wenn dort nicht die Beamten soviel mitzureden hätten, wäre der Metallarbeiterverband bereits vorangegangen und hätte den Austritt aus der Generalkommission erklärt... Der Parteistreit ist nicht von uns in die Gewerkschaften hineingetragen, sondern von anderer Seite... Ich kann mich über unser Fachblatt nicht beschweren. In unserem Fachblatt ist die Generalkommission im großen Ganzen immer noch sachlich kritisiert worden, aber vom "Correspondenzblatt der Gewerkschaften" kann man das wirklich nicht sagen". (188)

In der Diskussion um den Antrag aus Erfurt, den Ausschluß von USPD-Arbeitervertretern bei Vorstände-konferenzen betreffend, stellte Simon im Verlauf des Verbandstages diese Angelegenheit klar, indem er den Inhalt des Antrages als falsch zurückwies:

"Es ist selbstverständlich, daß ich ebenso wie Jäckel (Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes, G.H.), wenn er von seinem Verband zu Vorstandssitzungen delegiert wird, dort Sitz und Stimme habe. Dagegen ist noch nie etwas unternommen worden. Es scheint hier ein Mißverständnis obzuwalten. Es ist seinerzeit verlangt worden, daß die Anträge der Gewerkschaften nicht nur der sozialdemokratischen Partei, sondern auch der unabhängigen Partei zugestellt werden. Das ist abgelehnt worden. Aber davon, daß Gewerkschafter, die für ihre Gewerkschaft erscheinen, deshalb nicht zugelassen werden, weil sie der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, ist nicht die Rede". (189)

Der Verbandstag konnte sich in der Folgezeit von einer politischen Diskussion nicht mehr lösen; rein gewerkschaftliche Fragen wurden nur mehr am Rande gestreift. Von gemäßigten Kreisen äußerte man den Wunsch, den Sitz der Redaktion des Schuhmacherfachblattes von Gotha nach Nürnberg zu verlegen, damit

188) Ebd., S. 222 f.

189) Ebd.

der dort amtierende Vorstand eine größere Kontrolle über das Blatt ausüben könnte. Dieses Argument verschaffte sich jedoch im Plenum keine Mehrheit, denn einerseits erhielt Wilhelm Bock, Redakteur und Herausgeber des Gewerkschaftsorgans, eine sehr starke Unterstützung von seiten der Delegierten, andererseits war er noch dazu Eigentümer des Fachblattes.¹⁹⁰⁾ Simon unterstützte Wilhelm Bock, indem er darauf verwies, daß man von der Generalkommission her genauso einseitig gegen die USPD vorgehe, was sich mit der gewerkschaftlichen Neutralität nicht vertrage.¹⁹¹⁾ Bock selbst wies den Vorwurf, daß das Fachblatt nur ein "Agitationsorgan für die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" sei,¹⁹²⁾ zurück. Er vertrat den Standpunkt, daß wirtschaftliche und politische Verhältnisse nicht zu trennen seien und eine rein gewerkschaftliche Betrachtungsweise, von der Gegenseite gefordert, nicht aber eingehalten, den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht entsprechen würde. Für die Spaltung der sozialdemokratischen Partei machte er die Generalkommission verantwortlich:

"Aus der Spaltung der Partei ist selbstverständlich die Befürchtung entstanden, daß auch die Gewerkschaften sich spalten könnten. Um so vorsichtiger hätte man mit der Parteisplaltung sein sollen, und ich mache der Generalkommission und besonders Legien den Vorwurf, daß sie mit zu den treibenden Kräften gehören, die die Partei gespalten haben". (193)

Eine Spaltung der Gewerkschaften sowie ein Beitragssperre lehnte

190) Vgl. NL Adolf Geck, Nr. 1219, BGL Karlsruhe.

191) Vgl. Prot. ZvdS-1918, S. 233 f.

192) Ebd., S. 236, vgl. die Äußerung von Feldmüller, Jean (Pirmasens).

193) Ebd., S. 254, wo Bock über Legien äußerte: "...er war es, der zuerst im Reichstag den Antrag auf Ausschluß aus der Fraktion gestellt hat, der gegen die 18 Stimmen der Gewerkschaftsführer abgelehnt wurde".

Bock als antigewerkschaftliches Mittel rundherum ab, wie sich die Gegnerschaft auf dem Verbandstag überhaupt gegen die Gewerkschaftsführung und hier insbesondere gegen Carl Legien richtete. Den Schlußpunkt dieses, unter politischen Vorzeichen stehenden Verbandstages, dem nach der Revolution von 1918 viele ähnlich strukturierte Verbandstage von Einzelgewerkschaften folgen sollten, bildete die Abstimmung über die Sperrung der Beiträge an die Generalkommission, die schließlich abgelehnt wurde. Simon als Vorsitzender und Bock als Redakteur des Fachblattes wurden daraufhin einstimmig wiedergewählt, was nach der kontroversen, von persönlichen Angriffen gekennzeichneten Diskussion doch überraschen mußte. Insgesamt läßt sich vermerken, daß die Bereitschaft der meisten Delegierten, die Gewerkschaftsbewegung auf keinen Fall zu spalten, für diesen Konsens ausschlaggebend gewesen sein wird. Andererseits gilt es auch festzustellen, daß Simon und Bock viel zu sehr der Tradition von Bebel und Liebknecht verhaftet waren, daß sie, als sogenannte Gewerkschaftsveteranen, jemals die Einheit der Gewerkschaftsbewegung aufs Spiel gesetzt haben würden. Hiermit waren auch bereits die Weichen gestellt, was das Zurückdrängen radikalerer, antigewerkschaftlich orientierter Einflüsse auf den Verband betraf, wie sie in anderen Gewerkschaften durchaus vorkamen. Die Befürworter der USPD-Politik, oder besser gesagt, die Gegner der Generalkommission, befanden sich weitgehend in Übereinstimmung mit der regionalen Opposition des Metallarbeiterverbandes und konzentrierten sich auf Leipzig, Berlin, Stuttgart, Erfurt, Nürnberg und natürlich einige, spezifisch für die Schuhindustrie bedeutende kleinere Orte. In den aufgeführten Städten sollte später die USPD eine größere Rolle spielen und die MSPD in Bezug auf die politische Anhängerschaft überflügeln.

2.3. Der Deutsche Textilarbeiterverband (DTV)

2.3.1. Verbandsstruktur und sozioökonomische Situation der Textilarbeiterschaft

Infolge des außerordentlich niedrigen Lohnniveaus der Textilarbeiter und dem damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Elend, ¹⁹⁴⁾ bestand in dieser Industriearbeiterkategorie eine ausgeprägte Unternehmerfeindlichkeit, die für die radikale Haltung zahlreicher Gewerkschaftsmitglieder dieses Industriezweiges verbindlich wurde. Die Textilarbeiter, seit jeher am Ende der Lohnskala in der deutschen Arbeiterschaft, mit ihrem überdurchschnittlichen Frauenanteil, der sich während der Kriegszeit noch enorm steigerte, waren zu Beginn des Ersten Weltkrieges noch relativ schwach gewerkschaftlich organisiert und setzten sich nach verbandsoffizieller Ansicht sehr stark aus "indifferenten und unorganisierten Elementen" zusammen, was eine auf dem 12. Verbandstag der Textilarbeiter von 1914 verabschiedete Resolution zum Ausdruck brachte. ¹⁹⁵⁾ Vor dem Krieg waren im Bereich der Textilindustrie Tarifabschlüsse ohne vorausgegangenen Streik oder Aussperrungen von der Arbeitgeberseite kaum gebilligt worden. Immer wieder war es zu einem brutalen Vorgehen gegen Kategorien dieser Arbeiterschaft gekommen, wobei auch die staatlichen Behörden wiederholt zugunsten der Unternehmer in einen Arbeitskampf eingegriffen hatten. Für das Scheitern verschiedener Verbandsaktionen war ausschlaggebend,

194) Vgl. Henderson, W.O., The Labour Force in the Textile Industries, in: ASG XVI (1976), S. 311.

195) In dieser Resolution hieß es u.a.: "...daß ganz besonders in der Textilindustrie durch die Anwerbung hunderttausender widerstandunfähiger Arbeiterinnen und die immer erneute Heranziehung weiterer tausend, bis dahin indifferenter und unorganisierter Elemente in die Fabriken der Konkurrenzkampf der Arbeiter unter sich ständig verschärft wird". Vgl. Protokoll der Verhandlungen der 12. Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes vom 18.-23. Mai 1914 in Dresden, Berlin 1914, S. 295 ff.

daß die Textilarbeiterschaft, damals nur zu knapp 20 Prozent gewerkschaftlich organisiert, der Arbeitgeberseite nicht ebenbürtig gegenüberzutreten konnte. Außerdem existierte vielfach ein Überangebot an Arbeitskräften in diesem Bereich, was von der Unternehmerseite zu Lohnsenkungen ausgenutzt wurde. Die Arbeitgeber sahen sich in dieser Phase nicht dazu veranlaßt, die Gewerkschaften als offizielle Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen. Das Tarifvertragswesen, dessen Aufbau neben dem Ausbau der Organisation von Kreisen dieser Gewerkschaft vorangetrieben wurde, war zu einem Streitpunkt der verschiedenen Richtungen innerhalb des Verbandes geworden, weil der linke Gewerkschaftsflügel darin gleichzeitig eine Stärkung der privatkapitalistischen Wirtschaft und eine Schwächung des Klassenkampfgedankens erblickte. Dieser Standpunkt, von der sozialdemokratischen Linken propagiert und in dem Verband teilweise rezipiert, ¹⁹⁶⁾ konnte sich im Gesamtverband nicht durchsetzen. Bedingt durch das soziale Elend der Textilarbeiterschaft waren in der Folgezeit radikalere gewerkschaftliche Ansätze zugunsten des Tarifvertragsgedankens hintangestellt worden, wobei auch die USPD-Anhängerschaft für den Ausbau der Organisation und das Tarifvertragswesens eintrat, wenn man darin auch nur ein Durchgangsstadium zu weiterreichenden Zielen erblickte.

Von der wirtschaftlichen Umstrukturierung, der verstärkten Ankurbelung der Rüstungsindustrie, wurde die deutsche Gesamtwirtschaft völlig zerrüttet, wovon auch die Textilindustrie schwer betroffen war. Bei einer Gesamtzahl sämtlicher in deutschen Industriebetrieben Beschäftigter von 6.153.000, betrug nach einer Betriebszählung aus dem Jahre 1912, der Anteil der Textilarbeiter etwa 840.000 Personen. Rechnet man die etwa

196) Vgl. Gruschwitz, Kurt, Die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Textilarbeiterschaft, dargestellt an den Jahren vor und nach dem Kriege, Staatswiss. Diss. Tübingen 1922, S. 41.

200.000 Angestellten dieser Branche hinzu, betrug der Anteil an der gesamten Arbeitnehmerschaft im Deutschen Reich über eine Million. Damit war die Textilindustrie quantitativ an der Gesamtzahl der Industriearbeiterschaft mit 13,7 bzw. 16,9 Prozent beteiligt, wobei der Anteil der ungelernten Arbeiter auffallend hoch lag.¹⁹⁷⁾ Vor Kriegsausbruch war die Situation der Textilindustrie trotz ungünstiger Standortlage und sehr schwieriger Rohstoffversorgung, eher günstig zu beurteilen, was sich aber keinesfalls positiv auf die Löhne der Arbeiter niederschlug.¹⁹⁸⁾ Nach Kriegsbeginn sah sich dieser Industriezweig sofort mit ernsthaften Problemen konfrontiert, wobei verschiedene Komponenten zusammenwirkten:

- 1) Der Export ins feindliche Ausland, der bisher einen großen Umfang des Produktionsaufkommens ausgemacht hatte, brach sofort ab.
- 2) Der Run auf die noch vorhandenen Rohstoffe führte zu einer starken Verteuerung auf dem Inlandmarkt.
- 3) Die Nachfrage nach Textilerzeugnissen ging zurück, was den zivilen Bereich der sogenannten Friedensindustrie anbetraf.
- 4) Die für alle Einzelgewerkschaften zu Beginn des Krieges verhältnismäßig wahllose Einberufung von Betriebsleitern, Angestellten usw. brachte verschiedentlich auch Betriebe zum Erliegen.
- 5) Zahlreiche Unternehmer schlossen ihre Betriebe, um die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzuwarten, was eine erhöhte Arbeitslosenzahl in dieser Branche bewirkte.¹⁹⁹⁾

197) Jahrbuch des Textilarbeiterverbandes von 1914/1915, Berlin 1916, S. 8 f.

198) Vgl. Gruschwitz, K., a.a.O., S. 12.

199) Vgl. hierzu auch Reulecke, Jürgen, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910 bis 1925, Neustadt a.d. Aisch 1973, S. 41.

Zu Kriegsbeginn brauchten die Firmen mit Heeresaufträgen über einen Auftragsmangel nicht zu klagen, da die Textilindustrie nach der Metallindustrie der zweitgrößte Heereslieferant war, wobei jedoch einzuschränken ist, daß bestimmte Friedensproduktionen vollkommen ausgefallen waren.²⁰⁰⁾ Viele Betriebe mußten im Verlauf des Krieges stillgelegt werden, weil das Problem der Rohstoffversorgung nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte und die ausländischen Absatzgebiete völlig ausfielen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg somit ins Uferlose. Im November 1915 berichtete das Organ des freigewerkschaftlichen Textilarbeiterverbandes, "Der Textilarbeiter":

"Es gibt neben der Textilindustrie in Deutschland keine zweite Industriegruppe von solcher Bedeutung, in der die Arbeiterschaft in gleich ungünstiger Weise durch den Krieg heimgesucht wurde. Schon beim Ausbruch des Krieges waren Hunderttausende aus der Textilarbeiterschaft Deutschlands längere oder kürzere Zeit ohne Beschäftigung". (201)

Von den Mitgliedern des 1914 über 120.000 Personen zählenden Verbandes wurden sofort nach Ausbruch des Krieges 21.257 Unterstützungsberechtigte gemeldet. Dazu kamen 10.000 Mitglieder, die im Heeresdienst standen. Bis weit in den November 1914 hinein waren insgesamt ungefähr 200.000 Textilarbeiter, ca. 24 Prozent dieser Industriesparte ohne Beschäftigung.²⁰²⁾ Mit der

200) Vgl. der Textilarbeiter Nr. 2 v. 8. Januar 1915: "Neben der Metallindustrie ist es die Textilindustrie, die in allen kriegsführenden Staaten am hervorragendsten an den Lieferungen für Kriegszwecke beteiligt ist. In Deutschland sind es nur wenige Branchen der Textilindustrie, die nicht für Kriegslieferungen in Betracht kommen. Es werden von der Heeresverwaltung gebraucht: Tuche für Mäntel, Uniformen, Hemden, Unterwäsche, Pferdezelte, Segeltuche, Verbandstoffe u.a.". Zweige der Textilindustrie, die schon immer an das Heer geliefert hatten, wie Tuchwebereien und Kammer-spinnereien, erlebten kurz nach Kriegsausbruch eine Hochkonjunktur. Vgl. Reulecke, J., Die wirtschaftliche Entwicklung, a.a.O., S. 50.

201) Der Textilarbeiter Nr. 45 v. 15. November 1915.

202) Vgl. Jahrbuch des Textilarbeiterverbandes von 1914/15, S. 22. In der ersten Augustwoche 1914 meldeten Funktionäre des Textilarbeiterverbandes aus 88 Orten, daß 178 Großbetriebe mit sofortiger Wirkung geschlossen worden seien.

zunehmenden Arbeitslosenzahl, sie betrug bei den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern in der Textilindustrie im August 1914 21,2, bei den weiblichen 32,4 Prozent, ²⁰³⁾ änderte sich auch die Einstellung des gewerkschaftlichen Organs, des "Textilarbeiters", etwas, da nun die Burgfriedenspolitik der Generalkommission zunehmende Ablehnung erfuhr. Die Unzufriedenheit steigerte sich, als zu Beginn des Jahres 1915 offenkundig wurde, daß der Bewegungskrieg zu einem Stellungskrieg geworden war, was für die Textilindustrie die unmittelbare Folge hatte, daß durch die beim Kriegsamt geschaffene Kriegsrohstoffabteilung ²⁰⁴⁾ eine umfassendere und gezieltere Konzentration der Rohstoffe bewirkt wurde, deren Ergebnis man in Textilarbeiterkreisen mit "Zwangswirtschaftsgesetz" bezeichnete. Dadurch ging das Heeresgeschäft, insbesondere auf dem Tuchsektor, immer mehr an einige sehr große Höchstleistungsbetriebe, während zahlreiche mittelgroße und kleinere Betriebe, besonders ab Ende 1916, stillgelegt werden mußten. ²⁰⁵⁾ Sachsen und besonders Ostsachsen, ²⁰⁶⁾ hier wiederum die Oberlausitz, bildeten ein Zentrum der Textilindustrie, wo an die 60 Prozent aller in Industrie und im Handel Beschäftigten ihr Auskommen finden mußten. Die Arbeitslöhne hinkten in dieser Region und auch im Mittelpunkt dieses Gebietes, in Dresden, stark hinter den Durchschnittslöhnen im Reich hinterher. ²⁰⁷⁾ Für die verstärkt

203) Vgl. a. Reulecke, J., a.a.O., S. 43.

204) Seit dem 13. August 1914 als neue Abteilung des Kriegsammtes eingerichtet.

205) Vgl. Reulecke, J., a.a.O., S. 63.

206) Ostsachsen: Die Gebiete links und rechts der Elbe von Bad Schandau bis Riesa, das östliche Erzgebirge und die sächsische Oberlausitz. Dresden bildete mit ca. 600.000 Einwohnern den Mittelpunkt dieses Gebietes. Vgl. a. Dörrer, H., Die Herausbildung einer revolutionären Massenpartei in Ostsachsen, S. 8.

207) So erhielten in der Dresdner Textilindustrie 1913 55 Prozent der dort beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte einen Tageslohn von RM 1,26 bis 2,25, dieselbe Kategorie in der Metallindustrie über 4,75 RM. Vgl. Stat. Jb. f.d.Königreich Sachsen, 42. Jg. 1914/15, S. 9 bzw. S. 192.

durchgeführten Stilllegungen von Betrieben in diesem Gebiet waren unter anderem das schlechte Eisenbahnnetz und die damit verbundene Erschwerung kriegswichtiger Transporte ausschlaggebend. ²⁰⁸⁾ Der Beschäftigungsgrad wurde hier schließlich von einer Kommission, bestehend aus Vertretern des Kriegsammtes und den Arbeitgebern, auf 55 Prozent der Vorkriegskapazitäten festgelegt. ²⁰⁹⁾ Damit zusammenhängende Stilllegungen führten besonders in Landstrichen, wo für die Arbeitslosen keine andere aufnahmefähige Ausweichindustrie existierte, zu großer Not und im zweiten Schritt zu einem Mißtrauen der Regierung und dem Unternehmertum sowie letztlich der Gewerkschaftsführung gegenüber. Regional betrachtet wurde von diesen Stilllegungen die Lausitz am härtesten betroffen, wo von insgesamt 325 Textilbetrieben nur 30 als vollstufig Berücksichtigung fanden. ²¹⁰⁾

Was das Durchschnittsalter der Textilarbeiterschaft anging, so lag dieses etwa auf derselben niedrigen Ebene wie das der Metallarbeiterschaft, niedriger als das in der Schuhindustrie und weit geringer als in anderen Gewerkschaften, wobei der hohe Frauenanteil ausschlaggebend war. Unmittelbar vor Kriegsausbruch waren ungefähr 60 Prozent aller Beschäftigten in der Textilindustrie unter dreißig Jahre alt, womit der Industriezweig vom Durchschnittsalter her gesehen, in der gesamten deutschen Arbeiterschaft die jüngste Altersstruktur aufzuweisen hatte. ²¹¹⁾

208) Vgl. Jäckel, Hermann, Arbeit und Kapital in der Textilindustrie während des Krieges, in: NZ 8 (1916).

209) Vgl. Gruschwitz, K., a.a.O., S. 17.

210) Ebd.

211) Vgl. a. Bernays, Marie, Zur Psychophysik der Textilarbeit. Übungsfortschritt und Stetigkeitszunahme der Leistung in: ASS 32 (1911), S. 141 ff.

2.3.2. Gewerkschaftliche Tradition und Opposition

Der Textilarbeiterverband besaß eine weit zurückreichende Tradition, eng verknüpft mit der sozialdemokratischen Partei. Vergleichbar mit dem Schuhmacherverband waren in dieser Einzelgewerkschaft einige führende Gewerkschaftsvertreter tätig, die politisch mit der Parteiminderheit sympathisierten, sich aber im Gegensatz zum Schuhmacherverband politisch innerhalb des Verbandsgeschehens kaum artikulierten. Der wohl profilierteste Gewerkschaftsvertreter, der mit der Parteiminderheit in Verbindung gebracht wurde, war Hermann Jäckel, der in der Bewegung der Textilarbeiterschaft eine hervorragende Rolle spielte und bereits im Jahre 1903 als Organisator des großen Crimmitschauer Streikes in Erscheinung getreten war. ²¹²⁾

212) Hermann Jäckel, am 20. Juni 1869 in Crimmitschau geboren, erlernte das Webfach und schloß sich bereits sehr früh der Arbeiterbewegung an. Auf dem Gewerkschaftskongreß von 1899 zählte er zu den 8 Delegierten des Textilarbeiterverbandes. Wie Schaarschmidt, Erich, Geschichte der Crimmitschauer Arbeiterbewegung, phil. Diss. Leipzig 1934, S.181, feststellt, war H. Jäckel als Leiter des Streikes von 1903 sofort in aller Arbeiter Munde und sein Popularitätsgrad dementsprechend hoch gewesen. Auf dem Verbandstag der deutschen Textilarbeiter von 1905 in Hannover wurde Jäckel zum Gauleiter ernannt und bereits ein Jahr später berief man ihn in den Verbandsvorstand, wo er 1913 zum Verbandsvorsitzenden neben Hübsch gewählt wurde. Außerdem vertrat er von 1912 bis 1924 die sächsischen Wahlkreise Plauen-Ölsnitz und Zwickau-Chemnitz im Reichstag. Jäckel zählte zwar zu den Gegnern der Kriegskreditbewilligung, wollte jedoch die Einheit der Sozialdemokratie unbedingt erhalten wissen und tat auch das Seinige dazu, diese wieder herzustellen (vgl. dazu auch Knopp, Guido, Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917-1920. Unter besonderer Berücksichtigung der "Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie", Diss. Würzburg 1976). Der Eintritt Jäckels in die USPD erfolgte relativ spät und läßt sich nicht mehr genau feststellen, lag aber zwischen November 1917 und März 1918, da er einerseits noch in der Präsenzliste des SPD-Parteitages von 1917 genannt ist (Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgeh. in Würzburg vom 14.-20. Oktober 1917, Berlin 1917, S. 479 ff.), andererseits sein Übertritt zur USPD in einem Geschäftsbericht der sächsischen SPD festgestellt wurde. (Vgl. Geschäftsbericht des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Sachsens 1. April 1917 bis 31. März 1918, in: Prot.Soz.Pt.Sachsen 1918.

Dieser Streik, der einzige große in der deutschen Baumwollindustrie, ²¹³⁾ stärkte, trotz der Niederlage, das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft und gab gleichzeitig den dabei führend beteiligten Gewerkschaftern, wie beispielsweise Hermann Jäckel, mehr oder weniger einen "heroischen" Charakter innerhalb der dortigen Arbeiterbewegung. Hatte der Streik doch gezeigt, daß es durch die Geschlossenheit der Arbeiter gelungen war, fast ein halbes Jahr lang die Betriebe einer Stadt stillzulegen. Der Streik von Crimmitschau, den fast die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1903 unterstützt hatte, ²¹⁴⁾ bildete einen wichtigen Fixpunkt, was das negative Verhältnis dieses Verbandes zum Unternehmertum anging. Wie neuerdings festgestellt worden ist, bildete sich gerade in Crimmitschau, wo zudem die schlechtesten Arbeitsbedingungen in Deutschland vorherrschten, eine starke Gewerkschaftsbewegung mit besonders radikalen Zügen heraus. ²¹⁵⁾ Mitte Januar 1904, als der Streik zur Verwunderung vieler Beteiligten durch eine Direktive der Gewerkschaftsführung abgebrochen wurde, zu einem Zeitpunkt, wo die Solidarität und Unterstützung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung einen hohen Intensitätsgrad erreicht hatte, verschlechterte sich das Verhältnis von engagierten Gewerkschaftern des Textilarbeiterverbandes zur Generalkommission schlagartig. Viele Crimmitschauer Arbeiter hatten ihr Letztes gegeben, um diesen Streik zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, und nun sahen sie, ohne

Anhang, S. 165: "Der Abgeordnete des 23. Kreises, Jäckel, trat zu den Unabhängigen über"). Ab 1919 hatte Jäckel den Vorsitz im Textilarbeiterverband inne und bestimmte die Richtlinien des Verbandes. 1921 bis 1922 gehörte er als sächsischer Arbeitsminister der dortigen Regierung an. 1928 starb Jäckel 59-jährig in Berlin. Vgl. dazu auch Heyde, Ludwig (Hrsg.), Internationales Handbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1930-31, Bd. 1, S. 859.

213) Zum genaueren Verlauf des Streikes s.a. Schaarschmidt, E., a.a.O., S. 123 f.

214) So gingen für die Crimmitschauer Arbeiter bei der Hauptkasse des Textilarbeiterverbandes in Berlin insgesamt 1.223.275,44 Mk. ein. Diese Zahl, zit. n. Schaarschmidt, E., a.a.O., S. 126.

215) Vgl. Henderson, W.O., a.a.O., S. 283 ff.

vorher gefragt worden zu sein, als Ergebnis eine Niederlage. Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, gab dazu folgende Erklärung ab:

"Entscheidend waren zwei Momente. Es mußte verhindert werden, daß ein allmähliches Abflauen des Kampfes eintrat und zweitens, daß die Crimmitschauer Industrie zur Vernichtung geführt werde. Beides stand zu befürchten, wenn die Ausgesperrten über Januar hinaus Widerstand geleistet hätten". (216)

War dies, gesamtwirtschaftlich betrachtet, auch verantwortungsbewußt gehandelt, so rief diese Erklärung auf der anderen Seite, bei radikaleren Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern große Verbitterung hervor und nicht zuletzt in dieser Tatsache lag einer der Gründe, daß die Crimmitschauer Textilarbeiter auf dem gewerkschaftlichen Sektor später in ihrer Mehrheit sehr stark zur USPD, zur gewerkschaftlichen Opposition hin tendierten, wobei hervorzuheben ist, daß diese Gegnerschaft bis 1922 niemals zur KPD hinreichte. Auf der anderen Seite hatte die Haltung der Gewerkschaftsführung eine Weitsicht und wirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein sowohl der Arbeiterschaft als auch der Industrie gegenüber aufgezeigt, die in der folgenden Zeit sogar von USPD-Gewerkschaftern als richtig eingestuft wurde, wie Verlautbarungen von Friedrich Geyer, ²¹⁷⁾ dem Redakteur der Tabakarbeiterzeitung und späteren USPD-Fraktionsvorsitzenden belegen, der ebenso wie Legien für den Bestand der Crimmitschauer Industrie und damit der örtlichen Arbeitsplätze

216) Vgl. NL Eduard Weckerle VII, Der Weberstreik von Crimmitschau, Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern. Eduard Weckerle (1890-1956) gehörte der USPD an. 1918/19 Privatsektretär von Eisner und Landauer. 1919 Redakteur des Mannheimer USPD-Organs. 1920-1922 im Presseamt der USPD in Berlin tätig, dann beim Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam. 1928 Redakteur bei der "Volksstimme" in Chemnitz. 1933 Emigration in die Schweiz.

217) Friedrich Geyer (1853-1937). Von 1895 - 1918, Redakteur des "Tabakarbeiter", des Organ des Tabakarbeiterverbandes, 1916 SAG, Mitbegründer der USPD, 1919 Finanzminister in Sachsen, MdNV, 1920-24 MdR, Anhänger des Anschlusses an die KI, 1920 VKPD, 1921 Austritt aus der KPD, dann KAG. 1921/22 wieder USPD (Fraktionsvorsitz der Reichstagsfraktion), 1922 Wiedervereinigung mit der SPD.

gefürchtet hatte. ²¹⁸⁾ Vom Ergebnis her eine Niederlage, wurde dieser Streik für die Gewerkschaftsbewegung, langfristig betrachtet, ein Erfolg, weil durch die eindrucksvolle Solidarität, die hier bekundet worden war, viele neue Mitglieder in den Textilarbeiterverband eintraten. Nur daher ist es auch zu erklären, daß die Ortsgruppe des Textilarbeiterverbandes in Crimmitschau von 2.450 im Jahre 1903 auf 5.182 im Jahre 1904 angestiegen war. ²¹⁹⁾

Da viele führende Gewerkschafter des Textilarbeiterverbandes aus Crimmitschau und Umgebung stammten, wurden für sie dieser Streik und die damit verbundene unerbitterliche Haltung der Unternehmerschaft zu einer Art Schlüsselerlebnis. Die Haltung gegen das Unternehmertum und gegen die wirtschaftsfriedlichen "gelben" Werkvereine kam noch 11 Jahre nach dem Streik, in einem Referat von Hermann Jäckel auf dem 12. Verbandstag der Textilarbeiter 1914 in Dresden zum Ausdruck, wo er über "Unternehmerterrorismus und Werkvereine" sprach. ²²⁰⁾ Er wandte sich hier vorwiegend gegen die sogenannten Arbeitsnachweise die von den Unternehmern mißbraucht würden, um die Arbeiterschaft zu disziplinieren und einzuschüchtern; ²²¹⁾ ein Punkt

218) Vgl. NL Weckerle, E., Archiv d. Schweizer Gewerkschaftsbundes, Bern, wo F. Geyer zitiert wird: "Ausschlaggebend mußte sein, daß in der neuen Saison die Crimmitschauer Industrie nicht bei Fortsetzung des Kampfes ihren Platz auf dem Weltmarkt einbüße".

219) Vgl. Schaarschmidt, E., a.a.O., S. 129. Die Einwohnerzahl von Crimmitschau betrug 1903 ca. 23.000 Einwohner.

220) Vgl. Prot. DTV-1914, S. 294 ff.

221) Ebd., S. 294. "Geradezu infam ist z.B. die Benutzung der Arbeitsnachweise. Über jeden Arbeiter, der sich gemeldet, wird bei den Unternehmer-Nachweisen eine Personalkarte geführt. In Crimmitschau ist für jeden Arbeiter eine solche vorhanden, da bei Beendigung des Streiks sich jeder Arbeiter melden mußte. Im Hamburger Nachweis der Eisenindustriellen mögen sich heute gegen 100.000 Personalkarten angesammelt haben. Die Personalkarten bezeichnen jede Eigenschaft des Arbeiters. Der "Aufsässige", der "Agitator", der "Blaumacher" usw. ist kenntlich gemacht. Entläßt ein Unternehmer einen Arbeiter und er wünscht den Ausschluß desselben von der Beschäftigung, so meldet er dies ein-

der im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes von 1916 ebenfalls sehr umstritten gewesen ist. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes wurde die oppositionelle Haltung des Textilarbeiterverbandes zur Gewerkschaftsführung mit Sicherheit noch gesteigert. Es kam teilweise auf parteipolitischer Ebene zu einem Engagement für die SAG, später für die USPD, besonders im Raum Zwickau-Crimmitschau, wo sich der langjährige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Stolle zur Opposition bekannte.²²²⁾ Ebenso wie Jäckel verkörperte Stolle, der bereits zu den ersten 14 Gegnern der Kreditbewilligung innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 3. August 1914 gezählt hatte,²²³⁾ für die Arbeiterschaft den Typus des alten, vertrauensvollen Sozialdemokraten, der bereits während des Sozialistengesetzes als Organisator und später, während des großen Streiks, als Versammlungsredner hervorgetreten war.²²⁴⁾

fach dem Nachweis. Dem Wunsch des Unternehmers wird ohne weiteres entsprochen...Hunderterte sind in Crimmitschau schon ausgeschlossen worden".

- 222) Wilhelm Stolle, geb. 19. Dez. 1842, war seit 1890 Reichstagsabgeordneter der SPD im Raum Zwickau-Crimmitschau. Während des Sozialistengesetzes spielte er als Wirt eines Gasthofes, dem auch eine Gärtnerei angeschlossen war, eine große Rolle. Er organisierte die geheimen Zusammenkünfte, die Zeitungszulieferungen und den sonstigen Schriftenaustausch. Im Streik von 1903 trat er wiederholt als Versammlungsredner auf, um sich in der folgenden Zeit vorwiegend der Arbeit im Reichstag zu widmen. 1916 trat er in die SAG und anschließend in die USPD ein. Am 18. März 1918 verstarb er 75-jährig in Gesau. An seiner Beerdigung nahmen Tausende von Arbeitern und Parteimitgliedern teil.
- 223) Vgl. Dittmann, W., (Erinnerungen, S. 428, IISG, wo neben Stolle (Zwickau) noch aufgeführt wurden: Haase (Königsberg), Ledebour (Berlin), Henke (Bremen), Lensch (Reichenbach), Liebknecht (Potsdam), Herzfeld (Rostock), Bock (Gotha), Schwartz (Lübeck), Geyer, F. (Leipzig-Land), Horn (Dresden), Kunert (Halle), Rück (Pirna), Vogtherr (Stettin). Mit Ausnahme von Lensch gehörten alle der oben Genannten später der USPD an.
- 224) Vgl. zu Stolle auch Severing, Carl, Mein Lebensweg, Bd. 1: Vom Schlosser zum Minister, Köln 1950, S. 161.

Als Indiz für die spätere Hochburg der USPD mag von Interesse sein, daß gerade in Sachsen "Zehntausende von Textilarbeitern" gleich zu Beginn des Krieges durch Entlassungen schwer betroffen waren. Dies führte bald zu sozialen Spannungen, denn gegenüber dem landwirtschaftlichem Sektor überwog hier die Industriearbeit deutlich, sodaß auch die Arbeitslosenziffern überdurchschnittlich hoch lagen.²²⁵⁾ Bereits vor dem Krieg bildeten industrielle Randgebiete wie Pirna, Hildenaу und Crimmitschau Hochburgen der Arbeiterbewegung. Die Arbeitslöhne hinkten hier und auch im Mittelpunkt der Region, in Dresden, stark hinter den Durchschnittslöhnen der Arbeiterschaft im Reich hinterher.²²⁶⁾ Auch in Textilbetrieben, wo die Profite der Unternehmen gerade infolge des Krieges angestiegen waren, zeigte die Entlohnung der Arbeiter ein gegenteiliges Bild. So hatte beispielsweise während der Kriegszeit die aufgrund der Rohstoffschwierigkeiten neu eingerichtete Papiergarnindustrie einen immensen Aufschwung genommen und auch Gewinne erwirtschaftet, die man aber keineswegs an die Arbeiterschaft weitergab.²²⁷⁾ Prinzipiell wurde das Wirtschaftsleben Sachsens, von der Textilindustrie geprägt, durch die Umwälzung der Industrie stark in Mitleidenschaft gezogen, was sich auf die Mitgliederstrukturen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung auswirkte, wenn sich die Abgänge von Arbeitskräften in andere Betriebszweige und Regionen statistisch auch nicht immer niederschlugen, weil innerhalb der Gewerkschaftsverbände ein formales Übertrittsverbot existierte, das man jedoch nicht selten um-

225) In Sachsen überwog insgesamt gesehen die industrielle Arbeit gegenüber der Landwirtschaft im Verhältnis von 88,5 zu 11,5, während im Reich dieses Verhältnis 60 zu 40 gewesen ist. Vgl. Prot. Soz. Pt. Sachsen 1918, S. 45.

226) Vgl. Dörrer, H., Die Herausbildung einer rev. Massenpartei, S. 8.

227) Vgl. Lange, Paul, Die Neuorientierung der Gewerkschaften, Leipzig 1917, S. 10.

ging.²²⁸⁾ Zahlreiche Textilbetriebe wurden in dieser Phase auf Munitionsherstellung umgestellt,²²⁹⁾ was insofern die Radikalisierung der Textilarbeiter förderte, als nun viele Arbeitslose dieser Branche in neu organisierte Großbetriebe wechselten, die aufgrund des hohen Lohnniveaus auch eine starke Anziehungskraft ausübten.²³⁰⁾ Dadurch kamen die ehemaligen Textilarbeiter mit ihren Kollegen aus der metallverarbeitenden Industrie in Kontakt; einer Arbeiterkategorie, in der sich bereits eine breitere Schicht im Einklang mit der Gewerkschaftsopposition befand. Zudem entwickelte sich im Großbetrieb ein stärkeres Solidaritätsgefühl gegenüber dem Unternehmertum als in den kleineren Betrieben, die meist noch nach patriarchalischen Prinzipien geleitet wurden.

228) Vgl. Prot. Soz. Pt. Sachsen 1918, S. 11. S.a. die in den Jahresberichten der Einzelgewerkschaften häufig angegebene Rubrik über den Übertritt von Gewerkschaftsmitgliedern aus anderen Verbänden.

229) Vgl. Sogemeier, M., Die Entwicklung, S. 69.

230) Vgl. Deutscher Textilarbeiter-Verband, Protokoll der 13. (außerordentlichen) Generalversammlung. Abgehalten am 24., 25., 26. und 27. Juni 1917 im Apollotheater in Augsburg, Berlin o.J., S. 117, wo man die Löhne der Munitionsindustrie als Richtlinie auch für die Textilarbeiter einführen wollte. Ein Berliner Delegierter (Zehms) äußerte sich hier über das Lohnniveau der Textilindustrie: "Diese Löhne stehen um mindestens 50 Prozent unter den Löhnen der Arbeiter der Rüstungsindustrie".

2.3.3. Annäherung an die Haltung der Parteiminderheit und USPD 1916 bis 1918

In Sachsen war es auf politischer Ebene bereits relativ früh zu einer Übereinstimmung von Gewerkschaftskreisen mit der Antikriegshaltung der Parteiopposition gekommen, wobei sich die ökonomischen Interessen der Textilarbeiter mit den Vorstellungen der Parteiopposition in Einklang befanden, wenn man von der Anfangszeit des Krieges, wo verschiedenerorts noch eine nationale Euphorie vorherrschte, absieht. In den sozialdemokratischen Organisationen der Oberlausitz hatte die Diskussion über den Offenen Brief vom 9. Juni 1915 dazu geführt, daß 9 sozialdemokratische Funktionäre aus Zittau und Ostritz, Centren der Textilindustrie, diesen Aufruf gegen die Politik des Parteivorstandes und der Generalkommission unterzeichnet hatten. Dasselbe galt für den Gesamtvorstand des Kreises Pirna sowie den Vorstand des Gewerkschaftskartells Mügeln.²³¹⁾ Auch die Haltung des Gewerkschaftsorgans veränderte sich in dieser Phase zuungunsten der Gewerkschaftsführung. Hatte der "Textilarbeiter" noch im September 1915 einen Aufruf der Generalkommission gegen "Oppositionelle" veröffentlicht, so erschienen zu Beginn des Jahres 1916 bereits Artikel, die auf eine Kurskorrektur hindeuten ließen. Wurde am 7. Januar 1916 eine Darstellung von Luise Zietz, Anhängerin der Parteiminderheit, abgedruckt, in der sie gegen die ungleiche Lebensmittelverteilung und gegen die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes zu Felde zog,²³²⁾ so erschienen zwei Wochen später Berichte unter der Rubrik "Die Gewerkschaften zum Parteistreit", in denen Gewerkschaftsführer, die sich für die "Burgfriedenspolitik" einsetzten und diese auch für die Gewerkschafter ver-

231) Vgl. Dörrer, H., a.a.O., S. 47 f.

232) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 1 v. 7. Januar 1916.

bindlich machen wollten, angegriffen wurden.²³³⁾ Der Verband hielt sich, in seiner Gesamtheit gesehen, im Gegensatz zu anderen Einzelgewerkschaften aus der parteipolitischen Diskussion bis 1918 ziemlich heraus, um dann aber 1919 umso eindeutiger zur USPD zu tendieren. Lediglich auf eine Stellungnahme des Vorsitzenden des Steinsetzerverbandes, Knoll, in der "Steinsetzerzeitung", wo dieser bei einer eventuellen Mehrheit der Kriegskreditgegner innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion die Forderung aufstellte, daß in diesem Fall die Gewerkschafter der Partei sämtlich ihr Mandat niederzulegen hätten, reagierte die Redaktion des "Textilarbeiter" mit Kritik. Sie gab zu verstehen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht von den Gewerkschaften aufgestellt würden und dies somit nie und nimmer eine Gewerkschaftsangelegenheit sein könne.²³⁴⁾ Diese parteipolitisch neutrale Haltung läßt sich bis 1918 in diesem Verband belegen, soweit darüber überhaupt Quellenmaterial existiert.²³⁵⁾ Auf dem Hintergrund der steigenden Arbeits-

233) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 3 v. 21. Januar 1916.

234) Ebd., "...Solange die Kandidaten nicht von den Gewerkschaften oder deren Vertretungen aufgestellt sind, sind diese von diesen nur insoweit abhängig, daß ihnen Zeit gegeben wird, ihre Mandate auszuüben. Alles weitere geht die Gewerkschaften nichts an".

235) Die Quellenlage ist hier, wie Peter von Oertzen in seiner Arbeit, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, bereits festgestellt hat, sehr kompliziert. Diese Ansicht trifft zu, wenn man bedenkt, daß in der Bundesrepublik das Zentralorgan des Textilarbeiterverbandes nur teilweise vorhanden ist. Genauso schwierig ist die Lage bei den Verbandsberichten und -protokollen, die aber zum großen Teil beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil/Düsseldorf vorliegen. Dagegen sind die erwähnten Materialien in der Deutschen Bücherei Leipzig sowie in der Zentralbibliothek des FDGB/Berlin (Ost) vorhanden und konnten dort auch eingesehen werden.

losigkeit und dem sich verringernden Einkommen fanden die Appelle der Gewerkschaftsführung gegen die "Disziplinbrecher" kaum Zustimmung. Die Gewerkschaftsbasis war wegen der mangelnden Arbeitslosenunterstützung, die zudem meist verspätet eintraf, zunehmend gegen das Hilfsdienstgesetz eingestellt, obwohl dieses Gesetz damit unmittelbar nichts zu tun hatte.²³⁶⁾ Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft auf diesem Sektor trat auch bald offen in den Ortsgruppen des Verbandes in Erscheinung.²³⁷⁾ Dies geht aus Protokollen hervor, in denen mit zunehmender Kriegsdauer die Gewerkschaftsführer, die politisch mit der Parteiminderheit sympathisierten, in ihren radikaleren gewerkschaftlichen Positionen auch von anderen Gewerkschaftsorganisationen respektiert wurden, nicht zuletzt deshalb, weil sie sachlich und fachkompetent argumentierten.²³⁸⁾ Mit der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes wurden zahlreiche Textilarbeiter arbeitslos oder in andere Regionen versetzt. Die engagierte Haltung der Parteiopposition gegen das Gesetz war von den Gewerkschaftsmitgliedern des Verbandes durchaus registriert worden. Im Unterschied zum freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverband und, mit Abstrichen, auch zum Schuhmacherverband, organisierte sich vorläufig im Textilarbeiterverband aber keine Opposition innerhalb des Verbandes selbst. Politische Stellungnahmen wurden zu diesem Zeitpunkt noch außerhalb des Verbandsgeschehens vertreten.

Zwei Monate nach der Gründung der USPD, im Juni 1917, fand in

236) Vgl. Lange, Paul, Die Neuorientierung, S. 10, der hier das Beispiel der Berliner Textilarbeiter anführt.

237) Vgl. hierzu die informativen Protokolle der Sitzungen des Textilarbeiterverbandes Gau Augsburg (handschriftl.) im Archiv des Hauptvorstandes Textil, Nr. 3705. Protokoll vom 7. Mai 1916. Auch der Augsburger Ortsverband des DTV wurde ab 1919 von der USPD majorisiert, u.a. auch deshalb, weil der führende Funktionär und spätere Nachfolger Jäckels im Hauptvorstand, Feinhals, politisch der USPD angehörte.

238) Ebd., Protokoll v. 29. Juli 1916.

Augsburg die 13. außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt, ²³⁹⁾ wo sich die Kritik der Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Regierungspolitik richtete, während die Gründung der USPD und die damit aufkommenden gewerkschaftlichen Probleme nicht behandelt wurden. Besonders starke Angriffe richtete man gegen das Unternehmertum, dem, nach Auffassung vieler Delegierter, das Profitstreben das einzige und wichtigste Kriterium bedeutete. Hermann Jäckel, ein erklärter Gegner der Aufgabe des Streikrechtes während der Kriegszeit, kam auf das Verhältnis des Textilarbeiterverbandes zur Generalkommission nur insofern zu sprechen, als er das kooperative Verhalten der Gewerkschaftsführung gegenüber den Unternehmern kritisierte, indem er ausführte:

"Es erwies sich also auch hier der sozialistisch-marxistische Lehrsatz wiederum als richtig: Die Ausschaltung des Klassenkampfes führt zur Verelendung der Arbeiter". (240)

Die Linie auf dem Verbandstag, einerseits Unzufriedenheit über die "Burgfriedenspolitik", andererseits eine sich fortlaufend steigernde feindliche Haltung den Unternehmern gegenüber, setzte sich innerhalb des Verbandes immer stärker durch. Jäckel kritisierte auch das Kriegsamt, das nicht genügend eingegriffen habe, um die Unternehmerwillkür zu bremsen, denn zu diesem Zeitpunkt, wo 25 Prozent der deutschen Textilarbeiter arbeitslos gewesen seien, hätten verschiedene Betriebe, die bereits vor Kriegsbeginn für das Heer produzierten, ununterbrochen, Tag und Nacht, mit Sonderschichten gearbeitet. ²⁴¹⁾ Daß die Textil-

239) Vgl. Deutscher Textilarbeiterverband. Protokoll der 13. (außerordentlichen) Generalversammlung, abgehalten am 24. 25., 26., u. 27. Juni 1917 im Apollotheater in Augsburg, Berlin o.J.

240) Ebd., S. 32.

241) Ebd., S. 35. Die Dividendenzahlungen der Aktiengesellschaften seien sprunghaft in die Höhe gegangen. Im Jahre 1915/16 stieg der Reinüberschuß von 14,72 auf 23,83 %.

arbeiterschaft sich von den Unternehmern hintergangen vorkam und dies auch tatsächlich wie in keinem anderen Industriebereich zutraf, wurde sogar in Verlautbarungen bürgerlich-sozialreformerischer Zeitungen konstatiert.²⁴²⁾ Auch die im August 1918 stattfindende Konferenz der deutschen Tucharbeiter in Leipzig,²⁴³⁾ der gewerkschaftlichen Elite der Textilarbeiterschaft, bestätigte dies. In dieser Branche waren fast alle Arbeiter gewerkschaftlich organisiert; es herrschte einer der höchsten Organisationsgrade in der Arbeiterbewegung überhaupt.²⁴⁴⁾ Im Mittelpunkt dieser Konferenz stand wiederum ein Vortrag von Jäckel. In seiner Rede "Ist eine Tarifgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern der deutschen Tuchbranche möglich"?, wies er auf die wichtige Bedingung einer sehr starken Organisation hin, um Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften bei der Festsetzung von Löhnen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreichen zu können.²⁴⁵⁾ Diese Voraussetzung sei jedoch durch die Kriegszeit, wo viele Arbeiter der Organisation den Rücken zugewandt hätten, sehr in Frage gestellt. Die momentane Schwäche der Gewerkschaftsbewegung werde von den Unternehmern rücksichtslos ausgenutzt.²⁴⁶⁾ Der ursprünglich gute Wille der Arbeiterschaft zum Burgfrieden sei schlecht belohnt worden und somit gebe es in dieser Situation nur noch zweierlei:

242) Vgl. Soziale Praxis Nr. 41 v. 12. Juli 1917, Sp. 822.

243) Vgl. Deutscher Textilarbeiterverband. Zweite Konferenz der deutschen Tucharbeiter, abgeh. in Leipzig am 19./20. August 1918, o.O.u.J. (BHStA, MH 15 652).

244) Die Mitgliederzahl der Tucharbeiter innerhalb des Textilarbeiterverbandes betrug 24.441 Mitglieder, was für 1918 etwa einen Prozentsatz im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft von 25 Prozent ausmachte.

245) Vgl. Prot. Tucharbeiter 1918, S. 9 f.

246) Ebd., S. 38 (Jäckel): "Es wurden uns sofort bei Kriegsausbruch 78 Großbetriebe in 25 Orten gemeldet, die Lohn-drückereien vornahmen".

"Entweder das Eingreifen einer starken Zentralgewalt oder den Streik...Es hätte ja nahegelegen, von dem Mittel des Streiks Gebrauch zu machen. Die Arbeiter glaubten aber hierauf zunächst noch verzichten zu können". (247)

Bedingt durch die Hungerlöhne sagte Jäckel eine zunehmende Radikalisierung der Textilarbeiter voraus, die sich letztlich in "stürmischen Demonstrationen" offenbaren würde.²⁴⁸⁾ Die Mißstände in der Textilindustrie bestätigte auch der Verband der christlichen Textilarbeiter, besonders was die Lohndrückereien der Unternehmer anging.²⁴⁹⁾ Erstmals fand auf dieser Konferenz in Bezug auf ein sich entwickelndes radikales Verhalten der Textilarbeiter der Einfluß der Rüstungsarbeiter Erwähnung:

"Tausende Textilarbeiter arbeiteten in den Rüstungsbetrieben. Sie erhielten Kenntnis von den vielen kurzen Streiks, die dort stattgefunden hatten, und wie die Löhne der Rüstungsarbeiter sprunghaft in die Höhe gegangen waren". (250)

Eine Erhebung unter dem Textilarbeiterverband zeigte, daß 1917 von 38.047 befragten Mitgliedern 10.184 in fremden Industrien beschäftigt waren,²⁵¹⁾ was sich natürlich auf das Verbandsgeschehen auswirken mußte. So wurde auf der Versammlung wiederholt das Mittel des Streiks als das einzig effektive propagiert, um Lohnforderungen gegen die Unternehmer durchsetzen zu können, weil sich Vermittlungsversuche der Kriegs-

247) Ebd., S. 47 (Jäckel): "Wenn es so lange ruhig bleibt, dann ist das dem Wirken der Gewerkschaften zu verdanken...und wenn es jetzt nicht überall brennt, dann verdankt man das dem ordnenden Eingreifen der Organisation".

248) Ebd.

249) Vgl. Kiefer, Erhard, Denkschrift über die Löhne der Textilindustrie, Söcking a.Rh. 1918, hrsg. v.d. Geschäftsstelle des Zentralverbandes christl. Textilarbeiter, S. 7: "Die Grundlöhne sind während des Krieges nur in ganz geringem Umfang gestiegen (10-20 %) ... Die Auslagen, auch für die bescheidenste Lebenshaltung sind bis heute durchschnittlich, um 100 bis 500 % gegen früher mehr gestiegen als die Löhne der Textilarbeiter".

250) Vgl. Prot. Tucharbeiter 1918, a.a.O., S. 48.

251) Vgl. Vorwärts Nr. 136 v. 19. Mai 1918.

amtsstellen oder Schlichtungsausschüsse meist gegen die Arbeiterschaft gerichtet hatten. Die Zustände unter dem Hilfsdienstgesetz wurden unter dem Beifall der Delegierten mit dem Sozialistengesetz verglichen,²⁵²⁾ was jedoch anscheinend viele nicht daran hinderte, in den Verband einzutreten, denn man konnte in der Mitgliederentwicklung seit März 1917 einen anhaltenden Aufwärtstrend feststellen.²⁵³⁾

Bereits 1915/16 hatten die Vertreter der Parteiopposition mit ihrem Standpunkt der uneingeschränkten Interessensvertretung der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum eine große Resonanz unter der Textilarbeiterschaft gefunden, was der Offene Brief vom Juni 1915 belegt. So kamen auch Ende August 1916 im sächsischen Plauenschen Grund zu einer Versammlung mit einem der führenden Vertreter der Parteiminderheit, Hugo Haase, so viele Menschen, daß der Platz für die Versammlungsteilnehmer nicht mehr ausreichte. Der Verlauf der Veranstaltung zeigte, daß der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Partei über einen großen Anhang bei der Basis, in diesem Fall bei den Textilarbeitern, verfügte. Viele wirtschaftlich enttäuschte Arbeiter bekannten sich politisch zur USPD, weil sie unzufrieden waren, daß weder Regierung noch Gewerkschaftsführung etwas gegen die Willkür der Unternehmer

252) Vgl. Prot. Tucharbeiter 1918, a.a.O., S. 49: "noch haben unter uns Hunderte, Tausende, die sozialistengesetzliche Luft geatmet ... Alle Zuchthäuser und Gefängnisse würden nicht hinreichen, um diejenigen zu beherbergen, die etwa wegen Verstoßes gegen belagerungsgesetzliche Bestimmungen ... verurteilt würden".

253) Ebd., S. 50. Bei Ausbruch des Krieges betrug die Mitgliedschaft im DTV 133.034 Mitglieder.
Ende 1914: 101.904
Ende 1915: 66.752
Ende 1916: 56.747
Im 1. Quartal 1917 erreichte man wieder 60.499 und im Mai 1917 schließlich 63.703. Bis zum Ende des Jahres war die Mitgliederzahl bis auf 75.253 angestiegen, wobei jedoch diese Steigerung auf den Zuwachs von weiblichen Mitgliedern zurückzuführen war.

unternommen hatten. Die zur gewerkschaftlichen Opposition tendierenden Arbeiter, die als einfache Arbeiter in der Textilindustrie beschäftigt waren, wurden zudem vielfach zugunsten der Einstellung von Frauen entlassen, weil die Unternehmer durch die billigeren Frauenlöhne die Produktionskosten noch niedriger halten wollten, wenn auch das Kriegsamt bemüht war, diese Entwicklung in Grenzen zu halten. Nach Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes trat diese Erscheinung eher noch verstärkt auf, sodaß es weitgehend männliche Gewerkschaftsmitglieder waren, die sich nun der Opposition zuwandten. So kam es in verschiedenen Orten, in denen die Textilindustrie als Branche dominierend war, zu Übertritten von der MSPD zur USPD. Nach der USPD-Gründung trat beispielsweise die gesamte Kreisorganisation vom Pirna zur USPD über.²⁵⁴⁾ Das Rückgrat der dortigen Parteiorganisation bildete die dort ansässige Textilarbeiterschaft, die hauptsächlich in Pirna selbst oder in Coßmannsdorf (Plauenscher Grund) beschäftigt war, wo sich zwei Textilgroßbetriebe befanden.²⁵⁵⁾ Die traditionelle gewerkschaftliche Verankerung dieser Arbeiterschaft zeigte sich auch später bei dem zunehmenden Radikalismus der Gesamt-USPD. Die These, daß jüngere Arbeiter eher zum Radikalismus hin tendierten, von Robert Wheeler in einem Aufsatz formuliert,²⁵⁶⁾ findet im Falle der Textilarbeiterschaft durchaus ihre Bestätigung.²⁵⁷⁾ Als

254) Vgl. Dörrer, H., a.a.O., S. 86.

255) Ebd., S. 11. In Pirna und Coßmannsdorf (Plauenscher Grund) bestanden zwei Großbetriebe mit insgesamt über 1000 Beschäftigten.

256) Vgl. Wheeler, R.F., Zur sozialen Struktur, S. 179 ff.

257) Vgl. Bernays, Marie, Berufswahl und Berufsschicksal des modernen Industriearbeiters, in: SdVfS, Bd. 35 (1912), S. 142, wo sie diese Feststellung belegt und konstatiert, daß das Durchschnittsalter des Textilarbeiters sehr viel niedriger als das des Metallarbeiters war.

zusätzliche Komponente von Radikalisierungseinflüssen kamen noch die Erfahrungen von Textilarbeitern in anderen Industriezweigen, zumeist Großbetrieben der Metallindustrie, hinzu.

Ein entscheidender Nachteil für die Rekrutierung von neuen Mitgliedern für die USPD und damit auch für die gewerkschaftliche Opposition bestand in der Tatsache, daß die USPD bis zur Revolution von 1918 im sächsischen Raum kaum über eine eigene Presse verfügte. Dazu kam, daß sich die Partei in ihrem Anfangsstadium in finanziellen Schwierigkeiten befand und nur in geringem Ausmaß von Geldgebern unterstützt wurde.²⁵⁸⁾ So gesehen drohte bis Mitte 1918 in Sachsen von seiten der Opposition weder der MSPD noch der Gewerkschaftsführung eine ernsthafte Gefahr, und man äußerte sich auch dementsprechend geringschätzig über die Mitgliederentwicklung der Opposition.²⁵⁹⁾ Zudem hatte Hermann Jäckel, die unbestrittene Führungsfigur im Textilarbeiterverband, noch keine Ambitionen gezeigt, der SAG beizutreten, vorwiegend deshalb, weil er gegen eine Parteispaltung eintrat und auch, wohl fälschlicherweise, annahm, daß die SAG die vom Spartakusbund vorgeschlagene Beitragssperre in den Parteiorganisationen befürworte, die vorübergehend auch

258) Vgl. Brief von Hugo Haase an Winckler (Fabrikant) vom 7. Mai 1917, Berlin; Stadt- und Landesbibliothek Dortmund, Dokumente deutscher Sozialisten, Nr. 40. "Das Zentralkomitee der Partei spricht ihnen für die durch Freund Bock überwiesenen 1000 M den besten Dank aus. Bedrängt von den Behörden und den Abtrünnigen der alten Partei ist uns die materielle Unterstützung durch treue Anhänger besonders jetzt wertvoll...".

259) Vgl. Prot. Soz. Pt. Sachsen 1918, S. 12, (Sindermann-Landesvorstand): "...Statistiken über ihre (USPD, G.H.) Mitgliederzahlen werden heute schon gar nicht mehr veröffentlicht... Im 18. Wahlkreis, wo der alte Genosse Stolle mit Tausenden und Abertausenden Wählern befreundet und wo zu befürchten war, daß, weil Stolle zu den Unabhängigen abgeschwenkt war, große Wählermassen ebenfalls abschwenken würden... haben die Unabhängigen mit einem großen Aufwand gearbeitet... Auch die Ausrede, daß die Unabhängigen keine Presse zur Verfügung gehabt hätten, schlägt nicht durch..."

in Berlin und Leipzig durchgesetzt worden war.²⁶⁰⁾ Jäckel, der gegenüber der MSPD-Fraktion immer einen vermittelnden Standpunkt eingenommen hatte, indem er den Dissens in der Partei allein der verschiedenen Auslegung der Kriegskreditfrage begründet sah, trat auf der anderen Seite energisch gegen Carl Legien auf, der für ihn doch seine Befürwortung des Ausschlusses von 20 Kreditverweigerern die Parteispaltung mitzuverantworten hatte.²⁶¹⁾ Er vermied es aber, trotz seiner Sympathie mit der Parteiminderheit, für die Gründung einer neuen sozialistischen Partei einzutreten. Erst um die Jahreswende 1917/1918 trat er der USPD bei.²⁶²⁾ Bevor Hermann Jäckel dieser Partei organisatorisch angehörte, war auf den offiziellen Verbandstagen und Konferenzen des Deutschen Textilarbeiterverbandes von der USPD kaum die Rede, wurde die parteipolitische Neutralität weit mehr eingehalten als etwa im Schuhmacher- oder Metallarbeiterverband. Dies verdeutlichte auch eine Konferenz des Textilarbeiterverbandes für Sachsen und die thüringischen Staaten im April 1918.²⁶³⁾ Man sympathisierte

260) Vgl. Protokoll von der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände mit den Vertretern der sächsischen Parteiorganisation am 12. Februar 1917 in Dresden, in: Prot. Soz. Pt. Sachsen 1918, S. 185: "Er (Jäckel) habe aber erklärt, daß er keine Spaltung mitmachen, sondern bei der Partei bleiben werde. Auch sachlich stehe er auf einem anderen Standpunkt als die Arbeitsgemeinschaft. Er verurteile die Beitragssperre...Seine Stellung sei bedingt dadurch, daß der Krieg einen anderen Charakter angenommen habe".

261) Vgl. die Ausführungen Jäckels in der Fraktionssitzung der SPD v. 21. Dez. 1915, in: Matthias, E./Pikart E. (Bearb.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898-1918, Bd. 2, Düsseldorf 1966, S. 142.

262) Vgl. dazu Knopp, Guido F., Einigungsdebatte und Einigungsaktion, S. 541, Anm. 198.

263) Sten. Ber. über die Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6. u. 7. April 1918, Berlin 1918.

zwar stellenweise für die USPD, die wiederholt Partei für die entlassenen Arbeiter dieser Industriebranche ergriffen hatte, aber erst nach den Übertritten Jäckels und verschiedener anderer Spitzenfunktionäre des Verbandes sowie der Revolution 1918/19 wirkte sich dies auf die Mitgliederentwicklung der USPD positiv aus. Die Textilarbeiterschaft Sachsens bildete dabei ein wichtiges Reservoir für eine politische Partei, da in der sächsischen Industrie ungefähr 50 Prozent der gesamten Bevölkerung direkt oder indirekt mit dieser Branche ihren Lebensunterhalt verdienten.²⁶⁴⁾ Mit dem Übertritt prominenter Sozialdemokraten und Verbandsfunktionäre zu der neuen sozialistischen Partei war für die USPD im gewerkschaftlichen Lager ein großer Aufschwung verbunden, auch wenn sich dieser erst nach der Revolution auswirkte, weil in den ersten Kriegsjahren ungefähr 70 Prozent aller in der Textilindustrie Beschäftigten Frauen waren und zahlreiche männliche Textilarbeiter in die Rüstungs- und Munitionsbetriebe abgewandert oder aufgrund des Hilfsdienstgesetzes dorthin abgestellt worden waren.²⁶⁵⁾ Ein für den Zuwachs der USPD beziehungsweise der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung allgemeingültiges Charakteristikum bestand auch hier in der sogenannten "Mitgliederschwemme", die unmittelbar nach der Revolution einsetzte. Insbesondere Orte, wie Plauen und Oelnitz, Städte im Reichstagswahlkreis von Hermann Jäckel, waren davon betroffen. In Plauen waren allein in der letzten Novemberwoche des Jahres 1918 weit über 3000, in Oelsnitz 800 neue Mitglieder in den Textilarbeiterverband eingetreten,²⁶⁶⁾ wobei für Oelsnitz noch zusätzlich festzustellen ist, daß hier die männlichen Gewerkschaftsmitglieder eine klare Mehrheit bildeten und sich hier eine Annäherung zur

264) Ebd., S. 15.

265) Ebd., S. 16.

266) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 51 v. 20. Dez. 1918. Hier ein protokollierter Bericht über die außerordentliche Konferenz des Gaues 9 vom 1. Dez. 1918, wo Dressel (USPD) diese Ausführungen machte.

USPD auf gewerkschaftlichem Gebiet ergab, weil man von dieser Seite eine entschiedenere Haltung gegenüber dem Unternehmertum erwartete, wiewohl überhaupt zahlreiche Kreise in der Gewerkschaftsbewegung von der USPD als der revolutionsmachenden Partei eine radikalere Haltung im sozialpolitischen Bereich erwarteten. ²⁶⁷⁾

267) Vgl. Jäckel, Hermann, Anfang der Frauenarbeit in der Textilindustrie, hrsg. v. DTV, Berlin 1923, S. 18.

3. Das Verhältnis der USPD zu den Gewerkschaften

3.1. Die USPD-Zentralleitung und die Gewerkschaftsfrage

Hatte sich vor der USPD-Gründung, die in erster Linie aus der Gegnerschaft zu der Kriegspolitik und Kriegskreditbewilligung und mit der damit verbundenen Disziplinierung der Parteiminderheit entstanden war, bereits durch die Konstituierung der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" eine Spaltung auf Parteiebene vollzogen, so war diese Tendenz auf dem gewerkschaftlichen Sektor zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhanden. Von einer geschlossenen, ins Gewicht fallenden Gewerkschaftsopposition, die sich parteipolitisch mit der USPD identifizierte, kann man zur Zeit der USPD-Gründung im April 1917 noch nicht, vor 1918 nur bedingt sprechen.

Nach der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes wurde von der Opposition wiederholt neben der Mehrheitssozialdemokratie auch die Gewerkschaftsführung angegriffen. Bereits vor dem Gründungsparteitag der USPD hatte sich der spätere Vorsitzende dieser Partei, Hugo Haase, auf einer gemeinsamen Konferenz der "Arbeitsgemeinschaft und der Gruppe Internationale", am 7. Januar 1917, energisch gegen das Hilfsdienstgesetz ausgesprochen, wobei er sich in erster Linie gegen die Abschaffung des Streikrechts während des Krieges und die Unterordnung der Arbeiterschaft unter die Militär-

gesetzgebung wandte.¹⁾ Vom linken Flügel der Opposition her hatte Karl Kürbs bereits zu Beginn des Jahres 1917 versucht, die Opposition auch in den Gewerkschaften einheitlich zu organisieren,²⁾ indem er ein Rundschreiben an verschiedene Gewerkschaftsverbände versandte, wo es u.a. hieß:

"Um einmal festzustellen, wieweit die Unzufriedenheit gegenüber den Führern der Gewerkschaftsbewegung in den Massen der Arbeiterschaft Platz gegriffen hat, werden Sie ersucht, in ihrem Orte bzw. Kreise Fühlung mit alten, bekannten Gewerkschaftern zu nehmen - eventuell eine Sitzung abzuhalten-, von welchen Sie wissen, daß sie auf dem Boden der Opposition stehen. Es wird beabsichtigt, die oppositionellen Elemente einmal zusammenzufassen.."³⁾

1) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der U.S.P.D. vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin, hrsg. v. Emil Eichhorn, Berlin 1921, S. 88, (Haase): "Während meines ganzen Lebens hat mich nichts so aufs tiefste berührt, wie die Haltung der Mehrheit und des Parteivorstandes in dieser Frage...Das Streikrecht, die Hauptwaffe der Arbeiter, ist ausgemerzt unter Zustimmung derer, die das Streikrecht der Arbeiter bisher für heilig erklärten...Wir haben gefordert, daß die aufgrund des Hilfsdienstgesetzes Tätigen nicht den Militärgesetzen unterstellt werden...Diese Arbeiter, die aufgrund des freien Arbeitsvertrags mit vierzehntägiger Kündigung eingestellt sind, rechnen im allgemeinen zum Heeresgefolge und unterstehen insoweit den Kriegsgesetzen."

2) Karl Kürbs stammte aus Schartau, Kreis Querfurt. Seit 1910 Gewerkschaftssekretär des Fabrikarbeiterverbandes in Halle, war er dort bis zur Revolution 1918/19 in dieser Eigenschaft tätig. Mitglied des Arbeiter und Soldatenrates in Halle. 1919 wurde er in den Beirat der USPD gewählt, dem er mit einer kurzen Unterbrechung bis 1922 angehörte. 1920 kandidierte K. für die USPD zum Reichstag, 1922 machte er die Wiedervereinigung zur SPD mit.

3) Vgl. Wortlaut des Briefes in: LVZ Nr. 34 v. 1. Febr. 1917.

Kürbs trat wie Haase insbesondere für die Beibehaltung des Streikrechtes der Arbeiter während des Krieges ein, forderte aber zusätzlich die Aufgabe der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften, die damals noch von den meisten führenden Gewerkschaftsmitgliedern der USPD befürwortet wurde. Der Verzicht auf das Streikrecht durch die Gewerkschaftsführung bildete den wohl populärsten Angriffspunkt der Opposition gegenüber der Generalkommission, wie die örtlichen Versammlungen der Gewerkschaftsbasis dokumentieren.⁴⁾

Auf dem vom Fraktionsvorstand der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" ⁵⁾ einberufenen Parteitag vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha, der als erster Parteitag der USPD in die Geschichte einging, ⁶⁾ kam es bezüglich der Gewerkschaften lediglich zu kritischen Äußerungen, wobei jeweils die Führungsspitze der Generalkommission angegriffen wurde. Hugo Haase widersprach gleich zu Beginn der vielgeäußerten Ansicht, daß der Krieg die Gegensätze in die Partei hineingetragen habe und betonte, daß der Parteivorstand und die Generalkommission "systematisch zur Spaltung" getrieben hätten, ⁷⁾ wobei er die Gewerkschaftsführung und die vorhandene

4) Vgl. u.a. die Berichte über die Generalversammlungen des Berliner Fabrikarbeiterverbandes vom Februar 1917 sowie des dortigen Deutschen Bauarbeiterverbandes vom 21. Febr. 1917, in: LVZ Nr. 38 v. 15. Febr. 1917 und Nr. 46 v. 24. Febr. 1917.

5) Vgl. Prot.USPD-1917, S.7. Dem Vorstand der SAG gehörten neben Hugo Haase, Dittmann, W., Ledebour und Vogtherr an.

6) Ebd., S. 49 ff. Zum Namen "USPD" kam es erst nach einer Abstimmung während des Parteitages.

7) Ebd., S. 11.

Bürokratie in den Gewerkschaften verurteilte.⁸⁾ Bedingt durch die Teilnahme der Gruppe "Internationale" auf diesem Parteitag kam es auch zu antigewerkschaftlichen Äußerungen, aber lediglich von der Seite, die sich ein Jahr später der KPD anschloß.⁹⁾

Ansonsten wurden nur Diskussionsbeiträge gegen die Gewerkschaftsführung laut, wenn man auch wiederholt andeutete, daß man eine engere Fühlungnahme zwischen der politischen Partei und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern suchen wolle.¹⁰⁾ Wegen der Vernachlässigung von wirtschaftlichen

8) Ebd. (Haase): "Da ist zunächst die Haltung der Gewerkschaften, die sich längst entfernt haben von einer demokratischen Arbeiterorganisation. Sie werden beherrscht von einer engbrüstigen Bureaukratie, die nach kleinen Vorteilen hascht und eine Rechnung mit Pfennigen führt. Die kleinen Vorteile werden dann über Gebühr aufgebauscht und darüber das große Ziel vergessen."

9) Ebd., S. 66. Vgl. die Ausführungen des Spartakusanhängers Fritz Heckert, die eine Kritik an den Gewerkschaften noch verhältnismäßig verbrämen: "Genossen, wir wollen doch nicht verkennen, daß die Arbeiterschutzgesetze eine gewisse reaktionäre Strömung in der deutschen Arbeiterschaft ausgelöst haben. Ähnlich ist es mit den Gewerkschaften. Ich bin nicht gegen die Gewerkschaften, aber es steht doch fest, daß die Gewerkschaftsbewegung seit Jahren die deutsche Arbeiterschaft heruntergebracht hat."

10) Ebd., S. 78 f., (Ledebour): "...wir müssen in Zukunft darauf hinarbeiten, daß bei den Aktionen der Masse, wie sie uns für die Zukunft vorschweben, die politisch organisierten mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Schulter an Schulter vorgehen, im Notfall ohne die Gewerkschaftsführer und über die Gewerkschaftsführer hinweg. Wir müssen der Gewerkschaftsbewegung wieder den revolutionären Charakter geben, den sie einst hatte."

Fragen in diesem Zusammenhang wurde der Referent, der über das Verhältnis der USPD zu den Gewerkschaften sprach, aus den eigenen Reihen mit Vorwürfen bedacht. Mit Georg Ledebour, der auf diesem Gebiet bestimmt nicht als Experte galt und der später innerhalb der Gewerkschaftsbewegung niemals mehr eine Rolle spielte, hatte man keine glückliche Wahl getroffen. Führende USPD-Funktionäre, die nach 1918 in den Gewerkschaften Führungsrollen übernahmen, meldeten sich auf diesem Parteitag noch nicht zu Wort; sie saßen in der Entstehungsphase der Partei auch noch nicht an den Schaltstellen der USPD.

Von der Gewerkschaftsführung wurde die Gründung der USPD noch keinesfalls als gewerkschaftsgefährdend aufgefaßt. Auf einem im Oktober 1917 stattgefundenen Internationalen Gewerkschaftskongreß in Bern äußerten sich die Führer der deutschen Delegation, Legien, Sassenbach und Bauer dahingehend, daß sie der "Bewegung der unabhängigen Sozialisten keine große Bedeutung beimessen wollten."¹¹⁾

Die USPD, vorher die Parteiminderheit, benötigte viel Zeit, um sich in verschiedenen Städten und Gewerkschaftsverbänden Gehör zu verschaffen, da sich dieser Apparat der deutschen Arbeiterbewegung, besonders in seinen Führungsgremien, als Funktionärskörper repräsentierte, der eine evolutionäre Entwicklung der Gewerkschaften favorisierte. Die schrittweise Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und das stete Anwachsen der Organisation stand bei den meisten Gewerkschaftsfunktionären, den Vertretern der Generalkommission, im Vordergrund aller Überlegungen. Dazu kam die enge Verknüpfung mit der Mehrheitssozialdemokratie; eine Tatsache, die den Einfluß einer neu entstande-

11) StAH, Reichsarbeitsmin. 6432 (Gewerkschaftskongresse 1913 - 1920), Bl. 129-140 betr. den Internationalen Gewerkschaftskongreß in Bern vom Oktober 1917, Bern, den 5. Oktober 1917.

nen Arbeiterpartei auf die Gewerkschaften erschweren mußte, und die auch von behördlicher Seite mit einer gewissen Zufriedenheit konstatiert wurde. So hieß es in einem Bericht eines behördlichen Beobachters der Regierung von 1916, daß "die negativ gerichteten Parteiteile über eine gleichwertige Stütze" wie die Gewerkschaften nicht verfügten und daher auch nicht allzu gefährlich einzustufen seien.¹²⁾

Aus linken USPD-Kreisen, die sich um das Berliner Mitteilungsblatt gruppierten, wurde die Kritik der Zentralleitung der USPD gegen die Gewerkschaftsbürokratie zwar dankbar aufgenommen, doch ging man hier bereits weiter, indem man eine Organisation schaffen wollte, die Partei und Gewerkschaften vereinigen sollte.¹³⁾ Bei dieser Gruppierung, die enge Kontakte zum Spartakusbund hielt, wurde, wie später innerhalb der KPD, eine Zellenbildung in den Gewerkschaften befürwortet.¹⁴⁾

Der Einfluß der Gewerkschaftsanhänger in der Gesamtpartei war jedoch viel zu stark, um dieser Tendenz eine Erfolgchance einzuräumen. Auf kaum einem der Verbandstage der Einzelgewerkschaften vor 1918 wurde diese Frage von einem Delegierten auch nur aufgegriffen. Derselbe Berliner Kreis war es auch, der am Unterstützungswesen der Gewerkschaften Kritik übte und das Verhalten der "Nurgewerkschafter" angriff:

12) BHStA, Mk 19291, Berichte des Bureaus für Sozialpolitik, Berlin, den 8. Jan. 1916.

13) Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 6 v. 12. Mai 1918:
"Für uns soll Partei und Gewerkschaft in Zukunft eins sein und nicht nur in Worten, sondern auch nach Taten."

14) Ebd. "Die Zusammenfassung der Opposition ist Vorbedingung für ein schnelles erfolgreiches Vordringen ... Die Opposition einer Ortsgruppe oder Mitgliedschaft müßte sich zusammenfinden. Dann müssen Vertreter jeder Gewerkschaft des öfteren zusammentreten und so eine Verbindung der Gewerkschaftsopposition am Orte herstellen."

"Den Eindruck, den der Arbeiter von den Gewerkschaften empfängt, ist, daß er sie für eine Einrichtung hält, die ihm ein höheres Einkommen und zugleich als Unterstützungvereinigung Vorteile liefert. Seine soziale Lage soll gehoben werden und er erhält Unterstützung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw. Er wird Mitglied."15)

Für diese USPD-Gruppierung, in der Koenen das Sagen hatte, galt sowohl für die Partei als auch die Gewerkschaft dieselbe Zielsetzung: Neue Mitglieder sollten nach dem Prinzip "Gewerkschaftskampf ist Klassenkampf" geschult werden. Der Einfluß dieser Gruppierung war vor 1918 innerhalb der Gewerkschaftsbewegung relativ gering und konnte auch 1919 nur vorübergehend Anklang finden. Die Zentralleitung der USPD hatte sich wiederholt geäußert, daß eine Spaltung der Gewerkschaften sowie Austritte aus den Gewerkschaften von ihrer Seite nicht erwünscht seien, vielmehr bemühe man sich, "die Gewerkschaften wieder mit sozialistischem Geiste zu durchdringen."¹⁶⁾ Daß es innerhalb der Partei, insbesondere solange die Spartakusmitglieder im Besitz von USPD-Mitgliedsbüchern waren, verschiedene Auffassungen bezüglich der Gewerkschaftsfrage gab, hatte bereits zu Beginn des Jahres 1917 eine Reichstagswahlkonferenz des 2. Berliner Wahlkreises gezeigt, wo zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen zur Gewerkschaftsfrage geäußert worden waren. Einem von Herzfeld geäußerten Leitsatz: "gegen die Gewerkschaftsinstanzen ist innerhalb der Gewerkschaften vorzugehen durch Gewinnung der Leitungen."¹⁷⁾, mit dem die Einheit der Gewerkschaftsbewegung keinesfalls gefährdet werden sollte, stand die Position der Spartakusgruppe, die sich später mit einem Teil des linken USPD-Flügels überdeckte, gegenüber,

15) Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 20 v. 18. Aug. 1918.

16) Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 6 v. 12. Mai 1918.

17) Vgl. Ellinger, A., Der Kampf um die Gewerkschaften, in: Die Glocke Nr. 32 v. 10. Nov. 1917, S. 219 ff.

wo es u.a. hieß: "Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Zusammenfassung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder."¹⁸⁾

Mit der Zusammenfassung der oppositionellen Gewerkschafter und dem Vorschlag, ein eigenes Gewerkschaftsorgan zu schaffen, entstand eine Anschauung, die sich später in der KPD und auf dem linken USPD-Flügel durchsetzte, gegen die sich aber der Gewerkschaftsflügel der Partei energisch zur Wehr setzte. Eine Zellenbildung oder Gegenorganisation, hier nur angedeutet, von der KPD später praktiziert, beinhaltete in letzter Konsequenz auch eine Gewerkschaftsspaltung, die von der Seite des Spartakusbundes durchaus in Kauf genommen wurde.¹⁹⁾

Dagegen zeigte sich das unbedingte Festhalten an der Gewerkschaftseinheit von seiten der USPD-Zentralleitung schon kurz nach der Parteigründung, als eine sich mit "Allgemeiner Arbeiterverband" bezeichnende Organisation, mit Sitz in Düsseldorf, an die USPD-Führung mit der Bitte herantrat, man möge doch von seiten der Partei eigene Gewerkschaftsverbände bilden.²⁰⁾

18) Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 6 v. 12.Mai 1918.

19) Vgl. den Brief Karl Radeks an Alfred Henke vom 16.Juli 1916: "...Wer linksradikal ist, der muß einsehen, dass man unter Führung der Legien keine Umwälzung machen kann. Hat er den Willen, sie aus den Leitungen herauszuschmeissen, um einen Kampf in unserem Sinn zu führen, dann muss er wissen, dass dies die Spaltung bedeutet.", NL Alfred Henke I/109, ASD.

20) Vgl. GHStA München, MA 92745, Die Arbeiterbewegung im Jahre 1918/19, eine Versammlung des "Allgemeinen Arbeiterverbandes" vom 13.Februar 1918 in Düsseldorf (Bl.169). Von dem Berichterstatter wurde festgestellt, daß die meisten Mitglieder des 750 Personen umfassenden Verbandes auch Mitglied in der USPD seien. Auf dieser Versammlung wurde der Massenstreik als das einzige adäquate Kampfmittel für die Arbeiterbewegung proklamiert. Der AAV war anscheinend im Mai 1915 in Düsseldorf gegründet worden. Wortlaut des Schreibens:Vgl.Anhang III.

In einem Schreiben an Wilhelm Dittmann vom 18. Juli 1917 kam von dieser Seite zum Ausdruck, daß man sich von der USPD-Strategie, Revolutionierung der Gewerkschaften von innen heraus, nichts versprach, denn:

"Die Mehrheitssozialisten rekrutieren sich fast nur aus Gewerkschaftsbeamten, dies tritt auch sehr deutlich hier in Düsseldorf in Erscheinung. Denselben die Zügel aus der Hand zu nehmen und innerhalb der Verbände zu reformieren, halten wir für vergebliche Spekulation."²¹⁾

Als Beispiel für die verfehlte Konzeption der USPD in den Gewerkschaften wurde im folgenden der Metallarbeiterverband genannt, wo die Opposition, trotz starken Einflusses, nicht zum Zuge gekommen sei. Die bereits verschiedentlich erwähnte Beitragssperre für die Generalkommission griff man hier erneut auf.²²⁾ Auch sollte nach den Vorstellungen der Düsseldorfer Arbeiterverbandsanhänger eine Konferenz der gewerkschaftlichen Oppositionellen einberufen werden, wobei man sich mit den Prinzipien der USPD schon einigen würde.²³⁾ Von der USPD-Leitung wurde ein solches Vorhaben genauso abgelehnt wie die Tendenz, Partei und Gewerkschaften zu einer Sonderorganisation zu vereinigen. Man behielt den Kurs, die Gewerkschaften von innen heraus zu "revolutionieren", ohne dabei die Institution Gewerkschaft zu verändern, bei.

Von offizieller USPD-Seite wurde der von der Generalkommission während des Krieges propagierte Streikverzicht nicht akzeptiert, insbesondere was die Forderungen der Arbeiterschaft nach Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen anbetraf. Bereits kurz nach der Parteigründung machte sich die USPD den Zusammenhang zwischen der Steigerung der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft über die mangel-

21) Ebd.

22) Ebd., "Jeder, der in diese Versicherungskassen noch weiter seine Beiträge beisteuert, bekämpft sich und damit die Unabhängige Sozialdemokratie."

23) Ebd.

hafte Ernährungssituation und der Fortführung des Krieges zunutze, indem sie einen großen Streik in der Berliner Rüstungsindustrie voll unterstützte. Vorwiegend am Einfluß von USPD-Funktionären lag es, daß auf Gewerkschaftsfunktionärskonferenzen verschiedener Großbetriebe in der Berliner Rüstungsindustrie, "die Frage der Unterernährung mit einem politischen Vorstoß der Arbeiterschaft" verquickt wurde.²⁴⁾ Diese Entwicklung führte am 16. April 1917 zum ersten allgemeinen Streik, der in Berlin von etwa 217.000 Beschäftigten, als über 80 Prozent dieser Arbeiterkategorie, befolgt wurde.²⁵⁾ Die mit dem Streikgeschehen verbundenen Repressionen der Militärbehörden und Unternehmer, von der Gewerkschaftsführung teilweise toleriert, verschafften der USPD innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ein zusätzliches Positivum, weil durch die scheinbare Kollaboration der Gewerkschaftsleitungen mit den Behörden eine zunehmende Entfremdung der Basis zur Gewerkschaftsführung eingetreten war, da man teilweise an deren Vertretung der Arbeiterinteressen zu zweifeln begann. So hatten beispielsweise die Berliner Metallarbeiter wieder zum ersten Mal in der Kriegszeit durch die Militärbehörden am 13. Januar 1918 eine Generalversammlung genehmigt bekommen, mit einer vorgeschriebenen Tagesordnung, die jegliche Erörterung über politische und militärische Sachverhalte ausklammern mußte. Auf diese Versammlung war es dann aber doch zu Erörterungen über die Aprilstreiks von 1917 gekommen, in deren Verlauf sehr viele, nur irgendwie in Verdacht stehende, in den Betrieben der Berliner Metallindustrie beschäftigten Funktionäre, die sich aktiv an diesen Streiks beteiligt hatten, zum Militär einge-

24) Vgl. Erinnerungsschrift, S. 28.

25) Ebd. Die Arbeiterschaft in der Berliner Rüstungsindustrie wird hier mit insgesamt 271.747 Beschäftigten angegeben.

zogen worden waren. Deshalb sollen in Berlin ungefähr 50.000 Einziehungen erfolgt sein, die fast ausschließlich die Metallarbeiter betrafen.²⁶⁾ Nach dieser Versammlung, die nicht zuende geführt werden konnte, wurden weitere Versammlungen von der Militärbehörde nicht mehr genehmigt. Die vorübergehende Schwächung der Opposition durch behördliche Maßnahmen und Versammlungsverbote, wovon die Einflußnahme der USPD auf die Gewerkschaftsbewegung bis 1918 sehr stark betroffen war, kam dieser auf längere Sicht insofern zugute, als die Gewerkschaftsführung durch ihre Tolerierungspolitik bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern in ein Zwiellicht geriet, während die USPD als Partei eingestuft wurde, die während der Kriegszeit die Arbeitnehmerinteressen am konsequentesten vertrat. Mit dieser Entwicklung war ein stetiges Anwachsen der Opposition, vorwiegend in den Reihen des Metallarbeiterverbandes, verbunden, denn nicht ohne Grund forderte man von der Berliner Ortsverwaltung des DMV bereits im Frühjahr eine intensive Werbung für einen außerordentlichen Verbandstag des Gesamtverbandes. Auf Initiative des Kriegsministeriums wurden daraufhin sofort die zuständigen Militärbehörden des Reiches ersucht, die dafür stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen der Metallarbeiter zu verbieten, weil:

26) Ebd., S. 20.

"Zweck des einzuberufenden außerordentlichen Verbandstages würde die Erzwingung eines Vorstandswechsels im Verband sein, um den gesamten Vorstand alsdann in die Arme der USPD zu treiben." 27)

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1918 verhielt sich die USPD-Leitung in der Frage des Streikrechtes nicht anders, auch wenn man, um disziplinarische Maßnahmen gegen oppositionelle Gewerkschaftsmitglieder zu vermeiden, sich unterschiedlicher Praktiken bediente. So wurde beispielsweise im Oktober 1918 vom USPD-Vorstand den Rüstungsarbeitern der Rat erteilt, "sich grippekrank zu melden, um so unauffällig den Erfolg eines Streiks zu erzielen."²⁸⁾

Von der Seite der Regierungsbehörden setzte man in der Zeit bis Mitte 1918 noch auf die enge Verknüpfung der Gewerkschaften mit der Mehrheitssozialdemokratie, was entsprechende Berichte des Bureaus für Sozialpolitik eindrucksvoll belegen.²⁹⁾ In den Berichten wies man wiederholt auf die Vor-

27) StAWF, 133 Neu, Nr. 2283, Agitation der Unabhängigen in den Gewerkschaften 1918, hier: Schreiben des Stell. Gkdo., Abt. Abwehr an die Polizei-Direktion Braunschweig, Hannover, den 26.3.1918, Betr.: Treibereien im Deutschen Metallarbeiterverband: "...Nach den vorliegenden Mitteilungen sollten im Bereich der Verwaltungsstelle Berlin des DMV am 10., 13., und 17. März 1918 unter den Mitgliedern Abstimmungen vorgenommen werden, zu dem ausgesprochenen Zwecke, von dem Verbandsvorstande die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Gesamtverbandes zu erzwingen..."

28) Vgl. StAH, Pol. Pol. V. 1066, Kreisverein Hamburg-Altona der USPD 1918, Schreiben des Stellvertr. Gkdo., Berlin, den 18. Okt. 1918.

29) Vgl. Berichte des Bureaus für Sozialpolitik (Ende 1915 - Okt. 1918), die vom preussischen Kriegsministerium herausgegeben und an sämtliche Regierungspräsidenten verschickt wurden. Diese Berichte befaßten sich detailliert mit dem Anwachsen der Parteiopposition sowie Stellungnahmen der Einzelgewerkschaften zum Parteistreit. Außerdem wurde auf die Ernährungslage und die damit verbundene Stimmung bei der Bevölkerung sehr stark eingegangen. Die Berichte befinden sich u.a. unter den Akten mit der Signatur MK beim Bayerischen HStA, Abt. I.

herrschaft der innerhalb der Sozialdemokratie agierenden Gewerkschaften hin, die durch ihre praktische Reformarbeit, sowohl was die wirtschaftliche als auch politische Situation anbetraf, stabilisierend wirken würden.

Erstmals tauchten dabei Namen von Einzelgewerkschaften auf, die mit der Haltung der Generalkommission und der Staatsregierung nicht in Einklang standen. Neben den kleinen Verbänden der Kürschner und Handlungsgehilfen fanden diesbezüglich der Schuhmacher- und Textilarbeiterverband Erwähnung, wobei für die oppositionelle Haltung vorwiegend wirtschaftliche, mit der Dauer des Krieges zusammenhänge Schwierigkeiten angeführt wurden.³⁰⁾

Wie schwer es für die USPD und die ihr nahestehenden Gewerkschaftsfunktionäre war, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu agitieren, zeigten die mannigfachen Rede-, Versammlungsverbote und sogar Verhaftungen für Anhänger dieser Partei.³¹⁾ Trotzdem gelang es der Partei in den Jahren 1917/18 zahllose Veranstaltungen durchzuführen, wobei ihre Vertreter in allen Landstrichen des Reiches große Mobilität entwickelten. Von den Behörden wurden die Aktivitäten der USPD, insbesondere diejenigen die Arbeiterschaft unmittelbar betrafen, sehr genau registriert.

Für die zu Beginn des Jahres 1918 auftretenden Streiks in der bayerischen Rüstungsindustrie, vorwiegend auf Nürnberg,

30) Vgl. BHStA, Mk 19 291, Berichte des Bureaus für Sozialpolitik (München, den 8. Jan. 1916)

31) Vgl. hierzu auch StA WF, 133 Neu, Nr. 2277 Ortsverein Braunschweig der USPD, Bl. 22. Hier: Redeverbot für das USPD-Mitglied Emil Hermann Fiedeler aus Crimmitschau durch das Stellvertretende Gkdo (10. Sept. 1918) sowie Bl. 48 Überwachung des Vertrauensmannes der USPD, des Schlossers Wegand aus Düsseldorf durch die Politische Polizei (20. Juni 1918). Vgl. a. StA WF 133 Neu, Nr. 2278, Bericht vom 9. Mai 1917 über die Verhaftung des Gewerkschaftsfunktionärs des DTV, Massuthe, wegen Verteilung von Streikflugblättern. Vgl. auch den Bericht im Braunschweiger "Volksfreund" vom 2. März 1918, wonach ein Anhänger der USPD, der Gewerkschaftssekretär Monke aus Dresden zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er eine öffentliche Rede gehalten hatte, in der er zum Streik der Rüstungsarbeiter aufrief.

Schweinfurt sowie München konzentriert, wurden von behördlicher Seite Angehörige der USPD verantwortlich gemacht,³²⁾ denn gegen Ende 1917 sprachen Wilhelm Dittmann und unmittelbar vor dem Streik Georg Ledebour von der USPD in Versammlungen in Nürnberg und Schweinfurt. Nach Mitteilung der dortigen Behörden wurden in diesen Orten unzählige von Flugblättern verteilt, in denen man zum Streik aufgerufen hatte und die mit der Unterschrift: "Das Komitee der Unabhängigen Sozialisten" unterzeichnet waren.³³⁾ Spitzelberichten der Sächsischen Regierung zufolge versuchte die USPD, "ihre Vertrauensmänner in jeden wichtigen Betrieb" hineinzubringen, um im geeigneten Augenblick "losschlagen" zu können, wobei man sich angeblich stark nach Berlin orientierte, was die Durchführung von Streiks anbelangte.³⁴⁾ Daß die USPD großen Wert darauf legte, durch Vertrauensmänner im Betrieb Mitgliederwerbung und Agitation zu betreiben, geht aus offiziellen Unterlagen der Partei hervor.³⁵⁾

32) Vgl. GHStA München, MA 92 745. Die Arbeiterbewegung im Jahre 1918/19. K.Staatsministeriums des Innern an die Präsidenten der K.Regierungen, München den 8.März 1918, betr. Generalstreiks: "...in Nürnberg und Fürth, dann in Schweinfurt, Ludwigshafen, Frankenthal und München zu Tage getretenen Ausstandsbewegungen in der Rüstungsindustrie...von der Unabhängigen Sozialdemokratie und ihren Plänen mindestens stark beeinflusst."

33) Ebd.

34) Ebd. Aus dem Bericht geht hervor, daß sich die USPD-Organisationen in Groß-Dresden, zu der sich die Organisationen aus Riesa und Gröba in einer großen Versammlung gesellten, nach Berlin richteten.

35) Vgl. Jahresbericht des Vorstandes und Sekretariats des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis - Kreisverein der USPD, Leipzig, April 1919, a.a.O., S.13: "Unsere Vertrauensleute in den Fabriken und auf den Werkplätzen müssen stets mit Beitrittserklärungen und Bestellscheinen für die Volkszeitung (= LVZ, G.H.) versehen sein..."

Auch der Reichstagsabgeordnete der USPD, Adolf Geck, bezeichnete in seinem fragmentarischen Konzept, "Der Riß durch die Partei", neben den Parteizeitungen die Arbeit im Betrieb als die effektivste "Kampfwaffe" der USPD.³⁶⁾

Wie sehr die USPD und die mit ihr verbundene Gewerkschaftsopposition in ihrer Tätigkeit durch die verschiedenen Landesregierungen und Behörden eingeschränkt wurden und auf welche Weise dies geschehen sollte, zeigt ein Schreiben des Bayerischen Kriegsministeriums vom 22. Februar 1918.³⁷⁾ Dort hieß es unter dem Betreff "Arbeitseinstellungen", nachdem man zuvor darauf hingewiesen hatte, daß die Genehmigung von USPD-Versammlungen besonders zu erwägen sei, wie folgt:

"...

- 2) Bei der Beurteilung der Leitung von Streiks usw. ist zu unterscheiden zwischen
 - a) den Führern, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins Land hereinbringen;
 - b) den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie, ... sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel;
 - c) der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.

36) Vgl. NL Adolf Geck, Nr. 1263, Fragment: "Der Riß durch die Partei" (1920/21), BGL Karlsruhe.

37) Vgl. Schreiben des Kriegsministeriums, München, den 22. Febr. 1918 an das K.Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Aussern", GStA München, MA 92 745. Die Arbeiterbewegung im Jahre 1918/19 (Bl. 144).

- 3) Führer der unter 2a bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines richterlichen Haftbefehls - Wehrpflichtige durch Einberufung, Ver- setzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Auf- enthaltsverbot auf Grund des Art. 42 des Kriegszustands- gesetzes." 38)

Daß die Gepflogenheit, unliebsame Gewerkschafter, die sich noch dazu für die USPD betätigten, auf diese Weise loszuwer- den, nicht nur für Bayern charakteristisch war und daß man auch nicht davor zurückschreckte, für den Produktionsprozeß unersetzliche Facharbeiter einzuziehen, wenn diese für die USPD oder Gewerkschaftsopposition agitierten, zeigen einige Beispiele. So wurden unter anderem Paul Dittmann und auch Richard Müller aus der Dreherbranche einberufen, obwohl sie als Facharbeiter "unabkömmlich" waren; letzterer unmittelbar vor den Aprilstreiks von 1917.

Es trifft insgesamt gesehen wohl kaum zu, daß man die USPD in der Zeit 1917 bis 1919 als Randerscheinung einstufen kann, wenn man die enormen Ausbreitungsschwierigkeiten dieser Partei miteinbezieht. Das Verhältnis MSPD/USPD bei den Na- tionalversammlungenwahlen als Maßstab dafür zu nehmen, daß, trotz Spannungen und Protestbewegungen, während des Burg- friedens insgesamt eine "Solidarität der kämpfenden Nation" erhalten geblieben war,³⁹⁾ scheint fragwürdig, wenn man die weitere Entwicklung verfolgt. Erst nach der Revolution 1918 konnte sich die USPD und auch die gewerkschaftliche Opposi- tion ungehindert artikulieren.

Eine Koordinierung von USPD-Gewerkschaftsarbeit über weitere

38) Ebd.

39) Vgl. Schramm, G., Bemerkungen in einem Diskussionsforum zu Kockas "Klassengegensätze im Ersten Weltkrieg", in: GuG 1978/2, S. 244 f., S. 250.

Bereiche, auf Landes- oder Bezirksebene, blieb bis zur Revolution von 1918/19 relativ gering, was mit dem gesamtpolitischen Einfluß der Partei konform ging. Lediglich in einigen wenigen Fällen kam es innerhalb von Gewerkschaftskommissionen bzw. -kartellen bereits zu diesem Zeitpunkt zu einer Übereinstimmung mit der USPD.⁴⁰⁾

3.2. Gewerkschaftskartelle der USPD

3.2.1. Leipzig

Der Vorwurf, daß die USPD die Gewerkschaften spalten wollte, wie er oftmals in der zeitgenössischen Literatur auftauchte, ist nicht zu belegen; im Gegenteil, es existieren unzählige Äußerungen und Handlungen von USPD-Funktionären mit dem Inhalt, die Gewerkschaften nur von innen heraus verändern, ohne jedoch die Institution an sich in Frage stellen zu wollen. Relativ episodenhaft blieben verschiedene Auseinandersetzungen innerhalb von Gewerkschaftskartellen, woraus sich vorübergehend Kartelle bildeten, die sich politisch zur USPD bekannten. So war es kein Zufall, daß nach der USPD-Gründung gerade in Leipzig die erste Einflußnahme auf die Gewerk-

40) Vgl. HStAD, Regierung Düsseldorf 14 974, Bericht der Regierungspolizeistelle v. 3. Juni 1918. Hier der Bericht der Regierungsstelle über die für diese Bezirksebene maßgebende Gewerkschaftskommission der USPD, mit dem Sitz in Hagen, woraus hervorging, daß diese Kommission die Aufgabe haben mußte, "dafür zu sorgen, daß bei allen Neuwahlen nur solche Führer gewählt werden, die überzeugte Anhänger der USPD sind."

schaftsbewegung von der politischen Trägerschaft der USPD erfolgte, wobei man versuchte, zur MSPD tendierende Personen aus den gemeinsamen Ausschüssen mit den Gewerkschaften zu entfernen. Galt die Leipziger Gewerkschaftsbewegung bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts als radikal,⁴¹⁾ so war es nicht zuletzt die Redaktion der "Leipziger Volkszeitung", 1916 unter der Leitung der marxistischen Linken, die den Boden dafür vorbereitete. Seit Jahren war hier ein Kampf gegen die sogenannte "Gewerkschaftsbureaukratie" geführt worden. Der Leipziger SPD-Bezirk hatte schon sehr früh für die Opposition in der Partei Stellung bezogen und diese Haltung zu Beginn des Jahres 1917 nochmals verdeutlicht.⁴²⁾ Sowohl der Parteiausschuß als auch der Parteivorstand der SPD wurden damals hart kritisiert, weil Mitglieder der Partei ausgeschlossen worden waren, die sich mit der Haltung der Opposition einverstanden erklärt hatten.⁴³⁾ Der Beschluß des Parteivorstandes, daß die Opposition sich mit der Gründung der SAG und mit der Einberufung einer Sonderkonferenz "außerhalb der Partei" gestellt und demgemäß alle ihre Anhänger ohne ein Rechtsverfahren als ausgeschieden betrachtet werden sollten, wurde von der Opposition als unrechtmäßig und

41) Vgl. dazu Heilborn, Otto, Die Freien Gewerkschaften seit 1890, Jena 1907, S. 120.

42) Vgl. LVZ Nr. 18 v. 23. Jan. 1917: "Am Montag, den 22. Jan., hat die Konferenz für den Bezirk Leipzig beschlossen: Die Genossen des Bezirkes Leipzig stehen auf dem Boden der Opposition in der Partei.."

43) Ebd.

statutenwidrig aufgefaßt.⁴⁴⁾

In Leipzig erfolgte unmittelbar nach der Gründung der USPD, am 22. April 1917, der Austritt der Metallarbeiter aus dem dortigen Gewerkschaftskartell.⁴⁵⁾ Damit entstand ein erstes Kartell, das sich politisch weitgehend mit der USPD identifizierte.⁴⁶⁾ Hier, wo die USPD ohnehin die Organisation der Partei von Anfang an in Händen hatte und wo man bei einem Streik der Munitionsarbeiter Anfang 1917 erstmals auch politische Forderungen an die Regierung gestellt hatte, sollte auch in Zukunft eine der stärksten USPD-Hochburgen beheimatet sein. Zum Austritt aus dem Kartell war es vorwiegend deshalb gekommen, weil die bisherigen Gewerkschaftsvertreter die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den Behörden und Unternehmern nicht massiv genug vertreten hatten. Von der USPD versprach man sich in dieser Angelegenheit mehr, wenn auch miteinzubeziehen ist, daß sich Partei- und Gewerk-

44) Vgl. Dittmann, Wilhelm, Die unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Handbuch für Politik, Bd. III, Berlin und Leipzig 1921, S. 112. Wilhelm Dittmann, ein selbst vom Ausschluß betroffener Reichstagsabgeordneter, berief sich auf das von August Bebel auf dem Magdeburger Parteitag (1910) vorgebrachte Schlußwort zur Budgetfrage, wo es hieß: "Die Organisation kennt kein "Außerhalb - der Partei - stellen", außerhalb der Partei steht nur, wer aufgrund der Ausschließungsbestimmungen des Organisationsstatus ausgeschlossen wird."

45) Vgl. Corr. Nr.46 (1917) u. Mitteilungsblatt (Berlin) Nr. 19 v. .Aug. 1917. Vgl. hierzu auch Rechenschaftsbericht auf dem ADBG-Kongreß von 1919, a.a.O., S.209 ff. Zum Leipziger Kartellaustritt auch die Ausführungen bei Potthoff, H., Gewerkschaften und Politik, S.94 f.

46) In Leipzig hatte sich auf parteipolitischer Ebene eine Bezirkskonferenz schon am 2. Mai 1916 mit überwältigender Mehrheit gegen den Parteivorstand ausgesprochen und somit den ersten Schritt in Richtung Parteispaltung getan. Vgl. Bericht des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Sachsens aus dem Geschäftsjahr 1915/16, a.a.O., S. 137.

schaftsmitgliedschaft überdeckten und somit diese Entscheidung nicht nur auf gewerkschaftlichen Prinzipien beruhte. Über den Austritt der Metallarbeiter aus dem Gewerkschaftskartell berichtete die LVZ in großer Aufmachung.⁴⁷⁾

Den Austritt begründete Arthur Lieberasch, ein Parteigänger der USPD, mit Versäumnissen des Kartellausschusses. Dabei wurde von ihm der Vorwurf erhoben, daß im Kartell beschlossene Interventionen betreffs der Anhebung der Einkommensgrenze für Schwerarbeiter der Rüstungsindustrie und der generell unzureichenden Ernährungslage sowohl beim Rat der Stadt als auch bei der Regierung verschleppt worden seien. Lieberasch propagierte in diesem Zusammenhang erstmals die Beitragssperre, weil die Generalkommission und deren verlängerter Arm, der bestehende Kartellausschuß, nicht mehr die Interessen der Arbeiter, sondern lediglich die der Regierung vertreten würden. Im folgenden machte er die ortsansässige Gewerkschaftsführung für die Parteispaltung verantwortlich:

"...sie tun alles, um am Ort die Einheit der Partei zu zertrümmern und damit die Schlagkraft der Arbeiterbewegung zu zerstören. Sie sind die Mitglieder des neuen Parteivereins. Für uns handelt es sich nun darum, wollen wir mit unseren Beiträgen diese Leute weiter unterstützen, trotzdem sie die Interessen der Arbeiter in den wichtigen Ernährungsfragen nicht vertreten und die Partei zerstören wollen?" 48)

Diese Erklärung Lieberaschs, die sich mit vielen Aussagen der Opposition in anderen Orten überdeckte, verdeutlichte, daß die in der Gewerkschaft organisierten Anhänger der USPD in diesem Bereich auch die konkreten sozialen Verhältnisse, die für den Arbeiter existenziell am wichtigsten waren, bei ihrer Agitation betonten. Die Ernährungs- und Lohnfrage verknüpft mit dem Bekenntnis zum Frieden, von der USPD-Leitung laufend propagiert, fand auch bei der gewerkschaft-

47) Vgl. LVZ Nr. 94 v. 24. April 1917

48) Ebd.

lichen Basis zunehmenden Anklang. Somit wurde in Leipzig ein Antrag, aus dem bisherigen Kartell auszutreten, mit Mehrheit angenommen, wobei der Metallarbeiterverband die Führungsrolle übernahm.⁴⁹⁾

Der Austritt aus dem Kartell fiel in eine Zeit, als die USPD auf parteipolitischer Ebene starke Anfangserfolge zu verbuchen hatte, die in ihrer eigenen Presse dementsprechend gewürdigt wurden.⁵⁰⁾ Im Falle von Leipzig läßt sich feststellen, daß dieselben Kräfte, die hier die Gründung der USPD aktiv unterstützt hatten, auch die Opposition in den Gewerkschaften anführten.

Die Konstituierung des neuen Kartells schleppte sich jedoch noch einige Zeit dahin, ohne daß sie so recht engagiert betrieben worden wäre. Schließlich war es wiederum Arthur Lieberasch, USPD-Mitglied, Funktionär im DMV und Redakteur der "Leipziger Volkszeitung", der für die Gründung eines eigenen Kartells eintrat, wobei er kaum von der Programmatik der herkömmlichen Gewerkschaftsauffassung abwich, lediglich gesteigerten Wert darauf legte, daß gewerkschaftliche Grundsätze wie der Streik usw. auf keinen Fall geopfert wer-

49) In Leipzig war die Mitgliederzahl des DMV bereits wieder im Frühjahr 1917 im Wachsen begriffen. Gegenüber dem letzten Quartal von 1916 war die Zahl der Mitglieder von 6.531 auf 7.059 gestiegen. Vgl. a. Jahr- und Handbuch des DMV 1917.

50) Vgl. LVZ Nr. 95 v. 25. April 1917, als sich auf einer Wahlkonferenz für den Wahlkreis Essen 122 gegen 41 Delegierte für einen Anschluß der Parteiorganisation an die USPD aussprachen. Daraus dürfte sich auch der Zusammenhang ergeben, daß die Ortsverwaltung des DMV-Essen auf dem Verbandstag im Juni 1917 auf der Seite der Opposition stand.

Insgesamt traten Delegierte aus 58 Wahlkreisen geschlossen zur USPD über, wobei die Stellung zur USPD stark von der lokalen Presse abhing. Dazu auch Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 338.

den dürften.⁵¹⁾

Von der politischen Seite wurde dann schließlich auch die Kartellspaltung endgültig eingeleitet. Im August 1917 kam es in einer Versammlung der Leipziger USPD zu einem Beschluß, der das Gewerkschaftskartell faktisch mit der USPD "gleichschalten" sollte:

"Gemeinsamen Ausschüssen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und des Leipziger Gewerkschaftskartells können nur solche Personen als Mitglieder angehören, die gewerkschaftlich in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei politisch organisiert sind. Das Zusammenarbeiten mit Personen, die nicht in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei organisiert sind, lehnt die Parteiversammlung ab." 52)

Eine Versammlung von Leipziger Gewerkschaftsmitgliedern verfügte am 17. Oktober 1917 mit 217 gegen 12 Stimmen den Beitritt zu einem neuen Kartell. Es kam somit am 13. November 1917 zur Gründung des "Freien Gewerkschaftskartells zu Leipzig". Neben den Metallarbeitern, Handlungsgehilfen, Tabakarbeitern, Dachdeckern, waren auch die kleineren Verbände der Asphalteure, Kupferschmiede, Sattler und Steinsetzer dem Kartell beigetreten.⁵³⁾ Zum Vorsitzenden des Kartells wurde Hermann Liebermann, Mitglied der USPD und Anhänger des gewerkschaftlichen Flügels der Partei gewählt.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle kam bei dem Austritt

51) Vgl. MAZ v. 17. Nov. 1917. Vgl. hierzu auch Matthes, A./ Matthes, A., Die Entwicklung des "Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" - Verwaltungsstelle Leipzig - und des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießereigehilfen in den Jahren 1914 bis 1920, Phil.Diss. Leipzig 1966 (Masch.), S. 111 f.

52) Gegen Gewaltherrschaft. Für Demokratie im Deutschen Metallarbeiterverband, hrsgg. v. Vorst.d.DMV, o.O. u. J. (1919), S. 1.

53) Gegen die einseitige Bindung an die USPD wandten sich nur die Vertreter der Buchdrucker. Vgl. a. Potthoff, H., a.a.O., S. 94. Die Schneider traten etwas später bei. S.a. LVZ v. 20. Nov. 1917.

auch den jeweiligen Gewerkschaftsredakteuren der entsprechenden Zeitungen zu, die mit der Parteiminderheit sympathisierten. So standen beispielsweise die Redakteure Friedrich Geyer (Tabakarbeiterzeitung), Gustav Hoch (Dachdeckerzeitung) und Paul Lange (Handlungsgehilfenzeitung) auf der Seite der USPD. Daß sich die Opposition jedoch auch aus sozioökonomischen Gründen mit Mitgliedern aus anderen gewerkschaftlichen Verbänden anreicherte, verdeutlichte das Beispiel der Dachdecker, die unter den Kriegsverhältnissen besonders zu leiden hatten und die sich von der gewerkschaftlichen Führung nicht mehr ausreichend vertreten sahen.⁵⁴⁾

Die Konferenz der Zentralvorstände der Gewerkschaften reagierte sofort, indem sie ein Verbot eines zweiten Gewerkschaftskartells in Leipzig aussprach.⁵⁵⁾

54) Die Dachdeckerbranche war vom Krieg stark betroffen, da die Kriegswirtschaftsstelle wichtige Rohstoffe dieses Industriezweiges für die Rüstungsindustrie beschlagnahmt hatte. Zahlreiche Lehrlinge wurden dadurch arbeitslos; die meisten Gewerkschaftsmitglieder zum Heer eingezogen. Der Rest dieser Arbeiterkategorie mußte Ersatzarbeiten verrichten. So wurden Dachdecker von der Kriegswirtschaftsstelle beauftragt, Kupferbedachungen durch Dachpappe zu ersetzen usw. um das Kupfer für die Rüstungsindustrie zur Herstellung von Granaten verwenden zu können. Vgl. Fünfundsiebzig Jahre Dachdeckerinnung Dortmund und Lünen, hrsgg. v. Dachdeckerinnung o.O., 1978.

55) Vgl. Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände; 1. Konferenz (27. Juni 1914) bis 25. Konferenz (13./14. Mai 1919), hrsgg. v. d. GK.d. Gewerksch. Deutschlands (C. Legien), Berlin 1919, S. 70 f., 14. Konferenz v. 22./23. u. 24. Nov. 1917, in Berlin, S. 79, Punkt 5 der Tagesordnung: "Die Differenzen im Gewerkschaftskartell in Leipzig." Im Verlauf der ausgiebigen Diskussion stellte Bauer von der Gk den Antrag: "Die Gründung eines zweiten Kartells ist unzulässig und bedroht die Einheit der Gewerkschaftsbewegung... Die Beitragsleistung aus Verbandsmitteln an ein Kartell, das im Gegensatz zu dem bestehenden Gewerkschaftskartell gegründet wird, erachtet die Konferenz als im Widerspruch stehend mit den Verbandsstatuten und den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und der Verbandstage." Der erste Teil des Antrages wurde einstimmig, der zweite gegen eine Stimme angenommen. Für die Gegenstimme dürfte Simon vom Zvds in Frage gekommen sein, der die Gk vorher an verschiedenen Stellen stark kritisiert hatte.

Daß es der Opposition in dieser Auseinandersetzung nicht um eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, sondern in erster Linie um eine Umbesetzung des Kartellvorstandes ging, wobei man natürlich die parteipolitische Dominanz der USPD in Leipzig auch auf die Gewerkschaftsbewegung übertragen wollte, zeigte die weitere Entwicklung.

Einige Tage nach dem aufsehenerregenden Austritt, am 26. November 1917, einigte man sich, für den Januar 1918 Neuwahlen für das Kartell auszuschreiben. Am 13. Dezember 1917 faßte daraufhin eine von der USPD dominierte Vertrauensmännersitzung den Beschluß, den Mitgliedern der einzelnen Gewerkschaftsverbände den Wiedereintritt ins alte Kartell zu empfehlen.⁵⁶⁾ Zu einer Vereinigung kam es daraufhin aber noch nicht, weil die Vertrauensleute der aus dem Kartell ausgetretenen Verbände Bedingungen aufstellten, wodurch das Kartell völlig in die Abhängigkeit der USPD gekommen wäre.⁵⁷⁾ Nach einem längeren Hin- und Her kam es schließlich im Oktober 1918 wieder zu einer Vereinigung des Kartells, nachdem sich als letzter der Verband der Handlungsgehilfen für einen Wiedereintritt entschlossen hatte.⁵⁸⁾ Bei der Wiedervereinigung spielte offensichtlich auch der ansteigende Druck des Unternehmertums eine Rolle, dessen Auswirkungen nach Kriegs-

56) Vgl. LVZ v. 14. Dez. 1917. Zu einer am 17. März 1918 geplanten Aussprache zwischen Vertretern des alten Kartells mit den Vertretern der ausgetretenen Gewerkschaftsverbände kam es nicht, weil der Verband der Handlungsgehilfen daran festhielt, daß die Politik der Gk verurteilt und preisgegeben werden müßte. Der Verband der Handlungsgehilfen wurde daraufhin zu diesem Gespräch gar nicht eingeladen, was wiederum zur Folge hatte, daß die anderen ausgetretenen Verbände sich mit diesem Verband solidarisch erklärten. Vgl. GHStA München, MA 92 781, BdBfS, Berlin, den 21. März 1918.

57) Vgl. Corr. Nr. 14 v. 6. April 1918.

58) Vgl. GStA München, MA 92 781, BdBfS Berlin, 31. Aug. 1918.

ende befürchtet wurden und dem man eine geschlossene Gewerkschaftsbewegung gegenüberstellen wollte.⁵⁹⁾ Dieses Element, das die gewerkschaftliche von der politischen Arbeiterbewegung in der Praxis wesentlich unterschied, spielte bei der Gewerkschaftsführung und -basis immer mit; man verlor den gemeinsamen "Feind" niemals aus den Augen.

Nachdem jedoch die Opposition im April 1919 im Leipziger Kartell bei den Wahlen eine klare Mehrheit erlangt hatte, wurde dem bisherigen Arbeitersekretär gekündigt, und von dem neuen Vorsitzenden des Leipziger Gewerkschaftskartells, Erich Schilling, das enge Verhältnis zwischen Gewerkschaft und USPD betont.⁶⁰⁾ Die Leipziger Gewerkschaftsbewegung war damit fest in der Hand der USPD, ohne jedoch irgendwelche gewerkschaftsspalterischen Tätigkeiten zu entfalten. Leipzig stellte somit eine Art Prototyp dar, in der die USPD in der örtlichen Gewerkschaftsbewegung vollkommen dominierte. Wie Pottthoff bereits festgestellt hat, wies Leipzig einen weit überproportionalen freigewerkschaftlichen Organisationsgrad auf, zumal es im Herzland der traditionellen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, in Sachsen, lag.⁶¹⁾ Der mit der USPD

59) Vgl. Soziale Praxis Nr.10. v.6.Dez.1917, S. 140 f.

60) Vgl. hierzu auch die Stellungnahme Schillings, die im Correspondenzblatt Nr. 15 v. 12.April 1919 abgedruckt ist:

"Wenn die Leipziger gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre politische Vertretung in der U.S.P.D. erblicken, so ist das ihr gutes Recht und wenn sie ein reibungslosen Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaft ermöglichen wollen, müssen sie bei der Auswahl der Personen zu den gemeinsamen Körperschaften auf die politische Zugehörigkeit Rücksicht nehmen. Denn Partei und Gewerkschaften sind in Zukunft noch viel enger aufeinander angewiesen wie bisher, und diese Erkenntnis ist der eigentliche "Drahtzieher" bei dem Änderungsprozeß in Leipzig...

gez.Erich Schilling, Vors.des Leipziger Gewerkschaftskartells."

61) Vgl. Potthoff, H., Gewerkschaften und Politik, a.a.O., S. 96.

gleichgestellte Kartellausschuß betrieb auch 1919 gewerkschaftlich inhaltliche Politik und beschäftigte sich mit Ernährungsfragen, Lohnverbesserungen usw. Im Unterschied zu ihren Vorgängern votierten die neuen Verantwortlichen des Kartells gegen das Hilfsdienstgesetz und gegen die Technische Nothilfe; sie bewegten sich aber immer im Rahmen der Konzeption des USPD-Gewerkschaftsflügels und lehnten jeden Versuch der kommunistischen Unterwanderung ab.

2.2.2. Braunschweig

Ebenso wie in Leipzig war auch in Braunschweig die Führung der politischen Arbeiterbewegung nach der USPD-Gründung sofort in die Hände der neuen sozialistischen Partei geraten, was auf die dort ansässige Gewerkschaftsbewegung seine Auswirkungen hatte. Eine Besonderheit der Situation in Braunschweig lag in der Tatsache, daß sich die Mehrheitssozialdemokratie bereits im März 1917 gezwungen sah, eine eigene Parteiorganisation zu gründen. Die USPD besaß hier bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung den überwiegenden Anteil der Arbeiterorganisationen, sowohl im Bereich des Partei- als auch Gewerkschaftsapparates und beherrschte auch das Vertrauensmännersystem in den Metallbetrieben.⁶²⁾ Ähnlich wie Leipzig verfügte auch die USPD-Hochburg Braunschweig über eine alteingesessene Facharbeiterschaft, so daß man mit soziologischen Erklärungen über die Anhängerschaft der USPD allein kaum weiterkommt, da sich der prozentuale Anteil von

62) Vgl. Boll, Friedhelm, Spontanität der Basis und politische Funktion des Streiks 1914-1918. Das Beispiel Braunschweig, in: ASG XVII (1977) S. 349, der davon spricht, daß es der Parteilinken in Braunschweig auch gelang, die Parteipresse von 1914 an in der Hand zu behalten, worauf auch die Dominanz der USPD zurückzuführen sei. Zumindest befand sich aber die Redaktion des "Braunschweiger Volksfreundes" 1917/1918 in den Händen der MSPD. Vgl. hierzu den Artikel im "Volksfreund" Nr. 272 v.20.Nov.1917: "Die Sprengung der Leipziger Gewerkschaften durch die "Unabhängigen".

Facharbeitern und Ungelernten ähnlich wie in der MSPD widerspiegelte.⁶³⁾ Erst nach 1918 schien die USPD bzw. USPD-Gewerkschaftsopposition für Ungelernte attraktiver zu werden als die MSPD oder die Richtung der Gewerkschaftsführung. Braunschweig zählte damals ca. 150.000 Einwohner, wovon der Hauptteil der Arbeiterschaft in der Maschinen-, Konserven- und Nahrungsmittelindustrie beschäftigt war.⁶⁴⁾ Wie in vielen Orten, wo die Gewerkschaften zur USPD hin tendierten, war der DMV in Braunschweig die mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft,⁶⁵⁾ und anscheinend waren es auch hier die qualifizierten, gut verdienenden Facharbeiter der Metallbranche, die sich für die Ziele der USPD einsetzten.⁶⁶⁾ Nach der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes war es auch in Braunschweig zu Äußerungen innerhalb des Gewerkschaftskartells gekommen, wonach man der Generalkommission keine Beiträge mehr entrichten wollte, weil die Gewerkschaften unter dem Hilfsdienstgesetz ohnehin keine Bedeutung mehr besitzen würden. Stellungnahmen dieser Art waren in verschie-

-
- 63) Vgl. Miller, Susanne, Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in: Mommsen, H. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion "Geschichte der Arbeiterbewegung" des Deutschen Historikertages in Regensburg im Oktober, Frankfurt 1974, S.90.
- 64) Vgl. Kassing, Herbert, Die Rätebewegung während der Revolution 1918/19 in Braunschweig, Göttingen 1973 (Staats-examensarbeit), S.2.Vgl.a. Boll, F., a.a.O., S.345 ff.
- 65) DMV 1913: 5.133 Mitglieder, Fabrikarbeiterverband: 5.033. DMV 1917: 2.519 Mitglieder, Fabrikarbeiterverband: 3.809. DMV 1919 (Ende): 7.675 Mitglieder.
- 66) Das geht insbesondere aus einer Kandidatenliste der USPD zum Arbeiterrat in Braunschweig im Verlauf der Revolution von 1918 hervor, wo sich unter den USPD-Kandidaten vorwiegend Dreher und Schlosser befanden. Vgl. Kassing, H., a.a.O., S. 43.

denen gewerkschaftlichen Ortskartellen nicht selten.⁶⁷⁾

In Braunschweig waren schon vor der USPD-Gründung im Bereich der Gewerkschaftsbewegung ernste Spannungen zwischen dem Kartell und der Generalkommission aufgetreten, als im April 1916 das Gewerkschaftskartell einen Zuschuß für das Bezirkssekretariat bei der Generalkommission beantragt hatte, dieser jedoch verweigert worden war.⁶⁸⁾ Von seiten der Generalkommission vertrat man die Ansicht, daß man erst genau überprüfen müsse, ob die Aufrechterhaltung des betreffenden Arbeitersekretariates erforderlich und inwieweit in Braunschweig "nicht eine Erhöhung der lokalen Einnahmen trotz des Krieges möglich" sei.⁶⁹⁾ Eine Regelung auf Darlehensebene, einschließlich bestimmter Rückzahlungsmodalitäten, wurde vom Braunschweiger Kartell brüsk abgelehnt. Die Generalkommission verzichtete schließlich, um weitere Spannungen zu vermeiden, auf diesen Passus, wobei die Tendenz der gewerkschaftlichen Entwicklung des Braunschweiger Kartells in einem internen Schreiben der Generalkommission negativ beurteilt

67) Vgl. Corr. Nr.16 v. 20.April 1918. Auf dem im "Braunschweiger Volksfreund" abgedruckten Vorschlag, der Generalkommission keine Beiträge mehr zu entrichten, beschloß die Mitgliedschaft des Handlungsgehilfenverbandes Duisburg, auf Antrag von Rosa Wolfstein, diese Grundsätze als richtig anzuerkennen und ihre Kartelldelegierten zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeamten wegen verminderter Arbeit die Stellung gekündigt werden müßte. Rosa Wolfstein gehörte zu dieser Zeit dem Spartakusbund an. Dieser Sachverhalt bestätigte sich in der Korrespondenz des Verf. mit Rosa Frölich (Wolfstein).

68) Vgl. zu den Gewerkschaftsdifferenzen in Braunschweig auch Corr. 1917 Nr. 34 v. 25.August 1917; Nr.36 v. 8.Sept. 1917; Nr.39 v.29.Sept.1917. Diese Exemplare befinden sich auch, teilweise mit handschriftlichen Notizen Legiens versehen in NL Carl Legien, Nr.23, ZSTA Potsdam.

69) Vgl. Schreiben der Gk vom 8.Mai 1916 an das Braunschweiger Gewerkschaftskartell, abgedr. in: Corr. Nr. 34 v. 25. Aug. 1917.

wurde.⁷⁰⁾ Nach einer Besprechung des Beauftragten der Generalkommission, Cohen, mit dem Braunschweiger Gewerkschaftskartellvorstand, schlug man von der Generalkommission aus vor, die Organisation des Bezirkssekretariats selbst übernehmen zu wollen, wobei ihr auch die Verwaltung desselben obliegen sollte. Das von SPD-Linken geführte Braunschweiger Kartell lehnte diese Art von Einflußnahme durch die Generalkommission ab und gab eine Erklärung heraus, wonach sich das Kartell nicht mehr in der Lage sah, den Arbeitern des Herzogtums Braunschweig weitere Rechtsberatung zu erteilen, weil dazu die Mittel fehlten. Eine Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge kam für den Kartellvorstand nicht in Frage. Die Konsequenz dieser Handlungsweise zeigte sich am 20. März 1917 in einer Kartellversammlung, in der mit 54 gegen 19 Stimmen⁷¹⁾ die Kündigung der beiden Arbeitersekretäre beschlossen wurde, die beide als ausgesprochene Anhänger der Parteimehrheit und der Gewerkschaftsführung galten.

Die Generalkommission reagierte darauf mit der Errichtung eines eigenen Arbeitersekretariates in Braunschweig im Juli 1917. Eine einberufene Konferenz der Gewerkschaftskartelle des Herzogtums Braunschweig in Langelsheim protestierte gegen die Neugründung eines zweiten Arbeitersekretariates und erblickte darin eine Bevormundung politischer Art im Sinne der Mehrheitssozialdemokratie.⁷²⁾ Im Bereich des Braun-

70) Ebd. Schreiben der Gk v. 22.Sept.1916: "Dann aber wollen wir auch nicht unsere Befürchtung verschweigen, daß die Braunschweiger Gewerkschaftsbewegung durch gewisse Vorgänge in der dortigen Arbeiterbewegung einen starken Stoß erhalten hat, womit die zukünftige Leistungsfähigkeit und Stärke der Braunschweiger Gewerkschaften sehr in Frage gestellt werden dürfte.."

71) Bei 20 Stimmenthaltungen angenommen.

72) Vgl. Corr. Nr. 34 v. 25.Aug. 1917.

schweiger Metallarbeiterverbandes kam es im Frühjahr 1917 zu erheblichen Streitigkeiten, die mit der Entlassung des ersten Geschäftsführers Hammerschmidt, eines Anhängers der Generalkommission, endeten. Auf Veranlassung des Hauptvorstandes des Metallarbeiterverbandes wurden die Geschäfte der DMV-Ortsverwaltung daraufhin von einem provisorisch eingesetzten Bevollmächtigten weitergeführt. Es handelte sich um das MSPD- und Reichstagsmitglied Undeutsch aus Halle. Veröffentlichungen des DMV-Vorstandes zufolge akzeptierte auch die "unabhängige Ortsverwaltung" die Arbeit des neuen Bevollmächtigten.⁷³⁾ Zumindest sprachen sich die Vertrauensleute für ihn aus. Zusammen mit der Ortsverwaltung, die weitgehend aus USPD-Gewerkschaftern bestand, hatte Undeutsch, unter den erschwerten Braunschweiger Bedingungen,⁷⁴⁾ die Lohnbewegung der Metallarbeiterschaft forciert und eine Besserstellung der Lebenshaltung dieser Arbeiterkategorie erzielt. Wurde dieser Kurs von zahlreichen Gewerkschaftern, die sich politisch der USPD zurechneten, zumindest bis zur Revolution von 1918 unterstützt, so betrieb der Spartakusbund, organisatorisch noch bei der USPD, gewerkschaftliche Obstruktionspolitik.⁷⁵⁾ Auch läßt sich aus den Berichten des 5.DMV-Bezirktes, dem Braunschweig und Halle angehörten, für das Jahr 1917 ableiten, daß hier die gemeinsamen gewerkschaftlichen Bestrebungen wie Lohnbewegung und Verbesserung der sozialen Bedingungen, über die politischen Gegensätze eindeutig do-

73) Vgl. Gegen Gewaltherrschaft, S. 4 f.

74) Bedingt durch zahlreiche politische Unruhen sowie Streiks herrschte in Braunschweig vorübergehend eine Art Belagerungszustand. Die Lohnsituation war eine der schlechtesten im ganzen Reich.

75) Vgl. Gegen Gewaltherrschaft, S. 4 f., wobei zu bemerken ist, daß bereits hier eine Differenzierung zwischen "unabhängig" und "Spartakus" gemacht wird.

minierten, so daß die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes feststellen konnte, daß "in den Orten, wo die Einigkeit in Gefahr war, eine Besserung eingetreten ist."⁷⁶⁾ Trotz weitgehender Übereinstimmungen bestand der Konflikt des Braunschweiger Gewerkschaftskartells mit der Generalkommission fort und verschärfte sich noch, als im Jahr 1919 der DMV von der USPD majorisiert wurde. Ähnliche Entwicklungen wie in Leipzig und Braunschweig zeichneten sich auch in Gotha, Halle, Bremen⁷⁷⁾ und Kiel⁷⁸⁾ ab, um hier nur einige Städte zu nennen.

76) Vgl. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahr 1917. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsgg. v. Vorst. des DMV, Stuttgart 1918, S. 215 f.

77) Vgl. dazu Potthoff, H., a.a.O., S. 89 ff.

78) Vgl. dazu Kolbe, Hellmuth, Die beginnende Opposition in den deutschen Gewerkschaften, Berlin (o), 1957, S. 23. S.a. Corr. Nr. 30 v. 27. Juli 1918, woraus hervorgeht, daß das Gewerkschaftskartell in Kiel die Verbreiterung von Flugblättern der Generalkommission ablehnte, in denen die Gewerkschaftsführung gegen den Munitionsarbeiterstreik Stellung bezogen hatte.

4. Das Jahr 1919 - die Belastungsprobe für die deutsche Gewerkschaftsbewegung

In den ersten Monaten des Jahres 1919 herrschte, bedingt durch die Umstellungsschwierigkeiten von der Kriegswirtschaft auf die Friedensfabrikation, große Arbeitslosigkeit in Deutschland. Mittlere Betriebe, die wenig Exportwaren anfertigten sowie Betriebe, die sich nach dem verlorenen Krieg nicht so rasch auf die Friedensproduktion umstellen konnten, litten darunter besonders.¹⁾

So stieg beispielsweise die Arbeitslosenzahl der Gewerkschaftsmitglieder in Berlin, dem Zentrum der Kriegswirtschaft, von 1.375 im Januar 1918, über 31.118 im Januar 1919 auf 74.525 im März 1919.²⁾ Der Anstieg der Arbeitslosenquote im gesamten Reich und die damit einhergehende soziale Not und Unzufriedenheit wirkte sich offensichtlich auch auf das Wählerverhalten der Arbeiterschaft aus, das zusehends mehr auf radikalsozialistische Alternativen ausgerichtet war. Der Aufwärtstrend der USPD im Frühjahr 1919 bestätigte diese Tendenz, als sich, nach den sehr enttäuschenden Nationalversammlungenwahlen,³⁾ ein fortwährend ansteigendes

1) Vgl. Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes Frankfurt a.M. über das Jahr 1919, Frankfurt 1920, S.3.

2) Von diesen 74.525 Arbeitslosen waren dabei lediglich 13.609 (18 Prozent) Frauen.

3) Ergebnis der Nationalversammlungenwahlen vom 19.Jan.1919:

MSPD	11.509.048	Stimmen	=	37,9 %
USPD	2.317.290	Stimmen	=	7,6 %
CVP	5.980.216	Stimmen	=	19,7 %
DDP	5.641.825	Stimmen	=	18,5 %
DNVP	3.121.479	Stimmen	=	10,3 %
DVP	1.345.638	Stimmen	=	4,4 %

vgl. a. Milatz, Alfred, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1968, S. 34 ff.

Wählerpotential bei den Länderparlamentswahlen abzeichnete. Bereits zu Beginn des Jahres 1919 war es der USPD gelungen, in verschiedenen Parlamenten zur stärksten sozialistischen Partei zu werden oder nahe an die MSPD heranzukommen.⁴⁾

Zu der vorherrschenden Arbeitslosigkeit kamen weitere Schwierigkeiten, wenn man bedenkt, in welchen Größenordnungen nach dem verlorenen Krieg Umschichtungen der Bevölkerungsstruktur erfolgten. Ungefähr 5 Millionen Männer strömten aus dem Heer nach Deutschland zurück und mußten kurzfristig in den Produktionsprozeß eingegliedert werden.⁵⁾ Dieser Massenzustrom schlug sich nachhaltig in der Gewerkschaftsbewegung nieder und brachte beträchtliche organisatorische Schwierigkeiten mit sich, weil der bürokratische Apparat der Gewerkschaften diesem Ansturm kaum gewachsen war. Hatte bereits das Jahr 1918 eine große Anzahl von neuen Mitgliedern in die verschiedenen Gewerkschaften gebracht, so steigerte sich diese Quote im Jahr 1919 noch um

4) So u.a. in Braunschweig, Sachsen-Koburg-Gotha oder Reuß ältere Linie sowie Großberlin. Vgl. dazu Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 - 1920, Düsseldorf 1978, Anh. I. S. 457 ff., die einige Angaben über die Sitzverteilung bei den Wahlen zu den Landesparlamenten wiedergibt (nach Schulthess, Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 1918 ff.)

Sitzverteilung

	U S P D	M S P D
Braunschweig (22.Dez.1918)	14	17
Sachsen-Koburg-Gotha (23.Febr. 1919)	11	1
Reuß ältere Linie (2.Sept.1919)	7	2
Stadtverordnetenwahl in Großberlin (23.Febr.1919)	47	46
Bremen (9.März 1919)	39	66
Sachsen (2.Febr.1919)	15	42
Hamburg (16.März 1919)	13	81

5) Vgl. Stat. Jb. f.d. Deutsche Reich Jg. 1921/22, S. 27.

ein Vielfaches.

Wie in vielen Städten des Reiches, stieg die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder in Berlin im Jahr 1919 um das Doppelte an, nachdem bereits im Jahr 1918 gegenüber 1917 eine Verdoppelung der Mitgliedschaften eingetreten war. Der Mitgliederzuwachs gestaltete sich hier, in der USPD-Hochburg, wie folgt:

Ende 1917 167.702 Gewerkschaftsmitglieder in Großberlin

Ende 1918 349.156

Ende 1919 691.263 6)

Hand in Hand mit dem Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung stiegen auf der anderen Seite die Arbeitslosenziffern seit dem Dezember 1918 immens an. Besonders von dieser Entwicklung waren die Großstädte und hier wiederum Berlin betroffen. In Berlin war in der Zeit vom 6. bis zum 13. Dezember 1918, also im Zeitraum einer Woche, ein Anstieg der Arbeitslosenzahl um 100 Prozent, von 19.000 auf 38.000 zu verzeichnen, der schließlich die astronomische Höhe von 230.000 erreichte. Damit belief sich der Anteil Berlins an der Gesamtarbeitslosenzahl im Reich etwa ein Viertel, bei nur einem Zwanzigstel der Gesamteinwohnerzahl.⁷⁾

Auf dem Hintergrund dieser extremen und außergewöhnlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt müssen die Ursachen für das Übergreifen von radikalen Einflüssen, sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Partei gesehen werden, denn gerade in Berlin, wo sich diese Entwicklung zuspitzte, hatten sowohl die USPD als auch die gewerkschaftliche Opposition ihren stärksten Anhang rekrutiert.

6) Vgl. 30.Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins 1919, Berlin 1920, S. 32 f.

7) Stat.Jb. 1920, S. 2.

Es war bei den organisatorischen Schwierigkeiten der Reintegration von zurückkehrenden Arbeitern in den Produktionsprozeß verständlich, daß sich der Unmut über die wirtschaftliche Not in den Arbeiterorganisationen immer stärker artikuliert, zumal man nach der Revolution 1918/19 eine Verbesserung der sozialen Lage erwartet hatte. Dieser Zustand verschärfte sich umso mehr, als die Unternehmer sich oftmals nicht an das im Rahmen der Zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAG) vereinbarte Abkommen hielten, die zurückgekommenen Arbeiter wieder in ihren Betrieb einzusetzen,⁸⁾ wenn dies aus ökonomischen Gründen auch nicht immer einfach war. Für die gewerkschaftliche Opposition, im gesamten Jahr 1919 vorwiegend von der USPD getragen, war dies jedoch Grund genug, das Abkommen mit den Unternehmern weiterhin verstärkt zu bekämpfen und als kapitalistisches Machwerk abzustempeln. Die Aufkündigung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft stand innerhalb des USPD-Gewerkschaftsflügels in den verschiedenen Einzelgewerkschaften als Argument ganz weit oben, um die Gewerkschaftsmitglieder auf ihre Seite zu bekommen.

4.1. Der außerordentliche Parteitag der USPD im März 1919 - Ungeklärtes Verhältnis zu den Gewerkschaften

Nachdem die USPD aus der Regierungskoalition mit der MSPD ausgeschieden war und politisch über keine Möglichkeit mehr verfügte, nach den Nationalversammlungswahlen an einer

8) S.a. Punkt 4 des Abkommens vom 15. Nov. 1918: "Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfang durchgeführt werden kann." U.a. abgedr. bei Ritter, Gerhard A.,/Miller, Susanne (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918 - 1919, Dokumente, Hamburg 1975, 2. Aufl., S. 237.

Regierung beteiligt zu werden, andererseits auch keine Koalition mit bürgerlichen Parteien eingehen wollte, versuchte man über die Gewerkschaften eine Veränderung zugunsten der Partei zu erreichen, weil man hier eine Chance sah, auf längere Sicht gesamtgesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Für die maßgeblichen Gewerkschaftsführer der USPD gab es dabei keinen Zweifel, daß die Partei und deren Mitglieder in den Einzelgewerkschaften auf dem Boden der Zentralgewerkschaften stehen sollten, obwohl von einigen Parteimitgliedern die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung betrieben wurde, ohne dies jedoch öffentlich zu behaupten.

Auf dem Märzparteitag der USPD, einem außerordentlichen Parteitag in Berlin,⁹⁾ hatte man die Anträge zur Tagesordnung, die sich damit beschäftigten, die "Gewerkschaftsfrage" zur Diskussion zu stellen, sanft abgewiesen und darauf verzichtet, die Stellung der Partei in dieser wichtigen Frage festzulegen, um innerparteiliche Weichenstellungen zu vermeiden.¹⁰⁾ Auf den Vorschlag von Laukant und W. Dittmann, die Gewerkschaftsfrage auf diesem Parteitag abzusetzen, erhob sich zwar starker Widerspruch, schließlich zeigte sich das Plenum der Delegierten doch damit einverstanden.

Anscheinend wollte man auch von seiten des gewerkschaftlich orientierten Flügels der USPD die Frage zu diesem Zeitpunkt nicht unbedingt festlegen, weil man davon ausging, daß ein großer Teil der USPD-Anhängerschaft noch auf das Räte-system setzte und in einen Parteibeschuß zur Gewerkschaftsfrage das Problem der Räte zweifellos eingegangen wäre. Vom linken

9) Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, o.J.

10) S.a. die Anträge aus Hamburg und Gröba, Prot.USPD-1919, S.16 sowie S. 43.

Flügel, in diesem Falle von Kürbs aus Halle, der bereits früher für eine Politisierung der Gewerkschaften eingetreten war, wollte man unbedingt das Verhältnis der Gewerkschaften und der Räte zueinander bestimmen; eine Frage, die für Richard Müller, einem USPD-Linken, der eine führende Rolle im Bereich der Revolutionären Obleute gespielt hatte, anscheinend bereits entschieden war:

"Es ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Gewerkschaften werden dann von den Arbeiterräten aufgesaugt und unsere Haltung zu den Gewerkschaften hängt davon ab, wie wir unsere Stellung zum Rätssystem einnehmen werden. Deshalb ist es nicht notwendig, daß wir diese Frage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung setzen."¹¹⁾

Aus dieser Stellungnahme war zu entnehmen, daß R. Müller noch keine Mehrheit auf dem Parteitag für eine Resolution gegen die Gewerkschaften hinter sich wußte, da er an anderen Stellen, wo eine Möglichkeit der Majorität bestand, Anträge dieser Art zur Abstimmung einzubringen pflegte. Anscheinend gegen den Willen der Parteileitung wurde die "Gewerkschaftsfrage" dennoch, nach einer Abstimmung des Plenums, als sechster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.¹²⁾ Es ist anzunehmen, daß die Initiative für eine Behandlung dieses Themas von seiten der Gewerkschaftsanhänger in der USPD herrührte, denn schließlich sprach Robert Dißmann zu dem Thema "Stellung der U.S.P. zu den Gewerkschaften", wobei er die Gewerkschaften neben der politischen Partei als den zweiten großen Strom des Proletariats bezeichnete, der unentbehrlich sei. Mit zurückhaltenden Hinweisen auf die Stellung der Arbeiterräte, die, seiner Auffassung nach, Teilbereiche der Gewerkschaften übernehmen und diese nach einer vollständigen Sozialisierung sogar ersetzen könnten, verlas er eine Resolution, worin er die jetzige Gewerkschaftsführung stark kritisierte, aber auch keinerlei Zweifel auf-

11) Vgl. Prot. USPD-Pt. 1919, S. 43.

12) Ebd.

kommen ließ, daß die Gewerkschaftsbewegung in Zukunft von großer Wichtigkeit und ein Austritt aus ihr verhängnisvoll sein würde, denn:

"Nicht durch den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern durch unsere Mitarbeit innerhalb derselben werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, in Wesen und Inhalt zurückgeführt zum proletarischen Klassenkampf.

Der Parteitag empfiehlt den Gewerkschaftsgegnossen der USP die Einsetzung einer zentralen Kommission, die mit Unterstützung gleicher Kommissionen in den einzelnen wirtschaftlichen Gebieten des Landes die weitere Entwicklung der Gewerkschaften...beobachtet."¹³⁾

Immer davon ausgehend, daß die Gewerkschaften erst nach einer vollkommenen Sozialisierung ihre Aufgaben verloren hätten, propagierte Dißmann die aktive Mitarbeit in denselben und sprach sich vehement gegen Erscheinungen in Stuttgart und Köln aus, wo von eigenen Gewerkschaftsgründungen die Rede gewesen war.¹⁴⁾ In seinen Ausführungen wurde, trotz des schlagwortartigen Bekenntnisses zum Räteystem, deutlich, daß sich seine Auffassung von der Richard Müllers und Ernst Däumigs klar unterschied, die eine antigewerkschaftliche Position vertraten und die Gewerkschaften nur noch als Potential für die zukünftige Rätebewegung auffaßten.¹⁵⁾

13) Ebd. S. 195. Vgl. dazu auch den Antrag 55 auf dem Parteitag, der aus Stuttgart kam: "Der Parteitag möge beschließen, im Interesse der Arbeiterbewegung die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation als neue Kampforganisation der Arbeiterbewegung anzuerkennen.

14) Ebd., S. 23.

15) Wenn Peter von Oertzen, Die Betriebsräte in der Novemberrevolution, S. 267, feststellt, daß die Führer der Rätebewegung "die Gewerkschaften keineswegs zerstören wollten", so muß diese Behauptung doch etwas modifiziert werden, da nach Auffassung von Richard Müller und Ernst Däumig usw. den Gewerkschaften lediglich noch sekundäre Aufgaben zugekommen wären. Letztlich liefen ihre Bestrebungen doch darauf hinaus, die Gewerkschaftsbewegung auszuschalten. Vgl. a. Sozialdem. Parteikorr. Nr. 5, 1919, wo Däumig zitiert wird, der feststellte, daß die "Rolle der Gewerkschaften in der bisherigen Form ausgespielt" sei und von "Tarifen in revolutionären Zeiten keine Rede mehr sein" könne.

Trotz der auf dem Parteitag stark zur Geltung gekommenen Gegnerschaft zur gegenwärtigen Gewerkschaftsführung und teilweise zu den Gewerkschaften als Institution, setzte Dißmann es durch, daß sich die USPD nach wie vor zu den Zentralgewerkschaften bekannte.¹⁶⁾

Die auf dem Parteitag eingebrachten Anträge mit der Überschrift "U.S.P. und Gewerkschaft" (Emil Barth) sowie "Gewerkschaften und U.S.P."¹⁶⁾ brachten keine prinzipielle Klärung des Verhältnisses der USPD zu den Gewerkschaften. Ging der erste Antrag davon aus, daß die Gewerkschaften nach der vollständigen Sozialisierung als "Produktions- und Bildungsorganisationen" immer noch notwendig sein würden, womit ein gleichzeitiger Aufruf an die Parteimitglieder verbunden war, "recht rege in den Gewerkschaften tätig zu sein, um überall die Leitung derselben übernehmen zu können",¹⁷⁾ wobei das Fundament der Gewerkschaftsbewegung zukünftig in der Betriebsorganisation liegen sollte, so wurden in dem zweiten Antrag lediglich die "Gewerkschaftsbürokratie" und die Gewerkschaftsführung als untragbar angesehen, womit der konkrete Beschluß verbunden werden sollte, die weitere Gewerkschaftsentwicklung durch eine besondere USPD-Kommission beobachten zu lassen. Auf keinen Fall sollten jedoch Mitglieder der USPD aus den Gewerkschaften austreten.¹⁸⁾ Robert Dißmann konnte somit seinen Kurs in der Gewerkschaftsbewegung als für die USPD verbindlich durchsetzen und verhindern, daß es zu einem Beschluß gekommen wäre, der die Gewerkschaftsmitglieder von der USPD abgestoßen hätte. Auf seine eingebrachte Resolution erfolgte kaum Kritik und bemerkenswerter Weise wurde über sie auch nicht abgestimmt.¹⁹⁾ Stand innerhalb der USPD die Rätefra-

16) Vgl. Prot.USPD-Pt.1919,S.27 f..(Antrag 81); S. 271 f. (Antrag 102).

17) Ebd., S. 28.

18) Ebd., S. 271.

19) Vgl. a. Potthoff, H., Gewerkschaften und Politik,S.342 ff.

ge zu diesem Zeitpunkt noch im Vordergrund des politischen Denkens, so zeigte sich doch bereits auf diesem Parteitag die Stärke des gewerkschaftlichen Flügels der USPD. Von dieser Seite war die Funktion der Räte in der zukünftigen politischen Grundordnung neben den Gewerkschaften immer anerkannt worden, doch sollten die Räte sich nicht innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Raum verschaffen können, wie das von Teilen des linken USPD-Flügels gefordert wurde.

Ein Votum des Parteitages für eine selbständige Betriebsrätebewegung, auf das sich Richard Müller später des öfteren bezog, lag protokollarisch nicht vor und hätte wohl auf dem Parteitag auch keine Mehrheit gefunden. Dagegen wurde ein Antrag Däumigs, die Parlamente in Zukunft nur noch als Agitationstribünen für die USPD zu benutzen, nur ganz knapp zurückgewiesen.²⁰⁾

Auf einer dem Parteitag vorausgegangenen Landeskonzferenz der USPD Badens hatte Dißmann konkretere Ausführungen gemacht, worum es ihm im Falle der Gewerkschaftsbewegung ging. Ebenso wie gegen die undurchlässige und schwerfällige Parteibürokratie, richtete sich seine Kritik gegen die "Gewerkschaftsbürokratie", aber keineswegs gegen die Gewerkschaften als Arbeiterorganisationen. Zu dieser Zeit, zu Beginn des Jahres 1919, setzte Dißmann noch sehr stark auf die USPD als politisches Sammellager der Opposition. Zumindest ist anzunehmen, daß er der politischen Stoßrichtung auf eine Veränderung der Gesellschaftsordnung hin noch mehr Chancen einräumte als der gewerkschaftlichen Opposition. Für die Werbekraft und Aktionsfähigkeit der USPD forderte er die systematische Ausdehnung auf die Betriebe, denn nur dadurch könne die USPD Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung gewinnen.

Als Ausgangsposition sollte dafür ein Vertrauensmännerapparat

20) Vgl. Prot.USPD- Pt. 1919, S. 250.

der Partei in allen, auch den kleinsten Betrieben, dienen. Dißmann ging dabei von der Prämisse aus, daß bereits die meisten Arbeiter, die Hauptzahl der "Proletarier" bei der USPD seien und daß man gegenüber den "Regierungssozialisten" den Vorteil habe, daß diese über keine engagierten Mitglieder, sondern lediglich über "unzählige Schlappschwänze, Halbsozialisten, Zehntelsozialisten" verfügen würden.²¹⁾ Zumindest, was den Bereich der gewerkchaftlich organisierten Metallarbeiter anging, so gelang es ihm, sei es nun durch gewerkschaftliche Kleinarbeit oder auch durch geschicktes taktisches Agieren, den Einfluß der USPD ganz stark zu fördern, wobei er sich der Schlüsselfunktion dieses Verbandes in der deutschen Gewerkschaftsbewegung durchaus bewußt war.

4.2. Der Metallarbeiterverband als Haupteinflußbereich für die USPD in der Gewerkschaftsbewegung (1919)

Erst nach dem außerordentlichen Parteitag der USPD vom März 1919 nahm es Dißmann anscheinend in die Hand, die Opposition in den Gewerkschaften zu organisieren, wobei er den Schwerpunkt seiner Aktivitäten naturgemäß auf den DMV richtete, da sich aus dem Bereich der Metallarbeiterschaft erstens das Hauptpotential der USPD-Mitgliedschaft rekrutierte und zweitens der DMV die mit Abstand größte Einzelgewerkschaft im Reich und damit ein bedeutendes politisches Machtinstrument darstellte.

In dem Bewußtsein, daß bereits zahlreiche DMV-Ortsverwaltun-

21) Vgl. U.S.P. Baden, Berichterstattung über die Verhandlungen der Landeskonzferenz der USP Badens vom 15./16. Febr. 1919 zu Karlsruhe, Offenburg 1919, S. 17.

gen mit der USPD sympathisierten und die politischen Streitereien im Verband allmählich überhand nahmen, versuchte er, noch vor der vom Vorstand einberufenen Bevollmächtigtenkonferenz, der ersten, die es in der Geschichte des Metallarbeiterverbandes gab, die Parteigänger der USPD zu mobilisieren, um für den im Oktober 1919 stattfindenden Verbandstag des DMV gerüstet zu sein, wo man den alten Vorstand stürzen wollte.

Ausdruck dieses Unternehmens war ein von Dißmann verfaßtes Rundschreiben, das im Juli 1919 in der "Metallarbeiterzeitung" veröffentlicht wurde²²⁾ und das an seine "Freunde" gerichtet war. Dißmann bedauerte darin, daß in verschiedenen Verbänden (Dachdecker, Bauarbeiter) auf den letzten Verbandstagen die Opposition recht gering gewesen sei und betonte die Wichtigkeit des kommenden Verbandstages des DMV:

"Demgegenüber erfordert der bevorstehende Verbandstag der Metallarbeiter doppeltes Interesse. Es handelt sich dabei

1. um eine Gewerkschaft, die heute 1.200.000 Mitglieder zählt
2. um eine Organisation, in der unsere Genossen schon seit Jahren mit wachsendem Erfolg um die Mehrheit ringen."²³⁾

Er wies auch auf die Bevollmächtigtenkonferenz im Juni 1919 hin, auf der der Vorstand die Weichen für den Verbandstag stellen wollte. Entscheidendes Kriterium seines Briefes stellten dabei bestimmte Verhaltensmaßregeln für die Wahlen zum Verbandstag dar:

"Unsere Genossen haben frühzeitig die Kollegen aufzurütteln und bei den Vorbereitungen zur Delegiertenwahl (Stellung zum Verbandstag, Anträge, Aufstellung der Kandidaten usw.) auf dem Posten zu sein. Soweit mehrere Verwaltungsstellen gemeinsam Delegierte wählen, müssen sich unsere Genossen vorher (frühzeitig) über Kandidaten-

22) Vgl. MAZ Nr. 26/27 v.5.Juli 1919-Vgl.a.Anhang IV.

23) Ebd.

vorschläge miteinander verständigen."24)

Das Schreiben Dißmanns war nur intern und vertraulich zu behandeln und nicht zur allgemeinen Weitergabe bestimmt.

Sichtlich wurde es erst nach der Konferenz der Bevollmächtigten auch dem DMV-Vorstand bekannt, weil auf der Konferenz selbst darauf nicht eingegangen worden war. Der Kampf im DMV verschärfte sich nun, da man auch von der Vorstandsseite, politisch von der MSPD repräsentiert, voraussetzen konnte, daß die USPD mit allen Mitteln darauf drängte, den Metallarbeiterverband zu majorisieren. Eine vergleichbare Vorgehensweise in anderen Einzelgewerkschaften ist bisher nicht bekannt geworden. In der "Metallarbeiterzeitung" wurde die Überrumpelungstaktik Dißmanns folgendermaßen kommentiert:

"Dißmann gilt bei der USP als "Autorität" in Gewerkschaftsangelegenheiten und ist Hauptorganisator der Bestrebungen, die Gewerkschaften - und besonders den Deutschen Metallarbeiter-Verband - vollständig in die Hände der USP zu bringen und ihre Gelder den politischen Zwecken der USP dienstbar zu machen."25)

Der letzte Absatz stellte dabei eine Unterstellung dar, weil Dißmann Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten strikt trennte, wenn er auch gemeinsame Ziele verfolgt haben mag. Eine Veruntreuung von gewerkschaftlichen Geldern zugunsten der USPD wäre für ihn niemals in Frage gekommen.²⁶⁾ Andererseits war es verständlich, daß sich die Verbandsführung durch die Aktionen Dißmanns verunsichert fühlte und ihn jetzt bei der Mitgliedschaft in einen schlechten Ruf bringen wollte. Dazu wurde von der Vorstandsseite (Schlicke, Reichel) die

24) Ebd., Verwaltungsstellen, die unter 2.000 Mitglieder zählten, mußten zusammen mit anderen kleinen Verwaltungsstellen ihre Delegierten wählen.

25) Vgl. MAZ Nr.26/27 v.5.Juli 1919;vgl.o.Anhang IV.

26) Verschiedentlich war es auf Gewerkschaftsversammlungen zu Geldspenden und auch -sammlungen für die USPD gekommen, wogegen sich jedoch die jeweiligen Ortsverwaltungen des DMV wandten, um eine politische Neutralität wenigstens in diesem Punkt zu bewahren. U.a. hatte eine Mitgliederversammlung des Essener Metallarbeiterverbandes den Beschluß gefaßt, der USPD 30.000 Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

"Metallarbeiterzeitung" als Forum benutzt, um gegen den Einfluß der USPD auf den Verband einwirken zu können. Von April bis einschließlich Juni 1919, also unmittelbar bis zur Bevollmächtigtenkonferenz des DMV, erschienen Artikel, die jeweils mit der Überschrift "Gegen Gewaltherrschaft. Für Demokratie im Deutschen Metallarbeiter-Verband" überschrieben waren und die als Broschüre den Teilnehmern der Bevollmächtigtenkonferenz, die vom 16. bis 18. Juni 1919 in Stuttgart tagte, vorgelegt wurden.²⁷⁾

In diesen Artikeln wurden die "Machenschaften" der gewerkschaftlichen Opposition gegeißelt und als regionale Schwerpunkte Leipzig, Berlin, Braunschweig, Halle, Merseburg, Danzig, Bremen, Stuttgart und Frankfurt aufgeführt.²⁸⁾ Dafür, daß in dieser Phase der deutschen Gewerkschaftsgeschichte der politische Stellenwert, der dem Einfluß auf die Einzelgewerkschaften zugeordnet wurde, immer mehr in den Vordergrund des Geschehens rückte, gibt es einige Beispiele.

Bereits die Wahlen zu einer neuen Ortsverwaltung des DMV in Hamburg vom 9. März 1919 trugen einen rein politischen Charakter. So engagierte sich das Parteiorgan der MSPD, das "Hamburger Echo", genauso für die Liste der mehrheitssozialistischen Verbandsdelegierten wie auf der anderen Seite die "Hamburger Volkszeitung" für die USPD. Die Urabstimmung brachte, bei einer Beteiligung von 7.843 DMV-Mitgliedern, also 26 Prozent der Gesamtmitgliedschaft (30.000 Mitglieder), einen Listenerfolg für die USPD, so daß sämt-

27) Vgl. "Gegen Gewaltherrschaft". Für Demokratie im Deutschen Metallarbeiterverband, hrsg. v. Vorst. des DMV, o.O. u.J. (1919)

28) Ebd.

liche Führungspositionen der Ortsverwaltung an die USPD gingen.²⁹⁾ Ebenso verliefen die Wahlen der Delegierten für den Verbandstag in Stuttgart, wobei sich erneut die Kandidaten der USPD durchsetzten. Eine von der KPD unterstützte Organisation, die von der Hamburger Vulkanwerft ihren Ausgang nahm und die Gründung einer "Union" forderte, wurde von der USPD entschieden abgelehnt und auch jedes Bündnis mit dieser Organisation verworfen. Die USPD-Gewerkschafter sahen in der "Union" nur einen Zersplitterungsversuch der Gewerkschaftsbewegung und damit eine Schwächung der Arbeiterbewegung.³⁰⁾

Ähnlich wie in Hamburg kam es auch in Frankfurt bei der Frage der Delegiertenwahl für den Verbandstag zu einem regelrechten Wahlkampf, in dem es für Robert Dißmann darauf ankam, seine Linie durchzusetzen, was bei der politischen Vorherrschaft der MSPD in Frankfurt schwierig war. Gegen den ersten Wahlgang (21. Juli 1919), bei dem Dißmann relativ knapp gewählt worden war, erhob der Frankfurter Bezirksleiter des DMV, Ehrler, der der MSPD angehörte, Protest, weil er an eine Manipulation der Wahl glaubte.³¹⁾ Bei der Wiederholungs-

29) Vgl. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Hamburg. Geschäftsbericht über das Jahr 1919, Hamburg 1920, S. 7. Vgl. a. Comfort, Richard A., Revolutionary Hamburg, Stanford California 1966, S. 95 f., der von einer "new Local-Administration" spricht, die 13 USPD und 7 MSPD Mitglieder enthielt.

30) Vgl. DMV. Verw. Hamburg. Geschäftsber. 1919, S. 5.

31) Vgl. Geschäftsbericht des DMV, Verwaltungsstelle Frankfurt a.M. über das Jahr 1919, Frankfurt a.M. (1920), S. 57. Der Bezirksleiter des DMV (Ehrler) gab dabei folgende Gründe an:

1) Die Türkontrolle sei nicht scharf genug gewesen, daher wären zahlreiche Personen ohne Mitgliedsbuch im Saal gewesen.

2) Verstoß gegen das Wahlreglement, da man keine Branchen, sondern eine Mitgliederversammlung einberufen habe.

wahl konnte sich Dißmann jedoch mit seinem gesamten USPD-Gewerkschaftsflügel durchsetzen und 5 Mandate für diese Richtung beanspruchen, während bei der angefochtenen Wahl auch MSPD-Kandidaten gewählt worden waren.³²⁾ Aus den vorliegenden Zahlenverhältnissen ergibt sich, daß sowohl USPD- als auch MSPD-Gewerkschaftsfunktionäre die Basis dementsprechend mobilisiert haben mußten, weil die Stimmenergebnisse der Urwahlen auf eine gut doppelt so hohe Wahlbeteiligung wie beim ersten Durchgang schließen lassen.³³⁾ Das Wahlergebnis ging aus einer Listenwahl hervor, bei der die USPD-Funktionäre geschickt agiert haben mußten, denn der Stimmenunterschied zwischen den Listen war denkbar knapp.³⁴⁾ Auf späteren Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen wurde Dißmann in dieser Angelegenheit wiederholt Manipulation vorgeworfen, was jedoch nach Sichtung des vorliegenden Quellenmaterials nicht zutreffend ist. Daß sich die Verhältnisse in Frankfurt zum Vorteil der USPD innerhalb des dortigen DMV entwickelten, lag neben der eifrigen Tätigkeit Dißmanns, der übrigens nur auf Platz 2 bei dieser Wahl gekommen war,³⁵⁾ an der explosionsartig ansteigenden Mitgliederentwicklung im Frankfurter Metallarbeiterverband.

32) Ebd., S.57. Bei der ersten Wahl stand dem Bericht zufolge Meißner (MSPD) mit 2.018 Stimmen an erster Stelle, dann erst folgten Bernhard (USPD) mit 1.918 und Dißmann (USPD) mit 1.835 Stimmen usw. Aus dem Bericht geht außerdem hervor, daß vor der Wahl eine Abstimmung stattgefunden hatte, wonach das Verhältnis USPD - MSPD 5:3 gewesen sei.

33) Ebd. Ergebnis:

1. Bernhard	(USPD)	3.949	Stimmen
2. Dißmann	(USPD)	3.871	Stimmen
3. Schweig	(USPD)	3.776	Stimmen
4. Beul	(USPD)	3.749	Stimmen
5. Scheld	(USPD)	3.738	Stimmen
6. Ulrich	(MSPD)	3.634	Stimmen
7. Lehmann	(MSPD)	3.570	Stimmen
8. Meißner	(MSPD)	3.569	Stimmen
9. Weber	(MSPD)	3.409	Stimmen
10. Seidel	(MSPD)	3.224	Stimmen

34) Ebd.

35) Ebd.

War die Mitgliedschaft im DMV hier bis Ende 1917 mit nur mehr als 600 Mitgliedern verschwindend klein gewesen; - sie betrug zu diesem Zeitpunkt nur noch 1/8 im Verhältnis zu 1914 - so stieg sie bis Ende 1918 auf 13.000 und erreichte gegen Ende 1919 die Zahl von 29.620 Mitgliedern.³⁶⁾ Insgesamt hatte sich in Frankfurt die Gewerkschaftsmitgliedschaft, ähnlich wie in anderen Großstädten, im Zeitraum von Ende 1918 bis Ende 1919 verdoppelt; in diesem Fall von 66.018 (36,7 % weibl. Mitgl.) auf 142.142 (21,5 % weibl. Mitgl.).³⁷⁾ Dabei lagen in Städten, wo die USPD innerhalb des Metallarbeiterverbandes dominierte, oftmals gleiche Voraussetzungen zugrunde. Zu dem immensen Mitgliederzuwachs kam noch, daß sich der Anteil der männlichen Mitgliedschaft gegenüber der weiblichen in diesen Städten im Verhältnis vergrößerte und die Alterstruktur meist verjüngte. Dieselben Bedingungen lagen in Berlin und Halle vor, wo sich die USPD-Gewerkschafter am radikalsten gebärdeten. Der Zusammenhang dieser Bedingungen, mit einer radikalen Haltung in den Gewerkschaften, von Robert Wheeler als Hypothese angenommen, findet hier seine Bestätigung.³⁸⁾

36) Vgl. Gewerkschaftskommission Frankfurt. Geschäftsbericht für die Jahre 1915. 1916. 1917, Frankfurt a.M. 1918, Anhang. Vgl. a. ADGB, Ortsausschuß Frankfurt a.M. Gewerkschaftsbericht für die Jahre 1918 - 1921, Frankfurt a.M. 1921, S. 12 f.

37) Ebd.

38) Vgl. Wheeler, R.F., Zur sozialen Struktur, a.a.O., S.181f.

4.2.1. Die Konferenz der Bevollmächtigten im Deutschen Metallarbeiterverband vom 16. bis 18. Juni 1919

Mit der Einberufung einer Konferenz der Bevollmächtigten wurde von der Vorstandsseite des DMV nochmals der Versuch unternommen, an die Einheit der Arbeiterbewegung zu appellieren und eine Zersplitterung der Gewerkschaften zu vermeiden.³⁹⁾

Das Schreiben Dißmanns zur Zusammenfassung der Opposition, vor diesem Konferenztermin verfaßt, war zu diesem Zeitpunkt lediglich USPD-Gewerkschaftsfunktionären bekannt und kam auf dieser Konferenz nicht zur Sprache.

Im Mittelpunkt der Besprechungen standen vielmehr vom Vorstand entworfene Richtlinien, durch die verhindert werden sollte, daß aus der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, der USPD, MSPD oder KPD, einem Gewerkschaftsangehörigen Nachteile entstehen sollten.

Im Verlauf des Jahres 1919 war es wiederholt vorgekommen, daß Gewerkschaftsangestellte aufgrund ihres Parteibuches entlassen beziehungsweise eingestellt worden waren. Außer der Behebung dieser Mißstände sollte die Bevollmächtigtenkonferenz eine neue Basis zur Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung schaffen. Diese Bestrebungen mußten jedoch bereits im Keime ersticken, da von der Opposition als Hauptredner Richard Müller aufgeboten worden war, der die Gewerkschaften als Vorstufe zum Räte-System einschätzte und ihnen in der Zukunft eine zweitrangige Rolle im Sozialgefüge zuordnete. Von den eingebrachten Richtlinien waren insbesondere die ersten drei von Wichtigkeit, weil sie direkt oder indirekt das Verhältnis von USPD und MSPD innerhalb des DMV ansprachen:

39) Vgl. Protokoll der Konferenz der Bevollmächtigten des D.M.V., abgeh. vom 16. bis 18. Juni 1919 in Stuttgart, Stuttgart o.J.

- "1. Die Wahl oder die Bestellung der Vertrauensmänner des Verbandes einschließlich der besoldeten Angestellten erfolgt nach dem Grundsatz der persönlichen Tüchtigkeit und der Eignung für das betreffende Amt. Die Zugehörigkeit zu einer der beiden sozialdemokratischen Parteien oder zur kommunistischen Partei darf kein Grund zur Ausschließung von einem besoldeten oder einem Ehrenamt im Verband sein.
2. Die in letzter Zeit wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei (Mehrheitssozialdemokratie)40) mehrfach vorgenommenen Entlassungen von Angestellten aus den Verbandsdiensten qualifizieren sich als Maßregelung schlimmster Art. Sie stehen im Widerspruch mit den Grundsätzen des Verbandes ...
3. Maßregelungen von Arbeitern und Angestellten wegen ihrer abweichenden politischen Gesinnung oder wegen Eintretens für die Interessen ihrer Mitarbeiter sind reaktionärer Natur und unvereinbar mit einem modernen Arbeiterrecht ..."41)

Zu einer Abstimmung und damit verbindlichen Direktive für alle Mitglieder kam es jedoch auf dieser Bevollmächtigtenkonferenz nicht, weil die Opposition sich energisch dagegen wehrte und solche Entscheidungen einem Verbandstag überlassen wollte.

Das Vorstandsmitglied Haas (Köln) gestand der Opposition diese demokratische Variante zu, indem er die Richtlinien als Selbstverständlichkeit bezeichnete und gleichzeitig ausführte, worauf es der Opposition ankam.:

"Aber was von der Minderheit gegen die Abstimmung gesagt wird, kann man nicht wegleugnen. Wir haben eine Konferenz, die tatsächlich keine Befugnisse hat, da die kleinste Verwaltungsstelle mit 20 Mitgliedern ebenso viele Rechte hat wie eine Verwaltungsstelle mit 160.000 Mitgliedern."42)

40) Ebd., S. 142. Das in den Richtlinien in Klammern gesetzte "Mehrheitssozialdemokratie" wurde gestrichen, weil die USPD-Seite auch Entlassungen ihrer Gewerkschaftsfunktionäre monierte.

41) Ebd., S. 26 ff. (Richtlinien).

42) Ebd., S. 143.

Somit kam es auf Vermittlung von Haas zu einer Verhinderung der Abstimmung über die Richtlinien, weil man die USPD-Minderheit nicht brüskieren wollte. Wie die meisten Mitglieder im gewerkschaftlichen Lager, so wollte auch Haas unbedingt eine Spaltung des Verbandes vermeiden.⁴³⁾ Bereits zuvor hatte Richard Müller gedroht, daß im Falle einer Abstimmung über die Richtlinien die Delegierten der Opposition die Versammlung verlassen würden. Aus den Diskussionsbeiträgen einerseits, der Struktur der Versammlung andererseits, ergab sich unschwer ein deutliches Übergewicht für die Vorstandsseite, da die USPD ihre Anhängerschaft vorwiegend innerhalb der Großstädte konzentriert hatte, den ursprünglichen "Sammelbecken der Unorganisierten", wie sie Hermann Müller in einem Aufsatz bezeichnet hatte.⁴⁴⁾ Seine Feststellung, daß es den "Neuen", ehemals Indifferenten, nicht rasch genug gehen könnte und daß viele Versammlungsbesucher in den Großstädten nur noch kämen, "wenn etwas los sei" und in den Großstädten ein bestimmter Agitatortypus Chancen hätte, die er im kleinen Rahmen, wo er genau geprüft würde, nicht hätte, sind dabei nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.⁴⁵⁾ Im weiteren Verlauf der Konferenz wies auch der zweite Vorsitzende des Gesamtverbandes, Reichel, auf die zentrale Bedeutung einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation hin, da im politischen Lager diese Einigkeit zum Schaden der Arbeiterschaft nicht herzustellen sei.⁴⁶⁾

43) Ebd., S. 53, (Haas): "Ich behaupte weiter, nach den Kämpfen, die ich in Berlin mit U.S.P. angehört habe, daß es ein großer Schaden für uns ist, daß wir uns getrennt haben... wir dürfen diesen Fehler nicht noch einmal in unserer Gewerkschaftsbewegung machen."

44) Vgl. Müller, Hermann, Zum Zehnten Gewerkschaftskongreß, in: NZ Nr. 13/II v. 27. Juni 1919, S. 291 ff., der hier auch feststellt, daß eine Spaltung der Gewerkschaften schwieriger sei, da hier die "materiellen Interessen" der Arbeiter auf dem Spiel stünden. Sicherlich ein Aspekt, der nach 1919 auch in den Reihen des USPD-Gewerkschaftsflügels an Boden gewann.

45) Ebd.

46) Vgl. Prot. Bevollmächtigtenkonf. 1919, S. 15.

Das Protokoll der Konferenz bot ein trauriges Bild der "Gesinnungsverfolgungen" innerhalb des DMV, dem viele Gewerkschaftsangestellte zum Opfer gefallen waren. Oftmals hatte ein Bekenntnis zur Mehrheitssozialdemokratie ausgereicht, entlassen oder nicht wieder gewählt zu werden, so geschehen in Stuttgart, Bremen, Berlin, Göppingen, Danzig, Dresden, Braunschweig und Halle.⁴⁷⁾ Auf der anderen Seite wurde ein Bekenntnis zur USPD als Einstellungskriterium gewertet.⁴⁸⁾

Daß umgekehrt auch Mitglieder der USPD aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft als Gewerkschaftsangestellte nicht eingestellt oder entlassen wurden, kam zwar auch vor, aber anscheinend nicht in dem Ausmaß.⁴⁹⁾

Eine wichtige Tatsache, die auch bei den Delegiertenwahlen eine immer bedeutendere Rolle spielte, kam ebenfalls auf die-

47) Ebd., S. 25, S. 66, S. 82, S. 90 f., S. 115, S. 229.

48) Ebd. Der Bevollmächtigte Liebe (Dresden) nannte dieses Beispiel, wobei er darauf hinwies, daß in Wurzen (nähe Leipzig) bei der Einstellung eines neuen Beamten gesagt worden sei: "Wenn Du Mitglied der USP wirst, kannst Du auch bei uns Beamter werden." Der Bevollmächtigte Rößler (Halle) gab zu, daß in Halle die Bevollmächtigten der MSPD nicht mehr gewählt wurden, weil die Mitglieder in Halle fast ausnahmslos der USPD angehörten. Vgl. Prot. Bevollmächtigtenkonf. 1919, S. 129.

49) Ebd., S. 101. Auf der Konferenz wurde lediglich von dem Bevollmächtigten aus Eisenach (Schnitzer) darauf hingewiesen, daß, als er in Eisenach als Gewerkschaftsbeamter eingestellt werden sollte, Erkundigungen über ihn eingezogen worden seien, wobei er als ein recht-schaffener Arbeitervertreter eingestuft, aber auf dem Bewerbungsbogen gleichzeitig vermerkt gewesen sei: "Vergeßt nicht, wes Geistes Kind er ist! Er ist Mitglied der USPD und versucht gegenwärtig bei den Arbeitslosen anzufangen und die Jugend zu vergiften."

ser Konferenz zur Diskussion, nämlich, daß einzelne Ortsverwaltungen leicht durch aktive Minderheiten zu mobilisieren und majorisieren waren. So wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß selbst in DMV-Ortsverwaltungen, wo die MSPD-Anhängerschaft 80, die USPD-Anhängerschaft aber nur 20 Prozent betrug, bei den entsprechenden Generalversammlungen die USPD-Mehrheiten bis zu 60 Prozent betrugen und somit von der gewerkschaftlichen Minderheit dominiert wurden, u.a. deshalb, weil die USPD zumeist das Vertrauensleutesystem beherrschte. 50)

Da die Gewerkschaftsbasis insgesamt wenig aktiv war, konnte es auch zu Auswüchsen wie in Bremen kommen, wo bei einer Gesamtmitgliedschaft von 8.000 Mitgliedern im DMV der Bevollmächtigte Miller von der KPD mit nur 198 Stimmen gewählt worden war.⁵¹⁾

Neben verschiedenen Fällen, wo die unterschiedliche Parteizugehörigkeit, in erster Linie zwischen USPD und MSPD, zu gewerkschaftlichen Streitigkeiten führte, gab es auch Orte, wo sich USPD- und MSPD-Gewerkschaftsanhänger nicht nach dem Parteibuch orientierten und wo, trotz politischer USPD- oder MSPD-Mehrheit, Gewerkschaftsangestellte der gegnerischen

50) Ebd., S. 82, Arczinsk (Danzig): "Bei uns haben die USP 20 Prozent der Mitglieder, aber in der Generalversammlung hatten sie 60 Prozent. Die Vertrauensleute werden nur unter dem Druck der USP gewählt. Vgl. dazu die Reaktion des Bevollmächtigten aus Magdeburg (Reinhard): "Ja, mein lieber Kollege aus Danzig, dann mußt Du Dir Mühe geben, daß die, die heute noch Mehrheitssozialisten sind, ihrem Prozentsatz nach erscheinen...Das beweist mir, daß die Unabhängigen das meiste Interesse an der Weiterentwicklung haben."

Ebd., S. 108 f.

51) Ebd., S. 114.

Partei toleriert wurden.⁵²⁾ Die sachliche gewerkschaftliche Arbeit stand hier im Vordergrund und bot erste Anknüpfungspunkte für eine Annäherung der beiden politischen Parteien. Von einigen Bevollmächtigten der MSPD wurde auch konstatiert, daß bei der USPD verschiedene Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung vertreten seien und daß man von einer Gewerkschaftspolitik der USPD als Gesamtheit nicht sprechen dürfe, da hier sehr heterogene Kräfte versammelt seien. Neben "Konjunktursozialisten" wurden auch genügend "ehrliche Leute" in der USPD ausgemacht, mit denen man durchaus zusammenarbeiten könnte.⁵³⁾

In den Orten, wo die alten Bevollmächtigten entweder abgewählt oder entlassen worden waren, schien sich mit der immensen Mitgliederzunahme von 1918/19 auch die Führung innerhalb der Ortsverwaltung zu ändern, weil gerade die neuhinzugekommene Mitgliedschaft der radikaleren USPD zuzugute kam, da hier meist junge Mitglieder in die Gewerkschaftsbewegung gelangten, die im Verlauf des Krieges in ihrer Ausbildung vernachlässigt worden waren und ihre Unzufriedenheit nun an der alten Gewerkschaftsführung ausließen. Bei den auf der Konferenz angesprochenen Fällen, bei denen die alte gewerkschaftliche Führung zugunsten eines USPD-

52) So geschehen in Frankfurt (USPD-Mehrheit); vgl. Prot., S. 104; in Offenbach (MSPD-Mehrheit), wo der letzte Gewerkschaftsbeamte sogar der Vorsitzende der dortigen USPD gewesen sein soll; vgl. Prot., S. 93. Vgl. in diesem Zusammenhang den auf dem DMV-Verbandstag von 1919 gestellten Antrag der Verwaltungsstelle Offenbach: "Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Offenbach a.M. verurteilen entschieden das Vorgehen einzelner Verwaltungsstellen, die ihre Angestellten wegen ihrer politischen Überzeugung ihrer Ämter enthoben haben. Vgl. Prot. DMV-Verbandstag 1919, S. 18 (Antrag Nr. 53).

53) Ebd., S. 92 f.

Vorstandes abgewählt worden war, zeigte sich, nach Orten betrachtet, eine überdurchschnittliche Mitgliederzunahme, womit für den Ort zumeist auch industrielle Strukturveränderungen verbunden waren. Parallel dazu ist die enorm anwachsende Mitgliederentwicklung in der USPD selbst mit-einzubeziehen; ein Aufschwung, wie ihn bis dahin noch keine politische Partei erlebt hatte. Die explosionsartige Entwicklung in den Gewerkschaften hatte somit offensichtlich einem Eindringen der USPD in die Gewerkschaftsleitungen den Weg geebnet, da es gerade 1919 in dieser Hinsicht zu völligen Umschichtungen kam. Eine Gefahr, daß die USPD den Metallarbeiterverband für sich gewinnen könnte, sah man von seiten der Bevollmächtigten der Vorstandsseite jedoch noch nicht, da man sie einerseits für zu schwach hielt und andererseits als zu heterogen auffaßte.⁵⁴⁾

4.2.2. Der Metallarbeiterverband im Jahre 1919: Berufsspezifisch - Altersstruktur - Mitgliederzuwachs

Eine erstmals seit 1913 im DMV veranschlagte Erhebung über die Berufsstruktur der Mitglieder zeigte, daß trotz der wirtschaftlichen Umstrukturierung in der Statistik die Kategorie der Schlosser ihre Führungsstellung behaupten konnte. Dasselbe galt für die Dreherbranche, während die Former (Erzgießer) anteilmäßig stärker an Boden verloren hatten.

54) Ebd., S. 68,. So z.B. der Bevollmächtigte aus Göppingen (Reichle): "Ich habe keinen Glauben, daß die Politik der USP eine Mehrheit erringen kann. Die USP wird vollkommen aufgeessen von den Kommunisten..."

Berufe	1913	1919	+ Zunahme - Abnahme 1919 gegen 1913		Anteil an der Gesamtmitgliedschaft des DMV	
			absolut	%	1913	1919
Dreher	52.031	124.693	+ 72.662	+139,65	9,55	7,77
Schlosser	138.835	345.478	+206.643	+148,84	25,48	21,52
Former	31.099	50.485	+ 19.386	+ 62,34	5,71	3,14
Sonstige Metallarbeiter	101.307	321.763	+220.456	+217,61	18,59	20,06
Arbeiterinnen aller Art	27.373	220.332	+192.959	+704,92	5,02	13,73

55)

Die drei erstgenannten Berufssparten, aus denen sich vorwiegend die USPD-Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute rekrutierten und wo die USPD als Partei eine große Resonanz besaß, verloren trotz ihrer starken absoluten Zunahme innerhalb des Gesamtverbandes anteilsmäßig an Boden. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft betrug gegenüber 1913, wo er sich auf 40,7 Prozent belaufen hatte, 1919 nur mehr 32,4 Prozent. Neben den in der Statistik als "Sonstige Metallarbeiter" und "Arbeiterinnen aller Art" bezeichneten Kategorie, die wohl beide der Rubrik "Ungelernte" zuzurechnen wären und eine immense Zunahme erfuhren,⁵⁵⁾ zeichnete sich

55) Vgl. Der DMV im Jahre 1919. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart 1920, S. 17.

gegenüber 1913 besonders bei den Hochofen- und Hüttenarbeitern ein starker Mitgliederzuwachs ab.⁵⁶⁾

Insgesamt kann man für das Jahr 1919 feststellen, daß der Anteil der ungelernten Arbeiter sehr stark angestiegen war, was sich weniger in den Prozentzahlen, sondern in den absoluten Anteilen ausdrückte, da sich der Verband innerhalb eines Jahres mitgliedermäßig mehr als verdoppelt hatte.

Gerade dieser Mitgliederstrom zahlloser, bisher der Gewerkschaftsbewegung fernstehender Mitglieder, deren geringere Schulung und gewerkschaftliche Disziplin, erleichterte es radikalen Elementen, diese zu beeinflussen, da sie durch die Entbehrungen der Kriegszeit ohnehin jegliche Illusion verloren hatten.

Bedingt durch den starken Mitgliederzuwachs innerhalb des DMV trat die Situation ein, daß lediglich 28,7 Prozent der Verbandsmitglieder Ende 1919 bereits vor 1918 dem DMV angehört hatten. 21,6 Prozent waren im Verlauf des Jahres 1918 und sogar 49,7 Prozent im Jahr 1919 dem Verband neu beigetreten.⁵⁷⁾ Somit bestand 1919 die Hälfte des Metallarbeiterverbandes aus Neumitgliedern. Dieses Problem der Fluktuation und des abrupten Mitgliederzuwachses erschwerte es der Verbandsführung, die Mitglieder im Sinne von gewerkschaftlich-traditionellen Grundsätzen zu schulen, da der Druck der Basis, die sich nunmehr überwiegend aus Neumitgliedern zusammensetzte, durch die schlechte wirtschaftliche und soziale Situation im Reich immer stärker zunahm. Verbunden mit der in den Organen der Arbeiterbewegung als "Mitgliederschwemme"

56) Ebd., S. 17 f. Der Anteil der Ungelernten im DMV läßt sich prozentual schwer berechnen, weil die Hilfsarbeiter in einzelnen Sparten nicht aufgeschlüsselt sind, andererseits unter "Sonstige Metallarbeiter" auch Gewindeschneider, Bohrer, Fräser und Stanzer gerechnet werden. Ebd., S. 14.

57) Ebd., S. 15.

bezeichneten Situation war eine sich extrem verjüngende Altersstruktur in der Gesamtmitgliedschaft festzustellen, wobei sich für 1919 gegenüber 1913 folgendes Bild abzeichnete:

Alter	1913		1919		gegen 1913 mehr	
	Zahl der Mitglieder	Prozent der Mitglieder	Zahl der Mitglieder	Prozent der Mitglieder	im ganzen	in Prozent
bis 16 Jahre	79961	14,67	73672	4,59		
17 u. 18 Jahre			139584	8,69	+284274	26,81
19 u. 20 "			150979	9,41		
21 bis 25 "	105931	19,44	284644	17,73	+178713	16,86
26 " 30 "	121321	22,26	227007	14,14	+105686	9,97
31 " 35 "	84783	15,56	200506	12,49	+115723	10,91
36 " 40 "	62545	11,48	154489	9,62	+ 91944	8,67
41 " 45 "	39075	7,17	133124	8,29	+ 94049	8,87
46 " 50 "	24393	4,48	97466	6,08	+ 73073	6,89
51 " 55 "	14280	2,62	69229	4,32	+ 54949	5,18
56 " 60 "	7868	1,44	43656	2,72	+ 35788	3,38
61 " 70 "	4311	0,79	28320	1,76	+ 24009	2,26
mehr als 70 "	466	0,09	2510	0,16	+ 2044	0,20
Zusammen	544934	100,00	1605186	100,00	1060252	100,00

58)

Auffallend dabei war der zu Buche schlagende Rückgang bei der Altersstufe von 21 bis 40 Jahren, wahrscheinlich dadurch bedingt, daß zu dieser Kategorie die meisten im Krieg Gefallenen gehörten. Was die extreme Verjüngung des Verbandes betrifft, so sprechen wiederum die absoluten Zahlen ein deutliches Bild. Betrug die Anzahl der unter 25 Jahre alten Mitglieder im DMV 1913 bei einer Gesamtmitgliedschaft von 544.934 noch 185.892, also 34,1 Prozent, so stieg dieser Anteil, ausgehend von einer Mitgliedschaft von 1.605.186 im Jahre 1919, auf 648.879 an, was einen prozentualen Anteil von 43,7 Prozent ausmachte. Ebenso wie in der politischen Partei, der USPD, wo der Anteil der jüngeren Mitglieder in ei-

nem vergleichbaren Verhältnis angestiegen war, mußte diese Veränderung der Alterstruktur schwerwiegende Folgen für die Einzelgewerkschaft haben. Betrachtet man den Metallarbeiterverband in Berlin, quasi die Zentrale des USPD-Gewerkschaftsapparates, gesellschafts-, berufs- und alterspezifisch, so fällt hier bei einer Mitgliedschaft von 1919 insgesamt 177.923 der hohe Frauenanteil von 52.668 auf. Die Berufsstatistik wurde auch hier, wie im gesamten Reich, von Schlossern und Drehern angeführt.⁵⁹⁾ Besonders günstig für den USPD-Gewerkschaftsflügel dürfte dabei ins Gewicht gefallen sein, daß von den 1919 neu eingetretenen 68.000 DMV-Mitgliedern 50.000 unter 35 Jahre und davon wiederum über 35.000 unter 25 Jahre alt gewesen sind.⁶⁰⁾

59) Vgl. DMV. Verwaltungsstelle Berlin, Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin 1914-1922, Berlin o.J., S.48 f. An erster Stelle standen die Schlosser mit 34.827 Gewerkschaftsmitgliedern = 19,6 Prozent, an zweiter die Dreher mit 13.223 Mitgliedern = 7,4 Prozent.

60) Von den eingeschriebenen Mitgliedern bis unter 35 Jahre waren dem DMV-Berlin beigetreten im Jahre:

	1919	1918	1917	1916	Alter
Summe:	68.059	46.242	11.329	5.993	
	4.525	893	1	-	bis 16
	7.723	3.216	374	67	17/18
	13.543	7.065	2.164	1.623	19/20
	7.402	3.774	1.377	472	21-25
	9.517	6.969	1.996	1.071	26-30
	7.349	6.319	1.820	764	31-35

Die stärkste Zunahme bezüglich der Mitgliedschaft im Metallarbeiterverband hatten der 4. (u.a. Leipzig) und der 7. Bezirk (Köln, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund) zu verzeichnen, wo sich - insbesondere im letzteren - der Zustrom von Arbeitern aus der Schwerindustrie fortsetzte, während es im 4. Bezirk die weiterverarbeitende Industrie war, die den Mitgliederzuwachs förderte.⁶¹⁾

Im Gegensatz zu den Vorkriegsjahren war durch die Bildung von neuen Zentren der Metallindustrie eine stärkere Fluktuation eingetreten, so daß die Mitgliederzahlen für das Jahr 1919 insgesamt sehr schwankend gewesen sind. Im Gesamtverband war die Zahl der Mitglieder von 786.186 am Ende des Jahres 1918 auf 1.605.186 Ende 1919, also um 819.000 oder 104,2 Prozent angestiegen.⁶²⁾ Verhältnismäßig gesehen, war die Mitgliederzahl im 8. Bezirk mit einer Zuwachsrate von 168,4 Prozent am stärksten, wobei insbesondere Frankfurt hervorzuheben ist. Gerade in Bezirken mit hohen Mitgliederzahlen, wie im 4. oder 7., zeigte sich eine radikalere Strömung innerhalb der dortigen DMV-Ortsverwaltungen, wie die Beispiele Leipzig (4. Bezirk) oder Düsseldorf, Essen oder Duisburg (alle 7. Bezirk) belegen, wenn dies andererseits auch Orte waren, wo die Parteiopposition bereits früh Fuß gefaßt hatte.⁶³⁾

Von der Verbandsleitung des DMV wurde für diesen Mitgliederzuwachs vorwiegend die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und die damit verbundene Anerkennung der Gewerkschaften, teilweise aber auch die Revolution von

61) Ebd., S. 13.

62) Ebd., S. 11. Die Zahl der Verwaltungsangestellten stieg von 420 im Jahre 1918 auf 658 gegen Ende 1919.

63) So zählte andererseits Chemnitz mit über 30.000 Neumitgliedern zu den Ortsverwaltungen, die innerhalb des DMV zur MSPD hin tendierten.

1918/19 und die damit verknüpften Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder verantwortlich gemacht. Die Einschätzungen wurden je nach Besetzung der Ortsverwaltung unterschiedlich getroffen. Von USPD-Gewerkschaftsfunktionären dominierte Ortsverwaltungen machten ausschließlich die Revolution für den immensen Anstieg der Mitgliederzahlen verantwortlich. An den jeweilig von der Ortsverwaltung herausgegebenen Jahresberichten und der politischen Einstellung der Herausgeber ist diese Entwicklung relativ gut nachvollziehbar.⁶⁴⁾ So wurde von der Gewerkschaftskommission Berlin, die zur USPD tendierte, für den Zustrom der "Massen" in die Gewerkschaften auch die Lösung des Mannheimer Abkommens auf dem ADGB-Kongreß von 1919 zugunsten der USPD als wichtiges Element angesehen, weil damit die USPD-Gewerkschafter faktisch ihren Kollegen aus der MSPD wieder gleichgestellt wurden.⁶⁵⁾ Robert Dißmann selbst führte zu einem späteren Zeitpunkt den starken Mitgliederzustrom und besonders dessen Verbleiben in den Gewerkschaften nicht mehr auf die "revolutionäre Welle", sondern primär auf die gewerkschaftliche Arbeit und die Erfolge von Gewerkschaftsfunktionären, die vor zehn bis zwanzig Jahren "die Fundamente für das legten, was wir heute besitzen", zurück.⁶⁶⁾

64) So wurden beispielsweise die Jahresberichte der Ortsverwaltung Berlin bis 1918 von Adolf Cohen, einem Vertreter der Generalkommission und der MSPD, 1919 von Oskar Rusch (USPD-Linke), ab 1920 von Otto Ziska vom USPD-Gewerkschaftsflügel herausgegeben.

65) Vgl. 30. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins 1919, Berlin 1920, S. 7 f.

66) Vgl. Prot.DMV-Verbandstag 1921, S. 291, (Dißmann): "...glaubt ihr denn, daß bei dem Zustrom der proletarischen Massen nach der Revolution lediglich die revolutionäre Welle daran schuld war? Wenn wir heute so dastehen, so verdanken wir das in erster Linie mit den Männern, die vor 10, 15, 20 und mehr Jahren die Fundamente für das legten, was wir heute besitzen."

In Berlin, wo die Anhängerschaft der USPD in der Gewerkschaftsbewegung und im DMV am größten war, hatte sich der Mitgliederbestand von 1918 auf 1919 um 108 Prozent gesteigert,⁶⁷⁾ wobei der Hinwendung zum Radikalismus die überaus große Fluktuation in der Gewerkschaftsbewegung zugute kam. Von den insgesamt 350.000 in der Berliner Gewerkschaftsbewegung Organisierten waren nicht weniger als 81 Prozent im Jahr 1918 aufgenommen worden, während in normalen Friedensjahren die Fluktuation bzw. Neuaufnahme lediglich 38 - 42 Prozent ausgemacht hatten.⁶⁸⁾ Nur 19 Prozent aller Berliner Gewerkschaftsangehörigen gehörten zu Beginn des Jahres 1919 länger als ein Jahr der Gewerkschaft an. Diese Entwicklung steigerte sich im Verlauf des Jahres 1919 sogar noch, als sich die Quote der Neumitglieder bei der männlichen Mitgliedschaft auf 84 Prozent erhöhte,⁶⁹⁾ wobei die im DMV organisierte Arbeiterschaft auch nach der Umstellung auf die Friedensindustrie mitgliedermäßig immer noch bei weitem die stärkste Einzelgewerkschaft stellte.⁷⁰⁾

Was den Metallarbeiterverband Berlins besonders betraf, so waren hier, bei einem Gesamtstand von 97.873 Mitgliedern am 1. Januar 1919, während des Kalenderjahres 1918 nicht weniger als 99.200 Neueintritte erfolgt.⁷¹⁾

67) Vgl. 29.Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins, Berlin 1919, S. 16 f.

68) Ebd.

69) Vgl. 30. J.-u.K.ber., S. 34. Bei den Frauen betrug sie sogar 169 Prozent.

70) Berlin: 1919)

1.Metallarbeiterverband:	177.925 Mitglieder
2.Transportarbeiterverb.:	125.205 "
3.Zentralverband der Angestellten:	75.695 "

71) Ebd.

Durch diese ständigen Ein- und Austritte in der Gewerkschaftsbewegung konnte keine solide Gewerkschaftspolitik mehr betrieben werden, bestimmten die Neumitglieder den gewerkschaftlichen Kurs oder sprachen zumindest eher auf die Propaganda einer radikaleren politischen Partei an, die Veränderungen des Gesellschaftssystems, wie auch immer, versprach. Dazu kam, daß sich die meisten Arbeitslosen, die ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft aufrechterhielten, in den Jahren 1919/20 politisch vorwiegend der USPD anschlossen, wie das aus verschiedenen Regierungsberichten hervorgeht.⁷²⁾

Der massenhafte Zuwachs im Metallarbeiterverband mußte diese Einzelgewerkschaft vor große innere strukturelle Probleme stellen. In nahezu allen Kartellberichten des Jahres 1919 wurde auch darauf hingewiesen, daß die neueingetretenen Mitglieder einerseits nur über mangelhafte gewerkschaftliche Schulung und Erfahrungen verfügten, andererseits ungeheuer große Erwartungen an die Organisation herantrugen. Man glaubte von dieser Seite her die Lösung der Probleme und die Beseitigung der "Übel des Kapitalismus" erwarten zu können.⁷³⁾ Die Unerfahrenheit der neuorganisierten Massen ging dabei im Falle von Berlin sogar soweit, daß in Gewerkschaftsversammlungen die Körperschaft der "Gk", der Generalkommission also, mit der Berliner "Gk", der Gewerkschaftskommission, verwechselt wurde.⁷⁴⁾ Die USPD, die sozialpolitische und gewerkschaftliche Veränderungen propagierte und in diesem Verband über ihre Hauptstütze verfügte, übte eine starke Anziehungskraft auf die Neumitglieder aus. Zudem hatte sich auf dem Metallsektor nach der starken Kriegskonjunktur ein wesentlicher Wan-

72) Vgl. HStAD, Best.Reg.Düsseldorf, 15 972, (betr. Politische Agenten-Nachrichten Aug. 1919 bis 1920, Jan.).

73) ADGB. Bericht 1921/1922, Ortsausschuß Nürnberg, Nürnberg o.J., S.122. Auch in Nürnberg stieg die DMV-Mitgliedschaft im Jahre 1919 von 12.436 auf 32.674 an, also um 163 Prozent.

74) Vgl. 29.J.-u.K.ber., S. 7 f.

del vollzogen, so daß sehr viele Arbeitskräfte aus der Metallindustrie, selbst bei der hohen Steigerung des Friedensbedarfes, keine Beschäftigung fanden und als Arbeitslose eine zusätzliche Rekrutierungsbasis für radikalere Anschauungen abgaben. Dies galt besonders für ehemalige Ballungszentren der Rüstungsindustrie wie beispielsweise Großberlin.⁷⁵⁾

4.3. Der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands vom 30. Juni bis 5. Juli 1919

Nachdem der zweite Rätekongreß auf Reichsebene im April 1919 einberufen worden war, dem bei weitem nicht mehr die Bedeutung des im Dezember 1918 stattgefundenen Kongresses zukommen konnte, da sich in der Zwischenzeit die verfassungsgebende Nationalversammlung konstituiert hatte und die Räte damit als bestimmendes politisches Organ endgültig verdrängt waren, versuchte die USPD ihren Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung zu verstärken.

Auf dem Rätekongreß waren ohnehin nur 55 Unabhängige erschienen, gegenüber 130 Vertretern der MSPD sowie 20 Soldatenräten.⁷⁶⁾ Die USPD-Fraktion hatte zwar nochmals Richtlinien vorgelegt, wie das Rätesystem weiter auszubauen sei, aber konnte erwartungsgemäß mit ihren Vorschlägen nicht mehr durchdringen. Die Rätebewegung trat, abgesehen von der Betriebsrätebewegung, nur noch lokal in Erscheinung, so etwa in Leipzig und Berlin, wo die USPD den

75) So erreichte die Arbeitslosenziffer in der Metallindustrie Groß-Berlins selbst in der Periode der höchsten Nachkriegskonjunktur immer noch die Zahl von 11 bis 12.000. Vgl. DMV. Verwaltungsstelle Berlin, Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin, Berlin 1920, S. 7 f.

76) Vgl. Prager, Eugen, Geschichte der U.S.P.D., 2. Aufl., Berlin 1922, S. 198.

stärksten regionalen Einfluß besaß. Insbesondere auf den Berliner Vollzugsrat, der von der Berliner Vollversammlung der Arbeitsräte gewählt worden war, übte die USPD-"Linke" einen immer stärkeren Einfluß aus.⁷⁷⁾ der sich im Verlauf des Jahres 1919 noch intensivierte. Dasselbe traf auf den Leipziger Arbeiterrat zu, in dem die USPD klar über die absolute Mehrheit verfügte, wobei von Interesse ist, daß die USPD hier gemeinsam mit den freien Gewerkschaften eine Wahlliste gebildet hatte.⁷⁸⁾

War die Machtkonstellation auf dem 10. Gewerkschaftskongreß auch eine ähnliche wie bei der zweiten Räteversammlung, so daß die USPD-Konzeption von Räte- und Gewerkschaftsrevolutionierung von vorneherein keine Möglichkeiten besaß, Mehrheiten für sich zu gewinnen, so bot dieser Kongreß doch ein ausgezeichnetes Forum der politischen und gewerkschaftlichen Selbstdarstellung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaften war eine starke Opposition auf einem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongreß aufgetreten und versuchte, ihre Anschauungen über die zukünftige Gewerkschaftspolitik dem Plenum deutlich zu machen. Bei diesem vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 in Nürnberg stattfindenden Kongreß, der als

77) Am 19. April 1919 lautete das Stimmenverhältnis im Berliner Vollzugsrat folgendermaßen: USPD 312, SPD 164, KPD 103, DDP 73. Vgl. Müller, Richard, Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1925.

78) In Leipzig hatte bei den Wahlen zum Arbeiterrat am 22. Juni 1919 die gemeinsame Liste der Gewerkschaften und der USPD (Kliem - Seger - Schilling) die absolute Mehrheit erhalten. Das Ergebnis bei 114.278 Stimmen:

USPD	73.098 Stimmen	193 Mandate	64,4 %
MSPD	15.179 Stimmen	40 Mandate	13,3 %
DDP	17.471 Stimmen	46 Mandate	15,5 %
DNVP	7.322 Stimmen	19 Mandate	6,4 %

Bezeichnenderweise hatte die KPD hier überhaupt keine eigene Liste aufgestellt.

erster "ADGB"-Kongreß in die deutsche Geschichte einging,⁷⁹⁾ machte sich die durch den beträchtlichen Mitgliederzuwachs veränderte Struktur der Einzelgewerkschaften bereits bemerkbar. 52 Einzelgewerkschaften mit insgesamt 644 Delegierten waren in Nürnberg vertreten. Die mit Abstand stärkste Delegation entsandte dabei der Metallarbeiterverband, der zu diesem Zeitpunkt 1.248.338 Mitglieder (= 119 Delegierte) umfaßte, gefolgt vom Verband der Bergarbeiter mit 422.610 (= 46) und dem Verband der Fabrikarbeiter mit 408.912 (= 55) Mitgliedern.⁸⁰⁾

Für den USPD-Gewerkschaftsflügel, an dessen Spitze Robert Dißmann stand, und dessen innerparteilicher Konkurrenz, die sich noch weiter am Rätssystem orientierte, mit der Führungsperson Richard Müller, bot die Versammlung der Delegierten sämtlicher Einzelgewerkschaften wichtige Auf-

79) Bisher wurde diesem Gewerkschaftskongreß in der historischen Forschung nicht die Bedeutung zuteil, die ihm eigentlich zukommt. Sieht man einmal von der kürzlich veröffentlichten Darstellung von Potthoff, H., Gewerkschaften und Politik, ab, so finden sich über den ADGB-Kongreß von 1919 lediglich kürzere Abschnitte bei Varain, Heinz Josef, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956, Hirsch-Weber, Wolfgang, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Mitbestimmungsrecht, Köln und Opladen 1959, usw. Die bei Seifert, Chr., Die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik, in: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S. 146 f. vorgelegte Interpretation kann als neues Forschungsergebnis kaum anerkannt werden, denn hier tritt man bereits unter der Voraussetzung an, "das Paradoxon" zu erklären, "daß trotz der Arbeitsgemeinschaftspolitik Millionen neuer Mitglieder zur Gewerkschaftsbewegung stießen." (S. 156). Zu dieser Darstellung, vgl. a. Beier, Gerhard, Leninisten führten die Feder, in: ÖTV-Magazin 3/1979, S. 33 f., dessen Kritik in verschiedenen Punkten jedoch etwas überzogen wirkt.

80) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgeh. zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919, Berlin o.J., S. 15.

schlüsse, inwieweit sich der Einfluß ihrer Anschauungen in den Gewerkschaften bereits bemerkbar gemacht hatte und welche Hoffnungen man sich in dieser Hinsicht für die Zukunft noch machen dürfte. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß die Delegierten nicht in allen Fällen die gegenwärtige Auffassung der Gewerkschaftsbasis widerspiegeln, weil nur in den wenigsten Fällen die Delegierten in Urabstimmung gewählt worden waren.

4.3.1. Die Selbstdarstellung der Opposition auf dem ADGB-Kongreß

Die Zahl der von einem Delegierten vertretenen Mitglieder war in den einzelnen Verbänden unterschiedlich geregelt und reichte von dem kleinen Verband der Asphalteure, wo ein Delegierter 1.700 Mitglieder vertrat, bis hin zum Metallarbeiterverband, wo ein Delegierter auf 10.490 Mitglieder kam.⁸¹⁾ Dieses Verhältnis versuchte der DMV, besonders nach dem Führungswechsel im Vorstand vom Oktober 1919, dahingehend zu regulieren, daß der größte Verband noch mehr Delegiertenstimmen auf den ADGB-Kongressen erhalten sollte. Nachdem man sich unter dem Tagesordnungspunkt "Die Satzungen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes" ohne größeres Aufsehen dahingehend geeinigt hatte, sich in Zukunft als "Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund" (ADGB) in der Öffentlichkeit zu artikulieren, wie das bereits in einer der vorausgegangenen Vorständekonferenzen beschlossen worden war, brachte Robert Dißmann Änderungsvorschläge für den Bundesausschuß sowie den Einberufungsmodus zu den Verbandstagen zur Sprache, indem er sich auf das Demokratieverständnis der Anwesenden berief:

81) Ebd., S. 4, S. 15.

"Von den 52 Gewerkschaften haben die 26 kleinsten zusammen 249.416 Mitglieder. Es widerspricht doch der Demokratie, wenn diese Zahl denselben Einfluß haben soll wie die übrigen 4 1/2 Millionen. Von demselben Grundsatz gehen wir aus bei der Bestimmung über die Einberufung außerordentlicher Verbandstage".⁸²⁾

Bezüglich der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß sollten, seiner Auffassung gemäß, Urwahlen stattfinden und nur gewählte Delegierte aktives Stimmrecht auf Gewerkschaftskongressen ausüben dürfen. Von Delegiertenwahlen auf Verbandstagen der Einzelgewerkschaften sollte prinzipiell abgesehen werden, um ein "richtiges Bild von der Stimmung der Mitgliedschaft geben" zu können.⁸³⁾

Demgemäß sollten zukünftig Delegiertenwahlen in den einzelnen Bezirken erfolgen,⁸⁴⁾ Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse, soweit sie nicht direkt gewählt worden waren, lediglich mit beratender Stimme an den Gewerkschaftskongressen teilnehmen dürfen.⁸⁵⁾

Dißmann, der auch auf Parteebene die Urwahlen immer wieder als demokratisches Mittel propagiert hatte,⁸⁶⁾ beabsichtigte

82) Ebd., S. 512.

83) Ebd.

84) Ebd., S. 40. Der Metallarbeiterverband Düsseldorf forderte sogar die Wahl der Generalkommision durch Urwahlen.

85) Ebd., S. 43.

86) Das Prinzip der Urwahlen wurde in den Reihen der USPD hochgehalten, was an dem stark dezentralisierten, föderalistischen Charakter dieser Partei lag. Genauso wie auf Gewerkschaftsebene, versuchte Robert Dißmann diesen Standpunkt in der Partei durchzusetzen, was schließlich auch gelang. Durch die Urwahlen sollte der Basis Gelegenheit gegeben werden, an wichtigen Entscheidungen direkt mitwirken zu können, andererseits der Parteiführung und den besoldeten Funktionären die Möglichkeit genommen werden, disziplinierende Maßnahmen gegen oppositionelle Gruppen zu ergreifen. Vgl. dazu Robert Dißmann auf dem Gründungsparteitag der USPD von 1917, Prot. USPD-1917, S. 33, wo er "vollständige Unabhängigkeit der Kreise und Bezirke gegenüber der Zentrale" gefordert hatte. Hierzu auch Ritter, Gerhard A., Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik, in: Staat und Gesellschaft im politischen Wandel, hrsgg.v.Pöls,W., Stuttgart 1978, S. 136.

mit seinem Antrag, die Opposition auf künftigen Gewerkschaftsversammlungen zu stärken, weil er damit rechnen konnte, daß sich die mitgliederstärkste Gewerkschaft, der DMV, von der Opposition majorisieren ließ. Außerdem nahm er an, daß durch Urwahlen auch in anderen Gewerkschaften Vertreter der Opposition leichter zum Zuge kommen würden, weil sich durch die extreme Veränderung der Mitgliederstruktur für die Opposition gute Möglichkeiten boten, wie bereits zahlreiche Urabstimmungen auf Partei- und Gewerkschaftsebene gezeigt hatten.

Von der diese Frage behandelnden Kommission wurde der Antrag Dißmanns mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch "einer Unterdrückung gewerkschaftlich wertvoller Minderheiten Vorschub geleistet werden könnte und somit größere Verbände in Zukunft allein das Sagen hätten,⁸⁷⁾ während auf den zweiten Teil seines Antrages bezüglich der Urabstimmungen keinerlei Stellungnahme abgegeben wurde. Ein reglementierter Wahlmodus fand dieselbe Ablehnung, was bei Dißmann die resignative Äußerung hervorrief, daß alle Anträge, die auch nur "nach Opposition riechen", abgelehnt würden.⁸⁸⁾

Zumindest hatte er aber erreicht, daß er mit diesem Antrag bei der Gewerkschaftsbasis Aufsehen erregen mußte, weil diese durch die Urabstimmung erheblich mehr Einfluß bei der Nominierung von Delegierten bekommen hätte.

87) Vgl. Prot.ADBG-1919, S. 522. Hier die Ausführungen des Berichterstatters der Kommission zur Beratung des Status des Gewerkschaftsbundes, Graßmann, der in diesem Antrag die Analogie zum preussischen Dreiklassenwahlrecht in dem Sinne erblickte, daß dadurch derjenige, der das meiste Geld hatte, auch den größten Einfluß haben würde. Von Graßmann wurde auch das gewichtige Argument der geringen Beteiligung an Urwahlen durch die Gewerkschaftsmitgliedschaft hervorgehoben, das Dißmann zu entkräften versuchte, indem er auf die geringe Wahlbeteiligung von Delegierten bei den Generalversammlungen hinwies."

88) Ebd.

Aufgrund der zum Kongreß eingebrachten Anträge läßt sich feststellen, daß von oppositioneller Seite der Versuch gemacht wurde, die Räte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung stärker zu verankern, nachdem dieses Unterfangen auf politischer Ebene gescheitert war. Richard Müller vom linken USPD-Flügel, der sich auf dieser Versammlung als Wortführer der Räteanhänger darstellte und den Vorschlag einer wirtschaftlichen Räteorganisation unterbreitete, erhielt von dem Redakteur des Handlungsgehilfenverbandes, Paul Lange, der inzwischen von der USPD zur KPD übergewechselt war,⁸⁹⁾ Unterstützung, wobei es letzterem aber mehr darum ging, den Betriebsräten ein "entscheidendes Mitbestimmungsrecht im Warenerzeugungs- und Warenverteilungsprozeß wie auch im Arbeitsverhältnis" zuzuordnen.⁹⁰⁾ Radikalere Anträge bezüglich der Räte kamen lediglich noch aus den DMV-Verwaltungsstellen von Düsseldorf und Mannheim, wobei zumindest der Düsseldorfer Antrag mit der USPD nicht mehr viel zu tun hatte, weil er aus dem Winkel der dortigen "Arbeiterunion" stammte, die bereits zur Gründungszeit der USPD von dieser eine klare Absage erhalten hatte und zudem eine Selbst-

89) Vgl. auch den Gründungsparteitag der KPD, wo Paul Lange das Referat über "Wirtschaftliche Kämpfe" gehalten hatte. Vgl. Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30.Dez.1918 - 1.Jan.1919), Berlin (O) 1972, S. 162 ff.

90) Vgl. Prot. ADGB-1919, S. 33. Hier Richard Müllers Vorschlag eines Aufbaues einer wirtschaftlichen Räteorganisation sowie der Antrag Langes.

auflösung der Gewerkschaften implizierte.⁹¹⁾ Nimmt man den Radikalismus als Gradmesser der gestellten Anträge, so bildeten dabei, neben verschiedenen Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes, auch Zahlstellen des Schuhmacherverbandes die Vorhut. So wurde von der Stuttgarter Filiale des Schuhmacherverbandes ein Antrag gestellt, der eindeutig auf USPD-Ideologie fußte, denn man forderte hier die Aufhebung der gewerkschaftlichen Unterstützung für Kranke und Arbeitslose zugunsten der Streikunterstützung sowie der Hilfe für politische Gefangene.⁹²⁾

Ebenso eindeutig stand ein Antrag des Metallarbeiterverbandes (5. und 6. Bezirk) vollkommen im Zeichen des USPD-Gewerkschaftsflügels, der die verstärkte Forderung nach Industrieverbänden zum Inhalt hatte und folgendermaßen lautete:

91) Ebd., S. 33. Antrag Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Düsseldorf): "...Der Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Arbeiter- und Betriebsräte die einzige wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft sind. Er verlangt, daß die Regierung alle Macht den Arbeiterräten überträgt." Sowie ebd., S. 31 f. Antrag der Zahlstelle des DMV-Mannheim:"

1. Beseitigung der Gewerkschaften
2. Zurückführung der Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes
3. Aufhebung der Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum
4. Anerkennung der Notwendigkeit der Räte zur Befreiung der Arbeiterklasse."

92) Ebd., S. 52. Vom USPD-Gewerkschaftsflügel wurde dieser Standpunkt in abgeschwächter Form vertreten, indem die Versorgung von Kranken und Arbeitslosen auf gewerkschaftlicher Ebene "eingefroren", von seiten des Staates und der Gemeinden aber gesteigert werden sollte, somit zusätzliche Mittel der Gewerkschaften für den Arbeitskampf aufgewandt werden könnten.

"Der Gewerkschaftskongreß soll möglichst eine Verschmelzung der kleineren Verbände mit den größeren in die Wege leiten, damit wir in Zukunft nur große Industrieverbände haben, weil es nur mit diesen möglich ist, in Zukunft einheitliche Verbesserungen für die Arbeiter herauszuholen."93)

Ein Standpunkt, der auch bei vielen Anhängern der Generalkommission nicht unpopulär war, vor allem was die größeren Gewerkschaftsverbände betraf.

Eine Schlüsselstellung auf dem Gewerkschaftskongreß kam der von Fritz Paepflow, dem Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes eingebrachten Resolution für die USPD zu, wonach das Mannheimer Abkommen von 1906, das von der damaligen Gewerkschaftsführung und der SPD geschlossen worden war und ein einvernehmliches Handeln der beiden Zentralleitungen bei wichtigen Entscheidungen zum Inhalt hatte, gekündigt und die USPD somit für die Gewerkschaften offiziell als Partei der sozialistischen Arbeiterbewegung bestätigt wurde: (Paepflow):

"...dieses Abkommen hatte eine einheitliche politische Interessenvertretung der deutschen Arbeiter zur Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist nicht mehr vorhanden. Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongreß sieht sich daher genötigt, die Neutralität gegenüber den politischen Parteien auszusprechen."94)

Ursprünglich war ein dahingehender Antrag des Schuhmacherverbandes von der Vorständekonferenz der Einzelgewerkschaften mit der Argumentation abgelehnt worden, daß den gewerkschaftlichen Interessen allein die Politik der MSPD diene.⁹⁵⁾

93) Ebd., S. 40. Dem 5. Bezirk gehörten u.a. Magdeburg, Halle, Braunschweig; dem 6. Bezirk u.a. Hamburg, Kiel, Bremerhaven und Bremen an. Dahingehend auch die Anträge aus Köln und Düsseldorf.

94) Vgl. die Resolution auf S. 56 des Protokolls. Die Resolution wurde von Paepflow erst verspätet eingebracht, nachdem Dißmann sein Korreferat zum Rechenschaftsbericht gehalten hatte. Vgl. a. Prot. ADGB-1919, S. 364.

95) Vgl. Beschlüsse der Vorständekonferenz, S. 47.

Dasselbe galt für einen Antrag des Vorstandes des Handlungsgeshilfenverbandes in einer Vorständerkonferenz von 1917, wobei verlangt worden war, bei wichtigen Verhandlungen zwischen der Generalkommission und der politischen Arbeiterbewegung beide sozialistischen Parteien hinzuzuziehen.⁹⁶⁾ Erst nachdem die USPD innerhalb der Gewerkschaftsbewegung immer mehr an Boden gewonnen hatte, änderte sich diese Anschauung bei einigen Gewerkschaftsfunktionären.⁹⁷⁾ Von der Seite der Gewerkschaftsführung wurde die Haltung zur Sozialdemokratie jedoch dahingehend modifiziert, daß man bis zu dem Zeitpunkt, der wieder eine einheitliche Sozialdemokratie bringen würde, von "jeder Vereinbarung mit einer der sozialdemokratischen Parteien" absehen werde.⁹⁸⁾ Damit war die Kommunistische Partei von vornherein als Verhandlungspartner für die Gewerkschaften ausgeschlossen worden, wogegen von der USPD-Opposition auch keinerlei Einspruch kam, womit ein weiteres Indiz dafür gegeben war, daß die USPD-Gewerkschafter auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den Gewerkschaften keinen Wert legten.

Im Rechenschaftsbericht der Generalkommission für den Zeitraum vom 1. Juni 1914 bis zum 31. Mai 1919 kam es insbesondere unter dem Punkt 14: "Differeenzen in der Arbeiterbewegung"⁹⁹⁾ zu scharfen Angriffen gegen die USPD, wobei man sich nicht

96) Ebd. Vgl. a. Prot. ADGB-1919, S. 380. Auch Jansson von der Generalkommission war einer der ersten, der die Anregung gab, die alleinige Bindung der Gewerkschaften an die MSPD angesichts der verschiedenen bestehenden sozialistischen Parteien auf diesem Gewerkschaftskongreß aufzuheben, denn "heute müssen wir im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien feststellen."

97) Vgl. a. Potthoff, H., Gewerkschaften und Politik, S. 355.

98) Vgl. Prot. ADGB-1919, S. 213.

99) Ebd., S. 211 ff.

die Mühe machte, zwischen USPD, Spartakusbund und KPD zu differenzieren. Wenn man auch die lokale Entwicklung in Leipzig, Braunschweig, Stuttgart und Berlin bedauerte, so stellte man auf der anderen Seite nicht ohne Befriedigung fest, daß in den Zentralverbänden "die Treiberein der Partei-zersplitterer" nur ganz geringfügig Fuß gefaßt hätten.¹⁰⁰⁾

Als verbandsinterne Stätten der Opposition wurden namentlich nur der Kürschner- und Handlungsgehilfenverband aufgeführt.¹⁰¹⁾

Daß jedoch bereits auf dieser Gewerkschaftsversammlung eine weit stärkere Opposition, als vom Vorstand vermutet, vorhanden war, zeigte sich gleich am ersten Verhandlungstag, nachdem Carl Legien seine Begrüßungsrede gehalten hatte.¹⁰²⁾

Der vom Berliner Schneiderverband entsandte W. Schuhmacher war von einer Anzahl Delegierter beauftragt worden, die Frage zu stellen, ob die Opposition im Bureau des Vorstandes einen Sitz erhalten würde und schlug dafür sofort Richard Müller vor.¹⁰³⁾ Offensichtlich war diese Aktion von Berliner Delegierten gesteuert worden, um sich als Leitfaktor der Opposition darzustellen und um Leuten wie Dißmann oder Simon vom USPD-Gewerkschaftsflügel zuvorzukommen. Daß schließlich an Stelle von Müller Josef Simon von der Opposition für diesen Posten vorgeschlagen wurde, deutete an, daß es hinter den Kulissen innerhalb der Opposition Meinungsverschiedenheiten gegeben hatte, die jedoch nichts daran änderten, daß man aufgrund der vorherrschenden Mehrheitsverhältnisse die Opposition ignorierte und Legien, Leipart und Reichel als Vorsitzende durch Akklamation bestätigt wurden.¹⁰⁴⁾

100) Ebd.

101) Mit 13 gegen 6 Stimmen hatte sich der Verband der Kürschner auf seiner Generalversammlung am 26. Febr. 1918 gegen die Gewerkschaftsinstanzen gewandt. Vgl. Protokoll des außerordentlichen Verbandstages des Deutschen Kürschner-Verbandes abgeh. vom 24. bis 26. Februar 1918 in Hamburg, Hamburg (1918), S. 73 f.

102) Vgl. Prot. ADGB-1919, S. 284 ff.

103) Ebd., S. 289.

104) Ebd., S. 290.

Legien selbst wollte von einer Opposition in der Gewerkschaftsbewegung keine Kenntnis nehmen und entgegnete auf eine Anfrage des Handlungsgehilfenverbandes, daß, falls es hier eine Opposition geben sollte, sich eine Sonderorganisation gegründet haben müßte.¹⁰⁵⁾

Trotzdem war man dazu bereit, der Opposition 3 Schriftführer zu überlassen, indem man anstatt der vorgesehenen 8 schließlich 11 wählen ließ; auch in die Mandatsprüfungskommission wurden Vertreter der Gewerkschaftsopposition gewählt.¹⁰⁶⁾

Mit diesen Zugeständnissen, die der Mehrheit nicht viel abverlangten, waren immerhin eine gemeinsame Basis und ein besseres Verhandlungsklima geschaffen worden. Daß Legien dazu von selbst nicht bereit war und eher von seinen jüngeren Kollegen zu diesem Schritt gedrängt worden ist, zeigen seine Notizen zum Rechenschaftsbericht, die nicht alle in das Protokoll Eingang gefunden haben.¹⁰⁷⁾

Die Verhandlungsführung der Versammlung, von Leipart übernommen, verhielt sich gegenüber der Opposition überaus fair und verständnisvoll, indem sie jeweils auf die Vorschläge der Opposition einging. Man war sichtlich gewillt,

105) Ebd., S. 291. In diesem Zusammenhang kam es bereits zu Beginn des Kongresses zu Auseinandersetzungen, da sich herausstellte, daß von der Opposition bereits eine Art Vorkongreß abgehalten worden war, was sich aus einschlägigen Quellen jedoch nicht belegen läßt. Doch wies eine im Verlauf des Kongresses vorgelegte Vorstandsliste der Opposition darauf hin, daß dies tatsächlich der Fall gewesen sein kann. Dieser "Vorkongreß" war demnach offensichtlich von den Berliner Delegierten der Opposition organisiert worden. Vgl. Prot., S. 555. Die Liste bestand nahezu ausschließlich aus Berliner Delegierten. Als Vertreter des USPD-Gewerkschaftsflügels waren hier aber lediglich Hermann Jäckel und Hugo Rödel vom Textilarbeiterverband aufgeführt.

106) Ebd.

107) Vgl. NL Carl Legien, ZSTA Potsdam, s.a. Anhang VI.

die gewerkschaftsbejahenden Mitglieder der USPD, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, trotz ihrer USPD-Mitgliedschaft, große Sympathien genossen, nicht in das Lager der radikalen Räteanhänger abdriften zu lassen. Somit wurden zu den wichtigsten Themen des Kongresses auch Korreferenten akzeptiert.¹⁰⁸⁾ Als der Opposition auch zu dem Tagesordnungspunkt "Sozialisierung" ein Korreferent zugestanden wurde, meldete sich Dißmann zu Wort und verlangte zwei Korreferenten, einen Vertreter der USPD und einen für die KPD, mit der Begründung, daß man doch wissen müßte, daß "die Grundauffassungen in dieser Frage mit den Parteianschauungen zusammenhängen" würden.¹⁰⁹⁾ Dißmann zeigte keine Bereitschaft, sich auf gewerkschaftlicher Ebene mit der KPD zusammenzuschließen und gemeinsam mit deren Hilfe gegen den Vorstand anzugehen; ein Prinzip, das der USPD-Gewerkschaftsflügel auch bei allen lokalen und verbandsinternen Angelegenheiten beibehielt. Zudem wollte er die Gelegenheit nutzen, um dem Plenum deutlich zu machen, daß innerhalb der USPD und KPD grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen vertreten wurden, da von seiten der Generalkommission eine Differenzierung in dieser Hinsicht nicht getroffen worden war. Der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes, Simon, unterstützte diese Ansicht, indem er ausdrücklich auf die drei politisch vertretenen Richtungen und insbesondere auf die damit verbundenen unterschiedlichen Auffassungen zur Sozialisierungsfrage hinwies.¹¹⁰⁾

108) Vgl. Prot.ADGB-1919, S. 308 ff.

109) Ebd.

110) Ebd., S. 311 f., (Simon): "...Dies Problem (der Sozialisierung, G.H.) muß hier von allen Gesichtspunkten aus erörtert werden. Es sind in der Gewerkschaftsbewegung die drei Parteirichtungen vertreten, die von ihrem Standpunkt aus diesem Problem eine andere Seite abgewinnen, und es ist zweckmäßig, daß diese Richtungen zu Worte kommen." Simon schlug daraufhin als Referenten zum Punkt "Sozialisierung" für die USPD Rudolf Hilferding, für die KPD Fritz Heckert vor.

Aus dem Verfahren der gewerkschaftlichen Opposition könnte man schließen, daß die gewerkschaftlichen Vertreter von USPD und KPD eine gemeinsame Strategie entwickelt hätten, um eigene Referenten zu Wort kommen zu lassen, wobei man sich nur bei einigen Tagesordnungspunkten auf einen gemeinsamen Referenten einigen konnte. Das mag teilweise zutreffen, weil man auch von der USPD-Seite hoffte, mit dem linken Parteiflügel noch zu einem Kompromiß in der Gewerkschaftsfrage zu kommen und die parteipolitische Einheit nicht gefährden wollte, die zu diesem Zeitpunkt aber bereits durch die Zwischenstellung von Personen wie Richard Müller nicht mehr vorhanden war. Die Vertreter des USPD-Gewerkschaftsflügels waren auf jeden Fall darauf bedacht, ihre eigene unabhängige Position darzustellen, wobei hinzugefügt werden muß, daß sie im Verhältnis zu den auf dem Gewerkschaftskongreß vertretenen Kommunisten über eine ganz klare Mehrheit verfügten.

Zur Betriebsrätefrage referierte von der Generalkommission Leipart, der darin keinerlei Ersatz für die Gewerkschaften zu erkennen vermochte, womit er sich auch mit der Auffassung des USPD-Gewerkschaftsflügels in Übereinstimmung befand. Vielmehr erblickte er in der Funktion der Betriebsräte eine Art Arbeiteraushüsse,¹¹¹⁾ die jedoch keinerlei Befugnis haben sollten, in den Kampf um die Tarifverträge einzugreifen, weil dies allein Sache der Gewerkschaften wäre. Richard Müller dagegen, der Referent der Opposition zu diesem Thema, drängte auf "eine sofortige Umgestaltung" des gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Organismus und stellte bereits nach einigen einleitenden Bemerkungen wieder die Rätefrage in den Vordergrund der Diskussion.¹¹²⁾ Mit Allgemeinplätzen wie "die Gewerkschaften müssen Organe des revolutionären Proletariats" werden, war die Kongreßmehrheit aber nicht zu beeindrucken; Müller konnte inhalt-

111) Ebd., S. 432.

112) Ebd., S. 436 f.

lich wenig dazu beitragen, seine vagen Vorstellungen zu modifizieren.

Die Auseinandersetzung über die Zentrale Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands (ZAG) wurde als einer der wichtigsten Streitpunkte zwischen Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftsopposition eingehender behandelt,¹¹³⁾ wobei dieses Abkommen auch auf seiten der Gewerkschaftsmehrheit nicht mehr ungeteilte Unterstützung fand. Von der Generalkommission selbst war diese Übereinkunft jedoch durchweg als Erfolg für die Arbeiterorganisationen eingestuft worden, da man eine sofortige Umgestaltung der Wirtschaft als utopisch ansah; eine Anschauung, die auch von verschiedenen Theoretikern der USPD geteilt wurde.¹¹⁴⁾ Im Gegensatz zu einer für die Opposition durch Paul Lange (KPD) eingebrachten Resolution gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik betonte Cohen (Berlin) von der Generalkommission, daß die Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortsetzung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften seien und daß nur schrittweise Verbesserungen für die Arbeitnehmer im Bereich des Möglichen lägen. Die Arbeiterschaft sei noch zu unerfahren, um die Produktion allein übernehmen zu können. Ein Standpunkt, der der Auffassung sowohl des USPD-Gewerkschaftsflügels, als auch der von verschiedenen Verbandsvorsitzenden widersprach, die mit den Arbeitsgemeinschaften schlechte Erfahrungen gemacht hatten.

Von verschiedener Seite der Opposition wurde dabei gegen die in dem Abkommen über die ZAG propagierte "Parität" argumentiert, die keine echte Parität darstellte, da es offenbar relativ einfach für die Unternehmerseite war, Gewerkschaftsvertreter der Hirsch-Dunckerschen oder christlichen Richtung bei Entscheidungen auf ihre Seite zu bringen. Ein Ansatzpunkt, der, wie sich später wiederholt herausstellte,

113) Ebd., S. 453 ff.

114) U.a. von Rudolf Hilferding und Karl Kautsky.

durchaus seine Berechtigung hatte und einen wesentlichen Angriffspunkt für die nach 1919 zunehmende Kritik gegenüber den Arbeitsgemeinschaften ausmachte: eine Ablehnung, die auf dem ADGB-Kongreß von 1922 bereits die Mehrheit der Delegierten umfaßte.

Die unrealistische Konzeption Richard Müllers, der bereits "eine zweite Revolution am Horizont" heraufziehen sah,¹¹⁵⁾ wurde lediglich von Teilen der KPD, hier wortführend Paul Lange,¹¹⁶⁾ und seinen Berliner Kollegen vom linken USPD-Flügel mitgetragen, die, rein verbal betrachtet, den Fortbestand der Gewerkschaften nicht in Frage stellten, aber in der Praxis dazu neigten, die Räte als Funktionsträger bisheriger gewerkschaftlicher Bereiche zu etablieren, indem man der Ausschaltung des Unternehmertums das Rätssystem gegenüberstellte.¹¹⁷⁾

Mehr oder weniger als Demonstration war die alternative Vorschlagsliste der Opposition zu den Wahlen des ADGB-Bundesvorstandes anzusehen, die der Opposition anscheinend nur dazu diente, ihre eigene Geschlossenheit zu überprüfen. Die Liste wurde aber offenbar nicht von allen einflußreichen Mitgliedern des USPD-Gewerkschaftsflügels unter-

115) Vgl. Prot.ADGB-1919, .466 f.

116) Vgl. dazu auch die Kritik an Paul Lange, der in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied des Konsumvereins in Berlin die Gewerkschaften ausschaltete (vgl. Prot.ADGB-1919, S.478). Langes dubiose Stellung zu der Gewerkschaftsbewegung, vgl.a.Prot.,S.484 ff. Paul Lange war aufgrund seiner KPD-Mitgliedschaft auf dem unmittelbar vor dem ADGB-Kongreß stattgefundenen Verbandstag der Handlungsgehilfen aus dem Hauptvorstand hinausgewählt worden. Als Redakteur der "Handlungsgehilfenzeitung" fungierte er zukünftig nur noch mit beratender Stimme. Vgl. Zentralverband der Handlungsgehilfen. Protokoll des 10. Verbandstages, abgeh. vom 17. bis 21.Juni 1919 in Nürnberg, Berlin o.J.

117) Vgl. dazu die von Paul Lange (KPD) und Genossen eingebrachte Resolution, Prot., ADGB-1919, S. 37.

stützt, wie aus der jeweiligen Stimmenanzahl abzuschätzen ist. Diese Demonstration der Opposition ging, den Kandidaten nach zu urteilen, eindeutig von Berlin aus. Bezeichnend für die Wahl des eigentlichen Bundesvorstandes war dagegen, daß das einzige USPD-Mitglied in den Reihen der Generalkommission, der Gewerkschaftsführer der Berliner Schneider, Sabath, hier die wenigsten Stimmen erhalten hatte.¹¹⁸⁾ Bemerkenswert war auch, daß Vertreter der oppositionellen Einzelgewerkschaften wie Textil-, Schuhmacher- oder Handlungsgehilfenverband im Bundesvorstand überhaupt nicht vertreten waren.

Tabelle: Ergebnis der Wahl des Bundesvorstandes (1) sowie
Ergebnis betr. Vorschlagsliste der Opposition (2)
Abgegebene Stimmen: 600

1) Gewählt als

Vorsitzender	Legien	428 Stimmen	
Stellvertr.	Graßmann	429	Buchdrucker
und	Cohen	417	Metallarbeiter
Kassierer	Kube	413	Zimmerer
Redakteur	Umbreit	412	Holzarbeiter
Sekretäre	Knoll	434	Steinsetzer
	Löffler	431	Bergarbeiter
Beisitzer	Brunner	423	Eisenbahner
	Bruns	407	Fabrikarbeiter
	Giebel	422	Bureauangestellter
	Sabath	387	Schneider
	Sassenbach	406	Sattler
	Schmidt	413	Landarbeiter
	Silberschmidt	427	Bauarbeiter

¹¹⁸⁾ Vgl. a. Soziale Praxis Nr. 42 v. 17. Juli 1919, Sp. 729 ff.

2) Vorschlagsliste der Opposition

1. Vorsitzender	Jäckel	161	Stimmen	Textilarb.	Berlin
2. Vorsitzender	R.Müller	168		Metallarb.	Berlin
3. Vorsitzender	Schuhmacher	162		Schneider	Berlin
Kassierer	Rödel	160		Textilarb.	Stuttgart
Redakteur	Regge	161		Kürschner	Berlin
Beisitzer	Vollmershaus	160		Schuhmacher	Berlin
	Skepsgardh	159		Gastwirtsge- hilfe	Berlin
	Siegle	161		Holzarbe- iter	Berlin
	Bötzer	160		Maler	Berlin
	Frau Lungwitz	160		Fabrikar- beiterin	Berlin
	Andree	159		Handlungs- gehilfe	Berlin
	Quade	161		Bergarb.	Kray
	Prenzlów	161		Gemeinde- arbeiter	Berlin
	Beilschmidt	160		Eisenbahn- arbeiter	Bremen
	Klose	160		Transport- arbeiter	Berlin

119)

119) Die Ergebnisse zur Wahl des Bundesvorstandes und der Vorschlagsliste der Opposition, vgl. Prot. ADGB-1919, S.554 f.

4.3.2. Die Kontroverse zwischen Carl Legien (Gewerkschaftsführung) und Robert Dißmann (Gewerkschaftsopposition)

Robert Dißmann profilierte sich im Verlauf des Kongresses als zentrale Führungsfigur der Opposition, der auf Seite der Gewerkschaftsführung Carl Legien gegenüberstand. Gerade in diesen Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung wurde auch der Gegensatz zwischen der Gewerkschaftsführung und der Opposition deutlich. Ging es Legien in erster Linie um gewerkschaftliche Erfolge gegenüber dem Unternehmertum und die Beschränkung der gewerkschaftlichen Arbeit auf dieses Gebiet, so wollte Dißmann eine Ausdehnung der gewerkschaftlichen Betätigung auf das politische Umfeld, eine Veränderung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems mit Hilfe der einflußreichen Gewerkschaftsbewegung erreichen. Legien traf den Kern der oppositionellen Strategie, wenn er ausführte:

"Die Auffassung in den von Dißmann vertretenen Kreisen ist die: die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist eigentlich von minimaler Bedeutung, durch die gewerkschaftlichen Organisationen muß der revolutionäre Gedanke in der Arbeitermasse erzogen werden: im revolutionären Element müssen die Gewerkschaften leben, das schließlich im Generalstreik seinen Ausdruck findet." 120)

Sich in der Ablehnung dieser Auffassung auf den USPD-Theoretiker Kautsky berufend, bedeutete für Legien auch der Kampf "um einen Pfennig mehr Lohn eine revolutionäre Aktion."¹²¹⁾ Der USPD warf er vor, daß sie die Gewerkschaften lediglich für politische Ziele einspannen wollte, wobei er wiederholt das Argument von Maßregelungen von Verwaltungsbeamten durch Ortskartelle mit USPD-Mehrheiten ins Feld führte, was, seiner Auffassung nach, das traurigste

120) Vgl. Prot.ADGB-1919, S. 400.

121) Ebd.

Kapitel in der Gewerkschaftsgeschichte darstellte, das es je gegeben hätte.¹²²⁾ Die Auffassung von Dißmann, das es das gute Recht der Gewerkschaftsmitglieder sei, Angestellte zu entlassen, wenn diese nicht mehr die Interessen der Mitgliedschaft vertreten würden,¹²³⁾ stellte Legien mit dem Verhalten eines Unternehmers auf eine Stufe, der einen Arbeiter entläßt, der nicht mehr das Interesse des Unternehmens vertritt.¹²⁴⁾

Besonders hart ging er mit Dißmann wegen des von diesem an die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gerichteten Schreibens ins Gericht, wobei es während seiner Ausführungen zu Empörung und Tumulten auf der Seite der Anhänger der Generalkommission kam. Legien sah dieses Schreiben als Beleg dafür, daß es der gewerkschaftlichen Opposition um Dißmann in erster Linie nicht um gewerkschaftliche, sondern um parteipolitische Interessen der USPD gehen würde:

122) Ebd., S.319. S.a. NL Carl Legien, ZStA Potsdam, vgl. a. Anhang VI.

123) Robert Dißmann unterstrich auf die Angriffe Legiens hin nochmals seine Haltung bezüglich der Entlassung von Angestellten der Gewerkschaftsverbände, indem er ausführte:

"Meine gestern vertretene Auffassung zu den Beamtenentlassungen ging dahin, der Arbeiter verkauft nur seine Arbeitskraft dem Unternehmer und muß deshalb volle Freiheit der politischen Überzeugung und Betätigung haben. Der Gewerkschaftsangestellte steht aber in einem Vertrauensverhältnis zu den Mitgliedern und kann seinen Posten nicht mehr behalten, wenn er dieses Vertrauen nicht mehr besitzt." Vgl. Prot. ADGB-1919, S. 403. Dieser prinzipiell von D. eingebrachte zutreffende Gesichtspunkt verzerrte sich jedoch auf dem Hintergrund der parteipolitischen Querelen zwischen USPD und MSPD, wobei das Vertrauensverhältnis durch die jeweilige Parteizugehörigkeit präjudiziert wurde.

124) Ebd., S.395. Vgl. dazu auch die handschriftlichen Notizen Legiens betr. den Entwurf seiner Rede auf dem ADGB-Kongreß. ZStA Potsdam NL Legien 20 Bl., Bl.12 ff. Der Betreff ist im Zentralen Staatsarchiv jedoch falsch betitelt ("Verbandstag der Metallarbeiter 1919"). Vgl. Anhang VI.

"Nicht die gewerkschaftliche Organisation, nicht die gewerkschaftlichen Interessen kommen hier in Frage, sondern die Interessen der USPD. Zweimal sagt Dißmann in diesem Schreiben: Fragt nach, ob genügend Mitglieder des Metallarbeiterverbandes der USPD angehören, stellt fest, ob wir eine sichere Mehrheit von Mitgliedern der USPD haben. Was hat denn die USPD mit der gewerkschaftlichen Organisation zu tun, Genosse Dißmann? Kann nicht auch ein SPD-Mann ein sehr tüchtiger Gewerkschafter sein? Sind denn das alles schlechte Gewerkschafter, die nicht Mitglieder der USPD sind? Nein, hier beweist Dißmann erneut, wohin der Weg geht: nicht die Gewerkschaften sollen verbessert, nicht ihre Kampfes- und Widerstandskraft gestärkt werden, sondern man sucht Mitglieder der USPD in der Gewerkschaft zusammenzubringen. Warum gerade die? Kann es nicht andere Mitglieder des Metallarbeiterverbandes geben, die mit der Tätigkeit des Vorstandes nicht einverstanden sind? Nein, der Weg führt zur politischen Partei."125)

Wenn Legien auch noch schärfer gegen den gewerkschaftsfeindlichen Kurs Richard Müllers vorging,¹²⁶⁾ so versäumte er es auch nicht, den Zusammenhang zwischen der USPD und der KPD herzustellen, was ihm auch nicht schwerfiel, da die USPD-"Linke" bereits 1919 fließende Grenzen zur KPD erkennen ließ. Als Beweis dafür zitierte er einen in der "Freiheit", dem Zentralorgan der USPD, am 25. Juni 1919 veröffentlichten "Aufruf an die auf dem Boden der Opposition stehenden Delegierten zum Gewerkschaftskongreß", wonach die Delegierten, welche die Parole "Durch das Räte-system mit den Gewerkschaften zum Sozialismus" befürworteten, sei es nun USPD, KPD oder MSPD, gebeten wurden, sich zu einer Vorbesprechung zu versammeln.¹²⁷⁾

125) Ebd., S.399. Vgl. dazu auch den Brief Dißmanns vom 2.Juni 1919, abgedr. in der MAZ Nr.26/27 v. 5.Juli 1919, vgl. Anh. IV.

126) Ebd., S. 401 f.

127) Vgl. Freiheit v.25.Juni 1919. Unterzeichnet war der Aufruf von J.A. Wilhelm Schuhmacher, Vors. der Filiale Berlin des dortigen Schneiderverbandes. Schuhmacher gehörte dem linken USPD-Flügel an und galt als Anhänger Richard Müllers.

Dißmann monierte dagegen das Festhalten der Generalkommission an dem Mannheimer Abkommen von 1906; den Standpunkt, daß allein die Mehrheitssozialdemokratie als politische Vertretung der Gewerkschaften anerkannt worden sei sowie die einseitige Haltung des "Correspondenzblattes" während des Krieges.¹²⁸⁾ Die Einmischung in die Politik warf er gerade der Generalkommission vor, der er auch den Großteil der Schuld an der Parteispaltung zuwies:

"Die maßgebenden Persönlichkeiten der Generalkommission sind es gewesen, die von Anfang an am stärksten gegen die Genossen Stellung genommen haben, deren Gewissen es ihnen verbot, der falschen Bahn der Kriegspolitik weiter zu folgen."¹²⁹⁾

Dabei wandte Dißmann die in den Reihen der USPD übliche Strategie an, bei jeglicher Kritik die Gewerkschaftsführung und Basis zu trennen, um nur erstere heftig zu attackieren. Kurz auf die Diskriminierung der USPD durch die Gewerkschaftsführung eingehend, stellte er bereits die Prognose, daß auf späteren Gewerkschaftskongressen sich das Verhältnis ohne weiteres zugunsten der USPD-Anhängerschaft verschieben könnte:

"Wenn Ihr heute noch numerisch als Delegiertenkörper in der Mehrheit seid, so wißt Ihr selbst nicht, ob heute noch die Mehrheit Eurer Gewerkschaftsmitglieder hinter Euch steht."¹³⁰⁾

Mit diesem Einwand hatte er insofern recht, als die Gewerkschaftsführung wirklich nicht wissen konnte, wie im Rahmen der stürmischen Mitgliederentwicklung das Verhältnis zur Gewerkschaftsbasis beschaffen war. Die meisten Delegierten auf dem Kongreß waren zudem durch Verbandstage, vielfach noch vor dem Ausbruch des Weltkrieges, bestätigt und nicht durch eine Urabstimmung gewählt worden. Trotz des Mißtrauens gegenüber der Gewerkschaftsführung sprach er sich entschieden gegen jegliche Spaltung der Gewerkschaft-

128) Vgl. Prot.ADGB-1919, S. 327 f.

129) Ebd., S. 338 f.

130) Ebd.

ten aus, indem er die Loyalität seines gewerkschaftlichen Anhangs unterstrich:

"Wir, die wir auf dem Kongreß als Opposition beisammen sind, wir sind viel zu lange in den Gewerkschaften und haben gleich Ihnen seit frühester Jugend unser Bestes der Bewegung hingegeben, wir sind viel zu gute Gewerkschafter, als daß wir auch nur dem Gedanken uns hingeben wollten, die Gewerkschaften zu zerreißen."131)

4.3.3. Verbands- und ortsspezifische Analyse der oppositionellen Delegierten auf dem ADGB-Kongreß von 1919

Aufschlußreich für die personelle und verbandsinterne Opposition auf dem ADGB-Kongreß sind drei Abstimmungen der Delegierten im Verlauf dieser Versammlung, die annähernde Ergebnisse liefern können, inwieweit die gewerkschaftliche Opposition innerhalb der Einzelgewerkschaften bereits Fuß gefaßt hatte. Um einen Überblick über die verbandsinterne und ortsgebundene Opposition in den Gewerkschaften erhalten zu können, wurden 20 Einzelgewerkschaften in 25 Orten des Reiches aufgrund dieser Abstimmung in ihrer Haltung zur Generalkommission untersucht. Da in den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden unterschiedliche Wahlmodi zu den Delegiertenwahlen angewandt wurden, können die Voten der Delegierten nur ein begrenztes Abbild der gewerkschaftlichen Basis widerspiegeln, ermöglichen aber auf der anderen Seite zahlreiche Aufschlüsse zur Erforschung der Gewerkschaftsopposition.

Auf dem Gewerkschaftskongreß kam es zu drei zentral wichtigen Abstimmungen:

131) Ebd., S. 342 f.

1. Die Abstimmung über den Rechenschaftsbericht der Generalkommission, die als Vertrauensvotum angesehen werden kann. Ergebnis: 445 zu 179 für die Anhänger der Generalkommission.¹³²⁾
2. Die Abstimmung über die Beteiligung an der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern.
("Die Arbeitsgemeinschaften der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände sind eine notwendige und erfreuliche Einrichtung").
Ergebnis: 420 zu 181 für die Befürworter der Arbeitsgemeinschaften.¹³³⁾
3. Die Abstimmung über die "Richtlinien für die Betriebsräte und die Aufgaben der Gewerkschaften", wonach die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften fungieren sollten. Ergebnis: 407 zu 192.¹³⁴⁾

Für die Erschließung der gewerkschaftlichen Opposition hatte dabei die Abstimmung über den Rechenschaftsbericht Priorität, weil hier mit Sicherheit nur oppositionelle Gewerkschafter dagegen stimmten,¹³⁵⁾ während bei den beiden anderen Abstimmungen dies nicht unbedingt der Fall gewesen sein muß, da sich auch verschiedene Anhänger der Generalkommission wiederholt kritisch gegenüber den Arbeitsgemeinschaften oder über die Intensität der Verankerung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften geäußert

132) Vgl. Prot. ADGB-1919, S. 405.

133) Ebd., S. 502.

134) Ebd., S. 550.

135) Um die oppositionellen Stimmen zu orten, wurde die Namensliste der Gegner des Rechenschaftsberichtes nach Verbänden und Orten aufgeschlüsselt. Einschränkung ist festzustellen, daß in Ausnahmefällen auch erklärte Anhänger der USPD für den Rechenschaftsbericht stimmten. Hier z.B. Alwin Brandes, Mitglied der USPD und später Vorsitzender des DMV zusammen mit Robert Dißmann.

hatten. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden für die Gesamtanalyse die Abstimmung über den Rechenschaftsbericht, für die Verbände des Metallarbeiterverbandes, des Textil- und Schuhmacherverbandes sowie Handlungsgehilfenverbandes auch die beiden anderen Abstimmungen miteinbezogen. Die Opposition erhielt ihre Stimmen lediglich aus 26 der 52 vertretenen Einzelgewerkschaften. In der sich anschließenden Tabelle sind sämtliche Verbände vermerkt, in denen Delegierte gegen den Rechenschaftsbericht gestimmt haben.

Tabelle 1: Ergebnis der Abstimmung über den Rechenschaftsbericht nach Einzelgewerkschaften ¹³⁶⁾

Gewerkschaft	Gesamtzahl der Dele- gierten auf dem Kongreß	für Gk	Opposi- tion	Ent./gefehlt oder keine Angabe
Metallarbeiter	119	54	65	-
Textilarbeiter	30	14	16	-
Schuhmacher	13	5	8	-
Handlungsgeh.	25	8	15	2
Gemeinde-Staatsarb.	35	24	11	-
Eisenbahner	27	19	7	-
Transportarbeiter	39	34	3	2
Bergarbeiter	46	36	8	2
Landarbeiter	20	19	-	1
Bauarbeiter	30	27	3	-
Fabrikarbeiter	55	38	17	-
Schneider	15	11	4	-
Buchdrucker	13	13	-	-
Buchbinder	10	10	-	-
Bureauangest.	11	11	-	-
Holzarbeiter	19	18	1	-
Brauerei-Mühlenarb.	12	12	-	-
Maschinenisten-Heizer	8	6	2	-
Tabakarb.	10	9	1	-
Gastwirtsgeh.	7	5	2	-
Fleischer	2	1	1	-
Kürschner	1	-	1	-
Bäcker	6	5	1	-
Sattler	5	4	1	-
Glasarbeiter	5	2	1	-
Zimmerer	11	7	3	1
Maler	7	5	2	-
Lederarbeiter	5	3	2	-
Porzellanarb.	5	3	2	-
Zivilmusiker	2	1	1	-
Kupferschmiede	2	1	1	-
179 Gegenstimmen				

136) Vgl. dazu auch die Aufstellung im Schuhmacherfachblatt Nr. 28 v. 13. Juli 1919, wo die Anhängerschaft der Opposition auch nach der Abstimmung über den Rechenschaftsbericht mit 179 (=ca. 1,5 Millionen Mitglieder) Delegierten angegeben wird.
Die Angaben im SFB unterscheiden sich gering von eigenen Berechnungen. Sie lauten:

	Opposition	Anhänger der Gk
Eisenbahner	11	15
Fabrikarbeiter	17	38
Gastwirtsgeh.	2	4
Handlungsgeh.	15	11

Tabelle 2: Zustimmung zur Arbeitsgemeinschaftspolitik

Gewerkschaft	Gesamtzahl der Delegierten	Ja	Nein	gefehlt/enth.
Metallarbeiter	119	50	66	3
Textilarbeiter	30	13	15	2 (1/1)
Schuhmacher	13	5	7	1 (gefehlt: W. Bock)
Handlungsgeh.	25	10	13	2

Tabelle 3: Zustimmung betr. Richtlinien für Betriebsräte
und zukünftige Aufgaben der Gewerkschaften

Gewerkschaft	Gesamtzahl der Delegierten	Ja	Nein	gefehlt/ent.
Metallarbeiter	119	49	67	3
Textilarbeiter	30	13	16	1
Schuhmacher	13	4	8	1
Handlungsgeh.	25	1	22	2

137)

	Opposition	Anhänger der Gk
Holzarbeiter	1	18
Maler	2	5
Maschinisten	2	6
Metallarbeiter	64	54
Schuhmacher	8	5
Schneider	4	11
Tabakarb.	1	10
Textilarbeiter	16	14
Transportarb.	2	35
Zimmerer	3	8

137) Vgl. dazu die namentlichen Abstimmungen, Prot. ADGB-
1919, S. 500 f.

Von den größeren Einzelgewerkschaften hatte bei allen Abstimmungen nur die Mehrheit der Delegierten des Metallarbeiter-, Textil-, Schuhmacher- und Handlungsgehilfenverbandes immer gegen die Vorschläge bzw. Resolutionen der Gewerkschaftsführung gestimmt. Mit Ausnahme des Metallarbeiterverbandes, wobei sich die Rolle Berlins als oppositionelles Zentrum auch im gewerkschaftlichen Bereich deutlich herauskristallisiert hatte, schienen beim Schuhmacher-, Textilarbeiter- und Handlungsgehilfenverband eher verbandsinterne Motive für das Votum mit der Opposition den Ausschlag gegeben zu haben, wenn auch zu bedenken ist, daß die Vorsitzenden des Schuhmacher- und Textilarbeiterverbandes USPD-Mitglieder waren¹³⁸⁾. Als weiterer Vorsitzender eines Gewerkschaftsverbandes hatte Paul Bergmann, Vorsitzender des Fleischerverbandes, jeweils mit der Opposition gestimmt. Neben seiner Tätigkeit in der Gewerkschaft war er in Hamburg Stadtverordneter der USPD und einer der entschiedenen Anhänger des USPD-Gewerkschaftsflügels.

Im Gegensatz zum DMV erhielt die Opposition im Textilarbeiter- und Schuhmacherverband starken Zulauf aus kleineren Orten, wobei man wieder die wichtige Funktion der Führerpersönlichkeit innerhalb der Einzelgewerkschaften reflektieren muß. Das zeigte sich auch in den Verbänden, die mit der Gewerkschaftsführung stimmten und wo die Opposition kaum Einflußmöglichkeiten wahrnehmen konnte.¹³⁹⁾ Eine absolute Abstinenz gegenüber dem USPD-Einfluß, zumindest was die Delegierten betrifft, fiel bei folgenden größeren Einzelgewerkschaften auf:

138) Der Vorstand des ZvdH verhielt sich in den 3 Abstimmungen unterschiedlich. Urban, als Vorsitzender, stimmte für den Rechenschaftsbericht, aber ansonsten mit der gewerkschaftlichen Opposition.

139) Vgl. u.a. den Verband der Bureauangestellten (Vors. Giebel), Bergarbeiter (Hue), Holzarbeiter (Leipart).

Buchdrucker	13	Delegierte
Buchbinder	10	"
Brauerei/Mühlenarbeiter	12	"
Bureauangestellte	11	"
Buch- und Steinsetzer	5	"

Dabei spielte selbst die Zugehörigkeit zu Orten mit starker USPD-Tendenz keine Rolle. So befanden sich unter obig aufgeführten 51 Verbandsdelegierten auch 16 aus Berlin und 3 aus Leipzig.

Gerade diese beiden Städte bildeten ansonsten auch den Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Opposition. Bereits bei den Nationalversammlungenwahlen waren hier, in Berlin 27,6 und in Leipzig sogar 38,6 Prozent der Stimmen für die USPD abgegeben worden, gegenüber einem MSPD-Anteil von 36,4 (Berlin) und 20,7 (Leipzig) Prozent.¹⁴⁰⁾

Diese Quintessenz ließ sich auch innerhalb der gewerkschaftlichen Opposition herleiten, denn von den 179 Delegierten, die gegen den Rechenschaftsbericht der Gk stimmten, gehörte etwa ein Drittel aller oppositionellen Stimmberechtigten diesen beiden Orten an.

Bringt man das Delegiertenverhältnis auf dem Gewerkschaftskongreß zwischen der Anhängerschaft der Opposition gegenüber den Vertretern der amtierenden Vorstandschaft in eine Korrelation zu den Nationalversammlungenwahlen von 1919, wobei man das Verhältnis USPD - MSPD als Maßstab nimmt,¹⁴¹⁾ so kommt man bezüglich des Kräfteverhältnisses vielfach zu aussagekräftigen Übereinstimmungen. Ähnliche Verhältnisse wie in Leipzig, wo es der USPD sogar gelungen war, ein

140) Vgl. a.Ritter, G.A., Die sozialistischen Parteien, S. 154.

141) Die KPD war zu den Nationalversammlungenwahlen von 1919 nicht angetreten und spielte auch bei den Reichstagswahlen vom 6.Juni 1920 politisch nur eine sekundäre Rolle.

Bündnis mit der AfA und dem Gewerkschaftskartell herzustellen, zeichnete sich auch im Regierungsbezirk Merseburg,¹⁴²⁾ mit den Städten Merseburg und Halle, ab, wo die USPD 44,1 (MSPD: 16,3) Prozent bei den NV-Wahlen auf sich hatte vereinigen können.¹⁴³⁾ In diesem Wahlkreis stimmte auch die Überzahl der zum Gewerkschaftskongreß entsandten Delegierten für die Opposition. Lautete das Verhältnis in Halle 4 zu 3 für die Opposition, so erhielt sie in diesem Bezirk auch die Stimmen aus Zeitz (2) und Delitzsch (1),¹⁴⁴⁾ während auf der anderen Seite nur noch 2 Delegierte aus diesem Wahlkreis für die Generalkommission votierten, womit sich hier ein Gesamtergebnis von 7 zu 5 für die Opposition ergab. Daß das Ergebnis im Verhältnis zu dem extremen Wahlerfolg der USPD in dieser Region nicht günstiger ausfiel, lag wohl an dem Delegationsverfahren. Zudem waren die Delegiertenwahlen noch teilweise vor dem Krieg durchgeführt worden.¹⁴⁵⁾ Auch im 22. Wahlkreis, Düsseldorf (1-5), der die Städte Elberfeld-Barmen, Solingen, Düsseldorf und Essen einbezog, rekrutierte die Opposition eine Anzahl von Delegierten. Lautete das Delegiertenverhältnis für Düsseldorf noch 7 zu 4 für die Anhängerschaft der Generalkommission, so stimmten die Delegierten aus Solingen (1:DMV) und Essen (2:DMV/1:Berg-

142) Vgl. Horkenbach, Cuno (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930, S. 390. Die MSPD kandidierte hier noch unter der Bezeichnung "Alte sozialdemokratische Partei" und erlangte nur ein direktes Mandat für die NV gegenüber fünf der USPD.

143) Ebd.

144) Die beiden DMV-Delegierten aus Halle sowie aus Zeitz stimmten gegen den Rechenschaftsbericht.

145) Daß sich politische Orientierung und gewerkschaftliche Tendenz keineswegs entsprechen mußten, darauf weist bereits Potthoff, H., Gewerkschaften und Politik, S.96 für den Fall Leipzig hin, wobei er aber das Verhältnis mit 10 zu 9 Delegierten für den alten Vorstand angibt, was m.E. nicht zutrifft. Es lautete umgekehrt, 10 zu 9 für die Opposition.

arbeiterverb.) für die Opposition, während das Votum in Elberfeld-Barmen ausgeglichen war, somit, übertragen auf den gesamten Wahlkreis ein Delegiertenverhältnis von 8 zu 8 zustande kam. Bei den Nationalversammlungenwahlen war die USPD mit 18,7 (MSPD: 25,7) Prozent in diesem Wahlkreis ebenfalls zu einem Ergebnis gekommen, das weit über dem Reichsdurchschnitt lag.¹⁴⁶⁾ Überraschend war dabei lediglich die Situation in Essen, wo kein Anhänger der Generalkommission delegiert wurde, obwohl die MSPD bei den Wahlen gegenüber der USPD einen fast viermal so hohen Stimmenanteil gehabt hatte,¹⁴⁷⁾ hier also eine Korrelation zwischen politischer Vormachtstellung einerseits und gewerkschaftlichem Votum andererseits nicht vorlag und demzufolge verbandsspezifische Ursachen für das gewerkschaftliche Abstimmungsverhalten auf dem Kongreß ausschlaggebend gewesen sein dürften.

Prinzipiell zeigte sich jedoch, von einigen Ausnahmen abgesehen, insbesondere bei größeren Städten eine starke Tendenz in der Richtung, daß die Delegierten der Einzelgewerkschaften in einem starken Ausmaß mit der in ihrem Heimatort vorherrschenden politischen Richtung konform gingen. Verdeutlichten dies auf der Seite der USPD-Anhängerschaft bzw. Gewerkschaftsopposition die Beispiele Berlin, Leipzig, Merseburg, Gotha oder Duisburg, so spiegelte sich das Verhältnis der MSPD zur USPD auch in den Delegiertenverhältnissen von Hamburg, Breslau, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, Dresden, Köln und Magdeburg wider, wo die Stellung der MSPD bis Ende 1919 eine unangefochtene war, was demzufolge auch

146) Die stärkste Partei war in diesem Wahlkreis die Christliche Volkspartei (Zentrum) mit 27,6 Prozent.

147) Vgl. Kühr, Herbert, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, S. 101:
Ergebnis der Wahlen zur Preussischen Landesversammlung:
MSPD 32,2 %
USPD 8,0 %
(Ergebnis der NV-Wahl: MSPD: 28,7; USPD 9,5).

für die Anhängerschaft der Generalkommission galt. So hatte die USPD bei den NV-Wahlen in Hamburg nur 6,7 (MSPD 51,3), in Osthannover 3,8 (MSPD 38,5) und Breslau sogar nur 0,1 (MSPD 48,3) sowie Köln-Aachen 0,6 (MSPD 25,9) Prozent erzielt.¹⁴⁸⁾

In extremer Form traf dies für Hamburg und Bremen zu, wo von insgesamt 47 Delegierten 42 für den Rechenschaftsbericht der Generalkommission gestimmt hatten. Lautete das Delegiertenverhältnis in Hamburg 34 zu 4, so verbarg sich hinter dem klaren Verhältnis von 8 zu 1 in Bremen doch erheblicher Zündstoff für die Gewerkschaftsbewegung, denn hier hatten die Gewerkschaften stark für ihre Unabhängigkeit kämpfen müssen, weil die Rätebewegung einen vorübergehend dominierenden Einfluß ausgeübt hatte.¹⁴⁹⁾

In Bremen war es im Rahmen einer Generalversammlung der Metallarbeiter zur Anerkennung einer "revolutionären Einheitsorganisation auf der Grundlage des Räteystems" gekommen, wobei es am 18.März 1919 zur Entlassung aller mehrheitssozialdemokratisch orientierten Funktionäre des DMV gekommen war. Zum Bevollmächtigten war damals von USPD- und KPD-Anhängern Josef Miller von der KPD gewählt worden; lediglich 10 Prozent der Mitgliedschaft hatten sich an dieser Wahl beteiligt.¹⁵⁰⁾ Es ist nicht auszuschließen, daß diese Erfahrungen die Gewerkschaftsanhänger gegen die Opposition aufgebracht haben.

Gab die Abstimmung über den Rechenschaftsbericht der General-

148) Vgl. Ritter, G.A., Die sozialistischen Parteien, S. 154.

149) Vgl. dazu genauer Kuckuck, Peter (Hrsg.), Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt a.M. 1969. Vgl. a. Potthoff, H., a.a.O., S. 89 ff.

150) Über die Vorherrschaft der Kommunisten im DMV-Bremen, vgl. Potthoff, H., a.a.O., S. 93.

kommission das ungefähre Verhältnis der Generalkommissionsanhänger zur Opposition wieder, so kann man nicht generell davon sprechen, daß sämtliche Befürworter des Rechenschaftsberichtes als Anhänger des Kurses der Gewerkschaftsführung angesehen werden können. So votierte beispielsweise ein prominentes USPD- und DMV-Mitglied, Alwin Brandes aus Magdeburg, später stellvertretender Vorsitzender des DMV, für den Rechenschaftsbericht, aber gegen die von der Generalkommission vorgelegten Resolutionen, die Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte betreffend. Dasselbe traf auf den Verbandsvorsitzenden der Handlungsgehilfen, Otto Urban (Berlin), zu. Das Verhältnis Opposition zur Anhängerschaft der Generalkommission darf daher zahlenmäßig zumindest mit 190 zu 450 angesetzt werden.¹⁵¹⁾

Was das Delegiertenverhältnis in seiner Gesamtheit angeht, so besaßen die Anhänger der Generalkommission auch noch in fast allen Großstädten des Deutschen Reiches klare Mehrheiten, auch in Berlin (74 zu 40). In Städten wie Hamburg (34 zu 4), Hannover (17 zu 0), Nürnberg (19 zu 3), Dresden (15 zu 2), Frankfurt (17 zu 3), Stuttgart (16 zu 4), trat dies klar zutage. Die Anhänger der Opposition sahen sich lediglich in den Städten Chemnitz (5 zu 2), Leipzig (10 zu 9), Essen (2 zu 0), Halle (4 zu 3), Duisburg (3 zu 0), Gotha (2 zu 0) und Braunschweig (1 zu 0) im Vorteil, wobei meist die oppositionellen Gewerkschafter des Metallarbeiterverbandes den Ausschlag dafür gaben.

151) Diese Angabe ist geschätzt, aber zuweilen fehlten auch Delegierte der Opposition bei Abstimmungen, so u.a. bei der Abstimmung über die Arbeitsgemeinschaften die oppositionellen Wilhelm Bock (ZvdS), Skepsgardh (Gastwirtsgeh.), Hauffe (ZvdH).

Tabelle 4: Delegiertenverhältnis (alle Einzelgewerkschaften)
nach 25 ausgewählten Orten des Deutschen Reiches
152)

Ort	Anhänger der Gk	Gewerksch., Opposition
Berlin	74	40
Bochum	4	0
Braunschweig	0	1
Bremen	8	1
Breslau	14	1
Chemnitz	2	5
Dortmund	5	1
Dresden	15	2
Düsseldorf	7	4
Duisburg	0	3
Frankfurt	17	3
Gotha	0	2
Hagen	0	2
Halle	3	4
Hamburg	34	4
Hannover	17	0
Karlsruhe	4	0
Kiel	2	2
Köln	9	3
Leipzig	9	10
Magdeburg	11	3
München	7	3
Nürnberg	19	3
Stuttgart	16	4
Zeitz	0	2
Summe aus 25 Städten:	277	103

152) Insgesamt waren zwar 644 Delegierte für den Kongreß gemeldet, aber die höchste gültige abgegebene Stimmenzahl belief sich auf 624. Für die Zusammenstellung der Liste wurde der Abstimmung über den Rechenschaftsbericht Priorität eingeräumt.

Tabelle 5: Delegiertenverhältnisse nach Orten und einzelnen Gewerkschaften (DMV - DTV - ZvdS)

Orte	Anh.d.Gk/Anh.d. Opp. (insgesamt)	DMV	DTV	ZvdS
Berlin	74 / 40	1 / 19	3 / 2	0 / 1
Braunschweig	0 / 1	0 / 1	-	-
Bremen	8 / 1	-	-	-
Breslau	14 / 1	3 / 0	-	-
Bochum	4 / 0	-	-	-
Chemnitz	2 / 5	2 / 1	0 / 1	-
Dortmund	5 / 1	1 / 1	-	-
Dresden	15 / 2	4 / 0	0 / 1	-
Düsseldorf	7 / 4	0 / 2	-	-
Duisburg	1 / 3	0 / 2	-	-
Frankfurt	17 / 3	2 / 3	-	-
Gotha	0 / 2	0 / 1	-	-
Hagen	0 / 2	0 / 2	-	-
Halle	3 / 4	0 / 2	-	-
Hamburg	34 / 4	3 / 1	-	0 / 1
Hannover	17 / 0	1 / 0	-	1 / 0
Karlsruhe	4 / 0	1 / 0	-	-
Kiel	2 / 2	0 / 2	-	-
Köln	9 / 3	1 / 2	-	-
Leipzig	9 / 10	0 / 2	0 / 1	-
Magdeburg	11 / 3	3 / 2	-	1 / 2
München	7 / 3	0 / 2	-	-
Nürnberg	19 / 3	3 / 0	-	2 / 2
Stuttgart	16 / 4	4 / 2	-	0 / 1
Zeit	0 / 2	0 / 2	-	-
Summe:	277 / 103	29 / 49	3 / 5	4 / 7

5. Dominierender USPD-Einfluß in den Einzelgewerkschaften 1919/20

5.1. Der Metallarbeiterverband unter dem Einfluß der USPD

Die Reaktion auf die Ergebnisse des Gewerkschaftskongresses, der gezeigt hatte, daß die gewerkschaftliche Opposition noch nicht stark genug gewesen war, um die Gewerkschaftsführung zu einer Kursänderung zu zwingen, verlief in USPD-Kreisen ziemlich unterschiedlich. So wurde daraufhin in Leipzig der Rätegedanke innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere im Bereich der Metallarbeiterschaft wieder aktualisiert, wie eine Erklärung unmittelbar nach dem ADGB-Kongreß zeigte. Die Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum und der geringe Kompetenzbereich der Betriebsräte veranlaßten den dortigen DMV zu einer Erklärung für das "reine" Räte-system,¹⁾ während dem Kongreß selbst wenig Platz in dem dortigen Parteiorgan, der "Leipziger Volkszeitung", eingeräumt wurde. Relativ objektiv hatte das Zentralorgan der USPD die "Freiheit", über den Kongreß berichtet, wobei in den meisten Ausgaben protokollhaft über das Geschehen geschrieben wurde.²⁾ Dagegen äußerte sich das "Correspondenzblatt" zufrieden über den Verlauf des Kongresses, auf dem sich praktisch nur ein Argument der Opposition bei der Mehrheit Gehör verschafft habe, nämlich, daß sich aus der Spaltung der sozialdemokratischen Partei eine Neutralität gegenüber beiden sozialdemokratischen Parteien für die Zukunft ergebe.³⁾ In den Reihen der gewerkschaftlichen Opposition des Metall-

1) Vgl. OVZ Nr. 168 v. 22. Juli 1919.

2) Vgl. Freiheit Nr. 306 v. 1. Juli 1919 und folgende Ausgaben.

3) Vgl. Corr. Nr. 30 v. 26. Juli 1919.

arbeiterverbandes hatte man die Möglichkeit, den Verband für die USPD erobern zu können, erkannt - die Abstimmungsergebnisse auf dem ADGB-Kongreß waren in dieser Hinsicht sehr ermutigend gewesen. Somit blieb es nicht aus, daß die gewerkschaftlich organisierten USPD-Mitglieder alles unternahmen, um diese Position zu halten oder auszubauen.

Ähnlich wie Robert Dißmann, nur mit stärkeren parteipolitischen Akzenten, versuchte auch das Leipziger USPD- und DMV-Mitglied Arthur Lieberasch, den Einfluß im dortigen Metallarbeiterverband zu organisieren und zu lenken. Lieberasch, Leipziger Bevollmächtigter des DMV, bediente sich ebenso wie Dißmann verschiedener Zirkulare an die Gewerkschaftsmitglieder, in denen er auf die Notwendigkeit hinwies, daß sich für die Delegiertenwahl zum bevorstehenden Verbandstag zusammengehörende Orte auf einen gemeinsamen oppositionellen Kandidaten einigen sollten, um eine Stimmenzersplitterung bei der Opposition zu verhindern. In keiner Einzelgewerkschaft war bisher von dieser Art gezielter Blockwahlen Gebrauch gemacht worden. Jedoch, nachdem der ADGB-Kongreß für die USPD nicht die erwarteten Erfolge beschert hatte, wollte man nun mit allen Mitteln den größten deutschen Gewerkschaftsverband mit seiner zentralen Bedeutung für das Wirtschaftsleben erobern. Offengelegt wurden die Praktiken der USPD-Gewerkschafter, die bereits im Juni/Juli 1919 ihren Ursprung genommen hatten, durch das MSPD-Organ des "Vorwärts" mit einem Artikel, der "Wie Mandate gemacht werden" überschrieben war, in dem ein geheimes Rundschreiben von Lieberasch veröffentlicht wurde. Lieberasch hatte in seinem Schreiben ausdrücklich darauf hingewiesen, vorsichtig zu Werke zu gehen, damit der Vorstand des DMV die Delegiertenwahlen zum bevorstehenden Verbandstag nicht für

ungültig erklären könne.⁴⁾

- 5.1.1. Der Verbandstag des DMV vom Oktober 1919 im Zeichen der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Richtungskämpfe

Eine überraschend geringe Resonanz hat in der historischen Forschung der Verbandstag des DMV im Oktober 1919 gefun-

-
- 4) Vgl. Vorwärts Nr. 519 v. 11.Okt.1919, wo dieses Zirkular wörtlich veröffentlicht wurde:

"Werte Genossen!

Leipzig, den 28.Juli 1919

Am 17.8. finden die Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter statt. Es ist nun notwendig, daß sich die zusammengehörigen Städte auf einen oppositionellen Kandidaten einigen, damit nicht durch Stimmenzersplitterung die Anhänger des Vorstandes die Kandidaten durchbringen. Es wählen zusammen Annaberg, Burgstädt, Ebersbach, Eilenburg, Grüne, Penig und Roßwein einen Delegierten. Von Burgstädt, Penig und Roßwein sende ich Euch folgende Adressen:

Hermann Berger, Burgstädt, an der Gasanstalt III

Emil, Wüstner, Penig, Atmansdorferstr. 117

Emil Wolf Roßwein, Stollen 12

Ihr müßt nun unter den Metallarbeitern Eure Genossen darauf hinweisen, daß sie sich auf einen Kandidaten in allen diesen Orten einigen. Es kommt nicht darauf an, daß jeder Ort einen Kandidaten aufstellt, sondern es kommt darauf an, daß die Opposition siegt. Vorsicht ist allerdings am Platze, damit die Wahlen vom Vorstand nicht für ungültig erklärt werden können. Die Parole muß sein: Arbeitsgemeinschaft und Erhaltung des Kapitalismus (Vorstandsanhänger) oder Räte- und Sozialismus (USP). Vielleicht ist es Euch möglich, in den anderen Orten Anschluß zu finden.

Mit Parteigruß

Arthur Lieberasch

den,⁵⁾ obwohl es hier der oppositionellen Richtung, die sich politisch überwiegend durch die USPD vertreten sah, gelang, die größte Einzelgewerkschaft der Welt zu majorisieren, was in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte einen wohl einzigartigen Vorgang darstellte.

Das Jahr 1919, auf dem Gewerkschaftssektor durch eine immense "Mitgliederschwemme" gekennzeichnet, hatte auch in den Ortsverbänden und Bezirksleitungen des Verbandes starke Veränderungen hervorgerufen. Viele der USPD nahestehende Gewerkschafter waren in führenden Positionen gelangt und veränderten damit den Funktionärskörper der Gewerkschaften grundlegend.⁶⁾ Die Verbandsmitgliedschaft war im Durchschnitt von 1918 422.623 Mitgliedern auf 1919 1.301.536 Mitglieder angestiegen, womit der Metallarbeiterverband im Bereich der innerhalb des ADGB organisierten gewerkschaftlichen Einzelverbände über 23,7 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder umfaßte.⁷⁾

5) So besteht eine deutliche Schwäche des neuerdings erschienenen Bandes von Deppe/Fülberth/Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Köln 1977 u.a. darin, daß dieser wohl zentrale Gewerkschaftskongreß keinerlei Berücksichtigung fand. Der in diesen Bereich fallende Beitrag von Seifert, Chr., Die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik, S.146 ff. erwähnt diesen Verbandstag nicht einmal.

Zum Führungswechsel im Metallarbeiterverband vgl. a. Laubscher, G., a.a.O., S. 137 ff.

6) So wechselte beispielsweise im 11. Bezirk (Groß-Berlin), dem mit 177.923 Mitgliedern (Ende 1919) zweitstärksten Bezirk, die Leitung von Cohen/Sierig, beide Vertreter der Politik der Generalkommission und der MSPD, an Ziska/Rusch, die beide der USPD angehörten. Damit war die Berliner Gewerkschaftskommission in die Hände der dortigen USPD geraten. Vgl. Der DMV im Jahre 1920, Hand- und Jahrbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart 1921, S.294.

7) Vgl. Corr., Stat.Beilage 1919/20.

Als der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Schlicke, den Verbandstag in Stuttgart mit einem Appell an die Einheit der Gewerkschaftsbewegung eröffnete und damit zur Tagesordnung übergehen wollte, wurde er von Robert Dißmann unterbrochen, der im sicheren Bewußtsein, daß sich auf diesem Verbandstag die Mehrheit der Delegierten auf seiner Seite befand, eine Umbesetzung der entsprechenden Kommissionen in einem Verhältnis von 6 zu 3 für die Opposition forderte.⁸⁾ Von den Anhängern der Generalkommission wurde das Verhältnis dagegen geringer, etwa mit 180 zu 150 für die Opposition, angesetzt,⁹⁾ wogegen offizielle Berichte von einem Stärkeverhältnis von 190 zu 130 sprechen.¹⁰⁾ Trotz der Bemühungen um Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten kam man in der Besetzung der Kommissionen zu keiner Einigung, so daß schließlich sämtliche Kommissionen mit 9 Vertretern der Opposition besetzt wurden.¹¹⁾ Im folgenden kam es von seiten der alten Vorstandsseite zu anhaltender Kritik an den vorausgegangenen Delegiertenwahlen, wobei der Opposition wiederholt Manipulation vorgeworfen wurde. Ein Vorwurf, den die Gegenseite zurückwies.¹²⁾ Aus der Diskussion läßt sich unschwer herleiten,

8) Vgl. Protokoll der 14. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart 1919, abgeh. vom 13. bis 23. Oktober, Stuttgart 1919, S. 103. Dißmann forderte ursprünglich ein Verhältnis von 5:4, wurde aber anscheinend von linken Kräften der USPD zu dieser Entscheidung gedrängt.

9) Vgl. Prot. DMV-1919, S. 101.

10) Vgl. HStAD. Berichte der Regierung in Düsseldorf 15 599

11) Vgl. Prot. DMV-1919, S. 104.

12) Ebd., S. 117 u. S. 118 (Richard Müller-USPD: "Vom Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins sind auch geschriebene und gedruckte Stimmzettel in Kuverts verschickt worden, die nicht nur die Namen der SPD, sondern auch mit Streichungen die Namen der Oppositionskandidaten enthielten."

daß die Erfolge der USPD im Metallarbeiterverband auf ihrer Stellung im Vertrauensmännersystem beruhten, das sich auch in Berlin fast vollständig in der Hand der Opposition befand. Demgemäß wurden dort von 52 Delegierten nur 5 der "MSPD-Liste" gewählt.¹³⁾

Prinzipiell traf im gewerkschaftlichen Bereich ebenso wie auf Parteebene zu, daß die Mitglieder bei Wahlen schwer zu mobilisieren waren und die Opposition vielfach durch die Leitung des Vertrauensmännersystems an den Schaltstellen saß, um bestimmte Wahlvorgänge besser einschätzen und lenken zu können. Nach Feststellungen auf dem Verbandstag hatten sich an den Delegiertenwahlen des DMV nur etwa 5 Prozent der Gesamtmitgliedschaft beteiligt,¹⁴⁾ eine Zahl, die aber auf jeden Fall zu niedrig angesetzt war.

Dißmann selbst schätzte diese Zahl auf 10 Prozent, sah aber in der geringen Wahlbeteiligung keinen Beweis dafür, daß die Opposition nicht die Mehrheit der Mitglieder veretrete.

In der Frage der Rechtmäßigkeit von Delegiertenmandaten kam es auf dem Verbandstag zu grotesken Situationen, so etwa im Falle von Berlin, als die Verbandsminderheit ohne die Stimmen der Berliner Delegierten über die Rechtmäßigkeit dieser Mandate befinden sollte. Nach verschiedenen USPD-Initiativen kam es auch zur Abstimmung, wobei aber die Berliner Delegierten, 52 Mitglieder, stimmberechtigt waren. Diese 52 Mitglieder votierten selbstverständlich für ihre rechtmäßige Wahl, womit sich das Gesamtergebnis dieser Ab-

13) Der Groß-Berliner Bezirk umfaßte zu diesem Zeitpunkt etwa 180.000 DMV-Mitglieder. Mitgliederstärkster Bezirk war der 7. Bezirk mit dem Gebiet Rheinland-Westfalen, Düsseldorf, Köln, der insgesamt 57 Delegierte zum Verbandstag entsandte.

14) Vgl. Prot. DMV-1919, S. 119.

stimmung auf 192 zu 135 belief.¹⁵⁾ Ähnlich erfolgreich agierte in der Frage der Delegiertenmandate die Opposition im Falle Dresden, wo vom dortigen Zentralkomitee die Wahl der ersten 10 Delegierten nicht anerkannt worden war, nachdem sich sämtliche 10 als Anhänger der USPD entpuppt hatten. Das Wahlkomitee hatte daraufhin die Wahl für ungültig erklärt, weil in der USPD - Presse zu massiv für die Kandidaten Werbung betrieben worden sei.¹⁶⁾ Für die rein mit Oppositionsmitgliedern besetzte Mandatsprüfungskommission war es nun ein Leichtes, dieses Votum rückgängig zu machen und die Dresdner Mandate als gültig anzuerkennen, indem man davon ausging, daß bei einem Streit der sozialistischen Partei eine politische Wahlbeeinflussung niemals ausgeschlossen werden könnte.¹⁷⁾

Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes aus Dresden wies nochmals auf die politische Agitation der USPD innerhalb des Verbandes hin. Demzufolge waren für die Gewerkschaftskandidaten der USPD sowohl bei den Zahlabenden der Partei als auch in den Metallbetrieben zahllose Handzettel verteilt worden. Er trat mit dem Hinweis auf das

15) Ebd., S. 130 f. Für die Taktik der Opposition sprach, daß auch die 5 Berliner Vertreter der "MSPD-Richtung" für diesen Antrag stimmten. Bei einer Nichtanerkennung der Berliner Mandate wäre die Mehrheit der Mandate der Opposition bereits in Frage gestellt worden.

16) Ebd., S. 126.

17) Ebd., S. 132, wo die Mandate der "USPD-Kandidaten" im Rahmen einer Abstimmung mit 185 zu 143 als gültig anerkannt wurden und somit die aus Dresden entsandten Delegierten ihrer Stimmberechtigung verlustig gingen, soweit sie aus dem Personenkreis stammten, die anstatt der USPD-Vertreter nachgerückt waren.

Wahlreglement für die Ungültigkeit der Mandate ein:

"Die Kandidaten der Opposition waren zum Teil so jung und in der Bewegung so wenig hervorgetreten, daß sie sich selbst erst nach ihrer Wahl untereinander kennenlernten. Wenn solche Kandidaten eine so hohe Stimmenzahl erhielten, so konnte das nur auf parteipolitische Agitationsmethoden zurückzuführen sein."¹⁸⁾

Auch umstrittene Mandate anderer Ortsverwaltungen wurden letztlich anerkannt, indem man davon ausging, daß auch von mehrheitssozialdemokratischer Seite eine politische Agitation vorgelegen habe. Die Frage "Was ist unzulässige Wahlagitation?" wurde dahingehend beantwortet, daß bei der gegenwärtigen politischen Spaltung der Arbeiterbewegung lediglich persönliche Verunglimpfung als Aberkennungsgrund für ein Mandat gelten könnte.¹⁹⁾

Nach den Erfahrungen der Listenwahlen in den meisten größeren Ortsverwaltungen des DMV, wo sich oftmals eine Liste mit allen Delegierten nach dem Prinzip des absoluten Mehrheitswahlprinzips durchgesetzt hatte, versuchten die Anhänger des alten Vorstandes ihre Forderung nach einer zukünftigen Verhältniswahl bei den Delegiertenwahlen durchzusetzen.²⁰⁾ Ein plausibles Argument, wenn man bedenkt, daß im Hinblick auf die momentan vorherrschenden politischen Richtungsverhältnisse zumeist 20 bis 40 Prozent der jeweiligen Ortsverbandsmitglieder ohne Delegiertenvertreter waren und somit die Generalversammlung kein getreues Abbild der Mitgliedschaft mehr darstellte. Gegen den Vorschlag der Verhältniswahl, wobei "zwei verschiedene Listen eingereicht" werden sollten,²¹⁾ wandte sich Dißmann recht vehement, indem er darauf

18) Ebd., S. 127.

19) Ebd., S. 129. Vgl. a.Prot. S.317, wo die von der USPD mehrheitlich dominierte Beschwerdekommision die Entlassung von 9 Angestellten der Stuttgarter Ortsverwaltung rückgängig gemacht wurde, weil diese Entlassungen politisch motiviert waren.

20) Ebd., S. 324.

21) Ebd.

verwies, daß das Majoritätsprinzip in der 29-jährigen Geschichte des Metallarbeiterverbandes bisher verbindlich gewesen sei und er daher keinen Grund sehe, von diesem Prinzip abzugehen.²²⁾ Er ging dabei, im Gegensatz zu seinen sonstigen Anschauungen, nicht auf die Verknüpfung von Politik und Gewerkschaftsproblematik ein, denn sonst hätte er die veränderte politische Situation, das Existieren dreier sozialistischer Parteien in Rechnung stellen müssen. In der Realität hätte eine Änderung des Wahlmodus automatisch dazu geführt, daß die USPD im Metallarbeiterverband niemals die Mehrheit erhalten hätte, weil diese Art von Listenwahl eher eine Widerspiegelung der jeweilig vorherrschenden politischen Landschaft gewesen wäre. So hätte die USPD statt der 47 von 52 Mandaten in Berlin beispielsweise bei einem 60-prozentigen Anteil eventuell nur etwa 35 Mandate, die MSPD vielleicht 20 und die KPD den Rest erhalten.

Den Worten Dißmanns war die Genugtuung zu entnehmen, daß man nun, als lang unterdrückte Minderheit im Verband, endlich den Kurs des Verbandes bestimmen konnte. Daß ein Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechtes abgelehnt wurde, war daher nur die Konsequenz eines politischen Handelns in der Gewerkschaftsbewegung, womit der gewerkschaftliche Mitgliederwille aber verfälscht wiedergegeben wurde, da zahlreiche Urabstimmungen hauchdunn ausgegangen waren und eine Liste, die beispielsweise mit 45 Prozent den kürzeren gezogen hatte, in der Regel keinen Vertreter zum Verbandstag schicken konnte.

In der Frage der Unterstützungseinrichtungen für Verbandsmitglieder wurde von der oppositionellen Seite im Rahmen einer geplanten prozentualen Beitragserhöhung eine Minderung der Erwerbslosenunterstützung zugunsten der Streikunterstützung gefordert. Dieser Standpunkt war innerhalb

22) Ebd.

der Opposition nicht unumstritten, da zahlreiche Gewerkschafter der Opposition realistisch genug waren, um zu erkennen, daß die Organisierten sich gegenüber den Unorganisierten auch einen gewerkschaftlichen Schutz und eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit versprachen. Nicht zuletzt dachte man dabei auch an die gewerkschaftlichen Konkurrenzorganisationen und das Verständnis der Provinz bei den kleineren Ortsverwaltungen.²³⁾ Die von USPD-"Linken" und Delegierten der KPD geforderte generelle Abschaffung der Erwerbslosenfürsorge durch die Gewerkschaften²⁴⁾ konnte sich auf dem Verbandstag nicht durchsetzen, da man von der Seite des maßgeblichen USPD-Gewerkschaftsflügels darauf verwies, daß sowohl Arbeitslosen- als auch Krankenunterstützung für die Mitglieder unerläßlich seien, da sie quasi "Munition für die Kämpfenden" darstellen würden, wie die Geschichte des Verbandes gezeigt habe.²⁵⁾ Es kam in dieser Frage also zu einem Kompromiß, der jedoch von der USPD-"Linken" als Aufgabe des Klassenkampfes desavouiert wurde.

Eine weitere wichtige Frage, die den Einfluß der USPD auf den Verband für die Zukunft sichern sollte, wurde mit der Neubesetzung der Redaktion der "Metallarbeiterzeitung" initiiert. Es kam in dieser Angelegenheit zu heftigen Auseinandersetzungen, weil Richard Müller vom linken USPD-Flügel einem großen Teil der Mitgliedschaft als neuer Redakteur, neben einem weiteren USPD-Mitglied, nicht mehr den gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprach. Haas vom

23) Ebd., S. 334 (Mieles-Berlin/USPD): "Die Unterstützungsfrage ist keine Frage der Partei, sondern der Praxis, und wenn die Mitglieder in der Provinz mehr Beiträge zahlen müssen, dann wollen sie auch mehr Unterstützung bekommen....wir verlieren dadurch nicht den Charakter einer Kampforganisation, denn die Streikunterstützung erhöhen wir ja um das Doppelte."

24) Ebd., S. 335.

25) Ebd.

Hauptvorstand kritisierte die Nominierung zweier Kandidaten der USPD für diese verantwortungsvolle Position, wobei er wieder auf die mangelnde Repräsentanz der andersdenkenden politischen Richtung zu sprechen kam. Er wollte diese Frage durch eine Urabstimmung der Mitglieder entscheiden lassen,

"um festzustellen, ob die Mehrheit der Mitglieder auf dem Boden der USPD oder SPD steht. Die präsentierten Kandidaten sind lediglich Mitglieder der USPD und ich halte es noch für fraglich, ob sich die Mehrheit der Mitglieder auf den Boden der USPD stellen würde."²⁶⁾

Eine Frage, das muß gerechterweise gesagt werden, die sich der alte Vorstand nicht gestellt hatte, als innerhalb des Verbandes auch bereits eine starke oppositionelle Minderheit existiert hatte.

War Robert Dißmann, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Vertretern der Opposition, bereit, den neuen Vorstand in einem Verhältnis von 6 zu 3 besetzen zu lassen, so schloß er im Falle der Besetzung der Redaktionsstellen für die Metallarbeiterzeitung jeglichen Kompromiß aus.²⁷⁾

Im Zusammenhang mit den Vorstandswahlen kam es zu verschiedenen Abstimmungen, wobei auch routinemäßig ein Antrag Nr. 244 angenommen wurde. Damit verband sich ein kurioses Problem, enthielt dieser Antrag doch den Passus: "Den Vorsitz im Vorstand führt der dienstälteste von drei Vorsitzenden."²⁸⁾ Das wäre jedoch aufgrund der Vereinbarungen der der MSPD angehörende Vorsitzende Reichel gewesen.

Dißmann selbst erkannte unmittelbar nach der erfolgten Abstimmung diesen Verfahrensfehler und versuchte, diesen sofort zu korrigieren, wobei es zu einer Auseinandersetzung mit seinem Parteifreund Alwin Brandes kam, der als dritter für den Vorsitz kandidiert hatte. Brandes, der die Verhandlungen des Verbandstages leitete, gestand die Panne der

26) Ebd., S. 338.

27) Ebd., S. 344.

28) Ebd., S. 351.

Opposition ein, wollte aber im Gegensatz zu Dißmann keine erneute Wahl mehr zulassen:

(Brandes): "Der Punkt, um den es sich handelt, ist allerdings von Bedeutung. Es heißt da, der Dienstälteste führt den Vorsitz im Vorstand. Der Dienstälteste wird voraussichtlich von der Minderheit gestellt. Ich glaube aber, bei den eigentlichen Verhandlungen wird sich nachher ergeben, daß sich die Sache durch eine Vereinbarung in durchaus glatter und anständiger Weise regeln läßt - der Fehler ist gemacht, das Büro muß dafür sorgen, daß auch eine Minderheit zu ihrem Recht kommt..."²⁹⁾

Brandes wurde daraufhin sichtlich von Dißmann "bearbeitet", so daß es schließlich zu einer erneuten Abstimmung kam, die die Streichung des Passus betreffs des "Dienstältesten" verfügte.³⁰⁾ Damit schuf man die Voraussetzungen, daß zumindest Brandes oder Dißmann selbst in der Lage waren, den 1. Vorsitz im Metallarbeiterverband zu übernehmen. Gegen die vom USPD-Gewerkschaftsflügel eingereichte Vorschlagsliste zur Vorstandswahl wurde von der linken USPD Protest erhoben, weil auf ihr auch 3 Vertreter der MSPD-Richtung verzeichnet waren. Schließlich wurde jedoch folgender Vorstand gewählt:

Vorsitzende:				Beruf
Dißmann	(USPD)	183 Stimmen	Frankfurt	(Dreher)
Brandes	(USPD)	182	Magdeburg	(Schlosser)
Reichel	(MSPD)	139	Stuttgart	(Klempner)
Kassierer:				
Werner	(MSPD)	148	Stuttgart	(Feilenhauer)
Schäfer	(USPD)	184	Leipzig	(Dreher)
Sekretäre:				
Sickert	(USPD)	180	Hamburg	(Dreher)
Tost	(USPD)	184	Berlin	(Dreher)

29) Ebd., S. 352 ff.

30) Diese Verfügung wurde per Abstimmung mit 158 gegen 124 Stimmen angenommen. Vgl. Prot. DMV-1919, S. 353.

Schließstedt	(USPD)	182	Remscheid	(Dreher)
Zernicke	(MSPD)	139	Stuttgart	(Former)
Redaktion:				
R.Müller	(USPD)	181	Berlin	(Dreher)
Haase	(USPD)	181	Kiel	(Dreher)
Ausschuß:				
Lang	(USPD)	178	Frankfurt	(ohne Angabe)
Baumann	(USPD)	182	Frankfurt	(ohne Angabe)
31)				

Der USPD-Gewerkschaftsflügel hatte sich somit gegen den linken USPD-Flügel durchgesetzt, indem man nicht den vollständigen Konfrontationskurs gegenüber den der MSPD zugeneigten Gewerkschaftern im Metallarbeiterverband einschlug. Eine Zusammenarbeit von USPD- und MSPD-Gewerkschaftern innerhalb des Verbandes war also, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, gewährleistet.

31) Ebd., S. 379. Vgl. dazu auch Der DMV im Jahre 1919, Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart 1920. Vgl. a. Prot. DMV-1919, S. 362, wo der USPD-Anhänger Ernst (Hagen) monierte, daß auf seiner für die Opposition eingereichten Vorschlagsliste auch 3 MSPD-Vertreter erschienen, die er gar nicht aufgeführt hätte. Vermutlich war diese Korrektur von seiten des USPD-Gewerkschaftsflügels unter der Regie Dißmanns eingebracht worden.

5.1.2. Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern und "Selbstbestimmung" der Ortsverwaltungen

Als einen der inhaltlichen Hauptpunkte der gewerkschaftlichen Opposition hatte Dißmann die Frage der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern wieder aufgegriffen, die er für die Gegenwart als "Symbol" der Zeit einstufte und daher unbedingt aufkündigen wollte, um der gesamten Gewerkschaftsbewegung ein Zeichen zu setzen.³²⁾ Damit fand er sich im Einklang mit einigen Anträgen von DMV-Ortsverbänden, die sich strikt gegen die Fortführung der Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen hatten.³³⁾ Die Stimmung gegen die Arbeitsgemeinschaften rührte meist aus den industriellen Großstädten her, wo auch die USPD als Parteiorganisation über ihren Rückhalt verfügte, während kleinere Ortsverwaltungen zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen anscheinend stark auf die Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaften angewiesen waren.³⁴⁾

32) Ebd., S.179. Mit seiner Argumentation, daß die wirtschaftliche und ökonomische Entwicklung Deutschlands "reif für den Sozialismus" sei, erntete Dißmann Widerspruch, auch innerhalb der eigenen Anhängerschaft, indem man im Hinblick auf den Reifegrad zur Sozialisierung den Namen "Kautsky" aus dem Plenum nannte, der eine Sozialisierung zu diesem Zeitpunkt als verfrüht einstufte. Diese und andere Meinungen wie z.B. von Herz, Nestriepke, Breitscheid, Ströbel usw. würden, laut Dißmann, "nichts an der Auffassung der großen Massen unserer Partei" ändern. (vgl. Prot., DMV-1919, 181).

33) Ebd., S.16 ff. Vgl. die Anträge der DMV-Ortsverwaltungen Nr. 48 (Bremen), Nr. 49 (Essen), Nr. 50 (Frankfurt), Nr. 52 (Gotha), wobei hier eine radikalere Tendenz vertreten wird, indem man an den ADGB keine Beiträge mehr entrichten wollte, Nr. 56 (Düsseldorf), Nr. 62 (Leipzig), Nr. 65 (Magdeburg).

34) Ebd., S. 273. Vgl. dazu die Ausführungen des Delegierten Wiersich (Breslau): "In der Provinz ist man, im Gegensatz zu den einzelnen Großstädten, der Auffassung, daß unter allen Umständen an der bewährten Tarifpolitik der Gewerkschaften festgehalten werden muß." Angeblich hatte sich auch der USPD-Vorsitzende aus Bochum für die Arbeitsgemeinschaften stark gemacht.
Ebd., S.277.

Daß die Mehrheit im Verband gegen eine Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaften eingestellt war, hatte der ADGB-Kongreß bereits gezeigt und wurde durch die Bestätigung einer von Robert Dißmann eingebrachten Resolution mit einer klaren Mehrheit bekräftigt.³⁵⁾ Dißmann differenzierte dabei aber zwischen Arbeitsgemeinschaft und Tarifverträgen, indem er mit der Aufkündigung derselben keineswegs das Tarifvertragswesen auflösen wollte. In dieser Haltung verfuhr er ähnlich wie die Gewerkschaftsführung anderer von der USPD beeinflusster Einzelgewerkschaften, des Schuhmacher- und Textilarbeiterverbandes. Diese Differenzierung, von Dißmann propagiert, wurde einerseits von der Vorstandsseite der Gewerkschaftsführung, von Carl Legien,³⁶⁾ andererseits aber auch vom linken USPD-Flügel nicht anerkannt.³⁷⁾ Carl Legien, als Vorsitzender des ADGB und Mitinitiator der Arbeitsgemeinschaften, auf diesem wichtigen Verbandstag selbst anwesend, trat entschieden gegen die Auflösung der Arbeitsgemeinschaften ein, indem er diese als Fortsetzung der bisherigen Gewerkschaftspolitik ansah, welche die Gewerkschaften erst stark gemacht habe.³⁸⁾ Überhaupt wurde von der Seite der bisherigen Gewerkschaftsführung zwar die positive Haltung des USPD-Gewerkschaftsflügels zu den kollektiven Arbeitsverträgen inhaltlich akzeptiert, doch vertrat man von dieser Seite immer die Auffassung, "daß kollektive Arbeitsverträge schon örtliche Arbeitsgemeinschaften darstellten."³⁹⁾ Legien warf Dißmann in diesem Zusammenhang

35) Ebd., S. 47, Antrag 426.

36) Ebd., S.220. Vgl. die Ausführungen von Legien u. Kummer (Crimmitschau): "...ihr habt doch alle, auch in radikalen Orten, Tarife. Das sind doch Arbeitsgemeinschaften".

37) Ebd., S.255 (R.Müller). Abgelehnt wurde das Tarifvertragswesen von der KPD-Seite, weil es als Mittel für den "Wiederaufbau des kapitalistischen Staates" angesehen wurde. (Vgl.Prot.DMV-1919, S.211).

38) Ebd., S.206 f. Vgl. a. NL Carl Legien 29 (Arbeitsgemeinschaften), ZStA Potsdam.

39) Ebd., S.339.

vor, die Gewerkschaften zu einem "politischen Faktor" machen zu wollen und prophezeite der gewerkschaftlichen Opposition, daß sie letztlich auch keinen anderen wirtschaftlichen Spielraum haben werde, um gewerkschaftliche Forderungen umzusetzen.⁴⁰⁾

Neben der Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften enthielt die von Dißmann eingebrachte Resolution wichtige Änderungen für die Organisationsstruktur des Verbandes, wobei das Schwergewicht auf die "Selbstbestimmung" der Ortsverwaltungen gelegt wurde:⁴¹⁾

- Ortsverwaltungen bedürfen keiner Bestätigung des Vorstandes
- bei lokalen Angelegenheiten müssen die Mitglieder selbst entscheiden⁴²⁾
- jährliche Neuwahl der Angestellten der Ortsverwaltung

Nach dem Muster des Parteiprogrammes der USPD, in dem die Hauptakzente bezüglich der Organisationsstruktur auf Dezentralisierung, föderativen Charakter und Selbstbestimmung (Urwahlen) hinausliefen und wo von Dißmann bereits 1917 auf dem Gründungsparteitag der USPD eine "vollständige Unabhängigkeit der Kreise und Bezirke gegenüber der Zentrale" verlangt worden war,⁴³⁾ versuchte man nun, diese Punkte auf gewerkschaftlicher Ebene durchzusetzen, um hiermit die "Revolutionierung" der Gewerkschaften voranzutreiben.

Eine Resolution, mit dem Kernstück - Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften - wurde schließlich mit 194 zu 129 an-

40) Ebd., S.206 f.

41) Ebd., S.47.

42) Hier spielte Dißmann auf die Ereignisse in Braunschweig und Leipzig an, wo der DMV-Vorstand Umbesetzungen im Funktionärskörper verhindert hatte.

43) Vgl. Prot.USPD-1917, S.33.

genommen, womit die Beteiligung des Metallarbeiterverbandes an der ZAG praktisch beendet war.⁴⁴⁾

5.1.3. Bekenntnis zum Industrieverband

Mit der Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften durch die Generalversammlung der deutschen Metallarbeiter, die sich bereits auf dem ADGB-Kongreß angedeutet hatte, war es dem Gewerkschaftsflügel der USPD gelungen, ein wichtiges Ziel durchzusetzen, aber wie sich noch auf diesem Verbandstag erweisen sollte, mußten sich Dißmann und seine Anhänger gegen den linken USPD-Flügel verteidigen, der sich bereits in einem antigewerkschaftlichen Fahrwasser befand. Diesen Sachverhalt verdeutlichte eine Szene während des Verbandstages, als Haas vom alten DMV-Vorstand der USPD-Zentralleitung den Vorwurf machte, daß diese einen Zusammenschluß des Seemannsbundes mit dem Verband der Binnenschiffer auf der Grundlage der "Arbeiterunionen" befürwortet und sogar gefördert hatte. Robert Dißmann verwarf daraufhin ausdrücklich jegliche syndikalistische Strömung in der Gewerkschaftsbewegung und äußerte sich gegenüber der USPD-Zentralleitung ebenso kritisch:

"Was den Brief aus der Parteizentrale der U.S.P. betrifft, so wird darüber wohl auf dem nächsten Parteitag gesprochen werden. Ich brauche wohl nicht besonders zu betonen, daß wir mit diesem Brief nicht einverstanden sind. Auch die Parteileitung der USP muß sich konsequent an den Beschluß des letzten Partei-

44) Vgl. Prot.DMV-1919, S.291, wo die Stimmen nach einzelnen Bezirken aufgegliedert sind.

tages halten..."45)

An dieser Stelle wurde ganz offensichtlich, daß Dißmann die gewerkschaftlichen Elemente in der USPD-Leitung wie Däumig und Müller direkt ansprach, die ihrerseits bereits kurz nach dem Verbandstag eine Verbindung von Betriebsorganisation und Räteystem unter einer stufenweise Ausschaltung der Gewerkschaften anstrebten.⁴⁶⁾ Neben der Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften faßte der USPD-Gewerkschaftsflügel in Stuttgart den Beschluß, einen "revolutionären Industrieverband" zu schaffen, wofür im Metallarbeiterverband bereits die besten Voraussetzungen bestanden. Alle "Hand-

45) Ebd., S.379. Konkret wandte sich Dißmann gegen die syndikalischen Auswüchse in Düsseldorf.

Im Rahmen des DMV Düsseldorf hatte es bereits früher zunehmend Auseinandersetzungen über die gewerkschaftliche Taktik gegeben. Dabei war es vorübergehend zur Gründung einer Sonderorganisation, der "Maschinenarbeiter-Organisation der Eisen- und Metallindustrie für Düsseldorf und Umgegend" gekommen. Im Mai 1917 war ein "Allgemeiner Arbeiterverband" konstituiert worden, der Unterstützung bei der USPD suchte, weil ihm die Ziele der freien Gewerkschaften nicht radikal genug erschienen. Diese Organisation wurde jedoch vom USPD-Gewerkschaftsflügel abgelehnt und nur regional von linken USPD-Mitgliedern gestützt, die sich mit syndikalistischen Ideen identifizierten. Um ihre hervorragende Stellung bei der Arbeiterschaft nicht einzubüßen, wurde von der USPD-Leitung eine strikte Abgrenzungsstrategie gegenüber dem Spartakusbund bzw. später gegenüber der KPD entwickelt. Personell vertraten diese Richtung in Düsseldorf Lore Agnes (MdR) und Peter Berten. Vgl. hierzu auch neuerdings Matull, Wilhelm, Der Freiheit eine Gasse. Geschichte der Düsseldorfer Arbeiterbewegung, Bonn 1980, S.113.

46) Vgl. hierzu den Artikel Däumigs "Rätegedanken und Gewerkschaftstaktik" in Freiheit Nr. 560 v.18.Nov.1919 und den Kommentar des Vorwärts Nr. 591 v.18.Nov.1919: "...Den zahlreichen USP Gewerkschaftern, die sich knapp in die neue Stellen haben wählen lassen, gibt also D. (=Däumig, G.H.) eine harte Nuß zu knacken. Sie sollen nicht etwa denken, daß sie ihre Pflicht schon erfüllt hätten, indem sie sich auf die Sessel ihrer SPD-Vorgänger setzten; jetzt heißt es, diesen Einfluß zu benutzen, um die bisherige Form der Gewerkschaft zu zerschlagen und als Betriebsorganisation sich dem Räteystem einzufügen ..."

und Kopfarbeiter der Metallindustrie" des Deutschen Reiches sollten demgemäß in einem Industrieverband zusammengeschlossen werden. Bisher war der DMV, streng betrachtet, ein Berufsverband geblieben, nur daß der Zusammenschluß der Branchenverbände bereits auf einer erweiterten Grundlage erfolgt war als in anderen Verbänden.⁴⁷⁾

Hinter der Idee des Industrieverbandes stand in der USPD-Konzeption eine Klassensolidarität, die die bisherige Berufssolidarität ablösen oder zumindest beherrschen sollte.⁴⁸⁾

In dem Industrieverband, wie er dem USPD-Gewerkschaftsflügel vorschwebte, sollten alle Mitglieder "auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sein."⁴⁹⁾ Im Hinblick auf das Konzept der "Revolutionierung der Gewerkschaften" wurde die Realisierung dieser Idee in erster Linie von Ortsverbänden gefordert, wo die Existenz von Großbetrieben unter der Arbeiterschaft einen ganz andersartigen Kampfgeist gegenüber dem Unternehmertum erzeugte und der Berufsegoismus verschiedener Facharbeiterbranchen keine oder nur mehr eine untergeordnete Rolle spielte. Der Verlauf des Weltkrieges mit seiner Konzentration der Metallindustrie in bestimmten Industriegebieten sowie seiner beschleunigten Entwicklung zum Großbetrieb hin hatte die Tendenz zum Industrieverband stark gefördert. Dazu kam, daß die Masse der Jugendlichen und Beschäftigungslosen während des Krieges so zahlreich in die Metallindustrie integriert worden war und - abgesehen von Teilarbeiten - keine berufsspezifische Ausbildung mehr

47) Integrationsprobleme ergaben sich noch bei den Sparten der Kupferschmiede, Heizer- und Maschinisten sowie Spezialberufen in der Kleineisenindustrie wie etwa in Solingen, wo man sogar eine Sonderorganisation, den sog. "Industriearbeiterverband" gegründet hatte. Dazu eingehender, Sohn, Karl-Heinz, Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften, Diss. Köln 1963.

48) Vgl. Brauer, Th., in: Soziale Praxis, 30. Jg., Sp. 1352.

49) Vgl. a. Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie Nr. 17 (1922).

erhalten hatte. Infolgedessen fühlten sie sich zwar als Metallarbeiter, nicht aber als Vertreter einer bestimmten Branchenrichtung. Die Zahl der Angelernten dürfte 1919 im Metallarbeiterverband an die 70 Prozent betragen haben, womit die Konzeption eines Industrieverbandes dieser Mehrheit sicherlich entgegenkam, einmal ganz von der gewerkschaftlichen Durchschlagskraft abgesehen.⁵¹⁾

Ein weiteres Argument für den Industrieverband ergab sich aus den unterschiedlichen sozioökonomischen Bedingungen, die nach der Niederlage Deutschlands auf dem industriellen Sektor herrschten. Durch die Senkung der Lebenshaltung auf das Existenzminimum wurde die soziale und wirtschaftliche Differenzierung innerhalb der Metallarbeiterschaft fast vollständig aufgehoben; die Entwicklung des Lohnniveaus zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern lief auf eine Annäherung hinaus.⁵²⁾

Unterschiede, wie sie vor dem Krieg in der Eisenindustrie zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern bestanden hatten, existierten jetzt kaum mehr.⁵³⁾

Daß diese Nivellierung im Rahmen der Metallarbeiterschaft der USPD-Gewerkschaftsführung für ihre gewerkschaftspoli-

51) Vgl. Nestriepke, Siegfried, Die Gewerkschaftsbewegung, 2. Aufl., Bd. 2, Stuttgart 1922/23, S. 163, der diese Angaben nach den Aussagen eines Angestellten des DMV wiedergibt.

52) Vgl. hierzu auch Käsler, Erich, Die "Gewerkschaftskrisis" im Deutschen Metallarbeiterverband. Auszug aus der Dissertation Greifswald 1921 (1922), S. 3 ff.

53) Vgl. Bernays, M., Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie, in: SdVfS, Bd. 133 (1910), S. 182 f., wo sie zu dem Ergebnis kommt, daß die Metallarbeiter vor dem Ersten Weltkrieg keine homogene soziale Klasse darstellten.

tischen Ziele entgegenkam, bewies die Stellungnahme eines führenden Gewerkschaftsvertreters in Berlin zu einem dort 1919 zustandegekommenen Kollektivvertrag in der Berliner Metallindustrie, der noch ein differenziertes Entlohnungssystem vorsah. Otto Ziska, Bevollmächtigter des Berliner Metallarbeiterverbandes sowie USPD-Mitglied, übte daran massive Kritik, weil unterschiedlicher Verdienst seiner Meinung nach nicht im Interesse der Herstellung einer einheitlichen Kampffront der Arbeiterschaft liegen konnte;⁵⁴⁾ ein Standpunkt, der nur dem Aspekt der Solidarität der Arbeiterschaft, nicht jedoch der fortschreitenden Technisierung und Spezialisierung im Wirtschaftsleben gerecht wurde. Die rückhaltlose Befürwortung des Industrieverbandsprinzips durch die USPD zur Abschaffung von sozialen Schichten und Hierarchien innerhalb eines Gewerkschaftsverbandes war bei der Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten, die zu diesem Zeitpunkt durch die "Ungelernten" repräsentiert wurde, sehr populär, und es war kein Zufall, daß sich gerade im Metallarbeiterverband die USPD-Vorstellungen am stärksten durchsetzen konnten. Daß die Verbindung des Industrieverbandsprinzips mit der Nivellierung der Löhne nicht aufgehen konnte, zeigte die weitere Entwicklung schon bald, wenn sich vorübergehend die Löhne der Ungelernten auch ziemlich eng an die der Gelernten anlehnten. So lagen die Löhne der Gelernten, als Arbeiterkategorie eingestuft, um folgende Prozentsätze höher als die der Ungelernten:

1914	-	44,9	Prozent
1920	-	12,4	"
1922	-	9,9	"
1924	-	33	"

54) Käsler, a.a.O., S. 16. Vgl. a. MAZ Nr. 48 (1920).

1929 - 33 Prozent⁵⁵⁾

Andererseits verdeutlichte dieses Verhältnis, daß gerade zur Zeit des größten USPD-Einflusses auf die Arbeiterschaft dieser Unterschied am geringfügigsten war und diese Übereinstimmung von gewerkschaftlicher Zielvorstellung sich mit gegenwärtig vorherrschenden sozioökonomischen Bedingungen des Produktionsprozesses überdeckte, was wiederum die gewerkschaftliche Basis der USPD-Anhängerschaft stärken mußte.

5.1.4. Zusammensetzung der Delegierten auf dem Verbandstag nach Region und Beruf

Für die Struktur des Verbandes war von Bedeutung, daß von den insgesamt 11 Bezirken des DMV lediglich 6 mehrheitlich für die Resolution von Dißmann gestimmt hatten,⁵⁶⁾ wobei das Gefälle: Großstadtdelegierte für die Opposition - kleinere Ortsverwaltungen für den amtierenden Vorstand - augenfällig wurde. Dieser wichtige Aspekt zur Sozialstruktur der gewerkschaftlichen Opposition, der in direktem Zusammenhang mit den industriellen Ballungszentren der Industrie und dem großstädtischen Charakter der USPD einherging, war bereits im Verlauf der Verhandlungen des Verbandstages durch einen Delegierten beschrieben worden:

"Die Mehrheit auf dieser Generalversammlung stützt sich auf 10 Großstädte, die 110 Delegierte entsandt haben. Wir aus der Provinz vertreten aber 555 Verwaltungsstellen. Daraus ergibt sich, daß die Mehrheit der Verwaltungsstellen nicht der Meinung ist wie die Mehrheit der Generalversammlung."⁵⁷⁾

55) Vgl. Prerauer, Fritz, Untersuchung der Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Arbeiter, in: Weltwirtsch. Archiv (1929) 1, S. 365.

56) Vgl. Prot.DMV-1919, S. 291.

57) Ebd., S. 273.

Eine Analyse des Abstimmungsergebnisses über die Dißmann'sche Resolution bestätigte diese Aussage, denn zahlreiche Großstädte standen mit ihren Delegierten geschlossen hinter der USPD, zumeist Kerngebiete der politischen Partei wie beispielsweise in Mitteldeutschland (Leipzig, Halle), Berlin, dem Niederrhein (Düsseldorf, Essen, Duisburg) und dem neuen Zentrum Hamburg.⁵⁸⁾ Geschlossen für die Opposition stimmten die Delegierten des DMV aus folgenden Städten:

Dresden (10), Hamburg (9), Nürnberg (8), Leipzig (7), Kiel (6), Düsseldorf (6), Essen (5), Frankfurt (5), Duisburg (4), Bremen (3), Solingen (3), Remscheid (3), Braunschweig (2), Halle (2) sowie die klare Mehrheit in Berlin (47 zu 5). Der alte Vorstand wurde dagegen lediglich von den Großstadtdelegierten aus Köln (6), Hannover (4), Bielefeld (3), Kassel (3), Lübeck (2) und Augsburg (2) unterstützt, während das Gros der kleineren Ortsverwaltungen auch für ihn votierte. Die Schlüsselposition Berlins als Zentrum der Rekrutierungsbasis der gewerkschaftlichen Opposition und der USPD wird deutlich, wenn man bedenkt, daß es hier durch geschicktes Taktieren gelungen war, die Anhänger der alten Vorstandsleitung fast vollkommen zurückzudrängen und das entscheidende Plus für die Mehrheit der oppositionellen Stimmen im DMV zu erlangen.⁵⁹⁾

Unterschiede offenbarten sich auch in der beruflichen Struktur im Hinblick auf das Abstimmungsverhalten der Delegierten: Nahmen bei der Opposition Schlosser (42) und Dreher zusammen etwa ungefähr 40 Prozent aller Delegiertensitze ein,

58) Vgl. Morgan, David W., The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922, Ithaca and London 1975, S. 243.

59) Die 52 Berliner Delegiertenstimmen sowie die 10 umstrittenen Dresdener Mandate bildeten das Rückgrat für die klare Mehrheit der Opposition auf diesem Verbandstag.

so waren dies bei den Befürwortern des alten Vorstandes lediglich 15,5 Prozent, darunter 11 Schlosser und 9 Dreher. Auf der anderen Seite fiel hier der hohe Anteil der unter der Rubrik "Geschäftsführer" laufenden Delegierten auf, die mit etwa 50 Prozent gegenüber 13 auf der Seite der Opposition dominierten. Bei den sogenannten "Geschäftsführern" darf man in den meisten Fällen davon ausgehen, daß dies eine Berufsangabe aus dem Verwaltungsbereich der Gewerkschaftsbürokratie gewesen ist, woraus sich auch das positive Verhältnis zu den Arbeitsgemeinschaften aus der verantwortlichen Stellung eines Geschäftsführers in der kleinen Ortsverwaltung erklären ließe. Die Gruppe der Schmiede, die auf seiten des alten Vorstandes wesentlich stärker als in oppositionellen Kreisen vertreten war, wird aus Gründen der Vertretung des Berufsprinzips gegenüber den vom USPD-Gewerkschaftsflügel propagierten Industrieverbänden gegen die Resolution Dißmann gestimmt haben.

Auch in der Kategorie der Verbandsangestellten sowie Bezirkssekretäre stellte die Vorstandsanhängerschaft mit 8,5 gegenüber 1,5 Prozent die klare Mehrheit der DMV-Delegation.⁶⁰⁾

Im Prinzip kann man die Hypothese aufstellen, daß die Vertreter der Opposition sich vorwiegend im gewerkschaftlichen Bereich aus Facharbeiterkreisen rekrutierten, die noch innerhalb des Produktionsprozesses standen und aufgrund ihrer Tätigkeit als Vertrauensleute einen wesentlich engeren Bezug zur Gewerkschaftsbasis innerhalb der Betriebe hatten als die so bezeichneten Geschäftsführer, die im weiten Sinne der Gewerkschaftsbürokratie zugerechnet werden dürfen.

60) Zugrunde gelegt wurden die vertretenen Berufsgruppen der Delegierten anlässlich der Abstimmung über die Resolution Dißmann. Vgl. Prot.DMV-1919, S.291.

Eines der wichtigsten, wenn auch im Hinblick auf die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesehen negativsten Ergebnisse des Metallarbeiterverbandstages bestand in der endgültigen Fraktionierung der Gewerkschaftsfunktionäre und der Gewerkschaftsbasis. So traten in den meisten Ortsversammlungen und bei stattfindenden Delegiertenwahlen zu den Verbandstagen von Einzelgewerkschaften in der Folgezeit verschiedene Fraktionen auf, die verschiedene Wahllisten einreichten, wobei sich meistens die USPD und MSPD-Liste alternativ gegenüberstanden, verschiedentlich auch noch die KPD eine Rolle spielte.⁶¹⁾

Wenn sich die USPD auch in der Führung des Metallarbeiterverbandes etablieren konnte, zeigte sich schon bald, insbesondere auf örtlicher Ebene, daß die Gewerkschaftsbasis die Orientierung an eine politische Partei nicht mitgehen wollte. Aus diesem Grund sollen über 100 Delegierte auf der Generalversammlung des DMV Nürnberg, die sich politisch zur USPD rechneten, für die alte Ortsverwaltung gestimmt haben, die sich personell aus MSPD-Mitgliedern zusammensetzte.⁶²⁾ Dazu kam, daß mit dem Anwachsen der KPD und deren Agitation in der Gewerkschaftsbewegung die Fronten zwischen der USPD und MSPD- Gewerkschaftsbasis abgebaut wurden, weil man, trotz unterschiedlicher Auffassungen in verschiedenen Fragen, eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, die von der KPD forciert wurde, mit allen Mitteln verhindern wollte.

-
- 61) Vgl. beispielsweise die Generalversammlung des Münchener Metallarbeiterverbandes vom 4. März 1920, an der 2000 Mitglieder teilnahmen. Hier wurde bei 1807 gültigen abgegebenen Stimmen eindeutig die Liste der USPD (Peschl, Unterleitner, v.d. Heide) gewählt, die sämtlich über 1300 Stimmen erreichten, während kein Vertreter der MSPD über 550 Stimmen erhielt. StAN, Polizei-Dir. Nbg. Fürth Nr. 5, Bl. 50.
- 62) Vgl. StAN, Best. Polizei-Dir. Nbg. - Fürth, Nr. 5, betr. Bericht über die Delegiertenvers. des DMV, Ortsgruppe Nürnberg, am 2. Nov. 1919: "Wahl der Beamten für die Ortsgruppe Nürnberg des DMV" - Von den 600 anwesenden Delegierten wurde der bisherige Vorsitzende Kästner mit über 400 und der Geschäftsführer und II. Vorsitzende Unrath mit 350 Stimmen wiedergewählt. Die Kandidaten der U.S.P. Paul Kreitinger (Dreher) und Robert Springer (Schlosser) erlitten mit 170 und 230 einen Durchfall. Weit über 100 Delegierte der U.S.P. sollen für die alten Beamten gestimmt haben..."

5.2. Der Zentralverband der Schuhmacher 1919/20

5.2.1. Wirtschaftliche Lage der Schuhindustrie und Mitgliedschaft des Verbandes

Die Schuhindustrie hatte, im Gegensatz zu vielen anderen Industriezweigen, die Umstellung auf die Friedensproduktion noch relativ schnell vollzogen, denn in diesem Bereich waren weniger technische Änderungen im Produktionsprozeß erforderlich, und auch die Nachfrage nach Produkten der Schuhindustrie war nach Kriegsende beträchtlich angestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen lag auf diesem Sektor bereits Ende Januar 1919 mit 5,3 Prozent weit unter dem allgemeinen Durchschnitt.⁶³⁾

Mit dem Kriegsende stieg auch sofort wieder die Mitgliederzahl im Verband, teilweise durch Übertritte aus anderen Einzelgewerkschaften, da zahlreiche Mitglieder während des Krieges aus beruflichen Gründen zu anderen Verbänden abgewandert waren. Allein vom Metallarbeiterverband kamen wieder über 1.000 Mitglieder zum Schuhmacherverband zurück.⁶⁴⁾

Generell wurde von der Verbandsführung für den starken Mitgliederzuwachs neben der politischen Umwälzung der erfolgreiche Abschluß von Tarifverträgen angeführt. Dabei wies man darauf hin, daß der Tarif das Interesse an

63) Vgl. ZvdS. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder 1918-1919, Nürnberg 1920, S. 6. Vgl. a. Schuster, Dieter, Schritt für Schritt 1872-1972. Ein Jahrhundert Leder-Gewerkschaften, Stuttgart 1972, S. 127.

64) Vgl. Geschäftsbericht des Zentralvorstandes für 1918 und 1919 an den 18. ordentlichen Verbandstag, o.O. u. J., S. 5, woraus u.a. hervorgeht, daß vom DMV 1.225, vom Textilarbeiterverband 505 Mitglieder übergetreten waren.

der Organisation geweckt und die Mitglieder aktiviert habe,⁶⁵⁾ was auch an dem weit höheren Organisationsgrad der in den Schuhfabriken Beschäftigten gegenüber den sogenannten Schoßarbeitern, den in handwerksmäßigen Betrieben beschäftigten Schuharbeitern, abzulesen war. Die Auflage des Schuhmacherfachblattes stieg im Jahr 1919 stetig und bildete eine Art Barometer des Mitgliederzuwachses. Betrug die Auflage zu Beginn 1919 noch 45.000, so steigerte sie sich im Juni 1919 bereits auf 75.000, bis zum Februar 1920 sogar auf 100.000 Exemplare.⁶⁶⁾ Die Mitgliederzahl belief sich so hoch wie nie zuvor. Waren 1913 noch 44.363 Mitglieder in diesem Verband organisiert und erreichte der Mitgliederstand 1917 mit 17.000 Mitgliedern seinen Tiefstand, so stiegen die durchschnittlichen Zahlen über 1918 mit 23.670, 1919 70.166, auf 1920 94.960.⁶⁷⁾

Tabelle: Mitgliederzahlen im Jahresdurchschnitt
im ZvdS von 1914 - 1922

	Gesamt	männl.	%	weibl.	%
1914	37.315	81,2		18,8	
1915	21.982	72,1		27,9	
1916	18.205	66,8		33,2	
1917	17.054	59,4		40,6	
1918	23.670	52,0		48,0	
1919	70.166	57,4		42,6	
1920	94.960	58,6		41,4	
1921	95.273	62,8		37,2	
1922	113.522	56,3		43,7	68)

65) Vgl. die Ausführungen von Josef Simon, Protokoll über die Verhandlungen des 5. internationalen Schuhmacher- und Lederarbeiterkongresses in Zürich vom 1. bis 3. September 1919, Nürnberg, o.J., S. 17.

66) Vgl. SFB Nr. 4 v. 26. Jan. 1919; Nr. 23 v. 8. Juni 1919; Nr. 8 v. 22. Febr. 1920.

67) Vgl. Anhang I.

68) Ebd.

Zweifellos verursachte der immense Mitgliederzuwachs von 1918/19 und 1920 im Schuhmacherverband, der sich ab 1920 offiziell "Zentralverband der Schuhmacher" titulierte, eine gewisse gewerkschaftliche Radikalisierung, die sich parteipolitisch günstig für die USPD auswirkte. Beispiele des Mitgliederzuwachses aus verschiedenen Bezirken, die in ihrer Gesamtheit eine Verjüngung des Verbandes bewirkten, veranschaulichen diese Steigerung. Im Verhältnis zu 1918 verdoppelten und verdreifachten sich die Mitgliederzahlen der meisten Bezirke:

		Mitglieder	
		<u>31.12.1918</u>	<u>31.12.1919</u>
Bezirk I	(Nürnberg, München)	3.834	9.159
Bezirk II	(Stuttgart)	5.737	12.963
Bezirk III	(Frankfurt)	5.315	18.000
Bezirk IV	(Berlin)	3.813	8.617
Bezirk VII	(Erfurt)	5.602	16.252

69)

Zur Begründung des Mitgliederzuwachses mag von Interesse sein, daß dieser von den Berichterstattern der einzelnen Bezirke verschieden interpretiert wurde. Der USPD nahestehende Bezirksleiter führten ihn auf die revolutionäre Welle, in Verbindung mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zurück, während von Bezirksleitern, die politisch zur MSPD tendierten, die erfolgreichen Tarifverträge als Grund dafür angeführt wurden.⁷⁰⁾ Aus verschiedenen Zahlenstellen führte man Klage darüber, daß von den "Führern der USPD" Mißtrauen gegenüber den bisherigen Gewerkschaftsfunktionären in die Organisation hineingetragen worden

69) Vgl. ZvdS. Geschäftsbericht 1918-1919, S. 67 ff.

70) Ebd.

sei.⁷¹⁾ Die USPD, als politische Partei 1917 und 1918 in den Jahresberichten des Verbandes kaum erwähnt, fand ab 1919 häufig Eingang in die Berichterstattung.

Das Jahr 1920 begann für die Schuhindustrie mit einer günstigen Geschäftskonjunktur, deren Hauptursache in dem extremen Warenmangel lag, den der Weltkrieg hinterlassen hatte. Diese Konjunktur bezog sich auf die Schuhgroßbetriebe, da diese Rohstoffe en masse aufkaufen und verarbeiten konnten. Der Handwerker, der bis zum August 1919, also vor der Aufhebung des Zwangswirtschaftsgesetzes, noch billigere Rohstoffe erwerben konnte, war von dieser Konjunktur ausgenommen. Er wurde immer mehr in die Rolle des Reparaturarbeiters gedrückt. Durch die Konzentration der Schuhproduktion auf Großbetriebe wurde zudem der Schuhmachermeister bei der Versorgung seiner Kunden in die Rolle eines Kaufmanns gedrängt, soweit er überhaupt finanziell in der Lage war, eine Art Zwischenhandel zu betreiben.⁷²⁾ Im April 1920 geriet der gesamte Industriezweig in eine Absatzkrise, mit der wiederum eine hohe Arbeitslosigkeit verbunden war.

Von der Verbandsleitung wurden diese Krisenerscheinungen in erster Linie auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft zurückgeführt, weil dadurch die Leder- und Schuhpreise in schwindelnde Höhen gestiegen seien. Dazu kam die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung, so daß die teuren Preise für Schuhwaren nicht mehr gezahlt werden konnten. Die Schuhindustriearbeiter, von den Klein- und Mittelbetrieben 1919 verstärkt angeworben, hatten unter dieser Misere am meisten zu leiden, weil infolge dieser Situation zahlreiche Betriebe schließen mußten.⁷³⁾ So kam es beispielsweise in dem großen Schuhindustriezentrum Pirmasens im Juni 1920

71) Vgl. Feldmüller, Jean, a.a.O.

72) Vgl. ZvdS. Jahrbuch 1920, Nürnberg 1921, S. 124. Bericht des Bezirkes VII (Sachsen).

73) Vgl. SFB Nr. 25 v. 20. Juni 1920.

zur Stilllegung sämtlicher Betriebe.⁷⁴⁾ Der Verbandsvorsitzende der Schuhmacher, Josef Simon, setzte sich dafür ein, Kurzarbeitern eine Unterstützung zu gewähren, indem die ausgefallenen Arbeitsstunden zu einem Drittel durch die Fabrikanten und zu einem Drittel des Lohnes durch die Reichsarbeitslosenfürsorge vergütet werden sollten.⁷⁵⁾ Diese Vorstellung war jedoch in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft von der Arbeitgeberseite brüsk abgelehnt worden, die sich um das soziale Elend der Arbeiterschaft wenig kümmerte. Immer häufiger kam es vor, daß Schuharbeiter, ohne vorhergehende Kündigung, entlassen wurden. Bereits Ende Mai 1920 stand, nach einer Verlautbarung des "Reichsarbeitsblattes", der Schuharbeiter in Bezug auf die Höhe der Arbeitslosigkeit wieder an erster Stelle im Deutschen Reich. Auf 1.000 Verbandsmitglieder kamen demnach 187 Arbeitslose.⁷⁶⁾ Im Juni 1920 waren bereits ungefähr 24 Prozent des Verbandes ohne Arbeit,⁷⁷⁾ wobei auf der anderen Seite die absolute Zahl der Mitglieder bis zum 1. April 1920 bereits auf 100.027 angewachsen war; die höchste Mitgliederzahl, die der Verband jemals erreicht hatte.⁷⁸⁾

74) Vgl. SFB Nr. 26. u. 27. Juni 1920

75) Ebd. Eine Arbeitslosenunterstützung von seiten des Verbandes wurde nur bei vollständiger Entlassung gewährt.

76) Vgl. Protokoll der Verhandlungen der Konferenz der Betriebsräte der Schuhindustrie, abgeh. zu Nürnberg am 9., 10. u. 11. Aug. 1920, Nürnberg 1920, S. 16.

77) Vgl. Schuster, D., a.a.O., S. 127.

78) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des gemeinsamen Internationalen Kongresses (Vereinigungskongress) aller den Intern. Sekretariaten der Schuhmacher, Lederarbeiter und Sattler angeschlossenen Organisationen, abgeh. in Wien am 10. u. 11. Aug. 1921, o.O.u.J., S. 6.

5.2.2. Übereinstimmung mit der USPD-Gewerkschaftspolitik

Am 15. August 1919 war durch den Beschluß des 6. Ausschusses der Nationalversammlung die "Zwangswirtschaft" gegen die Stimmen der USPD und MSPD aufgehoben worden. Mit dieser Aufhebung, womit eine Preiskontrolle der Rohstoffe und eine gerechtere Verteilung derselben beabsichtigt war, setzte eine von den sozialdemokratischen Parteien erwartete außerordentliche Preissteigerung auf dem Ledermarkt ein.⁷⁹⁾ Vorübergehend kam es jedoch, bedingt durch die Steigerung der Einfuhren, zu einem wahren "Gründungstau" im Bereich der Schuhindustrie.⁸⁰⁾

Der frühere Reichswirtschaftsminister Wissell (MSPD) hatte seit jeher der Aufhebung der Zwangswirtschaft größten Widerstand entgegengesetzt. Sein Konzept war darauf hinausgelaufen, daß, solange der größte Mangel an Rohstoffen bestand, eine planmäßige Bewirtschaftung dieser Rohstoffe erfolgen mußte. Der neue Reichswirtschaftsminister Schmidt, ebenfalls von der MSPD, zeigte sich jedoch den Wünschen der Industrie gegenüber gefügiger. Er gab dem Druck der Vertreter der Leder- und Schuhindustrie im Hinblick auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft nach.⁸¹⁾

79) Vgl. SFB Nr.21 v. 25.Mai 1919. Die Anpassung an die Weltmarktpreise bedingte ein Ansteigen der Meßziffern der Lederpreise von 11,5 im August auf 22,9 im Dez. 1919, des Schuhwarenindex von 6,5 im April auf 9,7 im Okt. 1919 und auf 14,8 im Januar 1920. Vgl. a. Hesse, Fr., Die deutsche Wirtschaftslage, .a.a.O., S.176.

80) Vgl. Hesse, Fr., a.a.O., S. 176.

81) Vgl. ZvdS.Jahrbuch 1918-1919, S.32. Auch einige Vertreter von Gewerkschaften, so z.B. der Vors.d.Lederarbeiterverbandes, Mahler-Berlin, mit dessen Verband es schon mehrfach zu Diskussionen um eine Verschmelzung mit dem ZvdS gekommen war, traten für die Aufhebung der Zwangswirtschaft ein, weil sie dadurch eine Steigerung der Arbeitsplätze vermuteten.

Der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes, Simon, wandte sich strikt gegen diese Aufhebung, weil dadurch die Rohstoffpreise zumindest dieselbe Höhe wie die Schleichhandelspreise erreicht hätten. Seine Ansichten ergaben sich vom Interesse der Mittel- und Kleinbetriebe her, wobei er die Überzeugung vertrat, daß infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft sich die kapitalkräftigen Firmen das wenige Leder wieder aneignen und ein großer Teil der kleineren Fabrikanten überhaupt kein Material erhalten würde, was in bestimmten Regionen Arbeitslosigkeit nach sich ziehen müßte.⁸²⁾

Bei den Schuharbeitern herrschte über die Aufhebung der Zwangswirtschaft große Verbitterung. Diese steigerte sich noch, als die Unternehmer auch das Abkommen über die nahtlose Eingliederung der aus dem Heeresdienst entlassenen Arbeiter in den Produktionsprozeß nicht einhielten. Die Unzufriedenheit darüber schlug sich nachhaltig im gewerkschaftlichen Verbandsorgan nieder.⁸³⁾ Diese Ursachen trugen nicht zuletzt dazu bei, daß sich die Haltung des Verbandes gegenüber den Arbeitsgemeinschaften und auch gegenüber dem ADGB, der mit für diese Misere verantwortlich gemacht wurde, verschlechterte; das Verhältnis zur USPD aber, die am entschiedensten die Aufhebung der Zwangswirtschaft verurteilt hatte, verbesserte. Die Neigung zur USPD wurde dadurch verstärkt und die radikaleren Gewerkschaftsmitglieder des Verbandes sahen sich in dieser bestätigt. Zwar hatte die Fraktion der MSPD auch gegen die Aufhebung des Gesetzes gestimmt, der zuständige Minister gehörte jedoch der MSPD an. Einige Monate zuvor hatte man sich von der Seite des Schuhmacherverbandes noch für eine "Sozialisierung der Schuhindustrie" aus-

82) Vgl. SFB Nr. 21 v. 25. Mai 1919.

83) Vgl. SFB Nr. 13 v. 30. März 1919; Nr. 32 v. 10. Aug. 1919; Nr. 36 vom 7. Sept. 1919; Nr. 38 vom 21. Sept. 1919.

gesprochen, weil der Bedarf an Schuhwaren zu dieser Zeit, infolge Rohstoffmangels, nicht gedeckt werden konnte.⁸⁴⁾ Immer stärker orientierte sich die Kritik sämtlicher Gremien des Verbandes sowie aller örtlichen und überregionalen Gewerkschaftsversammlungen an der Aufhebung der Zwangswirtschaft.⁸⁵⁾ In den offiziellen Schriften des Verbandes wurde zunehmend auf die Widersprüche des kapitalistischen Systems hingewiesen, wie ein Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Verbandsvorstandes von 1920 verdeutlichte:

"Wie war denn die Sache: Für die große Klasse der arbeitenden Bevölkerung ein unerträglicher Mangel an brauchbaren Schuhwerk einerseits. Auf der anderen Seite Tausende von Schuhfabriken mit den besten Einrichtungen, modernsten Maschinen, genügend Rohstoffmaterialien, Zehntausende von geschulten Arbeitskräften. Trotz der großen Not auf der einen Seite, hat man die Produktion eingeschränkt oder die Betriebe ganz stillgelegt, dadurch die Not vergrößert."⁸⁶⁾

Stimmen für eine Sozialisierung der Schuhfabriken und Kritik an der Haltung der Unternehmer in der Schuhindustrie verstärkten sich. In der Gegnerschaft zum kapitalistischen System und der Befürwortung der Sozialisierung trafen sich gewerkschaftliche Vorstellungen der Verbandsmitgliedschaft mit der Programmatik der USPD, die sich wesentlich antikapitalistischer darstellte als die MSPD, unter deren Regierungsbeteiligung das Zwangswirtschaftsgesetz aufgehoben worden war. Außerdem wurde die USPD als die eigentliche "Revolutionspartei" angesehen, der man nach dem großen Wahlerfolg vom Juni 1920 eine weitere Steigerung zutraute.

Im "Schuhmacherfachblatt" wurden vor dem Verbandstag der

84) Vgl. Prot. Betriebsräte ZvdS-1920, S.6.

85) Vgl. ZvdS. Jahrbuch 1920, S. 13.

86) Vgl. SFB Nr. 10, v. 7.März 1920.

Schuhmacher in Form eines Leserforums verschiedene Meinungen von Gewerkschaftsmitgliedern zu der bevorstehenden Generalversammlung veröffentlicht, wobei sich zahlreiche Stimmen dagegen erhoben, Delegierte mit einem gebundenen Mandat zu entsenden oder nur Delegierte mit einem Mitgliedsbuch der USPD oder KPD als "tüchtige Gewerkschafter" einzustufen,⁸⁷⁾ wie das von radikaler Seite gefordert wurde.

Auf dem Verbandstag selbst, der wegen der Zerstörung des Leipziger "Volkshauses", des dortigen Gewerkschaftshauses, in Nürnberg stattfand, vertraten 129 Delegierte etwa 100.000 Mitglieder des Verbandes, wovon ein großer Prozentsatz von weiblichen Mitgliedern gestellt wurde.

Die radikalen Anträge aus Berlin, Nürnberg und Pirmasens forderten den Austritt des Verbandes aus der Reichsarbeitsgemeinschaft nach dem Vorbild des Metallarbeiterverbandes.⁸⁸⁾ Diese Forderungen fanden auch Eingang in eine Resolution, die den Standort des Verbandes in der Gewerkschaftsbewegung festlegen wollte, wo es zu diesem Punkt hieß:

"Der Verbandstag stellt sich auf den Boden des Klassenkampfes. Daher erklärt er sich als grundsätzlicher Gegner der Arbeitsgemeinschaften."⁸⁹⁾

Ähnlich wie in vielen anderen Verbänden hatte sich auch im Schuhmacherverband der Zustrom an Neumitgliedern bis zum Frühjahr 1920 ziemlich stark auf die Struktur des Verbandes ausgewirkt. Man tat sich schwer, diese "Neulinge", meist jüngere Mitglieder, gewerkschaftlich zu schulen, obwohl von seiten des Fachblattes zu diesem Zweck laufend

87) Ebd.

88) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des 18. ordentlichen Verbandstages des Zvds Deutschlands, abgeh. zu Nürnberg vom 25. bis 30. April 1920, Nürnberg o.J., S. 11 f.

89) Ebd., S. 34.

Schulungsvorschläge unterbreitet wurden.⁹⁰⁾ Eine fortschreitende Radikalisierung des Verbandes, auch durch innenpolitische Ereignisse wie etwa den Kapp-Putsch gefördert, zeichnete sich im Verlauf der Generalversammlung ab. Bereits im Vorfeld der eigentlichen Verhandlungen war es hier zu Stellungnahmen gegen Angestellte des Verbandes sowie zu Äußerungen gegen die weitere Ausdehnung von Unterstützungsmaßnahmen gekommen. Stattdessen wollte man, insbesondere von USPD-Seite, den Verband als Kampforganisation ausbauen und die Streikgelder drastisch erhöhen, wogegen sich jedoch heftiger Widerspruch von älteren Gewerkschaftskollegen regte.⁹¹⁾

Neben einer umfangreichen Kritik am Betriebsrätegesetz hob man auf dem Verbandstag ganz eindeutig die vorherrschende Rolle der Gewerkschaften für die Arbeiterbewegung heraus, die in keiner Weise ersetzbar seien.⁹²⁾ Die Funktion der Räte wurde dabei immer als eine den Gewerkschaften untergeordnete angesehen. Ein Beiratsmitglied des Verbandes sowie USPD-Mitglied aus Stuttgart, Lex, zitierte in seinen Ausführungen den Standpunkt des USPD-Gewerkschaftsführers Robert Dißmann, den dieser in einem Artikel vom Dezember 1919 mit der Überschrift "Die Stellung der USPD zu den

90) Vgl. SFB Nr. 8 v. 22.Febr.1920 "...es gilt, unsere neugewonnenen Mitglieder über Zweck und Ziele des Verbandes aufzuklären, sie mit dem Geist der Gewerkschaften zu durchdringen." Dazu wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Bibliotheken mit Gewerkschaftsliteratur sollen eingerichtet werden.
2. Schriften aus der Arbeiterbewegung in den Zahlstellen ausgelegt werden
3. Diskussionsabende veranstaltet
4. Zwischendurch Vorträge der Gauleiter gehalten werden

91) Ebd. Viele ältere Kollegen vertraten die Meinung: "Wir können nicht einsehen, daß ein Kämpfer an Mut verlieren soll, wenn er neben der dürftigen Ortskrankenunterstützung im Krankheitsfall noch einige Mark sich durch Beiträge sichert."

92) Ebd.

Gewerkschaften" geäußert hatte, als für den Verband richtungsweisend und gleichzeitig als offiziellen Standpunkt der USPD, wiewohl dies lediglich der Standort des gewerkschaftlichen Flügels in dieser Partei war:

"Gleich der politischen Partei und den Räten sind die Gewerkschaften ein voll- und gleichberechtigtes Kampforgan im revolutionären Ringen, die sich weder bei Führung und Leitung von Kämpfen ausschalten lassen, noch im Sozialisierungsprozeß mit untergeordneten Funktionen bescheiden. Wer das Wesen der Gewerkschaften wirklich kennt und ihren Einfluß auf die Arbeitermassen richtig einzuschätzen weiß, der wird über die entscheidende Bedeutung der Gewerkschaften keinen Augenblick im Unklaren sein. Nicht über den Gewerkschaften befinden sich andere Kampfgebilde, die den Gewerkschaften ihre Aufgaben zuweisen, sondern Partei, Gewerkschaften und Räte haben jede ihre besonderen Aufgaben, gelten als gleichberechtigt und haben Hand in Hand im gemeinsamen schweren Ringen die entscheidenden Schlachten zu schlagen, wobei allen Gliedern im gemeinsamen Kampfe die Funktionen zufallen, die ihnen gebühren."93)

An dieser Orientierung zeigte sich, daß Robert Dißmann auch innerhalb anderer Einzelgewerkschaften als Führer der Gewerkschaftsopposition, aber auch als USPD-Vertreter, akzeptiert und unterstützt wurde, was für den linken USPD-Flügel im Schuhmacherverband auf keinen Fall zutraf. Der Verband hatte sich offen zur Selbständigkeit und Gleichberechtigung von gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung bekannt. Problematischer gestaltete sich die Frage des Verhältnisses zu den Arbeitsgemeinschaften, da sich hier ein Widerspruch zwischen politischer USPD-Anhängerschaft einerseits und sinnvoller Gewerkschaftsarbeit andererseits auftat. Bekanntlich war bereits auf dem ADGB-Kongreß von 1919 die Mehrheit des Verbandes auf der Seite der USPD-Gewerkschaftsopposition und im Lager der Gegner der Arbeitsgemeinschaften gestanden. Der Verband hatte sich jedoch anschließend doch weiter an ihnen beteiligt, um die "Interessen der Arbeiterschaft" zu vertreten. Man hatte in diesem Zusammenhang bei schwierigen

93) Vgl. Prot.ZvdS.-1920, S. 124.

Verhandlungen auch auf Initiativen der Regierung zugunsten der Arbeitnehmerschaft gehofft, was sich aber nicht erfüllt hatte.⁹⁴⁾ Ähnliche Entwicklungen gingen in kleineren Gewerkschaftsverbänden vor sich, wo Angehörige des USPD-Gewerkschaftsflügels die Mitgliedschaft nun verstärkt gegen die Arbeitsgemeinschaften mobilisierten.⁹⁵⁾ Auch Lex, der zu diesem Thema bestellte Referent des Verbandes, der ursprünglich aus gewerkschaftlicher Einsicht heraus für die Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaften eingetreten war, sich selbst auch an den Tarifverhandlungen zu Beginn des Jahres 1920 beteiligt hatte, erklärte sich nun solidarisch mit den Anträgen, die den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern forderten, weil die Tarifverhandlungen von der Unternehmerseite im Rahmen der außerordentlichen Teuerung dazu benutzt worden waren, die Löhne der Schuharbeiter einzufrieren.⁹⁶⁾ Eine von ihm eingebrachte Resolution empfahl den Austritt des Verbandes aus den Arbeitsgemeinschaften und betonte die Funktion der Gewerkschaften "als die berufene wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft."⁹⁷⁾ Dieses Postulat lag genau auf der Richtlinie des gewerkschaftlichen Flügels der USPD, dessen Anhängerschaft die Gewerkschaften aus den Arbeitsgemeinschaften herauslösen wollte, weil sie die Gewerkschaften als klassenkämpferisches Element gewahrt haben wollte und in den Einrichtungen der Arbeitsgemeinschaften wirtschaftsharmonisierende Institutionen erblickte. Der Vorsitzende des Verbandes, Josef Simon, bekräftigte diese Ablehnung, wobei er den wichtigen Aspekt des USPD-Stand-

94) Ebd.

95) So u.a. auch Paul Bergmann, Vorsitzender des Zentralverbandes der Fleischer und Spitzenkandidat der USPD in Hamburg. Vgl. hierzu, Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands. Protokoll der Beiratssitzung vom 22./23.Nov.1919 in Berlin, Berlin 1919, S.14.

96) Vgl. Prot.ZvdS-1920, S.122.

97) Ebd., S.128.

punktes darlegte, daß eine Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften noch längst keine Ablehnung von Tarifverträgen beinhalte, denn "die Tarifverträge sind nicht Tarifgemeinschaften".⁹⁸⁾ Aus Simons Ausführungen wurde deutlich, daß hier kein Vertreter der USPD sprach, der gewerkschaftliches Gedankengut und gewerkschaftliche Praktiken zugunsten einer revolutionären Phraseologie aufgeben wollte, denn schließlich war die Organisation gerade durch die Tarifverträge zu einer einflußreichen Einzelgewerkschaft angewachsen:

(Simon): "Es ist ferner eine Tatsache, daß wir gerade durch unseren Tarifvertrag doch wesentliche Vorteile, besonders für kleine und rückständige Orte, die aus sich heraus nicht vorgehen konnten, erreicht haben. Es ist auch gesagt worden, wenn wir den Klassenkampf führen wollen, dann müssen wir auch die Tarifverträge ablehnen. Das ist falsch. Sie müssen auch bedenken, daß unsere Organisation, gerade durch die Art, wie wir diese Kämpfe geführt haben, nichts verloren hat. Ich betrachte die Tarifverträge als ein Mittel, um das durchzusetzen, was wir für richtig halten."⁹⁹⁾

Dieser Differenzierung zwischen Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften einerseits, Bejahung der Tarifverträge andererseits, konnte Cohen, als Beobachter des ADGB auf dem Verbandstag, genausowenig nachvollziehen wie seinerzeit Legien auf dem Verbandstag der Metallarbeiter. Seiner Auffassung nach sollten die Gewerkschaftsvertreter unbedingt an diesem Gremium teilnehmen, weil hier die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen entschieden würden. Als Beispiel für eine akzeptable Haltung in diesem Punkt führte er den Textilarbeiterverband an, der trotz seiner radikalen Einstellung den Unternehmern gegenüber in den Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten und diese als "Mittel zum Zweck" betrachten¹⁰⁰⁾ würde. Er forderte die Delegierten des Verbandstages auf, den Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften

98) Ebd., S.129 f.

99) Ebd.

100) Ebd., S.135 f.

aus der Resolution zu streichen.¹⁰¹⁾ Carl Vollmershaus, ebenfalls Beiratsmitglied des Verbandes und Anhänger des USPD-Gewerkschaftsflügels, widersprach dieser Ansicht, indem er die Arbeitsgemeinschaften als Bollwerke der kapitalistischen Wirtschaft einstufte, die den bestehenden Antagonismus zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft nur verschleiern würden.¹⁰²⁾

In der von der großen Mehrheit des Verbandstages angenommenen, letztlich doch noch abgeänderten Resolution wurde definitiv ein Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft noch nicht beschlossen, wenn auch in Erwägung gezogen:

"Der Verbandstag erkennt an, daß die Verbandsleitung den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft vollzogen hat in dem Bestreben, auch auf diesem Wege die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren und den Standpunkt der Arbeiterklasse gegenüber den kapitalistischen Einflüssen auf Regierung und Gesetzgebung zu vertreten. Vorstand und Beirat werden beauftragt, die Frage des Austritts zu prüfen und zu geeigneter Zeit zu vollziehen."¹⁰³⁾

Bei den Vorstandswahlen manifestierte sich eine noch stärkere Tendenz zur USPD als dies zuvor der Fall gewesen war, denn zum 2. Vorsitzenden des Verbandes wurde in einer Kampfabstimmung der USPD-Anhänger Lex gewählt.¹⁰⁴⁾ Die Dominanz des USPD-Anhanges innerhalb des Verbandes sowie in der Redaktion des Fachblattes sollte bezüglich der Arbeitsgemeinschaften schon bald Folgen haben, denn bereits am 8. November 1920 wurde der endgültige Austritt des Zentralverbandes der Schuhmacher aus der Reichsarbeitsgemeinschaft beschlossen.¹⁰⁵⁾

101) Ebd.

102) Ebd.

103) Ebd., S.163.

104) Ebd., S.219 f.

105) Vgl. a. ZvdS.Protokoll über die Verhandlungen des 19. ordentlichen Verbandstages zu München, abgeh. vom 12. bis 17.Juni 1922, Nürnberg 1922, S. 42.

Kaum auf einem anderen Verbandstag einer Einzelgewerkschaft wurden die Richtlinien des USPD-Gewerkschaftsflügels, die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften, die Gegnerschaft zur Aufhebung der Zwangswirtschaft, die Anhebung der Streikunterstützung, aber auch die modifizierte Haltung zum Tarifvertragswesen, so unterstützt wie auf dieser Gewerkschaftsversammlung.¹⁰⁶⁾ Die linke USPD und die KPD verfügten in dieser Gewerkschaft nur über geringfügige Ansatzpunkte und konnten auch keinen Einfluß auf bestimmte Richtungen ausüben. In dieser Einzelgewerkschaft erfolgte auch keinerlei Absplitterung von Syndikalisten; die Konzeption der Räteidee war ebenfalls nur verbal eingedrungen, was sich in dem von einem USPD-Mitglied gehaltenen Referat "Gewerkschaften, Rätesystem und Arbeitsgemeinschaften" deutlich zeigte.¹⁰⁷⁾ Die USPD verkörperte als Partei für zahlreiche Delegierte und Verbandsmitglieder die Fortsetzung der Traditionslinie in der deutschen Sozialdemokratie, die Beibehaltung des Klassenkampfes und zwar eines realistischen im Sinne von Bebel und Liebknecht.¹⁰⁸⁾

Die Tendenz zur USPD steigerte sich noch, als die vielen Neumitglieder des Verbandes, von der Wirtschaftslage enttäuscht, auf Veränderungen drangen. Mit steigenden Arbeitslosenzahlen, die auf dem Sektor der Schuhindustrie sehr stark mit der Konjunkturlage zusammenhingen, wuchs der Einfluß der Radikalen innerhalb des Verbandes. Im Juni 1920, dem Monat des überwältigenden Wahlerfolges der USPD, hatte auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit im Verband mit 24 Prozent ihren Höhepunkt erreicht.¹⁰⁹⁾

106) Vgl. Prot. ZvdS-1920, a.a.O., S.67, S.70.

107) Ebd., S.70. Referat von Lex (Stuttgart).

108) Ebd., S.70 (Pötsch-Schweinfurt): "Die Politik der U.S.P. ist diejenige, welche uns von den Alten seit Jahren gelehrt wurde..."

109) Vgl. SFB Nr.25 v. 20.Juni 1920. Bericht über eine Sitzung des Verbandsbeirates.

Diese Korrelation zwischen hohem Arbeitslosengrad und einem politischem Votum für eine radikalere Partei, von der man sich gesellschaftliche Veränderungen versprach, war keinesfalls zufällig. So lagen beispielsweise im Juni in Pirmasens sämtliche Betriebe der Schuhindustrie still, wovon die USPD politisch profitierte.¹¹⁰⁾ Besonders stark waren durch die Arbeitslosigkeit die Fabrikschuhmacher betroffen, von denen allein im August 1920 etwa 32.000 keine Arbeit erhielten,¹¹¹⁾ also doppelt so viele wie im Mai 1920. Gerade diese Arbeiterkategorie litt noch dazu unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen, die nur noch durch die Verhältnisse in der Textilindustrie übertroffen wurden.¹¹²⁾ Vorwiegend aus diesem Potential rekrutierte sich jetzt die Anhängerschaft der USPD. Daß sich bereits gegen Ende 1919 der politische Parteienstreit zwischen MSPD, USPD und KPD auch in den regionalen Bereichen des Verbandes niederschlug, verdeutlichten die Berichte verschiedener Zahlstellen des Verbandes, wobei jedoch immer Wert darauf gelegt wurde, wirtschaftliche und politische Interessen der Arbeiterschaft zu trennen, "das Hineintragen des politischen Streites in die Gewerkschaften" zu vermei-

110) Vgl. Schuster, D., a.a.O., S.127. Arbeitslosigkeit der Mitglieder im ZvdS in Prozenten:

	1919:	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
	5,3	2,7	1,5	1,1	0,7	0,7	0,7	0,7	1,7	1,1	1,2
1920:	1,8	1,3	0,7	1,7	18,7	24,4	18,9	10,7	8,0	3,2	
1919:	Nov.	Dez.									
	1,2	1,5									
1920:	2,6	3,8									

111) Vgl. SFB Nr. 32 v. 7.Aug.1920. Schon Ende Mai 1920 bildeten nach dem Reichsarbeitsblatt die Fabrikschuhmacher jenen Beruf, der mit der Arbeitslosenquote an erster Stelle lag. Auf je 1000 Mitglieder kamen 187 Arbeitslose. An zweiter Stelle stand der Textilarbeiterverband mit 62.

112) Vgl. SFB Nr.31 v. 27.Juli 1921, wo auf die vorherrschend schmutzigen, kleinen Arbeitsräume in den Fabriken hingewiesen wird. In vielen Betrieben kenne man "richtiges Tageslicht überhaupt nicht" usw.

den.¹¹³⁾ Im Gegensatz zur politischen Arbeiterbewegung sah man innerhalb des Verbandes im Unternehmertum den gemeinsamen Feind, den man lediglich mit Hilfe der Einheitsgewerkschaften zu Zugeständnissen bewegen könnte.

5.3. Der Deutsche Textilarbeiterverband 1919/20

5.3.1. Die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie und ihre freigewerkschaftliche Mitgliedschaft

Zu Beginn des Jahres 1919 setzte in der Textilindustrie eine zunehmende Konjunktur ein, da nach dem Krieg ein großer Bedarf an Textilgütern bestand. Ähnlich wie in der Schuh- und Lederindustrie verstärkte sich in diesem Zusammenhang die Agitation der Unternehmer gegen die von den freien Gewerkschaften dieser Branche befürwortete Zwangswirtschaft. Die sogenannte "freie Wirtschaft" in der Textilindustrie wurde vom Textilarbeiterverband abgelehnt, weil dadurch jede gleichmäßig sich über alle Betriebe erstreckende Beschäftigung unmöglich gemacht worden wäre, sich kapitalkräftige Unternehmen der mangelnden Rohstoffe hätten bemächtigen können und somit schlecht strukturierte Gebiete bei der zwangsläufig erfolgenden Verteuerung der Rohstoffe benachteiligt worden wären.

Als Ergebnis einer solchen Entwicklung wurde von gewerkschaftlicher Seite eine Konzentration und Monopolisierung

113) Vgl. dazu Feldmüller, Jean, a.a.O., der aus dem Bericht der Pirmasenser Zahlstelle, eine der größten im ZvdS, zitiert: "Die Gewerkschaft darf nicht zum Versuchskarnickel für politische Experimente herabgewürdigt werden, sondern diese muß unbeirrt vom politischen Meinungsstreit die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft verfolgen..."

der Textilindustrie befürchtet, wie sie nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft auch eintreten sollte. Die USPD-Nähe des Deutschen Textilverbandes, gefördert durch die politische Orientierung prominenter Verbandsfunktionäre, wurde im Jahr 1919 noch dadurch verstärkt, daß zu dieser Zeit auch in diesen Verband viele neue Mitglieder in die Gewerkschaft strömten, die nach der Revolution auf eine Veränderung hindrängten, wobei die Zielvorstellungen unterschiedlich waren.

Mitte 1920 wurde die Textilindustrie in eine scharfe Krise gestürzt; zahlreiche Betriebe mußten schließen, Tausende von Textilarbeitern verloren ihren Arbeitsplatz. Das Verbandsorgan, der "Textilarbeiter", das inzwischen auf eine Mitgliedschaft von 500.000 im Verband hinweisen konnte,¹¹⁴⁾ sah den Hauptgrund der Krise in der unkontrollierten Einfuhr von Waren in Verbindung mit der gleichzeitigen Kapitalflucht deutscher Zahlungsmittel ins Ausland, was zu einer schlechten Valuta führte. Demnach drosselten die Textilindustriellen die Produktion, weil sich einerseits durch den schlechten Währungskurs der Preis für die Rohstoffe, die aus dem Ausland gekauft werden mußten, drastisch erhöht hatte, andererseits die Kaufkraft des deutschen Volkes zu gering war, obwohl eine starke Nachfrage bestand.¹¹⁵⁾ Von der Regierung forderte nun der Textilarbeiterverband:

1. Entziehung der absoluten Verfügungsgewalt des einzelnen Kapitalisten
2. Beschränkung der Profitwirtschaft durch planmäßig organisierte Produktion

114) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 25 v. 18. Juni 1920.

115) Ebd.

3. Zwangsweise Weiterführung stillgelegter Betriebe, deren Produkte als Gebrauchsgegenstände von der Bevölkerung benötigt wurden.¹¹⁶⁾

Auf seiten des USPD-Gewerkschaftsflügels verlangte man zusätzlich den Einsatz der in den vorausgegangenen Jahren erwirtschafteten Gewinne in der Textilindustrie für Investitionen im Bereich der Einrichtung von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung der arbeitslosen Textilarbeiter.¹¹⁷⁾

Mit der sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Situation der Textilarbeiter verstärkte sich gleichzeitig auf politischer Ebene die Hinwendung zur USPD; besonders in Gebieten wie dem Vogtland (Plauen), wo die Krise die schlimmsten Auswirkungen zeigte. Hier nahm sich auch die USPD-Presse verstärkt der Lage der Textilarbeiterschaft an, während die Parteiorgane der MSPD mit der Kritik an "unabhängigen Gewerkschaftsführern" versuchten, verlorenes Terrain zurückzuerobern.¹¹⁸⁾

So war es für den Einfluß der USPD auf die Textilarbeiterschaft dieser Region nicht unbedeutend, daß sich das USPD-Organ "Volkszeitung für das Vogtland", das in Plauen heraus-

116) Der Textilarbeiter Nr. 30, v. 23. Juli 1920.

117) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 26 v. 25. Juni 1920.

118) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 30 v. 23. Juli 1920. Hier eine Übernahme von Berichten des Greizer USPD-Organ. In derselben Nummer wird auch die "Volksstimme" (MSPD-Plauen) Nr. 159 zitiert: "Der DTV, vor allem seine unabhängigen Führer, haben in großzügiger Weise mitgewirkt, um der Industrie Garne und Stoffe aus den Reichsbeständen zu angemessenen Preisen zu überweisen. Diese Mitarbeit leistete die Leitung des DTV gern, in der sicheren Erwartung, damit Arbeit für die Plauenschen Textilarbeiter zu schaffen. Ein Teil der der Industrie zugewiesenen Garne ist nicht verarbeitet worden, sondern ist den Weg der Verschiebung gegangen."

gegeben wurde, sehr stark mit der sozialen Lage der Arbeiterschaft beschäftigte, andererseits für den gewerkschaftlichen Flügel der USPD, daß sich dieses Organ ganz auf der Linie der "Leipziger Volkszeitung" befand, was bei der späteren Ablehnung der kommunistischen 21 Bedingungen in dieser Region seine Bedeutung hatte.¹¹⁹⁾ Besonders an Orten, wo sich die Arbeitskräfte aus bestimmten Industriekreisen konzentrierten, in den entstehenden Großbetrieben, konnte die USPD viele neue Anhänger werben, was innerhalb der örtlichen Gewerkschaftsverwaltungen auch Umbesetzungen nach sich zog.

Ebenso wie in anderen Einzelgewerkschaften zeigte die Berliner Ortsverwaltung des Textilverbandes starke Sympathien für den gewerkschaftlichen Flügel der USPD. Ähnlich verhielt es sich im Textilzentrum des Vogtlandes, in Plauen, wo die Einwohnerzahl, insbesondere durch die Zuwanderung von arbeitslosen Textilarbeitern, innerhalb weniger Monate von 84.000 auf 120.000 angestiegen war.¹²⁰⁾ Verbunden mit dem Anwachsen der Gewerkschaftsmitgliedschaft vollzog sich dieselbe Entwicklung in zahlreichen kleineren Orten Sachsens und Süddeutschlands. So befanden sich beispielsweise in Augsburg 7 Großbetriebe der Textilindustrie, also Betriebe, die mehr als 1.000 Beschäftigte umfaßten. Die Arbeiterschaft in diesen Großbetrieben, die zum Teil erst 1919 entstanden waren, tendierte gewerkschaftlich eher zur USPD.¹²¹⁾

Es lag folglich auf der Hand, daß durch die kriegs- und nachkriegswirtschaftlichen Veränderungen in der Bevölke-

119) Vgl. LVZ Nr. 171 v. 27.Aug.1920.

120) Vgl. Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes 1918, Berlin 1919, S. 143 f.

121) Außer den 7 Großbetrieben in Augsburg befanden sich diese vorwiegend in Sachsen (Gau Dresden), Berlin und Düsseldorf. Vgl. Übersicht der Textilbetriebe nach Anzahl der Beschäftigten, in: Merkblätter Nr. 1 v. 1. Dez. 1920, S. 7 f.

rungs- und Erwerbsstruktur eine Destabilisierung der Industriearbeiterschaft ausgelöst wurde, die politisch und gewerkschaftlich in eine Radikalisierung münden mußte.¹²²⁾ Von den 1919 insgesamt 34 Textilgroßbetrieben befanden sich 7 in Sachsen, 7 in Augsburg, 4 im Düsseldorfer Raum, 4 in Stuttgart und 2 in Berlin.¹²³⁾

Neben der ökonomischen Situation der Textilarbeiterschaft und der Konzentration der Arbeitskräfte in verschiedenen Zentren, spielten bei einer Radikalisierung von Arbeiterkategorien auch verschiedene regional bedingte Faktoren eine gewichtige Rolle.

Daß beispielsweise Plauen im Vogtland zu einer politischen und gewerkschaftlichen Hochburg der USPD, zumindest im Bereich der dort ansässigen Textilarbeiterschaft wurde, hatte neben der wirtschaftlichen Umstrukturierung auch einen speziellen Hintergrund. Hier war während des Krieges ein Rüstungsbetrieb der AEG errichtet worden, eine sogenannte Kartuschieranstalt, in der die arbeitslosen Textilarbeiter im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes zur Arbeit verpflichtet worden waren. Am 19. Juli 1918 wurde dieser Munitionsbetrieb durch eine Explosion nahezu vollkommen zerstört, wobei etwa 400 der insgesamt 500 Beschäftigten ums Leben gekommen waren. Die Toten kamen fast alle aus der Textilarbeiterschaft und gehörten gewerkschaftlich dem Textilarbeiterverband an, der bereits bei der Umwandlung der ehemaligen Glühlampenfabrik in einen Munitionsbetrieb auf die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen, sowohl beim Unternehmen, als auch beim Kriegsministerium,

122) Vgl. dazu Feldman, G.D., Socio-economic Structures in the Industrial Sector and Revolutionary Potentialities, 1917-22, in: Bertrand, Ch.L. (Hg.), Revolutionary Situations in Europe, 1917-1922: Germany, Italy, Austria-Hungary, Montreal 1977, S. 10 f.

123) Vgl. Merkblätter Für die Betriebsräte der deutschen Textilindustrie, Nr. 1, v. 1. Dez. 1920, S. 7f.

hingewiesen hatte.¹²⁴⁾ Von beiden Seiten war jedoch nichts unternommen worden, um Schutzvorrichtungen zu installieren. Daß bei einer bereits im Verband bestehenden Antiunternehmerhaltung die USPD als politische Partei, die sowohl gegen den Krieg als auch gegen das Hilfsdienstgesetz unterschiedene Propaganda betrieben hatte, bei der Arbeiterschaft Anklang finden mußte, erklärte sich von selbst und verstärkte sich auf dem Hintergrund dieser lokalen Katastrophe. Die Misere der Textilarbeiterschaft wurde dem Unternehmertum und der "bürgerlichen" Regierung einerseits, der Gewerkschaftsführung andererseits, zur Last gelegt. Aus der Sicht der Verbandsführung hatte lediglich die USPD auf gewerkschaftlicher und politischer Ebene eine konsequente auf die Arbeiterinteressen gerichtete Haltung vertreten. Die MSPD dagegen wurde aufgrund ihrer unentschlossenen Revolutionspolitik sowie Abgrenzung gegenüber der USPD angegriffen, wobei man es ihr besonders negativ anrechnete, daß sie sich von "den alten Gewalten des alten Systems" dominieren ließ.¹²⁵⁾ War im Textilarbeiterverband von Plauen die Mitgliedschaft vorwiegend ebenso wie im Gesamtverband, von Frauen dominiert, so erreichte diese Tendenz gegen Ende 1918 ihren Höhepunkt, als zahlreiche Textilarbeiter noch in der Rüstungsindustrie beschäftigt waren.¹²⁶⁾

124) Vgl. Jb.d.DTV 1918, S. 117.

125) So hieß es einleitend im Handbuch des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes 1919, Berlin 1920, S. 3: "Leichten Sinnes, so kann heute gesagt werden, hat sich leider die Mehrheitssozialdemokratie mit ihrem fluchwürdigen Noskesystem den alten Gewalten des alten Systems bewußt oder unbewußt ausgeliefert."

126) Vgl. Jb.d.DTV 1918, S. 114. So betrug die Mitgliederzahl im DTV - Plauen am 31. Dez. 1919 insgesamt 19.537, wovon 16.130, also 82,5 Prozent weibliche Gewerkschaftsmitglieder waren. Ähnlich waren die Verhältnisse in Berlin, wo die Gesamtmitgliedschaft im DTV 1918 31.683, davon 22.313 Frauen betrug (= 70,4 Prozent).

Die Arbeit in diesen Rüstungsbetrieben wirkte sich bei den männlichen Textilarbeitern meist insofern radikalisiert aus, als sie hier innerhalb der Großbetriebe arbeitsfremd eingesetzt wurden, andererseits Kontakt zu den Kollegen aus dem Metallarbeiterverband erhielten, die ihre gewerkschaftlichen Forderungen wesentlich massiver durchzusetzen versuchten und deren Mitgliedschaft vielfach zur USPD tendierte. Innerhalb des Textilarbeiterverbandes dürfte eine Radikalisierung der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder, soweit diese überhaupt nachzuweisen ist, erst eingetreten sein, als, vorwiegend in Ostsachsen, im Jahr 1919 viele Frauen arbeitslos wurden, weil die Textilbetriebe hier bis zur Demobilmachung auf die Produktion von Heeresbedarf eingerichtet waren. 1919 wurden diejenigen Frauen, deren Männer irgendeinem Erwerb nachgingen, aus der Textilindustrie entlassen, was eine große Verbitterung hervorrief, weil viele Familien auf dieses zusätzliche Einkommen existenziell angewiesen waren.¹²⁷⁾

Was die generelle Situation am Arbeitsplatz in der Textilindustrie anging, so hatte die Arbeiterschaft dieser Industriesparte während der Kriegszeit unter stärkster Arbeitslosigkeit und schlechtesten Lohnbedingungen zu leiden gehabt; ihr waren Arbeitsplätze und Arbeitsräume zugemutet worden, wie wohl kaum einer anderen Arbeiterkategorie.¹²⁸⁾ Für diese schlechten Verhältnisse wurden neben der Kriegspolitik auch die Unternehmer verantwortlich gemacht, gegen die man innerhalb des gewerkschaftlichen Verbandes energisch vorzugehen bereit war, wenn sich dieses Vorgehen auch im Rahmen des gewerkschaftlichen Instrumen-

127) Vgl. J.d.DTV 1919, S. 165 ff.

128) Über die schlechten Arbeitsbedingungen sowie die strikte Einhaltung von Tarifabkommen trotz inflationärer Verteuerung, gibt Aufschluß: Aus dem Tagebuch eines Betriebsrats. Hrsgg. vom DTV, Berlin 1925, S. 19 f., das auch eine Fülle von soziologisch aufschlußreichen Daten enthält, wobei der historische Schwerpunkt aber auf der Zeit nach 1924 liegt.

tariums von Tarifverhandlungen und Mindestlohnabkommen bewegen sollte. Es kam daher nicht von ungefähr, daß auch von den Gewerkschaftsvertretern der USPD im Textilarbeiterverband die Tarifgemeinschaften mit den Unternehmern, trotz aller Polemik, niemals in Frage gestellt wurden, weil man damit wenigstens die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft verbessern konnte.

Diese Punkte standen auch während der Kriegszeit im Vordergrund aller sozialpolitischer Themen, wenn auch das ökonomische Elend immer mehr anwuchs und verschiedentlich radikalere Töne wie die Forderung nach Streiks anklangen. Das mit der Revolution von 1918/19 gesteigerte Machtbewußtsein dieser Arbeiterkategorie offenbarte sich, laut verbandsinternen Berichten, eher an den Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum, einer Einrichtung, die in diesem Industriezweig bereits eine langjährige Tradition aufzuweisen hatte. Die tarifliche Regelung der Löhne wurde dabei durchaus als Erfolg der Revolution gewertet; die Verhandlungen über diese Tarife wurden jedoch nach der Revolution immer härter und zäher geführt und dauerten oftmals einige Tage.

Auch als der Verband im Verlauf des Jahres 1919 von der USPD gewerkschaftlich majorisiert worden war, änderte sich nichts daran, daß die Hauptarbeit der Gewerkschaftsvertreter auf der Ausgestaltung des Tarifwesens lag und Tarifabschlüsse bei der Mitgliedschaft des Verbandes im vordersten Interessenbereich anzusiedeln waren.¹²⁹⁾ Die Haltung des Verbandes gegenüber den Arbeitsgemeinschaften blieb dabei, im Gegensatz zu anderen von der USPD beeinflussten Einzelgewerkschaften, nahezu unberührt. Der Textilarbeiterverband verurteilte zwar die von der Regierung geübte Praxis, die gesamte Mitarbeit der Gewerkschaften an der

129) Vgl. Jb. d. DTV 1919, S. 147.

Wirtschaftspolitik lediglich auf die Grundlage der Arbeitsgemeinschaften zu beschränken, weil dadurch die sozialen Fragen der Textilarbeiterschaft nicht gelöst werden könnten,¹³⁰⁾ ging aber nicht zu einem radikaleren Konzept über. Daß sich innerhalb dieser Einzelgewerkschaft ein extremer Radikalismus nicht durchzusetzen vermochte, mag neben der bisher kontinuierlich verlaufenden Arbeitsgemeinschaftspolitik aber auch an der immens hohen weiblichen Mitgliedschaft innerhalb des Verbandes gelegen haben.

5.3.2. Der USPD-Gewerkschaftsflügel bestimmt das Verbandsgeschehen

Im Jahr 1919 waren sowohl auf Ortsverbands- als auch auf Gauebene innerhalb des Textilarbeiterverbandes Personen an Schaltstellen gelangt, die sich in der USPD bereits auf parteipolitischer Ebene profiliert hatten. Das traf insbesondere für Berlin (Gau 13), Bayern (Gau 7) und Württemberg (Gau 6) zu, wo Männer wie Kotzke, Feinhals und Hoschka als führende Verbands- sowie gleichzeitig USPD-Funktionäre an der Spitze standen.¹³¹⁾ Die Tendenz zur USPD läßt sich vorwiegend aus den entsprechenden Beiträgen der einzelnen Gaue zum Jahrbuch des Verbandes ablesen. So wurde beispielsweise in dem von Hoschka erstellten Bericht die Politik der Generalkommission und vieler Gewerkschaftsinstanzen als "konterrevolutionär" bezeichnet¹³²⁾ und gleichzeitig mit Genugtuung festgestellt, daß der DTV zu den Einzelgewerkschaften zähle, "die für die Fortführung der Revolution auch ihren Anteil leisten" würden und somit

130) Vgl. Jb.d.DTV 1918, S. 7.

131) Vgl. Jb.d.DTV 1919, S. 154.

132) Ebd.

die Textilarbeiter insgesamt auf dem besten Wege seien, zur "Elitetruppe" der deutschen Arbeiterbewegung zu werden.¹³³⁾

Trotz aller radikalen Äußerungen in den gewerkschaftlichen Jahresberichten wurde jedoch auch sichtbar, welchen wichtigen Stellenwert das Tarifwesen in diesem Verband einnahm, wenn man auch nicht vergessen darf, daß die Mehrheit der Delegierten des Textilarbeiterverbandes auf dem ADGB-Kongreß vom Juli 1919 gegen die Resolution zur Weiterführung der Arbeitsgemeinschaften gestimmt hatte; das stellte einen Widerspruch zu der sonstigen Haltung im Verband dar und hatte seine Ursache anscheinend in der USPD-Orientierung zahlreicher Funktionäre.¹³⁴⁾ Auf eine politische Nähe zur MSPD oder USPD hin untersucht, unterschieden sich die Berichte der einzelnen "Gauleiter" des Verbandes in dieser Hinsicht nur geringfügig. Grundsätzlich wurden die Tarife, die erst nach der Revolution von 1918/19 für ganze Bezirke durchgesetzt worden waren, abgesehen von einer prinzipiellen Zunahme der Beschäftigung in diesem Industriebereich, auch für den ansteigenden Mitgliederzuwachs von 1919 als ausschlaggebender Faktor verantwortlich gemacht.¹³⁵⁾

Daß die leitenden Funktionäre des Verbandes, auch wenn sie politisch auf der Seite der USPD standen, innerhalb des Textilarbeiterverbandes gewerkschaftliche Tagesarbeit

133) Ebd., S. 159.

134) Vgl. Abstimmung auf dem ADGB-Kongreß von 1919, wo von 30 Delegierten des Textilarbeiterverbandes 15 gegen die Zustimmung zur Arbeitsgemeinschaftspolitik stimmten, aber nur 13 dafür. Vgl. Prot. ADGB-1919, s. 500 f.

135) Vgl. Jb.d.DTV 1919, S. 164 (Bericht Gau 9, Plauen), S. 121 (Bericht Gau 7, Bayern), vgl. ebenda, S. 163 (Bericht Gau 10, Sachsen-Chemnitz): "Das Streben der Textilarbeiterschaft, die Löhne der eingetretenen Teuerung anzupassen, bedingte den Beitritt der Arbeiterschaft zur Organisation."

und Verhandlungen mit dem Unternehmertum durchführten, sich also anders verhielten als sie dies auf öffentlichen Versammlungen und parteiinternen Veranstaltungen praktizierten, beweisen eindrucksvoll die noch handschriftlich vorhandenen Versammlungsprotokolle der DTV-Ortsverwaltung Augsburg, wo der USPD-Anhänger und führende Verbandsfunktionär Feinhals tätig war.¹³⁶⁾ Aus diesen Aufzeichnungen läßt sich dokumentieren, daß auch im Jahr 1919, einem Jahr des ausgeprägten Radikalismus in der Gewerkschaftsbewegung, gewerkschaftliche Kleinarbeit gegenüber politischen oder gewerkschaftlichen Richtungsstreitfragen im Vordergrund stand. Feinhals berichtete auf Versammlungen des Ortsverbandes über seine Gespräche mit Textilindustriellen und trat energisch für die Beibehaltung des Tarifvertragswesens ein,¹³⁷⁾ wenn auf der anderen Seite auch die Kriegspolitik der Generalkommission immer wieder angegriffen wurde.¹³⁸⁾

Die Ortsverbandsversammlungen des Jahres 1919 standen genau wie die Versammlungen der Gewerkschaftsdelegierten auf überregionaler Ebene noch ganz im Zeichen des Informationsnachholbedarfes über die Kriegszeit, in der eine kontinuierliche Gewerkschaftsarbeit nicht stattgefunden hatte. Einer der Hauptangriffspunkte gegenüber dem Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes, der bis 1919 noch in den Händen der Anhänger der Generalkommission lag, mündete in den Vorwurf, gegen den von der Regierung verhängten Belagerungszustand nicht genügend unternommen zu haben. Insbesondere aus dieser Untätigkeit heraus, dem Einklang

136) Vgl. hierzu Archiv beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, Düsseldorf, Nr. 3705. Als Hermann Jäckel (USPD) im Dezember 1920 als Arbeitsminister in Sachsen eingesetzt und bis zur Generalversammlung des DTV freigestellt wurde, übernahm stellvertretend Feinhals (USPD) seine Verbandsfunktion.

137) Ebd., Protokoll von der am 30. Juli 1919 stattgefundenen Mitgliederversammlung (handschriftlich).

138) Ebd., Prot. v. 18. August 1919.

in die Kriegsbegeisterung, leitete in Augsburg der USPD-Funktionär Feinhals das starke Anwachsen der USPD bzw. der Gewerkschaftsopposition im Verband ab.¹³⁹⁾ Auf den Einwand einer Delegierten, die auf dem Verbandstag in Plauen 1919 die alte Vorstandsrichtung unterstützt hatte und sich in ihrer Eigenschaft als "Mehrheitssozialistin" gemäßregelt sah, man solle doch keine Politik in die Gewerkschaften hineintragen, gab Feinhals in etwa den USPD-Standpunkt wieder, indem er die Politik von der Gewerkschaftsbewegung nicht getrennt sehen wollte und gleichzeitig darauf hinwies, daß dies auch weder von der Generalkommission noch vom bisherigen Vorstand des Textilarbeiterverbandes jemals eingehalten worden sei, wenn man dies auch immer behauptet hätte.¹⁴⁰⁾ Auffallend bei den örtlichen Versammlungen war die wesentlich stärker hervortretende Aktivität von weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu den Generalversammlungen, was wahrscheinlich insofern mit der Tradition in der Gewerkschaftsbewegung zusammenhing, als die Funktionärsposten noch fast ausschließlich von Männern besetzt waren.

Das Verbandsorgan, "Der Textilarbeiter", verhielt sich im Richtungsstreit zwischen Gewerkschaftsführung und USPD-Gewerkschaftsflügel ziemlich neutral. Nur in einer Vorchau auf den ADGB-Kongreß von 1919, die von dem USPD-Mitglied H. Dressel geschrieben worden war, bezog man eindeutig für die gewerkschaftliche Opposition Stellung, wobei sogar vorgeschlagen wurde, daß sich alle diejenigen Kreise, die sich mit der Politik der Generalkommission nicht einverstanden erklärten, zu einer Vorkonferenz versammeln sollten.¹⁴¹⁾ Gleichzeitig unterzog man den Wahl-

139) Ebd.

140) Ebd.

141) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 26 v. 27. Juni 1919.

modus für die Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongreß starker Kritik, weil in verschiedenen Verbänden, die über große oppositionelle Minderheiten verfügten, diese unberücksichtigt bleiben würden.¹⁴²⁾ Die kontroverse Haltung von Mitgliederkreisen des Verbandes gegenüber dem ADGB, in dessen Vorstand kein Mitglied dieser immer stärker anwachsenden Gewerkschaft gewählt worden war,¹⁴³⁾ kam auf dem in der USPD-Hochburg Plauen stattfindenden Verbandstag zum Ausdruck, der nur 2 Wochen nach dem ADGB-Kongreß stattfand¹⁴⁴⁾ und dem auch das Zentralorgan der USPD, die "Freiheit", große Bedeutung beimaß.¹⁴⁵⁾

Der Deutsche Textilarbeiterverband, dessen Vorsitz mit

-
- 142) Ebd. Bei vielen Gewerkschaftsverbänden gab die Mehrheit auf den Generalversammlungen für die Delegiertenwahl den Ausschlag, so daß nur Delegierte dieser Mehrheit aufgestellt wurden und man kein Verhältniswahlrecht anwandte bzw. die Delegierten nicht durch Urabstimmungen in den einzelnen Ortsverbänden gewählt wurden.
- 143) Hermann Jäckel selbst hatte auf dem ADGB-Kongreß von 1919 demonstrativ auf der Liste der Opposition als Vorsitzender kandidiert. Vgl. Prot. ADGB-1919, S. 554 f.
- 144) Vgl. Protokoll der 13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, abgeh. v. 21. bis 26. Juli 1919 in Plauen, o.O.u.J.
- 145) Vgl. Freiheit Nr. 346 (A) v. 23. Juli 1919; Nr. 347 (M) v. 24. Juli 1919. Vgl. a. Freiheit Nr. 347 (A) v. 24. Juli 1919, wo in einem Artikel festgestellt wird, daß "der Textilarbeiterverband wohl von der Opposition unterwandert sein muß". Der Berichterstatter der "Freiheit" wies darauf hin, daß es der Textilarbeiterverband in dieser Generalversammlung abgelehnt hatte, das von der Generalkommission geschaffene Frauenblatt für den Verband einzuführen.

gleichen Rechten die Berliner Hübsch (MSPD) und Jäckel (USPD) innehatten, war im Verlauf des Jahres 1919 sehr stark angewachsen und verfügte nun über 370.000 Mitglieder, wovon allein im ersten Quartal von 1919 105.000 Neueintritte zu verzeichnen gewesen waren.¹⁴⁶⁾

Gleich zu Beginn des gegen Ende Juli 1919 stattfindenden Verbandstages, der auch in der USPD-Presse großes Echo fand,¹⁴⁷⁾ wurde der amtierende Vorstand des Verbandes mehrheitlich aus Anhängern der damaligen Generalkommission und der MSPD bestehend, von Hugo Rödel, einem USPD- und Gewerkschaftsfunktionär aus Stuttgart, wegen der positiven Stellung zum Hilfsdienstgesetz,¹⁴⁸⁾ aber auch zu den Arbeitsgemeinschaften, angegangen. Weitere Angriffe richteten sich gegen Gewerkschaftsführung und Reichsregierung, die man wegen der bevorstehenden Aufhebung der Zwangswirtschaft zugunsten eines freien Marktes in der Textilindustrie attackierte. Dadurch mußte eine immense Verteuerung der Rohstoffe und daraus resultierend eine Benachteiligung kleinerer Betriebe erwachsen.¹⁴⁹⁾

Die Schreibweise des gewerkschaftlichen Verbandsorgans, des "Textilarbeiters", wurde von zahlreichen Delegierten als zu wenig sozialistisch ausgerichtet und zu neutral abgelehnt, womit man eine Umbesetzung der Redaktion verband, was eine in diesem Sinne verabschiedete Resolution

146) Vgl. Prot.DTV-1919, S. 19.

147) Vgl. hierzu besonders ausführlich die OVZ Nr. 169-174 v. 23. bis 29. Juli 1919.

148) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 32 v. 8. August 1919, wo Dressel u.a. darauf hinwies, daß der DTV bereits 1916, nach Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes, in Opposition zur Gewerkschaftsführung getreten sei.

149) Vgl. dazu auch Der Textilarbeiter Nr. 36 v. 5. Juni 1919 sowie den auf dem Verbandstag eingebrachten Antrag von Jäckel, wo gegen die "geforderte Proklamierung der freien Wirtschaft in der Textilindustrie durch die Reichsregierung und organisierten Textilunternehmer" protestiert wird. Vgl. Prot.DTV-1919, S. 19. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde am 29. August 1919 durch einen Erlaß der Reichsregierung gegen den Willen des MSPD-Ministers Wissell verfügt.

zeigte, die von seiten des USPD-Gewerkschaftsflügels eingebracht worden war:

"Der Verbandstag lehnt die während der Kriegsjahre von den Gewerkschaftsinstanzen geführte Politik des 4. August ab. Er verurteilt die Schreibweise des "Textilarbeiter" und bedauert, daß der Vorstand diese Schreibweise gebilligt hat. Er erwartet von der künftigen Tätigkeit des Vorstandes und der Redaktion Stärkung der Arbeiterposition im Sinne der revolutionären sozialistischen Gewerkschaftsgrundsätze." (150)

Die Resolution wurde mit einer klaren Mehrheit von 206 (= 203.182 vertretene Mitglieder) gegen 52 (= 55.007 vertretene Mitglieder) angenommen.¹⁵¹⁾ Als Ausdruck der Stärke der gewerkschaftlichen Opposition in verschiedenen Zentren der Textilindustrie stimmten für die von USPD-Anhängern eingebrachte Resolution geschlossen die Delegierten aus Crimmitschau (4), Stuttgart (4), Berlin (5), Barmen-Elberfeld (8), Gera (3), Hof (4), Leipzig (4), während in Plauen von den 7 Delegierten 6 dafür votierten.¹⁵²⁾

Die Diskussion um die Kriegspolitik der Gewerkschaftsführung spielte, wie auf allen Verbandstagen der Einzelgewerkschaften, eine dominierende Rolle, wobei Hermann Jäckel als Vorsitzender des Verbandes und Gegner dieser Politik seine Haltung unter dem Beifall der Delegierten offenlegen konnte, als er ausführte:

"In dem Augenblick, in dem ich die Überzeugung gewann, daß der Krieg nicht das ist, wofür man ihn ausgegeben... war es meine Pflicht als Sozialdemokrat in Opposition zur offiziellen Parteipolitik und als Gewerkschafter in Opposition zur Politik der Generalkommission und der sie stützenden Vorstandskonferenzen zu treten... Soweit es mir bei meiner isolierten Stellung im Vorstand möglich war, habe ich direkt im Sinne meiner oppositionellen Gesinnung gewirkt." (153)

150) Vgl. Prot.DTV-1919, S. 119.

151) Ebd., S. 20. Stimmberechtigt waren 260 Delegierte, davon 32 weibliche.

152) Ebd., S. 164 ff. (Abstimmungsergebnis).

153) Ebd., S. 67 ff.

Bei der Neuwahl des Vorstandes, der insgesamt 10 Mitglieder umfaßte, wurden der mit der USPD sympathisierenden Opposition nunmehr 6 Sitze eingeräumt, wobei sie auch die Schriftleitung des "Textilarbeiters" übernahm.¹⁴⁵⁾ Bei der Wahl des Vorsitzenden erhielt Hermann Jäckel die meisten Stimmen, während auch Hübsch (MSPD) Vorsitzender blieb.¹⁵⁵⁾ Ein Antrag, den Druck des Verbandsorgans der "Vorwärts"-Druckerei zu entziehen und der "Freiheit" zu übergeben, wurde dementsprechend angenommen.¹⁵⁶⁾ Eine Abwahl von Gewerkschaftern aufgrund deren parteipolitischer Haltung erfolgte mit Ausnahme der Umbesetzung der "Textilarbeiter"-Redaktion in keinem Fall, auch wenn dies von dem Vorstandsvorsitzenden Hübsch angenommen und ausgesprochen worden war.¹⁵⁷⁾ Als im Verlauf des Verbandstages der Punkt "Arbeitsgemein-

154) Anstelle des Mehrheitssozialdemokraten Krätzig wurde nun Dressel (USPD) zum neuen Schriftleiter ernannt. Vgl. dazu auch Jäckel (Prot. DTV-1919, S.153 f.): "Die Mehrheit hat durch ihre Urabstimmung zum Ausdruck gebracht, daß unser Verband auf dem Standpunkt der Opposition innerhalb der Gewerkschaftsbewegung steht. Diese Richtung muß selbstverständlich künftig bestimmend auch im Fachblatt zum Ausdruck kommen, aber die andere Richtung darf auch nicht vergewaltigt werden."

155) Jäckel erhielt bei den Vorstandswahlen mit 260 Stimmen die höchsterreichbare Stimmenzahl. Hübsch (MSPD) als gleichberechtigter Vorsitzender 223 Stimmen. Vgl. a. OVZ Nr. 174 v. 29. Juli 1919.

156) Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Hübsch auf dem Verbandstag des DTV im Jahre 1921, wo er bemerkte, daß das Verbandsorgan seit dem 1. März 1921 vom "Freiheit"-Verlag gedruckt wurde. S.a. Prot. DTV-1921 S. 95.

157) Vgl. Prot.DTV-1919, S. 101 f., (Hübsch): "Ich habe gestern erklärt, daß ich der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei angehöre und daß ich meine Parteilstellung nicht preisgeben will, um einen Posten in der Organisation zu behalten.(Beifall und Rufe: Das verlangt kein Mensch!)"

schaften und Betriebsräte" auf der Tagesordnung stand, wurde von Hübsch die Wichtigkeit der kollektiven Arbeitsverträge im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften betont, denn im Gegensatz zu anderen Industriesparten seien die Arbeitsgemeinschaften für die Textilarbeiterschaft günstig gewesen, weil dadurch das Lohnniveau erhöht, die Richtlinien für die Akkordarbeit verabschiedet sowie die Wochenarbeitszeit verkürzt worden seien.¹⁵⁸⁾ Daß die sich mit der USPD-Gewerkschaftspolitik identifizierende Opposition in dieser Frage nicht einfach auf die generelle Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften aus ideologischen Gründen einschwenkte, wie das von KPD-Seite geschah, verdeutlichten verschiedene Stellungnahmen, wobei von der gemäßigteren USPD-Seite die kollektiven Arbeitsverträge als unerläßlich angesehen wurden.¹⁵⁹⁾ Besonders Jäckel selbst, Hauptrepräsentant dieser Richtung, wies in diesem Zusammenhang auf die Sonderstellung der Textilindustrie mit ihren zahllosen Klein- und Mittelbetrieben hin, in denen der Unternehmer noch unersetzlich und eine Sozialisierung noch nicht im Bereich des Möglichen sei.¹⁶⁰⁾

Im Gegensatz zu bestimmten Parolen der USPD-"Linken", in diesem Verband ohnehin nur mit einem geringen Rückhalt, verkörperte Jäckel den Typ des verantwortungsbewußten alten

158) Die Arbeitsgemeinschaft in der Textilindustrie setzte sich zusammen aus 15 Fabrikanten und 15 Vertretern der Arbeitsorganisationen (10 vom DTV, 3 von den Christlichen Gewerkschaften und 2 von den Hirsch-Dunckerschen)

159) Vgl. a. Prot.DTV-1919, S. 115. Von der Verwaltungsstelle Gera wurden die Arbeitsgemeinschaften grundsätzlich abgelehnt, während sie von dem Berliner Gauleiter Kotzke, der später die UPSP im Reichstag vertrat, als notwendig angesehen wurden.

160) Ebd.

Gewerkschaftsführers und erst in zweiter Linie den Vertreter von USPD-Programmatik. Sein Standpunkt in der zukünftig innerhalb der USPD umstrittenen Frage des Verhältnisses zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften, war bereits zu diesem Zeitpunkt eindeutig auf eine Integration ersterer in den Gewerkschaftsbereich angelegt:

"Es gibt Leute links, die sagen, daß die Gewerkschaften überflüssig sind; eine Ansicht, die ich für ganz verrückt halte. Es gibt Leute rechts, die den Betriebsräten jede Existenzberechtigung absprechen. Ohne das in den Gewerkschaften aufgespeicherte Spezialwissen kann die Arbeiterbewegung nicht vorwärts kommen. Die Betriebsräte machen die Gewerkschaften nicht überflüssig, sie müssen organisch verbunden sein mit den Gewerkschaften."¹⁶¹⁾

Bereits auf einer vor dem Verbandstag stattgefundenen Gaukonferenz der Gewerkschaft hatte Jäckel seinen Standpunkt über das immer mehr in den Vordergrund rückende Thema "Gewerkschaften und Arbeiterräte" dargelegt, wobei er zwar die Neigung der Gewerkschaftsbeamten zur Bürokratisierung sowie deren Überlastung durch den Tageskampf für die Arbeiterschaft ansprach, seiner Auffassung nach aber die Gewerkschaften durch den Druck der Massen "revolutioniert" werden konnten, ohne daß Betriebsräte und Gewerkschaften voneinander getrennt werden müßten. Die Betriebsräte dürften dabei aber auch "nicht mehr bloß Anhängsel der alten Gewerkschaftsbükratie sein".¹⁶²⁾

In dieser Auffassung stimmten ihm alle im Verband tätigen USPD-Gewerkschaftsfunktionäre zu.¹⁶³⁾ Daß die Frage: Selbständige Betriebsräte oder Betriebsräte aus der freien Gewerkschaftsbewegung?, schon bald im Mittelpunkt stand, zeigte der Kongreß der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse

161) Ebd., S. 123.

162) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 23 v. 6. Juni 1919 sowie Nr. 29 v. 18. Juli 1919.

163) Ebd., Nr. 27 v. 5. Juli 1919.

der Textilindustrie vom 22./23 Februar 1920, ¹⁶⁴⁾ wo vom USPD-Gewerkschaftsflügel in der Person Jäckels Kritik am Betriebsrätegesetz, aber niemals ein Zweifel darüber geäußert wurde, daß die Betriebsräte in der Hand der freien Gewerkschaften bleiben mußten, wo allein über 80 Prozent aller gewerkschaftlichen Betriebsräte des DTV organisiert waren. ¹⁶⁵⁾ Jäckel, der sich selbst als "großen Anhänger des Rátesystems" bezeichnete, ¹⁶⁶⁾ wies darauf hin, daß im Textilarbeiterverband alle Parteien, USPD, MSPD und KPD, sowohl in der Zentralverwaltung als auch in der Provinz, diese Ansicht einer Integration der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften teilen würden. Rudolf Hilferding, als Referent der USPD auf diesem Kongreß anwesend, beschäftigte sich in erster Linie mit der verfehlten Regierungspolitik der MSPD, die für die Textilarbeiterschaft von besonderem Nachteil gewesen sei und betonte ebenfalls den Führungsanspruch der Gewerkschaften gegenüber den Betriebsräten. ¹⁶⁷⁾

Die Abgrenzung der USPD zur KPD im Rahmen der Gewerkschaftspolitik gestaltete sich 1919 im Textilarbeiterver-

164) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Kongresses der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie, abgeh. zu Leipzig am 22./23. Febr. 1920, o.O.u.J.

165) Wie dominierend im Bereich der Gewerkschaften der freigewerkschaftliche DTV im Verhältnis zu seinen Konkurrenzorganisationen gewesen ist, zeigt eine Zusammenstellung der Betriebsräte und Betriebsobleute der Textilindustrie von 1920, wonach von insgesamt 16.976 Vertretern dieser Kategorien allein 14.037 (=82,7%) dem DTV angehörten. Ebenso gestaltete sich das Verhältnis in den größten Gaubezirken, mit Ausnahme von Düsseldorf, wo auch die christliche Gewerkschaftsbewegung relativ stark gewesen ist (DTV: 1.752 Betriebsräte-Christl.: 559). Vgl. Merkblätter Nr. 1 v. 1. Dez. 1920.S.7.

166) Vgl. Prot. Kongreß d. Betriebsräte DTV-1920, S. 23.

167) Ebd., S. 34

band ausgeprägter als beispielsweise im Metallarbeiter- oder Schuhmacherverband, denn führende USPD-Gewerkschaftsfunktionäre betrieben bereits zu diesem Zeitpunkt eine Abgrenzungsstrategie gegenüber der KPD, auch wenn man Angehörige der KPD noch in Funktionärpositionen duldete. Neben Hermann Jäckel, der dafür sorgte, daß die gewerkschaftsbejahende Richtung innerhalb des Verbandes den Ton angab, hatten auch andere Funktionäre wie etwa Fritz Puchta, ebenfalls USPD-Mitglied, in diesem Sinne auf die Verbandsmitgliedschaft eingewirkt. Er hielt am 27. März 1919 im Gewerkschaftshaus zu Plauen ein Referat zu dem Thema "Wir und die Kommunisten", in dem er die von den Kommunisten geforderte "nackte Räte-herrschaft, Rätediktatur" scharf ablehnte und als Alternative dazu die "proletarische Herrschaft durch Anwendung parlamentarischer Hilfsmittel" in Verbindung mit der Rätegewalt propagierte.¹⁶⁸⁾ Dabei richtete er seine Kritik gegen die von dem linken USPD'ler Däumig entworfene Theorie des "reinen Rätesystems", wonach lediglich Arbeiter das Wahlrecht ausüben sollten und somit andere Schichten der Gesellschaft, die "produktive Arbeit"verrichteten, ausgeklammert würden.¹⁶⁹⁾ Ebenso wie auf gewerkschaftlicher Ebene dominierten in den Bereichen der Textilindustrie die gemäßigteren Kräfte der USPD, was sich später auch bei der Spaltung der USPD zeigte, wo sämtliche Textilarbeiterhochburgen mehrheitlich einen Anschluß an die Kommunistische Internationale ablehnten.¹⁷⁰⁾

168) Vgl. Puchta, Fritz, Unabhängige Sozialdemokratie oder Kommunistische Partei? Leipzig 1920, S. 11 f. Dieser Vortrag von 1919 wurde im Verlauf der USPD-Spaltung in Leipzig gedruckt, um gegen die Annahme der 21 Bedingungen eingesetzt zu werden.

169) Ebd.

170) Vgl. hierzu die ausgezeichnete Arbeit von Wheeler, R.F., USPD und Internationale, S. 254, der hier in einer Tabelle die Ergebnisse der Urwahlen zu den 21 Bedingungen der Komm. Internationalen zusammengestellt hat, wonach etwa 67 Prozent der in den Zentren der Textilindustrie an den Urwahlen teilnehmenden USPD-Mitglieder gegen die Annahme der Bedingungen stimmten.

Zu parteipolitisch motivierten Ausschlüssen aus dem Verband kam es, abgesehen von einer Ausnahme nicht. In diesem Fall hatte sich ein Verbandsangehöriger politisch zu intensiv für die MSPD engagiert und daraufhin die Berliner Ortsverwaltung mit einem Ausschußverfahren reagiert.¹⁷¹⁾

Auf der anderen Seite kam es schon vor, daß an die Ausschreibung von Gewerkschaftsfunktionärsposten auf örtlicher Verbandsebene die Bedingung geknüpft wurde, daß der betreffende Kollege der USPD angehören müßte.¹⁷²⁾ Im Verhältnis zu anderen Verbänden innerhalb der Gewerkschaftsbewegung war dieses Verhalten aber nicht unbedingt außergewöhnlich.

171) Es handelte sich dabei um den ehemaligen Redakteur des "Textilarbeiter", Krätzig, der vor dem 1. Okt. 1919 unter dem Vorwand ausgeschlossen worden war, mit seinen Beitragszahlungen länger als sechs Wochen in Rückstand gewesen zu sein. Vgl. Prot. DTV-1921, S. 97 f.

172) Vgl. hierzu auch Ausführungen, die rückwirkend auf dem Verbandstag des DTV von 1921 in Jena wiedergegeben wurden, z.B. den Diskussionsbeitrag von Kußner-Crefeld, Prot.DTV-1921, S. 102, f.:
"...Wer den Schritt zur USP nicht mitmachte, wurde als Kollege zweiter Klasse eingeschätzt. Der beste Beweis dafür ist, daß ein großer Teil der USP-Kollegen die Mehrheits-Kollegen vor die Konsequenzen stellen wollte, daß in einer Unmasse Ausschreibungen von Geschäftsführern zur Bedingung gemacht wurde, daß der betreffende Kollege der USP angehören müsse."

6. Auseinandersetzungen in der USPD über das Verhältnis der Gewerkschaften zu den "Selbständigen Betriebsräten" (1919 - 1920)

Die Gewerkschaftsfrage war innerhalb der USPD weitgehend ausgeklammert worden, weil zwischen den verschiedenen Parteiflügeln gegensätzliche Meinungen bestanden, die für die Einheit der Partei einen gefährlichen Zündstoff enthielten. Hatte Koenen vom linken USPD-Flügel auf der Reichskonferenz der USPD im September 1919 in Berlin fünf verschiedene Gewerkschaftsströmungen innerhalb der Opposition aufgeführt, wobei er die Zentrale der Betriebsräte favorisierte, die die Gewerkschaftsbewegung ablösen sollte,¹⁾ so hatte der

1) Vgl. hierzu den Bericht im Correspondenzblatt Nr. 40 v. 4. Okt. 1919, wo diese von Koenen angegebenen 5 Strömungen der gewerkschaftlichen Opposition wiedergegeben sind. In Klammern jeweils die Stellungnahme Koenens:

"1. Die extremste: Syndikalismus (alleinige Wirksamkeit der direkten Aktion, mit alten Fehlern des Föderalismus)

2. Besonders von Kommunisten getragen - will eine einheitliche politisch-gewerkschaftliche Bewegung, (ausgeschlossen, daß das eine einzige Bewegung schaffen kann).

3. Getragen von führenden Kommunisten und manchen Genossen der USP, will die Ausbildung von Betriebsorganisationen und ihre Zusammenfassung nach Industrien. Auf dieser Grundlage haben sich zunächst die Seeleute und Binnenschiffer selbständig gemacht (Tendenz beim Bergarbeiterverband, aber rückläufig). Auch eine Organisation der Eisen- u. Hüttenarbeiter u. eine Bauarbeiterorganisation auf dieser Grundlage haben sich gebildet (diese Absplitterungen sind zu bekämpfen!)

4. Die Bewegung der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition, die mit der eben gekennz. Strömung nicht prinzipiell in Widerspruch steht - Versagen der Parteileitung. Nichts ist geschehen, um die gewerkschaftliche Opposition zusammenzufassen (Ansätze erst in letzter Zeit). Bei den Bergarbeitern Umbau der Gewerkschaft schon erfreulich gelungen.

5. Gewerkschaften erledigt, weil sie alle Hoffnung auf das Räte-system setzt, jedoch Gewerkschaften wichtige Funktion beim Aufbau des Räte-systems.

4 Punkte entscheiden (Zentrale der Betriebsräte):

1. Ausschaltung der Bürokratie, d.h. wirkliche Demokratie
2. Anerkennung der Betriebsräte als Organe der Sozialisierung

USPD-Gewerkschaftsflügel gegen solche Auffassungen in der Partei scharf protestiert.

Auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD im November/Dezember 1919 in Leipzig, der im Anschluß an den für die USPD so erfolgreichen Metallarbeiterverbandstag von 1919 stattfand,²⁾ waren zum Punkt 4 der Tagesordnung, "Die Gewerkschaftsbewegung", lediglich 10 Anträge von USPD-Ortsverbänden eingegangen, die in ihrer Grundtendenz darauf hinausliefen, vor einer Zersplitterung der freien Gewerkschaften zu warnen, für die Einrichtung von großen Industrieverbänden, aber ebenso entschieden gegen sogenannte Arbeiterunionsen und Betriebsorganisationen zu agieren.³⁾ Es wurde jedoch gleichzeitig die Forderung erhoben, "die Funktionärstellungen der Gewerkschaften durch Parteiangehörige zu besetzen",⁴⁾ also direkt von seiten der Partei auf die Einzelgewerkschaften einzuwirken. Diese Einwirkung bestand zwar in der Praxis bereits, jedoch hatte man es von der Partei her vermieden, darüber einen offiziellen Parteitagsbeschluß herbeizuführen. Das Referat zur Gewerkschaftsfrage hielt auf dem Parteitag überraschenderweise Alfred Henke, der sich dieses ursprünglich mit Robert Dißmann hatte aufteilen wollen.⁵⁾ Henke

3. Änderung des Unterstützungswesens zu besserer Herausbildung des Kampfcharakters.

4. Anerkennung des Massenstreiks als eines politischen Kampfmittels."

2) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 30. Nov. bis 6. Dez. 1919 in Leipzig sowie über die erste Reichskonferenz der USPD vom 29. u. 30. Nov. 1919 in Leipzig, a.O. o.J.

3) Ebd., S. 15 f. Eine Ausnahme bildete hier ein Antrag der USPD-Wattenscheid, wo es u.a. hieß: Es ist zu verurteilen, daß leitende Personen der USPD die Ideen der Freien Arbeiterunion bekämpfen.

4) Ebd., vgl. Anträge auf S. 22 f. (Nr. 60-69).

5) Ebd., S. 402 ff.

ließ keinen Zweifel an der hervorragenden Stellung der Gewerkschaften bei Massenaktionen und stellte fest, daß die andauernd steigende Mitgliederzahl in denselben beweisen würde, daß die Arbeiterschaft gerade in den Gewerkschaften ihre Interessenvertretung am ehesten erblicken würde. Die Funktion von Arbeiterräten solle daher lediglich gegen die zunehmende Bürokratisierung in den Gewerkschaften wirken, wobei man den Einfluß der Räte nicht überschätzen dürfe.⁶⁾ Auch bei Henke wurde die Tendenz des USPD-Gewerkschaftsflügels deutlich: Man akzeptierte, daß die Gewerkschaften auch für Lohnerhöhungen und Tarifverträge eintreten, wollte aber durch ein Zusammenwirken von USPD und Gewerkschaften bei Massenaktionen eine grundlegende Veränderung des Status quo herbeiführen.⁷⁾ Auf die heikle Frage des Verhältnisses von Betriebsräten und Gewerkschaften ging er nicht ein, sondern konzentrierte sich auf die Propagierung von starken Industrieverbänden sowie die Ablehnung von durch Syndikalistinnen und Kommunisten favorisierten Betriebsorganisationen, die auch teilweise von linken USPD-Mitgliedern als geeignete Organisationsform betrachtet wurden.⁸⁾

Der von vielen Gewerkschaftsanhängern der USPD erwartete Referatsteil Robert Dißmanns wurde nicht mehr auf dem Parteitag eingebracht, stattdessen aber eine Resolution "Zur Gewerkschaftsfrage", die bereits auf dem Märzparteitag der USPD verabschiedet worden war und damit auch weiterhin als Richtlinie für die Gewerkschaftspolitik der USPD gelten sollte.⁹⁾ Die USPD-"Linke" war bestrebt, zu diesem Tages-

6) Ebd., S. 410.

7) Ebd., S. 409 (Henke): "Daß man heute mit kleinen Lohnerhöhungen nicht mehr auskommt, ist zu offensichtlich geworden, das zeigt die ungeheuerliche Teuerung jedem Arbeiter aufs deutlichste...Trotzdem ist es notwendig, daß die Gewerkschaften diesen Kampf um Erhöhung der Löhne führen."

8) Vgl. Anträge der USPD-Wattenscheid, Nr. 68 und 69.

9) Ebd., S. 436 ff. Vgl. a. Sonderdruck des Zk der USPD, USPD und Gewerkschaften-Res. zur Gewerkschaftsfrage nebst der Begründungsrede des Genossen Robert Dißmann, F.a.M., Berlin, o.J.

ordnungspunkt als Korreferenten noch Richard Müller aufzubieten, um von ihrer Gruppierung den Verdacht des Syndikalismus zu nehmen.¹⁰⁾ Josef Simon gelang es jedoch, dies zu verhindern, indem er auf die Verbindlichkeit der Resolution hinwies. Dadurch kam es lediglich zu einer Erklärung von Richard Müller, in der er einen Antrag der USPD-Frankfurt kritisierte, der sich gegen die von der USPD-"Linken" praktizierte Zusammenarbeit mit Kommunisten bei einer Reichskonferenz der Betriebsräte richtete und für den er Dißmann verantwortlich machte. Es war offensichtlich, daß Dißmann sein vorgesehenes Referat zurückgezogen hatte, um Richard Müllers Korreferat dadurch hinfällig zu machen, der sich, laut eigener Aussage, bereits auf eine Erwidierung des Dißmann'schen Referates eingerichtet hatte.¹¹⁾

Dißmann wollte mit seiner Zurückhaltung in einer Phase zunehmender USPD-Erfolge innerhalb der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen vermeiden, daß sich die USPD auf diesem Parteitag in der Gewerkschaftsfrage auf verschiedene Standpunkte festlegte, was bei den Mitgliedern der Gewerkschaften nur Verwirrung hervorgerufen hätte. Er sah in der Resolution vom März 1919, im Gegensatz zu Müller, eine ausreichende Richtlinie für die Parteigenossen gewährleistet, während dies im Plenum nicht immer der Fall war.¹²⁾ In der Resolution war zwar das Räte-system verankert, aber auf der anderen Seite hieß es, "daß der Zeitpunkt verfrüht sei, um bereits die Stellung der Gewerkschaften im zukünftigen Gesellschaftsleben in seinen Einzelheiten festzulegen." Zusätzlich forderte man alle USPD-Mitglieder dazu auf, sich in den Gewerkschaften zu betätigen und

10) Ebd., S. 437.

11) Ebd., S. 439 ff. Vgl. hierzu auch den Kommentar in der OVZ Nr. 287 v. 8. Dez. 1919, wonach Dißmann "auf sein Mandat als Mitreferent verzichtete und seine Resolution zurückzog, weil er mit Rücksicht auf die schwierige Situation im Metallarbeiterverband die Verantwortung ablehnte."

12) So kamen im Verlaufe des Parteitages Proteste von USPD-Ortsvereinen auf, daß sie im Rahmen der Gewerkschaftsfrage nicht ihren Standpunkt darlegen durften.

sprach die Empfehlung aus, eine zentrale Kommission einzusetzen,

die mit Unterstützung gleicher Kommissionen in den einzelnen wirtschaftlichen Gebieten des Landes die weitere Entwicklung der Gewerkschaften, ihre Tendenzen und Erscheinungen beobachtet.."13)

Die Resolution war so angelegt, daß sich sowohl der USPD-Gewerkschaftsflügel als auch die Anhänger des Rätesystems, wenn auch nur begrenzt, bestätigt sehen konnten. Dißmann selbst ging es aber zu diesem Zeitpunkt in erster Linie darum, die Einheit der USPD zu wahren. Von der Gewerkschaftsführung wurde, wie bereits nach der im September 1919 stattgefundenen Reichskonferenz der USPD, der vom USPD-Flügel häufig propagierte Begriff der "Revolutionierung der Gewerkschaften" auch nach diesem Parteitag wieder heftig kritisiert. Unter dem Schlagwort der "Revolutionierung" wollte man dabei den Willen zur Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung erkennen. Außerdem befürchtete man von der Wirkung dieses Schlagwortes eine verstärkte Hinwendung von Unorganisierten zur USPD-Richtung.¹⁴⁾

Die Gewerkschaftsführung, parteipolitisch mit der MSPD verbunden, konnte es sich aus taktischen Gründen selbstverständlich nicht leisten, innerhalb der USPD zu differenzieren. Dazu war sie erst ab September 1920 bereit, als sich der USPD-Gewerkschaftsflügel energisch einer Majorisierung durch die KPD widersetzte.

Um die Jahreswende 1919/1920 war durch die verstärkten parteipolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zwischen USPD und MSPD einerseits, USPD-Gewerkschaftsflügel und USPD-"Linken" sowie KPD andererseits,

13) Ebd., S. 436 f., Resolution der Gewerkschaftsfrage.

14) Vgl. a. Bußmann, Bernhard, Die Freien Gewerkschaften während der Inflation. Die Politik des ADGB und die soziale Entwicklung in den Jahren 1920-1923, Diss. Kiel 1965, S. 76.

die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zweifellos in Gefahr. Die einheitliche "wirtschaftliche Arbeiterbewegung"¹⁵⁾ bestand zu diesem Zeitpunkt nur noch auf dem Papier, wenn man sich auch von seiten des USPD-Gewerkschaftsflügels und der MSPD-Gewerkschaftsanhänger bemühte, eine Spaltung zu verhindern. Diese Tendenz zeigte sich besonders in den Einzelgewerkschaften, wo man über gewerkschaftliche Themen wieder zu einem Konsens kam und sich den Stellenwert der gewerkschaftlichen Einheit immer wieder bewußt machte, wenn es auch vorübergehend zu regionalen Absplitterungen gekommen war.

6.1. Die Reaktion des USPD-Gewerkschaftsflügels auf die Propaganda Richard Müllers für eine "Selbständige Betriebsrätezentrale"

Richard Müller, Hauptinitiator und geistiger Leiter der "Selbständigen Betriebsrätezentrale" in Berlin, hatte als Redakteur der Metallarbeiterzeitung,¹⁶⁾ unmittelbar nach der für die USPD so erfolgreichen Reichstagswahl vom Juni 1920, das Gewerkschaftsorgan dazu benutzt, Werbung für eine von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsrätebewegung zu machen,¹⁷⁾ was Konsequenzen nach sich ziehen soll-

15) Vgl. Sozialdemokratische Correspondenz vom 22. Febr. 1920.

16) Seit dem Stuttgarter Verbandstag von 1919 leiteten die beiden USP-Mitglieder Richard Müller (linker USPD-Flügel) und Paul Haase die Redaktion der MAZ.

17) Vgl. MAZ Nr. 24 v. 12. Juni 1920.

te.¹⁸⁾

Im Anschluß daran wurde eine Sitzung des erweiterten Beirates des Metallarbeiterverbandes gegen Ende Juni 1920 einberufen, wobei auch eine Aussprache über die Haltung der Metallarbeiterzeitung auf der Tagesordnung stand. Alwin Brandes, zusammen mit Robert Dißmann Vorsitzender des DMV, griff dabei seinen Parteikollegen und gleichzeitigen Redakteur der Metallarbeiterzeitung sowie auch generell die "Selbständige Betriebsrätezentrale" in Berlin scharf an und betonte für den Gesamtverband der Metallarbeiter, daß eine Unterordnung unter eine bestimmte Rätezentrale für die Gewerkschaften unakzeptabel sei.¹⁹⁾ Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes verlangte von Richard Müller, daß er seinen "zweiten Hauptberuf" als Leiter in der Geschäftsstelle der Betriebsrätezentrale aufgeben sollte und legte darüberhinausgehend dem erweiterten Beirat eine Erklärung vor, daß Müller als Redakteur der einflußreichsten Zeitung einer Einzelgewerkschaft nur weiterbeschäftigt werden könnte, wenn er

1. künftig im Einvernehmen mit dem Vorstand arbeiten
2. seine Doppelstellung in Berlin aufgeben würde.

Falls dies jedoch nicht der Fall sein sollte, müsse er die Stelle des Redakteurs aufgeben.²⁰⁾

18) Müller hatte bereits das Betriebsrätegesetz der Regierung vor dessen Verabschiedung immer wieder heftig kritisiert; die Konzeption einer selbständigen Betriebsrätezentrale kam verstärkt erst nach der Reichstagswahl vom Juni 1920 auf. Vgl.a.MAZ Nr.3 v. 17.Jan.1920, R.Müller: "Nicht Betriebsmamelucken, sondern revolutionäre Betriebsräte."

19) Vgl.MAZ Nr.26 v. 26.Juni 1920, (Brandes): "...Richard Müller hat eine förmliche Sucht, das Gegenteil von dem zu tun, was der Vorstand macht und der Verbandstag beschlossen hat...Die Betriebsrätezentrale in Berlin arbeitet in bestimmter Beziehung gegen die Gewerkschaften, Richard Müller als hervorragender Funktionär des Verbandes ist dabei stark beteiligt." Vgl.a.MAZ Nr.13 v. 29.März 1920, wo Dißmann Müller "geistige Verwirrung der Mitglieder" vorwarf.

20) Vgl. MAZ Nr. 26 v. 26.Juni 1920.

Müller brachte zu seiner Rechtfertigung vor, daß er in Berlin keine engagiertere Tätigkeit als Robert Dißmann innerhalb der USPD ausübe und daß der Stuttgarter Verbandstag des DMV das wirtschaftliche Rátesystem und dessen Ausbau zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus gefordert habe. Eine kritische Bemerkung Müllers gegenüber der Einstellung einer Redakteurin für die Betriebsrátezeitschrift des Metallarbeiterverbandes, die nach seiner Einschätzung "hintenherum" erfolgt sei, wies Dißmann energisch zurück,²¹⁾ wobei er seinerseits Müller Vorhaltungen machte, die Richtlinien des ADGB über die Betriebsráte zu sabotieren, indem er sich nicht daran halte, daß die Kandidaten allein von den Gewerkschaften aufzustellen seien.²²⁾

Erhielt Müller von den Vertretern der Berliner Gewerkschaftskommission im Beirat, von Ziska, Rusch und Jeitner, weitgehende Unterstützung, so tendierte die Mehrheit der Beiratsmitglieder zur Seite des Vorstandes, weil man grundsätzlich die Auffassung vertrat, daß Müller sich auf ein Terrain begeben habe, das für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung äußerst bedenklich sei, zumal durch die Rezeption seiner Artikel in der MAZ auch die DMV-Mitgliedschaft in eine gewerkschaftsschädigende Diskussion gestürzt werde. In diesem Sinne sprachen sich die Beiratsmitglieder Rößler (Halle), Lieberasch (Leipzig),²³⁾ Vorhölzer (Stuttgart),

21) Es ging dabei um die Einstellung Toni Senders (USPD), einer Anhängerin des USPD-Gewerkschaftsflügels sowie Dißmann privat sehr nahestehend. Sie wurde als führende Redakteurin der "Betriebsráte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie" von Dißmann eingestellt. Vgl. a. Sender, Toni, The autobiography of a German Rebel, S.167 und MAZ Nr. 26 v. 26.Juni 1920.

22) Vgl. MAZ Nr. 26 v. 26.Juni 1920.

23) Ebd., (Lieberasch)"...In der Rátefrage müssen die realen Machtverhältnisse berücksichtigt werden. Müllers Theorien sind ein Zukunftsgebilde und er versteift sich darauf, dieses Gebilde gegenwärtig aufzupropfen.. Durch seine Artikel wird ein Geist geweckt, der die Zerschlagung des Verbandes nach sich zieht.."

Bernhard (Frankfurt)²⁴⁾, Oettinghaus (Gevelsberg), Kaulfes (Magedburg) und Schulenburg ((Karlsruhe) für die Konzeption des Vorstandes aus.²⁵⁾ Somit kam es auf Veranlassung des USPD-Gewerkschaftsflügels, in erster Linie repräsentiert durch Brandes und Dißmann, zu einer Resolution, die Müller vor eine klare Alternative stellte:

"Der erweiterte Beirat billigt die Haltung des Vorstandes, die derselbe unter Wahrung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages gegenüber der Haltung des Kollegen Rich. Müller, der Redakteur unseres Verbandsorgans ist, eingenommen hat und verlangt, daß die Redaktion den Vorstand in seiner Haltung unterstützt. Von dem Kollegen Müller ist zu verlangen, daß er seine Redaktionstätigkeit in Stuttgart ausübt und der Redaktion seine Kraft widmet. Die Doppelbestellung und Haltung, die Kollege Rich. Müller bisher als Vorsitzender der Berliner Betriebsrätezentrale und andererseits als Redakteur unseres Verbandsorgans einnimmt, ist eine unhaltbare für unsere Organisation.

Der erweiterte Beirat nimmt Kenntnis von der Erklärung des Vorstandes, in besonderen Sitzungen mit der Redaktion alle Fragen zu besprechen, die eine gemeinsame Aussprache von dem einem oder anderen Teil erwünscht erscheinen lassen."²⁶⁾

Nach der Annahme dieser Resolution durch den erweiterten Beirat des DMV sah sich Richard Müller veranlaßt, sein Amt als Redakteur der Metallarbeiterzeitung niederzulegen, wobei er in einer Erklärung ausdrücklich darauf hinwies, daß er nicht Vorsitzender der Betriebsrätezentrale sei.²⁷⁾

24) Ebd., (Bernhard): "...In der Brust Müller wohnen zwei Seelen: die eine ist in der Betriebsrätezentrale in Berlin, die andere in der Redaktion in Stuttgart. Das ist nicht angängig. Die Redaktion muß den Vorstand in seinem Maßnahmen unterstützen."

25) Ebd.

26) Ebd.

27) Die Leitung der Betriebsrätezentrale lag formal nicht bei Müller, aber zweifellos hielt er die organisatorischen Fäden in der Hand. Neben E. Däumig, dem Schriftleiter des "Arbeiterrats" bildeten Paul Neumann, Metallarbeiter, Teiln. des I. Rätekongresses sowie ab 1921 MdL des Preuss. Landtages für die VKPD und Heinrich Malzahn, Schlosser, Mitglied des Berliner Vollzugsrates, Teiln. a.I. Rätekongreß sowie 1920-1924 MdR (USPD/KPD/KAG), zwei in der Organisation der R.O. bekannte Führerpersönlichkeiten, das Rückgrat dieser Organisation.

Seine Anhängerschaft in den Gewerkschaften mahnte er, in diesen zu verbleiben und auf eine "Revolutionierung" derselben hinzuarbeiten.²⁸⁾ Der Vorstand reagierte auf Müllers Vorhaltungen mit Vorlage von Beweisstücken, daß Müller die Gewerkschaften als die den Räten untergeordneten Organisationen einstufte,²⁹⁾ was für den DMV-Vorstand, mehrheitlich vom USPD-Gewerkschaftsflügel repräsentiert, für untragbar gehalten wurde. Die Kreise der USPD-Gewerkschaftsführung waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr dazu bereit, diesem Treiben tatenlos zuzusehen, nicht zuletzt, weil sie innerhalb der eigenen Partei eine rasch anwachsende Steigerung dieser antigewerkschaftlichen Strömung befürchteten.³⁰⁾ Eine Propaganda für die unabhängige Betriebsrätezentrale im Organ der Metallarbeiter wollte der Vorstand nicht mehr dulden. Daher wurde auch die Nummer 18 der Metallarbeiterzeitung auf Anweisung des Vorstandes eingestampft;³¹⁾ ein

28) Ebd. (Müller):er:"Ich weiß, daß die Vorgänge, die mein Ausscheiden veranlassen, den Unwillen mancher Kollegen erregen werden. Ich möchte an diese Kollegen die Bitte richten, sich nicht zu unüberlegten Handlungen verleiten zu lassen..."

29) Ebd. Vgl. Erklärung des DMV-Vorstandes "Diese selbständige Betriebsräteorganisation soll "ein überparteiliches" Gebilde werden, analog dem Beschluß der Reichskonferenz der Betriebsräte, der am 24. und 25. Oktober nach einem Referat des Kollegen Rich. Müller in Halle gefaßt wurde und der in seinem entscheidenden Satz lautete: "Vielmehr muß über diese Organisationen (Partei und Gewerkschaft) ein Rätssystem gebildet werden, das ohne zunächst die bestehenden Kampforganisationen der Arbeiter zu beseitigen, alle Kräfte des werktätigen Volkes zu einer Kampforganisation zur Erkämpfung des Sozialismus vereinigt..."

30) Vgl. Geyer, Curt, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Curt Geyer, hrsg. v. Benz, W./Graml, H., Stuttgart 1976, S. 144.

31) Vgl. a. Bußmann, B., Die Freien Gewerkschaften, S.106 f.

einmaliger Vorgang in der Geschichte der gewerkschaftlichen Opposition. Andererseits stellte diese Aktion des DMV-Vorstandes eine wichtige Station auf dem Wege der Annäherung von USPD- und MSPD-Gewerkschaftern innerhalb des DMV dar, die eine darüberhinausgehende Wirkung erzeugte, denn auch die Gewerkschaftsführung registrierte dieses Verhalten mit Genugtuung.

Richard Müller bediente sich in den folgenden Monaten anderer Presseorgane, um die USPD-Gewerkschaftsführung zu bekämpfen, wobei er sich insbesondere gegen den Vorstand des DMV wandte. Im Organ der USPD-"Linken", dem von Ernst Däumig redigierten "Arbeiterrat", führte er in einem Artikel, "Ein Jahr Entwicklung im Metallarbeiterverband", Klage darüber, daß der Vorstand des DMV die großen revolutionären Hoffnungen der Mitgliedschaft nicht erfüllt habe. Er kritisierte weiter, daß maßgebende Personen, - die "revolutionären" Mitglieder des DMV-Vorstandes -, die sich noch vor Jahresfrist als konsequente Vertreter des Räte-systems bezeichnet hätten, nunmehr mit den früheren Gegnern gemeinsame Sache machen würden.³²⁾ Mit dem faktischen Aus-schluß Müllers aus der Redaktion der Metallarbeiterzeitung hatten sich auch die Fronten innerhalb der USPD bezüglich der Gewerkschaftsfrage geklärt.

32) Vgl. Arbeiterrat Nr. 45/46 (1920), "Ein Jahr Entwicklung im Deutschen Metallarbeiterverband" (Richard Müller): "Die "revolutionären" Mitglieder des Vorstandes des DMV gehören mit einer Ausnahme zur Richtung Crispien-Hilferding und nennen sich noch U.S.P.D." Mit der Ausnahme dürfte Müller den Vorstandssekretär Otto Tost (Berlin) gemeint haben, der zu diesem Zeitpunkt zur Anhängerschaft Richard Müllers zählte. Tost, von Beruf Eisendreher in Berlin und damit Berufskollege von Richard Müller, war am 2. März 1919 zum 1. Bevollmächtigten der Berliner Verwaltungsstelle des DMV gewählt worden. Auf der 14. Generalversammlung des DMV in Stuttgart (Oktober 1919) wurde er als Sekretär in den Hauptvorstand des DMV berufen. Diese Stelle bekleidete er noch bis nach 1930. Vgl. dazu Heyde, Ludwig, Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. 2, Sp. 1695.

6.2. USPD-Gewerkschaftsflügel contra USPD-"Linke"

Von der Zeitschrift des linken USPD-Flügels, dem "Arbeiter-rat", dem eigentlichen Organ für die selbständige Betriebs-rätebewegung, wurden führende Gewerkschaftsvertreter der USPD in der Folgezeit immer heftiger attackiert, weil sie für gewerkschaftlich integrierte Betriebsräte eintraten und das Konzept einer Revolutionierung der Gewerkschaften durch eine selbständige Räteorganisation nicht dulden wollten. Berief man sich von der USPD-"Linken" immer wieder auf die während der Revolution von 1918/19 formulierte dominierende Stellung der Räte, so wurde ein Alleinvertretungsanspruch der Räte, insbesondere als Konkurrenz zu den Gewerkschaften, vom USPD-Gewerkschaftsflügel strikt abgelehnt. Zudem war diesem Anspruch auch während der Revolution keineswegs stattgegeben, vielmehr ein Zusammenwirken von Betriebsräten und Gewerkschaften noch am 25. November 1918 durch eine Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates von Großberlin propagiert worden.³³⁾

Wenn von einer Revolutionierung der Gewerkschaften im Sinne des USPD-Gewerkschaftsflügels die Rede war, so sollte diese aus dem Inneren der Gewerkschaften selbst erfolgen und dadurch eine neue Führung sowie Industrieverbände hervorbringen.

33) Vgl. Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates von Groß-Berlin vom 25. Nov. 1918, wo es unter dem Absatz "Gemeinsame Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften" hieß:

"Zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten haben sich die Betriebsräte mit den freien Gewerkschaften zu verständigen." Außerdem sollten im Falle von Verhandlungen der Räte mit anderen Organisationen die Gewerkschaften "unverzüglich benachrichtigt" werden. Vgl. Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte, H. 1., Das Gesetz über Betriebsräte, erläutert v. S. Aufhäuser, Berlin 1920, S. 24 f.

Innerhalb der Reichstagsfraktion der USPD versuchte man zwischen den beiden Flügeln der USPD zu vermitteln, indem man eine Kommission einsetzte, die sich über die wichtige Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte einigen sollte. Von der Räteseite wurden dabei Malzahn und Neumann, vom Gewerkschaftsflügel Simon, Dißmann und Jäckel, von der Parteileitung Ledebour, Koenen und Brass in diese Kommission entsandt.³⁴⁾ Es gelang jedoch auch von dieser Seite nicht, die unterschiedlichen Auffassungen auf einen Nenner zu bringen.

Dißmann und Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Angestellten, ebenfalls führendes USPD-Mitglied, wurden von der USPD-"Linken" nun an die Seite Legiens gestellt, was zumindest auf deren feste Absicht bezogen, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, seine Richtigkeit hatte. Der gewerkschaftlich ausgerichtete Flügel der USPD rückte durch die Angriffe von der linken USPD und den Kommunisten immer enger zusammen.

Anläßlich einer Beratung im Kreise führender USPD-Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre kam es dann zu folgender Erklärung, die der selbständigen Betriebsräteorganisation eine klare Absage erteilte und die bisher bei den Spaltungsursachen der USPD völlig vernachlässigt worden ist. Wegen ihrer zentralen Bedeutung soll sie hier wörtlich wiedergegeben werden:

"Erklärung

Die unterzeichneten U.S.P.-Mitglieder sind unentwegt bemüht, innerhalb ihrer gewerkschaftlichen Verbände frei von jedem Bürokratismus im Sinne des revolutionären Klassenkampfes zu wirken. Die Voraussetzung für eine durchgreifende Revolutionierung der Gewerkschaften wird jedoch beseitigt, wenn man ihnen ihre wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben entziehen will, um diese dringendsten Probleme des Klassenkampfes künftig

34) Vgl. Fraktionsprotokolle der USPD, 16.Dez.1919 bis 13. Juli 1922, IISG, hier: Protokoll vom 23.Juni 1920.

in eine Räteorganisation der Betriebsräte zu verlegen. Die Unterzeichneten legen Verwahrung dagegen ein, daß durch die Zentrale der Betriebsräte die Gewerkschaften im strikten Gegensatz zum Leipziger Aktionsprogramm zu Tarifmaschinen herabgedrückt werden sollen.

Die den Betriebsräten durch das Betriebsrätegesetz übertragenen Aufgaben sind solche der Gewerkschaften als ihre Vertreter im Betriebe gegenüber dem Unternehmer zu betrachten. Doch auch die über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinausgehenden Aufgaben der Betriebsräte können von den Aufgaben revolutionärer Gewerkschaften nicht getrennt werden. Das zwingt die Gewerkschaften, eine Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften vorzunehmen, um gemeinsam mit den Betriebsräten die großen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen wie wirtschaftspolitischen Aufgaben unter vollem Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel durchzuführen, wie den gemeinsamen revolutionären Klassenkampf zu führen bis zur Verwirklichung des Sozialismus.

Die Gewerkschaften müssen eine selbständige Betriebsräteorganisation wie die Erhebung besonderer Beiträge durch die Betriebsräte mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Der Einwand, daß eine besondere Räteorganisation dem Leipziger Aktionsprogramm entspräche, ist nicht stichhaltig, denn die darin erwähnte Räteorganisation bezog sich nicht auf die heute in Frage kommenden Betriebsräte.

Endlich müssen wir daran festhalten, unsere, vom Geist des revolutionären Sozialismus getragene Tätigkeit in den Gewerkschaften frei entfalten zu können. Letzteres kann nicht durch Parteibeschlüsse im einzelnen festgelegt werden.

gez.: Aufhäuser, Brandes, Bublitz, Hugo Cohn, Dißmann, Jäckel, Klose, Sabath, Schröder, Simon, Siegle, Vollmershaus, Fr. Schmidt, Reimann." 35)

- 35) Vgl. Arbeiterrat Nr. 27/1920. Der "Arbeiterrat" erschien 1919/20. Nach dem Anschluß der USPD-Linken mit der KPD stellte der AR Ende 1920 sein Erscheinen ein. Daß diese Erklärung der USPD-Gewerkschaftsspitze in den meisten USPD-Zeitungen nicht zu finden ist, läßt sich daraus erklären, daß man vor den wichtigen Abstimmungen betr. des außerordentlichen Parteitages der USPD in Halle sowie den Delegiertenwahlen zum 1. Reichsbetriebsrätekongreß keine erneute Unruhe in die Partei bringen wollte.

Die Gewerkschaftsführung rüstete nun, im Einvernehmen mit maßgeblichen USPD-Führern, gegen die Vertreter der "Selbständigen Betriebsrätezentrale" zum Gegenschlag. Den Anfang machte dabei der von dem USPD-Mitglied angeführte Hauptvorstand des einflußreichen Zentralverbandes der Angestellten, indem er am 18. Juni 1920 sechs oppositionelle Vertreter, teilweise auch Mitglieder der USPD-"Linken", aus dem Verband ausschloß, weil sie innerhalb der Gewerkschaft für die "Selbständige Betriebsrätezentrale" Propaganda betrieben hatten.³⁶⁾

Die vorläufige Zentrale der selbständigen Betriebsräte war in Berlin eingerichtet worden, ohne von der Berliner Gewerkschaftskommission getragen zu werden. Die Kommission verblieb nach wie vor auf ihrem Standpunkt, daß eine selbständige Räteorganisation von den Gewerkschaften nicht legitimiert werden könnte, den Betriebsräten aber innerhalb der Gewerkschaften ihre volle Selbständigkeit garantiert werden sollte. Eine Finanzierung der Betriebsräte sollte ausschließlich von den Gewerkschaften selbst getragen werden.³⁷⁾ Zweifellos war diese, nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen überraschende Festigkeit der Berliner Gewerkschaftskommission, auf die Erklärung der prominenten USPD-Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. In der neu gebildeten Betriebsrätezentrale saßen neben Däumig und Malzahn³⁸⁾ vorwiegend Vertreter des linken USPD-Flügels wie R. Müller, Neumann, Wegmann, Eckart und Stolt an den Schaltstellen. Die Position von Curt Geyer, in dessen Memoiren weit überzeichnet, war eher eine untergeordnete.³⁹⁾

36) Vgl. Arbeiterrat Nr. 26/1920. Ausgeschlossen wurden u.a. Hensel, Hirsch, Bender, Flesch, Beck, Philipp, sämtliche Mitglieder der USPD (linker Flügel).

37) Vgl. Arbeiterrat Nr. 27/1920.

38) Däumig und Malzahn, beide Reichstagsabgeordnete, gehörten der Betriebsrätezentrale als unbesoldete Mitglieder an.

39) Vgl. Geyer, C., Die rev.Illusion.

Die Kritik der Berliner USPD-Funktionäre, die sich dem linken Flügel der Partei zurechneten, an Robert Dißmann wurde immer stärker, weil man nun die Hoffnung aufgeben mußte, den Metallarbeiterverband auf die Seite des linken Flügels bringen zu können und Dißmann sich zudem wiederholt gegen das Räte-system ausgesprochen hatte.⁴⁰⁾ Dißmann machte kein Hehl daraus, daß es ihm bei der "Revolutionierung der Gewerkschaften" um das Lebensinteresse der Gewerkschaftsbewegung und nicht um eine Vorstufe zum Räte-system ging.

Vielmehr übte er Kritik am linken USPD-Flügel, während die MSPD und ein großer Teil der KPD, trotz ihrer politischen Gegensätzlichkeit, den Standpunkt vertreten würden, daß eine Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften zu erfolgen habe.⁴¹⁾ Zweifellos befürchtete er infolge des innerhalb der USPD kontroversen Standpunktes über diese Frage, eine negative Beeinflussung sowohl bei den Wählern als auch bei den in den Gewerkschaften organisierten Mitgliedern, die der neuen Massenpartei der Arbeiterbewegung schaden mußte. Jedoch war er für seine Einstellung bereit, auf allen USPD- und Gewerkschaftsversammlungen einzutreten.

So sprach er auch in einer Versammlung sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Vertrauensleute und Betriebsräte der Halleschen Betriebe, wo sich sowohl USPD- als auch zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre auf den Boden des Räte-systems gestellt hatten. Hier war sogar der auf dem Ver-

40) Vgl. Arbeiterrat Nr. 32/1920: "Heute gibt Dißmann die Parole aus: Gegen das Räte-system! Seine Richtlinien für die Erfassung der Betriebsräte richten sich gegen das Räte-system, und wenn Dißmann mit noch so viel Phrasen erklärt, er stehe auf dem Boden des Räte-systems, so beweisen seine Taten, daß er geradeso wie Legien der gefährteste Feind des Räte-systems ist."

41) Vgl. OVZ ,Nr. 180 v. 7. Aug. 1920.

bandstag des DMV von 1919 abgelehnte Passus der Müller'schen Resolution, wonach sich die Gewerkschaften den Betriebsräten unterzuordnen hätten, akzeptiert worden.⁴²⁾

Nahezu 2.000 Funktionäre nahmen an dieser Konferenz teil. Robert Dißmann trat mit seinem Referat über die gewerkschaftliche Zusammenfassung der Betriebsräte Wilhelm Koenen vom linken USPD-Flügel gegenüber, der über die selbständige Betriebsräteorganisation berichtete. Bereits vor der Konferenz waren die Weichen für den radikalen linken USPD-Flügel gestellt, der schon auf den Kurs der Kommunistischen Internationale eingeschwenkt war. Somit kam es zu der Verabschiedung einer Resolution, die "den Aufbau einer völlig selbständigen Betriebsräteorganisation als Voraussetzung für die Verwirklichung des wirtschaftlichen Rátesystems dringend" für geboten hielt.⁴³⁾

Das Hallesche Gewerkschaftskartell, welches fürchtete, durch diesen Beschluß mit dem ADGB in Konflikt zu geraten, zugleich aber das Votum der Funktionäre keineswegs mißachten wollte, entschied sich dahingehend, über diese Frage die Hallesche Arbeiterschaft in einer Urabstimmung endgültig entscheiden zu lassen.⁴⁴⁾ Verliefe also in Halle die Versammlung zuungunsten des gewerkschaftlichen Flügels, so trat auf einer Tagung der Betriebsräte Westdeutschlands für Rheinland, Westfalen und Lippe in Essen gerade das Gegenteil ein.⁴⁵⁾ Dasselbe galt für Frankfurt a.M., wo am 11. August 1920 die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte in einer

42) Vgl. MAZ Nr. 26 v. 26. Juni 1920.

43) Vgl. OVZ Nr. 185 v. 13. Aug. 1920.

44) Vgl. LVZ Nr. 163 v. 18. Aug. 1920.

45) Ebd. Hier wurde in einer Versammlung von 326 Delegierten zum Ausdruck gebracht, daß die Betriebsräte nur dann ihre Pflicht erfüllen könnten, wenn sie im engen Anschluß an die Gewerkschaften ihre Aufgaben in Angriff nehmen könnten."

Konferenz einstimmig dafür votierten, daß

"zum Zwecke der Machtergreifung der Betriebsräte durch die Masse der Organisation und zur Weitertreibung der Revolutionierung der Gewerkschaften wie Gesamtarbeiterschaft, die Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen der Gewerkschaften vorgenommen werden muß."46)

Es zeigte sich, daß gerade in Orten wie Berlin und Halle, wo die USPD zur stärksten politischen Partei geworden war, die radikalen Kräfte in der Partei stärker vertreten waren als in Städten, wo sie keine politische Vormachtstellung innehatten, wie zum Beispiel in Frankfurt, wo sich der gewerkschaftliche Anhang der USPD in den Industrievororten konzentrierte.⁴⁷⁾ Maßgeblichen Anteil an der in Frankfurt im Sinne des USPD-Gewerkschaftsflügels getroffenen Entscheidung hatte Toni Sender, Reichstagsabgeordnete der USPD, Redakteurin der Betriebsrätezeitschrift des DMV und enge Vertraute von Robert Dißmann.⁴⁸⁾ Dieser führte den Kampf gegen eine selbständige Betriebsrätezentrale unermüdlich fort und veröffentlichte in den dem USPD-Gewerkschaftsflügel nahestehende

46) Vgl. LVZ Nr.165 v. 20.Aug.1920.Das Ergebnis der Konferenz wurde von einer USPD-Mitgliederversammlung am 16.Aug. 1920 bestätigt.

47) Vgl. Hollenberg, Günter, Bürgerliche Sammlung der sozial-liberale Koalition?, in: VfZg 1919/3, S.422, wonach die USPD in Frankfurt ihre größten Erfolge bei der Industriearbeiterschaft in den westlichen Vororten verbuchte. Vgl. dagegen die Situation in Essen, wo sich USPD-Funktionäre bei einer Kreiskonferenz ihrer Partei in Essen (1920) mit 528:212 für die III.Internationale entschieden hatten.
S.a. Kühr, Herbert, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, S. 188 f., S. 201 ff.

48) Toni Sender redigierte seit 1920 die Betriebsräte-Zeitung für die Funktionäre der Metallindustrie.Vgl. a. Sender, Toni, The autobiography of a German rebel, S. 167 ff. T. Sender wurde auf Initiative von R.Dißmann als Herausgeberin der Betriebsrätezeitung engagiert, wo sie als bekanntes Mitglied der USPD regen Kontakt zu den Betriebsräten der Metallindustrie herstellte. Dies wurde durch die Äußerungen des USPD-Mitgliedes, sowie Delegierten auf Parteitag und Verbandstagen des DMV, Wilhelm Sander, bestätigt(Interview mit dem Verf.v.22.Nov. 1976).

henden Publikationsorganen Artikel, in denen auf die Gefahren der Zerrüttung der Gewerkschaften hingewiesen wurde. Auch sah er bereits voraus, daß der nächste Parteitag der USPD "vor die Zumutung gestellt wird, im Interesse des "höheren Räteystems" die Henkersarbeit an den USP-Gewerkschaften zu vollenden.."49) In diesem Sinne forderte Dißmann die USPD-Gewerkschaftsmitglieder auf, gegen die Beschlüsse der USPD-Parteileitung zu handeln, insoweit sie die selbständige Betriebsrätezentrale betrafen, worin wiederum Richard Müller Bestrebungen zu erkennen glaubte, die darauf gerichtet waren, "auch die USPD unter die Herrschaft der USPD-Gewerkschaftsführer zu stellen."50)

Die Basis der Gemeinsamkeit in der USPD war nur noch von begrenzter Tragfähigkeit. Die Flügel der Partei klafften insbesondere in der Gewerkschaftsfrage sehr weit auseinander, was sich die KPD in ihrer von Moskau gelenkten Spaltungsstrategie zunutze machen konnte, indem man in die 21 Bedingungen für die Aufnahme der USPD in die III. Internationale auch antigewerkschaftliche Leitsätze einbaute.

49) Vgl. LVZ Nr. 157 v. 11.Aug.1920, (R.Dißmann):"Selbständige Betriebsräteorganisationen oder Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften?" Hier führte er u.a. aus, daß die Bildung einer selbst. Betriebsräteorganisation die Arbeit der Gewerkschaften aufs äußerste erschweren würde:"Ein planmäßiges Kesseltreiben hat eingesetzt, um die USPD-Gewerkschaften auf die Knie zu zwingen, die sich der Diktatur der Betriebsrätezentrale nicht beugen wollen...Der nächste Parteitag wird's euch zeigen, so hören's wir alle Tage aus berufenem Rätemunde."

50) Vgl. Arbeiterrat Nr. 45/46/1920, R. Müller, Gewerkschaften und Internationale, (Müller):"Dißmann forderte sogar die USPD-Gewerkschaftsmitglieder auf, gegen die Beschlüsse der Parteileitung zu handeln..."

6.3. Der 1. Reichsbetriebsrätekongreß als Vorstufe der Eifügung von USPD und MSPD auf gewerkschaftlicher Ebene

Bereits am 5. Juli 1920 hatte eine Konferenz der Vertreter der Bezirke und Ortskartelle des ADGB und der AfA getagt, um zu Fragen der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Stellung zu nehmen. Mittelpunkt dieser Konferenz, auf der zahlreiche USPD-Gewerkschaftsfunktionäre vertreten waren, sollte die Haltung zu den Trägerschaften der Betriebsräte werden. Das Einschwenken auf einen einheitlichen Kurs durch die USPD-Vertretung ließ sich gleich zu Beginn dieser Konferenz konstatieren, als Dißmann und Schilling, letzterer in seiner Eigenschaft als Kartellvorsitzender von Leipzig, auf die unüberbrückbare Zerklüftung der sozialistischen Parteien hinweisen, die einzig und allein durch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung aufgehoben werden könnte.⁵¹⁾ Trotz unterschiedlicher Auffassungen im Hinblick auf die politische Neutralität der Gewerkschaften, die von dem Mitglied der Berliner Gewerkschaftskommission und 1. Bevollmächtigten des ZvdS, Carl Vollmershaus (USPD), als der Vergangenheit zugehörig eingestuft wurde, konnte einstimmig eine Resolution zur Einrichtung einer freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale verabschiedet werden.

In den verschiedenen Presseorganen der USPD spitzte sich in dieser Phase die Auseinandersetzungen um die Frage der Betriebsräte zu, wobei der freigewerkschaftlich orientierte Teil noch das Übergewicht besaß.

Die von der USPD-"Linken" dominierte Parteileitung der USPD erließ im Vorfeld des Kongresses einen Aufruf, wonach die delegierten Betriebsräte, die auf dem Boden der USPD stünden,

51) Vgl. LVZ Nr. 126 v. 6. Juli 1920; Freiheit Nr. 236 v. 6. Juli 1920.

im voraus verpflichtet werden sollten, für folgende Bedingungen einzutreten:

- "1. für revolutionäre Betriebsräte als ein Organ des proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise
2. gegen jede Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit Unternehmerverbänden
3. für die uneingeschränkte Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte
4. für die Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation unter Verständigung mit den Gewerkschaften für ein einheitliches Zusammenwirken
5. für die Umgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Industrieverbänden."52)

Diese Bedingungen, in Abwesenheit des USPD-Beiratsmitgliedes Dißmann gefaßt, trugen, insbesondere was den 4. Punkt anbetraf, die Handschrift der Verfechter des Anschlusses an die III. Internationale und riefen bei den der USPD gewerkschaftlich nahestehenden Einzelverbänden Proteste hervor.⁵³⁾ Prominente USPD-Gewerkschaftsführer wie Jäckel, Simon, Brandes und Dißmann, distanzierten sich von dem Aufruf der Parteileitung.⁵⁴⁾ Genauso hatte man von dieser Seite den Aufruf des Zentral-

52) Vgl. Freiheit Nr. 352 v. 27.Aug.1920. S.a. Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands, abgeh. v. 5. bis 7.Oktober 1920 zu Berlin, Berlin o.J., S. 256 f.

53) Vgl. u.a. Der Textilarbeiter Nr. 40 v. 1.Okt.1920: "Was wir u.a. ablehnen ist die Forderung nach der Selbständigkeit der Betriebsräte."

54) Vgl. Arbeiterrat Nr. 36/1920, (Dißmann): "An dem Aufruf habe ich nicht mitwirken können, und es ist für mich selbstverständlich, daß ich den Aufruf ablehne". Vgl. dazu auch den Artikel Dißmanns gegen die selbst. Betriebsräte in der MAZ Nr. 31/1920.

komitees der USPD, wonach sich die Delegierten der USPD vor dem Kongreß zu einer "Fraktionssitzung" zusammenfinden sollten, verurteilt.⁵⁵⁾ Die Führung des Textilarbeiterverbandes äußerte sich dahingehend, daß sich die politische Partei nicht in "rein gewerkschaftliche Angelegenheiten" einmischen sollte.⁵⁶⁾ In einer späteren Stellungnahme vor Delegierten der USPD prangerte Dißmann die Praktiken eines Teils der Parteiführung an, die seiner Auffassung gemäß, bereits ab Beginn des Jahres 1920 ihre Politik in den verschiedenen Gremien mit Vertretern der Betriebsrätezentrale und der KPD festgelegt habe.⁵⁷⁾ Diese Manipulation der Beiratssitzungen, wo man sich von dieser Seite bereits en bloc entschieden hatte, schien Dißmann auch dazu veranlaßt zu haben, verschiedenen Sitzungen des Parteigremiums fernzubleiben. Eine Richtlinienkompetenz der USPD-Zentralleitung in der Frage der Haltung der Betriebsräte, von An-

55) Vgl. Freiheit Nr. 393 v. 21.Sept.1920. Der Aufruf lautete u.a.:"An die Betriebsräte der U.S.P..... Da die anderen Parteien ihre Kongreßmitglieder vorher zu einer Fraktionssitzung zusammenrufen, laden auch wir die auf dem Boden der USPD stehenden Delegierten zum Betriebsrätekongreß zu einer Fraktionssitzung (3.10., 10 Uhr Gewerkschaftshaus). Das Zk der USPD."

56) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 39 v. 24.Sept. 1920.

57) Vgl. Prot. USPD-Pt.1920, S. 38 f., (Dißmann):
"Es war kurz nach dem Leipziger Parteitag, in den ersten Tagen des Januars, da stritten wir uns in der Parteileitung zwei Tage lang um eine Aktion gegen die Verschandelung des Betriebsrätegesetzes. Damals stellte sich bereits heraus - und das ist der rote Faden, der sich durch das ganze Jahr hindurchzieht, und seit dem Leipziger Parteitag begann - daß ein Teil der Parteileitungsmitglieder ihre Politik zuvor wo anders festlegt. Und so war man vorher in Halle beisammen gewesen mit der Betriebsrätezentrale und dem Vorsitzenden der KPD und als man dann in der Parteileitung zusammentrat zu ernster Beratung der Angelegenheit, da hatte sich der Flügel, der heute links sitzt, bereits festgelegt."

gehörigen der USPD-"Linken" wiederholt gefordert,⁵⁸⁾ lehnte der USPD-Gewerkschaftsflügel strikt und entschieden ab. Erschwert wurde die Diskussion innerhalb der USPD dadurch, daß gerade zu diesem Zeitpunkt die Urwahlen für die Nominierung der Delegierten auf dem Parteitag in Halle im vollsten Gange waren. In diese innere Zerreißprobe fiel der 1. Reichsbetriebsrätekongreß, der in Berlin stattfand.⁵⁹⁾

Als Ausdruck der Annäherung zwischen ADGB und USPD-Gewerkschaftsflügel durfte das Auftreten von Dißmann und Aufhäuser auf seiten des ADGB gewertet werden, die auf dem Kongreß gegen die Vertretung der USPD-"Linken", R. Müller und der KPD, Brandler, das Wort führten. Auf dem Kongreß waren 953 Delegierte aus jetzt 59 Einzelgewerkschaften des Reiches vertreten. Gleich zu Beginn kritisierte Siegfried Aufhäuser, führendes USPD-Mitglied, der gewerkschaftlich zur Seite der ADGB-Leitung tendierte, während er politisch noch keine Verbindung mit der MSPD anstrebte, die Opposition, die "bereits geschlossen hier auftritt, bevor überhaupt die Tagung irgendwie entschieden hat, ob sie nach der einen oder anderen Richtung hin zu arbeiten gewillt ist."⁶⁰⁾ Die Rednerliste des ADGB war im Hinblick auf USPD und MSPD-Zugehörigkeit sehr ausgewogen; den Vertretern Wissell, Nör-

58) Vgl. Freiheit Nr. 396 v. 22.Sept.1920. Hier forderte der Angehörige des linken USPD-Flügels Felix Hirsch, später vom ZvdA ausgeschlossenes Gewerkschaftsmitglied, in einem Artikel, "Gewerkschaftliche Opposition und die 3. Internationale", als vorherrschende Aufgabe, die Umstellung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden sowie eine Richtlinienkompetenz durch das Zk der USPD. Zum Ausschluß von Felix Hirsch, vgl. Arbeitererrat Nr. 26/1920.

59) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands, abgeh. vom 5. - 7.Okt. 1920 zu Berlin, Berlin o.J.

60) Ebd., S. 84.

pel und Brolat von der MSPD standen Dißmann, Aufhäuser und Hilferding von der USPD gegenüber.⁶¹⁾ Dißmann betonte in seiner Rede die wirtschaftliche Krisensituation, wobei er darauf hinwies, sich nicht allzusehr durch die Kosmetik der Arbeitslosenzahlen täuschen zu lassen:

"Wir haben in der vorigen Woche im Deutschen Metallarbeiterverband die Berichte aus allen Teilen des Reiches erhalten, und danach ist von einem Abflauen der Wirtschaftskrise keine Rede. Die Zahl der Arbeitslosen wird ungeheuer verstärkt durch die Kurzarbeiter."⁶²⁾

In diesem Zusammenhang kam er auch auf die Gefahren zu sprechen, daß die arbeitslosen, entwurzelten Arbeiter sehr leicht aufzuhetzen seien und daß man ihnen unbedingt Unterstützung und Beschäftigung verschaffen müsse, um die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu erhalten.⁶³⁾ Bezüglich der Betriebsräte gab es für ihn keine Alternative zu den freigewerkschaftlich Organisierten - "Arbeiterzersplitterer" wie die "Unionisten" und andere, die sich "revolutionär" nannten, lehnte er als gewerkschaftsfeindlich ab.⁶⁴⁾ Er definierte die Betriebsräte als wirtschaftliche Räte, die eine produktionsbezogene Umstrukturierung vorbereiten sollten. Politische Räte könnten erst dann agieren, wenn auch die politische Macht in den Händen der Arbeiter liege.⁶⁵⁾ Die unterschiedliche Auffassung bezüglich der Arbeitsgemeinschaften im Verhältnis zum ADGB brachte

61) So verteilten sich die Referate wie folgt:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands (Wissell)
2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung (Hilferding)
3. Die Aufgaben der Betriebsräte (Dißmann - Nörpel)
4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte (Brolat)

62) Vgl. Prot. Betriebsrätekongreß 1920, S. 184.

63) Ebd.

64) Ebd., S. 190.

65) Ebd., S. 193.

er genauso wie Hilferding zum Ausdruck, der davon ausging, daß es kein gemeinsames Interesse zwischen Kapital und Arbeit geben könne und somit diese Arbeitsgemeinschaften keine Zukunft hätten, wobei wiederum die Differenzierung bezüglich der Tarifverhandlungen auffiel, die von beiden akzeptiert wurde.⁶⁶⁾

Seiner Enttäuschung über die politische Entwicklung und gleichzeitig der Hoffnung auf die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gab Dißmann Ausdruck, wenn er ausführte:

"Ich bin gleich Euch nicht nur Gewerkschaftskämpfer, sondern auch Parteikämpfer. Aber gesteht ihr nicht alle miteinander, ob Rechtssozialisten, ob Unabhängige, ob Kommunisten: nicht eine Partei hat bis heute das getan, was wir hätten tun müssen, nämlich die Vorarbeiten zu leisten, um, wenn wir die politische Macht ergreifen können, auch den wirtschaftlichen Umstellungsprozeß durchzuführen. Da haben sie alle versagt. Das deutsche Proletariat hat zur Zeit nur noch eine Einheitsfront, das sind die freien Gewerkschaften. Das ist seine Hoffnung....⁶⁷⁾

Richard Müller versuchte in seinem Referat für die selbständige Betriebsräteorganisation den Eindruck zu erwecken, daß die Gewerkschaften erhalten, lediglich die Gewerkschaftsführer ausgeschaltet werden sollten, um die Mitgliedschaft für den "Endkampf" zu mobilisieren.⁶⁸⁾ Im Anschluß trug er die vom Zk der USPD erwähnten Bedingungen vor,⁶⁹⁾ die auch von der KPD unterstützt wurden, wobei er nochmals betonte, daß Selbständigkeit der Betriebsräte nicht Zerstörung der Gewerkschaften bedeute.

Dißmann konterte in seiner Replik mit dem Absatz 10 der von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedin-

66) Ebd., S. 174, (Hilferding): "Keiner von uns, der mit den Methoden der Praxis der Gewerkschaften vertraut ist, wird in den längst überwundenen Standpunkt verfallen, sich gegen Tarifverhandlungen mit Unternehmern auszusprechen."

67) Ebd., S. 198.

68) Ebd., S. 230 ff.

69) Ebd., S. 256 ff.

gungen, wonach die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hartnäckig bekämpft werden sollte, was auf eine Spaltung der Gewerkschaften hinausliefe, die von der USPD-"Linken" akzeptiert würde.⁷⁰⁾ Die von Müller erwähnte Einigung der Betriebsrätezentrale mit der Gewerkschaftskommission in Berlin zog Dißmann in Zweifel und mahnte die versammelten Betriebsräte, sich auf den Boden der freien Gewerkschaften zu stellen. Ein von Dißmann entsprechend eingebrachter Antrag wurde daraufhin mit großer Mehrheit von den Delegierten angenommen.⁷¹⁾

Der Versuch der Gewerkschaftsspaltung in der Frage der Betriebsräte war damit an der Einheit von USPD- und MSPD-Gewerkschaftsfunktionären gescheitert, wobei der Einfluß der beiden USPD-Gewerkschaftsführer, die den größten Einzelgewerkschaften vorstanden, nicht unterschätzt werden darf, da somit der Anhang der radikalen Opposition auf ein Minimum beschränkt worden war. Dißmann konnte sich insofern an anderer Stelle befriedigt darüber äußern, als es den "politischen Falschmünzern" der USPD nicht gelungen sei, die USPD-Betriebsräte auf den Kurs der "Selbständigen Betriebsrätezentrale" umzuleiten.⁷²⁾

Der Verlauf und das Ergebnis des 1. Reichsbetriebsrätekongresses wurde auch in der "Sozialen Praxis", einer sozial-reformerischen Zeitschrift, positiv gewertet, weil damit den radikalen Linken eine deutliche Absage erteilt worden war:

"Diese Entscheidung ist so hoch zu bewerten, weil der von den Gegnern der Gewerkschaften geplante Ausbau der selbständigen Betriebsrätezentrale (Münzstraße) zu einer alle Betriebsräte ohne Unterschied der wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Richtung ihrer Mitglieder umfassenden Organisation von seinen radikalen Befürwortern mit Leidenschaft seit

70) Ebd., S. 264 ff.

71) Ebd., S. 266 f.

72) Vgl. Prot.USPD-Pt. 1920, S. 41.

einigen Monaten vertreten wurde und bei der Gegnerschaft ungeschulter Arbeiterkreise gegen die positive Politik der freien Gewerkschaften eine nicht zu unterschätzenden Werbekraft ausübte."73)

Der Zusammenhang mit dem Radikalismus der nicht in der gewerkschaftlichen Tradition stehenden Arbeiter, der sich im Verlauf des wirtschaftlichen Abstieges durch soziale Konflikte verstärkte, war hier zudem treffend hergestellt worden. Wurde das Ergebnis des Kongresses in verschiedenen USPD-Zeitungen positiv beurteilt,⁷⁴⁾ so polemisierte der "Arbeiterrat", das Organ der USPD-"Linken", dagegen, weil dies nun bereits der dritte Rätekongreß innerhalb von zwei Jahren gewesen sei, auf dem die Gegner der Räteidee gesiegt hätten.⁷⁵⁾ Dieselbe Richtung vertrat "Die Internationale", ein neues Organ der USPD-"Linken" und KPD, wobei man besonders Robert Dißmann als Gewerkschaftsführer zu diskreditieren versuchte. Fortlaufend veröffentlichte man hier Zuschriften von USPD-Mitgliedern, die mit dem Verhalten Dißmanns auf dem Betriebsrätekongreß nicht einverstanden waren und sein Verhalten als parteischädigend einstufen.⁷⁶⁾

73) Vgl. Soziale Praxis Nr. 56 v. 27.Okt.1920. In der Darstellung von Oertzen, P.v., Betriebsräte, S. 194 f. wird der Eindruck erweckt, daß es der Kongreßmehrheit, also der Konstellation ADGB-AfA, der auch Dißmann, Aufhäuser und Hilferding zugerechnet werden müssen "nur um den Preis einer Resolution, die sich fast vollständig auf den Boden des Rátesystems" gestellt habe, gelungen sei, den Ansturm der Kommunisten und linken Unabhängigen abzuwehren. Das trifft m.E. nicht zu, da die Vertreter der Kommunisten bzw. linken Unabhängigen nur etwa 1/4 der Delegiertenzahl besaßen und zum anderen die Frage der Betriebsräte zugunsten einer Integration derselben in die freien Gewerkschaften entschieden wurde.

74) Vgl. u.a. LVZ Nr. 208 v. 9.Okt. 1920.

75) Vgl. Arbeiterrat Nr. 42/1920 sowie Nr. 43/44/1920. Hier auch ein Artikel Müllers, "Die Komödie der Gewerkschaftsbureaukraten."

76) Vgl. Internationale Nr. 8 v. 4.Nov.1920, wo ein Artikel des "Rechtsunabhängigen" Buchdruckers Fiedler aus Berlin gegen Dißmann abgedruckt wurde.

Das "Correspondenzblatt", bereits vor dem Kongreß dem USPD-Gewerkschaftsflügel zugeneigter, änderte die ehemals negative Einstellung zu Dißmann und Aufhäuser vollständig. Beide wurden jetzt nicht mehr der Gewerkschaftsopposition, sondern der ADGB-Führung, mit Abstrichen natürlich, zugerechnet.⁷⁷⁾ Diese Tatsache mußte sich auch auf Parteiebene auswirken, da mit Dißmann und Aufhäuser zwei führende Personen der USPD auf diesem so zentralen Kongreß den Standpunkt des ADGB mitvertreten hatten. Die der USPD nahestehenden Einzelgewerkschaften wie etwa der Zentralverband der Schuhmacher und Textilarbeiterverband begrüßten das Ergebnis des Kongresses und lobten die entschlossene Haltung von Dißmann, Hilferding und Aufhäuser,⁷⁸⁾ die sich auch weiterhin im Kampf der Organisation von Betriebsräten in die Gewerkschaftsbewegung einsetzten, wofür das Geschehen in Berlin den Nachweis erbringen sollte.

77) Vgl. Corr. Nr. 40 v. 2.Okt.1920; Nr. 41 v. 9.Okt. 1920.

78) Vgl. a. Der Textilarbeiter Nr. 42 v. 15.Okt.1920, SFB Nr. 44 v. 27.Okt. 1920.

6.4. Die Schlüsselstellung Berlins: Selbständige oder freigewerkschaftlich organisierte Betriebsräte?

In Berlin war es zu ernsthaften Verhandlungen der Anhänger der "Selbständigen Betriebsrätezentrale" und der Berliner Gewerkschaftskommission, dem Ortsausschuß des ADGB gekommen, obwohl sich die Berliner Gewerkschaftskommission in ihrer Mehrheit auf dem Boden der Beschlüsse des Verbandstages des DMV von 1919 gestellt hatte, wo der von Richard Müller eingebrachte Passus, der die Selbständigkeit der Betriebsräte zum Inhalt hatte, nicht angenommen worden war. Verfügte die Idee der selbständigen Betriebsräte auch in Halle, Hamburg, Gotha und Düsseldorf über einen starken Anhang, so war die Auseinandersetzung in Berlin in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Erstens für die gesamte Gewerkschaftsbewegung, da Berlin aufgrund seiner Bedeutung im Wirtschaftsleben eine Schlüsselstellung zukam und zweitens für die USPD, weil hier zwei Parteirichtungen gegeneinander antraten. Die Anhänger der "Selbständigen Betriebsrätezentrale", identisch mit dem linken Flügel der Partei, auf der einen, die Anhänger des USPD-Gewerkschaftsflügels, die für die Integration der Betriebsräte in die freien Gewerkschaften eintraten, auf der anderen Seite versuchten ihren jeweiligen Standpunkt durchzusetzen.⁷⁹⁾

79) In der USPD-Presse wurde die Frage einer selbständigen Betriebsrätezentrale prinzipiell zurückhaltend eingeschätzt, von einigen Ausnahmen abgesehen, wie z.B. der "Hamburger Volkszeitung", dem "Gothaer Volksblatt" (s.a. die Berichte im Arbeiterrat Nr. 26/27/1920). Populär war die Konzeption einer selbständigen Betriebsrätezentrale auch in Halle, wo bei einer Urabstimmung von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern bei insgesamt 15.225 abgegebenen Stimmen 13.621 für die selbst.

1.468 für eine freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale gestimmt haben sollen. Vgl. hierzu auch Arbeiterrat Nr. 36/1920 sowie OVZ Nr. 185 v. 13. Aug. 1920. In Düsseldorf befanden sich ebenfalls überdurchschnittlich viele Anhänger einer selbst. Betriebsrätezentrale.

In Berlin hatte man sich geeinigt, für die Betriebsräte-
wahlen nur Mitglieder aus der Gewerkschaftsbewegung kandi-
dieren zu lassen, unter der Voraussetzung, daß zukünftig nur
mehr Gewerkschaftskandidaten nominiert werden sollten,
"die sich als Gegner der Arbeitsgemeinschaften bekennen und
den Um- und Ausbau der Gewerkschaften zu Industrieverbänden,
die alle Hand- und Kopfarbeiter umfassen" sollten, anstre-
ben würden.⁸⁰⁾ Diese Handschrift rührte vom USPD-Gewerk-
schaftsflügel Berlins her, der in seiner Haltung etwas ra-
dikaler einzustufen war als der engere Kreis um Dißmann;
immer noch darauf aus, die politische Einheit der USPD
zu wahren und somit auch auf gewerkschaftlicher Ebene nach
Kompromissen zu suchen.

Von seiten des linken USPD-Flügels, der in Berlin seine
Hochburg besaß, beabsichtigte man jedoch, noch vor Einbe-
rufung des Reichsbetriebsrätekongresses eine provisorische
Zentrale zu bilden, in der Vertreter der beiden Körper-
schaften repräsentiert sein sollten. Man konnte sich je-
doch nicht auf die Gewichtung der Zusammensetzung einigen.
Die Vertretung der "Selbständigen Betriebsrätezentrale",
mit ihrer Hauptstelle im Büro Ernst Däumig und in den
Räumen der von ihm geleiteten Zeitschrift, "Der Arbeiter-
rat", in der Münzstraße,⁸¹⁾ schlug folgende Zusammensetzung
einer gemeinsamen Zentrale vor:

Insgesamt 7 Personen: 3 v.d. Selbst.Betriebsrätezentrale
2 " Gewerkschaftskommission
1 " Rätezentrale MSPD
1 " KPD

80) Vgl. MAZ, Nr. 18 v. 20.März 1920.

81) Vgl. Geyer, C., Die rev.Illusion, S. 143 f.

Der Gegenvorschlag der Berliner Gewerkschaftskommission:
Insgesamt 9 Personen: 3 v.d. Selbst.Betriebsrätezentrale

4	"	Gewerkschaftskommission	
1	"	Rätezentrale MSPD	
1	"	AfA	82)

Außer diesen wesentlichen Unterschieden in der Besetzung kam es zu Differenzen in der Finanzierungsfrage, weil die Vertreter der Betriebsrätezentrale den Räten die Finanzierung selbst überlassen, die Anhänger des USPD-Gewerkschaftsflügels diese in Form eines Umlageverfahrens durch die Gewerkschaften sichergestellt haben wollten.⁸³⁾ Versuchte man, einen ernsthaften Bruch zwischen beiden USPD-Richtungen zu vermeiden, so äußerte der Vertreter der AfA, daß für sie kein Grund bestünde, sich mit den Vertretern der Münzstraße zu einigen, denn nach ihrer Auffassung sei die Erfassung der Betriebsräte allein die Aufgabe der Gewerkschaften. Von dieser Seite wurde der von Aufhäuser ausgegebenen Direktive voll zugestimmt.⁸⁴⁾ Unmittelbar nach der ersten Konferenz der beiden Richtungen, auf der es noch zu keiner Einigung gekommen war, wurde in Berlin eine Versammlung der USPD-Parteifunktionäre zu dem Thema "Gewerkschaften und Betriebsräte" einberufen. Als Referenten und Vertreter verschiedener Auffassungen standen sich Richard Müller (USPD-"Linke") und Carl Vollmershaus (USPD-Gewerkschaftsflügel) gegenüber. Müller brachte dabei den Wahlerfolg der USPD vom Juni 1920 mit deren Bekenntnis zum Räte-system in Verbindung, das man in Form der selbständigen Betriebsräte jetzt weiterführen müsse. Er kritisierte "maßgebende" USPD-Gewerkschaftsführer, die den gewerk-

82) Vgl. Arbeiterrat Nr. 26/1920.

83) Ebd. Vgl. a. Freiheit Nr. 292 v. 23. Juli 1920. Insbesondere Sabbath, der Vors. der Berliner Gewerkschaftskommission, bestand auf einer Finanzierung durch die einzelnen Gewerkschaften sowie darauf, daß die Betriebsräte ein Jahr gewerkschaftlich geschult werden müßten.

84) Vgl. Freiheit Nr. 292 v. 23. Juli 1920.

schaftlichen Betriebsräten Priorität einräumten, was, seiner Auffassung nach, dem Leipziger Aktionsprogramm der USPD widersprach.⁸⁵⁾ Dieser Ansicht trat Vollmershaus entgegen, wobei er feststellte, daß Richtlinien zur Organisation der Betriebsräte in diesem Programm nicht enthalten seien. Genauso wie Dißmann, Aufhäuser und Simon vertrat er den Standpunkt, daß eine "Revolutionierung" der Gewerkschaften nur die Aufgabe der Gewerkschaften selbst sein könnte, für deren Fortschreiten er die zunehmende Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften in den Einzelgewerkschaften anführte.

Wie ernst und entscheidend Robert Dißmann die Auseinandersetzung in Berlin einschätzte, zeigte seine Anwesenheit auf dieser Versammlung, wo er die Ausführungen von Vollmershaus bekräftigte und dabei Richard Müller und den Anhängern der selbständigen Betriebsrätezentrale den Kampf anbot, falls diese beabsichtigten sollten, die USPD-Gewerkschaftsanhänger aus der Partei verdrängen zu wollen.⁸⁶⁾

Mit Sicherheit spielten dabei im Hintergrund bereits die 21 Bedingungen, den Anschluß der USPD an die III. Internationale betreffend, eine Rolle. Auf der Linie des Gewerkschaftsflügels befand sich auch der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, Sabbath, und der erste Bevollmächtigte des dortigen Metallarbeiterverbandes, Max Urich.⁸⁷⁾

85) Vgl. a. LVZ Nr. 130 v. 10. Juli 1920, (Müller): "Leider stellen sich auch maßgebende Parteigenossen, die führende Stellungen in den Gewerkschaften einnehmen, auf den Standpunkt, daß die heutigen Betriebsräte den Gewerkschaften angegliedert werden müssen. Sie legen das Leipziger Programm so aus, daß die darin festgelegten Beschlüsse sich nicht auf die heutigen Betriebsräte, sondern nur auf die politischen Arbeiterräte beziehen."

86) Ebd.

87) Der Nachlaß des USPD-Gewerkschafters und Berliner Bevollmächtigten des DMV, Max Urich, liegt im FDGB-Archiv unter den Linden, Berlin (Ost). Eine Genehmigung zur Einsicht wurde leider in diesem Fall nicht gewährt.

Beide votierten gegen eine Absplitterung der Betriebsräte von den Gewerkschaften und gaben der Werbekraft der USPD innerhalb der Gewerkschaftsbewegung den Vorzug; um diese von innen heraus zu "revolutionieren."⁸⁸⁾

Von kommunistischer Seite wurde in einem Rundschreiben zu den "illegalen Betriebsräten", wie man sie hier bezeichnete, Stellung bezogen. Dabei räumte man dieser Institution bei "den utopischen Gedanken der U.S.P." kaum große Verwirklichungschancen ein, wollte sich aber auf jeden Fall bei den Wahlen zu diesen "illegalen Betriebsräten" beteiligen, weil man darin die Möglichkeit zu einer revolutionären Aktion erblickte.⁸⁹⁾

Das Bündnis mit der "linken U.S.P." in der Betriebsrätefrage wurde dabei lediglich aus taktischen Gründen erwogen, während man davon ausging, daß der Sozialismus allein im Machtkampf mit Hilfe einer zentralistischen Partei, nicht aber durch selbständige Betriebsräte, zu erreichen sei. Eine Spaltung der Gewerkschaften, bei der die KPD die Initiative zur Gründung "revolutionärer Gewerkschaften" ergreifen sollte, die sich dann in "Bezirks-Arbeiter-Unionen" zusammenschließen sollten, wurde dabei in Erwägung gezogen.⁹⁰⁾

Schlichtend schaltete sich in den innerparteilichen Streit die USPD-Reichstagsfraktion ein, da man die Einheit der

88) Vgl. Freiheit Nr. 281 v. 16. Juli 1920.

89) Vgl. NL Paul Levi, Nr. 105, AsD, Rundschreiben: An unsere Organisationen!, S. 3:
"...Wir können aber eine Beteiligung oder Nichtbeteiligung nicht abhängig machen von den richtigen oder falschen Gedanken, die die U.S.P. mit diesen Aktionen verknüpft. Eine, wenn auch nur leise Möglichkeit besteht, daß aus dieser Wahl der "illegalen" Betriebsräte eine revolutionäre Aktion entstehen könne."

90) Vgl. Schreiben von Karl Radek an Paul Levi v. 15. Okt. 1920, NL Paul Levi, 101/6, AsD.

Partei durch die Frage der selbständigen Betriebsräte gefährdet sah. In mehreren Sitzungen befaßte man sich, unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsrätezentrale, mit diesem Thema, wobei man aber zu keinem befriedigenden Kompromiß gelangte. Lediglich in der Finanzierungsfrage gaben die Anhänger der USPD-"Linken" nach, indem sie ein Umlageverfahren durch die Gewerkschaften anerkannten. Sämtliche Hinweise auf das Interesse der USPD sowie das der sozialistischen Arbeiterbewegung, einen Ausgleich herbeizuführen, fruchteten nichts.⁹¹⁾

Die vertagte Versammlung der Berliner USPD-Funktionäre wurde am 15. Juli 1920, in Abwesenheit von Dißmann, fortgesetzt, wobei überraschend gegen wenige Stimmen eine Entschliebung angenommen wurde, die im wesentlichen beinhaltete, daß die USPD-Funktionäre Berlins "eine Arbeitsgemeinschaft der selbständigen Betriebsräteorganisation mit den Gewerkschaften" für angebracht hielten und daß die Parteigenossen auch "in den Gewerkschaften für die Selbständigkeit" der Betriebsräteorganisationen eintreten sollten.⁹²⁾

Vorübergehend hatte sich der linke Parteiflügel durchgesetzt, hatten in Berlin die politischen Vertreter der USPD

91) Vgl. dazu den Vermittlungsvorschlag Georg Ledebours in der "Freiheit" Nr. 286, v. 20. Juli 1920: "Zur Einigung der Gewerkschaften mit der Rätebewegung", der auch in anderen USPD-Zeitungen abgedruckt wurde, u.a. i.d. OVZ Nr. 168 v. 24. Juli 1920. Dasselbe gilt auch für die Replik Richard Müllers in der "Freiheit" Nr. 289 v. 21. Juli 1920: "Soziale Revolution oder kapitalistischer Wiederaufbau?".

92) Vgl. Arbeiterrat Nr. 30/1920. Dieser Beschluß wurde von zahlreichen USPD-Zeitungen kritisiert und von USPD-Gewerkschaftsführern abgelehnt. Die Oberfr. Volksztg. erblickte in diesem Beschluß eine "Überschreitung der Kompetenz" der Parteifunktionäre und stellte Konsequenzen in Aussicht, falls dieser nicht rückgängig gemacht werden sollte. Vgl. OVZ, Nr. 171 v. 28. Juli 1920.

über gewerkschaftliche Belange entschieden, was das Problem der Gewerkschaftsspaltung wieder in die Diskussion bringen mußte.

R. Müller veröffentlichte im September 1920 in der "Freiheit" einen Artikel über den "Popanz der Gewerkschaftsspaltung", in dem er sich mit den Bedingungen der Kommunistischen Internationale einverstanden erklärte, den Gewerkschaftsapparat von "rechtssozialistischen Tendenzen" zu befreien und auch diejenigen Gewerkschafter der USPD, die sich an der "alten Gewerkschaftsrichtung" orientieren würden, zu entfernen.⁹³⁾ Auch Sinowjew, Leiter des EKKI und bei der Spaltung der USPD maßgeblich beteiligt, versuchte hier Einfluß zu nehmen.⁹⁴⁾ Trotzdem schien sich in Berlin eine Einigung zwischen der Gewerkschaftskommission und der "Selbständigen Betriebsrätezentrale" anzubahnen, weil durch Vermittlung des Vertreters der Gewerkschaftskommission, Ziska, ein Schlußantrag von beiden Seiten angenommen worden war, der einerseits die Selbständigkeit der Betriebsräte, andererseits aber auch die Integration der Betriebsräte in die Gewerkschaftsbewegung gewährleistete, über die numerische Zusammensetzung der sogenannten Zentrale jedoch keinerlei Richtlinien enthielt. Der USPD-Anhang der AfA distanzierte sich weiterhin von dieser Einigung.⁹⁵⁾

Nach dem Reichsbetriebsrätekongreß sowie der Spaltung der USPD in Halle tagte am 15. November 1920 die Berliner Gewerkschaftskommission erneut, wobei sich diese Versammlung

93) Vgl. dazu die Artikel im Arbeiterrat Nr. 34/1920, "Die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die III. Internationale" sowie "Gewerkschaften und 3. Internationale" im Arbeiterrat Nr. 41/1920. S.a. Freiheit Nr. 378 v. 11. Sept. 1920.

94) Vgl. Sinowjew, Georg, "Die Partei und die Gewerkschaften", in: Arbeiterrat 43/44/1920, ders., "Die Gewerkschaftsfrage", in: Arbeiterrat 47/1920.

95) Vgl. Freiheit Nr. 301 v. 29. Juli 1920.

nun deutlich mit 94 gegen 30 Stimmen auf den Boden der Beschlüsse des Reichsbetriebsrätekongresses stellte.⁹⁶⁾ Man sprach sich entschieden gegen die Spaltungsversuche der Gewerkschaften durch Kommunisten und linke USPD-Angehörige aus, nachdem eine "gewerkschaftliche Kommission" dieser beiden Richtungen ein Rundschreiben verfaßt hatte, wonach Vertreter aus den jeweiligen Einzelgewerkschaften sogenannte "Reichsfraktionen" gründen, Gewerkschaftsvertreter aus den Bezirken die kommunistische Propaganda in den verschiedenen Gewerkschaften leiten sowie alle Adressen von oppositionellen Gewerkschaftern registrieren sollten.⁹⁷⁾ Mit dieser Initiative wurde die Einigung der "Selbständigen Betriebsrätezentrale" und der Berliner Gewerkschaftskommission endgültig ad absurdum geführt und eine wieder engere Anlehnung des Berliner Ortsausschusses an den ADGB erzielt. Durch die rigorose und entschiedene Haltung des USPD-Gewerkschaftsflügels wurde damit die "Selbständige Betriebsrätezentrale" schließlich über die Stationen: Reichsbetriebsrätekongreß - Spaltungsparteitag der USPD in Halle - Annahme von gewerkschaftsfeindlichen Bedingungen der Kommunistischen Internationale - zunichte gemacht. Abschließend stimmte eine Vollversammlung der Berliner Betriebsräte am 21. November 1920 vor 300 Delegierten der Verabschiedung einer Resolution der USPD-Richtung "Crispien-Ledebour" zu, wie die Rest-USPD nach der Spaltung bezeichnet wurde. "Um weitere Verwirrungen zu verhindern", erkannte man die Beschlüsse des letzten Reichsbetriebsrätekongresses an.⁹⁸⁾ Somit hatte der USPD-Gewerkschaftsflügel wenigstens auf dem Gebiet der freien Gewerkschaften eine wichtige Auseinandersetzung gewonnen und wesentlich zur Erhaltung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung beigetragen.

96) Vgl. Corr. Nr. 48 v. 27. Nov. 1920.

97) Ebd.

98) Vgl. Freiheit Nr. 495 v. 23. Nov. 1920 mit der Überschrift: "Das Ende der Münzstraße."

6.5. Die Spaltung der USPD und der Vereinigungsparteitag der USPD-"Linken" mit der KPD unter gewerkschaftlichen Aspekten

Hatte die Haltung des USPD-Gewerkschaftsflügels auf dem Betriebsrätekongreß bereits deutlich gezeigt, daß in der USPD keine gemeinsame Basis mehr in der Gewerkschaftsfrage vorhanden war, so bewirkten die 21 Bedingungen der Moskauer Zentrale der Kommunistischen Internationale, von der USPD-"Linken" akzeptiert, die endgültige Spaltung der Partei. Die USPD verfügte im Oktober 1920, als der Spaltungsparteitag in Halle stattfand, über 893.000 Mitglieder,⁹⁹⁾ 55 Tageszeitungen, 81 Reichstagsabgeordnete und einem die MSPD übertreffenden Einfluß in den Landtagen von Sachsen, Thüringen und Braunschweig.¹⁰⁰⁾ Die Spaltung war bereits beschlossene Sache, als zu Beginn des Parteitages "Führer beider Richtungen", Dittmann und Brass, zu Vorsitzenden der Versammlung gewählt wurden.¹⁰¹⁾ Demgemäß wurden alle Kommissionen paritätisch besetzt; nach außen hin demonstrierte die getrennte Sitzordnung die unterschiedliche Auffassung.¹⁰²⁾ Dißmann, als USPD-Gewerkschaftsführer angesehenstes Mitglied des sogenannten "rechten" Flügels, ließ keinen Zweifel aufkommen, worum es auf diesem Parteitag gehe und wies Behauptungen von Koenen und Hoffmann zurück, daß dies ein gewöhnlicher Parteitag sei. Er räumte in seinen Ausführungen den kommunistischen Anschlußbedingungen volle Priorität ein und wies gleichzeitig darauf hin, daß durch eine Annahme der

99) Vgl. USPD. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle von 12. bis 17. Okt. 1920, Berlin o.J., S. 24. Luise Zietz führte in ihrem Geschäftsbericht 893.923 Mitglieder, davon 135.464 weibliche auf.

100) Vgl. Flechtheim, Ossip, Die KPD in der Weimarer Republik, 2. Aufl., Frankfurt 1971, S. 156.

101) Vgl. Prot.USPD-Pt. 1920, S. 15.

102) Vgl. Lösche, Peter, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920, Berlin 1967, S. 265f. Vgl. a. Ryder, A.J., The German Revolution of 1918, Cambridge 1967, S. 252.

Bedingungen automatisch ein Selbstausschluß von USPD-Mitgliedern erfolgen müßte.¹⁰³⁾ Relativ schnell gelangte man zu dem Punkt über die "Aufnahmebedingungen", nachdem die Frage nach der Rechtmäßigkeit der zugelassenen Delegierten nicht befriedigt gelöst werden konnte.¹⁰⁴⁾ Der gewerkschaftliche USPD-Flügel lehnte in seiner Resolution "die geforderte Zertrümmerung der Gewerkschaftsinternationalen" sowie "die bedingungslose Unterordnung der Landesparteien unter eine internationale Zentralleitung" strikt ab.¹⁰⁵⁾ Mit der Annahme der Bedingungen verknüpfte sich für die Gegner selbstredend "der Eintritt in die jetzt bereits bestehende Kommunistische Partei".¹⁰⁶⁾ Diese Resolution wurde getragen von 205 Delegierten, was sich etwas überraschend ausnahm im Vergleich zu der entscheidenden Abstimmung, die mit 236 zu 156 Stimmen für die Anhänger der Kommunistischen Internationale ausgegangen war.¹⁰⁷⁾ Die zweite Resolution, die sich für eine Annahme der 21 Bedingungen aussprach, wurde namentlich jedoch von 244 Delegierten angenommen, womit sich ein Verhältnis von 244 zu 205 ergab, womit insgesamt 67 Delegierte mehr abgestimmt hatten als zu Beginn des Parteitages vorgesehen war. Die Delegiertenzahl auf der Präsenzliste umfaßte zwar 458 Delegierte, ist aber anscheinend

103) Vgl. Prot.USPD-Pt. 1920, S. 17.

104) Ebd., S. 70, (Dißmann): "Die in § 10 der Aufnahmebedingungen geforderte Zertrümmerung der Gewerkschaftsinternationalen vernichtet die Aktionskraft der gesamten proletarischen Emanzipationsbewegung."

105) Ebd.

106) Ebd.

107) Die offizielle Delegiertenzahl belief sich auf 382 Delegierte. An der Abstimmung nahmen jedoch 425 teil.

erst später erhöht worden.¹⁰⁸⁾

Was den gewerkschaftlichen Bereich betraf, so beinhalteten die von Lenin diktierten 21 Bedingungen gewerkschaftsspalterische Elemente, die für den USPD-Gewerkschaftsflügel auf keinen Fall akzeptabel sein konnten. Insbesondere die Punkte 9 und 10 waren es hier, die eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung implizierten:

"9. Jede Partei, die der kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen....."

10. Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer "Internationale" der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklichst propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internatio-

108) Die Delegiertenzahl auf der Präsenzliste umfaßte schließlich 458 Delegierte. Vgl. Prot., S. 300 f. (Präsenzliste). Die Freiheit Nr. 430 v. 12.Okt.1920, berichtete davon, daß die Befürworter der Bedingungen über 220, ihre Gegner nur über 158 Stimmen verfügten. Vgl. a. Wheeler, R.F., USPD und Internationale, S. 259. Lothar Popp, Vorsitzender des USPD-Bezirks Wasserkante (Hamburg), selbst Teilnehmer am USPD-Parteitag in Halle, berichtete über einen Austausch von Mandaten auf diesem Parteitag, der an Ort und Stelle vollzogen wurde. Schreiben von Lothar Popp an den Verf. vom 20.Okt. 1978: "...Ich war in Halle mit Paul Bergmann und Max Zelk, wir hatten keine Mandate, in Halle gab es ein Tauschgeschäft, wir und einige andere, bei denen der Fall umgekehrt lag, bekamen dann Mandate."

nale anschließen, zu unterstützen."¹⁰⁹⁾

Es ist verständlich, daß in USPD-Gewerkschaftskreisen diese Bedingungen, die auf eine Spaltung der Einheitsgewerkschaften hinausliefen und die internationale Gewerkschaftsbewegung als "gelb" diffamierten, scharf kritisiert und abgelehnt wurden.¹¹⁰⁾ Richard Müller versuchte zwar im Organ der USPD-

-
- 109) Die 21 Bedingungen auch abgedruckt bei Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt 1950, S. 170 ff. Neben bereits erwähnten Darstellungen über die 21 Bedingungen gehen auch Anderson, Evelyn, Hammer oder Amboß, Nürnberg 1950 (Übersetzung der engl. Originalausgabe "Hammer or Anvil", London 1945), S. 112 f.; Cole, George, Communism and Social Democracy 1914 - 1931, London 1958, voll., S. 167 f.; Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1966, S. 242 f., um nur einige zu nennen, auf die Problematik der 21 Bedingungen ein, ohne jedoch den gewerkschaftlichen Bereich zu betonen.
Zum Verhältnis USPD und Internationale, auch unter dem besonderen Aspekt der "21 Bedingungen", vgl. die ausgezeichneten Studien von Robert Wheeler.
Wheeler, Robert, F., The Independent Social Democratic Party and the Internationals: An Examination of Socialists Internationalism in Germany 1915 to 1923, Diss. Univ. of Pittsburgh 1970 (dtisch. Übers. USPD und Internationale, Frankfurt/Berlin/Wien 1975); ders., Die "21 Bedingungen" und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, in: VjFZ 1975/2; ders., Revolutionary Socialist Internationalism: rank - and file reaction in the USPD, in: Intern. Review of Social History, Vol. XXII, 1977/3; ders., "Ex oriente lux. The Soviet Example and the German Revolution, 1917-1923, in: Proceedings second International Colloquium March 25, 26, 27, 1976. Revolutionary situations in Europe 1917-1922., hrsgg.v. Bertrand, Charles L.
- 110) Der Ausdruck "gelbe" Amsterdamer Internationale stammt aus dem Jargon der Kommunisten. Wie dem Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23, Hamburg 1923, S. 624, zu entnehmen ist, wurde im Jahre 1907 von Unternehmern der "Bund der vaterländischen Arbeitervereine", die "Zentrale der Gelben" gegründet. Es ist zweifelsfrei, daß die KPD bzw. die Moskauer "Internationalisten" mit der Bezeichnung "gelb" bezüglich der Gewerkschaftsinternationale hier eine Verbindung herstellen wollten.

"Linken", der "Internationalen", die 21 Bedingungen Lenins zu bagatellisieren, indem er die Punkte dahingehend interpretierte, daß die Leitsätze der III. Kommunistischen Internationale "nicht eine Spaltung der nationalen Gewerkschaften" beabsichtigen würden, sondern, daß man sich lediglich der "oppositionellen Führer" entledigen wolle. Die Einrichtung "Kommunistischer Zellen" innerhalb der Einzelgewerkschaften versuchte er damit zu rechtfertigen, daß bereits Dißmann an der Bildung solcher Zellen, "die man USP-Zellen nennen könnte", beteiligt gewesen sei. Dieselbe Strategie habe die MSPD verfolgt, als sie nach der Generalversammlung des DMV von 1919 "rechtssozialistische Zellen" innerhalb des Verbandes gegründet hätte.¹¹¹⁾ Fast resignierend mußte Müller jedoch einräumen, daß führende Gewerkschaftsfunktionäre mit den 21 Bedingungen nichts zu tun haben wollten.¹¹²⁾ So lehnten alle 11 in der USPD-Reichsagsfraktion vertretenen Gewerkschafter die 21 Bedingungen ab; die führenden Gewerkschafter verblieben in der alten Partei. Darunter befanden sich zu- meist Vertreter von der USPD stark beeinflusster oder dominierter Einzelgewerkschaften: vom Metallarbeiterverband Robert Dißmann, Alwin Brandes und Walter Oettinghaus, vom Textilarbeiterverband Hermann Jäckel und Franz Kotzke, vom Schuhmacherverband Josef Simon und Wilhelm Bock, vom Zentralverband der Angestellten Siegfried Aufhäuser¹¹³⁾ und vom Eisenbahnerverband Lorenz Breunig.¹¹⁴⁾

111) Vgl. Die Internationale Nr. 2 v. 28.Okt.1920. Ein Artikel v. R.Müller, "Der Kampf um die Gewerkschaften."

112) Ebd.

113) Vgl. USPD - Fraktionsprotokoll v. 2.März 1922, IISG, Siegfried Aufhäuser trat sein Reichstagsmandat erst am 7.März 1921 an. Vgl. USPD-Fraktionsprotokoll vom 2.März 1922.

114) Vgl. dazu die Angaben in: Handbuch der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung. Weimar 1919, hrsgg. v. Bureau des Reichstags, Berlin o.J. sowie Reichstagshandbuch, I. Wahlperiode 1920, hrsgg. v. Bureau des Reichstags, Berlin 1920; Heyde, Ludwig (Hrsg.), Internationales Handbuch des Gewerkschaftswesens, 2 Bde.

Vergleicht man die Listen von Befürwortern und Gegnern der 21 Bedingungen, so kann man unschwer feststellen, daß die Gewerkschaftsvertreter der USPD, die gleichzeitig innerhalb der Partei einen Funktionärsposten bekleideten, in ihrer überwiegenden Mehrheit zu den Gegnern der 21 Bedingungen gezählt werden dürfen. Eine Analyse der Listen könnte jedoch zu Verzerrungen führen, da verschiedentlich Vertreter des USPD-Gewerkschaftsflügels bei den Urwahlen nicht berücksichtigt worden waren. Wie Robert Wheeler in seiner Studie über die USPD und die Internationale festgestellt hat, scheiterten viele Anhänger der Gewerkschaftsrichtung in Abstimmungen an dem linken USPD-Flügel, der sich vorwiegend aus jüngeren und noch nicht lange den Organisationen der Arbeiterbewegung angehörenden Mitgliedern zusammensetzte.¹¹⁵⁾ Dazu kam das Manipulieren von Delegiertenwahlen, wovon auf dem Parteitag nur die Spitze eines Eisbergs sichtbar wurde.¹¹⁶⁾ In zahlreichen Fällen war eine Kombination von Ur- und Verhältniswahlrecht angewandt worden, womit sämtliche Stimmen an die jeweils dominierende Liste fielen.¹¹⁷⁾ Das krasseste Beispiel bot sich dabei in Hamburg, wo insgesamt 10 Mandate zu vergeben gewesen waren. Hier war es dem Führer der gewerkschaftlichen USPD-Liste, Paul Berg-

115) Vgl. Wheeler, R.F., USPD und Internationale, S. 232 ff.

116) Vgl. Prot.Pt.USPD -1920, S. 237 ff. (Bericht der Mandatsprüfungskommission). So war es u.a. in Hannover, dazu gekommen, daß bei einem Verhältnis von 5 zu 1 Delegierten für die Anhänger der Bedingungen, der Gegenpartei einfach das Mandat aberkannt wurde. Es ist vielfach anzunehmen, daß aufgrund dieser Manipulationen nachträglich Delegiertenmandate geschaffen wurden, ohne jedoch die unrechtmäßig besetzten zu annullieren.

117) Ebd., S. 238. So in Westfalen, Teilen des Bezirkes Halle, Thüringen, Niederrhein, Hamburg, Württemberg, Frankfurt. In Halle und Hamburg hatte man erst auf Druck des Zk der USPD Urwahlen durchgeführt. Im Fall von Pommern, wo überhaupt keine Urwahlen stattgefunden hatten, wurden die Mandate aberkannt.

mann, dem Vorsitzenden des Fleischerverbandes, verweigert worden, in dem von der USPD-"Linken" majorisierten Parteiblatt für seine Liste zu inserieren. Schließlich sah sich Bergmann gezwungen, im "Hamburger Echo", dem MSPD-Organ, seine Liste zu veröffentlichen, was ihn wiederum bei der USPD-Mitgliedschaft diskreditieren mußte.¹¹⁸⁾ Die Mandatsprüfungskommission entschied sich hier. wie in einigen anderen umstrittenen Fällen dahingehend, daß sie von den 10 Mandaten 3 für die Gegner der Bedingungen reservierte.¹¹⁹⁾ Aufgrund dieser Ungereimtheiten versuchte man von der "rechten" USPD-Seite, dem Parteitag seine Weisungsbefugnis abzusprechen, was bei stärkerem Engagement auch sicherlich gelungen wäre, aber die Zeichen innerhalb der Partei standen bereits so extrem auf Spaltung, daß man endlich eine Entscheidung herbeiführen wollte.

Die Abstimmung über umstrittene Mandate mußte, wegen einer Mehrheit, die vielfach selbst von dieser Umstrittenheit pro-

118) In Hamburg hatte bereits nach dem Kapp-Putsch die "USPD-Linke" unter Führung Thälmanns gegenüber dem von Paul Bergmann angeführten Gewerkschaftsflügel einen Erfolg erzielt, indem ein Vertrauensvotum der Anhängerschaft Bergmanns mit einer Niederlage geendet hatte und daraufhin 11 von 13 USPD-Stadtverordneten Hamburgs zurückgetreten waren. Vgl. Gothaer Volksblatt Nr. 56 v. 23. April 1920. Bei der Urabstimmung bezüglich des Anschlusses an die Kommunistische Internationale innerhalb der Hamburger USPD unterlag die Liste des USPD-Gewerkschaftsflügels, Paul Bergmann, der Liste der USPD-"Linken" ziemlich klar. Lediglich Paul Bergmann selbst erreichte zusammen mit Ernst Thälmann (USPD-"Linke") das höchste Stimmenergebnis. Vgl. Hamburger Nachrichten Nr. 487 v. 8. Okt. 1920. Ergebnis der USPD-Urwahlen:

Bergmann (USPD-Gewerkschaftsflügel)	4.951 Stimmen	
Thälmann (USPD-"Linke")	4.951	"
Herzog (USPD-"Linke")	4.350	"
Reich (USPD-"Linke")	3.513	" usw.

119) Vgl. Prot. USPD-Pt. 1920, S. 243 f.

fitierte, zur Farce werden.¹²⁰⁾ Mit der Annahme der Bedingungen, inklusive der gewerkschaftsfeindlichen Punkte, mit einem Stimmenverhältnis von 236 zu 156 war der Parteitag der USPD eigentlich abgeschlossen und die USPD als politische Partei am Ende.¹²¹⁾ Es steht außer Zweifel, daß das Delegiertenverhältnis die Meinungsbildung innerhalb der USPD nicht repräsentativ widerspiegelte, vielmehr war auf dem Parteitag durch verschiedene taktische Manöver im Vorfeld eine "Zufallsmehrheit" eingetreten, was der Reichstagsabgeordnete der USPD, Adolf Geck, mit dem "neuen Indifferentismus" der großen Masse der Mitgliedschaft im besonderen erklärte.¹²²⁾ Richard Müller benutzte das Forum des Parteitages noch zu Beschimpfungen von Dißmann und Brandes, die er für seine Entlassung als Redakteur der Metallarbeiterzeitung verantwortlich machte und bezichtigte, die Beschlüsse des Zentralkomitees in der Gewerkschaftsfrage unterlaufen zu haben.¹²³⁾ Beschimpfungen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale durch die von Moskau entsandten Gäste Sinowjew, den Leiter der Kommunistischen Internationale, sowie Losowsky traten Robert Dißmann und Toni Sender energisch entgegen.¹²⁴⁾ Gerade das Auftreten der russischen Gäste mag viele USPD-Gewerkschaftsanhänger an der Basis von einem Anschluß an die Kommunistische Internationale abgehalten haben, weil ihnen die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung spätestens zu diesem Zeitpunkt als gestecktes Ziel dieser Richtung bewußt werden mußte.

In einem vom Gewerkschaftsflügel der USPD verabschiedeten Manifest verwahrte man sich nochmals ausdrücklich gegen die-

120) Ebd., S. 253 f. Abstimmungsergebnis 212: 147.

121) Ebd., S. 261.

122) Vgl. NL Adolf Geck, 1263, BLG Karlsruhe Handgeschr. Konzept. "Der Riß durch die Partei" (1920/21), vgl. Anhang V.

123) Vgl. Prot.USPD-Pt. 1920, S. 34.

124) Ebd., S. 227 bzw. S. 236.

se unqualifizierten Beleidigungen der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung und versprach, alles zu tun, um eine Zerstörung der Gewerkschaften zu verhindern.¹²⁵⁾ Mit diesem Manifest der Rest-USPD war eine weitere Etappe auf dem Weg der Annäherung an den ADGB zurückgelegt, die ihren sichtbaren Ausdruck auch dadurch erhielt, daß vom Verlag des ADGB (Carl Legien) eine Schrift herausgegeben wurde, in der das Verhalten des "USPD-Parteitages, rechter Flügel" positiv gewürdigt, der linke Flügel als gewerkschaftsspaltend verurteilt wurde.¹²⁶⁾ Obwohl sich die Rest-USPD in ihrem Manifest darin gegen die Arbeitsgemeinschaft wandte und die Umwandlung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden forderte, mochte die ADGB-Führung die klare Abgrenzungslinie von der kommunistischen Einflußsphäre und die Gegnerschaft zu den 21 Bedingungen sowie das vehemente Bekenntnis zur einheitlichen Gewerkschaftsbewegung zu diesem Schritt veranlaßt haben.¹²⁷⁾

In Ergänzung der auf den Parteitag zu Gotha, Berlin und Leipzig beschlossenen Bestimmungen für die Organisation der USPD faßte man noch zusätzlich auf Initiative von Dißmann einen

125) Ebd., S. 3 f. (Manifest der USPD an das deutsche Proletariat).

126) Vgl. Die Sowjetaktion gegen die Gewerkschaften, hrsgg. v. Verlag des ADGB (C. Legien), Berlin 1921, S. 24.

127) Vgl. Prot.USPD-Pt. 1920, S. 3 f. (Manifest der USPD):
"..verpflichtet sich die Partei ihre Vertreter in den Gewerkschaften und Betriebsräten, unablässig die Politik der Arbeitsgemeinschaften zu bekämpfen...Gewerkschaften und Betriebsräte müssen sich vor allem als Organisationen zur Verwirklichung des Sozialismus betrachten. Die Gewerkschaften werden diese Aufgaben umso besser erfüllen, je mehr sie sich auch organisatorisch für die Kämpfe stärken. Deshalb unterstützen wir die Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieorganisationen und lehnen jede Zersplitterung und Spaltung der Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Basis mit aller Entschiedenheit ab."

Beschluß, mit dem man sich innerhalb der Rest-USPD vor Unterwanderung der zukünftigen Organisation zu schützen gedachte:

"Mitglieder, welche die 21 Bedingungen der Kommunistischen Moskauer Internationale anerkannt haben, haben sich damit verpflichtet, ihre Mitgliedschaft in der USPD aufzugeben und sich der Kommunistischen Partei, Sektion der dritten Internationale anzuschließen..."¹²⁸⁾

In den folgenden Monaten war die USPD von Streitigkeiten um das Parteigut und die Parteipresse zersetzt;¹²⁹⁾ die Reorganisation der Rest-USPD wurde insbesondere vom gewerkschaftlichen Flügel getragen. Personen wie Dißmann, Aufhäuser, Simon, Brandes und Sender rückten nun stärker in den Vordergrund der politischen Organisation. Auf der Seite des linken USPD-Flügels wurden die Annäherungstendenzen von Rest-USPD und MSPD in der Gewerkschaftsfrage mit Argwohn beobachtet, weil man dadurch nicht zu Unrecht eine Offensive gegen die kommunistischen Zellen in den Einzelgewerkschaften erwarten durfte.¹³⁰⁾

Bevor diese Aktivitäten begannen, kam es gegen Ende des

128) Ebd., S. 12.

129) Das Zentralorgan des USPD, "Die Freiheit", verblieb in den Händen der Rest-USPD. Die zur KPD tendierende USPD-Richtung gründete ein neues Zentralorgan, "Die Internationale". Diese Zeitung erschien vom 27.Okt. bis zum 7.Dez.1920 (einschl.Nr.37) als Ausgabe der USPD. Von Nr. 38 an wurde sie bis zum 31.Dez.1920 als Organ der "Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands" weitergeführt.

130) Vgl. Die Internationale Nr. 5 v. 31.Okt.1920: "Es ist bemerkenswert, in welcher Harmonie sich jetzt die rechtssozialistisch orientierte Gewerkschaftspresse mit den Rechtsunabhängigen in der Gewerkschaftsfrage befindet. Wenn man die Aufsätze dieser Gewerkschaftsblätter zum Halleschen Parteitag durchsieht, dann findet man überhaupt keinen Unterschied zwischen der alten reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und den revolutionären Phrasen der Rechtsunabhängigen."

Jahres 1920, am 7. Dezember, zur offiziellen Vereinigung der USPD-"Linken" mit der KPD.¹³¹⁾ Erst durch diese Vereinigung wuchs die KPD zu einer Massenpartei an. Dem Vereinigungsparteitag in Berlin gehörten von den insgesamt 495 Delegierten 349 der ehemaligen USPD an, also über 70 Prozent.¹³²⁾

Profilierte Gewerkschafter waren jedoch darunter nicht zu finden, sieht man einmal von Thälmann, F. Geyer, Remmele, Böttcher, Heckert und Brandler ab, von denen letztere bereits vorher Mitglieder der KPD waren. Die Anhänger der "Selbständigen Betriebsrätezentrale" begrüßten diese Vereinigung.

In einem Referat Brandlers zum Thema "Gewerkschaften und Betriebsräte", wurden Richtlinien für das zukünftige Verhalten von Gewerkschaftern in den Reihen der VKPD ausgegeben, wobei als Ansatzpunkt für einen Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung u.a. dienen sollten: Die Lebensmittelverhältnisse, die zu einer Lebensmittelkatastrophe in allernächster Zeit führen müßten sowie die unzureichende Kohleversorgung.

Hauptsächlich auf dem Hintergrund dieser Verhältnisse sollten die Mitglieder in den Gewerkschaften mobilisiert werden.¹³³⁾

Falls Betriebe stillgelegt würden, erwog man eine Besetzung derselben durch die Gewerkschaften.¹³⁴⁾ Brandler bestand darauf, daß sich die kommunistischen Gewerkschafter in Zellen und Fraktionen zusammenschließen sollten,¹³⁵⁾ immer betonend, daß die 9 Millionen Gewerkschaftsmitglieder der wichtigste Bestandteil des deutschen Proletariats seien. In einer ausführlichen Debatte über die "Leitsätze für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften"¹³⁶⁾ kamen auch zahlreiche

131) Vgl. Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund), abgeh. in Berlin vom 4. bis 7. Dez. 1920, hrsgg. v.d. Zentrale der VKPD, Berlin 1921.

132) Ebd., S. 273 f.

133) Ebd., S. 169 ff.

134) Ebd., S. 174.

135) Ebd., S. 171, (Brandler): "...dann brauchen wir überhaupt keine Betriebsräte, dann können das die alten Vertrauensleute der Gewerkschaften tun."

136) Ebd., S. 175 ff.

ehemalige USPD-Mitglieder zu Wort, die besonders den "rechts-unabhängigen" Robert Dißmann zur Zielscheibe ihrer Kritik machten. Rusch, ehemaliges Berliner USPD-Mitglied und Anhänger der "Selbständigen Betriebsrätezentrale", sah in dem großen Zufluß von neuen, ungeschulten Gewerkschaftsmitgliedern eine große Chance für die Agitation der VKPD:

"...die 5 1/2 bis 6 Millionen neuen Mitglieder, die den Gewerkschaften zugeflossen sind, bilden für uns Kommunisten noch ein reiches Betätigungsfeld. Auf der anderen Seite bilden sie aber auch für die Gewerkschaften selbst eine recht nennenswerte Gefahr. Diese 5 1/2 bis 6 Millionen neuen Mitglieder sind alle eingetreten nach dem Ausbruch der Revolution... An die Kassen der Gewerkschaften werden ungeheure finanzielle Forderungen gestellt... Es sollen diese neuen Mitglieder, die zum großen Teil von der Arbeitslosigkeit bedroht werden, unterstützt werden. Diese Ansprüche werden die Gewerkschaften derart in Anspruch nehmen, daß für die Folgen in den Gewerkschaftsvorständen die Tendenz vorherrschen wird, nach Möglichkeit jede Lohnbewegung hintanzuhalten, damit die Kassen der Gewerkschaften nicht auch noch durch Auszahlung von Streikunterstützung in Anspruch genommen werden."¹³⁷⁾

In diesem Konflikt der Gewerkschaftsführung sah man von seiten der VKPD eine Möglichkeit, durch Vorantreiben von Streikbewegungen auch während einer wirtschaftlichen Krise die Gewerkschaften zu schwächen. Daß sich die USPD und der ADGB bereits gegen eine kommunistische Unterwanderung wehrten, ging daraus hervor, daß bereits einige Anhänger der III. Internationale ausgeschlossen worden waren.¹³⁸⁾ Rusch mahnte, bei der "Unterwanderung" der Gewerkschaften vorsichtig zu

¹³⁷⁾ Ebd.

¹³⁸⁾ Ebd., S. 180 f., (Rusch)): "In Hamburg hat die Afa einen Beschluß gefaßt, der ganz eindeutig erklärt, daß diejenigen, die als Vertreter der Dritten Internationale in den Gewerkschaften tätig sind und dafür agitieren, ausgeschlossen werden sollen. Einen gleichen Aufruf hat der Vorstand des Eisenbahnerverbandes erlassen." (In beiden Vorständen waren dabei USPD-Gewerkschafter maßgeblich vertreten. In der Afa, S. Aufhäuser; im Eisenbahnerverband, Breunig).

Werke zu gehen", weil man sich von dieser Seite auch nicht scheuen würde,"eine halbe oder eine Million Mitglieder auszuschließen, um uns von der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auszuschließen."¹³⁹⁾

Die Leitsätze für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften wurden gegen eine Stimme angenommen,¹⁴⁰⁾ wobei für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung insbesondere der 12. und letzte Leitsatz eine ernsthafte Gefährdung darstellte:

"XII. Damit die Kommunisten diese Revolutionierung der Gewerkschaften rasch und systematisch durchführen können, müssen sich die Kommunisten in den Gewerkschaften zu Fraktionen zusammenschließen, nicht um sich in Zellen oder Fraktionen einzukapseln, sondern um wirksam unter den nichtkommunistischen Klassengenossen zu arbeiten... Die Gewerkschaftskommission der VKPD bildet die Oberleitung der Fraktionen..."¹⁴¹⁾

Dieser Beschluß bildete die Voraussetzung für die folgeschweren Auseinandersetzungen in den Einzelgewerkschaften in den darauffolgenden Jahren einerseits, die Voraussetzung für ein engeres Zusammengehen von MSPD und USPD in den Gewerkschaften andererseits, um die Einheit der Gewerkschaften zu sichern.

Wie sehr man bei den "Neukommunisten" darüber enttäuscht war, daß man Dißmann mit seinem großen Anhang im DMV nicht für diese Strategie gewinnen konnte, erwiesen die Bezeichnungen wie "Gelber", "Lakai des Kapitalismus", "Verräter und Betrüger der Arbeiterschaft", "Zuhälter", die man von dieser Seite für ihn übrig hatte.¹⁴²⁾

Noch gegen Ende 1920 wurde von der VKPD der Versuch unter-

139) Ebd.

140) Ebd., S. 190. Vgl. Leitsätze, ebenda, S. 254 ff.

141) Ebd., S. 260 f.

142) Vgl. hierzu auch Laubscher, G., a.a.O., S. 216.

nommen, die Moskauer Bedingungen bezüglich der Gewerkschaftsfrage in die Realität umzusetzen. An verschiedenen Orten kam es zur Ausarbeitung von Ortsstatuten über "Gewerkschaftsfraktionen in den Betrieben", wurden die Gewerkschaftsanhänger der VKPD ganz unter die Parteidoktrin gestellt.¹⁴³⁾

Man gründete eine Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD, und da sich die bestehende Gewerkschaftspresse für Spaltungsvorbereitungen schlecht eignete, schuf man Organe wie den "Kommunistischen Gewerkschafter" und "Die rote Gewerkschaftsinternationale".¹⁴⁴⁾ Darüberhinaus riefen die VKPD-Körperschaften zu eigenen Reichskonferenzen der Gewerkschaftsmitglieder auf, was der Gegenseite den formalen Anlaß gab, Teilnehmer dieser Konferenzen aus den Gewerkschaftsverbänden auszuschließen.

Innerhalb der Rest-USPD traten die Vertreter des USPD-

143) Vgl. dazu als Beispiel den Wochenbericht Nr. 49/1920 der Polizeistelle für Nordbayern. StAN, Reg. Mittelfranken II/229. Bericht über die "3. Sitzung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der VKPD-Nürnberg...Das folgende, von der VKPD ausgearbeitete Ortsstatut über Gewerkschaftsfraktionen in den Betrieben fand Billigung:

"In allen Betrieben, wo Kommunisten tätig sind, haben dieselben Fraktionen zu bilden. Die Fraktionsbildung muß in den Rahmen der Berufsgruppen und der Industriezweige erfolgen. Jede Fraktion wählt einen Leiter und je nach ihrer Größe Vertrauensleute. Sämtliche Leiter haben aus sich heraus eine Kommission von 3 Genossen zu wählen, denen die Verbindung mit der Partei obliegt und die der Partei alle Vorkommnisse in den Betrieben zu melden haben. Zu diesem Zwecke wird ein Fraktionsleiter der Parteiverwaltung eingereiht, welcher dort Sitz und Stimme hat. Dieser erhält seine Weisungen von dem Gewerkschaftsbüro der Zentrale der VKPD..."

144) Die redaktionelle Leitung oblag Fritz Heckert bzw. Max Ziese. Vgl. Pfaffenschläger, Paul, Moskau oder Amsterdam, Berlin, 1921, S. 11 f.

Gewerkschaftsflügel nun stärker in den Vordergrund. Die Fraktionsprotokolle der USPD nach der Parteispaltung belegen die dominierende Stellung von Dißmann, Brandes, Simon, Aufhäuser, Jäckel und Kotzke in den verschiedenen Ausschüssen der USPD-Reichstagsfraktion.¹⁴⁵⁾

6.6. Die Diskussion um die 21 Bedingungen in den Gewerkschaften

Auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hatte der USPD-Streit um die 21 Bedingungen Lenins und der damit verbundene Anschluß an die Kommunistische Internationale Fuß gefaßt. Der Spaltungsprozeß, der anläßlich der Delegiertenwahlen zum Halleschen Parteitag offensichtlich geworden war, übertrug sich sofort auf die gewerkschaftliche Basis und damit auch auf die Nominierung von Delegierten zu gewerkschaftlichen Verbandstagen.

Besonders im Metallarbeiterverband kam es im Verlauf der Delegiertenwahlen zum Verbandstag von 1921 vor, daß die gewerkschaftliche Gesamtorganisation zur Klärung der Frage "Moskau oder Amsterdam?" auch die Wahl der Gewerkschaftsdelegierten unter diese Losung stellte.

So spielten sich in Groß-Berlin, der politischen wie auch gewerkschaftsoppositionellen Schaltstelle, regelrechte Fraktionskämpfe des USPD-Gewerkschaftsflügels, vertreten durch Ziska und Urich, gegen die USPD-"Linken" Rusch und Posselt ab.¹⁴⁶⁾ Von seiten der Berliner Gewerkschaftskommission hatte man im Zusammenhang mit den 21 Bedingungen bereits am 13. August 1920 eine eigene Kommission nach Rußland entsandt, die dort 3 Monate lang Erfahrungen sammeln

145) Vgl. hierzu die Fraktionsprotokolle des USPD, insbes. vom 7. Dez. 1920, IISG.

146) Vgl. Freiheit Nr. 493 v. 22. Nov. 1920.

und dann über das dortige Gewerkschaftswesen berichten sollten. Ursprünglich gehörte dieser Kommission neben Rusch und Czerny auch Siegle vom USPD-Gewerkschaftsflügel an. Er ließ sich jedoch im Zeichen der bevorstehenden USPD-Spaltung für "unabkömmlich" erklären. Trotz kritischer Äußerungen über das russische Gewerkschaftssystem und dessen parteipolitische Abhängigkeit trieb Rusch nach seiner Rückkehr, als die Spaltung der USPD Realität geworden war, die Zellenpolitik in den Gewerkschaften voran und unterstützte die von der VKPD ins Leben gerufene Reichsgewerkschaftszentrale; eine Tatsache, die nicht gerade zur Förderung seiner Glaubwürdigkeit innerhalb der Berliner Gewerkschaftsbewegung beitrug.¹⁴⁷⁾ Die Meinungsänderung des gegenwärtigen Leiters der Berliner DMV-Verwaltungsstelle, der sich vier weitere Verwaltungsmitglieder anschlossen, trug den Kampf um die 21 Bedingungen direkt in den Metallarbeiterverband. Als Rusch und sein Anhang die seit dem Frühjahr 1920 von der Berliner Ortsverwaltung herausgegebene "Wochenbeilage" zur Metallarbeiterzeitung dazu benutzten, die Berliner Metallarbeiterschaft für die parteipolitische Richtung der Anhänger der Kommunistischen Internationale zu beeinflussen, war eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Berliner Ortsverwaltung nicht mehr gewährleistet. Nach einigen gemeinsamen Versammlungen faßte man letztlich den Beschluß, daß sich die gesamte Ortsverwaltung des DMV zur Neuwahl stellen sollte, um der Mitgliedschaft auf dem Wege der Urabstimmung die Möglichkeit zu geben, sich für die eine oder andere Gewerkschaftsrichtung zu entscheiden.¹⁴⁸⁾

147) Vgl. 31. Jahr- und Kassenbericht der Gewerkschaftskomm. Berlin, Berlin 1921, S. 28. Nach Verlautbarungen Schuhmachers (USPD-"Linke"), warnte Rusch damals die USPD-Genossen vor einem Übertritt in das komm.Lager.

148) Im November 1920 war Ziska in einer Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes Berlin dem Neukommunisten Posselt bei der Bevollmächtigtenwahl knapp unterlegen. Vgl. Freiheit Nr. 498 v. 22.Nov.1920.

Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung kam es in Berlin bei der Wahl von Gewerkschaftsfunktionärsposten zu zwei völlig getrennten Alternativlisten.¹⁴⁹⁾ Als Spitzenkandidat der "Amsterdamer Richtung" wurde Ziska (USPD) nominiert, während Rusch (USPD-"Linke") zum Listenführer der "Moskauer Richtung" bestellt wurde.¹⁵⁰⁾ Es kam zu einem Wahlkampf, wie er in der Gewerkschaftsbewegung noch niemals entfacht worden war, denn beiden Gruppierungen war die Leitfunktion des Berliner Metallarbeiterverbandes für den Gesamtverband und sogar für die gesamte Gewerkschaftsbewegung wohl bekannt. Die "Freiheit", Zentralorgan der USPD, unterstützte den Gewerkschaftsflügel der USPD und veröffentlichte im Dezember 1920 fortwährend Aufrufe zur Wahl der Liste: Ziska/Urlich. Die gesamte Woche vor den Wahlen erschienen Artikel gegen die Gewerkschaftsspaltung und für den USPD-Gewerkschaftsflügel. Überschriften wie "Gewerkschaftsbewegung und Klassenkampf", "Die Zertrümmerung der Gewerkschaften", "Der Kampf um die Ortsverwaltung" lösten sich ab.¹⁵¹⁾

Die Gewerkschaftsvertreter der USPD taten alles, um in diesem Kampf für den Gewerkschaftsflügel der Partei einzutreten. Robert Dißmann erschien eine Woche vor den Wahlen zusammen mit Toni Sender auf einer Versammlung der Berliner USPD-Funktionäre und wies hier auf den entscheidenden Charakter dieser Wahlen hin:

149) Vgl. Erinnerungsschrift, S. 32.

150) Vgl. Freiheit Nr. 506, v. 30.Nov.1920: "Genossen! Metallarbeiter! Die Neuwahlen für eure engere Verwaltung stehen bevor. Es geht um die Frage: Gewerkschaftsputschismus- Zerstörung der Einheit auf Moskauer Befehl, revolutionäre Gewerkschaftstaktik der Arbeiterklasse und praktische Tagesarbeit zum Nutzen der Mitglieder. Liste Ziska - Urlich."

151) Vgl. Freiheit Nr. 533 v. 15.Dez.1920; Nr. 538 v. 18.Dez.1920; Nr. 543 v. 21.Dez.1920.

"Wenn bei den Wahlen zu der Berliner Verwaltung des DMV die Kommunisten unter Führung des jetzt in Moskau zum wahren Revolutionär gestempelten, bis November 1918 zum Lager der Kriegssozialisten gehörenden O. Rusch die Mehrheit bekommen, wenn sie ihre zahlenmäßige Stärke in der Verwaltung dazu benutzen, für die Berliner Verwaltungsstelle des DMV den Anschluß an die Moskauer Internationale zu beschließen, dann ist dies der Anfang der Spaltung der Gewerkschaften! Um dies zu verhindern, müssen sich alle USPD-Gewerkschafter für die Wahl der Liste Ziska - Urich einsetzen."152)

Trotz dieser Mahnungen des Verbandsvorsitzenden Dißmann bot sich genauso wie bei Urabstimmungen in der politischen Partei ein gewisser Indifferentismus dar, denn nur etwa 33 Prozent der Berliner DMV-Mitglieder beteiligten sich an dieser so wichtigen Wahl, in der sich die USPD-Gewerkschaftsliste knapp mit 31.458 Stimmen gegen die Liste Rusch/Posselt durchsetzen konnte, die 30.063 Stimmen auf sich vereinigen konnte.¹⁵³⁾ USPD-Funktionäre, die die Einheit der Gewerkschaftsbewegung unbedingt erhalten wollten, engagierten sich jetzt vor allem in Berlin, um den starken Andrang der Kommunisten zurückzudrängen. So gelang es u.a. Paul Hertz in einer Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Holzarbeiter Berlins nach einem Referat "Moskau oder Amsterdam?" eine 2/3 Mehrheit für die Amsterdamer Richtung zu erzielen, obwohl als Gegenredner der populäre Kommunist Heinrich Brandler angetreten war.¹⁵⁴⁾

Die Dreiteilung der Arbeiterbewegung erschwerte, wie anderswo, auch hier eine gewerkschaftlich effektive Zusammenarbeit. So mußten beispielsweise im Berliner Holzarbeiterverband Stichwahlen zwischen der USPD und KPD-Liste durchgeführt werden, nachdem eine MSPD-Liste im ersten Wahlgang lediglich

152) Vgl. Freiheit Nr. 533 v. 15.Dez.1920.

153) Vgl. Freiheit Nr. 544 v. 22.Dez.1920. S. a. Jahres- und Kartellbericht Berlin 1920, Berlin 1921, S. 134.

154) Vgl. Freiheit Nr. 4 v. 4.Jan.1921.

die dritte Position erreicht hatte.¹⁵⁵⁾

Im Jahre 1921 bestanden in Berlin 3 starke Arbeiterparteien, von denen die USPD aufgrund ihrer Spaltung gegenüber 1920 die stärksten Einbußen hatte erleiden müssen. Daß die USPD als Partei in ihrem Stimmenanteil bei den Preußenwahlen zu Beginn des Jahres 1921 noch die KPD übertraf, lag vorwiegend an dem Engagement des Gewerkschaftsflügels im Wahlkampf.¹⁵⁶⁾ Dißmann, Sender, Hilferding, Hertz, Aufhäuser, Jäckel und Simon scheuten keine Mühe, gegen die "Kommunistische Gewerkschaftszersplitterung" aufzutreten, die 1921 ihren Höhepunkt erreichte.

Den diesen Auseinandersetzungen zugrundeliegenden Fanatismus dokumentieren zahlreiche Versammlungssprengungen, die die Kommunisten gegenüber der USPD durchführten. Bei einer dieser Sprengungen im Februar 1921 entging Robert Dißmann als Hauptreferent nur ganz knapp einem Mordanschlag.¹⁵⁷⁾ Die Gewaltanwendung von seiten der Kommunisten gegen Gewerkschaftsfunktionäre der USPD nahm in dieser Phase zu. So wurde bei einer Demonstration von Arbeitslosen in Berlin, die die KPD organisiert hatte, das Mitglied der Berliner Gewerkschaftskommission, Sabath vom Schneiderverband, im Gewerk-

155) Vgl. Freiheit Nr. 62 v. 7. Febr. 1921, Urwahlen im Berliner Holzarbeiterverband:

Liste Freigang-Boeser	
(USPD)	5.783
Springer-Liester	
(VKPD)	6.586
Sickfeld-Gernroth	
(MSPD)	5.007

156) Ergebnis der Preussenwahl in Berlin (1921)
in Klammern das Ergebnis von 1919:

MSPD	221.014	(187.473)
USPD	197.031	(456.667)
VKPD	112.259	(13.942), zit. n. Freiheit Nr. 86
v.	21. Febr. 1921 bzw. Nr. 89 v.	22. Febr. 1921.

157) Vgl. Freiheit Nr. 65 v. 9. Febr. 1921.

schaftshaus niedergeschlagen.¹⁵⁸⁾ Von USPD-Gewerkschaftsvertretern wurde die Strategie der Kommunisten, Arbeitslose gegen Gewerkschaftsbeamte zu mobilisieren, um dadurch Gewerkschaftsleitungen unter Druck zu setzen, aufs schärfste abgelehnt und verurteilt.¹⁵⁹⁾ Auf einer im Anschluß an die USPD-Spaltung, Mitte November 1920, stattfindenden Landeskonzferenz der bayerischen USPD konnte Josef Simon, selbst Opfer einiger tätlicher Angriffe von Kommunisten, feststellen, daß sich die Hoffnungen der "Neukommunisten" weder im Reich noch in Bayern erfüllt hätten. Der Kern der Partei sei der USPD treu geblieben.¹⁶⁰⁾ Insbesondere wies er auf den gewerkschaftlichen Aspekt eines Anschlusses einzelner Gewerkschaftsverbände an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale hin:

"Denn der Anschluß einzelner Gewerkschaften an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale würde die Spaltung innerhalb der Gewerkschaften herbeiführen...Wir wehren uns mit aller Macht gegen alle Zersplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften...Wir müssen in den Gewerkschaften die Massen ohne Rücksicht auf ihre politische Meinung zusammenfassen...Wenn die USPD nicht bestünde, so müßte sie jetzt gegründet werden. Das fühlen auch die Neukommunisten..."¹⁶¹⁾

158) Vgl. dazu auch die Ausführungen von Hermann Jäckel auf dem Verbandstag der Textilarbeiter von 1921, S. 191, wo er die Gewaltanwendung der Kommunisten verurteilte: "Sie werden vielleicht erreichen, daß einzelne Gewerkschaftsbeamte ins Gras beißen müssen, aber sie werden nicht erreichen, daß einzelne Gewerkschaftsleitungen sich auf einen Boden stellen, der mit ihrer Überzeugung und Weltanschauung unvereinbar ist..."

159) Ebd. Vgl. a. Freiheit Nr. 168 v. 13. April 1921.

160) Vgl. OVZ Nr. 266 v. 15. Nov. 1920. In Bayern standen unmittelbar nur die Bezirksverbände von Ober- und Unterfranken hinter der alten USPD. In dieser Übergangsphase wurde vielfach über den Namen "USPD" gestritten, den auch die "Neukommunisten" für sich beanspruchen wollten. So bezeichneten sich zur KPD übergetretene Mitglieder als "rechtmäßige" USPD. Der Einfluß Simons in dem Bereich Ober- und Unterfrankens dürfte für die Konsistenz des Anhangs der gewerkschaftlichen USPD-Richtung eine Rolle gespielt haben.

161) Vgl. Sozialdemokrat Nr. 268 v. 16. Nov. 1920.

Genauso wie Simon versuchten auch andere Gewerkschaftsfunktionäre der USPD, in Versammlungen gegen die Kommunisten aufzutreten, wie sich überhaupt feststellen läßt, daß nach der USPD-Spaltung insbesondere die Gewerkschaftsvertreter der USPD sich um den Neuaufbau der Partei und um neue Mitgliederkreise bemühten.¹⁶²⁾ Dabei wurde jedoch der Grundsatz, gegenüber der MSPD eine Abgrenzungsstrategie um jeden Preis zu betreiben, aufgegeben. Man versuchte im Gegenteil, den Gegensatz zur MSPD über die Gewerkschaftsbewegung abzubauen. So standen bereits 1921 gemeinsame Aktionen von USPD, MSPD und Gewerkschaften aus aktuellen Anlässen auf der Tagesordnung.¹⁶³⁾ In Bayern bildete sich vorübergehend sogar ein Einheitskomitee, bestehend aus 2 Vertretern der MSPD, 2 der USPD, 2 des ADGB und einem Vertreter der AfA.¹⁶⁴⁾

Extremste Formen zog die Spaltung der USPD in ihrem fakti-

162) Ebenda, Nr. 298 v. 21.Dez.1920. Bericht über eine Rede Simons auf dem Kreistag der USPD Mittelfrankens. Neben Simon wurde von der USPD-Zentrale als Referent auch J.M. Leindecker vom Zvds aufgeboten. Vgl. dazu auch die Liste der in Mittelfranken von der USPD für Veranstaltungstätigkeit aufgestellten Referenten, Nürnberg, den 1.Aug.1921, StA N., Reg. Mittelfr. II/215.

163) So zeigte die Mitgliederbewegung der USPD in Nürnberg, laut Berichterstattung der Reg.v.Mittelfranken, durch die rege Tätigkeit Simons für die USPD bereits wieder einen Aufwärtstrend. Danach mußte die USPD-Mitgliedschaft vor der Spaltung 1.3000, danach nur mehr 300 (Bericht vom 15.Dez.1920), aber Anfang 1922 wieder 1.650 betragen haben. Diese Aufwärtsentwicklung wurde auch auf der USPD-Kreiskonferenz am 28.Mai 1922 bestätigt. Vgl. StAN., Reg. Mittelfr. II/215.

164) Ebd. Vgl. die Berichte von V-Männern sowie das von diesen an die Reg.v. Mittelfranken weitergeleitete Material.

schen Ursprungsort, Halle, nach sich, wo die Mehrheit der USPD seit jeher zur extremen Linken hin tendiert hatte. Bereits zu Beginn des Jahres 1919 war hier vom ortsansässigen DMV bis zum April 1919 eine Beitragssperre für das Gewerkschaftskartell verfügt worden, die von der Vertretung des USPD-Gewerkschaftsflügels abgelehnt worden war.¹⁶⁵⁾ Nach der USPD-Spaltung hatte die Mitgliedschaft des DMV hier im Dezember 1920 beschlossen, sämtlichen Angestellten der Ortsverwaltung zu kündigen und deren Neubesetzung durch Kommunisten zu bewerkstelligen. Unter der Führung von Paul Weyer aus Berlin, den man zum Bevollmächtigten gewählt hatte, gelang es schließlich auch, die Verwaltungsstelle des DMV Halle unter die Kontrolle der VKPD zu bringen, die politisch in Halle ohnehin den Ton angab.¹⁶⁶⁾ Die Tendenz zum kommunistischen Delegierungsverfahren zeigte sich in diesem Raum bereits auf dem Bezirksparteitag der USPD Halle/Merseburg im April 1920, als man beschloß, ein gebundenes Mandat einzuführen.¹⁶⁷⁾ Zudem wurde die USPD in diesem Raum von den Regierungsbehörden "radikaler und gefährlicher" als die KPD eingeschätzt.¹⁶⁸⁾

Nach diesen Vorgängen in Halle, die auf einen Versuch der Gewerkschaftsspaltung hinausliefen, bei dem die Kommunisten die Parole verbreiteten: "Dißmann und Genossen sind Gewerkschaftsspalter!", wollte der Vorsitzende des DMV dieser

165) Vgl. StAN. Reg.Mittelfr.II/215 USP-Kreisleitung Mittelfranken, Nürnberg, den 1. Sept. 1921.

166) Vgl. Das Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften in Halle a.d.S. im Jahre 1919, Halle 1920 (Februar), S.8.

167) Vgl. Gothaer Volksblatt Nr. 60 v. 23. April 1920. Die Abgeordneten mußten sich dazu schriftlich verpflichten.

168) Vgl. ZStA. Potsdam, Reichsmin.d.Inneren, 13 423. Aus einem Bericht des Ministeriums des Inneren über die Lage in Mitteldeutschland vom 21. Juni 1920 geht hervor, daß in Halle "die USP in ihren Forderungen radikaler und gefährlicher als die Kommunisten" gewesen sei.

Entwicklung nicht mehr tatenlos zusehen. Wie aus einem Brief hervorgeht, der auf Betreiben der VKPD veröffentlicht wurde,¹⁶⁹⁾ erkannte Dißmann die Kündigung der DMV-Ortsverwaltung in Halle nicht an und sprach der neuen VKPD-Ortsverwaltung die Legitimation ab.¹⁷⁰⁾ Als sich die kommunistische Ortsverwaltung nicht fügen wollte und sogar eigene Beitragsmarken herausgab, wurde durch den DMV-Bundesvorstand am 5. Juni 1921 eine Konferenz des Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Halle einberufen, die von 71 Delegierten aus 45 Orten besucht wurde. Der zweite Vorsitzende des DMV und weitere Vertreter des USPD-Gewerkschaftsflügels setzten hier die Amtsenthebung der Ortsverwaltung durch, was auch von den Presseorganen anderer Einzelgewerkschaften positiv vermerkt wurde.¹⁷¹⁾ Die Folge davon war, daß zu der Generalversammlung des DMV in Jena (1921) kein Delegierter der VKPD aus Halle entsandt wurde.

Ähnliche Zustände herrschten in Hamburg, wo die USPD-Mehrheit zur VKPD übergetreten war. Hier wurde der gewerkschaft-

169) Vgl. Protokoll der Reichskonferenz der kommunistischen
und der mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale
sympathisierenden Metallarbeiter, Berlin 1921, S. 45.
Hier der Abdruck des Briefes von Dißmann:
"DMV Stuttgart Stuttgart, den 17.2.1921
Herrn Wilhelm Heyne Halle a.d.S.

Werter Kollege!

Der Vorstand bestätigt den Empfang Deines Schreibens vom 15. des Mts. Wenn Dir von P.Weyer durch Einschreibebrief v.14.Febr., zum 31.März ds.J. gekündigt wurde, so ändert dies an der Maßnahme, die der Vorstand bezüglich der Verwaltungsstelle Halle bisher getroffen hat, nichts. Du bleibst neben dem Kollegen Gribel nach wie vor der vom Vorstand Beauftragte und der Org. gegenüber für die Finanzen der Verw.-Stelle Halle verantw. Kollege. Wir werden selbstvers. die weitere Entwicklung in Halle aufmerksam beobachten und haben selbstverst. hinreichend Gelegenheit, im Laufe der nächsten Wochen resp. bis zur zweiten Hälfte des Monats März ds.J. uns über weitere Maßnahmen zu verständigen, und so auch über die Dir durch P.Weyer zuteil gewordene Kündigung. Sie unbesorgt Besten Gruß gez. Dißmann

170) Ebd.

171) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 26 v. 1. Juli 1921.

liche Flügel der USPD, der sich um Paul Bergmann versammelte, stark unter Druck gesetzt und dessen Versammlungen systematisch von der VKPD gestört oder gesprengt.¹⁷²⁾ Durch populäre Maßnahmen versuchte die VKPD in Hamburg, ihren Einfluß auf die dortige Gewerkschaftsbewegung auszudehnen.¹⁷³⁾ Mitte 1921 rief sie in einem Offenen Brief den Hamburger Ortsausschuß des ADGB zur "Zusammenfassung der Lohnkämpfe" auf, um eine größere Schlagkraft gegenüber dem Unternehmertum einsetzen zu können. Die Antwort des Ortsausschusses, in dem Bergmann einen starken Einfluß besaß, lief jedoch auf den Hinweis hinaus, daß die Durchführung von Lohnbewegungen

172) Vgl. Ausführungen von Lothar Popp in einem mit dem Verf. geführten Gespräch vom 9.Sept.1977 bzw. dessen Schreiben an den Verf. vom 23.Jan.1977 (Auszug): "...Als wir nach Halle unsere erste Versammlung im Gewerkschaftshaus mit Wilhelm Dittmann als Referenten abhielten, wurde diese von unseren ehemaligen Genossen gesprengt; sie stürmten in den Saal und auf das Podium und prügelten auf uns los.".

Später wurden die Versammlungen der USPD, laut Popp insofern geschützt, daß durch die Initiative des Vorsitzenden der Fleischergewerkschaft von Mitgliedern dieser Gewerkschaft ein "Saalschutz" zusammengestellt wurde.

Lothar Popp gehörte zu den Mitbegründern der USPD in Hamburg sowie des Kieler Arbeiterrates (Jan.1918), war im November 1918 Vors. des Kieler Obersten Soldatenrates, dann Vors. des Bezirkes Wasserkante der USPD. Nach der Wiedervereinigung auf dem Nürnberger Parteitag, Mitglied des SPD-Parteivorst. in Hamburg. 1933 Emigration in die USA. Vgl. a. Popp, Lothar, unter Mitarbeit von Karl Artel, Wie die deutsche Republik entstand. Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution, Kiel 1919.

173) Mitgliederzahlen verschiedener freigewerkschaftlicher Verbände in Hamburg:

	1919	ml.	wbl.	1922	ml.	wbl.
Metallarb.	33.530		2.098	36.382		2.092
Schuhmacher		640	210		850	160
Textilarb.	1.226		3.316	1.682		6.991
Fleischer	1.721		342	1.689		238

Zahlen nach 26. Jahrbuch des Ortsausschusses Groß-Hamburg des ADGB. Geschäftsjahr 1922, Hamburg 1923, S. 70f.

Aufgabe der einzelnen Gewerkschaftsverbände sein müsse. Außerdem wurde die Unaufrichtigkeit der VKPD gegenüber der Gewerkschaftsbewegung geißelt, da verschiedene Vertreter der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale erklärt hatten, daß die VKPD nicht vor der Zerstörung der Gewerkschaften zurückschrecken würde, wenn es nicht gelänge, diese "Moskau auszuliefern".¹⁷⁴⁾ Im dortigen Metallarbeiterverband gelang dies der VKPD auch vorübergehend. Kurze Zeit später fanden sich im Hamburger DMV MSPD und USPD zu einer gemeinsamen Gewerkschaftsliste zusammen, wodurch es gelang, die Liste der KPD/USPD-"Linke" auszuschalten.¹⁷⁵⁾ Die Annäherung von USPD und MSPD auf gewerkschaftlichen Gebiet war, nachdem von der MSPD-Führung noch im Frühjahr 1920 Anleitungen "zum erfolgreichen Versammlungskampf" gegen die USPD herausgegeben worden waren,¹⁷⁶⁾ in vollem Gange. Durch den erbitterten Kampf in den Gewerkschaften, von den Kommunisten in zunehmendem Maße gefördert, wurden zahlreiche, alte, erfahrene Gewerkschafter abgestoßen und blieben den Versammlungen fern, was

174) Vgl. 25. Bericht des Gewerkschaftskartells und 22. Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona und Umgebung, Geschäftsjahr 1921, Hamburg 1922, S.9 f. Namentlich wurde ein Vertreter der kommunistischen Reichszentrale, Schuhmacher (Berlin), für diese Äußerung bezeichnet.

175) In die Ortsverwaltung des dortigen DMV gelangten 5 Mitglieder der MSPD und 5 der USPD. Vgl. DMV. Verwaltungsstelle Hamburg. Geschäftsbericht über das Jahr 1920, Hamburg 1920, S. 7 f. Vgl. a. Gesch.ber. über das Jahr 1921, Hamburg 1922, S. 5, betr. Wahlen zur Ortsverwaltung vom 23. Jan. 1921, wo die MSPD/USPD-Liste erneut siegte.

176) Vgl. Der Versammlungskampf gegen USP und KPD. Ratsschläge für Organisationsleiter und Redner der Sozialdemokratischen Partei, hrsgg. vom Vorst. d. SPD, Berlin 1920, S. 5: "Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung muß der USP usw. als die größte Sünde vor die Nase gerieben werden."

für den USPD-Gewerkschaftsflügel die Schwierigkeit mit sich brachte, sich bei Delegiertenwahlen durchzusetzen, da die reduzierte Wahlbeteiligung erfahrungsgemäß dem radikalen Flügel mehr zugute kam.

Was die Orte mit einer starken Befürworterbasis der 21 Bedingungen anbetraf, so handelte es sich hierbei zumeist um Städte wie Berlin oder Hamburg, in denen die Metallindustrie dominierte. Dazu kam für den Bezirk Halle/Merseburg das Leunawerk, das während des Ersten Weltkrieges seit 1916 sehr stark ausgedehnt worden war und ca. 18.000 Beschäftigte zählte. Eine entscheidende Komponente des Radikalismus war damit erfüllt; denn neben der Metallindustrie als Leitindustrie trat hier gleichzeitig eine Konzentration neuer Arbeiterkategorien in einem Ballungsgebiet auf, was sich vorübergehend für die USPD, später für die KPD positiv auswirkte, insbesondere als der wirtschaftliche Abstieg die Krisensituation in diesem Raum noch verschärfte und soziale Konflikte entstehen ließ, wie das 1919/1920 der Fall war. Auch in Halle bildeten die Metallarbeiter das Rückgrat der politischen wie der gewerkschaftlichen Organisation. Die Abstimmungen über die 21 Bedingungen verliefen hier innerhalb der USPD-Mitgliedschaft zuungunsten des Gewerkschaftsflügels der USPD.

Ergebnisse der Abstimmungen über die Annahme der 21 Bedingungen:

Ort	USPD-Mitglieder	Dafür	Dagegen
Berlin-Stadt	71.000	15.531	13.668
Hamburg	81.000	5.396	946
Halle	30.000	25. 64	8.384 177)

177) Vgl. Wheeler, R.F., USPD und Internationale, S. 248.

Von der Ausnahmesituation Halles abgesehen, wo laut Statistik die Teilnahme an der Urabstimmung über die USPD-Mitgliedschaft hinausging, lag die Wahlbeteiligung ansonsten höchstens bei 45 bis 50 Prozent und erreichte in vielen Fällen nicht einmal 20 Prozent. Aufgrund der geringen Beteiligung und der Schwierigkeit, die Mitgliedschaft soziologisch aufzuschlüsseln, lassen sich in dieser Hinsicht sozioökonomische Rückschlüsse nur tendenziell feststellen. Einen zweifellos wichtigen Faktor dabei hat Robert Wheeler in seiner Untersuchung über die Annahme der 21 Bedingungen durch die USPD-Basis herausgearbeitet. Dieser Aspekt betrifft die Frage des Alters, das bei den Befürwortern im Durchschnitt über sechs Jahre niedriger lag.¹⁷⁸⁾ Dieser Generationsunterschied zeigte sich vor allem im Metallarbeiterverband, was gleichzeitig bedeutete, daß die jüngere Mitgliedschaft sich nicht so stark an die gewerkschaftliche Tradition gebunden fühlte. Nicht zu unterschätzen ist bei dem Radikalisierungsprozeß im DMV das extreme Mitgliederwachstum der Jahre 1918 bis 1920, wovon Städte wie Berlin oder Halle betroffen waren.¹⁷⁹⁾ Mit diesem Wachstum in der Gewerkschaft war auch eine erhebliche Verjüngung der Alterstruktur der Gewerkschaftsverbände verknüpft, was sich auch bei dem Votum über die 21 Bedingungen auswirken mußte, wenn man davon ausgeht, daß jüngere Mitglieder mehr zum Radikalismus neigten.

178) Ebd., S. 252.

179) Für den Bereich Halle-Merseburg liegt wie für zahlreiche Gebiete Mitteldeutschlands, in denen die USPD-"Linke" zur KPD tendierte, eine Dissertation der DDR-Historiographie vor: Schultz, Eberhard, Rolle und Anteil des linken Flügels der USPD in dem Regierungsbezirk Halle-Merseburg bei der Herausbildung und Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei (1917-1920), Diss. Halle 1969. Sozioökonomische Bedingungen finden hier jedoch keine Berücksichtigung.

Die Mitgliederentwicklung im DMV von 1913 - 1922 (jeweils am Ende des Jahres)

	Berlin	Hamburg	Halle
1913	83.574	22.820	5.095
1914	61.037	15.947	2.742
1915	51.775	8.797	1.826
1916	54.974	8.372	1.700
1917	76.259	10.152	2.030
1918	104.891	17.680	4.040
1919	177.923	35.628	9.080
1920	159.614	33.844	9.915
1921	147.331	36.429	7.150
1922	153.043	36.783	8.500

180)

Daß die aufgeführten Komponenten für diese Ursache nicht allein ausschlaggebend waren, zeigte die Entwicklung in anderen Städten, wo der gewerkschaftliche Einfluß, trotz beträchtlichen Mitgliederzuwachses und Verjüngung der Altersstruktur, erhalten blieb und auch die 21 Bedingungen mehrheitlich abgelehnt wurden. Wie bereits an anderer Stelle bemerkt, spielten dabei auch Führerpersonen oder die Haltung der örtlichen Presse eine wichtige Rolle. Dies verdeutlichte das Beispiel Leipzig, wo im gewerkschaftlichen Bereich ebenfalls der DMV dominierte.

Ergebnis der Abstimmung über die 21 Bedingungen in Leipzig:

USPD-Mitglieder	Dafür	Dagegen
70.848	9.578	15.273

181)

180) Zahlen aus den verschiedenen Jahrbüchern des DMV, a.a.O.

181) Vgl. Wheeler, R.F., USPD und Internationale, S. 248.

Die Mitgliederentwicklung im DMV von 1913 - 1922 in Leipzig:

1913 (Ende)	16.819	
1914	8.630	
1915	6.002	
1916	6.531	
1917	8.161	
1918	16.744	
1919	33.400	
1920	34.532	
1921	23.010	
1922	36.604	182)

Industriespezifisch gesehen fiel das Votum der USPD-Mitgliedschaft im Bereich der Textilindustrie, im Gegensatz zur Metallindustrie, klar gegen die Annahme der 21 Bedingungen aus.

Ergebnisse der Urwahlen in Zentren der Textilindustrie:

(Unter)Bezirk	Dafür	Dagegen	
Elberfeld-Barmen	1.603	1.783	
Reuß (Gera)	2.107	4.426	
Oberfranken (Hof)	1.139	3.080	
Vogtland (Plauen)	1.160	2.800	183)

Was den engeren Bezirk Plauens selbst betrifft, wo viele USPD-Gewerkschaftsfunktionäre aktiv tätig waren, so liegen dafür folgende Abstimmungsergebnisse vor:

182) Zahlen aus den verschiedenen Jahresberichten des DMV.

183) Vgl. Wheeler, R.F. USPD und Internationale, a.a.O., S. 254.

	Dafür	Dagegen
Plauen ¹⁸⁴⁾	294	614
Crimmitschau	15	180
Zwickau	21	159

185)

Robert Wheeler sieht in der mäßigenden Haltung der dortigen USPD ein Zusammentreffen von Faktoren in der Verknüpfung von hoher Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und dem starken Frauenanteil innerhalb dieser Arbeiterkategorie, wogegen die Industriesparte mit überwiegend männlicher Arbeiterschaft, die häufig neu eingestellt und erst seit kurzem politisch organisiert war, im allgemeinen eher radikalen Alternativen offenstehe.¹⁸⁶⁾ Diese Einschätzung ist durchaus zutreffend, nur vernachlässigt sie den wichtigen Aspekt, daß fast alle an den Urabstimmungen teilnehmenden USPD-Mitglieder auch in den entsprechenden Gewerkschaftsverbänden organisiert waren und sich von hier der wohl stärkste Einfluß auf das Abstimmungsverhalten ergab. So hatte insbesondere die Verbandsführung des Textilarbeiterverbandes, von USPD-Gewerkschaftsfunktionären repräsentiert, die gewerkschaftsfeindlichen 21 Bedingungen bereits in zahlreichen Vorstands- und Beiratssitzungen abgelehnt. Das Verhältnis des Verbandes zur USPD-"Linken" war auch wegen der Frage der selbständigen Betriebsräteorganisation bereits sehr getrübt. Es war von daher gesehen verständlich, daß

184) Von den 2.700 USPD-Mitgliedern Plauens stimmten ca. 900, also 33 Prozent ab. Mitentscheidend war hier u.a. das Eintreten des USPD-Funktionärs Puchta gegen die Bedingungen. Vgl. LVZ Nr. 188 v. 16.Sept.1920. Böttcher, ein Funktionär der USPD-"Linken" in Plauen, trat für den Anschluß an die KI ein, aber mit der Einschränkung, daß die USPD dabei volles Selbstbestimmungsrecht behalten müßte.

185) Vgl. OVZ Nr. 230 v. 5.Okt.1920; Nr. 231 v. 6.Okt. 1920 u. Nr. 233 v. 8.Okt.1920.

186) Vgl. Wheeler, R.F., USPD und Internationale, a.a.O., S.254.

Gewerkschaftsmitglieder in dieser Ablehnung ihrer Verbandsführung folgten. Dieselbe Konstellation traf in etwa für die Schuhindustrie zu, für die leider keine Abstimmungsergebnisse vorliegen.¹⁸⁷⁾

187) Lediglich für die Gebiete Oberfrankens und Unterfrankens, wo die Schuh- und Lederindustrie auch relativ bedeutend war, liegen Ergebnisse vor. So stimmte eine Kreiskonferenz der USPD Oberfrankens mit 70 zu 19, eine Bezirkskonferenz der USPD Unterfrankens mit 80 zu 11 gegen die Annahme der 21 Bedingungen. Vgl. OVZ Nr. 229 v. 4.Okt.1920.

7. Die Annäherung zwischen USPD und MSPD in den Gewerkschaften bis zur Wiedervereinigung von 1922

Mit der Spaltung der USPD setzte sich auf gewerkschaftlichem Gebiet eine starke Abgrenzungsstrategie der Rest-USPD gegenüber der VKPD durch, die bereits im Widerpart des USPD-Gewerkschaftsflügels gegenüber der USPD-"Linken" vorhanden gewesen war. Besonders unversöhnlich wurde das Verhältnis der beiden Parteien zueinander, nachdem gegen Ende März 1921 die Kommunisten mit Aufständen in Mitteldeutschland, Berlin und im Ruhrgebiet versucht hatten, gewaltsam die politische Vormachtstellung zu erlangen. Durch die Putschtaktik der KPD wurde die USPD immer enger an die MSPD gebunden, wurde die Distanz der USPD zur VKPD in den Gewerkschaften immer größer.¹⁾ Um die Jahreswende 1920/21 war von kommunistischer Seite ununterbrochen gegen prominente USPD-Gewerkschaftsführer wie Dißmann, Simon, Jäckel und Aufhäuser vorgegangen worden, weil man die Auffassung vertrat, daß man am ehesten die Anhängerschaft der USPD in den Gewerkschaften auf die Seite der kommunistischen Opposition ziehen könnte, wenn es gelingen sollte, die gewerkschaftliche Basis von ihren Führungspersonen zu trennen.

1) Zahlreiche Ex-USPD-ler verließen nach dem Märzputsch die VKPD oder wurden in diesem Zusammenhang von der Partei ausgeschlossen. So entthob man u.a. auch die früheren USPD-Führer Ernst Däumig, Richard Müller ihrer Ämter. Vgl. dazu Freiheit Nr. 168 v. 13. April 1921 und Nr. 139 v. 24. März 1921. Vgl. auch Sozialdem. Parteikorr. Nr. 4 v. 15. Mai 1921, Ernst Däumigs Schreiben an die Zentrale der VKPD zum Märzputsch, Berlin, den 28. März 1921:

"Ich halte diese Aktionen für ein Unternehmen, das nicht allein die Partei, sondern auch die gesamte revolutionäre Bewegung Deutschlands gewaltig gefährden wird... Nach 2 1/2 jährigen Erfahrungen war für uns als Erfahrungsgrundsatz anerkannt, daß für Deutschland die Putschtaktik nicht in Betracht kommen kann... Bei allem Bekenntnis zum Prinzip des Zentralismus und zur Parteidisziplin kann ich diese Politik des Wahnsinns nicht aktiv mitmachen."

Der kommunistischen Seite gelang es zu diesem Zeitpunkt nicht, entscheidend in den Gewerkschaften Fuß zu fassen und ihren radikaleren Kurs über die Rätebewegung oder andere "revolutionäre" Kampforganisationen durchzusetzen.²⁾ Im Gegensatz zu der Parteibasis der USPD blieb die gewerkschaftliche Mitgliedschaft der USPD relativ konsistent. Die von der KPD sowie USPD-"Linken" geförderte antigewerkschaftliche Strömung fand lediglich in Orten wie Berlin, Halle, vorübergehend auch in Stuttgart, Hanau und Remscheid Anklang, wo der Metallarbeiterverband kommunistisch beeinflusst wurde.³⁾ Die Aktivitäten der Kommunisten, die Gewerkschaften zu unterwandern, riefen auch innerhalb des ADGB erhebliche Unruhe hervor, was auf der anderen Seite wiederum dazu führte, daß man eine Kooperationsebene zu den die Gewerkschaften bejahenden USPD-Gewerkschaftsfunktionären und -anhängern suchte. Die ADGB-Führung drängte darauf, Vertreter von MSPD und USPD an einen Tisch zu bringen, um die Spaltung der Sozialdemokratie möglichst bald zu beenden. Innerhalb der Reichstagsfraktion der beiden sozialdemokratischen Parteien kam es auf diese Vermittlung hin zu einem ersten Zusammenarbeiten in verschiedenen, scheinbar unbedeutenden Kommissionen. Damit bestanden aber seit längerer Zeit wieder Anknüpfungspunkte gemeinsamer Arbeit von ADGB, MSPD und USPD, die im Hinblick auf die Einheit der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung hoch einzuschätzen sind.⁴⁾

2) Vgl. a. Laubscher, G., Die Opposition, S. 201.

3) Ebd., S. 216. Was den DMV betrifft, so gibt Laubscher noch als Orte an, in denen sich die KPD durchsetzen konnte: Göppingen und Suhl. Außerdem habe die KPD der USPD in Eisenach die Verwaltungsstellen abgenommen.

4) Vgl. hierzu Potthoff, H. Gewerkschaften und Politik, S. 381 ff.

Die sich als Reichsgewerkschaftszentrale bezeichnende radikale Gewerkschaftsopposition unter der Leitung Richard Müllers eröffnete nun die Offensive, indem sie den USPD-Gewerkschaftsflügel als Anhängsel der Gewerkschaftsleitung herausstellte, daß also nur noch die Opposition der kommunistischen Gewerkschafter vorhanden sei. Die Parole "Moskau oder Amsterdam?" sollte dafür sorgen, den ADGB als Vertreter der "gelben" Richtung zu diffamieren.

Mit einem am 8. Jan. 1921 veröffentlichten "Offenen Brief" an alle Arbeiterorganisationen, der an sich maßvolle und allgemein populäre Forderungen enthielt, versuchte die kommunistische Richtung einerseits, den ADGB herauszufordern und sich andererseits bei der Gewerkschaftsbasis als durchaus gewerkschaftskonform darzustellen. Dabei spekulierte man auf den Zulauf der zahlreichen jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder, die im Verlauf der sich verstärkenden Wirtschaftskrise den Gewerkschaften den Rücken kehrten und radikalere Veränderungen forderten. Diese sogenannten "5 Stuttgarter Forderungen" betrafen in erster Linie die soziale Situation der Arbeiter und verlangten eine Herabsetzung der Preise im Bereich der täglichen Bedarfsgegenstände, Beseitigung des Steuerbetrages zugunsten einer Erhöhung der Besitzsteuer größerer Vermögen und Aufnahme der vollen Produktion.⁵⁾

Die Führung des ADGB, weitgehend mit diesen Forderungen in Übereinstimmung, griff die KPD wegen der intendierten Zielrichtung an. Im "Correspondenzblatt" wurden dann auch die als "geheime Kommandosache" bezeichneten zirkulierenden KPD-Rundbriefe veröffentlicht, aus denen hervorging, daß die Kommunisten weiterhin im Sinne Lenins innerhalb der Gewerkschaften Zellen und Fraktionen bilden und dabei auch mit USPD-Gewerkschaftern zusammenarbeiten sollten, falls auf

5) Vgl. Dißmann, Robert, Die "5 Stuttgarter Forderungen", der "Offene Brief der VKPD", u.a., Frankfurt 1921.

andere Weise keine Mehrheiten in Ortskartellen zu erreichen seien.⁶⁾ Die USPD-Gewerkschafter sollten damit genauso, wie es vorher mit politischen Vertretern dieser Partei geschehen war, als Mittel für kommunistische Ziele eingespannt werden.⁷⁾ Die Veröffentlichung der Rundbriefe bedeutete zweifellos für die Tätigkeit der VKPD in den verschiedenen Einzelgewerkschaften einen massiven Rückschlag, für die USPD-Gewerkschaftsbasis eine zusätzliche Aufklärung über die Absichten und Hintergründe der kommunistischen Gewerkschaftsstrategie. Der Vorstand des DMV und hier insbesondere Robert Dißmann erkannte die Gefahr, die von den populären Forderungen in der Zeit des wirtschaftlichen Abstieges auf die Gewerkschaftsbasis ausgehen konnte. Noch im Januar 1921 erschien im USPD-eigenen "Volksrecht"-Verlag in Frankfurt ein von Dißmann gehaltener Vortrag als weitverbreitete Bröschüre mit dem Titel "Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften" und die "5 Stuttgarter Forderungen", der "Offene Brief der VKPD", um die Gewerkschaftsbasis über die Ziele und Vorstellungen der VKPD aufzuklären.⁸⁾ Dißmann äußerte sich hier besorgt über die Zersetzung der Arbeiterbewegung, die immer mehr auf das gewerkschaftliche Lager übergreife und zu einem Zurückfluten der Mitglieder in das christliche Lager führen könne. Hierbei dachte er jedoch an Gebiete, in denen die freien Gewerkschaften vor dem Kriege noch nicht so stark entwickelt gewesen waren; Großstädte wie Berlin, Halle oder Leipzig schloß er ausdrücklich von dieser Tendenz aus.⁹⁾

6) Vgl. Corr. Nr. 10, 11 (1921)

7) Vgl. dazu auch Laubscher, G., a.a.O., S. 205 ff., der die Reaktionen auf den "Offenen Brief" in verschiedenen Einzelgewerkschaften untersucht hat.

8) Vgl. Dißmann, R., Die "5 Stuttgarter Forderungen", a.a.O., S. 26f. Bei den sog. "Stuttgarter Forderungen" handelte es sich um ein Papier der Stuttgarter DMV-Ortsverwaltung, in dem fünf Forderungen formuliert waren, die die DMV-Hauptverwaltung mittragen sollte. Dißmann befürchtete durch die Publikation dieser populären, aber aufgrund der herrschenden ökonomischen und politischen Machtstrukturen utopischen Forderungen, eine zunehmende Unterwanderung der DMV-Gewerkschaftspolitik durch 'Neukommunisten', die ehemals der USPD angehört hatten.

9) Ebd., S. 8 f.

Er setzte sich konkret mit den VKPD-Forderungen auseinander, wo verlangt worden war:

- "Der Vorstand (des DMV, G.H.) wird verpflichtet, seine gesamten Machtmittel in Anwendung zu bringen, um
- 1) die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß zu erzwingen,
 - 2) Aufhebung der Akkordarbeit und der Überstunden zu erwirken."¹⁰⁾

Vor allem in der Frage der Akkordarbeit wies Dißmann auf die unterschiedliche Interessenlage in der Arbeiterschaft hin, die in zahlreichen Berliner Betrieben beispielsweise nur gegen die Basis durchzusetzen wäre.¹¹⁾ Eine dritte Forderung, wonach durch den Vorstand "verkürzt arbeitende Betriebe auf die volle Höhe der Produktion zu bringen" und "geschlossene Betriebe wieder zu eröffnen" seien, wurde von ihm während der momentan herrschenden Wirtschaftskrise als "unglaublich leichtfertige Parole" bezeichnet, die lediglich dazu angetan sei, den Massen etwas vorzuspiegeln, denn "wie sollen denn wir als Vorstand mit unserer ganzen Machtfülle diese Betriebe auf die volle Höhe der Produktion bringen?"¹²⁾, wenn die dazu erforderlichen Rohstoffe wie Kohlen, Eisen und Erze zur Aufnahme der Produktion nicht ausreichen würden. Insgesamt wurde der "Offene Brief" von ihm als "plumpes Manöver" eingestuft, das der VKPD lediglich dazu dienen sollte, ihr "Parteisüppchen" zu kochen.¹³⁾ Die von der VKPD propagierten wilden Streiks, ein wichtiges Mittel ihrer Taktik, um die Gewerkschaftsführung von der Arbeiterbasis zu trennen, verurteilte er, weil die Arbeiter in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation schließlich

10) Ebd., S. 27.

11) Ebd. (Dißmann): "Die Ortsverbände können leicht Forderungen aufstellen, so daß sie deren Durchführung einfach auf den Vorstand abwälzen."

12) Ebd.

13) Ebd., S. 29.

dadurch lediglich ausgesperrt und als Folge davon arbeitslos würden.

Nach dem Bekanntwerden der kommunistischen Machenschaften in den Gewerkschaften, vorwiegend im Metallarbeiterverband, über dessen Schlüsselstellung man sich bewußt war, verschärfte sich die Abgrenzung des DMV-Vorstandes zu den Kommunisten drastisch, wie eine Sitzung des erweiterten Beirates des Verbandes vom 13. bis 15. Januar 1921 belegt. Der zweite Vorsitzende, Alwin Brandes, mißbilligte das Treiben der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale und griff hier hauptsächlich die ehemaligen Parteifreunde Richard Müller, Oskar Rusch und Heinrich Malzahn an.¹⁴⁾ Auch die Äußerungen der USPD-Gewerkschaftsführer Dißmann, Tost und Urich sowie von Reichel (MSPD) ließen erkennen, daß man sich hier über die antigewerkschaftliche Tendenz der neuen Opposition einig war.¹⁵⁾ Der Vorstand des DMV schritt demgemäß gegen eine von der "Fraktion der kommunistischen Metallarbeiter Berlins" einberufenen allgemeinen Metallarbeiterkonferenz, die im Februar 1921 tatsächlich stattfand, energisch ein, indem zahlreiche Teilnehmer an dieser Konferenz aus der gewerkschaftlichen Organisation ausgeschlossen wurden.¹⁶⁾

14) Vgl. MAZ Nr. 11 v. 12. März 1921.

15) Ebd.

16) Vgl. Der DMV im Jahre 1921. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsgg. v. DMV, Stuttgart 1922, S. 112.

7.1. Der Verbandstag der Metallarbeiter vom September 1921
als wichtige Voraussetzung für die gewerkschaftliche
und politische Wiedervereinigung der Sozialdemokratie

Für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter in Jena hatte die VKPD eine rege Tätigkeit entfacht, weil sie sich davon ihren Durchbruch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung versprach. Flugblätter, die sich gegen die "Dißmann - Reichel - Schlicke" - Richtung wandten, also USPD - und MSPD-Gewerkschaftsanhang gleichermaßen treffen sollten, wurden in hohen Auflagen an die Mitglieder verteilt.¹⁷⁾ Neben sonstigem Broschürematerial entwarf man sogar Vortragsdispositionen für die Referenten der VKPD, die in ihrer Einheitlichkeit soweit gingen, eine genaue Gliederung des Vortrages vorzuschreiben. Neben Attacken auf die USPD, in deren letzten Absatz eine Kritik an Dißmann enthalten sein mußte, sollten die USPD-Gewerkschaftsführer immer im Zusammenhang mit den MSPD-Gewerkschaftern genannt werden.

17) Vgl. StAN II/215, Flugblatt der Reichsfraction der
Kommunistischen Metallarbeiter, Berlin, den 10. Mai 1921.

Damit wollte man aufzeigen, daß allein die VKPD eine gewerkschaftliche Oppositionshaltung vertrat.¹⁸⁾ Mit allen Mitteln sollte bei der Gewerkschaftsbasis das Vertrauen in die Vertreter von USPD und MSPD untergraben werden, wobei man sich überzogener Forderungen für die Arbeiterschaft bediente, um den parteipolitischen Aspekt nicht vordergrün-

18) Vgl. Vortragsdisdisposition zum Verbandstag in Jena, überreicht durch die Reichsfraktion der kommunistischen Metallarbeiter, Berlin, den 27. Juli 1921, Thema: Verbandstag in Jena und die Aufgaben der Gewerkschaften

1. Einleitung
2. Wesen und Aufgabe der Gewerkschaften
3. Die Novemberrevolution und die Gewerkschaften
4. Arbeitsgemeinschaften
5. U.S.P.-Opposition in den Gewerkschaften (...Heute marschiert USP- u. SPD-Opposition Arm in Arm).
6. Die Verelendung des Proletariats und die Ohnmacht der Gewerkschaften
7. Metallarbeiterverband, ADGB und Einheitsfront
8. Die Unternehmer als Bundesgenossen der Gewerkschaftsbükratie
9. Die Gewerkschaften als stärkste Stütze der bürgerlichen Gesellschaft
10. Amsterdam - Moskau
11. Kommunistisches Selbstbestimmungsrecht
12. Die gegenwärtige Lage des Proletariats u. die nächsten Aufgaben des Verbandes. ("Robert Dißmann sagt dasselbe wie Alexander Schlicke, nur mit ein bißchen anderen Worten. Er ist ein Rufer im Streit gegen die Kommunisten, er hat unlängst den Werftarbeitern vom Kampf abgeraten und sie auf parlamentarische Verhandlungen und den guten Willen der Werftbesitzer vertröstet. R.D. sagte in Hamburg: "Eine Entscheidungsschlacht zwischen Arbeiter und Unternehmer könne nicht in einer schweren Wirtschaftskrise, sondern nur bei einer Hochkonjunktur des Wirtschaftslebens erfolgreich sein.", zit.n. Komm.Gewerkschafter Nr. 26, 9. Juni 1921. Vgl. a. StAN II/215.

dig erscheinen zu lassen.¹⁹⁾ Daß es, von daher gesehen, auf dem bevorstehenden Metallarbeiterverbandstag zu Fraktionsbildungen kommen mußte, war vorauszusehen. Somit rief auch die "SPD-Correspondenz für die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes" ihren Anhang zum Wahlkampf auf, wobei man sich zu diesem Zeitpunkt noch gegen die "Fraktion Dißmann" wandte:

"Keine Sentimentalität! Die Kollegen dürfen sich nicht durch gewerkschaftliche Theorien einzelner USP-Kollegen im Gesamtverbande und in der Verwaltungsstelle täuschen lassen. Nur erprobte SPD-Gewerkschaftler dürfen von uns als Kandidaten aufgestellt und gewählt werden."²⁰⁾

Die MSPD grenzte sich in ihrem Wahlkampf von der USPD ab, weil sie selbst bestrebt war, wieder die Führung in der einflußreichsten Einzelgewerkschaft an sich zu reißen. Die Kommunisten führten ihren Wahlkampf sowohl gegen MSPD- als auch USPD-Gewerkschafter, indem sie beide Fraktionen als "reaktionäre Masse" bezeichneten. Besonders scharf ging man dabei gegen die USPD-Gewerkschaftsprominenz, namentlich Dißmann, Ziska und Urich aus Berlin vor, weil man bereits voraussetzte, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre der beiden sozialdemokratischen Parteien nach dem Verbandstag des DMV wieder "zusammenfinden" würden.²¹⁾ Verbindungen die-

19) So auch der ehemalige USPD-Gewerkschaftsfunktionär Remmele auf dem Bezirkstag der KPD Nordbayerns am 24./25. Sept. 1921: "In den Gewerkschaften muß man die Forderungen der Arbeiter immer steigern, man soll in diesen keine Parteipolitik treiben, damit man das Vertrauen der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Genossen gewinnt..." Vgl. StAN. II/215.

20) Vgl. StAN. II/229.

21) Ebd. (Flugblatt): "An die kommunistischen Metallarbeiter und -arbeiterinnen, ...Die USPD-Bürokratie unserer Organisation benutzt die Verbandsmittel um ihre gefährliche Herrschaft zu behaupten. Nicht umsonst werden seit Monaten gegen fast alle bekannten Kommunisten Ausschlußverfahren eingebracht, ja ganze Ortsgruppen vergewaltigt..."

ser Art waren streckenweise bereits vor dem Verbandstag auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene erfolgt, wie aus behördlichen Berichten der Regierung in Düsseldorf zu entnehmen ist. So war es in zahlreichen Ortschaften zu Arbeitsgemeinschaften von MSPD- und USPD-Funktionären gekommen.²²⁾ Was den Wahlkampf der USPD innerhalb des Verbandes anbetraf, so richtete sich dieser fast ausschließlich gegen die VKPD. Nicht zuletzt dem persönlichen Eintreten von Robert Dißmann und seiner Anhängerschaft war es zu verdanken, daß in Orten, wo die Kommunisten politisch an Einfluß gewonnen hatten, Vertreter aus den Reihen des DMV nominiert wurden, die politisch den sozialdemokratischen Parteien zuzuordnen waren. Nur aus diesem Grund erhielten die VKPD-Gewerkschaftsvertreter für die Delegiertenversammlung des DMV keine Mandate in Halle, Berlin, Hamburg, Hannover, Bielefeld und Königsberg.²³⁾ Hatte in Berlin die rigorose Anwendung des Mehrheitswahlrechtes den Ausschlag für den USPD-Gewerkschaftsflügel gegeben, so verhinderte in Halle eine Intervention Dißmanns zugunsten des alten Vorstandes, daß der dortige Ortsverband des DMV von den Kommunisten majorisiert wurde. Die parteipolitischen Querelen in Halle wirkten sich innerhalb des Gesamtverbandes zweifellos negativ aus, denn die Mitgliedschaft des Verbandes nahm bis zum Ende 1921 gegenüber Ende 1920 um etwa 28 Prozent ab, was weit über der durchschnittlichen Abnahme der Mitgliedschaft in der Gewerk-

22) Vgl. HStAD, Reg. Düsseldorf 15 54. Hiernach war es im Juli/August 1921 zu Arbeitsgemeinschaften von USPD und MSPD-Abgeordneten, Vertrauensmännern, Gewerkschaftsfunktionären u.a. in Elberfeld, Barmen, Hamborn und Solingen gekommen.

23) Vgl. HStAD, Reg. Düsseldorf 15 599 (Auszug a.d. Lagebericht vom 13. Aug. 1921).

schaftsbewegung lag.²⁴⁾

Unruhe löste in dieser Zeit bei den Regierungsbehörden die von Robert Dißmann angeregte Agitation im Eisenbahnverband aus, die zum Ziel hatte, die dort beschäftigten Schlosser und Metallarbeiter für den DMV zu gewinnen.

Von behördlicher Seite befürchtete man, daß im Fall eines Streiks der Metallarbeiter damit eine Schließung der Eisenbahnwerkstätten und schließlich eine Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs eintreten könnte.²⁵⁾ Hatte diese Agitation in erster Linie den Grund, die Metallarbeiter des Eisenbahnverbandes dem zu bildenden Industrieverband zuzuführen, so stand es auch außer Zweifel, daß man den Einfluß im Eisenbahnverband dazu benutzen wollte, den zu führenden Lohnkämpfen mit den Unternehmern mehr Nachdruck zu verleihen.

Die Dreiteilung der deutschen Arbeiterbewegung zog in der Gewerkschaftsbewegung immer weitere Kreise, was sich im Metallarbeiterverband mit am deutlichsten offenbarte. Auf dem im September 1921 in Jena stattfindenden Verbandstag²⁶⁾

24) Vgl. DMV. Bezirk Halle. Bericht über das Jahr 1922, Stuttgart 1923, S. 5.

Mitgliedschaft im DMV Halle:

Ende 1920 9.915 Mitglieder

Ende 1921 7.150 "

Bei dieser Abnahme ist jedoch zu berücksichtigen, daß es in Halle, unter Führung der Kommunisten, vorübergehend gelang, eine gewerkschaftliche Sonderorganisation zu gründen. Vgl. Der DMV im Jahre 1921, a.a.O., S. 112.

25) Vgl. HStAD, Politische Akten 15 599, Abschrift, Frankfurt a.M., vom 10. Mai 1921 mit der Überschrift "Der Metallarbeiterverband auf dem Kriegspfad".

26) Vgl. Protokoll der 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, abgeh. zu Jena vom 12. bis 18. Sept. 1921, Stuttgart o.J.

waren dementsprechend gewerkschaftliche Fraktionen von MSPD, USPD und KPD offiziell anerkannt, traten als solche auf und hielten zu einzelnen Themen sogar Fraktionssitzungen ab.²⁷⁾ 780 Delegierte legten ihre parteipolitische Stellung im Verlauf des Kongresses offen, so daß folgendes Verhältnis zustandekam:

MSPD	412	Delegierte	
USPD	254	"	
(V)KPD	114	"	28)

Somit hatte die USPD nach ihrer Spaltung die Vorherrschaft im Verband verloren, nachdem sie als Gesamtpartei bei vielen Gewerkschaftsvertretern unglaublich geworden war, weil zahlreiche Mitglieder der USPD-"Linken" einen antigewerkschaftlichen Kurs eingeschlagen hatten. Das Gewicht hatte sich, obwohl die USPD immer noch mehr als doppelt so viele Delegierte aufbieten konnte als die KPD, eindeutig zugunsten der MSPD verschoben. Da sich eine Zusammenarbeit von USPD-Gewerkschaftern mit der KPD, nach den regionalen Auseinandersetzungen und der Spaltung der Partei, auf gewerkschaftlicher Ebene von vornherein ausschloß, waren wichtige Voraussetzungen für den Verlauf des Verbandstages geschaffen. Bereits bei der Besetzung der wichtigen Kommissionen auf dem Verbandstag spielten taktische Erwägungen eine bestimm-

27) Vgl. Corr. Nr. 40 v. 1.Okt. 1921.

28) Vgl. Prot.DMV-1921, S. 144. Robert Dißmann, amtierender Vorsitzender des Verbandes, stellte jedoch fest, daß die USPD mit 261 Mitgliedern vertreten sei. Vgl. Prot., S. 176. S.a. HStAD Reg. Düsseldorf, Politische Akten, Nr. 155 99, Auszug aus einem Lagebericht vom 13. August 1921, wonach das Kräfteverhältnis auf dem DMV-Verbandstag von 1921 folgendermaßen wiedergegeben wurde:
MSPD: 410 Delegierte,
USPD: 256 "
KPD: 114 " .

mende Rolle. Die Mehrheit der Versammlung, repräsentiert durch die MSPD-Gewerkschaftsanhänger, wollte auf jeden Fall vermeiden, durch eventuelle, von ihr nicht einsehbare Vereinbarungen von USPD- und KPD-Delegierten, in verschiedenen Kommissionen in eine numerische Unterlegenheit zu geraten. Auf der anderen Seite wollte man die der USPD nahestehenden Gewerkschaftsfunktionäre nicht verprellen und einen Beitrag zur Vereinigung der Sozialdemokratie leisten. Somit entschied man sich auf Vorschlag von Haas, des führenden MSPD-Vertreters auf diesem Verbandstag, für die Zusammensetzung der Kommissionen nach folgendem Parteiproporz: MSPD 6, USPD 3, KPD 1, was nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit durchaus gerechtfertigt war.²⁹⁾ Den Vorsitz der Leitung des Verbandstages übernahm Hans Böckler, der der MSPD angehörte.³⁰⁾

Die Haltung Dißmanns, inzwischen zur zentralen Führungsfigur der USPD sowohl auf Partei- als auch auf Gewerkschaftsebene geworden, zeigte, daß sich die USPD bereits auf dem Wege einer Einigung mit der MSPD befand, denn er führte aus:

"Ob das eine oder andere Parteibuch in der Tasche - solange wir uns in der Gewerkschaftsbewegung befinden -, es gab ja auch eine Zeit vor dem Kriege, und ich hoffe, daß sie wiederkommen wird, wo wir ein einheitliches Parteibuch wieder haben werden."³¹⁾

Dieser Tendenz wurde von zahlreichen Delegierten auch im Verlauf des Verbandstages Ausdruck verliehen, wobei häufig die Frage auftauchte, welche Punkte auf gewerkschaftlicher Ebene

29) Der entsprechende USPD-Vorschlag, von Max Urich (Berlin) vorgetragen, lautete: MSPD 4, USPD 3, KPD 2. Der Vorschlag der KPD, vom ehemaligen USPD-Mitglied Malzahn: MSPD 3, USPD 3, KPD 3. Prozentual berechnet fielen von den Delegiertenstimmen an die MSPD 52,6, die USPD 32,8 und KPD 14,6 Prozent.

30) Vgl. Prot.DMV-1921, S. 177.

31) Ebd., S. 194.

MSPD- und USPD-Gewerkschafter eigentlich noch trennen würden.³²⁾ Der Hang zur Einigung der Sozialdemokratie war aus den Diskussionsbeiträgen klar abzulesen und konnte auch den maßgebenden Führungspersonen der Parteien, die hier anwesend waren, nicht verborgen bleiben.

Dißmann verurteilte nochmals die kommunistischen Spaltungsabsichten in den Gewerkschaften, die "Richtlinien für die Organisation der kommunistischen Arbeiter in den Gewerkschaften", die kurz vor dem KPD-Parteitag verabschiedet worden waren.³³⁾

Der KPD-Delegierte Brass versuchte, das Verhalten der KPD in den Gewerkschaften mit der USPD auf eine Stufe zu stellen, indem er vorbrachte, daß die USPD ebenso "von außen her die Gewerkschaftsmitglieder" beeinflusse.³⁴⁾ Für seine Argumentation bediente er sich dabei eines Aufrufes der USPD-Zentrale an die Parteimitglieder, der in der "Freiheit" veröffentlicht worden war, sich aber lediglich gegen die "Politik der Arbeitsgemeinschaften" und nicht an die Gewerkschaftsvertreter der USPD gerichtet hatte.³⁵⁾ Dißmann ging auf dieses Ablenkungsmanöver nicht ein und sprach gegen eine Vorherrschaft der Partei gegenüber den Gewerkschaften, wie dies im kommunistischen Lager praktiziert wer-

32) Ebd., S. 267. Ein Beitrag des Delegierten Ziegler (Heilbronn): "...Besteht denn ein Unterschied bei den Metallarbeitern in den Fabriken, an den Drehbänken, Schraubstöcken usw., ob sie Mitgliedsbücher der SPD oder USP haben?"

33) Ebd., S. 201 ff. Vgl. a. Eisner, F., Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften, S. 119. Das "V" vor der Bezeichnung KPD war auf dem im August 1921 stattgefundenen Parteitag gestrichen worden.

34) Ebd., S. 270 f.

35) Ebd., S. 270. S. a. Freiheit Nr. 487 v. 18. Okt. 1921, woraus hervorgeht, daß der USPD-Gewerkschaftsflügel an der Differenzierung zwischen Arbeitsgemeinschaften und Tarifverhandlungen mit den Unternehmern konsequent festgehalten hatte. Auch schienen sich dahingehend bereits viele Gewerkschafter, die politisch der MSPD zuzurechnen waren, orientiert zu haben.

de, weil er wußte, daß dies ein entscheidender Punkt für viele Gewerkschafter war, die Konzeption der KPD zu verwerfen:

"Wenn mir meine Partei einen Zwang auferlegen würde für ein bestimmtes Handeln in meiner Gewerkschaft, dann kann ich nicht mehr mit. Die Gewerkschaft muß frei sein. Sie kann sich nicht von einer Partei vorschreiben lassen, was sie zu tun und zu lassen hat."36)

Diese Sätze brachten ihm natürlich auch Vorhaltungen von der MSPD-Seite ein, da seine Aktivitäten bezüglich der Rundbriefe an seine Parteigenossen noch nicht vergessen waren.³⁷⁾ Prinzipiell wurde dieser Äußerung jedoch großer Wert beigemessen, weil man daraus eine politische Richtungsänderung im Sinne "einer Wiedervereinigung von USP und SPD" zu erkennen glaubte.³⁸⁾

Erstmals gab Dißmann hier öffentlich Parteiinterna der USPD preis, indem er berichtete, daß seit Mai 1919, also bereits vor dem ADGB-Kongreß und dem DMV-Verbandstag, ihm von linker USPD-Seite angetragen worden sei, sich mit dem Metallarbeiterverband auf den Boden der "Selbständigen Betriebsrätezentrale" zu stellen. Bis zum Leipziger Parteitag der USPD im November 1919 sei man diesbezüglich immer wieder an ihn herangetreten, der er seit März 1919 den Vorsitz in der parteiinternen Kommission zur Behandlung von Gewerkschaftsfragen innehatte. Seit dem Mai 1919 habe er sich dieser Gruppierung der USPD, die er namentlich nicht nannte, als "schärfster Gegner" entgegengestellt.³⁹⁾ Es steht außer Zweifel, daß es sich bei diesem Personenkreis um Richard Müller und seine Fraktion handelte. Daß die Vor-

36) Ebd., S. 208.

37) Ebd., S. 224 ff.

38) Ebd.

39) Ebd. S. 284, (Dißmann): "Meinem Einfluß war es mitz verdanken, daß unsere Partei sich auf diesen Weg nicht drängen ließ."

stellung eines USPD-Gewerkschaftsflügels nicht nur theoretisch existierte, bestätigte Dißmann auch insofern, als es dieser Flügel war, der seit November/Dezember 1919 den Anspruch erhob, die USPD anzuführen und die Partei vor anti-gewerkschaftlichen Strömungen zu schützen:

"Sie wissen, daß der Genosse Simon aus Nürnberg und ich die Führung in Leipzig übernommen haben, um die Partei davor zu bewahren, Wege zu gehen, die wir mit dem Interesse der Gewerkschaften nicht verbinden konnten."40)

Dißmann, der für sein Konzept einer schlagkräftigen Einheits-gewerkschaft jetzt nur noch die Verbindung mit der MSPD als realistisch einstufte, verlieh dieser Einstellung Ausdruck, indem er die Hoffnung äußerte, daß USPD- und MSPD-Gewerk-schafter auf diesem Verbandstag ihre Anschauungen in eine gemeinsame Resolution einbringen sollten, was schließlich auch geschah.⁴¹⁾ Walcher von der KPD veranlaßte dies zu der Äußerung, daß die USPD-Mitglieder innerhalb des DMV am besten sofort ihre Parteibücher mit denen der SPD vertauschen sollten.⁴²⁾

Die Kompromißbereitschaft der MSPD-Gewerkschafter im DMV auf die Offerte Dißmanns trat in der Vorstandswahl zutage. Von den abgegebenen 676 gültigen Stimmen⁴³⁾ erhielten:

Dißmann	(USPD)	555	
Reichel	(MSPD)	544	
Eggert	(MSPD)	530	
Brandes	(USPD)	461	44)

40) Ebd.

41) Ebd., S. 254 ff. (Resolutionen). In der USPD-Resolution war ursprünglich als Hauptakzent die Gefahr der Ge-werkschaftszersplitterung und die Ablehnung einer par-teipolitischen Unterordnung des DMV enthalten. Vgl. dazu auch Corr. Nr. 40 v. 1.Okt.1921.

42) Ebd., S. 347.

43) Ebd., S. 365. Drei Stimmen waren ungültig.

44) Ebd.

Damit wurde Robert Dißmann als Vorsitzender des DMV von einer MSPD-Mehrheit bestätigt, was einen gewaltigen Vertrauensbeweis darstellte. Diese Tendenz setzte sich bei den übrigen Wahlen fort.⁴⁵⁾ Das Ergebnis des Verbandstages der größten Einzelgewerkschaft Deutschlands wurde auch im "Correspondenzblatt" mit Beifall bedacht.⁴⁶⁾ Mit dieser Verständigung war gleichzeitig ein großer Schritt für die Wiedervereinigung von USPD und MSPD einerseits, für die Erhaltung der Einheitsgewerkschaften andererseits, geleistet worden. Somit bestach dieser Verbandstag weniger durch neue gewerkschaftliche Konzeptionen oder Richtlinienvorgaben, sondern durch die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront von USPD und MSPD. Die Rolle des Metallarbeiterverbandes als Leitfaktor im Bereich der Einzelgewerkschaften erwies sich dabei als ebenso kraftvoll wie bei der Herausbildung der gewerkschaftlichen Opposition während des Krieges. Den Kommunisten war über Jahre hinaus jeglicher Zugang zu gewerkschaftlichen Schaltpositionen versagt.

Die Signalwirkung, die von der Einigung der mehrheitssozialdemokratischen und unabhängigen Gewerkschafter im DMV ausging, wurde sowohl im ADGB als auch in fast allen Einzelgewerkschaften mit großer Erleichterung aufgenommen.

45) Bei der Wahl des Verbandssekretärs erhielt Tost (USPD) die meisten Stimmen. Insgesamt befanden sich unter den besoldeten Vorstandsmitgliedern des DMV 6 Vorschläge der MSPD-Fraktion und 5 Vorschläge der USPD-Fraktion. Ebenso lautete das Verhältnis bei den nichtbesoldeten Mitgliedern. Die Redaktion der "Metallarbeiterzeitung" wurde paritätisch besetzt. Von der kommunistischen Fraktion wurde dagegen kein Vorschlag berücksichtigt. Vgl. Corr. Nr. 40 v. 1.Okt. 1921 sowie Freiheit Nr. 438 v. 19.Sept.1921.

46) Vgl. Corr. Nr. 40 v. 1.Okt.1921.

7.2. Der Deutsche Textilarbeiterverband als Vertreter
eines gemäßigten USPD-Kurses 1920 - 1922

7.2.1. Ablehnung der "Selbständigen Betriebsrätezentrale"

Das von der Nationalversammlung gegen die Stimmen der USPD verabschiedete Betriebsrätegesetz war auch vom Textilarbeiterverband heftig kritisiert worden, weil man den Einfluß der Betriebsräte auf die Produktion vermißte.⁴⁷⁾ Auf dem am 22./23. Februar 1920 veranstalteten 1. Kongreß der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie in Leipzig sprach Hermann Jäckel zu dieser Frage. Er stellte den MSPD-Minister Noske als arbeiterfeindlich dar und forderte dessen Rücktritt, weil Noske den Achtstundentag der Arbeiterschaft in Frage gestellt hätte.⁴⁸⁾ Die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie verurteilte er, weil die Betriebsräte, seiner Auffassung nach, innerhalb der Gewerkschaftshierarchie ein stärkeres Gewicht darstellen und als "echte Organe der Revolution" fungieren sollten.⁴⁹⁾ Gegen die Auffassung, daß die Betriebsräte von den Gewerkschaften unabhängige "selbständige Gebilde" sein sollten, traten sowohl Jäckel als auch andere führende Gewerkschaftsfunktionäre des Textilarbeiterverbandes ein. Im Hinblick auf die "hoffnungslose Spaltung" der politischen Arbeiterbewegung und die damit verbundene Aktionsunfähigkeit sah er die Rolle des ADGB jetzt wesentlich politischer als in den Jahren zuvor, wobei es ihm darauf ankam, die Führung des Gewerkschaftsbundes im Sinne der USPD-Gewerkschaftspolitik demokratisch zu verändern und die Position der Arbeiterschaft

47) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 6 v. 6. Febr. 1920.

48) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 20 v. 5. März 1920.

49) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 11 v. 12. März 1920.

gegenüber dem Unternehmertum zu stärken.⁵⁰⁾

An eine politische Einigung der Arbeiterbewegung war nach seinen Worten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu denken, doch verlieh er bereits der Hoffnung Ausdruck, daß sich eine Einigung über die Gewerkschaften vollziehen könnte.⁵¹⁾ Der im Frühjahr 1920 dominierende Einfluß der USPD auf die sozialistische Arbeiterschaft wurde auch auf diesen Kongreß durch verschiedene Diskussionsbeiträge dokumentiert. So genoß die Gewerkschaftspolitik der USPD auch Sympathien bei Gewerkschaftsmitgliedern, die parteipolitisch in der MSPD organisiert waren. Dazu hatte nicht zuletzt die kompromißlose Haltung der USPD gegenüber den durch die Regierung verhängten Zeitungsverböten, Schutzhaftbefehlen gegen Arbeiterführer und Repressionen verschiedenster Art beigetragen.⁵²⁾

Neben den sozialen Schwierigkeiten, die sich durch die wirtschaftlich schlechte Situation im Sommer 1920 noch steigerten bildeten diese Komponenten ein Gefüge, das die Verbandsmitgliedschaft zu verschärften Protesten gegen die Re-

50) Ebd., Bericht über den Kongreß der Betriebsräte (Textilindustrie). Jäckel (Berlin): "Der Widerstand der Unternehmer würde ein geringerer sein, wenn die politische Macht der Arbeiterklasse eine größere wäre. Es sei von sehr hoher Bedeutung, daß die oberste Spitze der Gewerkschaften, der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die Politik in ungünstigem Sinne beeinflusse. Der Gewerkschaftsbund wälze scheinbar die politische Betätigung auf die Partei ab. Er selber näherte sich jedoch der bürgerlichen Auffassung. Wenn wir uns an der Wahl beteiligen (Delegiertenwahl zum Betriebsrätekongreß, G.H.), so tun wir es, um die Betriebsräte zu erobern."

51) Ebd.

52) Ebd.

gierungspolitik veranlaßte.⁵³⁾

Bei einer Unterstützung der USPD-Haltung durch den Verband wurde jedoch stark zwischen dem gewerkschaftlichen USPD-Flügel und dem linken Flügel der Partei differenziert. Eine Unterstützung von "Dißmann - Aufhäuser - Simon" gegenüber dem Konzept von "Däumig-Müller", eine von den Gewerkschaften unabhängige Räteorganisation zu etablieren, rückte immer mehr in den Vordergrund. Nach Kommentaren des "Textilarbeiters" würde eine unabhängige Räteorganisation "die weitere Revolutionierung der Gewerkschaften" nur verhindert haben.⁵⁴⁾ Den Erfolg der USPD bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 kommentierte man im Verbandsorgan mit großer Zufriedenheit, genauso wie die Niederlage der MSPD, die man als Absage der Arbeiterschaft an die Politik des "4. August 1914" interpretierte. Noch vor der Reichstagswahl waren die Vorbehalte

53) Ebd. Vgl. Resolution, Punkt 5: "Der Betriebsrätekongreß des DTV erhebt Einspruch gegen die die gewerkschaftliche Betätigung der organisierten Textilarbeiterschaft stark beeinträchtigende Verhängung des Belagerungszustandes in zahlreichen Textilgebieten Deutschlands. Er erblickt in den rigorosen Verboten zahlreicher von den gewerkschaftlich organisierten Textilarbeitern als ihre Organe betrachteten Zeitungen und in der Verhängung der Schutzhaft über Arbeiterführer einen durch nichts gerechtfertigten, die Unternehmerstellung gegenüber den Arbeitern stärkenden Akt der Staatsgewalt. Die 400 Delegierten des Kongresses fordern für die Arbeiterschaft gleiche Bewegungsfreiheit in Presse und Versammlungen, wie sie für andere Volksschichten gewährt wird."

54) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 23 v. 4.Juni 1920; Nr. 24 v. 11.Juni 1920 (Gewerkschaften und Betriebsräte)"... Wenn Däumig glaubt, daß die Berliner Gewerkschaften bereit sind, die Betriebsräte zu Agenten der Arbeitsgemeinschaften zu machen, so irrt er sich. Alle Berliner Gewerkschaften, mit Ausnahme der Buchdrucker, sind in ihren örtlichen Verwaltungsstellen Gegner der Arbeitsgemeinschaften. Dadurch, daß die Betriebsrätezentrale die Absicht der Gewerkschaften, die Betriebsräte zusammenzufassen, bekämpft, behindert sie die weitere Revolutionierung der Gewerkschaften!"

des Verbandes gegenüber der MSPD konkretisiert und alte Vorbehalte in Erinnerung gerufen worden.

Die ablehnende Haltung gründete sich demnach auf folgende Punkte, die man durch die Politik der MSPD gefördert sah: Technische Nothilfe, Belagerungszustand, Zeitungsverbote, Bestrebungen zur Beseitigung des Achtstundentages, die Unterbindung der Streikfreiheit und Erledigung der gewerkschaftlichen Mindestforderungen nach dem Kapp-Putsch. Ohne es direkt auszusprechen, ging man im "Textilarbeiter" davon aus, daß die einzige wählbare Partei "vom Gesichtspunkt eines Gewerkschafters aus" die USPD sein müsse,⁵⁵⁾ denn die Textilarbeiterschaft sei von jeher ein traditionell revolutionäres Element innerhalb der Arbeiterschaft gewesen.⁵⁶⁾ Von der Niederlage der MSPD bei der Reichstagswahl und dem Erfolg der USPD versprach man sich auf der Seite des Verbandes eine Hinwendung der beiden sozialistischen Parteien zur "Einigung des Proletariats auf dem Boden der alten sozialistischen Grundsätze",⁵⁷⁾ da mit der Stärkung der USPD automatisch der linke Flügel der Sozialdemokratie und damit auch der Gewerkschaftsbewegung gestärkt werden würde. Aus der politischen Konstellation des Juni 1920 zog der "Textilarbeiter" die Konsequenz, daß eine politische Neutralität der Gewerkschaften jetzt nicht wünschenswert sein könne, weil die Gewerkschaftsbewegung in der Zukunft den entscheidenden Faktor zur Lösung der bevorstehenden Aufgaben darstellen würde:

"Die Zeiten der politischen Neutralität der Gewerkschaften sind ein für allemal vorüber. Bei den Kämpfen um die Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse müssen alle Kampfmittel zur Anwendung gebracht werden, um dem Proletariat den endgültigen Sieg zu sichern. Da dreht es sich für die Gewerkschaften nicht darum, ob sie durch Bekundung der politischen Neutra-

55) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 22 v. 28.Mai 1920.

56) Ebd.

57) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 25 v. 18.Juni 1920.

lität den letzten Arbeiter unter ihre Fahnen stellen, sondern es kommt darauf an, ob es möglich ist, unter Anwendung aller politischen und wirtschaftlichen Mittel, den Sozialismus herbeizuführen. Für die Herbeiführung einer höheren gesellschaftlichen Produktionsform ist nicht allein das Parlament von ausschlaggebender Entscheidung.."58)

Als die Diskussion in der USPD um die 21 Bedingungen, der Kampf des Gewerkschaftsflügels gegen die USPD-"Linke" immer intensiver geführt wurde, griff auch der Textilarbeiterverband ein, indem er den USPD-Gewerkschaftsflügel uneingeschränkt unterstützte.

In einer Sitzung am 18./19. Juni 1920 beschäftigte sich der Beirat des Textilarbeiterverbandes nochmals mit der Organisationsfrage der Betriebsräte, wobei die Konzeption einer selbständigen Zentrale eine glatte Absage erhielt. Eine in diesem Sinne verabschiedete Resolution einer so großen Einzelgewerkschaft, die der USPD nahestand und noch dazu ihren Hauptsitz in Berlin hatte, mußte Differenzen mit einem gegenteiligen Beschluß der Berliner USPD-Funktionäre hervorrufen.⁵⁹⁾ Der Textilarbeiterverband mahnte die Berliner USPD-Funktionäre, ihren Beschluß umgehendst zu revidieren.⁶⁰⁾ In seinem Verbandsorgan wiederholten führende Gewerkschaftsfunktionäre des Verbandes die Ablehnung der selbständigen Räteorganisation mit äußerstem Nachdruck.⁶¹⁾ Dem Votum des Beirates folgte auch die Betriebsrätekonferenz

58) Ebd.

59) Vgl. OVZ Nr. 171 v. 28.Juli 10,: "Der Beirat des DTV lehnt alle auf Loslösung der Betriebsräte von den Gewerkschaften und Bildung einer absolut selbständigen Räteorganisation und selbständige Ortsverwaltungen abzielenden Bestrebungen ab."

60) Vgl. Freiheit Nr. 295 v. 24.Juli 1920, "Der Textilarbeiterverband gegen die selbständige Räteorganisation". Ein Artikel des Gewerkschafts- und USPD-Funktionärs Hugo Rödel (Stuttgart) über diese Beiratssitzung.

61) Vgl. u.a. Der Textilarbeiter Nr. 24 v. 20.Aug.1920.

für die Textilarbeiter Sachsens, der Region, wo sich der Schwerpunkt der deutschen Textilindustrie befand.⁶²⁾ Im Zusammenhang mit der von den Kommunisten und linken Unabhängigen propagierten Betriebsrätezentrale wandte man sich hier zusätzlich gegen jegliche Fraktionsbildung innerhalb der Einzelgewerkschaft, um die Geschlossenheit des Verbandes in keinem Fall zu gefährden.⁶³⁾ Schließlich wurde auf einer im Dezember 1920 stattfindenden Beiratssitzung des Textilarbeiterverbandes eine Resolution gegen "das schädliche Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale" mit 35 gegen 8 Stimmen verabschiedet.⁶⁴⁾

62) Vgl. LVZ Nr. 190 v. 18.Sept. 1920. Bericht über die Betriebsrätekonferenz v. 12.Sept. 1920 in Dresden.

63) Ebd. "Die Konferenz erwartet, daß die Verbandsmitglieder überall dort, wo sich besondere Fraktionen bestimmter politischer Parteien - Kommunisten, Unabhängige Sozialisten, Rechtssozialisten - bilden, alle Mittel der Aufklärung angewandt werden, um den in Frage kommenden Mitgliedern das Verderbliche ihres Handelns zum Bewußtsein zu bringen.

64) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 51 v. 17. Dez. 1920. Bezeichnenderweise kamen 6 der 8 Gegenstimmen aus Berlin.

7.2.2. Für eine Wiedervereinigung der Sozialdemokratie -
Abgrenzung zur KPD -

Der Textilarbeiterverband befand sich im Jahre 1921, parteipolitisch betrachtet, ganz im Zeichen der USPD, auch wenn Äußerungen von offizieller Verbandsseite das Schwergewicht ihrer Aussagen bereits auf eine künftige Einigung zwischen USPD und MSPD verlegten, die über die Gewerkschaftsbewegung erfolgen sollte. Die USPD-Nähe des Verbandes wurde nach außen auch dadurch dokumentiert, daß man das Verbandsorgan seit März 1921 im Verlag der "Freiheit" drucken ließ, wo auch das Zentralorgan der USPD erschien.⁶⁵⁾

Die Entschlossenheit der USPD, sich nicht einer Regierung unter "bürgerlicher" Beteiligung zur Verfügung zu stellen, wurde auch weiterhin vom Verband unterstützt.⁶⁶⁾

Nach der Spaltung der USPD⁶⁷⁾ und dem darauffolgenden Betriebsrätekongreß kristallisierte sich innerhalb des Verbandes eine scharfe Abgrenzungslinie zur KPD heraus. Kommunistische Gewerkschaftsmitglieder wurden wiederholt darauf hingewiesen, daß ein offenes Eintreten für die 21 Bedingungen im Textilarbeiterverband keinesfalls geduldet werde. Auf einer Beiratssitzung des Verbandsvorstandes, die nach diesen zentralen Ereignissen stattfand, setzte Hermann Jäckel eine Resolution durch, die sich "gegen das schädliche Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale" aussprach und die Tätigkeit von "kommunistischen Keimzellen innerhalb

65) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 46 v. 18.Nov.1921.

66) Vgl. Protokoll des 14. Verbandstages des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, abgeh. vom 27.Juni bis 2.Juli 1921 in Breslau, Berlin o.J., S. 95.

67) Die USPD-Spaltung wurde im Gewerkschaftsorgan, dem "Textilarbeiter", überhaupt nicht registriert bzw. kommentiert.

des Textilarbeiterverbandes" verurteilte.⁶⁸⁾ Die Verbandsleitung steuerte verstärkt eine Einigung der sozialdemokratischen Parteien an, was Angehörige der KPD dazu veranlaßte, gegen die Schreibweise des Verbandsorgans zu protestieren.⁶⁹⁾ Vor einer Zusammenarbeit mit der sich als "gewerkschaftliche Kommission der KPD und USPD" bezeichnenden Organisation, hinter der sich die Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD verbarg, wurde in verbandsinternen Veröffentlichungen wiederholt gewarnt.⁷⁰⁾ Wie sich bei den Neuwahlen der Betriebsräte in der Textilindustrie zeigte, wollte sich der Verband, nach der USPD-Spaltung, wieder stärker als in den Jahren zuvor auf seine parteipolitische Neutralität besinnen. Daher gab man als obersten Grundsatz für die bevorstehenden Betriebsratswahlen in den "Merkblättern für die Betriebsräte der deutschen Textilindustrie" die Parole aus:

"Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis, keine Verständigung mit politischen Parteien und Anhängern anderer gewerkschaftlicher Richtungen."⁷¹⁾

Vor der Wahl sogenannter politischer Betriebsräte, "vor allem aber, wenn sie kommunistisch-syndikalistisch-unionistisch" orientiert seien, wurden die Gewerkschaftsmitglieder in vielen Flugblättern und Schriften gewarnt.⁷²⁾ Der Grund dafür lag darin, daß es in Berlin vorübergehend zu Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftskommission und der

68) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 51 v. 17.Dez.1920. Hier ein Bericht über die Beiratssitzung des Verbandes vom 8.-10.Dez.1920. S.a. Merkblätter Für die Betriebsräte der deutschen Textilindustrie, hrsgg. v. DTV (Berlin), Nr. 7 v. 15.März 1921.

69) Ebd. Vgl. a. den abgelehnten Antrag Nr. 99 auf dem Verbandstag, Prot. DTV 1921, S. 30: "Die GV kann die Schreibweise unseres Fachorgans bezüglich der Kommunisten nicht billigen."

70) Vgl. hierzu insbesondere, Merkblätter, Nr. 7 v. 15. März 1921, wo verschiedene Rundschreiben dieser "gewerkschaftlichen Kommission" abgedruckt sind.

71) Vgl. Merkblätter Nr. 4 v. 10.Febr. 1921.

72) Ebd.

"Selbständigen Betriebsrätezentrale" gekommen war, die die Ortsverwaltung des dortigen DTV unterstützt hatte. Nachdem man darin eine gewerkschaftsspalterische Absicht des linken USPD-Flügels zu erkennen glaubte, stellte sich der Verband nachdrücklich auf den Boden der Beschlüsse der Plauener Generalversammlung und des Reichsbetriebsrätekongresses, wonach alle Bestrebungen zur Bildung außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehener Betriebsräteorganisationen abgelehnt wurden.⁷³⁾ Es war kaum verwunderlich, daß auf dem 14. Verbandstag des DTV im Juni/Juli 1921 das Verhalten der KPD besonders heftig kritisiert und als gewerkschaftsspalterisch hingestellt wurde.⁷⁴⁾ Von einigen Mitgliedern kam es auch zu kritischen Bemerkungen gegenüber der politischen Angleichung des Verbandes an die USPD, was in Berlin sogar dazu geführt habe, daß in den Vorstand des dortigen Ortsverbandes des DTV "nur politisch in der Unabhängigen Partei Organisierte" gewählt werden konnten und lediglich USPD-Mitglieder die Geschäftsführung übernehmen durften. Dieser Auffassung wurde von USPD-Seite zwar heftig widersprochen, sie dürfte aber zumindest für Berlin und andere kleinere Ortsverwaltungen zugetroffen haben.⁷⁵⁾ Im Verlauf des Verbandstages wurde vom Ausschuß, dem mehrheitlich USPD-Mitglieder angehörten, überraschend der Beschwerde gegen die Berliner Ortsverwaltung stattgegeben, nachdem sich herausgestellt hatte, daß bei der Wahl von Kandidaten zur Ortsverwaltung tatsächlich nach deren politischer Gesinnung gefragt worden war und lediglich Mitglieder der USPD und KPD gewählt worden

73) Vgl. Jahrbuch des DTV 1920, Berlin 1921, S. 266. Der Berliner Ortsverwaltung gehörten 1920 47.358 Mitglieder an (Ende 1919: 40.358).

74) Vgl. Prot. DTV-1921, S. 165.

75) Ebd., S. 62. Dagegen Hoschke (Stuttgart): "Es ist nicht wahr, daß von der Zentrale nur USP-Mitglieder als Geschäftsführer angestellt werden."

waren.⁷⁶⁾

Der Verbandsvorsitzende Jäckel berichtete in seinem Referat "Der gewerkschaftliche Kampf, die Politik der Gewerkschaften und der Textilarbeiterverband"⁷⁷⁾ über kommunistische Unterwanderungsversuche innerhalb des Verbandes, wobei er betonte, daß Mitglieder niemals aufgrund einer Parteimitgliedschaft benachteiligt werden sollten, daß aber keineswegs antigewerkschaftliche Aktivitäten der Kommunisten im Verband hingenommen würden.⁷⁸⁾ Einer systematisch betriebenen Zerstörungsarbeit müsse man von der Verbandsseite energisch entgegenreten, um die gewerkschaftliche Einheit nicht zu gefährden.⁷⁹⁾ Befriedigt äußerte er sich darüber, daß Aufrufe von anderen kommunistischen Zellen, sich zu besonderen Beratungen zusammenfinden, innerhalb des Verbandes kaum eine Resonanz gefunden hätten. Auf die Einheit der Arbeiterbewegung bezogen, betonte er, daß "zwischen den der rechtssozialistischen Partei angehörenden Mitgliedern" des Verbandes und den der USPD angehörenden Mitgliedern in Bezug auf die Verbandspolitik keinerlei Differenzen mehr bestünden und daß die Kommunisten dieser vorherrschenden "Massenstimmung" Rechnung zollen sollten.⁸⁰⁾ Das Auftreten der Kommunisten in den Gewerkschaften interpretierte er als "überwundene Anschauung" in der deutschen Arbeiterbewegung und lehnte auch eine sich als Gewerkschaftsopposition verstehende Gruppierung innerhalb des Verbandes ab, da die Gewerkschaften inzwischen eine andere

76) Ebd., S.62 f. (Hübsch): "Man fragte nicht, ob der Befreffende ein tüchtiger Fachmann sei, man berücksichtigte nicht die verschiedenen Branchen, die doch alle in Berlin vertreten sind...ausschlaggebend für die Wahl in den Zentralvorstand war die Zugehörigkeit zur Unabhängigen Partei."

77) Ebd., S. 151 ff. bzw. S. 163.

78) Ebd. Vgl. dazu auch Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften, S. 102.

79) Besonders scharf wandte sich Jäckel dabei gegen den ehemaligen USPD-Kollegen und Anhänger der Rätezentrale, der sich bei der Parteispaltung der VKPD angeschlossen und verlangt hatte, "eine Zündschnur mit Sprengkapseln in die Gewerkschaften" hineinzulegen, um die Führer "abzuschießen". Vgl. Prot.DTV 1921, O., S.163.

80) Ebd., S. 151 f.

Politik als zur Kriegszeit betreiben würden.⁸¹⁾

Jäckel unterstrich dabei den demokratischen Standpunkt seiner Auffassung von Sozialismus, die Ablehnung jeglicher Diktatur, seine Unabhängigkeit auch von der USPD, indem er seine Zukunftsperspektive eröffnete:

"Die Unabhängige Partei hat sich nach rechts entwickelt, die rechtssozialistische Partei hat sich nach links entwickelt, sie kommen auf einer Mittellinie zusammen, und die Gewerkschaften sind Träger desselben Gedankens. - Ich bitte zu beachten, daß unabhängig bei mir nie Trumpf war, sondern daß ich bei einer gewerkschaftlichen Tätigkeit immer meiner eigenen Auffassung gefolgt bin."⁸²⁾

Als "revolutionär" betrachtete er "die Wirkungen, die von einer bestimmten, systematisch geübten, mit Bewußtsein in die Massen hineingetragenen Politik ausgehen,"⁸³⁾ wobei es ihm nicht auf die revolutionäre Tat schlechthin ankam, sondern auf die Tat, "die die Köpfe revolutioniert, die Köpfe gewinnt."⁸⁴⁾ Hiermit gab Jäckel in groben Umrissen eine Haltung wieder, die vom USPD-Gewerkschaftsflügel, im Gegensatz zum propagierten Aktionismus der USPD-"Linken" und der KPD, als "Revolutionierung" verstanden wurde. Dieselbe Einstellung traf für die Billigung des Massenstreiks zu. Im Gegensatz zu den Kommunisten, deren Leitsätze es erforderten, daß jeder Streik möglichst über die Spitze hinausgetrieben und unmittelbar politisch umgemünzt werden sollte, dachte Jäckel in erster Linie bei einem Streik an die soziale Situation der Arbeiter und deren wirtschaftliche Lage.⁸⁵⁾

81) Ebd.

82) Ebd., S. 169.

83) Ebd., S. 160 f.

84) Vgl. dazu Eisner, F., a.a.O., S. 103, die in den Ausführungen Jäckels auf diesem Verbandstag die Entsprechung der politischen Gedankenvorgänge Kurt Eisners zu erkennen glaubt, wobei jedoch zu beachten ist, daß bei Jäckel, im Gegensatz zu Eisner, die gewerkschaftliche Komponente niemals von der politischen getrennt auftritt.

85) Vgl. Prot.DTV-1921, S. 171.

In diesem Zusammenhang wandte er sich nochmals gegen die Leitsätze der KPD:

"Aber es heißt in den Leitsätzen, daß die Spaltung nur dann nicht durchgeführt werden soll, wenn sie geeignet ist, die Kommunisten zu isolieren, daß die Spaltung aber durchgeführt werden soll, wenn die Aussicht vorhanden ist, daß die Kommunisten durch ihre Überzahl die Mehrheit bekommen."⁸⁶⁾

Dabei wies er darauf hin, daß auch innerhalb des Textilarbeiterverbandes kommunistische Zellen bestanden, wovon er aber Berlin ausgenommen haben wollte, obwohl dort eine stark kommunistisch orientierte Minderheit vertreten war.⁸⁷⁾

Die kommunistische Opposition auf dem Verbandstag, vom "Correspondenzblatt" auf unter 50 Personen geschätzt (von insgesamt 484),⁸⁸⁾ war lediglich in einigen kleineren sächsischen Orten und in Berlin vertreten. Im Gegensatz zu Jäckel versuchte Hugo Rödel, der innerhalb der USPD etwas weiter links einzuordnen war, in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des DTV die Kommunisten für die Zusammenarbeit im Verband zu gewinnen. Zudem bedauerte er es, daß die USPD-Mitglieder des Verbandes im Vorfeld des Verbandstages keine eigenen Konferenzen einberufen hätten, um sich auf bestimmte Ziele festzulegen. Damit befand er sich im Widerspruch zu Jäckel, der bereits 1919 auf dem Verbandstag in Plauen eine Fraktionsbildung der USPD-Delegierten verhindert hatte.⁸⁹⁾ In dieser Hinsicht war der Verbandsvorsitzende zu keinerlei Kompromissen mehr bereit, wobei er auf die

86) Ebd.

87) Ebd., S. 163, (Jäckel): "Ich glaube außerhalb Sachsens haben wir überhaupt keine Filialen, die von den Kommunisten vollständig beherrscht werden. Ich wage nicht zu behaupten, daß die Berliner Filiale wirklich durchaus kommunistisch ist.."

88) Vgl. Corr. Nr. 31 v. 30. Juli 1921.

89) Vgl. dazu die Ausführungen von Hugo Rödel, Vorstandsmitglied und USPD-Anhänger, der den Standpunkt vertrat, daß man Fraktions- der Zellenbildungen "nicht schlechterdings als unvereinbar mit den Gewerkschaften hinstellen" könnte. Ebd., S. 186.

schädliche Entwicklung im Metallarbeiterverband hinwies.⁹⁰⁾

In der Auffassung bezüglich der Arbeitsgemeinschaften hielt man innerhalb des DTV weiterhin an dem Kompromiß fest, der sich einerseits an der grundsätzlichen Ablehnung des USPD-Gewerkschaftsflügels orientierte, andererseits nach den wirtschaftlichen Interessen der Textilarbeiterschaft ausrichtete:

"Die Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft widerpricht nicht den Beschlüssen der Generalversammlung in Plauen. Diese Beteiligung entspricht angesichts der besonderen und prekären Lage der Textilindustrie, den Interessen der Textilarbeiterschaft und des Verbandes. Der Kampf gegen das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften kann nicht isoliert geführt werden. Er wird geführt in dem Streben nach Erfüllung des Gewerkschaftsbundes mit dem von der Revolution geforderten Geist der gewerkschaftlichen Opposition. Die Durchsetzung der freien Gewerkschaften mit diesem Geist führt mit Notwendigkeit zur Umwandlung der Arbeitsgemeinschaften."⁹¹⁾

Somit wurde die Arbeitsgemeinschaft weiterhin als unumgängliche Tarifgemeinschaft umschrieben, wie sie auch vom USPD-Gewerkschaftsflügel akzeptiert wurde. Gegen Anträge, die den Austritt aus der "arbeiterfeindlichen Gemeinschaft" forderten, bezogen selbst USPD-Gewerkschaftsfunktionäre Stellung, weil sie dadurch die Tarifabschlüsse gefährdet sahen,⁹²⁾ die aufgrund der sich laufend veränderten Lebenshaltungskosten wieder erneuert werden mußten. An konkreten gewerkschaftlichen Punkten war festzustellen, daß man sich innerhalb des Textilarbeiterverbandes auch von der Seite der USPD nicht dahin drängen lassen wollte, gewerkschaftlich erkämpfte Erfolge wie z.B. die Durchsetzung einer einheit-

90) Ebd., S. 188.

91) Ebd., S. 65.

92) Ebd., S. 81, Rödel (USPD): "Ich wäre dem Begründer des Antrages sehr dankbar, wenn er uns hier einen Weg zeigen würde, wie man ohne Tarifkommissionen zu Tarifabschlüssen kommen kann."

lich in der Textilindustrie geregelten Arbeitszeit im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften, die Anerkennung von Mindestlöhnen in den Tarifverträgen, aufs Spiel zu setzen. Daß die gewerkschaftliche Arbeit von USPD-Funktionären auch von Delegierten der MSPD gelobt wurde, galt für den Textilarbeiterverband noch als Ausnahme, insbesondere weil dieses Lob die enorm erfolgreiche Mitgliederwerbung des USPD-Reichstagsabgeordneten und Gaubezirksleiters im DTV, Kotzke, betraf, der in seinem Gau zwischen 80 und 90 Prozent aller Textilarbeiter organisiert hatte.⁹³⁾

Gegen Ende des Verbandstages erteilte die Generalversammlung dem Zentralvorstand den Auftrag, auf dem nächsten ADGB-Kongreß den Antrag zu stellen, die Berufsorganisationen zu Industrieverbänden zusammenzuschließen;⁹⁴⁾ eine Forderung, die man ursprünglich vom USPD-Gewerkschaftsflügel ausgehend, nun bereits auf breiterer Basis verlangte.⁹⁵⁾

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurden die führenden Vertreter der USPD im Verband zwar überwiegend bestätigt, wenn sich die Spaltung der USPD auch insofern auswirkte, als die gewerkschaftlichen Vertreter der MSPD im Verhältnis zu 1919/1920 wieder mächtig an Boden gewonnen hatten und, absolut gerechnet, wesentlich mehr Delegiertenstimmen auf sich vereinigen konnten.

So behielt der Mehrheitssozialdemokrat Hübsch bei der Wahl zum Vorsitzenden mit 401 gegenüber Jäckel (USPD) mit 347 Stimmen klar die Oberhand. Streikleitung und Leitung des Informationsbüros blieben jedoch in der Hand von USPD-Ge-

93) Vgl. Vorwärts Nr. 359 v. 2. Aug. 1921 betr. die Gaukonferenz der Textilarbeiter v. 30./31. Juli 1921 in Aschersleben.

94) Vgl. Prot. DTV-1921, S. 262 f. (Anträge)

95) Die USPD vertrat auf gewerkschaftlicher Ebene diesen Standpunkt seit dem Frühjahr 1919, wobei Robert Dißmann, Vors. des DMV, die treibende Kraft war.

werkschaftsfunktionären, wobei man im Hinblick auf eine Verständigung von MSPD- und USPD-Delegierten darauf verzichtet hatte, Gegenkandidaten zu nominieren.⁹⁶⁾

Waren, insgesamt gesehen, auf diesem Verbandstag einer Einzelgewerkschaft auch gewerkschaftliche Fragen etwas zu kurz gekommen, so diente dieser Verbandstag ähnlich wie der des DMV in demselben Jahr doch entscheidend einer Annäherung zwischen USPD und MSPD auf gewerkschaftlicher Ebene; ein Trend, der sich 1921/1922 immer stärker auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung übertrug.

Mit Beginn des Jahres 1922 wurde von seiten des Textilarbeiterverbandes eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien mehr denn je befürwortet und jegliche Äußerung in dieser Hinsicht registriert.⁹⁷⁾ Doch begnügte man sich nicht mit einer passiven Haltung in dieser Frage, sondern griff auch in der Hinsicht ein, daß man beide Parteien, USPD und MSPD, immer wieder ermahnte, die Einigungsbestrebungen voranzutreiben. Insbesondere wurde die Tendenz des im Januar 1922 stattfindenden USPD-Parteitages in Leipzig begrüßt, der, nach Auffassung des "Textilarbeiters", den Weg zur politischen Einigung freigemacht habe.⁹⁸⁾

96) Vgl. Prot.DTV-1921, S. 259. Bei insgesamt 444 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten:

Vorsitzende:	Hübsch	(MSPD)	401
	Jäckel	(USPD)	347
Schrader	Schrader	(MSPD)	315
Streikleiter:	Feinhals	(USPD)	307
Inf.-Büro	Rödel	(USPD)	334
Redakteure des	Dressel	(USPD)	333
"Textilarbeiter"	Wagner	(MSPD)	397

97) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 3 v. 20.Jan.1922.

98) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der USPD in Leipzig vom 8.bis 12.Januar 1922, hrsgg. v.d.USPD, Leipzig o.J.
Die Mitgliederzahl der USPD war von ca. 900.000 im Oktober 1920, auf ca. 300.000 im Januar 1922 gesunken. Vgl. Prot.USPD-1922, S. 129 ff. S. a. Anhang II.

Der Verband identifizierte sich noch mit der USPD und verteidigte rückblickend die Haltung dieser Partei, forderte aber auf der anderen Seite "Einheit um jeden Preis!"⁹⁹⁾ In den folgenden Monaten richtete man laufend Offerten an die sozialdemokratischen Parteien, endlich den Parteistreit zu begraben. In diesem Sinne äußerte sich auch eine Betriebsrätekonferenz des DTV im mitgliederstärksten Bezirk Sachsens, wo eine Versammlung von 181 Delegierten es als Pflicht der Gewerkschaften erachtete, "durch geschlossenen und einheitlichen Druck die politischen Arbeiterparteien zu einheitlichem Handeln im Interesse der Arbeiterklasse zu zwingen."¹⁰⁰⁾

Die KPD wurde von dieser Einigung ausgenommen, da man sie lediglich als "Filiale der Moskauer Regierung" betrachtete.¹⁰¹⁾ Als es dann schließlich zu dem langersehnten Vereinigungspartitag von USPD und MSPD im September 1922 in Nürnberg kam, wurde dieses Ereignis vom Textilarbeiterverband emphatisch "als große geschichtliche Tat" gefeiert,¹⁰²⁾ wobei man auch dem Aspekt Beachtung schenkte, daß die Einigung der beiden starken Flügel der Arbeiterbewegung die Wirkung auslösen müßte, "daß die Kommunistische Partei über eine sektenhafte Bewegung nicht mehr hinauswachsen" werde.¹⁰³⁾

99) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 4 v. 27.Jan.1922.S.a. Nr. 3, v. 20.Jan.1922: "Die Spaltung war eine historische Notwendigkeit. Die USPD hat unter schweren Verhältnissen allen Stürmen zum Trotz die Fahne des Sozialismus hochgehalten. Sie hat eine hohe geschichtliche Mission erfüllt und dem internationalen Sozialismus einen unschätzbaren Dienst erwiesen...Die Partei hat die Spaltung überwunden und steht heute nach innen und außen gefestigt da..."

100) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 14 v. 7.April 1922, Bericht über eine Betriebsrätekonferenz des DTV im Gau Dresden vom 26.März 1922. 181 Delegierte vertraten 265.000 Verbandsmitglieder. Anwesend war von der USPD u.a. Rudolf Hilferding.

101) Vgl. Der Textilarbeiter Nr. 39 v. 29.Sept.1922.

102) Ebd.

103) Ebd.

In Zukunft wurden daraufhin Aktionen der KPD innerhalb des Verbandes nicht mehr geduldet. Im Falle, daß sich ein Mitglied des Textilarbeiterverbandes an der Vorbereitung von kommunistischen Kongressen im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung beteiligte, mußte es mit dem Ausschluß aus dem Verband rechnen.

7.2.3. Die Konsistenz der Verbandsführung im Textilarbeiterverband

Betrachtet man das Hauptkontingent der Delegierten auf dem Verbandstag der Textilarbeiter von 1921 berufsspezifisch, so machten die Weber- und Webereiarbeiter mit 167 Delegierten den größten Anteil der insgesamt 484 Delegierten aus.¹⁰⁴⁾ Die nächste größere Kategorie stellten bereits die Angestellten des Verbandes, die mit 143 Delegierten zu Buche standen.¹⁰⁵⁾ Für die Haltung des Verbandes sowie den begrenzten Radikalismus der Gewerkschaftsbasis, aber auch für die Abgrenzung gegenüber gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen, spielte die Dauer der Verbandsmitgliedschaft eine erhebliche Rolle, denkt man vergleichsweise an die Fluktuation im Funktionärskörper des Metallarbeiterverbandes, in dem sich der

104) In der Auflistung nach der Begrüßungsrede sind 484 Delegierte genannt, während im Teilnehmerverzeichnis 520, davon 47 weibliche erwähnt sind. Vgl. Prot.-DTV-1921, S. 349 f. In einem Artikel des Correspondenzblattes Nr. 31 vom 30. Juli 1921, ist von 530 Delegierten die Rede. Wahrscheinlich waren nur 484 Delegierte auch stimmberechtigt.

105) Nächste größere Kontingente: Spinnereiarbeiter mit 48, Stricker und Wirker mit 34 Delegierten. Der Rest verteilte sich auf verschiedene Spezialberufe wie Färber, Segelmacher, Posamentierer, Seiler usw. Mit den erwähnten vier stärksten Berufsgruppen waren jedoch über 80 Prozent der Gewerkschaftsvertreter auf diesem Verbandstag erfaßt.

Radikalismus der Gewerkschaftsmitgliedschaft am nachhaltigsten manifestierte.

96 Delegierte gehörten dem Textilarbeiterverband schon über 20 Jahre an, 200 über 10 Jahre und lediglich 103 Delegierte waren dem Verband erst in den Jahren 1915 bis 1919 beigetreten, wobei das Jahr 1919, verbunden mit der allgemeinen Mitgliederzunahme in der deutschen Gewerkschaftsbewegung als Eintrittsdatum für 67 Delegierte die höchste Quote aufzuweisen hatte.¹⁰⁶⁾ Somit hatten von der Verbandsführung über zwei Drittel der Delegierten dieser Einzelgewerkschaft bereits vor 1914 angehört. Die führenden Funktionäre des Verbandes, der gegen Ende 1920 mit seinen 538.000 Mitgliedern an die dritte Stelle aller Einzelgewerkschaften gerückt war,¹⁰⁷⁾ nominell noch mehrheitlich von USPD-Gewerkschaftsfunktionären repräsentiert, hatte das Eintreten für die politische Partei weitgehend abgelegt, wenn dies auch im Geschäftsbericht des Mitvorsitzenden Hübsch (MSPD) noch kritisiert worden war.¹⁰⁸⁾

Die einmütige Haltung der Verbandsspitze gegenüber dem Einfluß der KPD oder anderen radikaleren Tendenzen war auch darin begründet, daß ebenso wie die Delegierten auch die führenden Verbandsfunktionäre vielfach bereits über 20 Jahre Gewerkschaftsarbeit geleistet hatten und die Führung während der Jahre 1916 bis 1922 relativ konsistent geblieben war. Von den 37 Mitgliedern der Verbandsführung gehörten 21, also über 50 Prozent, dem DTV bereits über 20 Jahre an, nur 6 führende Mitglieder hatten weniger als 10 Dienst-

106) Vgl. Prot.DTV-1921, S. 150.

107) Davon waren 187.466 männl., 350.433 weibl. Mitglieder, womit der DTV mit einem Frauenanteil von über 65 Prozent die stärkste weibliche Mitgliedschaft der Gewerkschaften repräsentierte. Der Anteil der weibl. Delegierten lag dabei bei knapp 10 Prozent.

108) Vgl. Prot.DTV-1921, S. 62 f.

jahre aufzuweisen. Somit zählte der Textilarbeiterverband, im Gegensatz zu vielen anderen Einzelgewerkschaften, zu jenen Verbänden, die über das Jahr 1919 hinaus ihre führenden Verbandsfunktionäre im wesentlichen beibehalten hatten, auch wenn diese sich verbandsintern parteipolitisch an der USPD orientierten.¹⁰⁹⁾ So gehörten beispielsweise Jäckel, führender USPD-Anhänger in diesem Verband, dieser Einzelgewerkschaft bereits 24, Feinhals (USPD) 20, Rödel (USPD) 24, Kotzke (USPD) 28 Jahre an. Die USPD-Nähe des Verbandes war, neben anderen Faktoren, auch mit dem Standort des Vorstandes in Berlin verknüpft, wo sich auch das Informationsbüro des Verbandes, zuerst von Jäckel und dann von Rödel geleitet, befand. Dazu kam die Herstellung des Verbandsorgans in einer USPD-eigenen Druckerei. Aber gerade die Vorstandsmitglieder aus den Reihen der USPD brachten den Antrag ein, in Zukunft nicht mehr alle unbesoldeten Vorstandsmitglieder aus Berlin zu benennen und eventuell den Sitz des Vorstandes von Berlin nach Leipzig, in die Nähe des industriellen Zentrums der Textilindustrie, zu verlegen.¹¹⁰⁾ In Leipzig, wo die Gewerkschaftsbewegung seit Jahren auf der Seite der USPD stand, glaubte man sich anscheinend vor kommunistischen Interventionen sicherer als in Berlin.¹¹¹⁾ Doch auf den Einwand des Berliner Gauleiters Kotzke hin, sich von momentanen Stimmungen nicht zu sehr leiten zu lassen, beließ man den Vorstand schließlich in Berlin.¹¹²⁾

109) Lediglich bei 37 von 43 Mitgliedern der Verbandsführung ließ sich das Eintrittsdatum in den Verband feststellen.

110) Vgl. Prot.DTV-1921, S. 226. Der Verbandsausschuß wurde nach Gera verlegt.

111) Vgl. a. Laubscher, G., Die Opposition, S. 305.

112) Vgl. Prot.DTV-1921, S. 226 f.

Die Dominanz der USPD an den wichtigen Schaltstellen des Verbandes war 1921/22 nur mehr bedingt vorhanden. Insgesamt strebte man von beiden politischen Richtungen innerhalb des Verbandes zu einer Wiedervereinigung der Sozialdemokratie hin. Die Beständigkeit der Verbandsführung und die kaum jemals ernsthaft unterbrochene Zusammenarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre in diesem Verband erleichterten dieses Vorhaben.

7.3. Der Zentralverband der Schuhmacher in seinem Verhältnis zum USPD-Gewerkschaftsflügel 1920 - 1922

7.3.1. Das Eintreten für die USPD-Gewerkschaftspolitik

Von der Verbandsmehrheit wurde die USPD seit 1919 als "Vorkämpferin und Trägerin der Revolution" sowie als die Partei eingeschätzt, die für eine sofortige Sozialisierung der Betriebe eintrat,¹¹³⁾ was sich mit den Verbandsinteressen überdeckte.

Das Organ des Schuhmacherverbandes, das "Schuhmacherfachblatt", stand von 1917 bis 1922 eindeutig auf der Seite der USPD, wenn auch nach 1919 nur noch für den gewerkschaftlichen Flügel der Partei Stellung bezogen wurde. Die Redaktion hatte die USPD sogar im Wahlkampf zur Nationalversammlung unterstützt, indem sie in ihrem Presseorgan Wahlaufrufe

113) Vgl. SFB Nr. 3 v. 19. Jan. 1919.

veröffentlichte,¹¹⁴⁾ was selbstverständlich den Unwillen verschiedener Mitglieder hervorrief, die in der Parteinahme für die USPD eine wesentliche Einschränkung in der künftigen Mitgliederwerbung des Verbandes erblickten.¹¹⁵⁾ Die Redaktion des Fachblattes und der verantwortliche Chefredakteur, Wilhelm Bock, gerieten immer mehr in die Kritik verschiedener Zahlstellen des Verbandes. Auf der Gegenseite begrüßten andere Ortsverwaltungen das engagierte Eintreten für die USPD¹¹⁶⁾ und gingen dabei sogar so weit, Angestellte des Verbandes, die nicht auf "revolutionärer Grundlage" stünden und nicht gewillt seien, "das kapitalistische System zu beseitigen", entlassen zu wollen.¹¹⁷⁾ Die Angelegenheit des Eintretens für die USPD durch das Fachblatt war auch auf dem Verbandstag der Schuhmacher von 1920 zur Sprache gekommen. Bock hatte, einen Verbandsbeiratsbeschluß, den Parteistreit nicht in die Gewerkschaften hineinzutragen, mißachtend, einen Wahlauf Ruf für die USPD veröffentlicht. Er verteidigte sich gegen darauf abzielende Vorwürfe und bekräftigte sein Bekenntnis zur USPD noch:

114) Ebd. Ein Wahlauf Ruf auf der Titelseite des Fachblattes: "Auf in den Wahlkampf für die Unabhängige sozialdemokratische Partei!" Vgl. hierzu auch Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder 1918 - 1919, Nürnberg 1920, S. 126, wo sich Bock für seine parteiische Haltung entschuldigte.

115) Vgl. SFB Nr. 13 v. 30. März 1919.

116) Vgl. dagegen die Haltung der Zahlstelle Halle, die am 2. Juni 1919 eine Versammlung einberufen und dabei eine Resolution verabschiedet hatte, wo es u.a. hieß: "Dagegen steht die Versammlung auf dem Standpunkt der Stuttgarter und Nürnberger Kollegen, spricht der Redaktion ihr vollstes Vertrauen aus und wünscht, daß die Zeitung derselben nur im Sinne der revolutionären Arbeiterbewegung tätig ist."

117) Ebd.

"Alle anderen Gewerkschaftsblätter, mit wenigen Ausnahmen, haben auf die U.S.P. heruntergehauen, alle waren für die M.S.P. Da hielt ich mich verpflichtet, für die U.S.P. etwas zu tun, und habe dann den Wahlaufufruf gebracht, nachdem in allen anderen Gewerkschaftsblättern, von 3 oder 4 Organen abgesehen, bei der Wahl zur Nationalversammlung gegen die U.S.P. geschrieben und dieselbe bekämpft wurde." 118)

Für Bock, der ohnehin aus Altersgründen seine Stellung als Redakteur mit dem Jahre 1920 aufgeben mußte, gab es den "neutralen Gewerkschafter" nur in der Fiktion; seine Parteinahme für die USPD wurde auch vom größeren Teil der Zahlstellen des Verbandes akzeptiert 119) Dabei tat sich vor allem die Zahlstelle Leipzig hervor, wo die USPD eine ihrer Hochburgen besaß. In der Streitfrage: Selbständige Betriebsräte oder Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, wurden auch aus dem Bereich der radikalen Zahlstellen wie Halle und Nürnberg die Gewerkschaften als wichtigstes Instrument der Arbeiterbewegung angesehen. Eine selbständige Betriebsrätezentrale wurde rundweg abgelehnt. 120) Der Verband hatte sich in dieser Frage bereits sehr früh festgelegt, weil man in der Frage der Sozialisierung von Schuhfabriken bereits auf die zukünftige Funktion der Betriebsräte zu sprechen gekommen war. Wurde in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit der Betriebsräte im Betrieb selbst hingewiesen, weil sich der Vorgang der Sozialisierung nur als innerer Vorgang der Betriebe darstellen würde, so könnten diese Räte aber niemals die Funktionen der Gewerkschaften ersetzen. Die Notwendigkeit einer straffen gewerkschaftlichen Organisation wurde immer wieder hervorgehoben. 121) Organisationsformen der selbständigen Betriebsräte scheiterten im Schuhmacherverband bereits im Ansatz, aus dem einfachen Grund, weil die Arbei-

118) Ebd. Vgl. Prot. ZvdS-1920, S. 62.

119) Ebd.

120) Vgl. SFB Nr. 43 v. 26. Okt. 1919.

121) Vgl. SFB Nr. 15 v. 13. April 1919. S.a. SFB Nr. 42 v. 19. Okt. 1919.

terschaft nicht dazu bereit war, neben dem Gewerkschaftsbeitrag anderweitige Beiträge zu entrichten.¹²²⁾

Auf einer Betriebsrätekonferenz des ZvdS in Nürnberg vom 9. bis 11. August 1920¹²³⁾ wurde unmittelbar auf die Berliner selbständige Betriebsrätezentrale Bezug genommen. Im Verlauf dieser Veranstaltung verwarf der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes, Josef Simon, "losgelöste Organisationen mit eigenen Beiträgen" im gewerkschaftlichen Bereich.¹²⁴⁾ Lediglich von Berliner Delegierten hörte man positive Äußerungen gegenüber der Betriebsrätezentrale. Diese Gruppierung zeigte sich auch über die sich zu diesem Zeitpunkt abzeichnende Einigung der Selbständigen Betriebsrätezentrale mit der Berliner Gewerkschaftskommission zufrieden.¹²⁵⁾

Die überwiegende Mehrheit der Betriebsräte unterstützte jedoch die Haltung des USPD-Gewerkschaftsflügels, die darauf hinauslief, zwei Organisationen nicht an derselben Sache arbeiten zu lassen. Es kam zur Verabschiedung einer Resolution, wonach die Betriebsräte "im engsten Zusammenwirken mit den auf revolutionärem Boden stehenden Gewerkschaften" tätig werden sollten. Eine Unterstützung des USPD-Gewerkschaftsflügels im Kampf gegen die "Selbständige Betriebsrätezentrale" wurde zugesichert.¹²⁶⁾ Nicht nur Wilhelm Bock, Gewerkschaftsveteran und Anhänger des Gewerkschaftsflügels in der USPD, glaubte in der Formierung einer selbständigen Betriebsrätezentrale die Strategie der Gewerkschaftsspaltung zu erkennen. Bei seinem Abschied als Redakteur des Schuhmacherfachblattes zu Beginn des Oktober 1920 wies er nochmals nachdrücklich auf die Gefahr der Gewerkschaftsspaltung hin, indem er ausführte:

122) Vgl. SFB Nr. 43 v. 26. Okt. 1919. Hier der Artikel "Betriebsräte und Gewerkschaften": "...Der Versuch der Betriebsräte, sich zu organisieren, Beiträge zu sammeln...scheiterte dahingehend, indem die Arbeiter und Arbeiterinnen sagen: "Wir zahlen ja Beiträge für die Gewerkschaft."

123) Vgl. hierzu auch das Referat von Simon: "Betriebsräte und Gewerkschaften", in: ZvdS. Die Konferenz der Betriebsräte und der Schuhindustrie, abgeh. zu Nürnberg, am 9., 10. u. 11. Aug. 1920. Protokoll der Verhandlungen, Nürnberg 1920, S. 23 f.

124) Vgl. SFB Nr. 34 v. 22. Aug. 1920

125) SFB Nr. 35 v. 29. Aug. 1920.

126) Ebd.

"Kollegen und Kolleginnen!

Bei meinem Abschied rufe ich Euch mahnend zu: Laßt Euch nicht zersplittern! Laßt Euch nicht durch überradikale Worte und Phrasen blenden! Hyperradikale, denen die Entwicklung nicht schnell und rasch genug vorwärts geht, suchen die Gewerkschaften zu sprengen, weist sie mit Entschiedenheit zurück! Die Spaltung führt zum Verderben!" 127)

Wilhelm Bock setzte, nach der von ihm prognostizierten USPD-Spaltung, die sich auch in seinem Heimatort Gotha immer stärker abzeichnete, auf die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. In Gotha hatte Bock, nach der Übernahme des Parteivorstandes durch den Redakteur des "Volksblattes", Geithner, einem Vertreter der USPD-Linken, den "zehnprozentigen Terrorismus" der Partei nicht mehr mittragen wollen.¹²⁸⁾ Die Spaltung der USPD kündigte sich hier an, nachdem eine USPD-Landeskonferenz den Beschluß gefaßt hatte, sich der III. Internationale anzuschließen.¹²⁹⁾ Die Spaltung vor Augen, setzte sich Wilhelm Bock zuletzt noch für die Einheit der USPD ein, zumindest wollte er einige Anhänger der Partei von der Richtigkeit der Politik des USPD-Gewerkschaftsflügels überzeugen. So erschien er mit seinem Anhang auf der Versammlung der Ortsgruppe Gotha, um den Anschluß an die III. Internationale wenigstens auf dieser Ebene zu verhindern. Die Anhänger der KI hatten jedoch auf dieser Zusammenkunft die Mehrheit hinter sich und verpflichteten ihre Delegierten, auf dem bevorstehenden Parteitag in Halle für die Annahme der 21 Bedingungen zu votieren. Eine von Bock beantragte Urabstimmung wurde abgelehnt, was einen glatten Verstoß ge-

127) Vgl. SFB Nr. 40 v. 3. Okt. 1930.

128) Vgl. ZStA Potsdam, Reichsmin.d.Inneren, 13 423. Vgl. a. Buchsbaum, Ewald, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920. Unter besonderer Berücksichtigung von Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der KPD im Dezember 1920, Phil.Diss. Halle 1965, S. 124.

129) Vgl. ZStA Potsdam 13 423, Bericht v. 15.Mai 1920 (Gotha). Auf dieser Landeskonferenz fehlte bereits ein Drittel der USPD-Vertreter aus den verschiedenen Orten.

gen die vom ZK der USPD vorgeschlagenen Geschäftsordnung bedeutete.¹³⁰⁾

Der politische Gegensatz innerhalb der USPD wurde von der Linken als Gegensatz zwischen "Alten" und "Jungen" abgetan, wobei Wilhelm Bock zur Zielscheibe ihrer Polemik diente, weil er die meisten Sympathien bei den Arbeitern in Gotha und Thüringen genoß und die führende Figur innerhalb der Gewerkschaftsbewegung dieses Raumes darstellte.¹³¹⁾ Durch die industrielle Dominanz der Metallindustrie in Gotha, die sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in der Mitgliedschaft des DMV widerspiegelte, hatten sich jüngere Mitglieder innerhalb des Verbandes durchgesetzt, die einen radikalen Kurs steuerten.¹³²⁾ Gotha, ehemals Hochburg der Sozialdemokratie, dann der USPD, wurde schließlich zu einem politischen Zentrum der KPD.¹³³⁾ Wilhelm Bock zog sich resignierend aus dem politischen Leben zurück, um erst wieder bei dem Wiedervereinigungsparteitag von USPD und MSPD als Repräsentant der USPD auf der politischen Bühne zu erschei-

130) Auch in Halle, Hamburg und anderen Orten, wo die USPD-"Linke" bzw. die Kommunisten einen großen Einfluß ausübten, hatte man beschlossen, auf Urwahlen zu verzichten, nachdem es in Berlin zu einer nicht erwarteten Niederlage der Linken gekommen war. Der gewerkschaftliche USPD-Flügel erzwang zumindest den Beschluß des ZK, daß nur Delegierte zum Parteitag in Halle zugelassen werden sollten, die in einer Urabstimmung gewählt worden waren.

Vgl. Beschluß des Zk der USPD vom 20.Sept.1920, zit.n. LVZ Nr. 201 v. 1.Okt.1920 mit der Überschrift: "Ohne Urwahl kein Mandat".

131) Vgl. Buchsbaum, E., a.a.O., S. 140.

132) Vgl. Hofmann, Paul-Albert, Die wirtschaftliche Entwicklung der Gebiete des Thüringer Stadt- und Landkreises Gotha 1815 - 1914, Diss. Frankfurt 1930, S. 67 ff.

133) Vgl. Buchsbaum, E., a.a.O., S. 140. Demzufolge ergaben die Wahlen zur Gebietsvertretung im Gothaer Gebiet am 6. März 1921 für die VKPD 25.429, für die USPD (Richtung Bock) 8.307 Stimmen. Am 30.Mai 1920 hatte die USPD bei vergleichbaren Wahlen noch 39.102 Stimmen erhalten Wilhelm Bock selbst bedauerte in seinem Buch, Im Dienste der Freiheit, a.a.O., die Tatsache, daß Gotha sich von einer USPD- zu einer KPD-Hochburg entwickelt hatte.

nen.¹³⁴⁾

Im Gegensatz zum Textilarbeiterverband nahmen die Mitglieder des Schuhmacherverbandes regen Anteil am politischen Geschehen, insbesondere an den Auseinandersetzungen in der USPD, wobei der Anschluß an die Kommunistische Internationale in den Jahren 1920 - 1922 im Vordergrund stand. So beschäftigte sich der Beirat des Verbandes damit, die Zerwürfnisse innerhalb der USPD zugunsten des Gewerkschaftsflügels zu beeinflussen. In zahlreichen Beiratsstizungen wurde die Frage der 21 Bedingungen diskutiert, wobei man übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen war, daß einige dieser Bedingungen darauf abzielten, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten.¹³⁵⁾ Bemerkenswert an den verbandsinternen Diskussionen war, daß auch Verbandsmitglieder, die politisch der KPD angehörten, zwar für einen Anschluß an die Kommunistische Internationale eintraten, aber gleichzeitig versicherten, daß sie eine Spaltung der Gewerkschaften keinesfalls mittragen und eine solche als "das größte Verbrechen" an der deutschen Arbeiterbewegung ansehen würden.¹³⁶⁾ Der von der USPD-"Linken", in Verbindung mit der KPD gesteuerte Kurs nach einer selbständigen Räteorganisation wurde auch von dieser Seite abgelehnt. Zu Beginn des Jahres 1921 beherrschte die Diskussion um die III. Internationale das Verbandsgeschehen; in zahllosen Mitgliederversammlungen wurde nur über dieses Thema verhandelt,¹³⁷⁾ mit dem Ergebnis, daß das "Schuhmacherfachblatt" im Frühjahr

134) Vgl. Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, Berlin 1923, S.179 ff. (Einigungsparteitag in Nürnberg).

135) Vgl. SFB Nr. 46 v. 10.Nov.1920. Bericht über die 2. Sitzung des Verbandsbeirates v. 26.Okt.1921. Von Simon wurde hier festgestellt, daß die Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung auch mit der demoralisierenden Wirkung der Arbeitslosigkeit zusammenhängen würde.

136) Ebd.Vgl. auch den Beitrag des Beirats- und KPD-Mitgliedes Mittwich (Stuttgart) in einer Sitzung des Verbandsbeirates im Dezember 1922, wo er bemerkte, daß er zwar in Wien für die 3. Internationale gestimmt habe: "Ich werde an einer Gewerkschaftsspaltung nicht teilnehmen. Eine solche wäre das größte Verbrechen, welches unsere Gewerkschaften erleiden könnten."

137) Vgl. SFB Nr. 2 v. 5.Jan. 1921.

1921 zahlreiche Artikel unter der Rubrik "Die Gewerkschaftszerstörer an der Arbeit" veröffentlichte,¹³⁸⁾ in denen man sich gegen die Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD wandte.

Ausdrücklich wurde von der Vorstandsseite des Verbandes davor gewarnt, an einer von der Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD inszenierten Reichskonferenz der Bekleidungs-, Textil- und Lederarbeiter teilzunehmen, die am 22./23.Mai 1921 in Erfurt stattfinden sollte:

"Gegen Mitglieder, die diese Sonderbestrebungen unterstützen und die Konferenz besuchen, müßten wir aufgrund unseres Status mit dem Ausschluß aus dem Verband vorgehen. gez. Der Vorstand." 139)

Die Haltung des Verbandes gegen die Methoden der Kommunistischen Partei, "die die Gewerkschaften mit dem Diktat einer bestimmten Partei unterwerfen will", wurde auf einem Internationalen Schuh- und Lederarbeiterkongreß im August 1921 nochmals bekräftigt, indem man sich zum USPD-Gewerkschaftsflügel bekannte.¹⁴⁰⁾ Im Gegensatz zum Textilarbeiter- und auch Metallarbeiterverband kam es in dieser Angelegenheit aber nicht zu Ausschlüssen von kommunistischen Verbandsmitgliedern, die sich für einen Anschluß an die Kommunistische Internationale ausgesprochen hatten.

7.3.2. Der Verbandstag von 1922 im Zeichen der USPD

Von einer Annäherung, die sich politisch zwischen USPD und MSPD, aber auch einigen Einzelgewerkschaften andeutete, war auf dem vom 12. bis 17. Juni 1922 in München stattfindenden

138) Vgl. SFB Nr. 19 v. 4.Mai 1921.

139) Ebd.

140) Vgl. SFB Nr. 35 v. 24.Aug. 1921, Bericht über den Internationalen Schuh- und Lederarbeiterkongreß in Wien vom 9. Aug. 1921.

Verbandstag der Schuhmacher kaum irgendetwas zu spüren. Zwar konnte man feststellen, daß die KPD-Vertreter im Verband sowohl von USPD- als auch MSPD-Gewerkschaftsfunktionären in ihren Anträgen abgelehnt wurden,¹⁴¹⁾ doch auf der anderen Seite dominierte noch klar das politische Bekenntnis zur USPD oder MSPD. Ausdruck dieser Haltung war auch eine Beschwerde, daß das "Schuhmacherfachblatt" in der Druckerei der USPD-Zeitung, "Sozialdemokrat", in Nürnberg hergestellt wurde.¹⁴²⁾

Das Mitglied des Hauptausschusses des ZvdS, Haupt (Stuttgart), bedauerte den Zustand innerhalb des Verbandes, in dem zunehmend eine effektive Gewerkschaftsarbeit durch politische Grundsatzdiskussionen verhindert und man immer zuerst gefragt würde: "Bist du SPD, bist du USP oder bist du KPD?"¹⁴³⁾ In diesem Zusammenhang wurde auch der Verbandsvorsitzende Simon getadelt, weil er angeblich Sonderkonferenzen von USPD-Gewerkschaftsmitgliedern geduldet hatte.¹⁴⁴⁾ Dieses offenerzige Votum kostete Haupt wahrscheinlich den Vorsitz des Ausschusses, denn an seine Stelle wurde der USPD-Gewerkschafter Steiner gewählt.¹⁴⁵⁾

Gab es im ZvdS große Meinungsverschiedenheiten über die Verknüpfung von gewerkschaftlichen und politischen Fragen, so bestand in der von Robert Dißmann vorangetriebenen Bestrebung, im Bereich der Gewerkschaftsbewegung große Industrieverbände

141) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des 19. ordentlichen Verbandstages der Schuhmacher Deutschlands zu München vom 12. bis 17. Juni 1922, Nürnberg 1922, S. 59.

142) Ebd., S. 69.

143) Ebd., S. 98.

144) Ebd., S. 198. Vgl. dazu die Ausführungen von Hengstler (Frankfurt a.M.), der darauf hinwies, daß die Delegierten der USPD und KPD bereits vor dem Verbandstag zu Sonderkonferenzen zusammengetreten wären, während sich dies die Delegierten der MSPD finanziell gar nicht leisten könnten. Prot., S. 83.

145) Ebd., S. 216.

zu schaffen, weitgehende Übereinstimmung.¹⁴⁶⁾ Dasselbe galt für das Verhältnis zum Austritt aus der ZAG, wobei man daran festhalten und auch andere Einzelgewerkschaften in diesem Sinne beeinflussen wollte.

Gegen die von USPD-Gewerkschaftern vorgebrachten Verschmelzungsbestrebungen standen auf dem Gebiet der Lederindustrie die Vorstandsinteressen des freigewerkschaftlichen Lederarbeiterverbandes, dessen Vorsitzender Mahler dadurch eine politische Majorisierung "seiner" kleineren Gewerkschaft befürchtete.¹⁴⁷⁾ Mit Sicherheit ein Standpunkt, der auf dem Hintergrund der Frage: Berufs- oder Industrieverbände? und bei der politischen Zerklüftung der Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1922 eine Rolle spielte, wie auch die Ausführungen Tarnows und Dißmanns auf dem ADGB-Kongreß von 1922 zeigten.

Wie stark die USPD als politischer Faktor, auch nach ihrer Spaltung, noch im Bewußtsein der Gewerkschaftsdelegierten des ZvdS dominierte, zeigten einerseits verschiedene Äußerungen von USPD-Delegierten auf diesem Verbandstag,¹⁴⁸⁾ andererseits die Verhältnisse in Pirmasens, einem industriellen Zentrum der Schuhindustrie.

Daß für die Resonanz der USPD bei Gewerkschaftsmitgliedern auch hier, ähnlich wie in vielen Fällen beim Metallarbeiterverband, das Gefälle: Großstadt - Land, eine wesentliche Rolle spielte, was das Verhältnis zum Radikalismus betraf, verdeutlichte eine Stellungnahme eines Gewerkschaftsmitglie-

146) Ebd., S. 104, Antrag Steiner (USPD) und Genossen, Nr. 14, die Verschmelzungsfrage betreffend: "Der Verbandstag steht nach wie vor auf dem Boden der Schaffung eines Industrieverbandes für die gesamten lederherstellenden und lederverarbeitenden Industrien und bedauert, daß bisher alle Versuche unseres Zentralverbandes, zu einer Verständigung zu kommen, resultatlos geblieben sind."

147) Vgl. a. die Ausführungen Mahlers in: Deutscher Lederarbeiterverband, Protokoll über die Verhandlungen des 17. Verbandstages, abgeh. in Stuttgart vom 20. bis 26. Aug. 1922, Berlin 1922, S. 56.

148) Vgl. Prot. ZvdS-1922, S. 83f.

des aus Pirmasens, woraus hervorging, daß sämtliche vier Delegierten der Stadt Pirmasens, wo zumeist die größeren Betriebe mit den schlechteren Arbeitsbedingungen ihren Standort hatten, parteipolitisch der USPD angehörten, während andererseits die zwei restlichen Delegierten, die sich zur MSPD rechneten, aus dem ländlichen Bereich dieser Region stammten,¹⁴⁹⁾ wo die Betriebsstrukturen dieser Branche häufig noch patriarchalisch angelegt waren.

Daß von einer Annäherung auf gewerkschaftlicher Ebene zwischen MSPD und USPD im Schuhmacherverband von Pirmasens keine Rede sein konnte, legte die Schilderung der Auseinandersetzungen auf dem Verbandstag offen, wobei hier zusätzlich noch ein kommunistischer Gewerkschaftsflügel existierte. Durch eine Listenwahl nach dem absoluten Mehrheitsprinzip kamen lediglich Delegierte der USPD zum Zuge, die dann schließlich auf den Verbandstag des Zentralverbandes entsandt wurden.

Ein Antrag auf Verhältnisswahlrecht bei den Delegiertenwahlen, von der unterlegenen MSPD-Liste an den Verbandsvorsitz gerichtet, wurde vom Vorsitzenden des ZvdS, Simon, mit der Begründung abschlägig beschieden, daß sich eben auch die Mitglieder von "Pirmasens-Land" geweigert hätten, überhaupt eine USPD-Gewerkschaftsliste zuzulassen. Aus diesem Grund sah man sich von der Verbandsführung nicht veranlaßt, mit einem neuen Reglement einzugreifen, was auch mit Sicherheit auf wenig Gegenliebe bei den USPD-Gewerkschaftern gestoßen wäre.¹⁵⁰⁾

In Pirmasens schien der USPD-Gewerkschaftsflügel zu diesem Zeitpunkt noch wesentlich parteidoktrinärer zu verfahren - Erscheinungen, die in anderen Orten innerhalb der Einzelgewerkschaften allmählich der Vergangenheit angehörten, zumindest was das Verhältnis der USPD zur MSPD anging. Hier

149) Ebd., S. 108 ff.

150) Ebd.

war es noch vor wenigen Monaten zur frühzeitigen "Pensionierung" von Gewerkschaftsangestellten gekommen, die sich parteipolitisch zur MSPD bekannt hatten.¹⁵¹⁾ Im Gesamtverband waren zwar auch die Gegensätze zwischen USPD, MSPD und KPD offenkundig, aber bei der Vergabe von Gewerkschaftsämtern spielte die parteipolitische Zugehörigkeit nur eine untergeordnete Rolle, sieht man einmal davon ab, daß die USPD-Gewerkschaftsvertreter darauf bedacht waren, ihre Majorität zu bewahren.

Diese Entwicklung fand erst ein Ende, als die KPD 1922 verstärkt dazu überging, antigewerkschaftliche Parolen und Praktiken auf Ortskartellsebene in den Schuhmacherverband hineinzutragen,¹⁵²⁾ und damit anfang, eine eigene Zellenbildung sowie das Kampfmittel der Beitragssperre wieder neu zu beleben. Zumindest für Pirmasens ist belegbar, daß die kommunistischen Verbandsmitglieder 1922 auch gewaltsam auf Gewerkschaftsversammlungen gegen die Funktionäre des Verbandes vorgegangen waren, nachdem die Verbandsspitze beschlossen hatte, diejenigen Mitglieder, die die Beitragszahlung verweigert hatten, sofort aus dem ZvdS auszuschlies-

151) Ebd.

152) Ebd., S. 80. Auf dem Verbandstag von 1922 konnte der Delegierte Mittwich (Stuttgart), ein politischer Anhänger der KPD, noch feststellen, daß das Verhältnis der Kommunisten zum Verbandsvorstand des ZvdS ein gutes sei und "daß in unserer Organisation keine solchen wüsten Vorgänge wie sie in anderen Verbänden vorkommen, zu verzeichnen sind." Streitigkeiten mit den Kommunisten führte er allein auf die falsche Politik der Verbandsleitungen zurück.

sen.¹⁵³⁾ Für den Ausschluß dieser Mitglieder zeichnete die von USPD-Gewerkschaftern geleitete Ortsverwaltung verantwortlich. Durch diese internen Querelen verlor der Pirmasenser Schuhmacherverband von seinen 1920 über 10.500 Mitgliedern bis Mitte 1922 etwa 6.000 und verfiel in eine Krise, die gegen Ende 1923, als die ansteigende Inflation noch wirtschaftliche Schwierigkeiten in einem gesteigertem Ausmaß mit sich brachte, ihren Höhepunkt erreichte.¹⁵⁴⁾

Die Vereinigung von MSPD und USPD wurde überraschenderweise im Schuhmacherefachblatt kaum erwähnt, lediglich eine kleine Notiz in der Ausgabe vom 27. September 1922 kündete davon.¹⁵⁵⁾ Auch in rückblickenden Artikeln oder Jubiläumsausgaben wurde auf die Streitigkeiten zwischen USPD- und MSPD-Gewerkschaftern innerhalb des Verbandes nicht mehr eingegangen. Dies verdeutlichte auch ein längerer Artikel im Verbandsorgan zu Beginn des Jahres 1924, "Vierzig Jahre Organisation und Kampf 1884 - 1924", der in seinem Untertitel auf die "Richtungsstreitigkeiten" innerhalb des Verbandes eingehen wollte.¹⁵⁶⁾ Neben ausführlichen statistischen Aus-

153) Vgl. hierzu die Ausführungen von Jean Feldmüller "Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie", a.a.O., der die USPD-Phase des Zvds kaum mehr eingehend behandelt, weil zur Zeit seiner Abhandlung (1930) eine Thematik, die eventuelle alte Gegensätze zwischen MSPD und USPD neu belebt hätte, in der Sozialdemokratie nicht opportun war. Inzwischen waren die Kommunisten zu den gemeinsamen Gegnern der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften avanciert. U.a. berichtet Feldmüller über das Jahr 1922: "Die Kommunisten benützten bei allen ihren Demonstrationen und Versammlungen jede Gelegenheit zur Hetze und Verleumdung gegen den Verband und seine Funktionäre...Sogar Sturmangriffe auf die Mitgliederversammlungen von außen durch aufgepeitschte Nichtorganisierte wurden veranlaßt."

154) Vgl. Feldmüller, J., a.a.O. Die Mitgliederzahl im Ortsverband des Zvds in Pirmasens ging bis Ende 1923 auf 4.000 zurück.

155) Vgl. SFB Nr. 39 v. 29.Sept.1922.

156) Vgl. SFB Nr. 11 v. 12.März 1924.

führungen über die Mitgliederbewegung des Gesamtverbandes wurde hier eine deutliche Abgrenzung zum KPD-Gewerkschaftskurs gezogen, wobei, wie häufig innerhalb der Einzelgewerkschaften, die 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale rekapituliert und die darin enthaltenen Leitsätze über die Gewerkschaftsbewegung verworfen wurden. Insbesondere auf den Passus aus Punkt 5 der Leitsätze legte man die kommunistischen Gewerkschafter des Verbandes fest, wenn man ihnen eine gewerkschaftsspalterische Absicht vorwarf. Dieser Passus lautete:

"Indem sie Ziel und Wesen höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisation zurückschrecken." 157)

Die ablehnende Haltung gegenüber den "Moskauer Thesen" bestimmte auch in den Jahren nach der Vereinigung von USPD und MSPD im ZvdS die Abgrenzung zur KPD. Eine Entschliebung auf dem Verbandstag von 1924 in Leipzig zeigt, daß die Kommunisten versucht, innerhalb des Verbandes Zellen zu organisieren. 158)

Josef Simon, Verbandsvorsitzender und seit 1922 wieder Mitglied der "Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (VSPD), ging mit am schärfsten gegen die Zellenbildung der Kommunisten in den Gewerkschaften vor. Auf die Vorwürfe von kommunistischer Seite, daß die USPD innerhalb des Verbandes früher auch Zellen gebildet habe, erklärte er, daß die USPD-Gewerkschafter lediglich die Forderung erhoben hätten, "daß der Geist in den Gewerkschaften mit dem in der USPD eins" werden sollte, 159) wobei er sich auf sozialdemokratische Traditionen berufen konnte. Ein wesentlicher Unterschied zur KPD, die sowohl die Gewerkschaften als auch

157) Ebd.

158) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des 20. ordentlichen Verbandstages der Schuhmacher Deutschlands in Leipzig vom 25. bis 29. August 1924, Nürnberg 1925.

159) Ebd., S. 135.

Betriebsräte der Parteizentrale unterordnen wollte, bestand darin, daß von der USPD eine Unterordnung der Gewerkschaften unter die Parteidoktrin ausdrücklich abgelehnt wurde. Simon bestätigte und befürwortete die Selbständigkeit der Gewerkschaften. Seiner Auffassung, daß sich die USPD niemals in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften eingemischt habe, ist dabei jedoch nur mit Abstrichen zuzustimmen.¹⁶⁰⁾

Zwei Jahre nach der Vereinigung mit der Mehrheitssozialdemokratie verteidigte der Verbandsvorsitzende noch die USPD-Gewerkschaftspolitik, und ebenso setzten sich zahlreiche Delegierte auf dem ersten Verbandstag nach der politischen Wiedervereinigung der Sozialdemokratie kritisch damit auseinander, daß die Gewerkschaften jetzt allein unter der Führung der SPD stünden. Das Resümee dieser Beiträge, die fast alle von ehemaligen USPD-Gewerkschaftern stammten, ließe sich dahingehend zusammenzufassen, daß es nicht gelungen war, in der vereinigten Partei eine "revolutionäre" Gewerkschaftspolitik durchzusetzen,¹⁶¹⁾ sich auf der anderen Seite jedoch keine Alternative anbot, da man gemeinsam gegen die kommunistische Zellenpolitik ankämpfen mußte.

160) Ebd.

161) Vgl. dazu auch die Wortbeiträge auf dem Verbandstag von 1924 von Mößner (Stuttgart), Prot. S. 74 ff. und Stein (Nürnberg), Prot. S. 109.

7.4. Der ADGB-Kongreß von 1922 und die Wiedervereinigung von USPD und MSPD

Hatte das Jahr 1921 im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung und hier insbesondere auf der Ebene der Einzelgewerkschaften, bereits starke Annäherungstendenzen zwischen USPD- und SPD-Gewerkschaftsanhängern offenbart - eine Entwicklung die von der ADGB-Führung gefördert wurde - so zeigte sich auch auf Parteiebene, daß man eine "Einigung des Proletariats" anstrebte, wie es auf dem Parteitag der USPD in Leipzig zu Beginn des Jahres 1922 formuliert worden war.¹⁶²⁾ Nach der Spaltung war die verkleinerte USPD auf Landesebene bereits Koalitionen mit der MSPD in Sachsen und Thüringen eingegangen, wobei sie jedoch immer darauf bedacht war, den rein sozialistischen Charakter der Regierung zu wahren. Auf Reichsebene hatte sich 1921 für die USPD die Koalitionsfrage zweimal gestellt: im Frühjahr, nach dem Londoner Ultimatum¹⁶³⁾ und im Herbst

162) Vgl. USPD-Prot. 1922 Leipzig, S. 27 ff.

163) Am 5. Mai 1921 hatte Lloyd George dem deutschen Botschafter in London das Ultimatum der Alliierten überreicht, worin erklärt wird, daß Deutschland mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen im Rückstand sei. Nach der Bekanntgabe des Ultimatums war die bürgerliche Regierung Fehrenbach zurückgetreten. Zwar hielten auch MSPD, USPD und das Zentrum die Forderungen für unerfüllbar, aber man sah keine Möglichkeit, das Ultimatum abzulehnen, wenn man Deutschland konsolidieren wollte. Die Fraktion der USPD im Reichstag befürwortete die Annahme des Ultimatums, weil sie genauso wie beim Vertrag von Versailles die Auffassung vertrat, "daß der Verlierer des Krieges von Imperialisten gegen Imperialisten nur einen imperialistischen Frieden zu erwarten habe." Vgl. hierzu auch Heidegger, Hermann, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870 - 1920, Göttingen 1956, S. 334.

1921.¹⁶⁴⁾ Als Grund für die Ablehnung der Angebote zur Übernahme von Regierungsverantwortung wurde beide Male in erster Linie der puristische Standpunkt der Abstinenz einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien angegeben.¹⁶⁵⁾ Die Koalitionsangebote der MSPD wurden darauf mit dem Vorschlag einer "rein sozialistischen Regierung" beantwortet, zu der man Vertreter des ADGB wie der freigewerkschaftlichen Beamten- und Angestelltenorganisationen hinzuziehen wollte.¹⁶⁶⁾

164) Nach Auffassung Alfred Kastings (Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919 - 1923, Paderborn 1970, S. 90), war der Herbsttermin weit ungünstiger für ein Koalitionsangebot, weil die Beschlüsse des Görlitzer MSPD-Parteitages (18.-24. Sept. 1921) die Unabhängigen verstimmt hatten. Nach Kautsky hatte die MSPD hier sogar im Parteiprogramm den Klassenkampf fallengelassen und die neue Klasse des "industriellen Proletariats" nirgends berücksichtigt. Vgl. hierzu Kautsky, Karl, Texte zu den Programmen der Deutschen Sozialdemokratie 1891-1925, hrsg. v. Albrecht Langner, Köln 1968, S. 183 ff. Neben der historischen Darstellung bei Kastning hat sich bereits sehr früh Schürer, Heinz, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918 - 1923, Diss. Leipzig 1933, mit dieser Frage beschäftigt. Die Dissertation von Knopp, Guido F., Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917-1920, behandelt eingehend die Einigungsbewegung auf verschiedenen Ebenen der Parteigremien in der Zeit bis 1920. Auf gewerkschaftliche Einigungstendenzen wird jedoch in keiner der drei genannten Arbeiten besonders eingegangen.

165) Vgl. hierzu die USPD-Begründung betr. der Abstinenz, eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einzugehen, abgedr. in: Deutscher Geschichtskalender, Jg. 37 (1921), Bd. I, Leipzig o.J., S. 484: "Eine kapitalistisch-sozialistische Regierung kann nicht im Sinne des Sozialismus wirken. Die Kapitalisten haben sich innerhalb einer solchen Regierung noch immer durchgesetzt, weil sie, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Sozialisten daran hindern, sich die nötigen Machtpositionen zu schaffen. Die Kapitalisten dulden die Sozialisten allenfalls in der Regierung, um Teile des Proletariats zu verwirren, zu täuschen, vom Wege des Klassenkampfes abzudrängen und so das gesamte Proletariat zu zersplittern, zu demoralisieren und zu beherrschen."

166) Ebd., S. 484 f... "Was bedeutet der Vorschlag der Unabhängigen Sozialdemokraten? Eine rein sozialistische Regierung, die sich auf 10 bis 12 Millionen Männer und Frauen stützt, hat so festen Grund unter den Füßen, wie keine andere Regierung in Deutschland."

Damit griff die Rest-USPD, zweifellos auf Drängen ihres starken gewerkschaftlichen Flügels, den Gedanken einer sogenannten "Arbeiterregierung", wie sie bereits nach dem Kapp-Putsch im Gespräch gewesen war, wieder auf, wenn auch die parlamentarischen Voraussetzungen dafür kaum gegeben waren, da das Reichstagswahlergebnis von 1920 eine Mehrheit für diese Vorstellung nicht eröffnete.

In der Reichstagsfraktion der USPD wurde diese Frage eingehend diskutiert¹⁶⁷⁾, und über die Fraktion liefen auch die Kontakte zur MSPD und zum ADGB. So berichten die Fraktionsprotokolle ab 1921 über eine Zusammenarbeit mit MSPD, ADGB und AfA in Steuer-¹⁶⁸⁾ und Wohnungsfragen.¹⁶⁹⁾

Insgesamt war eine Annäherung zwischen USPD und MSPD festzustellen, auch wenn sich die Koalitionsangebote der MSPD für die USPD als nicht akzeptabel erwiesen. Diese Annäherungstendenz wurde insbesondere durch die innenpolitische

167) Vgl. Fraktionsprotokolle der USPD, IISG, Sitzung vom 10. Mai 1921, 10 Uhr vorm.

"...Bei der Abstimmung ergibt sich ein einstimmiges Ablehnen der von den Rechtssozialisten an uns gerichteten Frage eines Eintritts in eine bürgerliche kapitalistische Regierung. Ledebour wird mit der Formulierung der Antwort an die Rechtssozialisten beauftragt. In dieser Antwort soll auch unsere Bereitwilligkeit zu einem Eintritt in eine rein sozialistische Regierung ausgedrückt werden. Das ist einstimmig angenommen. Der Zusatzantrag Dißmann: "Über die Hinzuziehung der Vertreter des A.D.G.B., der AfA, sowie der auf dem gewerkschaftlichen Boden stehenden Beamtenorganisationen sind wir bereit zu beraten," wird angenommen.

168) Ebd., Sitzung v. 3. Jan. 1922: "...Dittmann berichtet über eine Sitzung am 19. Januar mit Vertretern der SPD, USP, AfA und dem ADGB. Dort hat man sich mit akuten Steuerfragen (Kompromiß) beschäftigt." Vgl. a. Sitzung v. 24. Jan. 1921.

169) Ebd., Sitzung v. 27. Juni 1921: ...Kuhnt berichtet über die gemeinsamen Sitzungen unserer Vertreter mit SPD, Gewerkschaften und AfA. Vgl. a. Sitzung v. 22. Okt. 1921.

Lage in Deutschland nach dem Mord an Erzberger gefördert, wobei sich die USPD ganz entschieden auf die Seite der Republik stellte und diese gegen die "Reaktion" zu verteidigen bereit war.¹⁷⁰⁾ Besonders der Flügel um Breitscheid, Hilferding und Dißmann war jetzt eher zu einer Zusammenarbeit mit der MSPD bereit, während der Anhang von Arthur Crispian, dem Vorsitzenden der Partei,¹⁷¹⁾ und besonders Ledebour von einer Einigung mit der MSPD noch nicht wissen wollten.¹⁷²⁾

Für den gewerkschaftlichen Flügel galt die Priorität der Einigung auf gewerkschaftlichem Gebiet, wodurch man über kurz oder lang auch eine politische Einigung erreichen würde. Innerhalb des politischen Geschehens konnte man in dieser Phase eine gewisse Zurückhaltung von Dißmann, Simon, Jäckel oder Aufhäuser feststellen, was konkrete, auf die Partei bezogene Einigungsbestrebungen anging, lagen doch innerhalb der USPD noch Meinungen vor, der MSPD auch in den Gewerkschaften stets entgegentreten.¹⁷³⁾

170) Vgl. Schürer, H. Die politische Arbeiterbewegung, S. 42.

171) Vgl. Crispian, Arthur, Ein Proletarierleben für das Proletariat (versch. Fassungen). AsD, NL Crispian.

172) Vgl. a. Kastning, A., a.a.O., S. 91, der dem Flügel Breitscheid-Hilferding auch Dittmann und Henke, aber nicht Dißmann zuordnet. Im Unterscheid dazu Kosyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, Die sozialdemokratische Presse von 1914 - 1933, Heidelberg 1968, S. 149 f.

173) So stellte Ernst auf einer Reichskonferenz der USPD von 1921 fest, daß er es für unerlässlich halte, in den Gewerkschaften den Rechtssozialisten stets entgegenzutreten. Auf der Reichskonferenz im März 1921 waren neben 57 Vertretern der Bezirke, 31 aus den Landesparlamenten, 13 Reichstagsabgeordneten, 28 Redakteuren auch 18 Vertreter zentraler USPD-Körperschaften anwesend. Vgl. Freiheit Nr. 139 v. 24. März 1921. Von dieser Reichskonferenz existiert kein Protokoll. Vgl. a. Krause, H., USPD, S. 376 ff.

Großes Gewicht wurde von diesen Kreisen auf den Allgemeinen Kongreß der Gewerkschaften gelegt, der in dieser Hinsicht bereits eine wichtige Vorentscheidung bringen mußte.

Daß sich das Klima von ADGB-Führung zur USPD etwas entspannt hatte, zeigten die Kommentare des "Correspondenzblattes" zum 11. Gewerkschaftskongreß, der vom 19. bis 22. Juni 1922 in Leipzig durchgeführt wurde.¹⁷⁴⁾ Hatte man Monate zuvor noch die Wiedervereinigung der USPD mit einer Splittergruppe der KPD, der "Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" (KAG),¹⁷⁵⁾ mit Skepsis betrachtet,¹⁷⁶⁾ so konzentrierte sich nunmehr die Kritik der Gewerkschaftsführung auf die kommunistische Opposition. Die gewerkschaftlichen Parolen der KPD, ihre Sprengungsversuche in den Einzelgewerkschaften verwarf man als gewerkschaftsschädigend, während man auf der anderen Seite mit der USPD relativ sanft umging.¹⁷⁷⁾ Diese wiederum

174) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgeh. zu Leipzig von 19. bis 24. Juni 1922, Berlin 1922.

175) Am 22. Februar stimmte eine Reichskonferenz der USPD der Aufnahme der KAG grundsätzlich zu. Dieser Gruppe um Paul Levi, die aus der KPD ausgeschlossen worden war, hatte im September 1921 eine eigene Reichstagsfraktion gegründet, der auch die ehemaligen USPD-ler Curt Geyer, Wilhelm Düwell, Ernst Däumig und Adolph Hoffmann angehörten. Vgl. dazu a. Beradt, Charlotte, Paul Levi, Frankfurt 1969, S. 64 f.

176) Vgl. Corr. Nr. 13 v. 1. April 1922, "Gewerkschaftliche Taktik und USPD".

177) Vgl. Corr. Nr. 19 v. 13. Mai 1922, "Zurück auf den Boden des Klassenkampfes" und in derselben Ausgabe "Sprengung des Verbandstages der Bauarbeiter durch Kommunisten". Vgl. a. Laubscher, G., Die Opposition, a.a.O., S. 238 f.

beobachtete in ihren gewerkschaftlichen Hochburgen die kommunistischen Spaltungsbestrebungen sehr genau und machte sie in ihrem Zentralorgan publik.¹⁷⁸⁾ Man wollte in dieser Hinsicht nicht noch einmal, wie auf politischer Ebene, überrascht werden, wenn auch die Verhältnisse nicht mehr vergleichbar waren.

Auf dem ADGB-Kongreß verteilten sich die Mehrheiten eindeutig. Von dem Plenum, das sich nach parteipolitischen Fraktionen gliederte, stellte die MSPD-Anhängerschaft die absolute Mehrheit der Delegierten, womit sämtliche oppositionellen Gewerkschaftsanträge abgewiesen werden konnten.¹⁷⁹⁾ Von den insgesamt 691 Delegierten kamen 463 aus dem gewerkschaftlichen Lager der MSPD, 138 von der USPD und lediglich 90 von der KPD.¹⁸⁰⁾ Die meisten Delegierten der KPD wiederum kamen aus Berlin, wo der Metallarbeiterverband aufgrund von Differenzen innerhalb der "Amsterdamer Richtung" sämtliche Mandate an die KPD hatte abgeben müssen. Hier hatten es MSPD- und USPD-Gewerkschafter nicht zuwege gebracht, eine gemeinsame Liste gegen die KPD aufzustellen, was wohl daran lag, daß die USPD in Berlin noch den radikalsten Kurs steuerte und zu keiner Koalition mit der MSPD, auch auf gewerkschaftlicher Ebene, bereit war, zumal sie gehofft hatte, die Wahl allein für sich entscheiden zu können.¹⁸¹⁾

178) Vgl. Freiheit Nr. 147 v. 28. März 1922 "Wer spaltet die Gewerkschaften?"

179) Vgl. Der DMV im Jahre 1922, Anhang, S. 3 ff.

180) Vgl. a.Flechtheim, O., Die KPD in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 170, der dieses Verhältnis ebenfalls angibt. Die Präsenzliste des Kongresses weist insgesamt 694 Delegierte auf. Vgl. Prot-ADGB 1922, S. 4 ff. Flechtheim bezieht sich bei seinen Zahlen auf einen Aufsatz des Gewerkschaftsoppositionellen Enderle, "Der Leipziger Gewerkschaftskongreß", den dieser in der Zeitschrift "Die Internationale", Nr. 6, S. 8 f., veröffentlicht hatte.

181) Vgl. a. Laubscher, G., a.a.O., S. 241.

Von den Einzelgewerkschaften, der in dieser Arbeit untersuchten Verbände waren der Metallarbeiterverband mit 160, der Textilarbeiterverband mit 94 und der Schuhmacherverband mit 10 Delegierten vertreten.¹⁸²⁾ Dabei stellte der Metallarbeiterverband eine fraktionelle Zusammensetzung, in der die Majorität der Mandate bei USPD und KPD lag, was zu diesem Zeitpunkt etwas überraschen mußte, weil auf dem Verbandstag des DMV einige Monate zuvor, das gewerkschaftliche Lager der MSPD eine eindeutige Mehrheit aufgewiesen hatte. War im Textilarbeiterverband dieses Verhältnis etwa ausgeglichen, so befand sich der ZvdS noch klar auf USPD-Kurs, wie auch der eine Woche vorher stattgefundene Verbandstag dieser Einzelgewerkschaft offenbart hatte. Von den 10 Delegierten dieses Verbandes bekannten sich 7 zur USPD, 2 zur MSPD und einer zur KPD.

Bei den verschiedenen Abstimmungen im Verlaufe des Kongresses gelang es der MSPD-Mehrheit, jeweils ihren Standpunkt durchzusetzen, wobei sie in den meisten Fällen die Unterstützung der USPD-Fraktion erhielt.¹⁸³⁾ Wurde Dißmann auch wegen seiner Rede, die zu sehr "den USPD-Mann herausgekehrt habe", kritisiert, so konnte er zusammen mit seinen Gewerkschaftsanhängern doch einen großen Prestigeerfolg verbuchen, als es über einen Antrag, der den Austritt des ADGB aus der "Zentralen Arbeitsgemeinschaft" zum Inhalt hatte, zur Abstimmung kam. Für den Austritt aus dieser Organisation stimmten mit 345 und 327 Stimmen die Mehrheit der Gewerkschaftsde-

182) Vgl. Prot.ADGB-1922, S. 13ff. Die entsprechenden Mitgliederzahlen der oben genannten Verbände:
DMV 1.567.335 Mitglieder
DTV 686.964
ZvdS 96.273

183) Mit Ausnahme der Abstimmung über die Funktion der Betriebsräte, wo die Abstimmung mit 430 : 216 für die Anhänger der MSPD ausging. Hier folgte der gewerkschaftliche Anhang weitgehend der Vorstellung, daß den Betriebsräten zuwenig an Mitsprache in den Betrieben gewährleistet wurde. Vgl. Prot.ADGB-1922, S. 143 f.

legierten, jedoch vertrat diese Mehrheit nur eine Minderheit von Gewerkschaftsmitgliedern, was schließlich den Ausschlag für ein Verbleiben des ADGB in der ZAG ausmachte.¹⁸⁴⁾ Der Gewerkschaftsführung war damit gerade noch eine peinliche Schlappe erspart geblieben, denn anscheinend hatte die Politik der ZAG auch in den Gewerkschaftskreisen der MSPD grose Enttäuschung hervorgerufen.

Zweifellos hatte sich faktisch bereits die seit dem Abkommen vom November 1918 kontinuierlich betriebene Obstruktionspolitik der USPD hier durchgesetzt und die ZAG nun zu einem bedeutungslosen Gebilde degradiert.

Was die Frage der Stellung der Betriebsräte anging, wo eine Abstimmung mit 430 gegen 216 Stimmen von der MSPD-Gewerkschaftsfraktion entschieden wurde, so zeigte sich hier, daß im Lager der USPD im Gegensatz zum Betriebsräteantrag der KPD-Fraktion, der noch die Grundzüge einer Selbständigkeit der Betriebsräte enthielt, weitgehende Einigkeit darüber bestand, daß bei den aufgestellten Kandidaten zum Betriebsrat "lediglich die gewerkschaftliche Erfahrung und Tüchtigkeit" maßgebend sein sollte. Der Antrag "Simon und Genossen" verdeutlichte, daß sich die gewerkschaftlichen Vertreter, die einst das Konzept der Selbständigen Betriebsrätezentrale innerhalb der USPD vertreten hatten, sich jetzt nur noch in den Reihen der KPD artikulierten.¹⁸⁵⁾ Im wesentlichen hatte die USPD-Kritik am Betriebsrätegesetz darin gegipfelt, daß die Betriebsräte bei der Mitbestimmung und Kontrolle der Produktion zu wenig Rechte hatten und daß der Interpretationsrahmen innerhalb dieses Gesetzes zu weit gespannt worden war, womit wirkliche Rechte der Arbeiter zu "Scheinrechten" degra-

184) Ebd. Das Verhältnis Delegierte zu vertretenen Mitgliedern belief sich auf:
346 Delegierte - 3.682.362 vertretene Gewerkschaftsmitglieder

327 " - 3.803.186

185) Richard Müller und Ernst Däumig, zwei maßgebende ehemalige USPD-Funktionäre, führend bei der Gründung der Selbst.Betriebsrätezentrale beteiligt, waren nach dem Märzputsch aus der KPD ausgeschlossen worden, da sie diesen kritisiert hatten.

diert werden könnten. Eine Analyse der Abstimmung, die über einen von Simon und Dißmann eingebrachten Zusatzantrag zur Verhinderung der Zwangsschlichtungsordnung stattfand und mit eben 440 gegen 216 Stimmen abgelehnt worden war,¹⁸⁶⁾ ergab für die Opposition, geographisch betrachtet, dasselbe Einflußgebiet wie etwa auf dem ADGB-Kongreß von 1919, wobei innerhalb der Opposition Berlin und Mitteldeutschland überproportional vertreten waren.¹⁸⁷⁾ Die Abstimmung kann jedoch

186) Die vom Reichswirtschaftsrat entworfene Schlichtungsordnung wurde von den USPD-Gewerkschaftern deswegen kritisiert, weil dadurch, neben dem Verhandlungszwang für alle Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, auch ein Schlichtungszwang für "gewisse Fälle" sowie auch ein Sonderpassus für "gemeinnützige Betriebe" verbunden war. Außerdem war im Reichstag für diese Zwangsschlichtungsordnung eine politische Mehrheit vorhanden. Von verschiedenen Gewerkschaftstheoretikern, die der MSPD nahestanden, wurde dieses Problem ähnlich gesehen. In verschiedenen Einzelgewerkschaften kam es aber zu einer positiven Haltung gegenüber dem in der Zwangsschlichtungsordnung eingegangenen Verhandlungszwang. Vgl. Prot. ADGB-1922, S. 458 f. (Umbreit).

187) Nicht ganz stichhaltig erscheint die Erklärung von Laubscher, G., a.a.O., S. 242, der davon ausgeht, daß, wenn "kleinere Orte an die Opposition fielen" dies eher für die KPD als "die auf dem flachen Land schwach organisierte und vertretene USPD" der Fall gewesen ist. Hier zeigt sich, daß eine monokausale Schlußfolgerung, allein auf geographische Gesichtspunkte bezogen, nicht ausreicht. Ein wichtiges, zumindest gleichgeordnetes Faktum für eine oppositionelle Haltung der Gewerkschaftsdelegierten der einzelnen Verbände stellte zweifellos die innerstrukturelle Situation der Einzelgewerkschaft dar. Als Beispiel dafür können stellvertretend der ZvdS und der DTV angeführt werden, wo die Verbandsspitze, einschließlich der gewerkschaftlichen Verbandsorgane, auf USPD-Seite lagen. Somit votierten vielfach auch Delegierte aus kleineren Ortschaften mit der USPD, ganz unabhängig davon, wie das parteipolitische Spektrum in dem Ort selbst beschaffen war. Mag die Tatsache, daß die USPD als politische Partei auf den Lande über eine geringe Anhängerschaft verfügte, auch zutreffen, so läßt sich dies nicht ohne weiteres auf deren gewerkschaftlichen Anhang übertragen.

nur als tendenziell richtungsweisend bewertet werden, was die Opposition in den Einzelverbänden angeht. Doch zeigte sich wiederum, daß Metallarbeiter-, Textil- und Schuhmacherverband immer noch den Großteil der Opposition stellten,¹⁸⁸⁾ was den USPD-Einfluß anging.

Bei sämtlichen graphischen Einzelgewerkschaften, mit Ausnahme der Lithographen, wo ein Delegierter für die Belange der USPD eintrat, mußte der USPD-Gewerkschaftsflügel Fehlanzeige anmelden, während sich einige kleinere Verbände wie die Fleischer, der Verband der Glasarbeiter, der Filmangestellten oder Kürschner noch auf USPD-Linie befanden. In diesen spielten jedoch weniger verbands- oder gewerkschaftsoppositionelle Positionen, sondern eher die geographische Lage des industriellen Einzugsgebietes die vorwiegende Rolle für das Abstimmungsverhalten, das heißt, die Delegierten stammten vorwiegend aus Städten, die politisch von der USPD noch stark beeinflußt waren.

Als weiterer Erfolg des USPD-Gewerkschaftsflügels war das Anwachsen der gewerkschaftlichen Delegiertenstimmen bezüglich der Konzeption der Industrieverbände zu verzeichnen, wobei dieser Konzeption auch einflußreiche Gewerkschaftsführer der MSPD, wie beispielsweise Paeplow vom Bauarbeiterverband, zu folgen bereit waren.

In dem Referat Dißmanns über "Industrieverbände oder Be-

188) Vgl. Prot. ADGB-1922, S. 463. Die Abstimmung kann nur tendenziell das Verhältnis der Opposition in den Einzelgewerkschaften widerspiegeln, da z.B. u.a. die Oppositionellen Jäckel und Feinhals vom DTV nicht unter den Antragsbefürwortern waren. Demnach setzte sich die Opposition zusammen:

Verband	Delegierte insges.	Opposition
DMV	160	83
DTV	59	25
ZvdS	10	8
Eisenbahner	42	14
Staats- u. Gemeindearb.	29	17
Bergarbeiter	39	6
Bauarbeiter	30	2
Holzarbeiter	36	8
Fabrikarbeiter	37	7
Transportarb.	67	13

rufsverbände" wurde, sich jeder politischen Kommentierung enthaltend, ausführlich auf die zu erwartende ökonomische Entwicklung hingewiesen, die dazu tendiere, daß sich in den großindustriellen Unternehmungen eine ganze Reihe von einzelnen Berufen vereinigen würden, woraus er seine Grundthese ableitete, daß den großen Konzernen, "der Konzentration des Kapitals" als Gegenkraft "die Konzentration der Gewerkschaften" in Form eben dieser Industrieverbände gegenübergestellt werden müßte. Dabei ging er davon aus, daß eine Anzahl von Berufsgruppen derselben Industriebranche gegenüber dem straff organisierten Unternehmertum keine Chance mehr haben würde.¹⁸⁹⁾ Für die USPD-Gewerkschaftsopposition wurde somit das Industrieverbandsprinzip ein zentraler inhaltlicher Punkt ihrer Forderung nach "Revolutionierung" der Gewerkschaften, während sich ansonsten die Forderungen nach Industrieverbänden aus verschiedenen Motiven zusammensetzten, wobei wirtschaftlich-soziale und organisatorische Erfordernisse, partikulare Verbandsinteressen, aber auch ideologisch gefärbte Motivationen im Vordergrund standen.¹⁹⁰⁾

In der Frage des Industrieverbandsprinzips kam es schließlich zu einem gemeinsamen Antrag von "Robert Dißmann, Fritz Paepelow und Genossen", wobei der Industrieverband als Voraussetzung angesehen wurde, um bei künftigen Tarifverhandlungen leistungsfähige, große Industrieorganisationen der Arbeiterschaft zur Verfügung zu haben.¹⁹¹⁾ Natürlich blieben Stimmen gegen das Industrieverbandsprinzip nicht aus. Zum Wortführer einer starken Minderheit avancierte Fritz Tarnow, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, der befürchtete, daß

189) Ebd., S. 534 f. (Antrag).

190) Vgl. Potthoff, H., Probleme gewerkschaftlicher Organisation in Weltkrieg, Revolution und Republik, in: Mommsen, H. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Wuppertal 1980, S. 149.

191) Vgl. Prot. ADGB-1922, S. 534.

kleinere Gewerkschaftsverbände durch das Industrieverbandskonzept majorisiert und somit quasi rechtlos werden könnten. Dabei konnte er sich auch auf vorausgegangene Urabstimmungen in verschiedenen Verbänden berufen, die jeweils gegen eine Verschmelzung eingetreten waren.¹⁹²⁾

Tarnow wies auf die Gefahren eines "gewerkschaftlichen Freibeutertums" hin, wobei er mit Sicherheit auch die politischen Gefahren des Industrieverbandsprinzips miteinbezog, da insbesondere der größte Gewerkschaftsverband, der Metallarbeiterverband, einem Industrieverband bereits sehr ähnlich, über das größte oppositionelle Potential verfügte. Seine Einwände, bei denen er auch zu bedenken gab, daß für den einzelnen Arbeiter das Berufsinteresse immer noch größer als das Betriebsinteresse sei, bewirkten schließlich, daß mit der Annahme der Resolution "Dißmann, Paepflow", die mit 465 zu 163 Stimmen recht deutlich ausfiel,¹⁹³⁾ die Industrieverbände nicht sofort realisiert wurden, sondern deren praktische Durchführung noch zurückgestellt werden sollte.¹⁹⁴⁾

Die Organisationsfrage in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wohl nie eingehender diskutiert als auf diesem ADGB-Kongreß, hatte einen politischen Hintergrund. Während die meisten Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie und der ADGB-Führung noch ihre politische Stütze in den Berufsverbänden erblickten, sahen die USPD-Gewerkschaftsanhänger ihre Stärke in den Industrieverbänden. Sie wünschten einheitliche Industrieorganisationen, weil sie darin auf längere Sicht auch eine Schwächung des Bundesvorstandes voraussetzten. Eine dritte Richtung, vertreten durch den Kommunisten Jakob

192) Ebd., S. 551 ff.

193) Ebd., S. 559. Verhältnis der vertretenen Mitglieder: 4.853.408 zu 1.925.972.

194) Vgl. Tarnow, Fritz, Das Organisationsproblem im ADGB, Berlin 1925, S. 3.

Walcher, erhoffte sich ein mehr an Einfluß durch die Betriebsorganisationen.¹⁹⁵⁾

Das Organisationsproblem innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung wurde auch in den folgenden Jahren immer wieder vertagt und endgültig erst in den Jahren nach 1945 zugunsten der "Industrieverbände" gelöst. Lediglich Verschmelzungen von Verbänden auf kleinerer Ebene fanden noch vor 1933 statt.

Der Gewerkschaftskongreß war auch in dieser Phase nicht primär zur Lösung des Organisationsproblems oder des Problems zur Regelung der Arbeitsgemeinschaften angetreten, vielmehr wollte man das Verhältnis von Gewerkschaftern beider sozialdemokratischen Richtungen zueinander verbessern. Dieses Verhältnis hatte sich durch das Aufbrechen parteipolitischer Fronten durch gewerkschaftliche Sachfragen zunehmend entspannt. Man war wieder bereit, miteinander konstruktiv zu arbeiten, Vorschläge des anderen zu überdenken und gemeinsam, sachlich gerechtfertigte Anträge zu unterstützen. Diese Tendenz, die sich auf dem Verbandstag der Metallarbeiter von 1921 bereits gezeigt hatte, wurde auf dem ADGB-Kongreß von 1922 erfolgreich fortgesetzt, so daß im gewerkschaftlichen Bereich die Einigung der Sozialdemokraten im wesentlichen als abgeschlossen galt. Diese Entwicklung mußte auch Konsequenzen für das politische Verhältnis von USPD und MSPD nach sich ziehen, denn insbesondere auf seiten der USPD war das gewerkschaftliche Lager auch in den Parteigremien führend vertreten.

Den äußeren Anlaß zu einer politischen Wiedervereinigung

195) Vgl. hierzu Beier, Gerhard, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: ASG XIII (1973), S. 207 ff.

von USPD und MSPD lieferte die Ermordung des demokratischen Außenministers Rathenau am 24. Juni 1922.¹⁹⁶⁾ Der Ermordung folgten spontan Demonstrationen und kurze Streiks "Zum Schutze der Republik" in vielen deutschen Städten, wobei die Arbeiterparteien gemeinsam mit den Gewerkschaften marschierten.¹⁹⁷⁾ Beide Seiten der Sozialdemokratie stimmten überein, daß sich die republikanischen und demokratischen Kräfte gegen die Machenschaften der Reaktion zusammenschließen müßten. Schwierigkeiten innerhalb der USPD gab es lediglich noch betreffs der Koalitionsfrage mit bürgerlichen Parteien im Falle einer Kabinettsbildung mit der MSPD. Auch innerhalb des Gewerkschaftsflügels der USPD wurden diesbezüglich verschiedene Standpunkte vertreten. Während Alwin Brandes in einer Fraktionssitzung der USPD am 26. Juni 1922 äußerte: "Die Hauptsache ist, daß die Bevölkerung erkennt, daß wir bereit waren, mit allen Mitteln die Republik zu stützen "¹⁹⁸⁾ und einen Regierungseintritt der USPD befürwortete, vertrat die wohl einflußreichste Gruppe der USPD, der u.a. Dißmann, Aufhäuser, Rosenfeld und Sender angehörten, die Ansicht, daß man nicht in die Regierung eintreten könnte. Lehnte Dißmann einen Regierungseintritt mit dem Argument ab, daß "die realen Kräfte gegenwärtig nicht bei der Arbeiterschaft, sondern beim Bürgertum" seien,¹⁹⁹⁾ modifizierte

196) Vgl. u.a. Hunt, Richard, N., German Social Democracy 1918 - 1933, Yale 1964, S. 205: "The final impetus for the reunification of the two parties proved to be the assassination of the Democratic Foreign Minister, Walter Rathenau, in June 1922." Koszyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 - 1933, Heidelberg 1958, S. 152.

197) Vgl. a. Krause, H., USPD, S. 248.

198) Vgl. Protokoll der Fraktionssitzung der USPD vom 26. Juni 1922, IISG.

199) Ebd.

Toni Sender diese Ansicht, indem sie bei einer Regierungs-
beteiligung der USPD lediglich die DVP ausgeklammert haben
wollte.²⁰⁰⁾ Hermann Jäckel, ebenfalls ein Vertreter des
USPD-Gewerkschaftsflügels, hatte bereits Mitte 1921 darauf
hingewiesen, daß die USPD unter der Bedingung, ein bestimm-
tes Ziel zu erreichen, in Ländern auch an einer Regierung
teilnehmen sollte, in der die bürgerlichen Vertreter in der
Minderheit wären.²⁰¹⁾ Diese Einstellung machte er auch für
den Eintritt der USPD in eine Regierung auf Reichsebene gel-
tend.

Pläne einer Regierungsbildung mit der USPD, die auch vom
ADGB massiv unterstützt wurden,²⁰²⁾ scheiterten jedoch bald,
weil Zentrum und DDP sich um eine Beteiligung der koalitions-
willigen DVP bemühten, was sowohl bei der USPD als auch MSPD
auf heftigen Widerstand stieß. Die Blockbildung der bürger-
lichen Parteien beschleunigte schließlich die Annäherung
von USPD und MSPD, was sich in einer Fraktionsgemeinschaft
im Reichstag, die am 14. Juli 1922 zustande kam, ausdrückte.²⁰³⁾
Der Parteitag der USPD vom 20. bis 23. September in Gera be-

200) Vgl. Sender, T., The autobiography of a German Rebel, S.
199 f.: "I felt they had the mistaken conception that
Socialists in a republic must always take part in the
government, while the Independent Socialists - at least a
majority of us - wanted to be very careful in forming
alliances with other groups. We were strongly opposed
to any coalition with the party of big business, the
People's party."

201) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen der ordentlichen
Landesversammlung der USP Sachsens, abgeh. am 9. u. 10.
Juli 1921 im Volkshaus zu Leipzig, Leipzig 1921, S. 36.

202) Die Forderungen der Gewerkschaftsführung an die Sozial-
demokratie, die USPD an einer Regierung zu beteiligen,
hatten nahezu ultimativen Charakter. Vgl. a. Vorwärts
v. 12. Juli 1922 ("Die Forderungen der Gewerkschaftsbe-
wegung"). Dazu auch Bußmann, Bernhard, Die Freien Gewerk-
schaften während der Inflation, a.a.O., S. 172.

203) Vgl. Kastning, A. Die deutsche Sozialdemokratie, a.a.O.,
S. 99. S. a. Schürer, Heinz, Die politische Arbeiterbewe-
gung, S. 42.

stätigte, daß die innerparteiliche Diskussion um eine Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien bereits vor dem Abschluß stand,²⁰⁴⁾ wenn sich auch Gruppierungen innerhalb der USPD noch dagegen aussprachen. Die Gruppe um Robert Dißmann betonte, daß der Klassenkampf in Zukunft weitergeführt werden müsse und die Verschmelzung mit der MSPD nur auf dem Boden des Leipziger Manifestes der USPD vollzogen werden könnte, wonach die Politik der Partei von jeder der Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien frei sein müßte.²⁰⁵⁾

Unter diesen Vorzeichen erfolgte am 24. September 1922 auf dem gemeinsamen Parteitag in Nürnberg die offizielle Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien zur "Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (VSPD). Die Einigung wurde durch den Handschlag der ältesten Parteigenossen, von Wilhelm Bock (USPD) und Wilhelm Pfannkuch (MSPD), symbolisch vollzogen.²⁰⁶⁾ In einem einstimmig angenommenen Aktionsprogramm, das bereits am 6. September vereinbart worden war, rief die VSPD u.a.

204) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgeh. in Augsburg, vom 17. bis 23. September 1922; über die Verhandlungen des Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgeh. in Gera, vom 20. bis 23. September 1922; über die Verhandlungen des Einigungsparteitages, abgeh. in Nürnberg am 24. September 1922, Berlin 1923, S. 124. Der Parteivorsitzende der USPD, Arthur Crispien, faßte dabei die Wiedervereinigung der Sozialdemokratie nunmehr als organisatorische Frage auf und schloß bei einer Zusammengehen mit der MSPD auch eine Zusammenarbeit mit Bürgerlichen nicht unbedingt aus.

205) Ebd., S. 131.

206) Ebd., S. 181. Vgl. a. Stampfer, Friedrich, Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik, Hamburg 1953, 3. Aufl., S. 302.

"alle Arbeiter, Angestellte und Beamte auf, die Einheit zu verwirklichen. Pflicht aller Parteiangehörigen ist es, in den Gewerkschaftsorganisationen allen Zersplitterungs- und Spaltungsbestrebungen mit größter Energie entgegentreten.." 207)

Von den knapp 300.000 Mitgliedern der USPD gingen ungefähr 200.000 in die vereinigte Partei über²⁰⁸⁾, und lediglich eine kleinere Gruppe führte die Partei unter dem Namen "USPD" bis 1931 weiter, um sich dann der "Sozialistischen Arbeiterpartei" (SAP) anzuschließen.²⁰⁹⁾ Als sich die Mehrheit der USPD mit der MSPD vereinigte, um der Bedrohung der Demokratie durch den immer stärker werdenden Rechtsradikalismus entgegenzutreten, konnte dies kaum mehr zur Konsolidierung der Republik beitragen, weil die USPD in dieser Phase bereits am Rande des politischen Geschehens stand. Nach der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien machten die Mitglieder der USPD in der Folgezeit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei insoweit ihren Einfluß geltend, als sie durch ihre koalitionsnegierende Haltung gegenüber bürgerlichen Parteien der SPD wieder eher den Charakter einer Oppositionspartei zurückgaben. Mit ihrem Standpunkt, daß die Klassenkampftheorie als Kriterium des Für und Wider einer Koalitionspolitik entscheidend sein müsse, fanden sie beim linken Flügel der SPD Gehör.

207) Das Aktionsprogramm ist abgedruckt bei: Mommsen, Wilhelm (Hg.), Deutsche Parteiprogramme. Deutsches Handbuch der Politik Bd. 1, München 1960, S. 458 ff.

208) Vgl. Kastning, A., a.a.O., S. 105.

209) Vgl. Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim am Glahn 1965, S. 139. Die "Rest-USPD" verfügte 1923/24 lediglich noch über ca. 10.000 Mitglieder. Führungspersonen dieser Gruppierung waren Georg Ledebour und Theodor Liebknecht. Vgl. Drahn, Ernst, Sozialdemokratie, in Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, Jena, 1926, S. 420 ff.

Daß ehemals der USPD angehörende Spitzenfunktionäre auch weiterhin versuchten, den politischen und gewerkschaftlichen Kurs in ihrem Sinne zu beeinflussen, zeigen u.a. die Pläne, eine Korrespondenz herauszugeben, die vorwiegend auch gewerkschaftliche Fragen behandeln sollte. Briefe von Siegfried Aufhäuser und Toni Sender an Paul Levi, Ende 1922, belegen dies, wobei man jedoch auf jeden Fall vermeiden wollte, eine separate "gewerkschaftliche Pressestelle" einzurichten; vielmehr die Verknüpfung mit einer "fortschrittlich gehaltenen politischen Korrespondenz" suchte.²¹⁰⁾ Man wollte von dieser Seite, der auch Robert Dißmann zuzurechnen war, keinesfalls den Eindruck erwecken, als sollte in der jetzt wieder vereinigten Partei eine ehemalige USPD-Gruppierung aufrechterhalten oder wieder neu gebildet werden.²¹¹⁾

210) Vgl. Schreiben Siegfried Aufhäuser an Paul Levi, Berlin, den 22.Dez.1922, NL Paul Levi 101/6, ASD (Auszug) "...Nur glaube ich, dass diese Korrespondenz von Anfang an sehr gewinnen könnte, wenn neben dem rein politischen Teil auch die gewerkschaftliche Bewegung zur Geltung käme. Es ist in den letzten Monaten wiederholt der Gedanke einer besonderen freigewerkschaftlichen Korrespondenz erwogen worde, doch erscheint es nicht zweckmäßig, eine besondere gewerkschaftliche Pressestelle zu schaffen, da ja immerhin die offiziellen Gewerkschafts-Korrespondenzen bestehen. In Verbindung mit einer fortschrittlich gehaltenen politischen Korrespondenz würde sich dagegen auch den Bedürfnissen der Arbeiterpresse in Bezug auf gewerkschaftlichen Nachrichtendienst sehr wohl Rechnung tragen lassen..."

211) Ebd. Schreiben Toni Senders an Paul Levi, Stuttgart den 24.Dez.1922, "Da ich heute nach Stuttgart kam, konnte ich die Gelegenheit wahrnehmen und zugleich auch mit Robert (d.h. Robert Dißmann, G.H.) über die Frage der Korrespondenz u. den Entwurf ihres Rundschreibens sprechen. Wir sind beide im Ganzen damit einverstanden, nur scheint der Passus "die Korrespondenz soll keine Gruppe in der jetzt vereinigten Partei aufrechterhalten oder gar bilden" nicht recht glücklich. Man denkt zu sehr "Qui s' excuse - s' accuse!" Vielleicht können Sie dafür eine andere Formulierung finden..."

Es handelte sich bei dieser sogenannten "Levi-Korrespondenz" um die erstmals am 15. Februar 1923 erschienene Zeitschrift "Sozialistische Politik und Wirtschaft" (SPW), die Paul Levi herausgab, der 1921 im Zusammenhang mit seiner Kritik am Märzaufruf aus der KPD ausgeschlossen und 1922 - nach einer Zwischenphase bei der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft - mit der USPD wieder zur SPD ging. Mit dieser Zeitschrift verschaffte sich die Linke in der SPD ein eigenes Publikationsforum, an dem zahlreiche ehemalige USPD-ler mitwirkten.²¹²⁾ Das Festhalten der ehemaligen USPD-Mitglieder an der Klassenkampftheorie und der damit verbundenen Absage gegenüber Koalitionen mit bürgerlichen Parteien hemmte die Koalitionsfähigkeit der Sozialdemokratie auch in den folgenden Jahren der Weimarer Republik.²¹³⁾ Dadurch wurde die Stellung der größten und für die Erhaltung eines demokratischen Staates wichtigsten Partei der Republik geschwächt, weil die Tolerierungspolitik als Kompromiß zwischen Opposition und Koalition die Gefährdung des demokratischen Staates nicht wirksam bekämpfen konnte. Gegenüber der politischen Wiedervereinigung besaß der Zusammenschluß von USPD und MSPD im gewerkschaftlichen Lager einen weit effizienteren Stellenwert, weil dadurch eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen schien, der kommunistische Einfluß dazu nicht ausreichte. Besonders in den Einzelgewerkschaften machte sich das Zusammengehen von USPD- und MSPD-Anhängern gegen die gewerkschaftsspalterische Haltung der KPD positiv bemerkbar, zumal es im gewerkschaftlichen Lager der beiden sozialdemo-

212) Vgl. dazu neuerdings Ludewig, Hans-Ulrich, Die "Sozialistische Politik und Wirtschaft". Ein Beitrag zur Linksoption in der SPD 1923 bis 1928, in: IWK 1981/1, S. 14 - 41.

213) So blieb auch die Beteiligung der SPD an der Regierung Stresemann, seit August 1923 und unmittelbar vor der Aufgabe des passiven Widerstands an der Ruhr, eine Episode.

kratischen "Fraktionen" zahlreiche sachliche Anknüpfungspunkte für ein gemeinsames Handeln gab, wie die letzten Verbandstage sowie der ADGB-Kongreß von 1922 beispielsweise in der Frage der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern oder der Stellungnahme zu Industrieverbänden gezeigt hatten. Ein ganz beträchtlicher Einfluß bei der Zurückdrängung der KPD in den freien Gewerkschaften kam den ehemaligen USPD-Gewerkschaftsfunktionären zu, die zumeist auch nach 1922 innerhalb ihres Verbandes an den Schaltstellen verblieben. Sie gingen dabei gegen kommunistische Sonderbestrebungen mit größerer Schärfe vor als ihre mehrheitssozialdemokratischen Kollegen. Robert Dißmann trat zu diesem Zweck wiederholt in zahlreichen metallverarbeitenden Betrieben auf.²¹⁴⁾ Mit Hilfe der USPD-Gewerkschaftsführer, die nun auf der Seite des ADGB-Vorstandes agierten, gelang es, auch radikalere Gewerkschaftsmitglieder für die gemeinsame Gewerkschaftspolitik der VSPD zu gewinnen, da Aufhäuser, Simon, Jäckel, Sender und Dißmann über eine große Gefolgschaft innerhalb dieser Arbeiterkategorien verfügten und sich ihre Namen nicht in das von den Kommunisten propagierte "Gewerkschaftsbonzen"-Klischee einfügen ließen. Mit der Steigerung der wirtschaftlichen Krise im Jahre 1923 wuchs jedoch der Einfluß der KPD auf die Gewerkschaftsbewegung beträchtlich an. Die Mitgliederzahlen in den einzelnen Verbänden gingen in einem nie gekannten Maß zurück, was zum einen an der wirtschaftlichen Destabilisierung, der hohen Arbeitslosigkeit, die zwischen Oktober und Dezember 1923 bei den Gewerkschaftsmitgliedern zwischen 20 und 30 Prozent erreichte,²¹⁵⁾ zum anderen daran lag, daß sich zahlreiche

214) Schreiben von Wilhelm Sander an den Verf. vom 7. April 1976. Sander war USPD- und DMV-Delegierter.

215) Vgl. Schöck, Eva Cornelia, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-1928, Frankfurt/Main, New York 1977, S. 233.

Mitglieder den gewerkschaftssektiererischen Organisationen der KPD anschlossen. Besonders augenfällig wurden die Verhältnisse im Berliner Metallarbeiterverband, wo die Kommunisten gemeinsame Listen mit "Unionisten, Betriebsorganisations-Leuten und Unorganisierten" bildeten,²¹⁶⁾ um die Ortsverwaltung zu majorisieren. Als Gegenmaßnahme sahen sich die in der VSPD organisierten Metallarbeiter gezwungen, eine Fraktion der "V.S.P.D.-Metallarbeiter" zu gründen, um den Kommunisten Paroli bieten zu können.²¹⁷⁾

Bei der schwierigen Quellenlage über die Gewerkschaften im Jahre 1923 lassen sich exakte Angaben über den Einfluß der KPD in den Gewerkschaften kaum angeben, da viele Verbandstage verschoben werden mußten, zahlreiche gewerkschaftliche Presseorgane aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr erscheinen konnten²¹⁸⁾ und sich die einzelnen Ortsverwaltungen teilweise in einem chaotischen Zustand befanden. Es steht jedoch fest, daß die Kommunisten in dieser Zeit, wo sich die Arbeiterschaft in großer Unruhe befand, mit ihren Streikforderungen gegen die Inflationspolitik und für stabile Löhne große Erfolge verbuchen konnten. Ohne die Geschlossenheit von USPD- und MSPD-Gewerkschaftsanhängern bestand zumindest die Gefahr, daß der Metallarbeiter- und Textilarbeiterverband von der KPD vorübergehend "gekippt" worden wäre, da die Kommunisten in diesen Verbänden 1923 ungefähr ein Drittel der Delegier-

216) Vgl. Referentenmaterial V. I. Die Hetze gegen die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes und ihre Ursachen. II. Die Zerstörungsarbeit der K.P.D. gegen die freien Gewerkschaften. III. Das russische Brot, hrsg. v. Fraktionsvorstand der V.S.P.D.-Metallarbeiter, (Berlin 1923), S.3.

217) Ebd., (Titelblatt).

218) Vgl. Laubscher, G., a.a.O., S. 233.

ten stellten.²¹⁹⁾

Die Abgrenzungsbeschlüsse des ADGB und das rigorose Vorgehen gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern, die sich kommunistischen Sonderorganisationen anschlossen sowie die politisch-wirtschaftliche Stabilisierung 1924/25 ließen den Einfluß der KPD in der Gewerkschaftsbewegung wieder rapide sinken, zumal die im Sommer und Herbst 1923 von der KPD unter Moskaus Leitung vorbereitete militärische Erhebung und der für ganz Deutschland vorgesehene Generalstreikplan gescheitert waren und die KPD wieder in ein gewisses Stadium der Illegalisierung brachten.

219) Vgl. Vring, Thomas v.d., Der Verband der Deutschen Buchdrucker im Ersten Weltkrieg, in der Revolution und in der Inflationszeit (1914-1924). Die Geschichte einer Gewerkschaft während zehn Krisenjahren, Diss. Hannover 1965, S. 316.

Zusammenfassung

Die Untersuchung zeigt, daß die Auswirkungen des Weltkrieges auch den Radikalisierungsprozeß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beschleunigten. Mit der Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiter vollzog sich, initiiert durch das Hilfsdienstgesetz, eine tiefgreifende Umschichtung innerhalb der Industriearbeiterschaft, die auch auf die gewerkschaftlichen Organisationen, in denen diese Industriearbeiter zum größten Teil organisiert waren, übergriff. Damit veränderte sich die sozioökonomische Situation der Arbeiterschaft während des Krieges grundlegend, was die Arbeits- und Lebensbedingungen anging.

Die Fragen, wie sich Veränderungen der sozioökonomischen Situation auf das Bewußtsein der Arbeiterschaft auswirkten, inwieweit die Bewußtseinsveränderung von Gewerkschaftsmitgliedern für die Radikalisierung der Einzelgewerkschaften im Sinne der USPD durch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflußt worden sind, zählen zu den schwierigsten und noch weitgehend unerforschten Problemen der deutschen Arbeiterbewegung:

- Ein Zusammenhang zwischen Bewußtseinsentwicklung, Industriezugehörigkeit, Arbeitsplatzsituation und gewerkschaftlicher Radikalisierung konnte im Rahmen dieser Arbeit vielfach dargelegt werden. Dazu kamen jedoch, den USPD-Einfluß auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffend, immer andere Faktoren hinzu, wie beispielsweise der Standort der jeweils ansässigen Parteibasis oder Gewerkschaftsfunktionäre und deren Artikulationsmöglichkeiten.

- Die repressive innenpolitische Situation in Deutschland während des Ersten Weltkrieges sowie die zunehmende Friedenssehnsucht der Arbeiterschaft ließen die Partei des politischen Radikalismus, die USPD, an Bedeutung zunehmen und verschafften ihr auch verstärkten Einfluß auf die Gewerk-

schaften. Für die Erfolge der USPD auf Partei- und Gewerkschaftsebene bildeten die relativ geringen Fortschritte der reformistischen Politik von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Führung eine wichtige Voraussetzung, weil die Funktionäre dieser Richtung während des Krieges ein großes Maß an Prestige eingebüßt hatten. Außerdem sahen sich die Arbeiterorganisationen durch die Einberufung eines Großteils ihrer Mitgliedschaft an die Front in ihrem Organisationsapparat geschwächt, was der USPD jedoch nur teilweise zugute kam, da sie wiederum stärker unter den obrigkeitsstaatlichen Repressionen zu leiden hatte.

- Die gewerkschaftliche Opposition, bis 1919 nahezu identisch mit der USPD, sich ab 1920 auch stärker auf die KPD verteilend, entstand zu Beginn des Ersten Weltkrieges aus politischen Wurzeln, indem sich verschiedene Funktionäre und Mitgliedschaften von Parteiorganisationen der SPD an die politischen Ziele der Parteiminderheit, insbesondere der Gegnerschaft zur Kriegskreditbewilligung, anschlossen. Da sich die Anhängerschaft der Parteimehrheit auch meist mit der Gewerkschaftsführung im Einklang befand, kam es mit der Aufhebung des Streikrechtes und der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes auch zur Opposition vieler Gewerkschaftsmitglieder, die der Politik der Generalkommission nicht mehr Folge leisten wollten. Im Verhältnis zur Parteiopposition muß die Organisation der gewerkschaftlichen Opposition als verzögerter Prozeß angesehen werden.

- Erst mit der Gründung der USPD im April 1917 formierten sich unter den erschwerten Bedingungen des Weltkrieges allmählich oppositionelle Kreise in verschiedenen Einzelgewerkschaften. Wie die Untersuchung ergab, besaßen dabei sozioökonomische Faktoren, regionale Bedingtheiten, der Besitz von Presseorganen und nicht zuletzt anerkannte Führerpersönlichkeiten in den Reihen der gewerkschaftlichen USPD-Opposition einen hervorragenden Stellenwert, was den Einfluß auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft anging. Die Ansatzpunkte der Op-

position lagen zunächst in traditionellen Zentren der radikalen Sozialdemokratie: In Berlin, Leipzig, Halle, Braunschweig, Gotha oder Crimmitschau.

- Wie die Darstellung zeigt, bleibt es weiterhin problematisch, die Anziehungskraft der USPD auf die Gewerkschaftsbasis allein mit sozioökonomischen Erklärungen, den Anhang der Partei nach soziologischen Kriterien aufschlüsseln zu wollen. Es gilt lediglich, daß die USPD innerhalb der Gewerkschaftsmitgliedschaft zuerst im Bereich der alteingesessenen Facharbeiterschaft Anklang fand. Dieses Eindringen in verschiedene Arbeiterkategorien stand teilweise in einem engen Zusammenhang mit bereits vor 1914 radikalsozialistischen Gebieten und traf nur für bestimmte Industriezweige zu.

- Für die Zeit bis zur Revolution von 1918/19 läßt sich für den Einfluß der USPD auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft festhalten, daß die Partei versuchte, die Basis vorwiegend im Betrieb zu rekrutieren. Man verlegte sich, den in dieser Hinsicht spärlichen Quellen zufolge, dabei hauptsächlich auf die Eroberung des Vertrauensmännersystems, zumal während des Krieges nur wenige gewerkschaftliche Ortsversammlungen abgehalten wurden und man auf diesem Wege kaum Möglichkeiten fand, sich zu artikulieren. Einzuschränken ist hier, daß zumindest für die hier untersuchten Einzelgewerkschaften die Ausnahme gilt, daß alle Verbände während des Ersten Weltkrieges Generalversammlungen abhielten, was zum Teil bereits an der radikaler eingestellten Mitgliedschaft oder an der mit der Parteiminderheit sympathisierenden Verbandsführung lag.

- Erst mit dem Anwachsen der Rüstungsindustrie, der dadurch bedingten Konzentration von Massen jüngerer, meist ungelerner Arbeiter in den industriellen Zentren des Reiches, entstand ein neues Potential für radikale Anschauungen in den

Gewerkschaften. Durch den verstärkten Eintritt dieser Kategorie von Neumitgliedern in die Gewerkschaftsbewegung, einschlägig als "Mitgliederschwemme" apostrophiert, erhielt die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach der Revolution von 1918/19 einen anderen Charakter.

- Insgesamt vollzog sich in der Zeit von 1916 bis 1919 in den gewerkschaftlichen Organisationen ein Mitgliederzuwachs, der von den einzelnen Gewerkschaftsleitungen in Bezug auf Schulung und Disziplinierung nicht mehr aufgefangen werden konnte. Dabei kam der an der USPD orientierten Richtung der hohe Anteil an jüngeren Arbeitern zugute, die während der Kriegszeit ein Defizit an Berufsausbildung erhalten hatten und nun in schlecht bezahlten Positionen arbeiten mußten oder zum Teil arbeitslos waren. Diese Gruppierungen identifizierten sich eher mit den gewerkschaftspolitischen Zielen der USPD. Wie in der Untersuchung dargestellt, waren es sowohl in der USPD als auch in den oppositionellen Einzelgewerkschaften vor allem die jüngeren Mitglieder, die den radikalen Kurs steuerten:

- Übertragen auf andere Gewerkschaftsverbände, wird man nicht generell von einer Relation zwischen Mitgliederstrom und radikaler Haltung oder USPD-Orientierung ausgehen können, wie die ADGB-Kongresse sowie die Verbandstage anderer Einzelgewerkschaften dokumentieren. Dafür gaben vielfach innergewerkschaftliche und industriespezifische Bedingungen den Ausschlag, ganz abgesehen von traditionellen Einflüssen oder dem Standort der gewerkschaftlichen Verbandsführung.

- Auf dem Hintergrund einer Korrelation von wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in dem Zeitraum von 1916 bis 1922 sowie der Entwicklung der gewerkschaftlichen Opposition zugunsten der USPD können allgemein gültige Zusammenhänge nur angedeutet werden. Eine von der jeweiligen Industriebranche und der entsprechenden Einzelgewerkschaft abgehobene Ein-

schätzung der USPD-Tendenz von Arbeiterkategorien wie Facharbeitern, Ungelernten oder gar Arbeitslosen, kann prinzipiell nicht hergestellt werden, da beispielsweise Facharbeiter nicht kriegswichtiger Industriezweige vorübergehend in andere Industriesparten abwanderten oder arbeitslos wurden. Lediglich für die drei untersuchten Industriezweige und deren gewerkschaftlicher Mitgliedschaft konnten verschiedene Merkmale des USPD-Einflusses festgestellt werden. Die wirtschaftliche Destabilisierung, verbunden mit zunehmender Fluktuation der Arbeiterschaft, vorübergehender Arbeitslosigkeit und Stillegungen von Betrieben bildete dabei eine wichtige Voraussetzung für die Radikalisierung der Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Industriespezifisch und gewerkschaftsintern betrachtet, bildete der Bereich der Metallindustrie und die ihm zugeordnete Gewerkschaft, der Deutsche Metallarbeiterverband, das Zentrum für Radikalisierungstendenzen, da sich auf diesem Sektor die Umstrukturierung von Betriebs- und Arbeitsformen am umfassendsten vollzog. Hier sammelten sich die Massen von ungelernten, entwurzelten Arbeitern, die von den Auswirkungen des Hilfsdienstgesetzes sowie dem Streikverzicht der Gewerkschaftsführung in ihren Lebensbedingungen am härtesten betroffen waren.

Was die Hinwendung der Gewerkschaftsmitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes zur USPD anging, so fielen dabei folgende Merkmale auf:

- Es waren gerade die gut verdienenden Rüstungsarbeiter, wie Dreher und Werkzeugmacher, die sich vorwiegend mit der USPD-Opposition in der Gewerkschaft identifizierten, die Streiks organisierten und sich gegen Restriktionen im Betrieb zur Wehr setzten. Dies zeigt, daß sowohl Facharbeiter als auch Ungelernte zur Rekrutierungsbasis der USPD gehörten.

- Für die Metallarbeiterschaft ließ sich dabei häufig eine Korrelation zwischen Beruf und politischer Orientierung feststellen, insbesondere was die meisten Facharbeiter, die sich vor 1919 eher zu radikalen Positionen bekannten, anging, weil sie sich teilweise:
- in ihrer traditionellen Position gefährdet sahen,
- ein stärkeres Arbeiterbewußtsein entwickelt hatten; seit jeher stark gewerkschaftlich organisiert waren und sich gegen jegliche Eingriffe des Staates und der Unternehmerschaft aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß selbstbewußter zur Wehr setzen konnten.
- sich durch ihre unmittelbare Eingliederung in die Kriegsrüstungsproduktion auch gedanklich damit auseinandersetzten, was, und für wen sie produzierten, und daß diese Produktion schließlich einer Kriegsverlängerung diene. Die untragbaren politischen und sozialen Zustände in Deutschland spielten dabei eine wichtige Rolle.
- Die stetig anwachsende Anzahl der Metallindustriearbeiterschaft, die damit einhergehende Steigerung der Mitgliederzahlen im Metallarbeiterverband auf über 1,6 Millionen Mitglieder, stellten den Gewerkschaftsapparat dieses Verbandes vor unlösbare Organisationsprobleme. Durch die extreme Zunahme von jeglicher gewerkschaftlicher Disziplin und der Schulung fernstehender Mitglieder kam es innerhalb des Verbandes ab 1919 zu einer zunehmenden Politisierung und Radikalisierung. In keinem Verband war eine so erhebliche Änderung der sozio-strukturellen Zusammensetzung der Mitgliedschaft eingetreten. Kein anderer Verband zeigte an der Basis ein solches Maß an Übereinstimmung mit den Zielen der USPD.

- Der Zusammenhang zwischen dem Radikalismus und relativ jüngeren Mitgliedern, den Robert Wheeler in seiner Darstellung über die USPD und die Internationale für die Parteibasis der USPD dargestellt hat, spiegelte sich auch und insbesondere in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes eindrucksvoll wider. Eine zunehmende Radikalisierung und USPD-Tendenz trat vor allem auf dem Höhepunkt der gewerkschaftlichen Mitgliederzunahme in Erscheinung, als die Gewerkschaften im Jahre 1919 von jüngeren Neumitgliedern geradezu überflutet wurden.

- Bereits 1916/17 hatte sich stellenweise, bedingt durch neu entstandene Zentren der Rüstungsindustrie, ein Konflikt zwischen den älteren, in der gewerkschaftlichen Tradition stehenden Arbeitern, und den jüngeren, sogenannten "Neuarbeitern" abgezeichnet, der sich für den gewerkschaftlichen Einfluß der USPD positiv gestaltete. In dieser Partei erkannten, abgesehen von einigen älteren, der Tradition des Klassenkampfes verhafteten Gewerkschaftsfunktionäre, viele jüngere Mitglieder eine Perspektive. In ihrer revolutionären Ungeduld erwarteten sie am ehesten von der USPD eine Veränderung des ungeliebten Status quo.

Prinzipiell gilt für den Metallarbeiterverband, daß sich hier die Radikalisierung der Einzelgewerkschaft zugunsten der USPD im wesentlichen von der Basis her vollzog.

Im Vergleich zum Metallarbeiterverband trat für die im Zentralverband der Schuhmacher organisierten Gewerkschaftsmitglieder eine Radikalisierung der Gewerkschaftsbasis nicht in diesem Ausmaß zu; da hier der gemäßigttere USPD-Gewerkschaftsflügel bereits relativ früh dominierte:

- Eine tragende Rolle für die USPD-Nähe der Gewerkschaftsmitgliedschaft spielten dabei der Verbandsvorstand sowie das Verbandsorgan, weil beide zentralen Schaltstellen sofort 1917 auf USPD-Gewerkschaftsfunktionäre übergegangen waren.

- Das Ansehen des Verbandsvorsitzenden, der in diesem Fall bereits ab 1915/16 mit der Parteiminderheit sympathisierte und dessen engere Bindung an die gewerkschaftliche Mitgliedschaft, schufen die Voraussetzungen dafür, daß zahlreiche Mitglieder des Schuhmacherverbandes der USPD gegenüber eine positive Einstellung erhielten. Für die im Verband organisierten Arbeiter kann angenommen werden, daß sie sich mit der Haltung ihrer Spitzenfunktionäre eher identifizierten als mit den Anschauungen von reinen Parteipolitikern. Das engere Vertrauensverhältnis zwischen Verbandsleitung und Gewerkschaftsmitgliedschaft wirkte sich für die USPD positiv aus; eine Tatsache, die sich auch bei anderen kleineren Einzelgewerkschaften, ungeachtet der politischen Einstellung der Verbandsführung, immer wieder feststellen läßt.

- Die Konsistenz der Verbandsführung zeigte sich auch, als die USPD 1920 gespalten wurde. Im Gegensatz zum Metallarbeiterverband bestand hier keine stillschweigend hingenommene Koalition zwischen gemäßigten und radikalen USPD-Anhängern, so daß weder zu diesem Zeitpunkt noch anläßlich der Wiedervereinigung der Sozialdemokratie im Jahre 1922 wesentliche personelle Veränderungen in der Führung des Verbandes eintraten.

- Sozioökonomische Gründe für ein radikaleres Verhalten der Gewerkschaftsmitgliedschaft des Schuhmacherverbandes lassen sich insofern nachweisen, als sich auf dem Gebiet der Schuhindustrie eine zunehmende Entwicklung vom selbständigen Handwerker zum Fabrik- oder Reparaturarbeiter vollzog. Dieser Vorgang zog, in Verbindung mit der Stilllegung von Schuhbetrieben und der Aufhebung der Zwangswirtschaft, einen sozialen Abstieg der meisten Schuharbeiter nach sich. Zudem entstanden durch die industrielle Konzentration in Großbetrieben neue Arbeitsformen und Arbeitsbedingungen, die von den Unternehmern im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes teilweise zu Lohndrückereien mißbraucht wurden. Als Gegenreaktion dazu ver-

stärkte sich innerhalb der Großbetriebe das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und fand in den antikapitalistischen Parolen der USPD ein Sprachrohr.

Die USPD-Führung vertrat in diesem Verband eine flexible Haltung, was die Umsetzung gewerkschaftlichen Sachfragen in eine Anhängerschaft der USPD anbetraf. Lehnte man die Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum als dem Klassenkampfprinzip entgegengesetzt ab, so hielt man auf der anderen Seite am Tarifvertragswesen fest. Im Verhältnis zu soziostrukturellen Ursachen, kriegsbedingten Veränderungen, sozialen Verschlechterungen der Lebensbedingungen wie etwa der Minderung des Reallohnes, scheinen im Schuhmacherverband die Führungspersönlichkeiten des Verbandes als Indikatoren eine größere Bedeutung eingenommen zu haben, was die Radikalisierung der Gewerkschaftsmitgliedschaft im Sinne der USPD anging.

Den politischen und gewerkschaftlichen Zielsetzungen der USPD-Opposition kam auch die traditionell antiunternehmerische Haltung der Gewerkschaftsmitgliedschaft des Deutschen Textilarbeiterverbandes entgegen, die sich u.a. auf die negativen Erfahrungen des Crimmitschauer Streikes von 1903 stützte:

- Führende Gewerkschafter, in etwa vergleichbar mit dem Schuhmacherverband, sympathisierten bereits früh mit der Parteiminderheit, ohne dabei jedoch innerhalb des Verbandes entscheidend für die USPD einzutreten.

- Sich durch die Regierungspolitik benachteiligt und von der Gewerkschaftsführung der Generalkommission während des Krieges vernachlässigt fühlend, tendierten zahlreiche Textilarbeiter allmählich zum Gewerkschaftsflügel der USPD, der eine entschiedenere, den Arbeiterinteressen stärker entsprechende Sozialpolitik versprach.

- Der Verbandsvorstand, ab 1919 fest in den Händen der USPD-Gewerkschafter, verfolgte schließlich aber einen durchaus gemäßigten Kurs, der sich vordergründig an gewerkschaftlichen Fragen orientierte, was für den Metallarbeiterverband in geringem Umfang, für den Schuhmacherverband nur mit Abstrichen galt, da sich diese beiden Einzelgewerkschaften unter der USPD-Majorität eher aktiv an der Politik beteiligten.

- Von der wirtschaftlichen Umstrukturierung durch den Rohstoffmangel mit am schwersten getroffen und vorübergehend überproportional von der Arbeitslosigkeit betroffen, fanden viele Arbeiter dieses Industriezweiges in der USPD eine neue politische Heimat. Standen die Arbeiterkategorien der Textilindustrie bereits seit jeher am Ende der Lohnskala der deutschen Industriearbeiterschaft, so verstärkte sich diese Tendenz während der Kriegszeit noch.

- Die Vertreter der USPD, organisatorisch besonders stark in Sachsen, dem Kerngebiet der Textilindustrie, organisiert, fanden mit ihrem Standpunkt der uneingeschränkten Interessenvertretung der Arbeiter gegen das Unternehmertum besonderen Anklang.

- Die Umstellung vieler Textilbetriebe auf Munitionsherstellung und die Umsiedelung von Arbeitern in die Großbetriebe der Rüstungsindustrie während des Krieges, wo sie mit den radikaleren Kollegen aus der metallverarbeitenden Industrie in Kontakt gerieten, beinhaltete ein weiteres Radikalisierungselement.

- Daß die Textilarbeiterschaft, trotz der für ihre Industriebranche charakteristischen Arbeitslosigkeit und den durch einen hohen Frauenanteil bedingten Niedriglöhnen, gewerkschaftlich traditionell verankert war, erwies sich deutlich bei der Abstimmung über die gewerkschaftsfeindlichen 21 Bedingungen innerhalb der USPD-Basis, wo in sämtlichen Hoch-

burgen dieses Industriezweiges die Bedingungen der Kommunistischen Internationale abgelehnt wurden. Eine Tatsache, die auch für die meisten in der USPD organisierten Gewerkschaftsfunktionäre im allgemeinen zutraf.

- Der Textilarbeiterverband blieb von den drei untersuchten Einzelgewerkschaften am meisten von parteipolitischen Querelen verschont, wozu auch die Verbandsführung durch den USPD-Gewerkschaftsführer Hermann Jäckel wesentlich beitrug. Die Verbandsführung blieb zudem in der Zeitspanne von 1914 bis 1922 konsistent, so daß zwar der parteipolitische Standort, aber nur in geringerem Ausmaß der gewerkschaftliche Standort wechselte.

- Der Verband beschränkte seine Tätigkeit bis 1921 vorwiegend auf gewerkschaftsspezifische Schwerpunkte, die sich an der sozialen Lage der Mitgliedschaft orientierten. Es änderte sich diese Haltung erst, als innerhalb des Verbandes um 1921/22 durch die Kommunisten gewerkschaftsspalterische Tendenzen in den Verband eingebracht wurden, denen man nun energisch entgegentrat.

Der Einfluß von Partei- und Gewerkschaftspersönlichkeiten im Sinne der USPD, die Kontrolle der Partei über einschlägige Organisationsmittel wie lokale Presse, Gewerkschaftszeitungen, Vertrauensmännersystem usw. erfüllten eine zentrale Funktion der politischen Beeinflussung und dürfen für die gesamte Oppositionsbewegung während des Ersten Weltkrieges und in der Anfangsphase der Weimarer Republik als sehr hoch veranschlagt werden. Das Festhalten an einer konsequenten Interessenvertretung der Arbeiterschaft unter den erschwerten sozialen Bedingungen des Weltkrieges bewegte verschiedene Bereiche der Gewerkschaftsmitgliedschaft zu einem Votum für die USPD.

Im Bereich der Gewerkschaftsbewegung galt für die Zeit von 1919 bis 1922, daß jüngere Mitglieder eher zum Radikalismus neigten und ihre Interessenvertretung zunehmend in der USPD

erblickten, denn nur so kann der immense Mitgliederzuwachs dieser Partei im Jahre 1919 erklärt werden. In diesem Jahr, als die Mitgliederentwicklung ihren Höhepunkt erreichte und die USPD durch die Reichstagswahlen vom Juni 1920 politisch bestätigt wurde, war die Mitgliedschaft in Gewerkschaftsverbänden wie dem Metallarbeiter-, Schuhmacher- und Textilarbeiterverband wesentlich "jünger" als jemals zuvor. Die Verjüngung der Gewerkschaftsmitgliedschaft erhöhte das Moment der psychischen und politischen Labilität innerhalb der Arbeiterschaft beträchtlich, zumal viele Jugendliche nach Kriegsende in untergeordneten Positionen arbeiten mußten oder arbeitslos wurden. Während ältere Kriegsteilnehmer 1919 in großem Ausmaß auf ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren konnten, traf dies für die meisten jüngeren Arbeiter nicht zu. Wenn sie einen Arbeitsplatz fanden, hatten sie als Neulinge im Betrieb sehr oft unter Kurzarbeit zu leiden und wurden in Phasen der Arbeitslosigkeit auch eher entlassen, zumal sie oftmals keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen konnten, da sie während des Krieges eingezogen worden waren.

Der Gewerkschaftsflügel innerhalb der USPD, der auf eine Revolutionierung der Gewerkschaften von innen heraus abzielte, worunter man auch eine stärkere Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit verstand, ohne die Autonomie der Gewerkschaften anzutasten, setzte sich bis 1918 vorwiegend aus altgedienten Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zusammen. Diese Gruppe ging davon aus, daß die Einheit der Gewerkschaften auf keinen Fall anderen Zielen geopfert werden dürfte. Während der Revolutionszeit, in der die Räteidee als revolutionäres Emanzipationselement in den Vordergrund des politischen Geschehens gerückt war, verlor diese Gruppierung vorübergehend ihren Einfluß und sprach sich auch für Räte im wirtschaftlichen Bereich aus. Die Räte sollten sich jedoch den Gewerkschaften in jedem Fall unterordnen. Die Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern, von der Gewerkschaftsführung initiiert, wurden in der Folgezeit energisch bekämpft und abgelehnt, ohne dabei Tarifverhand-

lungen mit den Unternehmern in Frage zu stellen. Die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften scheint zumindest von einem Großteil der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft mitgetragen worden zu sein, die in der Existenz der "Zentralen Arbeitsgemeinschaft" eine Aufgabe des Klassenkampfprinzips in der Arbeiterbewegung zu erkennen glaubte, die sie nicht zuletzt der Gewerkschaftsführung zur Last legte.

Den in den Einzelgewerkschaften mit der USPD sympathisierenden Mitgliedern, die zumeist dieser Partei auch organisatorisch angehörten, wurden, zumindest bis zur Revolution von 1918/19, von seiten der Gewerkschaftsführung folgende Vorhaltungen gemacht:

- Daß es auf rein gewerkschaftlichem Gebiet gar keine echten Unterschiede zwischen Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftsopposition gäbe.
- die Opposition eine ganz und gar politische Angelegenheit sei und der politische Gegensatz von außen in die Gewerkschaften getragen werde.
- die Gewerkschaftsfunktionäre von der USPD nicht nach der Fähigkeit und Leistung, sondern lediglich nach ihrer Parteizugehörigkeit beurteilt würden.
- politische Fraktionsbildung die einzelnen Verbände schädige und eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung vorbereiten würde sowie, daß die USPD die Gewerkschaften zu ihrem politischen Werkzeug machen wolle.

Konnte von einer parteipolitischen Neutralität seit dem Engagement der Generalkommission der Gewerkschaften für die Mehrheitssozialdemokratie im Verlauf des Parteistreites um die Kriegskreditbewilligung kaum mehr die Rede sein, trafen verschiedene Kritikpunkte, u.a. von Carl Legien auf dem

ADGB-Kongreß von 1919 geäußert, durchaus zu. Zahlreiche dieser Vorwürfe betrafen den linken USPD-Flügel, der die Gewerkschaftsbewegung politisieren und durch andere Organisationen ersetzen wollte. Erkannte auch der USPD-Gewerkschaftsflügel die politische Machtfülle der Gewerkschaften und wollte diese für eine gesellschaftspolitische Veränderung einsetzen, so stellte sich nach der Majorisierung der hier untersuchten Einzelgewerkschaften heraus, daß eine gewerkschaftliche Akzentuierung weiterhin im Vordergrund aller Bestrebungen stand. Vorübergehende Fraktionsbildungen in den Gewerkschaften ergaben sich aufgrund parteipolitischer Streitigkeiten, wiewohl man feststellen darf, daß diese Auswüchse sowohl auf MSPD-, USPD- als auch KPD-Gewerkschafter zutrafen, auch wenn letztere andere Ziele damit verfolgten. Die Radikalisierung an der Gewerkschaftsbasis während des Krieges machten sich einige führende Gewerkschaftsfunktionäre, vorwiegend im Metallarbeiterverband, zunutze, um dieses Potential zu organisieren. Dabei wurde eine systematische Mobilisierung des oppositionellen gewerkschaftlichen Anhangs bei der Vorbereitung von Delegiertenwahlen zu Verbandstagen oder Urabstimmungen der Einzelgewerkschaften angestrebt und teilweise auch erreicht. Daß die alte Gewerkschaftsführung zumindest 1919/20 ihre Anhänger in den behandelten Verbänden nicht mehr so gut aktivieren konnte, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsmgliedschaft die Kompromißbereitschaft der ADGB-Führung gegenüber Regierung und Unternehmerschaft nicht akzeptierte, beweisen die verschiedenen Wahlerfolge der USPD-Opposition im gewerkschaftlichen Bereich in der Zeit von 1919/20. Die Erfolge der USPD in den Einzelgewerkschaften waren aber auch nur dort möglich, wo befähigte gewerkschaftliche Organisatoren und Führerpersönlichkeiten die Leitung übernommen hatten und auch nur bis zu dem Zeitpunkt, als der USPD-Gewerkschaftsflügel noch zusammen mit der USPD-"Linken" in den Gewerkschaften auftrat. Mit der Parteispaltung der USPD und der dadurch offen zutage tretenden antigewerkschaftlichen Tendenzen der USPD-"Linken" ging der USPD-Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung, auch auf den Metallarbeiterverband,

rapide zurück.

Durch eine konkrete Gewerkschaftspolitik ergaben sich innerhalb der Einzelgewerkschaften Ansatzpunkte, die wieder zu einer Annäherung von USPD und MSPD führten; diese wurde dadurch gefördert, daß die KPD innerhalb der Gewerkschaftsbewegung versuchte, eigene Zellen und Fraktionen zu bilden sowie selbständige Gewerkschaftskonferenzen einzuberufen. Ein großer Verdienst des USPD-Gewerkschaftsflügels war in dem Kampf gegen den Angriff der USPD-"Linken" und der Kommunisten zu sehen, der sich in der Auseinandersetzung, ob freigewerkschaftliche oder selbständige Betriebsräte gebildet werden sollten, entfachte. Zerbrach an diesem Gegensatz auch die parteipolitische Basis der Partei, so schlugen die USPD-Gewerkschafter damit einen Weg ein, der sie einer Wiedervereinigung mit der MSPD näherbrachte, einer Wiedervereinigung, die sich im gewerkschaftlichen Lager schließlich eher als im politischen vollzog. Ehemals von der Gewerkschaftsführung heftig angefeindete Gewerkschaftsführer der USPD sowie deren starker gewerkschaftlicher Anhang bei der Basis ließen sich von dem Kurs der gewerkschaftlichen Einheit, aber auch nicht von ihrem Konzept der "Revolutionierung der Gewerkschaften von innen heraus" abbringen.

Daß der Einfluß der USPD auf die Gewerkschaften nicht nur als parteipolitischer zu behandeln ist, belegen die sozialpolitischen Vorstellungen der USPD-Gewerkschafter: Über die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern, die Kritik an dem Verzicht auf Wahrnehmung des Streikrechts und am Betriebsrätegesetz kam es durch die umsichtige Leitung von USPD-Gewerkschaftsführern wie Dißmann, Simon, Jäckel und Aufhäuser auch zu sachlichen, allein die gewerkschaftliche Stärke und Demokratisierung betreffenden Perspektiven wie beispielsweise der programmatischen Zielsetzung, Industrieverbände zu bilden oder die Mitgliederbasis intensiver an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Durch den Druck der USPD-Gewerkschaftsopposition waren insbesondere ab 1919 immerhin auch die innergewerkschaftliche Demokratie erwei-

tert und organisatorische Neuerungen durchgesetzt worden. Änderungen des Wahlverfahrens von Funktionären, verkürzte Tagungsprogramme für Gewerkschaftskongresse, Urabstimmungen und eine auf die Ausdehnung der Rechte der Basis bezogene Gewerkschaftsarbeit entsprangen dabei zwar oft, aber keineswegs ausschließlich, taktischen Motiven. Eine Entbürokratisierung der Gewerkschaftsbewegung, von der USPD-Seite immer postuliert, kam dagegen, selbst in den von ihr majorisierten Einzelgewerkschaften, nur in geringem Umfang voran. Eindrucksvoller Ausdruck der gewerkschaftlichen Anerkennung und Annäherung war die Bestätigung Robert Dißmanns als Vorsitzender der stärksten Einzelgewerkschaft Deutschlands auf dem Metallarbeiterverbandstag von 1921, wo die MSPD-Gewerkschafter über die absolute Mehrheit der Delegierten verfügten und dem führenden Gewerkschaftsvertreter der USPD ihr Vertrauen aussprachen.

Die Wiedervereinigung von MSPD und USPD hatte im Jahre 1922 auf politischer Ebene nur noch die Konsequenz, den linken Flügel der Sozialdemokratie zu stärken, die Koalitionsefähigkeit der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien während der Weimarer Republik aber zu verringern. Auf gewerkschaftlicher Ebene bildete jedoch die Vereinigung eine ganz entscheidende Voraussetzung für die Erhaltung der Einheitsgewerkschaften, da die Kommunisten 1922/23 alle Mittel in Bewegung setzten, die Gewerkschaften für ihre parteipolitischen Ziele zu erobern.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedrucktes Archivmaterial

Archiv der sozialen Demokratie Bonn-Bad Godesberg

Nachlaß Emil Barth

Nachlaß Arthur Crispian (Erinnerungen:versch.Manuskripte)

Nachlaß Wilhelm Dittmann

Nachlaß Carl Giebel

Nachlaß Paul Levi

F/3 Ordner: Parteikonflikt im Ersten Weltkrieg.

Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf

Erinnerungen Josef Simon (masch.Manuskript)

Archiv beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil- und Bekleidung, Düsseldorf

Archiv-Nr.3705: Versammlungsprotokolle (handschr.) des
Textilarbeiterverbandes für Augsburg, 15.
März 1913 bis 27.Januar 1933.

Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Nachlaß Eduard Weckerle

Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe

Nachlaß Adolf Geck

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. I. Allgemeines
Staatsarchiv

- M Arb. 238 Gewerkschaft, Betriebsräte 1912 - 1920
M Arb. 364 Gewerkschaftsfunktionäre und deren Tätigkeit
M Arb. 381 Gewerkschaften, Allgem. 1906 - 1922
M Arb. 505 Angestellte der Metallindustrie
M Arb. 655 Tarifverträge für die Schuhindustrie 1919-1929
- M Inn. 71 700 Politische Umtriebe Bd.III 1855-1918
M Inn. G 71 716 Unruhen und politische Umtriebe. Reg.Bez.
Oberpfalz 1917 - 1920
M Inn. G 71 717 Die politischen Verhältnisse in Hof 1919-1925
M Inn. 71 718 Unruhen und politische Umtriebe in Oberfranken
und Mittelfranken, Bd. I 1919 - 1925
- MH 15 561 Arbeitszeit in der Schuhindustrie. Verhält-
nisse der Schuhindustriearbeiter 1916-1917
MH 15 652 Entlohnung von Textilarbeitern 1917 - 1918
- MK 19 291 Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen
Parteien, Bd. I. 1915 - 1917
MK 19 292 Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen
Parteien, Bd. II 1917 - 1918

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt.II. Geheimes Staatsarchiv

- MA 92 745 Die Arbeiterbewegung im Jahre 1918/1919 ff.
MA 92 781 Sozialdemokratie 1917-1918 (Berichte des
Bureaus für Sozialpolitik)
MA 92 782 Polizeiwesen, Vereine - Unabhängige Sozial-
demokratische Partei 1919-1918/1923
- MA I, Nr. 975 Wichtige Aktenstücke zum Ausbruch des Welt-
krieges sowie über die militärische und po-
litische Lage 1914 - 1918
MA I 1003 Beamtenfragen und Beamtenpolitik
MA I 1009 Politische Berichte der bayer.Gesandtschaft in
Berlin 1918/1919.
MA 100 981 Arbeitseinstellungen und Streiks 1919-1925

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Kalkum)

Reg. Düsseldorf: Politische Akten,

- Nr. 15 536 Allgemeine Arbeiterunion, 11.Febr.1920-März
1922
Nr. 15 544 USPD, betr. Freie Arbeiterunion
Nr. 15 599 Deutscher Metallarbeiterverband

- Nr. 15 346 Streiks - USPD, April 1919 - Juli 1919
Nr. 15 371 Wochenberichte u.a. betr. Gewerkschaften
Nr. 15 380 Parteien, vor allem USPD, Febr. 1922 - Nov. 1922
Nr. 15 601 Textilarbeiter-Verband u.s. Streiks i.d. Textil-industrie
Nr. 15 817 USPD: Ziele, Bestrebungen, Sept.1920 - Sept.1921
Nr. 15 818 USPD - III.Internationale - KPD
Nr. 15 900 USPD-Parteitag in Leipzig, Bezirksparteitag, Funktionärskonferenz in Rheinl.-Westfalen
Nr. 15 972 Nachrichten über Parteien, betr. politische Agentennachrichten, Aug. 1919 bis Jan. 1920

Politische Polizei

- Nr. 30 413 Überwachung der Arbeiterbewegung, Bd.3:
1914 - 1925

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam

Nachlaß Otto Braun
Nachlaß Paul Hertz
Nachlaß Carl Herz

Erinnerungen Wilhelm Dittmann (masch.Manuskript)

Protokolle der Fraktion der USPD (Reichstag), vom 16.Dez.1919
bis 13. Juli 1922 (handschriftlich)

Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel

- Akten der Polizeidirektion Braunschweig (133 Neu)
Nr. 2277/2278 Ortsverein Braunschweig der USPD, Bd.1-2
(1915/18)
Nr. 2282 Verzeichnis der Führer der hiesigen u. auswärtigen unabh. soz.Partei Deutschlands 1918
Nr. 2283 Agitation der Unabhängigen in den Gewerkschaften 1918
Nr. 2322 Generalstreik 15.-19.8.1917 und 2./3.9.1917
in Braunschweig

Staatsarchiv Hamburg:

Polizeibehörde, Abt. IV: Politische Polizei

- Nr. 161 Vers., Bd. VII: Zentralverband der Schuhmacher
Deutschlands, Zahlstelle Hamburg
- Nr. 1066, V. Kreisverein Hamburg-Altona der USPD
1918
- Nr. 350 Vers., Bd. V: Gewerkschaftskartell von Hamburg-
Altona
- Nr. 406a Vers. Bd. III: Deutscher Metallarbeiterverband,
Ortsverwaltung Hamburg
- Nr. 406 II/1, Vers. Bd. II: Deutscher Metallarbeiterverband,
Ortsverwaltung Hamburg, Sektion der
Schlosser
- Nr. 762 Vers., Bd. III: Zentralverband der Fleischer und
Berusgenossen Verwaltungsstelle
Hamburg.

- S: 2359, Bd. I, II: Metallarbeiterverband
S 5125, Bd. III Hamburger Gewerkschaftskartell
S 5883 Luise Zietz
S 11 488 Wilhelm Düwell
S 13 613 Carl Herz
S 20 402 Hans Hackmack
S 20 590 USPD

Kriegsakten des Senats

- A II h 4 : Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst
- A II h 15: Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst
Arbeiter u. Angestelltenausschüsse
- A II h 29: Behebung des Mangels an erfahrenen Arbeits-
kräften in leitenden Stellen der kriegswirtsch.
Betriebe 1916/17
- A II p 219: Antrag des Gewerkschaftskartells Hamburg auf
Gestaltung der Gewerkschaftsversammlungen wie
vor dem Krieg.

Kriegsversorgungsamt

- Ia 12: Protokolle des Kriegsversorgungsamtes, Bd. 1-3
- Ia 78: Versorgung der Rüstungsindustrie (Schwerarbei-
ter) 1916/19

Abt. 309: Nr. 12 614: Verbreitung sozialdemokr., revolutionärer Flugblätter 1918/22.

Best.Hamburger Volkszeitung (Sign.2) enth. Handakte des Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft, Paul Bergmann, alphabetisch nach Personennamen bzw. Sachbegriffen geführt. 1919 - 1920.

Staatsarchiv Nürnberg

Polizeidirektion Nürnberg-Fürth,

Nr. 5	Metallarbeiterbewegung
Nr. 7/1	Betriebsrätebewegung
Nr. 7/2	Politische Arbeiterräte, Sept.-Dez.1920
Nr. 7/3	Revolutionäre Arbeiterräte
Nr. 520	Landarbeiterstreik (1919/20)
Nr. 523	Generalstreikbewegung
Nr. 532	Kapp-Putsch, März 1920
Nr. 553	USPD-Parteitag 1919 in Leipzig

Reg. Mittelfranken:

II/215:	Unabhängige Sozialdemokratie Bd. I 1917
II/229:	Betr. KPD/VKPD, Bd. I 1920-1921
II/675:	Unabhängige Sozialdemokratie 1917-1921 (Bd.I)

Zentrales Staatsarchiv Potsdam

Nachlaß Konrad Haenisch
Nachlaß Carl Legien

Best. Reichslandbund/Pressearchive, Aktenz.: 6127, Haltung der USPD zu den Arbeitern 1919 - 1921.

RM Arb. Nr. 2814	Frauenarbeit (Vaterländischer Hilfsdienst)
RM Arb. Nr. 3499-3501	Betriebsräte, Proteste gegen Aufhebung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse
RM Arb. Nr. 4139	Lage der Arbeiter im Gewerbe und in der Industrie
RM Arb. Nr. 4148	Verschärfte Spaltung im Metallarbeiterverband
RM Arb. Nr. 6432	Gewerkschaftskongresse 1913-1920
RMdI. Nr.13285	Lage in der USPD 1922
RMdI. Nr.13581/1b	Organisation und Lage der deutschen Sozialdemokratie
RMdI. Nr.13423	Berichte über die Lage in Mitteldeutschland

- AA (Auswärtiges Amt) Nr. 55 637 Soldaten- und Arbeiterräte in
den Gewerkschaften 1918-1920
Nr. 55 628 Die Beamten, Gewerkschaften,
Koalitionsfreiheit, neue Re-
gierung 1917-1919

Stadtarchiv Dortmund

Stadtarchiv Nürnberg

Stadt- und Landesbibliothek Dortmund (Dokumente deutscher
Sozialisten)

2. Protokolle, Berichte, Handbücher, Dokumentationen

2.1. Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Berichterstattung über die Verhandlungen der Landeskonfe-
renz der USP in Baden vom 15. u. 16. Febr.
1919 zu Karlsruhe, Offenburg 1919.

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages
der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund).
Abgeh. v. 4. bis 7. Dez. 1920, hrsg. v. d.
Zentrale der VKPD, Leipzig-Berlin 1921.

(Bericht) Parteitag der Unabhängigen Soz. Partei Deutschlands,
30. März bis 2. April 1923, im Bürgersaal des
Rathauses zu Berlin, Berlin o.J.

Jahresbericht des Vorstandes und Sekretariats des Sozialdemo-
kratischen Vereins für den 13. sächsischen Reichs-
tagswahlkreis, Kreisverein der USPD, Leipzig
(April 1919).

Krause, Hartfried (Hrsg.), Protokolle der Parteitage der
USPD, 5 Bde., Nachdruck Glashütten i.Ts. 1976.

Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen
Partei Sachsens am 15. u. 16. Juli 1922 im
Gewerkschaftshaus zu Plauen im Vogtland,
Leipzig 1922.

Protokoll über die Verhandlungen der ordentlichen Landesver-
sammlung der USP Sachsens, abgeh. am 12. u.
13. Sept. 1920 im Volkshaus zu Leipzig, Leip-
zig 1920.

Protokoll über die Verhandlungen der außerordentlichen Landesversammlung der Unabh. Soz. Partei Sachsens, abgeh. am 10. u. 11. Aug. 1919 in Volkshaus zu Leipzig, Leipzig 1919.

Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der U.S.P.D. vom 6. bis 8. April 1917, mit Anhang: Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaften und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin, hrsg. v. Emil Eichhorn, Berlin 1921.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, hrsg. v. d. USPD, Berlin o.J.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. Nov. bis 6. Dez. 1919, sowie über die erste Frauenkonferenz der USPD vom 29. u. 30. Nov. 1919 in Leipzig, Leipzig o.J.

Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920 zu Berlin, hrsg. v. d. USPD, Berlin o.J.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, hrsg. v. d. Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Berlin o.J.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Leipzig vom 8. bis 12. Jan. 1922, hrsg. v. d. USPD, Leipzig o.J.

Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, Berlin 1922 (der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgeh. in Augsburg vom 17. bis 23. Sept. 1922; der Unabh. Soz. Partei Deutschlands abgeh. in Gera vom 20. bis 23. Sept. 1922; des Einigungsparteitages abgeh. in Nürnberg am 24. Sept. 1922).

Protokoll vom Bezirks-Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des Niederrheins am Samstag den 26. und Sonntag den 27. April 1919 in Elberfeld, o.O. u.J.

2.2. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftskartelle, verschiedene Einzelgewerkschaften

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Ortsausschuß Frankfurt a.M. Geschäftsbericht für die Jahre 1918-1921, Frankfurt a.M. 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Bericht 1921/26, Ortsausschuß Nürnberg, Nürnberg o.J.

Bericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftskartells Magdeburg für die Jahre 1917 bis 1919, o.O.u.J.

Bericht des Gewerkschafts-Kartells und des Arbeitersekretariats Darmstadt (Geschäftsjahr 1919), Darmstadt o.J.

25. Bericht des Gewerkschaftskartells und 22. Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona und Umgebung, Geschäftsjahr 1921, Hamburg 1922.

Bericht vom Gewerkschaftskartell für Crimmitschau und Umgebung auf die Jahre 1912/1913, Zwickau o.J.

Bericht über den internationalen Gewerkschaftskongreß, abgeh. in Rom vom 20. bis 26. April 1922 im teatro Argentina, Amsterdam 1923.

Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände; 1. Konferenz (27. Juni 1914) bis 25. Konferenz (13./14. Mai 1919), hrsgg. v. d. Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien), Berlin 1919.

Beschlüsse der 1. bis 12. Sitzung des Ausschusses des ADGB. Auszug aus den ungedruckten Protokollen der Ausschußsitzungen von Juli 1919 bis März 1921, Berlin 1928.

Beschlüsse der 13. bis 18. Sitzung des Ausschusses des ADGB, O.O. (1921).

Das Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften in Halle a.d. S. im Jahre 1919, Halle 1920.

Die Gewerkschaftsbewegung in Halle im Jahre 1916, o.O.u.J.

Die Gewerkschaftsbewegung in Halle im Jahre 1918, Jahresbericht des Gewerkschaftskartells, o.O.u.J.

Die Gewerkschaftsbewegung in Magdeburg. Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells für das Jahr 1915, Magdeburg 1916.

Die Gewerkschaftsbewegung in Magdeburg. Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells für das Jahr 1916, Magdeburg 1917.

Die Leipziger Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1919, 1920, 1921, Leipzig 1920, 1921 u. 1922.

Die Tätigkeit des Leipziger Gewerkschaftskartells und der Leipziger Gewerkschaften während der Kriegszeit, Leipzig 1919.

Deutscher Lederarbeiterverband. Protokoll über die Verhandlungen des 17. Verbandstages, abgeh. in Stuttgart vom 20. bis 26. August 1922, Berlin 1922.

Fünfundzwanzig Jahre Gewerkschaftskartell, Ortsausschuß des ADGB Magdeburg, Magdeburg 1926.

33. Geschäftsbericht über die Jahre 1922/24 der Gewerkschaftskommission Berlin, Berlin 1925.

Gewerkschaftskommission Frankfurt. Geschäftsbericht für die Jahre 1915, 1916, 1917. Frankfurt a.M. 1918.

Jahrbuch 1920 der Dresdner Gewerkschaften. 28. Jahresbericht des Ortsausschusses Dresden, Dresden (1920).

Jahrbuch der Dresdner Gewerkschaften 1919. 15. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und 27. Jahresbericht des ADGB (Gewerkschaftskartell), Dresden (1919).

26. Jahrbuch des Ortsausschusses Groß-Hamburg des ADGB. Geschäftsjahr 1922, Hamburg 1923.

Jahrbuch des ADGB 1922, Berlin 1923.

Jahresbericht der Dresdner Gewerkschaften 1919. 15. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und 27. Jahresbericht des ADGB (Gewerkschaftskartell), Dresden (1919).

Jahresbericht für das Jahr 1919 des Gewerkschaftskartells Mannheim und des Arbeitersekretariats der freien Gewerkschaften Mannheims, Mannheim o.J.

20. Jahresbericht. Nürnberg. Ortsausschuß Nürnberg des ADGB's. Geschäftsjahre 1914-1920, Nürnberg o.J.

27. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und Bericht des Arbeitersekretariats Berlin für das Jahr 1916, Berlin 1917.
28. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung und Bericht des Arbeitersekretariats Berlins für das Jahr 1917, Berlin 1918.
29. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins 1918, Berlin 1919.
30. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlin 1919, Berlin 1920.
32. Jahres und Kassenbericht 1921 der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, Berlin o.J.
- Kriegsfürsorge.Merkblatt für die Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften nebst Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsens am 16. und 17. Januar 1915 in Dresden, Dresden o.J.
- Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände am 12.Dez.1916 in Berlin betr. das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, Berlin 1917.
- Protokolle der Ausschusssitzungen des ADGB. II. Geschäftsperiode 1922 - 1925, o.O. u.J.
- Protokoll des außerordentlichen Verbandstages des Deutschen Kürschner-Verbandes, abgeh. vom 24. bis 26. Februar 1918 in Hamburg, Hamburg (1918).
- Protokoll der 9.Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, abgeh. am 19. bis 21.Mai 1914 in Hannover, Berlin 1914.
- Protokoll des 10. Verbandstages des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, abgeh. vom 17. bis 21. Juni 1919 in Nürnberg, Berlin 1919.
- Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands, abgeh. v.5. bis 7.Oktober 1920 zu Berlin, Berlin o.J.
- Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgeh. zu Nürnberg vom 30.Juni bis 5.Juli 1919, Berlin o.J.

Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgeh. zu Leipzig vom 19. bis 24. Juni 1922, Berlin 1922.

Vereinigte Gewerkschaften Stuttgart. 23. Jahresbericht über die Geschäftsjahre 1919 und 1920 nebst Berichten des Arbeitersekretariats Stuttgart, Stuttgart o.J.

Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands. Protokoll der Beiratssitzung v. 22./23. Nov. 1919 in Berlin, Berlin 1919.

2.3. Deutscher Metallarbeiterverband

Bericht der Agitationskommission der Eisen-, Metall- und Revolverdreher der Verwaltungsstelle Berlin und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für das Geschäftsjahr 1914-1915, geh. i.d. Branchenversammlung am 23. April 1915 von Richard Müller, Berlin o.J.

Deutscher Metallarbeiterverband. Bezirk Stuttgart. Bericht über das Jahr 1922, Stuttgart 1923.

Deutscher Metallarbeiterverband. Bezirk Halle. Bericht über das Jahr 1922, Stuttgart 1923.

Deutscher Metallarbeiterverband. Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges. Dargestellt nach Erhebungen im August bis September 1916 vom Vorstand des DMV, Stuttgart 1917.

Deutscher Metallarbeiterverband. Für die Delegierten der 15. Generalversammlung in Jena. Stellung des Vorstandes: I. Zu den Vorgängen in der Verwaltungsstelle Halle, II. Zur Metallarbeiter-Reichskonferenz am 28. Febr. 1921 (einber. v.d. Fraktion der komm. Metallarbeiter Berlins), Stuttgart (1921).

Deutscher Metallarbeiterverband. Der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1914. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsgg. vom Vorstand des DMV, Stuttgart 1915.

Der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Stuttgart, 1916 - 1923.

- Der Deutsche Metallarbeiterverband in Zahlen, hrsgg. v. DMV, Berlin (1931).
- Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Berlin. Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin 1914-1922, Berlin o.J.
- Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hamburg, Geschäftsbericht über das Jahr 1919, Hamburg 1920.
- Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Hamburg. Geschäftsbericht über das Jahr 1920, 1921, 1922, Hamburg 1921 - 1923.
- Deutscher Metallarbeiterverband. Teilnehmer am 1. Reichsbetriebsrätekongreß der Metallindustrie in Leipzig, abgeh. vom 5. bis 7. Dez. 1921, Stuttgart (A. Schlicke) o.J.
- Erinnerungsschrift der Verwaltungsstelle Berlins des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Zeit ihres fünfundzwanzigjährigen Bestehens (1. Juni 197 - 1. Juni 1922), hrsg. v. d. Ortsverwaltung, Berlin 1922.
- Geschäftsbericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes Verwaltungsstelle Frankfurt a.M. über das Jahr 1919, Frankfurt o.J.
- Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes Frankfurt a.M. über das Jahr 1919, Frankfurt 1920.
- Herstellung von Kriegsmaterial in Deutschland. Nach Erhebungen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes im März 1922, o.O. (1922).
- Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Solingen. Geschäftsbericht über das Jahr 1917, Solingen o.J.
- Protokoll der Konferenz der Bevollmächtigten des D.M.V., abgeh. vom 16. bis 18. Juni 1919 in Stuttgart, Stuttgart o.J.
- Protokoll der 12. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin, abgeh. vom 28. Juni bis 3. Juli 1915, Stuttgart o.J.

Protokoll der 13. ordentlichen Generalversammlung des
Deutschen Metallarbeiterverbandes in Köln a.Rh.,
abgeh. vom 27. bis 30. Juni 1917, Stuttgart o.J.

Protokoll der 14. ordentlichen Generalversammlung des
Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart
1919, abgeh. vom 13. bis 23. Oktober, Stuttgart
1919.

Protokoll der 15. ordentlichen Generalversammlung des
Deutschen Metallarbeiterverbandes in Jena,
abgeh. vom 12. bis 18. Sept. 1921, Stuttgart
1921.

Protokoll der Reichskonferenz der kommunistischen und der
mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale
sympathisierenden Metallarbeiter, Berlin 1921.

2.4. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Protokoll der Verhandlungen der Konferenz der Betriebsräte
der Schuhindustrie, abgeh. zu Nürnberg am
9., 10. u. 11. August 1920, Nürnberg 1920.

Protokoll über die Verhandlungen des 16. ordentlichen Ver-
bandstages des Zentralverbandes der Schuh-
macher, abgeh. zu Stuttgart vom 19.-22. Juni
1916, Nürnberg o.J.

Protokoll über die Verhandlungen des 17. Verbandstages des
Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands,
abgeh. zu Würzburg vom 8. bis 12. Juli 1918,
Nürnberg o.J.

Protokoll über die Verhandlungen des 18. ordentlichen Ver-
bandstages des Zentralverbandes der Schuhmacher
Deutschlands, abgeh. zu Nürnberg vom 26. bis
30. April 1920, Nürnberg 1920.

Protokoll über die Verhandlungen des 19. ordentlichen Ver-
bandstages der Schuhmacher Deutschlands
zu München vom 12. bis 17. Juni 1922, Nürnberg
1922.

Protokoll über die Verhandlungen des 20. ordentlichen Ver-
bandstages der Schuhmacher Deutschlands in
Leipzig vom 25. bis 29. August 1924, Nürnberg
1925.

Protokoll über die Verhandlungen des gemeinsamen Internationalen Kongresses (Vereinigungskongreß) aller den Internationalen Sekretariaten der Schuhmacher, Lederarbeiter und Sattler angeschlossenen Organisationen, abgeh. in Wien am 10. u. 11. August 1921, o.O. u.J.

Protokoll über die Verhandlungen des 5. internationalen Schuhmacher- und Lederarbeiterkongresses in Zürich vom 1. bis 3. September 1919, Nürnberg o.J.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Geschäftsbericht des Zentralvorstandes für 1918 und 1919 an den 18. ordentlichen Verbandstag, Nürnberg 1920.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder 1918 - 1919, Nürnberg 1920.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Jahrbuch 1920 - 1922, Nürnberg 1921 - 1923.

Zentralverband der Schuhmacher. 28. Jahres- und Kassenbericht, Berlin 1918.

Zentralverband der Schuhmacher. Zahlstelle Berlin. Jahresbericht der Ortsverwaltung für 1920, Berlin 1921.

2.5. Deutscher Textilarbeiterverband

Deutscher Textilarbeiterverband. Bericht über die Lage bzw. Geschäftslage der Textilindustrie 1916-1922, o.O.u.J.

Deutscher Textilarbeiterverband (H.Jäckel). Der Betriebsräte-Gesetzentwurf. Vortragsmaterial ausgeg. Anfang Dez. 1919, Berlin o.J.

Deutscher Textilarbeiterverband. Zweite Konferenz der deutschen Tucharbeiter, abgeh. in Leipzig am 19./20. August 1918, o.O. u.J.

Jahrbücher des Textilarbeiterverbandes von 1914 - 1922, hrsg. v. Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin 1916 ff.

Merkblätter für die Betriebsräte der deutschen Textilindustrie, hrsg. v. DTV (Berlin), 1920/1921.

Protokoll der 12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes vom 18. bis 23. Mai 1914 in Dresden, Berlin o.J.

Protokoll der 13. (außerordentlichen) Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, abgeh. am 24., 25., 26. u. 27. Juni 1917 im Apollotheater in Augsburg, Berlin o.J.

Protokoll der 13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, abgeh. v. 21. bis 26. Juli 1919 in Plauen, o.O. u.J.

Protokoll des 14. Verbandstages des Deutschen Textilarbeiterverbandes, abgeh. v. 27. Juni bis 2. Juli 1921 in Breslau, Berlin o.J.

Protokoll der Gau-Konferenz des Gaues IX in Wunsiedel am 17. und 18. Mai 1919, Plauen 1919.

Protokoll der Gau-Konferenz des Gaues VII des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Augsburg am 20. und 21. September 1919, Augsburg 1919.

Protokoll der Verhandlungen des Kongresses der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie, abgeh. zu Leipzig am 22./23. Februar 1920, o.O. u.J.

Protokoll über die Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6. und 7. April 1918 in Dresden, Berlin 1918.

Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Textilarbeiter und verwandter Berufe zu Bamberg am 23. Juli 1916. Beteiligte Verbände: Deutscher Textilarbeiter-Verband, Gewerkverein deutscher Textilarbeiter H.-D. (Spremberg), Verband der Schneider (Berlin), Verband der Hutmacher (Altenburg), Verband der Schuhmacher (Nürnberg), Berlin 1916.

Sten.Ber. über die Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6. u. 7. April 1918, Berlin 1918.

2.6. Sonstiges

- Bericht über die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie vom 21. bis 23. September 1916 in Berlin, Berlin o.J.
- Deutscher Geschichtskalender, Jg. 37 (1921), Bd. I, Leipzig o.J.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914-1921, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zk der SED, Bd. 2 ff., Berlin (O) 1957 ff.
- Emig, Dieter/Zimmermann, Rüdiger, Arbeiterbewegung in Deutschland. Ein Dissertationsverzeichnis, in: IWK 1977/3.
- Handbuch der Politik, hrsg. von Gerhard Anschütz u.a., 3. Aufl., 6 Bde., Berlin-Leipzig 1920 ff.
- Handbuch der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung, hrsgg. v. Bureau des Reichstages, Berlin o.J. (1919)
- Handbuch für die Wähler der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Reichstagswahl 1920. Heft I u. Heft III. O.O. u.J.
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, Jena 1926.
- Heyde, Ludwig, (Hrsg.), Internationales Handbuch des Gewerkschaftswesens, 2 Bde., Berlin 1930-31.
- Horkenbach, Cuno (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Berlin 1930.
- Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23 und 1923/24. Verlag der Komm.Internationale, Hamburg o.J.
- Klotzbach, Kurt, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914-1945. Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich - Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 2, Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Kolb, E./Rürup, R., Der Zentralrat der deutschen Sozialistischen Republik, 19. Dez. 1918-8. April 1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß, Leiden 1968.

- Kuckuck, Peter (Hrsg.), Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt 1969.
- Matthias, Erich/Pikart, Eberhard (Bearb.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898-1918, 2 Bde., Düsseldorf 1966.
- Mommsen, Wilhelm, Deutsche Parteiprogramme (Deutsches Handbuch der Politik Bd.1), München 1960.
- Naumann, Horst, Protokoll der Sitzung der rev. Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins am 1. Jan. 1919, in BzG 6 (1975).
- Protokoll der Verhandlungen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale vom 19.Juli in Petrograd und vom 23.Juli bis 7.Aug.1920 in Moskau, Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921.
- Protokoll des Gründungsparteitages der Komm. Partei Deutschlands (30.Dez.1918-1.Jan.1919), Berlin (O) 1972.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgeh. in Würzburg vom 14. bis 20.Oktober 1917, Berlin 1917.
- Reichstagshandbuch. I. Wahlperiode 1920, hrsg. v. Bureau des Reichstages, Berlin 1920.
- Ritter, Gerhard A./ Die deutsche Revolution 1918-1919,
Miller, Susanne (Hrsg.) Dokumente, 2. erw.u.überarb.Ausgabe,
Hamburg 1975.
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge 1918 ff., München 1922 ff.
- Sozialdemokratische Partei Sachsens. Protokoll über die Verhandlungen der Landesversammlung, abgeh. am 10. u. 11.Juni 1918 in Dresden. Anhang: Geschäftsberichte des Landesvorstandes für die Jahre 1914/15 bis 1917/18 und das Protokoll der erweiterten Landessitzung vom 12.Febr. 1917, Dresden 1918.
- Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 291 ff., Berlin 1920 ff.
Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, Berlin 1914-1922.
- Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen, 42.Jg. 1914/15.

Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Sten. Ber. und Anlagen, Berlin 1919/20.

Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 1. Wahlperiode 1920-1924, Sten.Ber. und Anlagen, Berlin 1921-1925.

Verhandlungen des gemeinsch.Landtages der Herzogtümer Coburg und Gotha, 1913/16 Nr. 3.

Weber, Hermann, (Hrsg.) Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt a.M. - Wien 1969.

Zentralrat (Hrsg.), Allgemeiner Kongreß der Arbeiter und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21.Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Sten.Ber., Berlin (1919).

II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands am 8. bis 14.April 1919 im Herrenhaus in Berlin. Sten.Protokoll, Berlin (1919).

3. Zeitungen und Zeitschriften

Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, Bremen. Einzelne Nummern.

Betriebsrätezeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie, Stuttgart 1920 - 1923.

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1914-1919.

Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1920-1922.

Der Arbeiterrat. Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands, Berlin 1919/1920.

Der Kommunistische Gewerkschafter. Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten, 1921-1922.

Der Kürschner. Organ des deutschen Kürschnerverbandes, 1916-1919.

Der Textilarbeiter. Organ des Verbandes deutscher Textilarbeiter, Berlin 1915-1922.

Die Glocke, Berlin 1918 - 1921.

Die Handlungsgehilfenzeitung. Organ des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, Berlin 1915 - 1919.

Die Internationale. Zentralorgan der USPD (Linke) und Organ der VKPD, Berlin 27.Okt. - 31.Dez.1920.

Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der komm. Internationale 1919 - 1920.

Die Neue Zeit, Stuttgart-Berlin 1916 - 1922.

Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1918 - 1922.

Leipziger Volkszeitung. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes, 1915 - 1922.

Metallarbeiterzeitung, hrsg. vom Deutschen Metallarbeiterverband, Stuttgart 1916 - 1922.

Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung (ab 6.Okt. 1918 mit dem Zusatz: Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands), 1917 - 18.

Oberfränkische Volkszeitung, Hof 1918 - 1922.

Schuhmacherfachblatt. Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Gotha-Nürnberg 1915 - 1922.

Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, Berlin 1915-1922.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt, hrsg. v. Prof. Ernst Franke, Schriftleitung Prof. Ludwig Heyde.

Sozialistische Monatshefte, Berlin. Einzelne Nummern.

Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei.

Einzelne Nummern verschiedener Presseorgane:

Frankfurter Zeitung, 1919.

Gothaer Volksblatt 1918 - 1920.

Gothaer Volksfreund 1920 - 1922.

Hamburger Echo, 1917.

Hamburger Nachrichten, 1920.
Hamburger Volkszeitung 1918 - 1920.
Der Kampf, München 1919 - 1921.
Die Rote Fahne, Berlin 1918 - 1920.
Sozialdemokrat, Nürnberg 1918, 1920.
Volksfreund, Braunschweig 1916 - 1919.
Volksstimme, Frankfurt 1915.
Volksrecht, Frankfurt a.M. 1919 - 1922.

4. Zeitgenössische Schriften, Erinnerungen, mündliche und schriftliche Berichte

Aufhäuser, Siegfried, Industrieverband mit Unterteilung nach Berufsgruppen oder Berufsverband mit Industrie-
gruppen. Vortrag geh. auf der 2. Tagung des
Bundesausschusses am 29. Febr. 1920, in: Schriften
des Bundes der techn. Angestellten und Beamten,
H. 1, Berlin 1920.

Das Gesetz über die Betriebsräte, erläutert
von S. Aufhäuser, in: Gesetzeserläuterungen
für Arbeiter und Angestellte, H. 1, Berlin o.J.

Revolutionierung oder Aushöhlung der Gewerk-
schaften, in: Soziale Praxis v. 26. Mai 1920.

Gewerkschaften und Politik. Parteipolitische
Neutralität - Religiöse Gewissensfreiheit -
Faschismus und Kapitalismus, Schriften des
Bundes technischer Angestellten und Beamten
H. 24, Berlin 1924.

Aus dem Tagebuch eines Betriebsrates, hrsg. vom Deutschen
Textilarbeiterverband d, Berlin 1925.

Aus den Gewerkschaften heraus! Hinein in die revolutionären
Betriebsorganisationen, o.O. (1919).

Barth, Emil, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution,
Berlin 1919.

Berger, Richard, Fraktionsspaltung und Parteikrisis in der
deutschen Sozialdemokratie. Tatsachen und Ten-
denzen. München-Gladbach 1916.

Berten, Peter, Lebenslauf eines einfachen Menschen, Düssel-
dorf 1958.

Bock, Wilhelm, Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927.

Braun, Adolf, Gewerkschaftsstreit und Gewerkschaftskampf.
Ein ernstes Wort in harter Zeit, Nürnberg 1917.

Crispien, Arthur, Ein Proletarierleben für das Proletariat
(versch. Fassungen, Manuskript), AsD, NL
Crispien.

Däumig, Ernst, Der erste Akt der deutschen Revolution! Vortrag geh. in der Arbeiterratsvers. der USPD-
Arbeiterräte am 27. Dez. 1918, Berlin o. J.

Das Rätesystem. Rede auf dem Parteitag der
USPD am 4. und 5. März 1919. Berlin o. J.

Die Gewerkschaftstaktik. Wie sie ist und wie
sie sein muß, hrsg. v. d. Zentrale der KPD, Ge-
werkschaftsabt., Berlin 1922.

Wohin steuern die freien Gewerkschaften? Die
wichtigsten Beschlüsse des Elften Kongresses
des Allg. Dtsch. Gewerkschaftsbundes unter be-
sonderer Berücksichtigung des Wirkens der kom-
unistischen Fraktion, hrsg. v. d. Zentrale der
KPD, Berlin 1922.

Der Leipziger Gewerkschaftskongreß 1922 und sein Verlauf in
kritischer Würdigung, (u. a. eine Übersicht des
Kongreßverhältnisses, die Rede von Robert Diß-
mann zum Vorstandsbericht des ADGB, das Korre-
ferat von Josef Simon zu Arbeitsgemeinschaften
und Bezirkswirtschaftsräten, sowie die wich-
tigsten Anträge der zur USPD gehörenden Kon-
greßdelegierten), Frankfurt 1922.

Der Versammlungskampf gegen USP und KPD. Ratschläge für Or-
ganisationsleiter und Redner der Sozialdemokra-
tischen Partei, hrsg. v. Vorst. d. SPD, Berlin
1920.

Deutscher Metallarbeiterverband. Zur systematischen Zerstö-
rung der Gewerkschaften, o. O. (1923).

Die Sowjetaktion gegen die Gewerkschaften, hrsg. v. Verlag
des ADGB (C. Legien), Berlin 1921.

Dißmann, Robert, Die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Eine Abrechnung mit der Generalkommission auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß am 30. Juni 1919. Korreferat, Frankfurt a.M., o.J.

Für Industrieverbände. Referat auf dem 11. deutschen Gewerkschaftskongreß in Leipzig am 23. Juni 1922 (nebst der vom Kongreß angen. Entschließung). Frankfurt a.M. o.J.

Die Revolutionierung der Gewerkschaften. Korreferat auf dem Metallarbeiter-Verbandstag in Stuttgart am 16. Okt. 1919, Frankfurt a.M. o.J.,

Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften und die "5 Stuttgarter Forderungen, der "Offene Brief" der V.K.P.D. u.a., Frankfurt a.M. (1921).

Referat zum Geschäftsbericht des Vorstandes des DMV auf der 15. Generalversammlung am 14. Sept. 1921 in Jena, o.O. u.J.

Dittmann, Wilhelm, Erinnerungen (Manuskript), IISG Amsterdam.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Handbuch der Politik, III. Bd., Berlin-Leipzig 1921.

Düwell, Wilhelm, Partei neben Gewerkschaft oder Einheitsorganisation, Verlag: Die rote Fahne, Hamburg (1919).

Ellinger, A., Der Kampf um die Gewerkschaften, in: Die Glocke 1917, 32.

Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914-1920), Berlin (O) 1958.

Feldmüller, Jean, Die Arbeiterbewegung in der Pirmasenser Schuhindustrie. Artikelserie in "Bei uns daheim". Aus Vergangenheit und Gegenwart der Pfalz. Heimatbeilage der "Pfälzischen Post" (1930).

Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt 1950.

Gegen Gewaltherrschaft. Für Demokratie im Deutschen Metallarbeiterverband. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Konferenz der Bevollmächtigten vom 16. bis 18. Juni 1919 in Stuttgart. Stuttgart 1919.

Gewerkschaften und Arbeiterräte, hrsg. v.d. Gk. d. Gewerkschaften, Berlin 1919.

Gewerkschaftshochschule Fritz Heckert zur revolutionären "Fritz Heckert" beim Gewerkschaftspolitik, Berlin (O) Bundesvorstand des 1974. FDGB (Hrsg.),

Gewerkschaftsveteranen berichten aus ihrem Leben, hrsg. v. Zentralverband der Gewerkschaften im FDGB, o.O. 1971.

Geyer, Kurt, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Kurt Geyer, hrsg. v. Benz, W./Graml, H., Mit einem Vorwort von Robert F. Wheeler, Stuttgart 1976.

Für die dritte Internationale! Die USPD am Scheidewege, Berlin 1920.

Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch, Jena 1923.

Haase, Hugo/
Vogtherr,
Ewald, Die unabhängige Sozialdemokratie. Der Eroberungsfriede und der Massenstreik. Amtl. Stenogramm der Reichstagsreden in der 135. Sitzung von 27. Februar 1918 u. in der 137. Sitzung vom 1. März 1918, Frankfurt o.J.

Hertz, Paul/
Seidel,
Richard, Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung, Berlin 1923.

Huster, Hedwig, Ein Leben voller Kampf für die Verbesserung der sozialen Interessen der Werktätigen, in: Gewerkschaftsveteranen berichten aus ihrem Leben, hrsg. v. Zentralverband der Gewerkschaften im FDGB, o.O. 1971.

Jäckel, Hermann, Übergangswirtschaft und Textilarbeiter.
Denkschrift des Deutschen Textilarbeiter-Ver-
bandes, hrsgg. im Auftrag seiner Kommission
für Übergangswirtschaft, Berlin 1918.

Kampf und Politik der Gewerkschaften und der
Deutsche Textilarbeiterverband. Rede vor dem
Verbandstag der Textilarbeiter am 27. Juni
1921 in Breslau, Berlin 1921.

Arbeit und Kapital in der Textilindustrie
während des Krieges, in: NZ 8 (1916)

Anfang der Frauenarbeit in der Textilindustrie,
hrsg. v. DTV, Berlin 1923.

Auf dem Weg zur konstitutionell-demokratischen
Fabrik, o.O.u.J.

Kautsky, Karl, Der Politische Massenstreik. Ein Beitrag zur
Geschichte der Massenstreikdiskussion innerhalb
der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1914.

Texte zu den Programmen der Deutschen Sozial-
demokratie 1891-1925, hrsg. v. A. Langner,
Köln 1968.

Kloth, Emil, Dittmanns Enthüllungsschwindel. Nach Einge-
ständnis seiner Genossen, Berlin 1926.

Koenen, Wilhelm, Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiter-
regierung nach dem Kapp-Putsch, in: BZG IV, 1962.

Lange, Paul, Lohnarbeit und Kapital während des Krieges.
Sozialdemokratische Gewerkschaftsbücherei
Heft 2, Leipzig 1917.

Die Neuorientierung der Gewerkschaften,
Leipzig 1917.

Die Politik der Gewerkschaftsführer von 1914-
1919, Berlin 1919.

Die Gewerkschaftsarbeit der Handlungsgehilfen
und Bureauangestellten, hrsgg. v. Zentralver-
band der Angestellten, Berlin 1922.

Laufenberg, Heinrich, Massen und Führer, Hamburg 1919.

Legien, Carl, Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen? Ein Vortrag von Carl Legien in der Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend am 27. Jan. 1915. Berlin 1915.

Die Arbeitsvermittlung nach dem Kriege, in: ASS 43 (1916/17).

Lensch, Paul, Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis. Hamburg 1916.

Levi, Paul, Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik?, Berlin 1921.

Liebmann, Hermann, 2 1/2 Jahre Stadtverordneter der USP in Leipzig, Leipzig 1921.

Die Politik der Generalkommission. Ein Sündenregister der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft, o.O. (1919).

Lindow, Carl, Die Gewerkschaftsfeinde an der Arbeit, in: Die Glocke 24 (1919).

Lorenz, Ernst, Fünf Jahre Dresdner U.S.P.D., Dresden (1922).

Losowsky, A., Moskau oder Amsterdam? Rede des Genossen A. Losowsky/Moskau, Mitglied des Präsidiums des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften, geh. auf dem Parteitag der U.S.P.D. in Halle, Oktober 1920, mit einem Vorwort und Anhang, Leipzig o.J.

Losowsky, A./Brandler, H., Der Kampf der Kommunisten in den Gewerkschaften. Berichte zur Gewerkschaftsfrage auf der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 24. Februar bis 4. März 1922, Berlin 1922.

Müller, Hermann, Zum zehnten Gewerkschaftskongreß, in: NZ Nr. 13/2 (1919).

Müller, Richard, Vom Kaiserreich zur Republik, Wien 1924.

Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1926.

Müller, Richard/Däumig, Ernst, Die Gewerkschaft! Die Betriebsorganisation! Zwei Reden zum heutigen Streit um die Gewerkschaften, Berlin 1918.

Nur als Informationsmaterial für die Delegierten gedruckt!
Aus Flugschriften und Flugblättern der Parteiopposition.
Als Mskr. gedruckt, hrsg. v. Parteivorstand, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1916.

Pfaffenschläger, Paul, Moskau oder Amsterdam?, Berlin 1921.

Popp, Lothar/Artelt, Karl, Wie die deutsche Republik entstand. Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution, Kiel 1919.

Puchta, Fritz, Unabhängige Sozialdemokratie oder Kommunistische Partei?, Leipzig 1920.

Referentenmaterial für die Parteifunktionäre der USPD 1919/1920, hrsgg. v.d. Zentralleitung der USPD, Berlin o.J.

Referentenmaterial V. I. Die Metze gegen die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes und ihre Ursachen. II. Die Zerstörungsarbeit der K.P. D. gegen die freien Gewerkschaften. III. Das russische Brot, hrsgg. vom Fraktionsvorstand der V.S.P.D.-Metallarbeiter, (Berlin 1923).

Referentenmaterial zum Thema: Die Kommunisten im Kampfe gegen die Gewerkschaften, hrsg. v. Fraktionsvorst. der VSPD-Metallarbeiter, Berlin (1923).

Retzlaw, Karl, Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 3. Aufl., Frankfurt 1974.

Roche, Karl, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften", Berlin 1919.

Schlagworte der USP, hrsg. v. Kommunistischen Verlag, Ost-sachsen o.J.

Sender, Toni, The Autobiography of a German Rebel, New York 1939.

Arbeiterlohn und Unternehmerprofit, Frankfurt 1920.

Severing, Carl, Mein Lebensweg. Bd. 1: Vom Schlosser zum Minister, Köln 1950.

Simon, Josef, Erinnerungen (ungedr.Manuskript), DGB-Archiv
Düsseldorf.

Wilhelm Bock. Zu seinem siebzigsten Geburtstag,
in: Die Neue Zeit Jg. 34 (1916) Nr. 3.

Simon, J./Lex, M., Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der
Schuh- und Lederindustrie in Amerika, hrsgg.
v. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands,
Nürnberg, o.J.

Sind die Kommunisten berufenen Arbeiterführer?, hrsgg. v.
Zentralkomitee der U.S.P.D., o.O. 1921.

Stössinger, Felix, Die Revolution. Unabhängiges sozialdemo-
kratisches Jahrbuch für Politik und proleta-
rische Kultur, Berlin 1920.

Tarnow, Fritz, Das Organisationsproblem im ADGB, Berlin 1925.

Vortragsdispositionen zum Verbandstag in Jena. Thema des
Verbandstages in Jena und die Aufgaben der
Gewerkschaften, o.O.u.J. (KPD).

Winnig, August, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege,
Stuttgart und Berlin 1917.

Wolffheim, Fritz, Betriebsorganisation oder Gewerkschaft?,
Hamburg 1919.

Wurm, Emanuel, Die Übergangswirtschaft und die Arbeiter,
Vortrag geh. i.d. Generalversammlung d. Ver-
waltungsstelle Berlin d. DMV am 12.Januar
1918, Berlin 1918.

Zietz, Luise, Zur Frage der Frauenarbeit während des Krie-
ges und nachher, hrsgg. v. Parteiausschuß der
SPD, Berlin 1916.

Mündliche und schriftliche Berichte

Interviews mit:

Kehler, Karl, Dortmund, den 18.Dez.1978.

Popp, Lothar, Hamburg, den 9.Sept.1977.

Sander, Wilhelm, Bonn, den 2.Nov.1976.

Smektala, Josef, Dortmund, den 12.Okt.1978.

Korrespondenz (Schreiben an den Verf.)

Frölich, Rose,	15.April 1975, 9.Mai 1976, 8.August 1977, 21. Jan. 1978.
Lösche, Dorothea,	26.Sept.1976.
Popp, Lothar,	28.Dez.1976, 23.Jan.1977, 20.Okt. 1978.
Retzlaw, Karl,	22.April 1976.
Sander, Wilhelm,	7.April 1976, 2.März 1976, 8.Aug. 1977.
Suchy, Augustin,	22.April 1977.
Thunig, Ewald,	5.Dez.1976.
Weckerle-Geck, Rohtraud,	10.März 1977.

5. Darstellungen

Abendroth, Wolfgang, Die Deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, 2.Aufl. Heidelberg 1955.

Achtzig Jahre Gewerkschaft in den Betrieben der Lederwirtschaft. Achtzig Jahre Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer, hrsg. v. Hauptvorstand der Gewerkschaft Leder aus Anlaß des 3. Gewerkschaftstages nach 1945, vom 15.-18.Juni 1953 in Stuttgart, Stuttgart o.J.

Ackermann, Karl, Organisatorische Streitigkeiten in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1914, Phil. Diss.Heidelberg 1946.

Adolph, Hans J.L., Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971.

Albrecht, Willy, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918, Berlin 1968.

Anders, Karl, Stein für Stein. Die Leute von Bau-Steine-Erden und ihre Gewerkschaften. 1869 bis 1969. Hannover 1969.

Angress, Werner T., Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf 1973.

Between Baden and Luxemburg. Jewish Socialists on the Eve of the First World War, in: Year Book XII, Publications of the Leo Baeck Institute, London, Jerusalem, New York 1977.

Aubin, H./Zorn, W., Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976.

Anderson, Evelyn, Hammer or Anvil. The Story of the German Working Class Movement, London 1945.

Bartel, Walter, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Imperialismus und Krieg, Berlin (O) 1968.

Baudis, Dieter, Wirtschaft und Kriegsführung im imperialistischen Deutschland 1914-1918, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974/III, Berlin (O).

Revolution und Konterrevolution im Kampf um die Betriebe (Nov./Dez.1918), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968/IV, Berlin (O).

Beier, Gerhard, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte XIII (1973).

Gruppenspezifische Sozialgeschichte am Beispiel der Buchdruckergewerkschaft, in: Jürgensen, K./Reimer, (Hg.), Historisch-politische Streiflichter. Geschichtliche Beiträge zur Gegenwart, Neumünster 1971.

Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung 5, Frankfurt - Köln 1976.

Leninisten führten die Feder, in: ÖTV-Magazin 1979/3.

Beike, H./Schrader, G., Die Novemberrevolution 1918 unter Berücksichtigung der Ereignisse im Kreis Merseburg, hrsg. v.d. Kommission zur Erforschung der Gesch.d.Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Merseburg, Merseburg o.J.

Benjamin, Dora, Der Stand der Heimarbeit. Ergebnisse der Deutschen Heimarbeiterausstellung 1925, Jena 1928.

Bennecke, Heinrich, Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus, München-Wien 1970.

- Beradt, Charlotte, Paul Levi, Frankfurt 1969.
- Bers, Günter, Der Bezirk Mittelrhein/Saar der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahre 1922, Köln 1975.
- Bertrand, Charles L., (Hrsg.) Revolutionary Situations in Europe, 1917-1922: Germany, Italy, Austria-Hungary. Proceedings 2nd International Colloquium March 25,26,27, 1976, Montréal 1977.
- Beutel, Horst, Die Novemberrevolution von 1918 in Leipzig und die Politik der Leipziger USPD-Führung bis zum Einmarsch der Konterrevolutionären Truppen des Generals Maercker am 12.Mai 1919, in: WZ der Karl-Marx-Univers. Leipzig VII Jg. (1957/58), Heft 4.
- Bieber, Hans-Joachim, Die deutschen Gewerkschaften 1914-1920. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär im Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution, Phil.Diss. Hamburg 1975.
- Biegert, Hans H., Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg.v. H.Mommssen/D. Petzina/B. Weisbrod, Düsseldorf 1974.
- Blackbourn, David, The Mittelstand in German Society and Politics, 1871 - 1914, in: Social History 1977. Kap.IV.
- Bock, Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalist), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim/Gl. 1969.
- Boelcke, Willi A., Wandlungen der deutschen Agrarwirtschaft in der Folge des Ersten Weltkrieges, in: Francia 3 (1975).
- Böning, Elisabeth, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zwangswirtschaft in Schuhindustrie und Schuhhandel während des Krieges, Düsseldorf 1920.
- Boldt, Werner, Der Januarstreik 1918 in Bayern mit besonderer Berücksichtigung Nürnbergs, in: Jb. f. Fränkische Landesforschung 25 (1965).

Boll, Friedhelm, Spontanität der Basis und politische Funktion des Streiks 1914-1918. Das Beispiel Braunschweig, in: Archiv für Sozialgeschichte XVII (1977).

Konversion der Rüstung oder Revolution von Wirtschaft und Gesellschaft? Antimilitaristischer Widerstand bei Rüstungsarbeitern im 1. Weltkrieg und in der deutschen Revolution 1918/19 und das Problem friedensrelevanter Handlungsebenen, in: Jb. für Frieden und Konfliktforschung Bd. 6 (1976).

Borsdorf, Ulrich, Historische Wandlungsprozesse im gewerkschaftlichen Führungspersonal, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1978/10.

Bernays, Marie, Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie, in: SdVfS Bd. 133 (1910).

Zur Psychophysik der Textilarbeit. Übungsfortschritt und Stetigkeitszunahme der Leistung, in: ASS Bd. 32 (1911).

Brauer, Theodor, Die moderne Gewerkschaftsbewegung (Bücher der Arbeit, Bd. 2), Duisburg 1921.

Krisis der Gewerkschaften, Jena 1924.

Brauckmann, Gerhard, Der Einfluß des Konjunkturverlaufs auf die gewerkschaftlichen Mitgliederbewegungen. Diss. Wirtschaftswiss. Bochum 1972.

Braun, Adolf, Zum Preis-, Lohn- und Arbeitsleistungsproblem in der Übergangswirtschaft, in: ASS 45 (1918/19).

Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften, Berlin 1913.

Geldrevolution und Arbeiterlohn. Ein Beitrag zur Lehre von den gleitenden Löhnen, Berlin 1920.

Braun, Siegfried, Die gesellschaftliche Position der Angestellten und die soziale Differenz Arbeiter/Angestellte, Marburg 1963.

- Braunthal, Gerard, The Politics of the German Free Trade Unions during the Weimar Period, Phil.Diss. Columbia University, New York 1954 (Masch.).
- Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1966.
- Breunig, Willi, Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistische Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869-1919, Ludwigshafen 1976.
- Brockhaus, Eckhard, Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg, München 1975.
- Bry, Gerhard, Wages in Germany 1871-1945 (National Bureau of Economic Research 68), Princeton 1960.
- Buddeberg, Theodor, Das soziologische Problem der Sozialdemokratie, in: ASS 49 (1922).
- Buse, Dieter K., Friedrich Ebert and German Socialism, 1871-1919, Phil.Diss. University of Oregon 1972.
- Bußmann, Bernhard, Die Freien Gewerkschaften während der Inflation. Die Politik des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes und die soziale Entwicklung in den Jahren 1920-1923, Phil.Diss. Kiel 1965 (Masch.).
- Burchardt, Lothar, Die Auswirkungen der Kriegswirtschaft auf die deutsche Zivilbevölkerung im Ersten und Zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1974/1.
- Buslau, Dieter, Carl Vollmershaus. Ein Leben für die Arbeitnehmer. Koblenz 1973.
- Buchsbaum, Ewald, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920. (Unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dez. 1920), Phil.Diss. Halle-Wittenberg 1965 (Masch.).
- Calkins, Kenneth R., Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär, Berlin 1973.
- Carsten, Francis L., Revolution in Mitteleuropa 1918-1919, Köln 1973.
- Cassau, Jeanette, Die Arbeitergewerkschaften, o.O. u.J.

- Cassau, Theodor, Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf, in: Soziale Organisation der Gegenwart. Forschungen und Beiträge, Halberstadt 1925.
- Chamberlin, Waldo, Industrial Relations in Germany 1914 - 1919. (Bibliographie), Stanford University California 1942.
- Cohen, Adolf, Die Situation in der Metallindustrie während des Krieges, in: NZ Nr. 21, 1915.
- Cole, George D.H., Communism and Social Democracy 1914-1931, Bd. 1, London 1958.
- Comfort, Richard A., Revolutionary Hamburg, Stanford California 1966.
- Dähn, Horst, Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918-1919, Meisenheim/Gl. 1975.
- Degen, Günther R., Shop Stewards. Ihre zentrale Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien, Frankfurt 1976.
- Deppe, F./Fülberth, G./ Harrer, J. (Hrsg.) Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977.
- Dessauer, Lothar, Die Industrialisierung von Groß-Stuttgart, Diss.rer.pol. Tübingen 1916.
- Diehl/Hoffmann/Tabrizian, Ein Krieg wird ausgestellt. Die Weltkriegssammlung des Historischen Museums (1914-1918), Frankfurt 1976.
- Dierkopf, Herbert, Vorgeschichte, Entstehung und Auswirkungen des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes vom 5.Dezember 1916, Diss. Halle/Saale 1937.
- Dingel, Frank, Revolutionäre Illusion oder revolutionäre Chance? Anmerkungen zu einigen neueren Arbeiten und Nachdrucken zur Geschichte der USPD und der Massenbewegungen 1918-1920, in: IWK 1979/3.
- Dissinger, Arthur, Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem, Jena 1929.

- Domansky-Davidsohn, Elisabeth, Der Großbetrieb als Organisationsproblem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vor dem Ersten Weltkrieg, in: Mommsen, H. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Wuppertal 1980.
- Doogs, Kurt, Die Berliner Maschinen-Industrie und ihre Produktionsbedingungen seit ihrer Entstehung, Diss. Berlin 1928.
- Dörnemann, Manfred, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der November-Revolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den linksradikalischen Strömungen nach dem Sturz des Kaiserreiches, Phil.Diss. Bochum 1966.
- Dörrer, Horst, Die Dresdner Arbeiterbewegung während des Weltkrieges und der Novemberrevolution 1918, Phil.Diss. Leipzig 1960.
- Die Herausbildung einer revolutionären Massenpartei in Ostsachsen bei besonderer Berücksichtigung der Vereinigung des linken Flügels der Unabh. soziald. Partei Deutschlands mit der Komm. Partei Deutschlands (1914 bis 1920), Habilschr. Leipzig 1968.
- Drahn, Ernst, Sozialdemokratie, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, Jena 1926.
- Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim am Glahn 1965.
- Eberlein, Alfred, Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen, Frankfurt 1969.
- Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln-Frankfurt 1977.
- Eliasberg, George, Der Ruhrkrieg 1920. Zum Problem von Organisation und Spontanität in einem Massenaufstand und zur Dimension der Weimarer Krise, in: Archiv für Sozialgeschichte X (1970).
- Evans, Richard J. (Hg.), Society and Politics in Wilhelmine Germany. 1. Germany - Politics and Government 1888-1918, London 1978.
- Fassbinder, Horant, Berliner Arbeiterviertel 1800-1918, Berlin 1975.

Feldmann, Gerald D., Army, Industry, and Labor in Germany 1914 to 1918, Princeton, New Jersey 1966.

Der deutsche organisierte Kapitalismus während der Kriegs- und Inflationsjahre 1914-1923, in: Organisierter Kapitalismus, Voraussetzungen und Anfänge, hrsg. v. Heinrich August Winkler, Göttingen 1974.

Economic and Social Problems of the German Demobilization 1918-19, in: Journal of Modern History. Vol.47, 1, 1975.

Die Freien Gewerkschaften und die Zentralarbeitsgemeinschaft 1918-1924, in: Vetter, Oskar (Hg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975.

German Business between War and Revolution. The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Gerhard A. Ritter, Berlin 1970.

Socio-Economic Structures in the Industrial Sector and Revolutionary Potentialities, 1917-1922, in: Bertrand, Ch. (Hg.), Revolutionary Situations in Europe, 1917-1922: Germany, Italy, Austria-Hungary, Proceedings 2nd International Colloquium March 25, 26, 27, 1976, Montreal 1977.

Feldmann, G./Homberg, Heidrun, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916 - 1923, Hamburg 1977.

Feldmann, G./Kolb, E./Rürup, R., Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920), in: Politische Vierteljahresschrift 13, 1972.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD der Weimarer Republik, 2. Aufl., Frankfurt 1971.

Fritz, Bernd Dieter, Die KAG im Vergleich mit der KPD und SAP, Phil.Diss. Bonn 1966.

Fünfundsiebzig Jahre Dachdeckerinnung Dortmund und Lünen, hrsg. v. d. Dachdeckerinnung, o.O. 1978.

- Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft Metall 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild. Hrsg. IG Metall, Dokumentation, Text und Redaktion Fritz Opel/Dieter Schneider, Frankfurt 1966.
- Furtwängler, Franz Josef, ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, hrsg. v. Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart 1955.
- Gärtner, Georg, Mit uns zieht die neue Zeit. Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1923, Nürnberg 1923.
- Gätsch, Helmut, Die freien Gewerkschaften in Bremen 1919-1933, Bremen 1969.
- Geary, Dick, Radicalism and the Worker: Metalworkers and Revolution 1914-23, in: Evans, Richard J. (Hg.), Society and Politics in Wilhelmine Germany. 1. Germany-Politics and Government 1888-1918, London 1978.
- Gerth, Franz-Jakob, Bahnbrechendes Modell einer neuen Gesellschaft. Die soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost 1911-1940, Hamburg 1975.
- Geyer, Anna, Die Frauenarbeit in Deutschland, Jena 1924.
- Gossweiler, Kurt, Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin (O) 1971.
- Gruschwitz, Kurt, Die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Textilarbeiterschaft, dargestellt an den Jahren vor, in und nach dem Kriege, Staatswiss. Diss. Tübingen 1922.
- Habedank, Heinz, Gewerkschaften und Arbeiterregierung im Jahre 1920, in: Die Arbeit. Theoretische Zeitschrift des FDGB, Berlin (O) 1964.
- Hartwich, Hans-Hermann, Der Einfluß des Staates auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Berliner Metallindustrie von 1919 bis 1922. Wiso.Diss. Berlin 1958.
- Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918-1933, Berlin 1967.

- Hauck, Arthur, Spaltungs- und Zersetzungsbestrebungen in der deutschen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung während der Kriegs- und Nachkriegszeit, Hamburg 1923 (Kurzfassung).
- Hausen, Karin/Rürup, Reinhard (Hrsg.), Moderne Technikgeschichte, Köln 1975.
- Heidegger, Hermann, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870 - 1920, Göttingen 1956.
- Heilborn, Otto, Die "Freien" Gewerkschaften seit 1890, Jena 1907.
- Heiß, Cl., Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik, in: SdVfS Bd. 134, 1910.
- Henderson, W.O., The Labour Force in the Textile Industries, in: Archiv für Sozialgeschichte XVI (1976).
- Henning, Heinz, Die Situation der deutschen Kriegswirtschaft im Sommer 1918 und ihre Beurteilung durch Heeresleitung, Reichsführung und Bevölkerung, Diss. Hamburg 1957.
- Herbig, Rudolf, Notizen aus der Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte vom 14. Jhdt. bis zur Gegenwart, 5. Aufl., Düsseldorf 1976.
- Herkner, Heinrich, Probleme der Arbeiterpsychologie, in: Verh. d. Ver. f. Sozialpolitik Bd. 138 (1912).
- Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung 5, Frankfurt-Köln 1976.
- Hesse, Friedrich, Die deutsche Wirtschaftslage von 1914 bis 1923. Krieg, Geldblähe und Wechsellagen, Jena 1938.
- Heuer, Hildegard, Die Entwicklung der Metallarbeiterreal-löhne auf den Kieler Werften (Deutsche Werke A.G., Germaniawerft A.G. und Howaldswerke) in der Zeit vom 1.4.1920 bis 30.10.1923, Rechts. u. Staatswiss. Diss. Kiel 1929.
- Heyde, Ludwig (Hrsg.), Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, 2 Bde, Berlin 1930-31.

- Hirsch-Weber, Wolfgang, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Mitbestimmungsrecht, Köln und Opladen 1959.
- Hofmann, Paul-Albert, Die wirtschaftliche Entwicklung der Gebiete des Thüringer Stadt- und Landkreises Gotha 1815-1914, Diss. Frankfurt 1930.
- Hollenberg, Günter, Bürgerliche Sammlung oder sozialliberale Koalition?, in: VfZg 1979/3.
- Homburg, Heidrun, Anfänge des Taylorsystems in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Problemskizze unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitskämpfe bei Bosch 1913, in: GuG 1978/2.
- Hommer, Otto, Entwicklung und Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Diss. Berlin 1912.
- Hüllbusch, Ursula, Gewerkschaften und Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und zu Ende der Weimarer Republik, Phil.Diss. Heidelberg 1958 (Masch.).
- Hunt, Richard N., German Social Democracy 1918-1933, New Haven - London 1964.
- Josczok, Detlef, Die sozialistische Arbeiterbewegung in Düsseldorf 1914-1918. Ein Beitrag zur Entwicklung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung und Ausformung der linken Opposition, Düsseldorf 1977 (Staatsexamensarbeit).
- Jürgensen, Kurt/Reimer Hansen (Hrsg.), Historisch-politische Streiflichter. Geschichtliche Beiträge zur Gegenwart, Neumünster 1971.
- Kadritzke, Ulf, Angestellte - Die geduligten Arbeiter, Frankfurt 1975.
- Kaeble, H./Volkmann, H., Konjunkturen und Streiks während des Übergangs zum Organisierten Kapitalismus in Deutschland, in: Zschr. f. Wirtsch.-u. Sozialwiss. 1972.
- Käsler, Erich, Die "Gewerkschaftskrise" im Deutschen Metallarbeiterverband. Auszug aus der Dissertation Greifswald 1921 (1922).
- Kassing, Herbert, Die Rätebewegung während der Revolution 1918/19 in Braunschweig, Göttingen 1973 (Staatsexamensarbeit).

- Kastning, Alfred, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923, Paderborn 1970.
- Kessler, Gerhard, Die Lage der deutschen Arbeiterschaft seit 1914, in: Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft, Berlin 1928.
- Kiefer, Erhard, Denkschrift über die Löhne der Textilarbeiter am Oberrhein, hrsg.v.d. Geschäftsstelle des Zentralverb. christl.Textilarbeiter, Säckingen a.Rh. 1918.
- Klein, Jürgen, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972.
- Knodel, John E., The Decline of Fertility in Germany 1871 - 1939, Princeton 1974.
- Knopp, Guido F., Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917 - 1920. Unter besonderer Berücksichtigung der "Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie", Phil.Diss.Würzburg 1975 (Masch.).
- Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 - 1918, Göttingen 1973.
- (Hrsg.) Lederer Emil, Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910 - 1940, Göttingen 1979.
- Koenigsberger, Wilhelm, Die Politik der "Freien Gewerkschaften" und ihre "Politisierung", insbesondere seit der Novemberrevolution. Gestaltung der Gewerkschaft zur Gewerkschaftspartei, Jur.Diss. Breslau 1922 (Masch.)
- Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 - 1919, Düsseldorf 1962.
- (Hrsg.) Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972.
- Kolbe, Hellmuth, Die beginnende Opposition in den deutschen Gewerkschaften, Berlin (O) 1957.
- Koller, Philipp A., Das Massen- und Führerproblem in den Freien Gewerkschaften, Tübingen 1920, in: Ergänzungsheft 17, ASS.

- Korsch, Karl, Schriften zur Sozialisierung. Hrsg. u. eingel. v. E. Gerlach, Frankfurt 1969.
- Koszyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 - 1933, Heidelberg 1958.
- Krause, Hartfried, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a.M. 1975.
- Kontinuität und Wandel. Zur Sozialstruktur: Wer waren die USPD-Mitglieder?, in: Krause, H. (Hrsg.), Protokolle der Parteitage der USPD, 5 Bde., Nachdruck Glashütten i. Ts. 1976.
- Kühr, Herbert, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973.
- Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin (O) 1966.
- Landé, Dora, Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: SdVfS Bd. 134/5.
- Landsberg, Ernst A., Die finanzielle Konzentration in der deutschen Textilindustrie in der Nachkriegszeit, Berlin 1924.
- Langerhans, Heinz, Richtungsgewerkschaft und gewerkschaftliche Autonomie 1890-1914, in: Intern.Review of Social History, Vol. II, 1957.
- Langner, Albrecht (Hrsg.) Karl Kautsky. Texte zu den Programmen der Deutschen Sozialdemokratie 1891-1925, Köln 1968.
- Laubscher, Gerhard, Die Opposition im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) 1918-1923, Frankfurt a.M. 1979.
- Laursen, K./Peterson, J., The German Inflation 1918-1923, Amsterdam 1964.
- Lederer, Emil, Die Lage des Arbeitsmarktes und die Aktionen der Interessenverbände zu Beginn des Krieges, in: ASS 40 (1914/1915).

Die ökonomische Umschichtung im Kriege, in: ASS 45 (1918/19), ASS 49 (1922).
Die Gewerkschaftsbewegung in: ASS 46 (1919).
Die Bewegung der Privatangestellten seit dem Herbst 1918, die Entwicklung der Organisationen, die Gestaltung der Lebenshaltung und der Bezahlung, die Umformung des sozialen Habitus und der Ideologien, in: ASS 47 (1920/21).

Die Gewerkschaftsbewegung 1918/19 und die Entfaltung der wirtschaftlichen Ideologien in der Arbeiterklasse, in: ASS 47 (1920/21).

Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910 - 1940, hrsg. v. J. Kocka, Göttingen 1979.

Lösche, Peter, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920, Berlin 1967.

Lorenz, Charlotte, Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1928.

Lucas, Erhard, Märzrevolution im Ruhrgebiet. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand. März-April 1920, Bd. 1, Frankfurt 1970.

Arbeiterradikalismus. Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1976.

Ludewig, Hans-Ulrich, Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920 - 1923, Kiel 1978.

Die "Sozialistische Politik und Wirtschaft". ein Beitrag zur Linksopposition in der SPD 1923 bis 1928, in: IWK 1981/1.

Mai, Günther, Burgfrieden und Sozialpolitik in Deutschland in der Anfangsphase des Ersten Weltkrieges (1914/15), in: MGM 20, 1976.

Maier, Charles, Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I, Princeton 1975.

Martin, Oskar, Das Schlichtungswesen in der modernen Wirtschaft unter betonter Beachtung des deutschen Gestaltungsproblems, Jena 1929.

- Materna, Ingo, Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Berlin (O) 1978.
- Matthes, Anneliese/Matthes, Lothar, Die Entwicklung des "Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" - Verwaltungsstelle Leipzig - und des "Ver-eins Leipziger Buchdrucker- und Schrift-gießereihilfen" in den Jahren 1914 bis 1920, Phil.Diss. Leipzig 1966 (Masch.).
- Matull, Wilhelm, Der Freiheit eine Gasse. Geschichte der Düsseldorfer Arbeiterbewegung, Bonn 1980.
- Meerwarth, R./Günther, A./Zimmermann, W., Die Einwirkungen des Krieges auf die Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932.
- Mehl, Walter, Die historische Entwicklung und die sozialen Ziele des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen, Diss. Wirtschaftswiss. Greifswald 1928 (Masch.).
- Mergner, Gottfried, Arbeiterbewegung und Intelligenz, Starnberg 1973.
- Milatz, Alfred, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1968.
- Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 - 1920, Düsseldorf 1978.
- Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1976.
- Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung, in: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, hrsg. v. H. Mommsen, Frankfurt a.M. 1974.
- Mommsen, Hans (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt a.M. 1974.
- (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr, Wuppertal 1980.

- Mommsen, H./Petzina, D./ Industrielles System und politische Weisbrod, B. Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposions in Bochum vom 12. - 17. Juni 1973, Düsseldorf 1974.
- Mommsen, Wolfgang J., Die deutsche Revolution 1918-1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: GuG 3 (1978).
- Moorhouse, H.F., The Marxist theory of the labour aristocracy, in: Social History, Vol.3,1 (1978).
- Morgan, David W., The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922, Ithaca and London 1975.
- Moses, John A., Carl Legiens Interpretation des demokratischen Sozialismus, Phil.Diss.Erlangen 1966.
- Carl Legien und das deutsche Vaterland im Weltkrieg, in: GWU 1975/10.
- Nestriepke, Siegfried, Die Gewerkschaftsbewegung, Bd. 1, 2, 3, 2. Aufl., Stuttgart 1922/23.
- Oertzen, Peter v., Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2.erw.Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1976.
- (Hrsg.), Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, Frankfurt 1967.
- Oehler, Adalbert, Düsseldorf im Weltkrieg. Schicksal und Arbeit einer deutschen Großstadt, in: Düsseldorfer Jahrbuch 1927.
- Opel, Fritz, Der deutsche Metallarbeiterverband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover-Frankfurt a.M. 1957.
- Gewerkschaften zwischen Integration und Evolution, in: Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Peter v. Oertzen, Frankfurt 1967.

- Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, 2 Bde., 2. Aufl., Berlin - Bonn - Bad Godesberg 1975.
- Peterson, Brian, The Politics of Working-Class Women in the Weimarer Republik, in: CEH X 2 (1977).
- Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.
- Pöls, Werner (Hrsg.), Staat und Gesellschaft im politischen Wandel, Stuttgart 1978.
- Pohl, K./Frauke, W., Die freien Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg, in: Deppe/Fülberth/Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977.
- Potthoff, Heinrich, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979.
- Probleme gewerkschaftlicher Organisation in Weltkrieg, Revolution und Republik, in: Mommsen, H. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Wuppertal 1980.
- Prager, Eugen, Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2. Aufl., Berlin 1922.
- Philipp, Kurt D., The Independent Socialists' Attempt to Govern Germany, November-December 1918, University of Kansas, Phil.Diss. 1969 (Masch.).
- Preller, Ludwig, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.
- Prerauer, Fritz, Untersuchung der Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Arbeiter, in: Weltwirtsch. Archiv I, 1929.
- Pribram, Karl, Zur Entwicklung der Lebensmittelpreise in der Kriegszeit, in: ASS 43 (1916/17).
- Raase, Werner, Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1914-1917 und 1917-1919, Berlin (O) 1969.
- Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise. Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung von 1919 - 1923, Berlin (O) o.J.

Raehl, Walter, Die freien Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei, Diss. Erlangen 1924 (Masch.).

Ratz, Ursula, Georg Ledebour 1850-1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin 1969.

Rentsch, Helga, Der Kampf der revolutionären Kräfte in den freien Gewerkschaften um einheitliche Aktionen der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital seit dem Offenen Brief der VKPD bis zum 11. Gewerkschaftskongreß des ADGB im Juni 1922, Phil.Diss. Leipzig 1969 (Masch.).

Rettig, Rudolf, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzung mit den freien Gewerkschaften, Phil.Diss. Hamburg 1954 (Masch.).

Reulecke, Jürgen, (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910 bis 1925, Bergische Forschungen Bd. X, Neustadt a.d. Aisch 1973.

Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: ders. (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974.

Reuter, Paul, Betriebsräte und Gewerkschaften, Wiss.Diss. Köln 1923 (Masch.).

Richter, Werner, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914-1919), Berlin (O) 1959.

Ritter, Gerhard A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, 2. Aufl., Berlin-Dahlem 1963.

Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920, in: Kolb, E. (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972.

Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik, in: Staat und Gesellschaft im politischen Wandel, hrsg. v. Pöls, W., Stuttgart 1978.

(Hrsg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, Berlin 1970.

Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. v. K. Kersten, 15. Aufl., Frankfurt a.M. 1973.

Rosenthal, Heinz, Solingen, Geschichte einer Stadt, Duisburg 1975.

Rürup, Reinhard, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968.

Ryder, A.J., The German Revolution of 1918, Cambridge 1967.

Schaarschmidt, Erich, Geschichte der Crimmitschauer Arbeiterbewegung, Phil.Diss. Leipzig 1934.

Schieck, Hans, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novembersturz 1918, Phil.Diss.Heidelberg 1958 (Masch.).

Schippel, Max, Die Gewerkschaften, der Krieg und die Revolution, Berlin 1919.

Schneider, Dieter/Kuda, Rudolf, Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Ideen, Wirkungen, Dokumente, Frankfurt 1968.

Schneider, D./Neuland, F., Zwischen Römer und Revolution, 1869-1969. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Frankfurt, Frankfurt a.M. 1969.

Schneider, Kurt, Der Streik der Leipziger Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg im April 1917 und die Haltung der Leipziger USPD-Führung, in: BzG 1963, 2.

Schneider, Michael, Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918-1933, Bonn 1975.

Gewerkschaften und Emanzipation. Methodologische Probleme der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung über die Zeit bis 1917/18, in: Archiv für Sozialgeschichte XVII (1977).

- Schorske, Carl E., German Social Democracy 1905-1917. The Development of the Great Schism, Cambridge, Massachusetts 1955.
- Schöck, Cornelia Eva, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-1928, Frankfurt a.M.-New York 1977.
- Schramm, Gottfried, Klassengegensätze im Ersten Weltkrieg. Zu Jürgen Kockas Gesellschaftsmodell für die Endphase des Wilhelminischen Deutschlands, in: GuG 2 (1978).
- Minderheiten gegen den Krieg. Motive und Kampfformen 1914 bis 1918 am Beispiel Großbritannien und seines Empires, in: GuG 2 (1980).
- Schröder, Wilhelm H., Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt - New York 1978.
- Schürer, Heinz, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918-1923, Diss.Leipzig 1933.
- Schultz, Eberhard, Rolle und Anteil des linken Flügels der USPD im ehemaligen Regierungsbezirk Halle - Merseburg bei der Herausbildung und Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei (1917 - 1919), Phil.Diss. Halle 1969.
- Schuster, Dieter, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. DGB, 5. Aufl., Düsseldorf 1976.
- 1872 - 1972. Schritt für Schritt. Ein Jahrhundert Ledergewerkschaften, hrsg. v.d. Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart o.J.
- Schwarz, Klaus-Dieter, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1971.
- Schwarz, Salomon, Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, Bern 1930.

- Seeber, Gustav, Der Kampf der Linken in der USPD um die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands in Thüringen (Jan.1919-Dez.1920), Phil.Diss. Jena 1956 (Masch.).
- Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg 1914-1918, in: WZ Jena 1957/58.
- Seidel, Richard, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, Berlin 1925.
- Semmler, Karl, Im Kampf für den Sozialismus. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen, Jena 1928.
- Sennholz, Hans, Gewerkschaften und Räte nach dem Ersten Weltkrieg, Wisso.Diss. Köln 1949 (Masch.).
- Siegel, Günther, Die Entwicklung der deutschen Schuhindustrie während der letzten zwei Jahrzehnte, Diss. Berlin 1927.
- Shotwell, James T. (Hrsg.), Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges - Deutsche Serie, Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden, Abt. Volkswirtschaft und Geschichte, Berlin o.J.
- Skrzypczak, Henryk, Zur Strategie der Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, hrsg. v. O. Vetter, Köln 1975.
- Snell, John L., Socialist Unions and Socialist Patriotism in Germany, 1914 - 1918, in: The American Historical Review Bd. LIX.
- Sogemeier, Martin, Die Entwicklung und Regelung des Arbeitsmarktes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Kriege und in der Nachkriegszeit, Jena 1922.
- Sohn, Karl-Heinz, Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften, Diss. Köln 1963.
- Stampfer, Friedrich, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3. Aufl., Hamburg 1947.
- Stoecker, Helmuth, Jugend und frühe Entwicklung Walter Stoeckers. Habil.schrift Berlin (O) 1963.

- Streeck, Wolfgang, Strukturdimensionen deutscher Gewerkschaften im Jahre 1914, in: Soziale Welt, 27 (1977).
- Tabrizian, I./Diehl, R./Ein Krieg wird ausgestellt. Die Welt-Hoffmann, D., kriegssammlung des Historischen Museums (1914 - 1918), Kleine Schriften des Historischen Museums, Bd. 8, Frankfurt a.M. 1976.
- Tenfelde, Klaus, Probleme der Organisation von Arbeitern und Unternehmern im Ruhrbergbau 1890 - 1918, in: Mommsen, (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Wuppertal 1980.
- Thieringer, Rolf, Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik. Die ideologischen und taktischen Gemeinsamkeiten der Richtungsgewerkschaften. Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, Phil.Diss.Tübingen 1953/54.
- Trüschler, Kurt, Die Sozialisierungspolitik in der Weimarer Republik (1918 - 1920), Phil.Diss.Marburg 1968.
- Tyska, Carl, Die Veränderungen in der Lebenshaltung städtischer Familien im Kriege, in: ASS 43 (1916/17).
- Ufermann, Paul, Alwin Brandes, Leben und Wirken eines deutschen Gewerkschaftsführers, Berlin 1949.
- Ullrich, Volker, Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, Hamburg 1976.
- Umbreit, Paul, Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege, Berlin 1918.
- Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, Berlin 1917.
- Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland, Berlin 1917.
- Varain, Heinz Josef, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956.
- Veitinger, Fritz, Der deutsche Metallarbeiterverband. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Diss.Würzburg 1924 (Masch.).

- Vetter, Heinz Oskar (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975.
- Vetterli, Rudolf, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation. Dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890-1930), Göttingen 1978.
- Vring, Thomas von der, Der Verband der deutschen Buchdrucker im Ersten Weltkrieg, in der Revolution und in der Inflationszeit (1914-1924). Die Geschichte einer Gewerkschaft während 10 Krisenjahren, Diss. Hannover 1965.
- Weber, Adolf, Das Berufsschicksal der Industriearbeiter, in: ASS 34 (1912).
- Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland, Tübingen 1954.
- Wedekind, Karl, Organisationsprobleme im Deutschen Metallarbeiterverband, Diss. Kiel 1930.
- Werner, Karl Gustav, Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin 1958.
- Wheeler, Robert F., The Independent Social Democratic Party and the Internationals: an examination of Socialist Internationalism in Germany 1915 to 1923, Phil.Diss. Pittsburgh 1970 (Masch.).
- USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a.M. 1975.
- Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik. Einige methodologische Bemerkungen, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. v. Mommsen, H./Petzina, D./Weisbrod, B., Düsseldorf 1974.
- Quantitative Methoden und die Geschichte der Arbeiterbewegung: Möglichkeiten und Grenzen. Referat, geh. auf der IX. Linzer Konferenz v. 11.-15.Sept.1973 (Man.).

German Women and the Communist International:
The Case of the Independent Social Democrats,
in: CEH 8, 2.

Die "21 Bedingungen" und die Spaltung der
USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der
Basis, in: VfZ, 1975, 2.

Revolutionary Socialist Internationalism:
rank and file reaction in the USPD, in:
Intern.Review of Social History, Vol XXII,
1977, 3.

"Ex oriente lux?". The Soviet Example and the
German Revolution, 1917-1923, in: Proceedings
2nd International Colloquium March 25,26,27,
1976. Revolutionary situations in Europe
1917-1922: Germany, Italy, Austria-Hungary,
Montreal 1977.

Winkler, Heinrich A. (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus, Vor-
aussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974.

Zimmermann, Waldemar, Die Veränderungen der Einkommens- und
Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter
durch den Krieg, in: Meerwath, R./Günther,
A./Zimmermann, W., Die Einwirkungen des Krie-
ges auf die Bevölkerungsbewegung, Einkommen
und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart
1932.

Zunkel, Friedrich, Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf
um die Wirtschaftsordnung in Deutschland
1914 - 1918, Düsseldorf 1974.

Zwing, Karl, Geschichte der freien deutschen Gewerkschaften,
Jena 1926.

Soziologie der Gewerkschaftsbewegung. 1. Teil:
Gewerkschaften und Wirtschaft, Jena 1925.

Anhang

Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften,
des Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und
Schuwmacherverbandes von 1914-1922 (Jahresdurchschn.)¹⁾

	Insgesamt	%	ml.	wbl.	DMV	ml.	wbl.	DTV	ml.	wbl.	Zvds	ml.	wbl.
Freie Ge- werkschaften													
1913	2.573.718		91,0	9,0	544.934	94,9	5,1	141.484	61,2	38,8	44.902	80,1	19,9
1914	2.075.759		89,9	10,1	439.228	94,3	5,7	121.617	62,3	37,7	37.315	81,2	18,8
1915	1.159.497		84,7	15,3	276.107	91,6	8,4	77.196	48,7	51,3	20.632	72,1	27,9
1916	0.966.705		81,8	19,2	235.880	86,8	13,2	61.647	41,8	58,2	19.216	66,8	33,2
1917	1.106.657		75,7	24,3	323.122	80,7	19,3	66.460	30,8	69,2	20.352	59,4	40,6
1918	1.664.991		74,6	25,4	472.623	79,2	20,8	91.292	25,7	74,3	23.670	52,0	48,0
1919	5.479.073		78,2	21,8	1.301.536	85,3	14,7	308.705	33,6	66,4	70.166	57,4	42,6
1920	7.890.102		78,3	21,7	1.647.916	86,6	13,4	491.480	40,9	49,1	94.960	58,6	41,4
1921	7.567.978		79,9	20,1	1.562.885	88,5	11,5	586.964	34,9	65,1	95.273	62,8	37,2
1922	7.895.065		78,6	21,4	1.606.166	89,3	10,7	715.645	33,6	66,4	113.522	56,3	43,7

1) Vgl. Corr.Stat.Anh. 1914-1922, s.a.Heyde, L., Handwörterbuch, Bd.2, a.a.O.,
Sp.1732

Zahlen der zum Kriegsdienst eingezogenen
männlichen Gewerkschaftsmitglieder

1.Sept.1914	598.755	= 27,7	Prozent der Gesamtmitglied-
31.Okt. 1914	661.005	= 31,3	schaft
30.Okt. 1915	780.594	= 34,3	
31.Juli 1915	1.061.407	= 42,7	
31.Dez. 1915	1.220.867	= 59,7	
30.Juni 1916	1.259.012	= 61,5	
31.Dez. 1916	1.336.213	= 64,1	
30.Juni 1917	1.360.081	= 62,9	
31.Dez. 1917	1.372.133	= 59,3	
30.Juni 1918	1.395.260	= 58,1	
30.Sept.1918	1.412.837	= 57,1	2)

Mitgliederzahlen der Arbeiterparcien³⁾

Jahr	SPD	USPD	KPD
1914	1.085.905	-	-
1917	243.061	ca. 120.000	-
1918	249.411	70-120.000	
1919	1.012.299	ca. 300.000 (März)	
		ca. 750.000 (Nov.)	106.056 (Okt.)
1920	1.180.208	893.923 (Okt.)	78.056 (Okt.)
1921	1.221.059	ca. 340.000 (April)	ca. 400.000 (ge- 4) schätzt)
1922	1.174.105	ca. 300.000	328.000
1923		1.380.970 im September 1922 nach der Vereinigung von MSPD und USPD zur VSPD	

- 2) Vgl. u. a. Herbig, Rudolf, Notizen aus der Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte vom 14. Jhdt. bis zur Gegenwart, 5. Aufl., Düsseldorf 1976, S. 169.
- 3) Zahlen n. Krause, H., USPD, a. a. O., S. 303, wobei mir die für die KPD im Jahre 1921 (Jan.) mit 449.700 Mitgliedern geschätzte Zahl etwas zu hoch erschien.
- 4) Von den USPD-Mitgliedern vereinigten sich nur etwa 300.000 mit der KPD. Etwa ebenso viele verblieben Ende 1920 in der Partei, der Rest wurde indifferent. Vgl. Flechtheim, Ossip, K., Die KPD in der Weimarer Republik, a. a. O., S. 152.

Auszug aus einem Schreiben des "Allgemeinen Arbeiterverbandes" an den USPD-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann zwecks Einberufung einer Konferenz oppositioneller Gewerkschafter, vom 18. Juli 1917. 5)

Allgemeiner Arbeiterverband.

Düsseldorf, den 18. Juli 1917.

Sehr werter Genosse

Im Auftrage oben bezeichneten Verbandes, welcher sich aus oppositionellen Mitgliedern der freien Gewerkschaften bildete und circa ein Viertel Jahr besteht, wende ich mich in Erfüllung dieser von mir übernommenen Pflicht an Sie werter Genosse, um eine Verständigung über die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit Ihnen beziehungsweise der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen. Daß die freien Gewerkschaften mit ihrem Beamtenkörper und den gefüllten Geldschränken das Rückgrad der Mehrheitssozialisten darstellt, brauche ich wohl nicht weiter zu definieren. Daß Selbstige moralisch versumpft sind, keinen Klassenkampfcharakter mehr tragen und an Stelle der Demokratie innerhalb derselben der Absolutismus getreten ist, werden Sie wohl nicht bestreiten. Daß man auch schon vor dem Kriege uns als willenlose Masse behandelte, indem die Hauptvorstände und die gesamten Bürokraten die Mitglieder geradezu vergewaltigten, dürfte Ihnen auch bekannt sein. Daß aber bei Ausbruch des Krieges die Häuptlinge der Gewerkschaften, an der Spitze der gesittigen Führer Legien, den größten Volksbetrug den je die Weltgeschichte kennt, verübten, indem sie die Arbeiterschaft dem Militarismus direkt ~~an~~ lieferten, und mit der Regierung kapitalistisch, imperialistische Geschäfte besorgten, setzt ihrer aller Handlungen die Krone auf. Die Mehrheitssozialisten rekrutieren sich fast nur aus Gewerkschaftsbeamten, dies tritt auch sehr deutlich hier in Düsseldorf in die Erscheinung. Denselben die Zügel aus der Hand zu nehmen und innerhalb der Verbände zu reformieren, halten wir für vergebliche Spekulation. Beweis Generalversammlung der Metallarbeiter. Jeder der in diese Versicherungskassen noch weiter seine Beiträge beisteuert, bekämpft sich und somit die Unabhängige Sozialdemokratie. Selbstige wird sich zur Vegetation und politischen Ohnmacht verdammten, wenn deren Mitglieder, den freien Gewerkschaften

Rundschreiben Robert Dißmanns an die Anhänger der USPD-Gewerkschaftsopposition (Abschrift) im Metallarbeiterverband 6)

"Lieber Freund!

Frankfurt, den 2. Juni 1919

Die gegenwärtigen Erscheinungen im Gewerkschaftsleben erfordern unsere volle Aufmerksamkeit. Die Legien und Genossen - und mit ihnen Tausende von angestellten Leibtrabanten im Lande - bieten alles auf, um den revolutionären Wellenschlag der Massen zu brechen, ihre bisherige Herrschaft aufrecht zu erhalten. Auf den verschiedenen Verbandstagen ist ihnen dies auch noch in den letzten Wochen gelungen. Es ist schmerzlich, die geringe Opposition feststellen zu müssen, die sich u.a. auf den letzten Verbandstagen der Bauarbeiter und Dachdecker zeigte. Demgegenüber erfordert der bevorstehende Verbandstag der Metallarbeiter (stattf. in Kiel) doppeltes Interesse. Es handelt sich dabei

1. um eine Gewerkschaft, die heute 1.200.000 Mitglieder zählt
2. um eine Organisation, in der unsere Genossen schon seit Jahren mit wachsendem Erfolge um die Mehrheit ringen.

Der diesjährige Verbandstag wird zu einer Kraftprobe werden. In den einzelnen Bezirken sind Bezirksleiter und Angestellte mit Hochdruck dabei, die Stimmung im Sinne des Hauptvorstandes, (dem sie dienen) zu beeinflussen. Die zurzeit stattgefundenen Wahlen zum Gewerkschaftskongreß haben dies zur Genüge bewiesen. Doch damit nicht genug. Am 15. d.M. findet eine Konferenz sämtlicher deutschen Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes statt, um Stellung zu nehmen zu den "inneren Unruhen" des Verbandes, das heißt den Entlassungen von Verbandsangestellten, die unsere Kollegen in Stuttgart und etlichen anderen Orten vorgenommen haben, weil die Betreffenden das Vertrauen der Kollegen dieser Orte nicht mehr fanden. Diese Konferenz der Bevollmächtigten soll natürlich die "Stimmung" einleiten zum kommenden Verbandstag. Auf diese und andere Symptome müssen unsere Genossen, die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind, aufmerksam gemacht werden. In den nächsten Wochen kommt das Wahlreglement zum Verbandstag der Metallarbeiter heraus. Dabei ist zu beachten: Verwaltungsstellen, die über 2000 Mitglieder zählen,

wählen auf je 2000 Mitglieder einen Delegierten; soweit Verwaltungsstellen keine 2000 Mitglieder zählen, wählen kleinere Verwaltungsstellen gemeinsam ihre Delegierten.

Unsere Genossen haben frühzeitig die Kollegen aufzurufen und bei den Vorbereitungen zur Delegiertenwahl (Stellung zum Verbandstag, Anträge, Aufstellung der Kandidaten usw.) auf dem Posten zu sein.

Soweit mehrere Verwaltungsstellen gemeinsam Delegierte wählen, müssen sich unsere Genossen vorher (frühzeitig) über Kandidatenvorschläge miteinander verständigen.

Weshalb wir diese Zeilen an euch richten?

Dringend bitten wir Dich, doch sofort mit zuverlässigen Genossen der U.S.P., die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind, in Verbindung zu treten, mit ihnen vorstehendes durchzusprechen und sie anzuhalten, das ihrige zu tun. Alle Kräfte innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes müssen in den kommenden Wochen und Monaten vereinigt werden, um dem "Ansturm" der anderen Seite erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Dringend bitten wir ferner, uns von eurem Orte eine zuverlässige Adresse von einem der dortigen Genossen aus Metallarbeiterkreisen (es müßte natürlich schon ein durchhauszuverlässiger Genosse sein, der auch gleichzeitig Einfluß im Metallarbeiter-Verbande ausüben kann) mitzuteilen. Eventuell kann die Vermittlung etwaiger weiterer Nachrichten ja auch durch Deine Adresse geschehen.

Bei eurer Rückantwort teilt uns doch bitte auch mit, wieviel Mitglieder zurzeit die dortige Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes hat, und ob ihr glaubt, daß wir dort eine feste Mehrheit der U.S.P. im Verbande besitzen. Desgleichen bitten wir, uns das Ergebnis der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß von den Metallarbeitern eures Ortes mitzuteilen. Alle Zuschriften bitte ich in obiger Sache zu richten an Karl Geprägs, Frankfurt a.M., Rohrbachstr. 40 b.

Mit bestem Gruß!

Rob.Dißmann, Frankfurt a.M., Adlerflychtstr. 11

NB. Dieses Schreiben behalte in Deinen Händen, in persönlicher Beziehung vertraulich behandeln. Sachlich mußt Du es natürlich mit zuverlässigen Genossen des Metallarbeiter-Verbandes durchsprechen.

Handschriftliche Notizen Carl Legiens betr. seine Rede auf dem ADGB Kongreß von 1919. 8)

1. diesem Versuch wider-
stehen
Angriffe gegen G. R. unter-
liegt keinem Zweifel
beweisen die Anschlüsse
in Versammlungen
Maßregelung der Verwal-
tungsbeamten
Entweder direkt weil
Mitglieder Z.S.D.
oder gekündigt und
solche der U. G. P.
gewählt.
Welche Methode?
Mir war Unternehmer
brutal erklärte - wegen

13. meiner Erziehungshing.
hinanwurf lieber
Traurigstes Kapitel
gegenw. Gewerkschaftsb.
Wenn Unternehmer -
nicht wegen Arbeit
sondern -
gesamte Arbeitersch.
kräftigste Kreise
Empörung.
Wir, die 1/4 Tausend
um Nicht gekämpft
schämen - das Arbeiter
heute gleiches tun.
schämen wie zehn Jahre früher

8) ZSTA Potsdam, NL Carl Legien. Der Betreff ist im ZStA falsch mit "Verbandstag der Metallarbeiter 1919" bezeichnet.

17 Mitgewider der Ver. dem
 mir Lebensarbeits-
 gemeldet - gar nicht.

Und das - nachdem durch
 R. das Recht freier Meinungs-
 äusserung - politischer öff.
 Tätigkeit gesichert. -

Einwand - politische
 Einwirkung auf Mitglieder
 anderen Grund Unternehmen
 auch nicht

eigene polit. Ueberzeugung
 durch Massregelung
 nicht trüben.

Sie Unternehmen diese

15) unter Gesichtspunkt
 strebe auf - damit ich
 mich setze.

Viele von denen die be-
 schlussen - auf Frage
 ob Pflicht getan - wüßte
 ich nicht - aber fort muß
 et.

Überall da - wo georb.
 Tätigkeit Verstände G. H.
 sachlich geprüft

Meinheit Zustimmung
 Verkündetage in
 Kriegszeit. - fast aus-
 nahmlos. - Küschner

Lebenslauf

- geb. am 26. Febr. 1947 in Pfarrkirchen
- 1954 - 1959 Besuch der Volksschule in Rosenheim
- 1959 - 1966 Humanistisches Gymnasium in Rosenheim
- 1966 - 1968 Nymphenburger Gymnasium München / Abitur
- 1968/69 Studium in Marburg (Medizin)
- 1969 - 1974 Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften in München mit dem Staatsexamen für das höhere Lehramt als Abschluß.
- 1975 Beginn der Referendarzeit am Oskar von Miller-Gymnasium in München
- 1977/78 Tätigkeit als Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Institut für Neuere Geschichte der Universität München. Lehrauftrag an der Universität.
- 1978 - 81 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Stadtarchiv Dortmund. Leitung der vom Rat der Stadt Dortmund in Auftrag gegebenen Dokumentation und Ausstellung "Widerstand und Verfolgung von 1933 - 1945". Dokumentationstätigkeit im Bereich der neueren Geschichte.

Dortmund, den 1. Juni 1982

